



**UNIVERSITÉ  
DE LORRAINE**

**BIBLIOTHÈQUES  
UNIVERSITAIRES**

## AVERTISSEMENT

Ce document est le fruit d'un long travail approuvé par le jury de soutenance et mis à disposition de l'ensemble de la communauté universitaire élargie.

Il est soumis à la propriété intellectuelle de l'auteur. Ceci implique une obligation de citation et de référencement lors de l'utilisation de ce document.

D'autre part, toute contrefaçon, plagiat, reproduction illicite encourt une poursuite pénale.

Contact bibliothèque : [ddoc-theses-contact@univ-lorraine.fr](mailto:ddoc-theses-contact@univ-lorraine.fr)  
*(Cette adresse ne permet pas de contacter les auteurs)*

## LIENS

Code de la Propriété Intellectuelle. articles L 122. 4

Code de la Propriété Intellectuelle. articles L 335.2- L 335.10

[http://www.cfcopies.com/V2/leg/leg\\_droi.php](http://www.cfcopies.com/V2/leg/leg_droi.php)

<http://www.culture.gouv.fr/culture/infos-pratiques/droits/protection.htm>

**Ecole Doctorale Humanités Nouvelles – Fernand Braudel**  
**CEGIL - Centre d'Etudes Germaniques Interculturelles de Lorraine - EA 3944**  
Université de Co-Tutelle : Universität des Saarlandes

**Thèse**  
Dissertation

**Présentée et soutenue publiquement pour l'obtention du titre de**  
**DOCTEUR DE L'UNIVERSITE DE LORRAINE**  
**Mention : Langues, littératures et civilisations**  
zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie der  
Philosophischen Fakultät der Universität des Saarlandes

**Par / vorgelegt von**  
**Jost RICHTER**

**sous la direction de / betreut von**  
**Prof. Dr. Reiner MARCOWITZ**  
**Prof. Dr. Dietmar HÜSER**

**Le débat politique autour de la crise de l'euro en France et en Allemagne - stratégies de**  
**sortie de crise nationales et dynamiques d'européanisation**  
**Die politische Auseinandersetzung mit der Euro-Krise in Deutschland und Frankreich -**  
**Nationale Lösungsstrategien und Europäisierungstendenzen**

**Date de soutenance / Datum der Disputation**  
**17.12.2021**

**Membres du jury / Mitglieder der Prüfungskommission:**

Directeurs de thèse / Gutachter :

M. Reiner MARCOWITZ PR, Université de Lorraine, Metz  
M. Dietmar HÜSER PR, Universität des Saarlandes, Saarbrücken

Président de jury : M. Ulrich PFEIL PR, Université de Lorraine, Metz

Rapporteurs : Mme Christine AQUATIAS MCF HDR, Université de Strasbourg  
M. Guido THIEMEYER PR, Universität Düsseldorf

Examineurs : M. Ulrich PFEIL PR, Université de Lorraine, Metz  
Mme Birgit METZGER Universität des Saarlandes, Saarbrücken

Cette thèse a fait l'objet d'un soutien financier de l'Université franco-allemande (UFA).  
Diese Arbeit wurde von der Deutsch-Französischen Hochschule (DFH) finanziell gefördert.



## Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich bei Prof. Dr. Reiner Marcowitz und Prof. Dr. Dietmar Hüser für die ausgezeichnete Betreuung und die enorme Unterstützung bei der Umsetzung der Dissertation bedanken. Ihre konstruktiven Rückmeldungen waren in der konzeptionellen wie auch redaktionellen Phase eine große Motivation.

Ebenso gilt mein Dank den weiteren Promovierenden des CEGIL, des Lehrstuhls für Europäische Zeitgeschichte sowie den Mitgliedern des Doktorandenkollegs „Internationale Geschichte interdisziplinär“ für die zahlreichen, den Blick erweiternden Diskussionen und Anregungen.

Für die finanzielle Unterstützung des Dissertationsprojekts möchte ich der Ecole doctorale Fernand Braudel der Université de Lorraine sowie der Deutsch-Französischen Hochschule meinen großen Dank aussprechen.

Den Mitarbeitenden der Hochschulverwaltungen in Metz und Saarbrücken bin ich für die administrative Begleitung des Cotutelle-Verfahrens dankbar.

Meiner Familie und meinem privaten Umfeld möchte ich herzlich für die liebevolle und positive Begleitung des Vorhabens und die wertvolle Unterstützung bei der Durchsicht danken.



## Inhalt

Einleitung .....	8
Fragestellung und Erkenntnisziele .....	9
Forschungsstand .....	11
Methoden und Quellen.....	14
Verortung der Arbeit .....	45
Gliederung .....	47
1. Grundlegendes zum Begriff der Währungsunion .....	49
1.1 Wirtschafts- und Währungsunion als Ausdruck fortgeschrittener Integration .....	49
1.2 Wann lohnt sich eine Währungsunion? .....	52
1.3 Lehren aus der Geschichte? Historische Beispiele für Währungsunionen.....	57
2. Der Euro und seine Vorläufer: drei Jahrzehnte währungspolitischer Annäherungen und Rückschläge.....	63
2.1 Der Einfluss wirtschafts- und europapolitischer Leitlinien .....	63
2.1.1 Deutschland .....	64
2.1.2 Frankreich .....	68
2.2 Die wachsende Bedeutung von Wechselkursstabilität für die EG.....	71
2.2.1 Das internationale Währungssystem in den 1960er Jahren .....	71
2.2.2 Das Gipfeltreffen von Den Haag .....	75
2.2.3 Der Werner-Plan .....	80
2.2.4 Die schwierige Umsetzung der Initiative .....	84
2.3 Europäisches Währungssystem (EWS) .....	88
2.3.1 Ein neuer Anlauf.....	88
2.3.2 Europapolitische Verhandlungen und innenpolitische Widerstände .....	93
2.3.3 Mit Pragmatismus zum Erfolg? Bewertung des EWS .....	97
2.4 Wirtschafts- und Währungsunion (WWU).....	102
2.4.1 Relance européenne und französisches Streben nach Symmetrie .....	103
2.4.2 Die Verhandlungen über eine Wirtschafts- und Währungsunion .....	108
2.4.3 Der Vertrag von Maastricht.....	114
2.4.4 Deutsch-französische Interessenskonflikte und Kompromisse .....	119

Bewertung .....	127
3. Strukturelle Schwächen der WWU und Reformbemühungen im Angesicht der Krise	130
3.1 Genese und Deutungen der Euro-Krise .....	130
3.2 Konstruktionsmängel des Euroraums.....	135
3.2.1 Budgetpolitische Disziplinierung und implizite Insolvenzrisiken .....	136
3.2.2 Makroökonomische Ungleichgewichte .....	139
3.2.3 EZB-Politik .....	144
3.3 Krisenmanagement in der Eurozone .....	146
3.3.1 Finanzielle Unterstützungsmechanismen .....	147
3.3.2 Wirtschafts- und fiskalpolitische Koordinierung.....	150
3.3.3 Die EZB als Krisenmanagerin.....	156
Zwischenbewertung: Der politische Wettstreit um die Ausgestaltung der WWU.....	159
4. Positionierung politischer und gesellschaftlicher Akteure in Deutschland und Frankreich zu zentralen Fragen der Euro-Krise.....	161
Zusammenfassung und Bewertung der Ergebnisse .....	161
4.1 Krisenursachen: Wettbewerbsfähigkeitskrise vs. Systemkrise .....	161
4.1.1 „Die Staaten haben über ihre Verhältnisse gelebt“ - Deutung als Schulden- und Wettbewerbsfähigkeitskrise .....	161
4.1.2 Deutung als strukturelle Krise der Wirtschafts- und Währungsunion.....	168
4.1.3 Die Krise als Ausdruck eines Systemversagens .....	175
Zwischenbewertung: Geteilte Feststellungen und individuelle Relativierungen .....	180
4.2 Makroökonomische Koordinierung: Sparen vs. Wachstum .....	182
4.2.1 Die konservativ-liberale Perspektive .....	182
4.2.2 Wachsen und Sparen .....	210
4.2.3 Fundamentale Änderung wirtschaftspolitischer Strukturen und Prioritäten ....	225
Zwischenbewertung: Konvergenzen und begrenzter Raum für Annäherungen .....	238
4.3 Zur Rolle der EZB: Orthodoxie vs. Neuausrichtung.....	240
4.3.1 Verteidigung des Status Quo .....	240
4.3.2 Anerkennung der EZB als provisorischer Krisenmanagerin .....	250
4.3.3 Forderungen nach einer Transformation der Zentralbank .....	261

Zwischenbewertung: Der Status der EZB als ungelöster Konflikt.....	271
4.4 Auslegung von Solidarität: Disziplinierung durch Märkte vs. Haftungsübernahme	272
4.4.1 Sorge um ordnungspolitische Grundsätze der WWU.....	273
4.4.2 Pragmatischer Ausbau der Sicherungsmechanismen.....	286
4.4.3 Zurückweisung der Rettungspolitik und Entwicklung alternativer Konzepte ...	301
Zwischenbewertung: Keine Haftung ohne Kontrolle - eine regelbasierte europäische Solidarität.....	310
4.5 Europa-Vision(en): Wettbewerbsgemeinschaft vs. Schutzgemeinschaft .....	312
4.5.1 Wettbewerbseuropa .....	312
4.5.2 Weitergehende Harmonisierung und Europa mit Schutzfunktion .....	323
4.5.3 Rückbau .....	334
Zwischenbewertung: Politische Union als undefiniertes Fernziel .....	339
Schlussbetrachtung: Europapolitik unter nationalem Vorbehalt .....	341
Quellen- und Literaturverzeichnis .....	346
Quellenverzeichnis .....	346
Literaturverzeichnis.....	350
Abkürzungsverzeichnis.....	372



## Einleitung

Am 9. Mai 2002 wurde der Internationale Karlspreis zu Aachen zum ersten Mal seit Bestehen nicht an eine Person verliehen. Preisträger der Auszeichnung für Verdienste um die europäische Einigung war vielmehr eine Währung - der Euro. Die Initiatoren<sup>1</sup> des Preises verbanden mit der Ehrung der Gemeinschaftswährung, die rund vier Monate zuvor als Papiergeld in Umlauf gebracht worden war, weitreichende politische und kulturelle Hoffnungen. Als täglich verwendetes Symbol der gewachsenen Gemeinschaft Europas verfüge der Euro über eine immense identitätsstiftende Kraft und leiste „einen entscheidenden, epochemachenden Beitrag zum Zusammenwachsen der Völkerfamilie“.<sup>2</sup> Über die rein technischen Aspekte des Zahlungsverkehrs hinaus schaffe die gemeinsame Währung einen neuen Bereich gemeinsamer kultureller Praktiken und Bezugsrahmen. Gleichzeitig sei der Euro aufgrund seiner vereinheitlichenden Effekte ein geeigneter Indikator „politischer, wirtschaftlicher und sozialer Stabilität“. Das Karlspreisdirektorium verband mit dem Euro nicht zuletzt die Erwartung, die Realisierung der Politischen Union entscheidend vorantreiben zu können.<sup>3</sup> Willem Duisenberg, der als erster EZB-Präsident den Preis entgegennahm, verwies in seiner Dankesrede gleichermaßen auf die politische sowie die kulturelle Dimension der Währung, die aufgrund ihrer weitgehenden Loslösung von Nationalstaaten ein besonderes Maß an Vertrauen seitens der Bevölkerung erfordere.<sup>4</sup> Bezugnehmend auf Robert Schuman sprach der Zentralbankrepräsentant dem Euro das integrationspolitische Verdienst zu, eine „De-facto-Solidarität“ zu schaffen und zur weiteren Einigung der Bevölkerung Europas beizutragen.<sup>5</sup> Bernhard Löffler wertete die Zeremonie als vorläufigen Abschluss einer von proeuropäischen Kräften getragenen Vertrauensbildungskampagne mit Blick auf das neue einheitliche Geld und die notwendige Harmonisierung verschiedener nationaler Währungskulturen.<sup>6</sup> Er präsentierte die Preisverleihung als Veranschaulichung für die Bedeutung kultureller Faktoren und diskursiver Praktiken auf dem scheinbar ökonomistisch dominierten Feld der

---

<sup>1</sup> Ausschließlich zum Zweck der besseren Lesbarkeit wird in dieser Arbeit das generische Maskulinum verwendet. Weibliche und anderweitige Geschlechteridentitäten werden in Sammelbegriffen jeweils mitgedacht.

<sup>2</sup> Begründung des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung der Internationalen Karlspreises zu Aachen an den EURO - getragen durch die Europäische Zentralbank, online abrufbar unter: <http://www.karlspreis.de/de/preistraeger/der-euro-2002/begrueundung-des-direktoriums> (01.03.17).

<sup>3</sup> Vgl. ebd.

<sup>4</sup> Vgl. Dankesrede von Dr. Willem F. Duisenberg, Aachen, 9. Mai 2002, online aufrufbar unter: <https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2002/html/sp020509.de.html> (01.03.17).

<sup>5</sup> Vgl. ebd.

<sup>6</sup> Vgl. Bernhard Löffler, „Eine Art Religionskrieg“. Argumentationsmuster, Diskursstrategien und politische Symbolik in den deutsch-französischen Debatten um die Einführung des Euro, in: Ders., Hg., Die kulturelle Seite der Währung, Historische Zeitschrift, Bd. 50, München 2010, S. 123-168, hier: S. 168.

Währungspolitik. Löffler plädierte dafür, bei der Untersuchung von Währungen nicht allein deren rechtliche Konstruktion und volkswirtschaftlichen Merkmale zu betrachten, sondern zusätzliche gesellschaftswissenschaftliche Ebenen in die Analyse miteinzubeziehen:

„Das Verständnis von und der Umgang mit Währung ist immer einzubetten in den Rahmen der (veränderbaren) Handlungsbedingungen und Bestimmungsgrößen tradierter „Währungskulturen“ und, dahinterstehend und noch umfassender, der „politischen Kultur“ eines Landes. Und in diesem Rahmen wiederum ist die öffentliche Perzeption und kommunikative Diskurshoheit ein durchaus eigendynamischer Wirkungsfaktor.“<sup>7</sup>

Dreizehn Jahre nach der feierlichen Verleihung des Karlspreises an den Euro kam es bei der Eröffnung des EZB-Neubaus in Frankfurt zu gewaltsamen Protesten und Sachbeschädigungen in Millionenhöhe. Das kapitalismuskritische Aktionsbündnis Blockupy hatte zu Demonstrationen gegen das Krisenmanagement in der Eurozone aufgerufen und die EZB als Symbol einer als unmenschlich und demokratiefeindlich empfundenen Austeritätspolitik angegriffen. Teile der Bewegung vermieden es, sich von Gewaltakten zu distanzieren und sahen in der EZB den eigentlichen Aggressor, der durch seine Maßnahmen Krisenstaaten unnötiges Leid zufüge.<sup>8</sup>

Gewiss ist es verkürzend, Festtagsreden hoher Repräsentanten europäischer Institutionen den Protestformen einer heterogenen globalisierungs- und kapitalismuskritischen Formierung gegenüberzustellen. Gleichwohl zeigt sich hier ein Spannungsfeld zwischen der integrationspolitischen Bedeutung des Euro und den im Kontext der Finanzmarktinstabilitäten schlagartig betonten aus der Gemeinschaftswährung resultierenden wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Konflikte und Anpassungsprozesse.

## **Fragestellung und Erkenntnisziele**

Die Untersuchungen im Rahmen dieser Arbeit zielen darauf ab, die politische Auseinandersetzung mit der Euro-Krise in Deutschland und Frankreich zu vergleichen. Dabei stellt sich zunächst mit Blick auf die nationalen Besonderheiten der Debatten in beiden Staaten die Frage nach der Konvergenz beziehungsweise Kompatibilität der jeweiligen Präferenzen. Weiterhin wird die Frage nach etwaigen Europäisierungstendenzen in der Interessenformulierung gestellt. Inwiefern finden zwischen gesellschaftlichen Gruppen beider Länder Transfers statt? In welchem Maße folgen gesellschaftliche Akteure einem übergeordneten, geteilten Leitmotiv? Wie stark sind Parteien und Interessengruppen andererseits in nationalen Orientierungsmustern und Traditionen verhaftet?

---

<sup>7</sup> Zitat Löffler, „Eine Art Religionskrieg“, S. 167 f.

<sup>8</sup> Vgl. Stuttgarter Zeitung, 20.3.15, Blockupy will Gewalt nicht verurteilen.

Eine nachhaltige Überwindung der Staatsschuldenkrise im Euroraum setze umfassende Reformen der Währungsunion voraus. Dabei stellt sich die Frage, inwieweit Deutschland und Frankreich in der Lage waren und sind, diesen Reformprozess mitzubestimmen und eigene Vorstellungen durchzusetzen. Die Untersuchungen im Rahmen der vorliegenden Arbeit wurden auf diese beiden Staaten begrenzt, da sie die beiden größten Volkswirtschaften der Eurozone darstellen, ihre Kooperation von einer besonderen Intensität geprägt ist und sie in der Vergangenheit in bilateralen Konsultationen Grundlagen für bedeutende Projekte der europäischen Integration aushandeln konnten. Unterschiedliche politische, wirtschaftliche und kulturelle Orientierungsmuster und Traditionen der beiden Partnerländer machen einen deutsch-französischen Vergleich reizvoll. Besonders auf dem Gebiet der Währungspolitik verfolgen Deutschland und Frankreich traditionell unterschiedliche Ansätze, die sich in verschiedenen Integrationsmustern ausdrücken.

Zu untersuchende Akteure sind die wichtigsten politischen Parteien in Deutschland (CDU-CSU / SPD / FDP / Die Linke / AfD / Die Grünen) und Frankreich (PS / UMP / FN / MoDem / Front de gauche / EELV), erweitert um Wirtschaftsverbände (BDI - Medef), Gewerkschaften (DGB - CFDT), Zentralbanken (Deutsche Bundesbank - Banque de France) und überregionale Tageszeitungen (SZ / FAZ - Le Monde / Le Figaro) beider Länder. Sofern ein wissenschaftlicher Mehrwert erreicht werden kann, sollen punktuell Ergebnisse aus repräsentativen Meinungsumfragen durch Eurostat herangezogen werden um die öffentliche Meinung in Relation zu setzen zu den Orientierungen der Funktionsebenen.

Inhaltlich werden die Positionierungen zu den wichtigsten vollzogenen Reformen und Kontroversen um die zukünftige Ausrichtung der Wirtschafts- und Währungsunion betrachtet. Dazu zählen die Frage nach der Reichweite und Institutionalisierung gemeinschaftlicher Solidarität, die Definition eines haushaltspolitischen Regelwerks, die Form der wirtschaftspolitischen Koordinierung sowie die Interpretation der Rolle der EZB. Der Untersuchungszeitraum umfasst die Jahre 2010 bis 2014. Diese Periode umfasst die Hochphase der sogenannten Euro-Krise und die wesentlichen Reformentscheidungen hinsichtlich des Aufbaus der Wirtschafts- und Währungsunion.

Die Positionierungen der Akteure zu diesen Themenfeldern sollen anhand von Dokumenten wie beispielsweise Wahlprogrammen, Positionspapieren, parlamentarischen Reden, Protokollen, Pressemitteilungen, Zeitungsbeiträgen und gegebenenfalls Experteninterviews ermittelt werden.

Sofern in der vorliegenden Arbeit der Diskursbegriff verwendet wird, so ist dieser mit „Diskussions- oder Debattenbeitrag“ gleichzusetzen. Der Fokus liegt auf einer eventuellen Konvergenz nationaler Präferenzen und etwaigen Wechselwirkungen. Die den Interessen zugrunde liegenden Konstruktionsmuster werden nicht analysiert.

Es soll untersucht werden, welche Wahrnehmungsmuster die politische Auseinandersetzung mit der Euro-Krise in Deutschland und Frankreich bestimmen. Hier gilt es, national spezifische Elemente und Themen zu identifizieren, welche die jeweiligen Diskurse bestimmen. Es wird der Versuch unternommen, in beiden Ländern die politische und mediale Verhandlung der verschiedenen Krisenphasen in ihren strukturierenden Elementen zu erfassen und miteinander zu vergleichen. Verläuft die Perzeption der Krise in Deutschland und Frankreich parallel oder versetzt? Lassen sich transnationale Wechselwirkungen und Transferprozesse ausmachen? Welche Gruppierungen bestimmen die europapolitischen Krisendiskurse in beiden Staaten? Wie treten Akteure grenzüberschreitend miteinander in Kontakt?

## **Forschungsstand**

Die europäische Einigung ist ein prominentes Thema der Zeitgeschichte. Beispielhaft sei auf Marie-Thérèse Bitsch verwiesen, die die Entstehung der europäischen Institutionen in den Blick nimmt und die Integrationsgeschichte als Verhandlungsprozesse zwischen nationalen Regierungen sowie supranationalen Organismen nachvollzieht.<sup>9</sup> Tony Judt wiederum bettete die Geschichte der Europäischen Einigung in eine umfassende Gesellschafts- und Ideengeschichte der Nachkriegszeit ein.<sup>10</sup> In jüngeren Überblicksdarstellungen findet die Euro-Krise als integrationspolitische Herausforderung Beachtung. Andreas Wirsching argumentiert, dass politische, wirtschaftliche und kulturelle Annäherung zwischen europäischen Ländern zwangsläufig auch Krisen generiere.<sup>11</sup> Wilfried Loth betrachtet in seiner „unvollendete[n] Geschichte“ der Europäischen Einigung ebenfalls die Auswirkungen der Staatsschuldenkrise und kommt zu der Einschätzung, dass die Währungsunion bis Ende 2012 mit grundlegenden Instrumenten zur Krisenbewältigung ausgestattet worden sei. Er betont dabei die Bedeutung staatlicher Akteure und charakterisiert Europapolitik als einen Konflikt verschiedener nationaler Ordnungsvorstellungen.<sup>12</sup> Darüber hinaus thematisieren zahlreiche Autoren den Stellenwert der deutsch-französischen Beziehungen für die europäische Einigung und

---

<sup>9</sup> Marie-Thérèse Bitsch, *Histoire de la construction européenne de 1945 à nos jours*, Paris 2008.

<sup>10</sup> Tony Judt, *Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg*, München/Wien 2006.

<sup>11</sup> Andreas Wirsching, *Der Preis der Freiheit - Geschichte Europas in unserer Zeit*, München 2012.

<sup>12</sup> Wilfried Loth, *Europas Einigung: Eine unvollendete Geschichte*, Frankfurt a. M. 2014.

gehen dabei der Frage nach, inwiefern die Partnerländer gemeinsame europapolitische Impulse geben konnten.<sup>13</sup>

Der spezifischere Bereich der Wirtschafts- und Währungsintegration wird in einer großen Anzahl von wirtschaftswissenschaftlichen<sup>14</sup>, politikwissenschaftlichen<sup>15</sup> und geschichtswissenschaftlichen Arbeiten<sup>16</sup> behandelt. In einer deutsch-französischen Perspektive zeigt der Politikwissenschaftler Alistair Cole die Wirtschafts- und Währungspolitik als ein Themenfeld, auf dem das „Tandem“ eine Führungsrolle innerhalb der EU für sich beanspruchen kann.<sup>17</sup>

Kenneth Dyson befasst sich mit Anpassungen nationaler Wirtschaftsmodelle an die Herausforderungen der WWU. Er sieht die Währungsunion als makro-kulturelles Phänomen, in dem Sinne, dass das übergeordnete Ziel einer stabilen Gemeinschaftswährung nationalen Politikern strategische Leitlinien und diskursive Rahmen zur Ausgestaltung und Legitimation ihrer Entscheidungen vorgibt. Neben einer Europäisierung „von oben“ etwa durch eine supranationale Geldpolitik und fiskalpolitische Vorgaben in Form des Stabilitätspakts findet eine nicht weniger bedeutende Europäisierung „von unten“ durch auf wirtschaftspolitische Stabilität abzielende nationale Strukturreformen statt. Dabei stellt der jeweilige wirtschaftspolitische Diskurs, geprägt von nationalen Ordnungssystemen und innenpolitisch wichtigen Akteuren, einen nicht zu

---

<sup>13</sup> Gisela Hendriks/Annette Morgan, *The Franco-German axis in European integration*, Cheltenham 2001; Wichard Woyke, *Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung - Das Tandem fasst wieder Tritt*, Wiesbaden 2004; Claire Demesmay/Andreas Marchetti, Hg., *La France et l'Allemagne face aux crises européennes*, Bordeaux 2010; Ulrich Krotz/Joachim Schild, *Shaping Europe. France, Germany, and Embedded Bilateralism from the Elysee Treaty to Twenty-First Century Politics*, Oxford 2013.

<sup>14</sup> Henry Krägenau/Wolfgang Wetter, *Europäische Wirtschafts- und Währungsunion: Vom Werner-Plan zum Vertrag von Maastricht; Analysen und Dokumentation*, Baden-Baden 1993; Rolf J. Daxhammer, et. al., *Der Europäische Integrationsprozess: wirtschaftliche, politische und institutionelle Einigung Europas*, Schriftenreihe des ESB Research Institute, Stuttgart 2006; Emanuel Apel, *European Monetary Integration: 1958 - 2002*, London 1998.

<sup>15</sup> Kenneth Dyson, *European States and the Euro. Europeanization, Variation, and Convergence*, Oxford 2002; Kenneth Dyson/Kevin Featherstone, *The Road to Maastricht: Negotiating Economic and Monetary Union*, Oxford, 2003; Wilhelm Schönfelder/Elke Thiel, *Ein Markt - Eine Währung. Die Verhandlungen zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion*, 2. aktualisierte Auflage, Baden-Baden 1996; Hans Tietmeyer, *Währungsstabilität für Europa - Beiträge, Reden und Dokumente zur europäischen Währungsintegration aus vier Jahrzehnten*, Baden-Baden 1996.

<sup>16</sup> Beispielhaft: Eric Bussière et. al., Hg., *Milieux économiques et intégration européenne au XXe siècle: La crise des années 1970. De la conférence de La Haye à la veille de la relance des années 1980*, Bern 2006; Robert Frank, *Français et Allemands face aux enjeux institutionnels de l'union monétaire : Du plan Werner à l'euro (1970-2000)*, in: Marie-Thérèse Bitsch, Hg., *Le couple France-Allemagne et les institutions européennes: une postérité pour le plan Schuman*; Emmanuel Mourlon-Druol *A Europe Made of Money - The Emergence of the European Monetary System*, Ithaca 2012; Wilfried Loth, *Europas Einigung: Eine unvollendete Geschichte*, Frankfurt a. M., erweiterte Fassung 2020.

<sup>17</sup> Alistair Cole, *Franco-German Relations*, Harlow 2001; für eine aktuelle Bestandsaufnahme vgl. Jérôme Germain, *Les propositions du président Macron relatives à l'Union économique et monétaire*, in: Dietmar Hüser / Hans-Christian von Herrmann, Hg., *Macrons neues Frankreich: Hintergründe, Reformansätze und deutschfranzösische Perspektiven*, Bielefeld 2020, S. 231-246.

unterschätzenden Einflussfaktor dar.<sup>18</sup> Lohnenswert scheint in diesem Zusammenhang die Frage nach der Reichweite und Prägekraft etwaiger Europäisierungstendenzen im Angesicht der Euro-Krise zu sein.

Seit dem Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2007 und der sich in der Folge intensivierenden Staatsschuldenkrise im Euroraum finden Fragen nach strukturellen Schwächen der WWU, notwendigen Reformen und den Auswirkungen auf den Integrationsprozess insgesamt große Beachtung in wirtschafts-<sup>19</sup> wie politikwissenschaftlichen<sup>20</sup> Arbeiten. Daniela Kietz hat die politische Diskussion über die Griechenlandkredite und weitere Stützungsinstrumente im Bundestag und Bundesrat untersucht. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass im Verlauf der Eurokrise ungeachtet eines breiten parlamentarischen Konsenses zugunsten der Einrichtung von Stabilisierungsmechanismen eine starke Politisierung erfolgt ist und Europapolitik einen immer höheren Stellenwert in nationalen Debatten einnimmt.<sup>21</sup> Dies zeigt sich nicht zuletzt in den zahlreichen (wirtschafts-)wissenschaftlichen Publikationen.<sup>22</sup>

Unabhängig von der Krisenthematik liegen verschiedene Studien über die Europa-Bilder und -Perzeptionen von politischen Eliten und breiteren Bevölkerungsschichten vor.<sup>23</sup>

---

<sup>18</sup> Vgl. Kenneth Dyson, Die Wirtschafts- und Währungsunion als Prozess der Europäisierung: Konvergenz, Unterschiede und Unvorhersehbarkeit, in: Markus Jachtenfuchs / Beate Kohler-Koch, Hg., Europäische Integration, 2. Auflage, Opladen 2003, S. 449-478.

<sup>19</sup> Berthold Busch et. al., Ungleichgewichte in der Eurozone - Ursachenanalyse und wirtschaftspolitische Empfehlungen, Analysen, Nr. 74, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln 2011; Falk Illing, Die Euro-Krise: Analyse der europäischen Strukturkrise, Wiesbaden 2013; Christian Dreger, et. al., Die Schuldenkrise im Euroraum - Entstehung, Entwicklung und wirtschaftspolitische Handlungsoptionen, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, N.2, Berlin 2013.

<sup>20</sup> Beispielhaft: Christian Deubner, Der deutsche und der französische Weg aus der Finanzkrise, DGAPanalyse, N. 2, avril 2011; Alain Fabre, Le modèle économique allemand, une stratégie pour l'Europe?, Questions d'Europe Nr. 237, 23.04.2012, Fondation Robert Schuman Policy Paper; Jean-François Jamet et. al., EU Economic Governance: The French and German Views, Centre for European Studies, Bruxelles 2011; Jérôme Cahuzac et.al., Crise de l'euro, crise de l'Europe ? regards franco-allemands, Fondation Jean Jaurès, 2011; Daniela Schwarzer / Guntram B. Wolff, Neuer Anlauf für die Eurozone, SWP-Aktuell 55, September 2013; Louisa Opitz, Déjà-vu? Die Governance der europäischen Wirtschaftsunion nach der Eurokrise: eine Analyse und Erklärung ihres Governance-Wandels als Fortschreibung der deutsch-französischen Präferenzkonstellation von Maastricht, Berlin 2019.

<sup>21</sup> Daniela Kietz, Politisierung trotz Parteienkonsens: Bundestag, Bundesrat und die Euro-Krise, Bertelsmannstiftung 2013, online abrufbar unter [http://www.fundacionbertelsmann.org/cps/rde/xbcr/SID-A961DDBC-102AA31A/bst/xcms\\_bst\\_dms\\_37545\\_\\_2.PDF](http://www.fundacionbertelsmann.org/cps/rde/xbcr/SID-A961DDBC-102AA31A/bst/xcms_bst_dms_37545__2.PDF) (13.05.15).

<sup>22</sup> Beispielsweise Hans-Olaf Henkel, Rettet unser Geld! Wie der Euro-Betrug unseren Wohlstand gefährdet, München 2010; Hans-Werner Sinn, Die Target-Falle: Gefahren für unser Geld und unsere Kinder, München 2012; Jean Pisani-Ferry, Le réveil des démons: la crise de l'euro et comment nous en sortir, Paris 2011; Patrick Artus / Isabelle Gravet, La crise de l'euro: comprendre les causes, en sortir par de nouvelles institutions, Paris 2012; Thilo Sarrazin, Europa braucht den Euro nicht: Wie uns politisches Wunschenken in die Krise geführt hat, München 2012; Joachim Starbatty, Tatort Euro: Bürger, schützt das Recht, die Demokratie und euer Vermögen, Wien 2013; Peter Bofinger, Zurück zur D-Mark? Deutschland braucht den Euro, München 2012; Holger Schmieding, Unser gutes Geld - Warum wir den Euro brauchen, Hamburg 2012.

<sup>23</sup> Beispielsweise Daniel Gaxie et. al., Das Europa der Europäer - Über die Wahrnehmung eines politischen Raums, Bielefeld 2011.

Aus Fallstudien zu der Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion Anfang der 1990er Jahre folgert etwa Simone Weske, dass in Deutschland Regierungsakteure geneigt seien, eine vom Konsens politischer Eliten abweichende Bevölkerungsmeinung durch „effektive Führung“ zu beeinflussen, während das französische politische System tendenziell eine stärkere Anpassung des Regierungshandelns an öffentliche Meinungen begünstige.<sup>24</sup> Guido Thiemeyer charakterisiert in diesem Zusammenhang die deutsche Maastricht-Debatte als weitgehendes Elitenphänomen, während die Diskussion in Frankreich, nicht zuletzt durch das Referendum, früher und stärker politisiert gewesen sei. Die Bildung eines transnationalen Diskursraums stellt er dabei lediglich in Ansätzen fest.<sup>25</sup> In seiner Diskursanalyse der gescheiterten Verfassungsreferenden in Frankreich, Irland und den Niederlanden kritisiert Wolf Schünemann eine zu starke Konzentration auf politische Eliten in den großen Integrationstheorien.<sup>26</sup>

## Methoden und Quellen

Aus der Aktualität der Thematik sowie aus ihrer deutsch-französischen Dimension ergeben sich methodische und theoretische Herausforderungen für den Aufbau der Arbeit, welche im Folgenden dargelegt werden.

Stellvertretend für die wesentlichen (partei-)politischen Strömungen und sozio-ökonomischen Instanzen wurden in beiden Ländern Akteure ausgewählt.<sup>27</sup> Dies erfolgte mit dem Ziel, Repräsentanten und Stimmen ähnlicher politischer Milieus für beide Länder zu erfassen. Die Auswahl betrachteter Akteure wurde bewusst über Parteien hinaus auf Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und überregionale Tageszeitungen ausgeweitet, um somit ebenfalls gesellschaftliche und diskursive Rahmenbedingungen der jeweiligen politischen Positionierungen und Debatten zu erfassen. Mit Blick auf überregionale Zeitungen muss einschränkend darauf hingewiesen werden, dass die in Deutschland einflussreiche Bild-Zeitung mangels einer vergleichbaren Entsprechung in der französischen Medienlandschaft nicht einbezogen wurde. Ebenso wurde aus Gründen der Forschungsökonomie die Betrachtung gewerkschaftlicher Positionen in Frankreich auf die CFDT beschränkt, wohlwissend dass diese im Vergleich zum deutschen DGB eine

---

<sup>24</sup> Simone Weske, *Europapolitik im Widerspruch: Die Kluft zwischen Regierenden und Regierten*, Wiesbaden 2011.

<sup>25</sup> Guido Thiemeyer, „Maastricht“ in der öffentlichen Debatte - eine deutsche und eine französische oder eine deutsch-französische Diskussion?, in: Jean-Francois Eck / Dietmar Hüser, *Medien - Debatten - Öffentlichkeiten in Deutschland und Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2011, S. 307-320.

<sup>26</sup> Wolf J. Schünemann, *Subversive Souveräne, Vergleichende Diskursanalyse der gescheiterten Referenden im europäischen Verfassungsprozess*, Wiesbaden 2014.

<sup>27</sup> CDU/CSU, UMP, FDP, MoDem, SPD, PS, B90/Die Grünen, EELV, Die Linke, FdG, AfD, FN, BDI, MEDEF, DGB, CFDT, Bundesbank, Banque de France, FAZ, Le Figaro, SZ, Le Monde.

wesentlich kleinere und tendenziell moderatere Strömung vertritt. Auf eine zusätzliche Analyse der CGT wurde angesichts der Vielzahl untersuchter Akteure verzichtet.

Der Anspruch, einen Ländervergleich anhand eines möglichst umfassenden gesellschaftlichen Querschnitts durchzuführen, bringt besondere Problemstellungen hinsichtlich der Recherche von geeignetem Quellenmaterial mit sich. Eine grundsätzliche Schwierigkeit ist dabei in der Aktualität des Themas begründet: Dokumente, Akten, Vermerke, etc. unterliegen, sofern sie schon archiviert worden sind, langen Sperrfristen. Oftmals verfügen Archive jedoch noch gar nicht über das fragliche Material, da es als Gegenstand einer bis in die Gegenwart behandelten Thematik noch in jeweiligen Ministerien vorgehalten wird. Die Aufhebung archivalischer Sperrfristen für Arbeitsdokumente ist noch zu weit entfernt und kann nicht abgewartet werden. Für politische und wirtschaftliche Akteure ist die Auseinandersetzung mit der Euro-Krise eine andauernde Aufgabe, sodass bisher kaum eine systematische Aufarbeitung und Archivierung von Dokumenten erfolgt ist. Strategische Orientierungen und interne Entscheidungsprozesse von politischen Parteien oder Verbänden könnten anhand von Experteninterviews ermittelt werden. Da das Erkenntnisinteresse dieser Studie jedoch in der Positionierung der jeweiligen Akteure im öffentlichen Raum und etwaigen deutsch-französischen Wechselwirkungen liegt, wird auf das Mittel der Experteninterviews verzichtet. Vielmehr wird für jede Gruppierung eine umfassende Sammlung öffentlich zugänglicher und wahrnehmbarer Debattenbeiträge angelegt. Durch die Auswertung von parlamentarischen Reden, Positionspapieren, Pressemitteilungen und Zeitungsinterviews werden für jeden Akteur dominierende Argumentationsmuster sowie gegebenenfalls als repräsentativ empfundene abweichende Strömungen identifiziert und erörtert.

Auf Ebene der politischen Parteien ergibt sich ein uneinheitliches Bild. Insbesondere in Deutschland übernehmen parteinahe Stiftungen die Konservierung der politischen Arbeit, indem Publikationen, Protokolle, persönliche Nachlässe sowie relevante Presseberichterstattung archiviert werden. Diese umfassende Aufarbeitung konnte jedoch nicht für alle Akteure gleichermaßen in Anspruch genommen werden. Oftmals musste die Materialrecherche aus Gründen der Aktualität auf gesammelte Pressemitteilungen von Parteien bzw. Fraktionen sowie parteieigene Publikationen wie etwa Zeitschriften, Flugblätter, Wahlprogramme und Positionspapiere konzentriert werden. Für kleinere Parteien in Frankreich wie EELV, MoDem und den FdG wurde neben programmatischen Dokumenten jeweils unterstützend auf überregionale Presseberichterstattung zurückgegriffen und mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet. Tiefere partiinterne Diskursstrategien und eventuelle Richtungskämpfe konnten grundsätzlich nur in dem Maße nachvollzogen werden, wie sie innerhalb des Untersuchungszeitraums



öffentlich wahrnehmbar waren. Dies stellt jedoch für die Beantwortung der formulierten Forschungsfragen keinesfalls einen Mangel dar, da explizit die im öffentlichen Raum ausgetragenen Debatten analysiert und kontextualisiert werden sollen.

Angesichts der explizit deutsch-französischen Perspektive der Untersuchung stellt sich die Frage nach der Wahl einer geeigneten geschichtswissenschaftlichen Methode, welche unter den Schlagworten „Vergleich“, „Transfer“ und „Verflechtung“ beziehungsweise „histoire croisée“ zu diskutieren ist.

### *Vergleich*

Der historische Vergleich hat sich in den vergangenen fünf Jahrzehnten stark gewandelt. Dies gilt gleichermaßen für sein Ansehen innerhalb der Geschichtswissenschaft, seine Umsetzung in der Forschungspraxis sowie die Wahl an untersuchten Themen, Entitäten und (Zeit-)räumen. Für den Vergleich bieten sich verschiedene methodische Weiterentwicklungen an, obsolet scheint die komparatistische Perspektive bei aller Kritik aber nach wie vor nicht.<sup>28</sup> Grundsätzlich können historische Vergleiche darauf abzielen, Unterschiede zwischen verschiedenen Einheiten herauszustellen oder aber Gemeinsamkeiten und Überschneidungen in den Blick zu nehmen. Eine Kombination beider Dimensionen ist üblich, wobei die Gewichtung je nach Erkenntnisinteresse variieren kann.<sup>29</sup> Von Vergleichsarbeiten angestoßene Debatten etwa über den deutschen Sonderweg, die *exception française* oder Besonderheiten des japanischen Wirtschaftsmodells zeugen von einer weitgehenden Fokussierung auf Kontraste in der Praxis. Jüngere Trends wie die Globalgeschichte oder neue Formen von bilateralen innereuropäischen Vergleichen im Kontext der Europäisierung bringen hingegen vermehrt Arbeiten hervor, die nach Konvergenzen suchen.<sup>30</sup> Ein Vergleich kann zu einem besseren Verständnis anderer Kulturen beitragen, indem Übereinstimmungen und Differenzen mit der Ausgangskultur herausgearbeitet werden, ebenso eignet er sich zur Relativierung als einzigartig vermittelter Merkmale eines Raumes oder einer Gruppe. Somit kann eine komparatistische Perspektive dazu dienen, den konstruierten Charakter von

---

<sup>28</sup> Vgl. Hartmut Kaelble, Historischer Vergleich, Version 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 14.08.12, online abrufbar unter: [http://docupedia.de/Historischer\\_Vergleich](http://docupedia.de/Historischer_Vergleich) (10.07.18).

<sup>29</sup> Vgl. Jürgen Kocka / Heinz-Gerhard Haupt, Comparison and Beyond: Traditions, Scope and Perspectives of Comparative History, in: Jürgen Kocka / Heinz-Gerhard Haupt, Hg., Comparative and Transnational History - Central European approaches and new perspectives, New York / Oxford 2012, S. 1-32, hier: S. 2 f.

<sup>30</sup> Vgl. Kaelble, Historischer Vergleich, S. 2.

Identitäten hervorzuheben.<sup>31</sup> Andererseits können vergleichende Arbeiten auch zu der Betonung der Besonderheiten einer Gruppe oder eines Ortes beitragen.<sup>32</sup> Darüber hinaus können Komparatisten neue Fragestellungen erschließen oder auf die Relevanz eines Phänomens aufmerksam machen: Themen, Begriffe und Forschungsfragen, die anhand eines Fallbeispiels identifiziert worden sind, werden systematisch auf weitere Vergleichsfälle bezogen. Dieser Transfer kann Problemstellungen hervorbringen, die in der nationalen Historiographie noch nicht ausreichend beachtet wurden.<sup>33</sup> Vergleiche decken nicht zwangsläufig unbekannte Entwicklungen auf, jedoch können sie auf die Bedeutung von Institutionen und Phänomenen aufmerksam machen, die in der nationalen Geschichtsschreibung als selbstverständlich erachtet werden.<sup>34</sup> Ein weiterer möglicher Nutzen eines Vergleichs liegt in der Diskussion von Ursachen historischer Phänomene: Durch die Betrachtung verschiedener Fallbeispiele können individuelle Erklärungsmuster überprüft und gegebenenfalls relativiert werden. Ein Gesellschaftsvergleich kann dazu genutzt werden, Annahmen über die Abhängigkeit bestimmter Phänomene oder Entwicklungen von spezifischen Faktoren oder Vorbedingungen zu testen, wobei Historiker aufgrund der Volatilität ihrer Studienobjekte nicht den Anspruch erheben können, einen Versuchsaufbau unter naturwissenschaftlichen Laborbedingungen zu realisieren.<sup>35</sup>

Grundsätzlich stellt sich die Frage nach der Auswahl geeigneter Vergleichsfälle, welche idealerweise in einigen Aspekten Gemeinsamkeiten und in anderen Punkten Unterschiede aufweisen sollten. So könnte je nach gewählter Perspektive auch der sprichwörtliche Vergleich von Äpfeln und Birnen sinnvolle Ergebnisse hervorbringen, etwa wenn als Oberkategorie der jeweilige Exportanteil für eine Volkswirtschaft betrachtet wird.<sup>36</sup> Der Aufbau einer komparatistischen Arbeit hängt sehr stark von einer dem Erkenntnisinteresse angemessenen Analyseebene ab: Je nachdem ob beispielsweise Kontinente, Nationen, Regionen, Städte oder Gesellschaftsgruppen verglichen werden, sind unterschiedliche Annahmen über Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu treffen und im Forschungsdesign zu berücksichtigen. Nancy Green führt dazu aus, dass in Studien auf der Makro-Ebene häufig die Existenz allgemein gültiger Phänomene postuliert und

---

<sup>31</sup> Vgl. Hartmut Kaelble, Die interdisziplinären Debatten über Vergleich und Transfer, in: Hartmut Kaelble / Jürgen Schriewer, Hg., Vergleich und Transfer - Komparatistik in den Sozial-, Geschichts- und Kulturwissenschaften, Frankfurt / New York 2003, S. 469-493, hier: S. 473.

<sup>32</sup> Kocka und Haupt nennen die (im Vergleich zu England oder den Vereinigten Staaten) frühe Entstehung der deutschen Arbeiterbewegung oder die verspätete Entwicklung der Stadt Oberhausen als Merkmale, die erst durch den Vergleich mit geeigneten ähnlichen Fällen sichtbar werden. Vgl. Kocka / Haupt, Comparison and Beyond, S. 3 f.

<sup>33</sup> Vgl. ebd.

<sup>34</sup> Vgl. Deborah Cohen, Comparative History: Buyer Beware, in: Deborah Cohen / Maura O'Connor, Comparison and History - Europe in cross-national perspective, New York / London 2004, S. 57-69, hier: S. 64 f.

<sup>35</sup> Vgl. Kocka / Haupt, Comparison and Beyond, S. 4.

<sup>36</sup> Vgl. Margrit Pernau, Transnationale Geschichte, Stuttgart 2011, S. 30.

herausgearbeitet wird. Als Beispiel nennt sie das Thema Immigration, das in einer globalen, universalistischen Perspektive die Analyse weltweiter menschlicher Wanderungsbewegungen umfasse, gleichzeitig jedoch unbegrenzte Möglichkeiten für geographisch, kulturell oder religiös spezifizierte Subebenen biete.<sup>37</sup> Eine starke Fokussierung auf individuelle Fallbeispiele verringert indes die Vergleichbarkeit.<sup>38</sup> Die Annahme, dass Makro-Studien tendenziell Überschneidungen und Mikro-Analysen eher Unterschiede betonen, relativiert Green mit Verweis auf die Ende der 1990er Jahre breit rezipierte These Samuel Huntingtons künftiger drohender Konfrontationen zwischen verschiedenen Kulturkreisen.<sup>39</sup>

Eine weitere unter Komparatisten geführte Diskussion betrifft die Frage, inwieweit die nationalstaatliche Ebene eine geeignete Vergleichseinheit darstellt. Die von Kaelble zusammengefassten Argumente der Kritiker beinhalten bereits wichtige Schlagworte für die weiteren methodischen Debatten über Vergleich, Transfer und Verflechtung. So merkten Kultur- und Sozialwissenschaftler an, dass zur Erforschung von internationalen kultur-, sozial- oder wirtschaftshistorischen Prozessen der Nationalstaat nicht die ideale Vergleichsgröße sei. Entwicklungen wie die Industrialisierung, die Urbanisierung oder der Wandel von Familienstrukturen weisen vielmehr regionale denn nationale Besonderheiten auf. Auch für die Untersuchung von Religionen stelle die Konzentration auf nationalstaatliche Vergleichseinheiten ein Hindernis dar und konstruiere Grenzen, die in der Religionsausübung und -verbreitung ohne Bedeutung blieben.<sup>40</sup> Für Transferforscher wie Michel Espagne ist der nationalstaatliche Vergleich unbefriedigend, da dieser territoriale und politische Zuschnitt den Blick auf Austausch- und Aneignungsprozesse in Grenz- oder anderen Kontakträumen verstellt.<sup>41</sup> Jürgen Osterhammel warnt vor der unreflektierten Verwendung von Nationalstaaten als Bezugsgröße und verweist auf die räumlich wie zeitlich begrenzte Wirkungskraft des Konzepts. Da der Nationalstaat europäischer Prägung bis 1945 in globaler Perspektive nur schwach verbreitet war, seien weltweite internationale Vergleiche bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts nur eingeschränkt möglich. Für globalgeschichtliche Ansätze wirbt Osterhammel für die Nutzbarmachung von *Zivilisationen* als Analysekategorie.<sup>42</sup> Weiterhin wird gegen den nationalen Vergleich eingewandt, dieser sei für viele Fragestellungen zu abstrakt, missachte regionale oder lokale Unterschiede und stelle einen künstlichen Durchschnitt her, welcher wertvolle Handlungsräume ausblende.<sup>43</sup>

---

<sup>37</sup> Vgl. Nancy L. Green, Forms of Comparison, in: Cohen / O'Connor, Comparison and History, S. 41-56, hier: S. 43.

<sup>38</sup> Vgl. ebd.

<sup>39</sup> Vgl. ebd., S. 44.

<sup>40</sup> Vgl. Kaelble, Die interdisziplinären Debatten über Vergleich und Transfer, S. 487.

<sup>41</sup> Vgl. ebd.

<sup>42</sup> Vgl. Jürgen Osterhammel, Transferanalyse und Vergleich im Fernverhältnis, in: Kaelble / Schriewer, Vergleich und Transfer, S. 439-468, hier: S. 444.

<sup>43</sup> Vgl. Kaelble, Die interdisziplinären Debatten über Vergleich und Transfer, S. 488 f.

Neben den Ebenen unterhalb des Nationalstaats könnte ein Vergleich auch über- und außerhalb gelagerte Organisationen und Akteure behandeln. Die Untersuchung multinationaler Unternehmen oder transnationaler Netzwerke macht eine Öffnung des nationalstaatlichen Referenzrahmens erforderlich.<sup>44</sup>

Befürworter nationaler Vergleiche argumentieren hingegen, dass diese Perspektive keinesfalls Wege zu einer transnationalen Betrachtung versperrt, sondern mit ihren Erkenntnissen auch einen Beitrag zur Relativierung von Grenzen leisten kann.<sup>45</sup> In der Forschungspraxis, so fasst Hartmut Kaelble zusammen, ist der Nationalstaat nach wie vor eine häufig genutzte Vergleichseinheit in der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Dies ist zunächst auf rein praktische Erwägungen zurückzuführen: So ist die Verfügbarkeit von Quellenmaterial wie auch Sekundärliteratur auf der nationalstaatlichen Ebene für viele Fragestellungen bedeutend höher als auf supranationalem, regionalem oder lokalem Level. Darüber hinaus bietet die Nation stärker als andere Vergleichseinheiten einen eindeutig abgrenzbaren Diskursraum mit klar definiertem Selbstverständnis. Die Nation ist demnach gegenüber von nur unscharf fassbaren Kulturregionen oder Zivilisationen eine relativ einfach handhabbare Vergleichseinheit. Kaelble sieht den größten Vorzug in der Untersuchung von Nationalstaaten darin, dass nur sie vollumfängliche Akteure im politischen, sozialen und kulturellen Sinn darstellen, indem sie gleichermaßen Regierungshandlungen ausüben und diskursive wie auch wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Referenzpunkte für Bürger, Medien und Unternehmen schaffen.<sup>46</sup>

Die Umsetzung einer Vergleichsarbeit ist mit methodischen und organisatorischen Schwierigkeiten behaftet. Neben der Konzeptionierung ist es auch für die Archivarbeit und die Materialauswertung erforderlich, dass Komparatisten über sprachliche und kulturelle Kompetenzen in den verschiedenen Ländern oder Regionen verfügen. Ebenfalls sind Kenntnisse über wissenschaftliche Traditionen und Strömungen in allen zu vergleichenden Einheiten notwendig. Sofern diese hohen Anforderungen an Qualifikationen und Prägungen des Forschers nicht erfüllt werden können, droht die Produktion eines asymmetrischen Vergleichs, bei dem eine der Einheiten weniger tiefgehend untersucht wird und letztendlich nur als Folie zur Betonung vermeintlich besonderer Eigenschaften eines im Zentrum stehenden Objekts dient.<sup>47</sup> Wenn anstelle eines unabhängigen Tertium comparationis eine

---

<sup>44</sup> Vgl. ebd.

<sup>45</sup> Vgl. Green, *Forms of Comparison*, S. 42: “[...] applying the comparative method to countries as categories is a powerful way of questioning the absoluteness of their boundaries, both legally and metaphorically”.

<sup>46</sup> Vgl. Kaelble, *Die interdisziplinären Debatten über Vergleich und Transfer*, S. 486.

<sup>47</sup> Vgl. Monica Juneja / Margrit Pernau, *Lost in Translation? Transcending Boundaries in Comparative History*, in: Kocka / Haupt, *Comparison and Beyond*, S. 105-132, hier: S. 107 f.

Vergleichseinheit, ob bewusst oder unbewusst, zum Maßstab gemacht wird, an welchem Entwicklungen abgelesen werden, führt dies zu einer Defizitgeschichte: Die Erhebung eines Fallbeispiels zur Norm impliziert die Frage nach der Rückständigkeit weiterer Vergleichseinheiten. Bei Kulturvergleichen ist die Wahl von Begriffen und Metaebenen besonders schwierig, da diese ihrerseits bereits sprachlich, historisch und kulturell geprägt sind und zur Verfestigung bestehender Ungleichgewichte beitragen.<sup>48</sup> Vergleiche können dementsprechend zu einer Hierarchisierung oder Wertung auf der Grundlage von Vorannahmen des Forschers führen.<sup>49</sup> Die Literaturwissenschaftlerin Christiane Solte-Gresser bezweifelt die Möglichkeit eines präferenzlosen Vergleichs, da es sich ausgehend von einem Standpunkt stets um einen einseitigen, hierarchischen Verstehensprozess handele.<sup>50</sup>

Die Materialsuche ist mit besonderen Hindernissen verbunden: Der Wunsch des Forschers, für alle Vergleichsfälle quantitativ und qualitativ ähnliche Quellen zusammenzutragen erweist sich oftmals allein aufgrund der Archivalagen als nicht erfüllbar. Laut Green gehört es zu den grundlegenden Aufgaben von Vergleichshistorikern, die Archivalage in der Arbeit zu diskutieren und das verfügbare Material bestmöglich auszuwerten.<sup>51</sup> Selbst bei ähnlichen Quellenarten stellt sich eine weitere, versteckte, Herausforderung: Die verwendete Terminologie kann je nach Zeit und Ort variieren, sodass vermeintlich deckungsgleiche Konzepte teils unterschiedliche Bedeutungen aufweisen oder erst im Laufe der Auswertungen Überschneidungen zwischen Begrifflichkeiten entdeckt werden. Eine Schwierigkeit des komparativen Ansatzes liegt darin, dass Fragestellungen und Herangehensweisen, die auf der Grundlage von Arbeitshypothesen, Quellen, Sprachkenntnissen und fachlichen Prägungen konzipiert wurden während einer Vergleichsarbeit kontinuierlich und theoretisch endlos präzisiert werden können.<sup>52</sup> Die Wahl der Untersuchungsobjekte und der Forschungsfragen strukturiert einen Vergleich stärker

---

<sup>48</sup> Vgl. Pernau, *Transnationale Geschichte*, S. 33 f sowie Juneja / Pernau, *Lost in Translation?*, S. 110: „A problem of a different kind is posed by the suggestion that, in cases of diachronic comparisons between Europe and regions of the non-European world, conditions prevailing in the latter during the first half of the twentieth century might be “usefully” compared (or viewed as parallel) to those of the “early modern” period in Europe. As long as the conceptual criteria underlying comparison are not made transparent, the dangers of opening the back door to one more form of Eurocentrism while throwing the master narrative of Kantian universalism out of the front door, cannot be ruled out. Is “modernity” here implicitly a notion grounded in European experience that relegates non-European societies to the “waiting room of history”, as Dipesh Chakrabarty has pointed out?”.

<sup>49</sup> Vgl. Glenda Sluga, *The nation and the comparative imagination*, in: Cohen / O’Connor, *Comparison and History*, S. 103-114, hier: S. 104 ff.

<sup>50</sup> Vgl. Christiane Solte-Gresser, *Potenziale und Grenzen des Vergleichs - Versuch einer literatur- und kulturwissenschaftlichen Systematik*, in: Christiane Solte-Gresser / Hans-Jürgen Lüsebrink / Manfred Schmeling, Hg., *Zwischen Transfer und Vergleich - Theorien und Methoden der Literatur- und Kulturbeziehungen aus deutsch-französischer Perspektive*, VICE VERSA Deutsch-französische Kulturstudien Band 5, Stuttgart 2013, S. 23-35, hier: S. 29.

<sup>51</sup> Vgl. Green, *Forms of Comparison*, S. 49 f.

<sup>52</sup> Vgl. ebd. sowie zusammenfassend Kaelble, *Historischer Vergleich*, S. 5.

als andere Arbeiten. Schwachstellen im Forschungsdesign sind schwerwiegend und können beispielsweise dazu führen, dass postulierte Unterschiede empirisch nicht aufrecht zu erhalten sind, dass der Vergleich keine neuen Erkenntnisse liefert oder aber, dass die durchgeführten Vergleiche zur Beantwortung der eingangs formulierten Fragestellungen ungeeignet sind. Vor dem Hintergrund des notwendigen hohen Aufwands für die Durchführung der Arbeit ist der geringe wissenschaftliche Ertrag eines fehlerhaft konstruierten Vergleichs besonders schmerzhaft.<sup>53</sup> Da Vergleichsarbeiten einer Messung am jeweils aktuellen Forschungsstand der nationalen historiographischen Fachbereiche nicht immer standhalten können, sieht Deborah Cohen den Mehrwert in erster Linie in der Anfechtung von Sonderwegs-Narrativen. Vergleiche können wertvolle Denkanstöße zu den untersuchten Akteuren und Prozessen liefern, sind jedoch weniger zur Ableitung umfassender abstrakter Erklärungen für historische Phänomene geeignet. Schließlich sind die Strukturierung und der Schreibprozess bei vergleichenden Arbeiten herausfordernd: Die Frage nach der Wahl eines geeigneten Narratives stellt sich angesichts der Fülle des Materials und der thematischen Konzentration in besonderem Maße. Je nach Arbeitshypothesen und Ergebnissen der Studie können Einzelfälle separat präsentiert werden oder aber eine thematische Zusammenführung der Erkenntnisse erfolgen. Grundsätzlich ist der Aufbau der Arbeit derart zu gestalten, dass die vergleichenden Fragestellungen behandelt werden können, ohne ermüdende Wiederholungen oder Variationen der Thematik zu produzieren.<sup>54</sup>

Jürgen Kocka sieht in der Vielzahl von methodischen und organisatorischen Schwierigkeiten eine Begründung für den geringen Stellenwert von komparatistischen Ansätzen innerhalb der Geschichtswissenschaft.<sup>55</sup> Seit Mitte der 1990er-Jahre wurde der historische Vergleich verschiedentlich kritisiert und weiterentwickelt. Die Frage, inwieweit komparatistische Ansätze geeignet sind eine zunehmende historiographische Öffnung im Sinne einer Relativierung nationalstaatlicher Paradigmen zu begleiten, wird dabei unterschiedlich beantwortet.<sup>56</sup> Während Befürworter von Vergleichen die Internationalisierung der Geschichtswissenschaft sowie eine dem Ansatz immanente Pflicht zur Selbstreflexion der Forscher betonen<sup>57</sup>, wenden Kritiker ein, dass der Rückgriff auf zumeist abgeschlossene nationale Vergleichseinheiten ein Überschreiten der Grenzen

---

<sup>53</sup> Vgl. Cohen, *Comparative History*, S. 60.

<sup>54</sup> Vgl. Green, *Forms of Comparison*, S. 52 f.

<sup>55</sup> Vgl. Jürgen Kocka, *Comparison and Beyond*, in: *History and Theory*, Vol. 42, 1/2003, S. 39-44, hier: S. 41 f.

<sup>56</sup> Vgl. Kaelble, *Historischer Vergleich*, S. 6.

<sup>57</sup> Vgl. Cohen, *Comparative History*, S. 64 sowie Kocka / Haupt, *Comparison and Beyond*, S. 5 und Green, *Forms of Comparison*, S. 42-46.

nationalistischer Geschichtsschreibung verhindere. Vielmehr bestehe die Gefahr, durch Ländervergleiche angenommene Unterschiede weiter zu verfestigen.<sup>58</sup>

### *Transfer*

Besonders prägnant formulierte im deutsch-französischen Kontext Michel Espagne diesen Vorwurf:

„Comparer deux objets signifie les opposer pour énumérer leurs ressemblances et leurs différences et, par un glissement qui n'est guère évitable, pétrifier les oppositions. On ne peut comparer en effet que ce qui n'est pas confondu. Lorsqu'on compare un groupe social en France et en Allemagne on s'interdit par exemple d'aboutir à la conclusion selon laquelle l'appartenance nationale ne serait nullement un trait pertinent. La comparaison conforte le clivage national et rend problématique sa remise en question.“<sup>59</sup>

Espagne kritisiert, dass für einen Vergleich homogene Größen konstruiert werden müssen und somit nationale Identitäten überbetont werden. Weiterhin werde die einem Vergleich zugrundeliegende Annahme unveränderlicher Einheiten wechselseitigen Austauschprozessen und Beeinflussungen nicht gerecht. Zwischen den verschiedenen Objekten finden kontinuierliche Kulturkontakte statt, darüber hinaus ist bereits ihre Entstehung als das Resultat zahlreicher Transfers zu verstehen. Um die Reproduktion von Stereotypen zu vermeiden, wirbt Espagne dafür, einen unkritischen historischen Vergleich durch die Analyse von historischen Transfers, der Zirkulation von Ideen, Werten, Waren und Menschen zu ersetzen.<sup>60</sup> Eine derart gefasste Transfergeschichte grenzt sich insbesondere in der Frage der Stabilität der untersuchten Einheiten scharf von der Vergleichsgeschichte ab. Unterschiede zwischen den Vergleichseinheiten werden nicht als gegeben, sondern als prozesshaft verstanden. Entsprechend richtet sich das Erkenntnisinteresse nicht wie in der Komparatistik auf generalisierbare Zusammenhänge zwischen einzelnen Faktoren, sondern auf den Wandel, den die Objekte durch Grenzkontakte erfahren. Im Gegensatz zum klassischen Vergleich werden Unterschiede

---

<sup>58</sup> Vgl. Juneja / Pernau, *Lost in Translation?*, S. 108 sowie Simon Macdonald, *Transnational history: a review of past and present scholarship*, UCL Centre for Transnational, 2013, online verfügbar unter [https://www.ucl.ac.uk/centre-transnational-history/objectives/simon\\_macdonald\\_tns\\_review](https://www.ucl.ac.uk/centre-transnational-history/objectives/simon_macdonald_tns_review) (15.07.18), hier: S. 5.

<sup>59</sup> Michel Espagne, *Sur les limites du comparatisme en histoire culturelle*, in: *Genèses* 17/1994, *Les objets et les choses*, S. 112-121, hier: S. 112 f.

<sup>60</sup> Vgl. im Original ebd. S. 115 ff. sowie Haupt / Kocka, *Comparison and Beyond*, S. 6; vgl. Kaelble, *Historischer Vergleich*, S. 6; vgl. Kaelble, *Vergleich und Transfer*, S. 474 f.; vgl. Agnes Arndt et. al., *Europäische Geschichtsschreibung zwischen Theorie und Praxis*, in: Dies., et. al., Hg., *Vergleichen, verflechten, verwirren? Europäische Geschichtsschreibung zwischen Theorie und Praxis*, S. 11-32, hier: S. 13 f. sowie Matthias Middell, *Kulturtransfer, Transfers culturels*, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, online abrufbar unter [http://docupedia.de/zg/middell\\_kulturtransfer\\_v1\\_de\\_2016](http://docupedia.de/zg/middell_kulturtransfer_v1_de_2016) (15.07.18).

bewusst nicht als unveränderlich angesehen, sondern historisiert und durch den Blick auf Mischformen relativiert.<sup>61</sup> Gleichwohl stützt sich auch die Transfergeschichte für die Analyse von Austausch- und Aneignungsprozessen auf kulturelle Kontexte wie etwa Nationalkulturen, die sie für einen begrenzten Zeitraum als stabil betrachtet. Eine Schlüsselrolle kommt in diesem Ansatz Mittlerfiguren zu, die kulturelle Artefakte und Praktiken zwischen verschiedenen Kontexten transportieren und Aneignungsprozesse auslösen. Die gegenüber komparatistischen Ansätzen deutliche Relativierung nationaler Kulturräume reicht indes nicht bis hin zu einer vollständigen Beseitigung der Trennlinien zwischen Kulturen im Sinne einer Hybridisierung oder Kreolisierung. Das Eigene und das Fremde konstituieren sich wechselseitig, bleiben jedoch unterscheidbar. Mit der Zielsetzung, Wandlungsprozesse nachzuvollziehen und den Anteil angeeigneter Elemente innerhalb eines kulturellen Raumes sichtbar zu machen, richtet sich die Transfergeschichte explizit gegen die Homogenisierungsbestrebungen des methodologischen Nationalismus, welchen Kritiker in vergleichsgeschichtlichen Projekten ausmachen.<sup>62</sup> Wolfgang Schmale sieht dementsprechend einen Verdienst der Transferforschung im Nachweis des grundlegend interkulturellen Charakters von Kulturen. Der Ansatz ermöglicht eine weniger statische und ausgrenzende Kennzeichnung von Kulturräumen, indem die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen unterschiedlichen Einheiten oder Kohärenzen betont werden. Diese können in Form von Clustern zusammengefasst werden und vielfältige Konstellationen abbilden. So könnte „Nationalkultur“ durch den offeneren Begriff „Makrokohärenzen“ ersetzt werden und „Europa“ als Cluster von Makrokohärenzen verstanden werden. Die Erweiterung von Analyse kategorien über den nationalstaatlichen Rahmen hinaus, beispielsweise mittels einer Untersuchung von Netzwerken, kann zudem Erkenntnisse bringen, die durch zu eng gefasste Untersuchungseinheiten verborgen blieben. Einerseits können durch Kulturtransferforschung die Beschränkungen von abgeschlossenen Größen wie Nation oder Elitegesellschaft überwunden werden, andererseits könnte eine zu starke Konzentration auf neue Zwischenräume und Verflechtungen wiederum den Blick auf die Handlungen einzelner verantwortlicher historischer Akteure versperren.<sup>63</sup>

In der Umsetzung muss sich Transfergeschichte mit drei übergeordneten Themenkomplexen beschäftigen: Zunächst ist die Annahme, dass Kulturkontakte und Transfers kontinuierlich ablaufen durch eine Untersuchung der Ursachen zu spezifizieren. Welche Akteure haben aus welchen Beweggründen Transfers initiiert? Gehen die Impulse

---

<sup>61</sup> Vgl. Pernau, Transnationale Geschichte, S. 44 f.

<sup>62</sup> Vgl. Middell, Kulturtransfer, S. 3 f. sowie Pernau, Transnationale Geschichte, S. 45.

<sup>63</sup> Vgl. Wolfgang Schmale, Kulturtransfer, in: Europäische Geschichte Online (EGO), hg. vom Leibniz-Institut für Europäische Geschichte (IEG) Mainz, online abrufbar unter <http://ieg-ego.eu/de/threads/theorien-und-methoden/kulturtransfer#citation> (16.07.18), hier: S. 28-33.



stärker von der Ausgangs- oder der Rezeptionskultur aus und in welchem Verhältnis stehen beide zueinander? Weiterhin ist nach den Selektionsprozessen im Vorfeld von Kulturtransfers zu fragen. Anders als bei der Vergleichsgeschichte ist es nicht die Aufgabe des Historikers, gemäß seinen Forschungsinteressen eine Auswahl an Objekten zu treffen und zu legitimieren. Vielmehr obliegt es dem Transferhistoriker, jene Alternativen zu untersuchen, die sich den Mittlerfiguren boten und ihre Wahl nachzuvollziehen. Kulturtransfers sind in diesem Sinne grundsätzlich als partielle Transferleistungen zu verstehen, denen ein Entscheidungsprozess vorausgeht. Schließlich liegt eine Herausforderung bei der Analyse in der Aufarbeitung der Transferergebnisse. Hier ist einerseits nach Veränderungen in der empfangenden Kultur zu fragen, nach Prozessen von Rezeption, Transformation oder Akkulturation der übermittelten Elemente. Andererseits sind Rückflüsse in die Ausgangskultur zu untersuchen. Wichtig ist zu betonen, dass neben hierarchischen Transferkonstellationen wie etwa zwischen Kolonialmächten und beherrschten Gebieten ebenso gut Gruppen analysiert werden können, die sich prinzipiell als gleichwertig erachten und ähnlich starke Transferprozesse in beide Richtungen aufweisen. Derart enge Verbindungen und die Wahrnehmung von Geschichte als wechselseitigem Austausch können eine gemeinsame Identität fördern. Laut Margrit Pernau „ist es kein Zufall, dass seit einigen Jahren die Untersuchungen zur Transfergeschichte innerhalb der Europäischen Union Hochkonjunktur haben.“<sup>64</sup> Für Jürgen Osterhammel sind Transferuntersuchungen ein besonders geeignetes Mittel zur Erschließung einer europäischen Identität: Stärker als bei vergleichenden Studien können durch die Untersuchung von Kulturkontakten und Austauschprozessen die Herausbildung von Gemeinsamkeiten nachvollzogen werden.<sup>65</sup>

Die Transferforschung ist wie zuvor der Vergleich dafür kritisiert worden, den formulierten Anspruch, nationalstaatliche Paradigmen aufzulösen, nicht umsetzen zu können. Sebastian Conrad formulierte den Vorwurf, dass beide Ansätze letztlich nationale Historiographien reproduzierten. Auch die Transferforschung mit ihrem verfeinerten Instrumentarium stütze sich auf den Rahmen des Nationalstaats als Ursprung des historischen Kontakts.<sup>66</sup> Darüber hinaus bemängelt Conrad die weitgehende Vernachlässigung interkontinentaler Transfers. Auch in Arbeiten zur europäischen Geschichte müssten Kontakte und Austauschprozesse mit außereuropäischen Gebieten beachtet werden.<sup>67</sup> Im Vergleich zu Espagne fasst Conrad den Transferbegriff geographisch weiter und fragt auch nach wechselseitigen Beeinflussungen etwa zwischen

---

<sup>64</sup> Vgl. Pernau, *Transnationale Geschichte*, S. 47 f., Zitat ebd.

<sup>65</sup> Vgl. Jürgen Osterhammel, *Transferanalyse und Vergleich im Fernverhältnis*, S. 439 f.

<sup>66</sup> Vgl. Sebastian Conrad, *Double Marginalization - A Plea for a Transnational Perspective on German History*, in: Haupt / Kocka, *Comparison and Beyond*, S. 52-76, hier: S. 52 f.

<sup>67</sup> Vgl. ebd.

Deutschland und Japan. In der Entgrenzung von Austauschprozessen und der stärkeren Beachtung vormals kaum verfolgter Transfers aus Kolonien in die Mutterländer fordert das Konzept der „entangled history“ einen Perspektivwechsel weg von Europa ein.<sup>68</sup>

### *Verflechtungsgeschichte*

Auch der von Michael Werner und Bénédicte Zimmermann formulierte Ansatz einer *Histoire Croisée*<sup>69</sup> greift zuvor genannte Schwachstellen des Vergleichs und des Transfers auf, ist allerdings weniger als konkurrierendes Konzept denn als umfassende theoretische und methodologische Weiterentwicklung zu verstehen. Werner und Zimmermann präsentieren ihren Ansatz nicht als abgeschlossenes Modell, sondern als eine Art Werkzeugkoffer, der über die Geschichtswissenschaften hinaus Anwendung finden soll. Im Zentrum ihrer Ausführungen stehen die Forderung nach einer Neubewertung der strukturierenden Effekte von Analyse kategorien, Blickwinkeln und Ebenen sowie der Auftrag an Forschende, Untersuchungsobjekte und verwendete Begriffe zu reflektieren und multiperspektivisch miteinander in Verbindung zu setzen.<sup>70</sup> Der Annahme folgend, dass Transfers weder von einem festen Ausgangspunkt ausgehen noch linear zwischen zwei Entitäten stattfinden, prägen Werner und Zimmermann zur Operationalisierung komplexerer Konfigurationen den Begriff der Verflechtung. Dieser ist auf multidimensionale Konstellationen anwendbar und verweist darauf, dass Untersuchungsobjekte nicht allein miteinander verglichen werden, sondern sich in einem interaktiven Prozess gegenseitig konstituieren. Transfers werden in der *Histoire Croisée* nicht auf vereinzelte Kontaktpunkte beschränkt, sondern über einen längeren Zeitraum hinweg untersucht. Dabei interpretiert der Ansatz Austauschprozesse als direkte und indirekte Transformationen, die vielschichtig, pluridirektional und zeitlich versetzt ablaufen können. Nicht allein die Entstehung neuer hybrider kultureller Elemente soll in der Verflechtungsgeschichte Beachtung finden. Insbesondere interessiert sie sich für die Rückwirkungen von Transformationen auf die Ausgangsobjekte.<sup>71</sup> Die Konzeptualisierung von Verflechtungen bzw. *Croisements* umfasst verschiedene Grade von Interferenzen zwischen Untersuchungsgegenständen, die empirisch und epistemologisch strukturierenden Effekte der zu wählenden Perspektiven, die Verortung des Forschers gegenüber seinen Objekten

---

<sup>68</sup> Vgl. Hartmut Kaelble, Die Debatte über Vergleich und Transfer und was jetzt?, online abrufbar unter: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/index.asp?id=574&view=pdf&pn=forum&type=artikel> (17.6.18).

<sup>69</sup> Vgl. im folgenden Michael Werner / Bénédicte Zimmermann, Penser l'Histoire Croisée: Entre empirie et réflexivité, in: *Annales. Histoire, Sciences Sociales* 2003/1, S. 7-36; Michael Werner / Bénédicte Zimmermann, Beyond Comparison: *Histoire Croisée* and the challenge of reflexivity, in: *History and Theory* 45, Februar 2006, S. 30-50.

<sup>70</sup> Vgl. Werner / Zimmermann, Penser l'histoire croisée, S. 10-15.

<sup>71</sup> Vgl. Werner / Zimmermann, Beyond Comparison, S. 37 f.

sowie den Wechsel zwischen unterschiedlichen geographischen Maßstäben.<sup>72</sup> Der Ansatz fordert eine hohe Selbstreflexivität des Wissenschaftlers, der bewusst zwischen verschiedenen Blickwinkeln wechseln und Interaktionen nachvollziehen soll. Nicht nur der Forschungsgegenstand, auch die Forschung selbst soll transnational und dialogisch sein.<sup>73</sup> Werner und Zimmermann betonen die Vergleichen und Transfers inhärente Problematik einer latenten Asymmetrie. So könne ein in Frankreich ausgebildeter Wissenschaftler allein aufgrund seiner Sozialisation nicht den Anspruch erheben eine deutsch-französische Thematik symmetrisch zu bearbeiten. Eine völlige Auflösung dieses Problems sei wissenschaftlich nicht seriös zu bewerkstelligen. Vielmehr plädiert die *Histoire Croisée* für eine besondere Reflexivität in Form einer transparenten Diskussion der Zugänge zu den betrachteten Elementen und möglicher Modifikationen im Laufe der Recherchen.<sup>74</sup> In Bezug auf die Untersuchungsebenen werden im Sinne der Verflechtungen Abgrenzungen zwischen Mikro- und Makroperspektiven aufgehoben. So wird etwa das transnationale Level nicht allein als zusätzliche Stufe zu Lokalem, Regionalem und Nationalem angesehen, sondern als Produkt aus Interaktionen mit eben diesen. Erst die Verknüpfung verschiedener geografischer Logiken erlaube eine dynamische Geschichtsschreibung:

„Envisagée sous cet angle, l'histoire croisée peut ouvrir des pistes prometteuses pour l'écriture d'une histoire de l'Europe qui ne se réduise pas à la somme des histoires des Etats membres ou de leurs relations politiques, mais prenne en compte la diversité des transactions, négociations et réinterprétations qui se jouent sur différentes scènes autour d'une grande variété d'objets et dont la combinaison contribue à façonner une histoire européenne à géométrie variable.“<sup>75</sup>

Dieser programmatische Entwurf zur Erforschung europäischer Geschichte lässt bereits die Komplexität erkennen, mit der die Umsetzung der *Histoire Croisée* verbunden ist. Das Konzept findet für seine innovativen methodologischen und theoretischen Ausführungen zu Verschränkungen von Untersuchungsgegenständen und Perspektiven sowie der induktiven Verfeinerung des Forschungsdesigns viel Anerkennung. Jedoch wird darauf verwiesen, dass der Ansatz bisher kaum Eingang in empirische Arbeiten gefunden hat.<sup>76</sup> Kaelble merkt dazu an, dass die methodischen Debatten zur Transfer- und Beziehungsgeschichte der Forschungspraxis vorgelagert waren und folglich noch international rezipierte und diskutierte Modelluntersuchungen fehlen, anhand derer das Instrumentarium verfeinert werden könnte.<sup>77</sup> Die Umsetzung könnte, so Agnes Arndt, an rein forschungspraktischen Gründen scheitern. Eine Kombination aus vergleichs-, transfer-

---

<sup>72</sup> Vgl. ebd.

<sup>73</sup> Vgl. Pernau, *Transnationale Geschichte*, S. 50 f.

<sup>74</sup> Vgl. Werner / Zimmermann, *Beyond Comparison*, S. 41 f.

<sup>75</sup> Werner / Zimmermann, *Penser l'histoire croisée*, S. 23, vgl. zuvor ebd. S. 22 f.

<sup>76</sup> Vgl. Arndt Bauerkämper, *Wege zur europäischen Geschichte. Erträge und Perspektiven der vergleichs- und transfergeschichtlichen Forschung*, in: Arndt, *Vergleichen, verflechten, verwirren?*, S. 33-61, hier: S. 48.

<sup>77</sup> Vgl. Kaelble, *Die Debatte über Vergleich und Transfer*.

und verflechtungsgeschichtlichen Zugängen sei mit einem kaum zu bewältigenden Arbeitspensum verbunden und lege deshalb eine Fokussierung auf Mikroebenen und eng umrissene Zeiträume nahe. Die Behandlung großer Fragestellungen zur europäischen Sozial-, Kultur- oder Politikgeschichte gemäß der *Histoire Croisée* wäre allenfalls in Forschungsnetzwerken mit entsprechenden Kapazitäten zu leisten. Diese Schwierigkeiten machen ihrer Auffassung nach auf die grundlegende Problematik aufmerksam, „dass der gängige Ruf nach Verflüssigung und Relationalität in der transnationalen Geschichte zwar dazu beiträgt, einer normativen Verengung des historiographischen Blicks zu begegnen, es aber eines Balanceaktes bedarf, um solch eine produktive Verwirrung etablierter Narrative überhaupt organisierbar zu halten.“<sup>78</sup>

Ungeachtet der Zweifel an der Praktikabilität der *Histoire Croisée* konnten die methodischen Diskussionen dazu beitragen, Abgrenzungen zwischen vergleichs- und transfergeschichtlichen Konzepten zu relativieren. Befürworter einer Kombination beider Ansätze betonen die grundsätzliche Kompatibilität: Transferarbeiten benötigen als Grundlage den Vergleich um Ausgangspunkte für etwaige Wandel zu identifizieren, während komparatistische Studien ebenfalls Transfers berücksichtigen sollten, um neben Gemeinsamkeiten und Unterschieden auch zeitlich weiter gefasste Konvergenzen und Divergenzen thematisieren zu können. Ebenso wie Transferuntersuchungen darauf angewiesen sind, ihre Einheiten zu konstruieren<sup>79</sup>, sind Vergleiche geeignet, um Veränderungen über längere Zeiträume zu thematisieren. Das Verhältnis von Vorzügen und Schwachstellen beider Ansätze, so urteilt Kaelble, sei deshalb ausgewogener als in früheren Phasen der Methodik-Debatten.<sup>80</sup> Die zunehmenden Verweise auf eine Komplementarität sind auch auf methodische Weiterentwicklungen des Vergleichs zurückzuführen. Vertreter der Komparatistik lehnen die scharfe Kritik ab und attestieren, dass vergleichende Studien durch die systematische Betrachtung von Verbindungen zwischen den Einheiten nicht beschädigt, sondern vielmehr aufgewertet werden. Höhere methodische Reflexivität und Offenheit für transfer- und verflechtungsgeschichtliche Ansätzen zählen zu den Anforderungen an Vergleichshistoriker.<sup>81</sup> Unter dem Einfluss der

---

<sup>78</sup> Vgl. Agnes Arndt, Der Bedeutungsverlust des Marxismus in transnationaler Perspektive - „Histoire Croisée“ als Ansatz und Anspruch an eine Beziehungsgeschichte West- und Ostmitteleuropas, in: Dies., Hg, *Vergleichen, verflechten, verwirren?*, S. 89-114, hier: S. 108 f.; Zitat: Arndt, *Europäische Geschichtsschreibung*, S. 16; vgl. auch Middell, *Kulturtransfer, Transfers culturels*, S. 11.

<sup>79</sup> Werner und Zimmermann kritisierten die Annahme eines Ausgangs- und eines Endpunktes für Transfers, vgl. Dies., *Beyond Comparison*, S. 36.

<sup>80</sup> Vgl. Kaelble, *Die Debatte über Vergleich und Transfer*, S. 4 f.; in ähnlicher Weise auch Bauerkämper, *Wege zur europäischen Geschichte*, S. 47 ff. sowie Middell, *Kulturtransfer, Transfers culturels*, S. 9 f.

<sup>81</sup> Vgl. Kocka / Haupt, *Comparison and Beyond*, S. 5 sowie S. 20 f.; vgl. auch Heinz-Gerhard Haupt, *Historische Komparatistik*, in: Gunilla Budde et al., Hg., *Transnationale Geschichte - Themen, Tendenzen und Theorien*, Göttingen 2010, S. 137-149, hier: S. 148 f.; Green bezieht sich bei ihrem Verweis auf die Notwendigkeit einer umfassenden Kontextualisierung von Untersuchungseinheiten und Begrifflichkeiten explizit auf die *Histoire Croisée*. Vgl. Green, *Forms of Comparison*, S. 49; zur

*Histoire Croisée* sind Komparatisten dazu angehalten, Maßstäbe flexibler handzuhaben, was bewirkt hat, dass nationale Vergleiche weniger selbstverständlich durchgeführt werden. Gleichwohl unterstreicht Pernau, dass ein sich durchsetzendes Verständnis von Nation als Konstrukt nicht ausschließt, dass eben jenes sehr wirkungsmächtig war und je nach Untersuchungsgegenstand eine nach wie vor legitime Ebene darstellt.<sup>82</sup>

### *Transnationale Geschichte*

Die Debatten über die Weiterentwicklungen des klassischen historischen Vergleichs haben eine Differenzierung des Methodenspektrums bewirkt und Tendenzen hin zu einer Transnationalisierung der Geschichtswissenschaften bekräftigt.<sup>83</sup> Die stärkere transnationale Ausrichtung wurde dabei gefördert von einer Relativierung nationalstaatlichen Einflusses in wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Fragen. Kaelble sieht den Aufstieg einer transnationalen Historiographie begünstigt von einem zeithistorischen Kontext, der von Globalisierungsängsten und der Erfahrung neuer transnationaler Kriege ebenso geprägt war wie vom Ausbau der Europäischen Union zu einem politischen Machtzentrum Europas und einer Lockerung von Loyalitäten gegenüber dem Nationalstaat.<sup>84</sup> Transnationale Geschichte ist bisher weder mit einem umfangreichen Konzept oder einer theoretischen Fundierung verbunden. Anregungen erhielt sie unter anderem aus der Diplomatiegeschichte, der Geschichte der europäischen Integration, der Globalgeschichte oder auch einer sich stärker internationalisierenden Sozial- und Kulturgeschichte.<sup>85</sup> In der Geschichtswissenschaft hat der Begriff seit den 1990er-Jahren und ausgehend von US-amerikanischen Debatten auch in europäischen Diskussionen, insbesondere in Subdisziplinen wie der Migrations- und Kolonialforschung große Aufmerksamkeit erhalten. Die grundlegende Zielrichtung transnationaler Geschichte besteht in der Auflösung eines als zu stark nationalstaatlich empfundenen historiographischen Rahmens. Über diese Negativdefinition hinausgehend wurden jedoch kaum spezifische programmatische oder methodische Festlegungen vorgenommen. Klaus Kiran Patel vertritt die Auffassung, dass eben jene pragmatisch handhabbare Unbestimmtheit, auch in Relation zu angrenzenden Konzepten wie der Globalgeschichte, der *Histoire Croisée* oder der internationalen Geschichte zu einer weiten Verbreitung des

---

Anforderung der kontinuierlichen Verfeinerung des Forschungsaufbaus vgl. ebd. S. 51; vgl. auch Cohen, *Comparative History*, S. 65 f.

<sup>82</sup> Vgl. Pernau, *Transnationale Geschichte*, S. 55.

<sup>83</sup> Vgl. Middell, *Kulturtransfer, Transfers culturels*, S. 10.

<sup>84</sup> Vgl. Kaelble, *Die Debatte über Vergleich und Transfer*, S. 5.

<sup>85</sup> Vgl. Kaelble, *Historischer Vergleich*, S. 7.

Transnationalen in den Geschichtswissenschaften beigetragen hat.<sup>86</sup> Akira Iriye und Pierre-Yves Saunier haben ihrem *Dictionary of Transnational History* eine weit gefasste Definition vorangestellt, nach der transnationale Geschichte abzielt auf „links and flows“, auf „people, ideas, products, processes and patterns that operate over, across, through, beyond, above, under or in-between polities and societies“<sup>87</sup> In ihrer stärker pragmatisch denn programmatischen Ausrichtung kann transnationale Geschichte als Sammelbegriff für verschiedene Ansätze angesehen werden, die sich gegen einen methodologischen Nationalismus in der Historiographie richten und Phänomene der Zirkulation, der Bewegung und des Austausches in den Mittelpunkt rücken.<sup>88</sup> Bezeichnenderweise verzichtet auch Saunier in einer aktuellen Einführung auf eine präzise Definition:

„Adopting a transnational perspective has a lot to do with other relational approaches to history. It is historiographically connected with them and fosters investigations that expand beyond national units. Yet there are also significant differences of a complementary nature: transnational history is not written against or without nations but simultaneously pays attention to what lives against, between and through them; it limits itself to the past 250 years broadly understood; it works across the board in regard to spaces, scales and topics. This book does not aim to crystallise such distinctions or tighten the definition of what transnational history should or should not be. [...]“<sup>89</sup>

Patel wiederum lehnt es ab, sämtliche Ansätze jenseits des nationalstaatlichen Rahmens unter dem Sammelbegriff der Transnationalen Geschichte zusammenzufassen, da dies eine zu simple Gegenüberstellung mit der traditionellen Nationalgeschichtsschreibung bedeuten würde. Er definiert Transnationale Geschichte zuvorderst als eine Forschungsperspektive, die quer zur territorialen Logik lokal-regional-national verläuft und je nach Erkenntnisinteresse neuartige Ergebnisse liefern kann. Transnationale Geschichte soll nicht als neues Paradigma der Geschichtswissenschaft und Ersatz für bestehende Konzepte forciert werden. Das Bemühen um eine Überwindung der Nationalfixierung durch Einnahme einer transnationalen Perspektive ist indes nicht gleichbedeutend mit einer Absage an die Größen Nation und Nationalstaat, die weiterhin als Referenzpunkte für die Analyse von Abgrenzungen und wechselseitigen Konstruktionsprozessen genutzt werden. Methodisch greift die Transnationale Geschichte explizit auf vergleichs- und transfergeschichtliche Ansätze sowie Konzepte der Netzwerkforschung zurück.<sup>90</sup> Die Darstellung, wonach der Vergleich nur eine zu stark

---

<sup>86</sup> Vgl. Klaus Kiran Patel, *Transnationale Geschichte*, in: Europäische Geschichte online, abrufbar unter: <http://ieg-ego.eu/de/threads/theorien-und-methoden/transnationale-geschichte> (2.6.18) sowie Pierre-Yves-Saunier, *Transnational History*, Basingstoke 2013, S. 26 ff. und McDonald, *Transnational History*, S. 2.

<sup>87</sup> Akira Iriye / Pierre-Yves Saunier, *The Professor and the Madman*, in: dies., Hg., *The Palgrave Dictionary of Transnational History*, New York 2009, S. XVII-XX, zitiert nach Patel, *Transnationale Geschichte*.

<sup>88</sup> Vgl. McDonald, *Transnational History*, S. 2-4.

<sup>89</sup> Pierre-Yves Saunier, *Transnational History*, London 2013, hier: S. 11 f.

<sup>90</sup> Vgl. Kiran Klaus Patel, *Nach der Nationalfixiertheit – Perspektiven einer transnationalen Geschichte*, Antrittsvorlesung 12. Januar 2004, Humboldt-Universität zu Berlin, online abrufbar

national verfasste Vorstufe gewesen sei, welche durch die Transferforschung und die folgende transnationale Geschichte korrigiert und schließlich ersetzt wurde, weist Kaelble entschieden zurück. Das mittlerweile ausgeprägte Bewusstsein über mögliche Fehlerquellen sowie die Offenheit für eine Kombination mit transfer- und verflechtungsgeschichtlichen Zugängen mache Vergleiche auch für die Transfergeschichte anwendbar.<sup>91</sup>

Auch Axel Körner versteht in seiner umfassenderen Definition Transnationale Geschichte weniger als eigene historische Disziplin denn als besondere Art historischen Denkens und Fragens:

„Offering a relatively open definition, transnational history is a history of relations, proposing a new approach to the history of cultural transfers, to migrations, to the work of transnational political actors as well as to the circulation and appropriation of goods and ideas. What appears to be new about this approach is the fact that transnational historians systematically look for and account for these relations, privileging them over work within more narrowly defined territorial boundaries. Therefore, there seems to be one major difference between the transnational approach and other histories of, for instance, economic or diplomatic relations. While conventional histories concentrate on connections and trade between nations or states, transnational approaches attempt to go in between nationally defined categories of analysis, looking for a type of relationship that escapes a mental map based on nation-states“<sup>92</sup>

In einer transnationalen Perspektive kann die Zirkulation von Personen, Ideen oder Gütern verfolgt werden. Sie erlaubt es, grenzüberschreitende Phänomene des Austauschs und der Akkulturation sowie transnationale Entitäten zu analysieren, welche in einem rein nationalen Rahmen nicht sichtbar würden. Zu den Bereichen, denen nationale, internationale oder intergouvernementale Geschichtsschreibung nicht gerecht werden kann sind beispielsweise Migration, Sklavenhandel oder organisiertes Verbrechen zu zählen. Auch die Rolle von Nichtregierungsorganisationen in internationaler Politik oder die Aktivitäten von grenzüberschreitenden Experten- oder Aktivisten Netzwerken sind am besten in einer transnationalen Logik nachzuvollziehen.<sup>93</sup> Wenn auch transnationale Geschichte ihren Ursprung nicht in europäischen Forschungsdebatten hatte, so kann sie für eine vertiefende Untersuchung europäischer Geschichte heran gezogen werden. Dies

---

unter: <https://edoc.hu-berlin.de/handle/18452/2330> (10.6.18) sowie Patel, Transnationale Geschichte. Ähnlich resümiert Bauerkämper: „Eine transnationale Geschichtsschreibung, die der Interdependenz historischer Entwicklungen in unterschiedlichen Räumen Europas und der Welt Rechnung zu tragen sucht, prolongiert nicht die überkommene Fixierung auf das nationalstaatliche Paradigma, sondern untersucht vorrangig die Beziehungs- und Verflechtungsgeschichte lokaler, regionaler oder grenzüberschreitender Räume.“, Bauerkämper, Wege zur europäischen Geschichte, S. 42 f., vgl. auch ebd. S. 45.

<sup>91</sup> Vgl. Kaelble, Historischer Vergleich, S. 7; Phillip Gassert hebt ebenfalls die methodischen und praktischen Weiterentwicklungen von Vergleichsverfahren hervor und relativiert Vorwürfe der Reproduktion nationaler Stereotype, vgl. Phillip Gassert, Transnationale Geschichte, Version 2.0 in: Docupedia-Zeitgeschichte, 29.10.2012, online abrufbar unter [http://docupedia.de/zg/Transnationale\\_Geschichte\\_Version\\_2.0\\_Philipp\\_Gassert](http://docupedia.de/zg/Transnationale_Geschichte_Version_2.0_Philipp_Gassert) (9.6.18).

<sup>92</sup> Axel Körner, Transnational History: Identities, Structures, States, in: Barbara Haider-Wilson et. al., Hg., Internationale Geschichte in Theorie und Praxis, Wien 2017, S. 265-291, hier: 268.

<sup>93</sup> Vgl. ebd. S. 265 f.

gilt insbesondere für innereuropäische Verbindungen und transnationale Prozesse wie die Aufklärung oder die Industrialisierung. Wichtig ist jedoch, Brüche<sup>94</sup> ebenso zu berücksichtigen wie Verdichtungen, eine essentialistische Definition des Europa-Begriffs zu vermeiden und die Analyse von Zirkulationen nicht auf einen vermeintlich eindeutigen (west-)europäischen Raum zu begrenzen.<sup>95</sup>

Neben der Kritik transnationaler Geschichte als konzeptionell beliebigem Modebegriff sind vier grundlegende Vorwürfe an den Ansatz gerichtet worden. Ein erster Aspekt zielt auf die Innovationskraft transnationaler Historiographie ab. Beispielsweise formulierte Hans-Ulrich Wehler den Einwand, dass transnationale Geschichte keine fundamentale Neuerung historischer Arbeitsweisen bedeute, sondern mit etablierten Forschungsfeldern verknüpft werden könnte, die bereits stark transnational geprägt sind. Studien etwa zu Imperialismus, Industrialisierung, Arbeiterbewegungen, Religions- oder Verfassungsgeschichte könnten durch Impulse einer explizit transnationalen Geschichte allenfalls graduell weiterentwickelt werden.<sup>96</sup> Zweitens sehen Komparatisten wie Heinz-Gerhard Haupt in der Transnationalen Geschichte (trotz der moderaten Programmatik) einen Angriff auf die Methoden der Vergleichs- und Transfergeschichte sowie eine Vernachlässigung der nationalstaatlichen Ebene.<sup>97</sup> Ein dritter häufig zum Ausdruck gebrachter Kritikpunkt zielt auf die tendenziell progressive und positivistische Ausrichtung transnationaler Arbeiten ab. In der Mehrzahl von Projekten transnationaler Prägung werden positiv besetzte Verbindungen und Interaktionen untersucht, was die Gefahr einer Idealisierung birgt. So seien die Untersuchungen zur Verbreitung von Demokratie ungleich prominenter als Studien zur Korruption oder zu Kontakten zwischen Diktaturen.<sup>98</sup> Haupt bemängelt etwa die Themenauswahl des programmatischen Bandes von Saunier und Iriye<sup>99</sup> als einseitig optimistisch unter Ausblendung von Konflikten, Gewalt, Ausgrenzung

---

<sup>94</sup> Patel warnt in seiner Berliner Antrittsvorlesung vor einer zu simplen „Aufstiegsgeschichte des Transnationalen“.

<sup>95</sup> Vgl. Patel, *Transnationale Geschichte*. Ähnlich Bauerkämper, *Wege zur europäischen Geschichte*, S. 36: „Die transnationale Geschichte Europas wird damit grenzüberschreitende Transfers und (in der Regel selektive) Aneignungen ebenso untersuchen müssen wie Abwehr und Abgrenzungen. Insgesamt ist das Wechselverhältnis von Angleichung und Trennung als Gegenstand der Historiographie zu definieren und konzeptionell zu konturieren, um der geteilten (da heißt der gemeinsamen und getrennten) Geschichte Europas gerecht zu werden“; vgl. auch ebd. S. 50.

<sup>96</sup> Vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Transnationale Geschichte*, in: Budde, *Transnationale Geschichte*, S. 161-174, hier: S. 163-167.

<sup>97</sup> Vgl. Heinz-Gerhard Haupt, *Une nouvelle sensibilité: La perspective « transnationale » - une note critique*, *Cahiers Jaurès* 02/2011, Nr. 200, S. 173-180, hier: S. 173-176; vgl. auch Körner, *Transnational History*, S. 271 f.

<sup>98</sup> Vgl. ebd. sowie Pierre-Yves Saunier, *Learning by Doing: Notes about the Making of the Palgrave Dictionary of Transnational History*, in: *Journal of Modern European History*, 6,2/2008, S. 159-179, hier: S. 169-170. Bauerkämper argumentiert ähnlich und weist darauf hin, dass der Austausch zwischen Friedensbewegungen ebenso Bestandteil transnationaler Geschichte ist wie die Interaktionen zwischen faschistischen Bewegungen in Europa, vgl. Bauerkämper, *Wege zur europäischen Geschichte*, S. 50.

<sup>99</sup> *Dictionary of Transnational History*



und Armut.<sup>100</sup> Ähnlich gelagert ist die Mahnung, transnationale Geschichte leiste durch ihren Positivismus eine wissenschaftliche Legitimierung für teleologischen Globalisierungsenthusiasmus, betreibe also analog zum Vorwurf an nationale Historiographie eine Geschichtsschreibung im Dienste der Globalisierung.<sup>101</sup> Viertens wird, ähnlich wie bei der Transfer- und Verflechtungsgeschichte die Umsetzbarkeit transnationaler Ansätze bezweifelt. Haupt fordert von dezidiert transnationalen Studien über die reine Feststellung grenzüberschreitender Transfers hinausgehend Analysen der Effekte eben jener Transfers sowohl auf die mobilen Akteure und Objekte als auch auf die Strukturen und Debatten der aufnehmenden Gesellschaft. Er impliziert, dass transnationale Arbeiten die vielfältigen Austausch- und Beeinflussungsprozesse nicht adäquat nachvollziehen können und somit keinen Mehrwert gegenüber klassischen außenpolitischen Akteursstudien generieren.<sup>102</sup>

### *Transnationale Wende in Internationaler Geschichte*

Transnationale Geschichte kann je nach Gewichtung in Abgrenzung zu oder auch als Erweiterung von internationaler Geschichte verstanden werden. Patel bewertet internationale Geschichte aufgrund ihrer diplomatiegeschichtlichen Ursprünge als gegensätzliches Konzept: Die Analysen von außenpolitischen Beziehungen und Entscheidungsprozessen stützten sich, auch in einer um sozial- und kulturhistorische Ansätze erweiterten Form, auf die Annahme klar voneinander trennbarer nationaler Einheiten. So lange er unkritisch erfolgt sei deshalb der Rückgriff auf die Vergleichseinheiten Nation und Gesellschaft nicht geeignet traditionelle nationalstaatliche Forschungsrahmen zu überwinden. Sobald jedoch Arbeiten aus der internationalen Geschichte Nationalgesellschaften nicht als vorgegebene politische und soziale Räume betrachten, sondern auch deren Konstituierung in den Blick nehmen, sieht Patel eine große Nähe zur transnationalen Geschichte.<sup>103</sup> Wilfried Loth hingegen betont in seiner Einführung zum programmatischen Band *Dimensionen internationaler Geschichte*<sup>104</sup> die Entwicklungsfähigkeit und Pluralität eben jener. Debatten wie etwa zur Transnationalität oder zu globalen Vernetzungen bedeuten für ihn eine Bereicherung und eine

---

<sup>100</sup> Vgl. Haupt, *Une nouvelle sensibilité*, S. 179 f.

<sup>101</sup> Vgl. Saunier, *Learning by Doing*, S. 169-171 sowie Patricia Calvin, *Defining Transnationalism*, *Contemporary European History*, 14,4/2005, S. 421-439, hier: S. 425, beide zitiert nach MacDonald, *Transnational History*, S. 10. Haupt urteilt hart: „La légitimation de l'histoire transnationale utilise donc en abondance les discours positifs actuellement en vogue dans des publics divers sur la globalisation“, Haupt, *Une nouvelle sensibilité*, S. 178.

<sup>102</sup> Vgl. Haupt, *Une nouvelle sensibilité*, S. 179 f.

<sup>103</sup> Vgl. Patel, *Nach der Nationalfixiertheit*, S. 11 f.

<sup>104</sup> Jost Dülffer / Wilfried Loth, Hg., *Dimensionen internationaler Geschichte - Studien zur internationalen Geschichte*, Band 30, München 2012.

Ausdifferenzierung internationaler Geschichte, welche nach wie vor als Oberbegriff für ein breit gefächertes Forschungsprogramm dienen kann. Für Loth stellen somit Globalgeschichte, eine kulturhistorische Diplomatiegeschichte und eben auch transnationale Geschichte Teilbereiche internationaler Geschichte dar. Er relativiert die Kontinuität zur klassischen Diplomatiegeschichte und verweist auf die bereits vollzogenen und sich weiterhin vollziehenden Öffnungen und Wandel der internationalen Geschichte:

„(...) von den Staaten zu den Gesellschaften, von den Diplomaten zu den öffentlichen Meinungen, von der Machtpolitik zur soft power, von militärischer zu wirtschaftlicher und moralischer Kraft, von der Betrachtung vermeintlich statischer Systeme zur Rekonstruktion ihres permanenten Wandels und der stetigen Verhandlungen, aus denen sie hervorgehen.“<sup>105</sup>

Unabhängig von einer Gewichtung oder gar Hierarchisierung internationaler und transnationaler Geschichte ist festzuhalten, dass die Debatten über transnationale Forschungsperspektiven dazu beigetragen haben, die Ebenen zur Untersuchung internationaler Beziehungen über traditionelle staatliche Akteure hinaus zu erweitern.<sup>106</sup> Ein derart formulierter Ansatz der transnationalen Beziehungen kann formelle wie informelle Kontakte und Interaktionen zwischen unterschiedlichen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren wie etwa Parteien<sup>107</sup>, Vereinen oder Nichtregierungsorganisationen in den Blick nehmen und einen Beitrag zu einer weit gefassten internationalen Geschichte von Gesellschaften, Kulturen, Wirtschaftsräumen und Staaten leisten. In dieser Perspektive finden sowohl vergleichs- als auch transfer- und verflechtungsgeschichtliche Ansätze Anwendung.<sup>108</sup> Michael Gehler plädiert für die konsequente Öffnung internationaler Geschichte zu einer „internationalen Perzeptions-, Transfer, Vernetzungs- und Verflechtungsgeschichte“, welche auf biographie-, regional- und nationalgeschichtliche Verbindungen eingeht und sich auf eine breite Primärquellenbasis stützt. Für den Zuschnitt einer integrierten Globalgeschichte hält er diese vielschichtige Herangehensweise für nicht mehr praktikabel.<sup>109</sup> Bestrebungen einer multiperspektivischen und multiarchivalischen, vergleichenden und verflechtenden gesamtgesellschaftlichen Geschichte Europas könnten dahingegen einerseits zu einer stärker supranationalen Zeitgeschichte führen, andererseits aber auch zu einer inter- und multidisziplinären Europa-Wissenschaft ausgebaut werden.<sup>110</sup>

---

<sup>105</sup> Vgl. Wilfried Loth, Internationale Geschichte als pluralistisches Forschungsprogramm, in: Haider-Wilson, Internationale Geschichte in Theorie und Praxis, S. 253-264, hier: S. 260 f., Zitat ebd. S. 261.

<sup>106</sup> Vgl. Körner, Transnational History, S. 281 f.

<sup>107</sup> Beispielsweise Jürgen Mittag, Hg., Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa, Essen 2006; Michael Gehler, Hg., Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten und Konservativen - Dokumente 1965-1979, München 2017.

<sup>108</sup> Vgl. Michael Gehler, Internationale Geschichte und ihre europäischen Zugänge, in: Haider-Wilson, Internationale Geschichte in Theorie und Praxis, S. 165-206, hier: S. 173 f.

<sup>109</sup> Vgl. ebd. S. 200, Zitat ebd.

<sup>110</sup> Vgl. ebd. S. 192 f.

In der Geschichtswissenschaft konnten indes Anstöße zu einer stärker transnationalen Ausrichtung einfacher aufgenommen und umgesetzt werden als in der benachbarten Politikwissenschaft, die in der Disziplin der Internationalen Beziehungen weitaus theoriegebundener sind. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass transnationale Akteure, beispielsweise grenzüberschreitende Netzwerke von Geschäftsleuten oder Bänkern, durchaus schon Eingang in Darstellungen internationaler Geschichte gefunden haben und diese Praxis konzeptionell ausgebaut werden konnte.<sup>111</sup> Zum anderen sind Historiker weniger als Politikwissenschaftler der Internationalen Beziehungen dazu aufgefordert, klare theoretische Standpunkte einzunehmen und aktiv Theoriebildung zu betreiben. Auch wenn internationale Geschichte lange Zeit von Theorien des politischen Realismus beeinflusst war, so erfolgte die Öffnung zu transnationalen Ansätzen pragmatischer und weitaus weniger kontrovers als in den Politikwissenschaften.<sup>112</sup> Insbesondere auf dem sich öffnenden Feld der internationalen Geschichte würde ein theoretischer oder methodischer Dogmatismus den Blick auf mögliche ertragreiche Themen und Perspektiven versperren. Vielmehr ist ein eklektizistisches Vorgehen im Sinne einer je nach Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse unterschiedlichen Annäherung an realistische, idealistische, funktionalistische, institutionalistische, konstruktivistische und zunehmend auch transnationale Theorien und Ansätze erforderlich. Die Arbeitsweise von Historikern ist demnach weniger durch Theoretisierung geprägt als durch die Nutzbarmachung und empirische Überprüfung von Konzepten und Begriffen aus verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen.<sup>113</sup>

### *Integrationsgeschichtsschreibung*

Innerhalb der internationalen Geschichte wurde die Subdisziplin der Historiografie der Europäischen Integration besonders stark vom transnationalen *turn* erfasst.<sup>114</sup> Die Umsetzung transnationaler Impulse in aktualisierten Forschungsdesigns geht einher mit einer laufenden Orientierung und Etablierung europäischer Integrationsforschung innerhalb der Geschichtswissenschaften sowie der Klärung ihres Verhältnisses zu angrenzenden Disziplinen. Die Geschichte der Europäischen Integration ist im Gegensatz zur Geschichte

---

<sup>111</sup> Vgl. Patricia Clavin, *Time, Matter, Place - Writing Modern European History in Global, Transnational and International Contexts*, in: *European History Quarterly*, Vol. 40, 2010, S. 624-640, hier: S. 625, zitiert nach: Brigitte Leucht, *Beyond Morgenthau: The Transnational Turn*, in: Haider-Wilson, *Internationale Geschichte in Theorie und Praxis*, S. 291-311, hier: S. 293.

<sup>112</sup> Vgl. Leucht, *Beyond Morgenthau*, S. 293.

<sup>113</sup> Vgl. Gehler, *Internationale Geschichte*, S. 194 sowie Robert Frank, *Histoire et théories des relations internationales*, in: Ders., Hg., *Pour l'histoire des relations internationales*, Paris 2012, S. 41-82, hier: S. 81 f.

<sup>114</sup> Vgl. Leucht, *Beyond Morgenthau*, S. 293.

Europas überwiegend in der Zeitgeschichte zu verorten.<sup>115</sup> Gleichwohl wurde die Thematik zunächst von Vertretern der Rechtswissenschaften, der Wirtschaftswissenschaften und politikwissenschaftlicher Internationaler Beziehungen behandelt, ehe sich Historiker der Integrationsforschung zuwandten.<sup>116</sup>

Vereinfachend kann die historiografische Aufarbeitung der Europäischen Einigung in drei große Phasen eingeteilt werden<sup>117</sup>: Als bedeutender Forscher einer oftmals föderalistisch motivierten, ideengeschichtlich und „idealistisch“ geprägten Pionierphase der Integrationshistoriografie wird häufig Walter Lipgens genannt, der in den 1960er Jahren archiv-gestützte Untersuchungen unternahm und sich insbesondere für die Entwicklung und grenzüberschreitende Zirkulation von Ideen und Plänen für europäische Einigung in politischen Eliten, speziell Widerstandsbewegungen des Zweiten Weltkrieges, interessierte. Lipgens, den sein Schüler Wilfried Loth als „eigentlichen Begründer der zeitgeschichtlichen Erforschung des europäischen Einigungsprozesses“<sup>118</sup> ehrte, verfolgte in seinen Arbeiten einen transnationalen Ansatz.<sup>119</sup> Neben Lipgens ist der französische Historiker Pierre Gerbet zu nennen, der sich ebenfalls mit der Wirkung europäischer Motive im Widerstand gegen den Nationalsozialismus auf die Einigung der Nachkriegszeit befasste und 1983 ein Standardwerk<sup>120</sup> zur Europäischen Integration vorlegte.<sup>121</sup>

In den 1980er Jahren fand nationalstaatliche Interessenpolitik eine größere Beachtung in der Historiografie. Dies wird in zahlreichen Darstellungen mit Alan S. Milward verbunden, der als Wirtschaftshistoriker die Bedeutung ideen- und biografiegeschichtlicher Ansätze relativierte. Milward und andere empfanden die Integrationsforschung als zu sehr diplomatiegeschichtlich und föderalistisch geprägt, sie sahen in den Untersuchungen diplomatischer wie politischer Eliten sowie in der Betonung von Europa-Ideen eine unrealistische Darstellung der Triebkräfte Europäischer Einigung. Vielmehr bettete eine neue Generation von Wirtschaftshistorikern Integrationsschritte in politische und sozio-ökonomische Zwänge von staatlichen Entscheidungsträgern ein. Milward arbeitete in einer

---

<sup>115</sup> Vgl. Gehler, *Internationale Geschichte*, S. 170-172.

<sup>116</sup> Vgl. Kiran Klaus Patel, *Europäische Integrationsgeschichte auf dem Weg zur doppelten Neuorientierung - Ein Forschungsbericht*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 50, 2010, S. 595-642, hier: S. 596 f. sowie Leucht, *Beyond Morgenthau*, S. 294.

<sup>117</sup> Eine solche Einteilung nimmt zum Beispiel Katja Seidel in ihrer Analyse der Publikationstrends des Historikerkomitees bei der Europäischen Union, im *Journal of European Integration History* (JEIH) und weiteren Veröffentlichungen, vor. Vgl. Katja Seidel, *From Pioneer Work to Refinement: Publication Trends*, in: Wolfram Kaiser / Antonio Varsori, Hg., *European Union History - Themes and Debates*, Basingstoke 2010, S. 26-44.

<sup>118</sup> Wilfried Loth, *Walter Lipgens (1925-1984)*, in: Heinz Duchhardt et. al., Hg., *Europa-Historiker - Ein biographisches Handbuch*, Band 1, Göttingen 2006, S. 317-336, hier: S. 332 f., zitiert nach Patel, *Europäische Integrationsgeschichte*, S. 597 f.

<sup>119</sup> Vgl. Leucht, *Beyond Morgenthau*, S. 294.

<sup>120</sup> Pierre Gerbet, *La construction de l'Europe*, Paris 1983; 4. aktualisierte Auflage 2007.

<sup>121</sup> Vgl. Patel, *Europäische Integrationsgeschichte*, S. 598.

dezidiert staatszentrierten Perspektive und vertrat in seinen Veröffentlichungen<sup>122</sup> die These, dass die westeuropäischen Nationalstaaten mit der Schaffung der EWG und den folgenden Integrationsschritten auf eine Absicherung ihrer jeweiligen wirtschafts- und sozialpolitischen Leitlinien abzielten. Er sah führende nationale Europapolitiker wie Konrad Adenauer oder Robert Schuman mehr pragmatisch denn idealistisch geprägt und sprach Ikonen des europäischen Föderalismus wirksamen politischen Einfluss ab.<sup>123</sup> Auch der französische Historiker René Girault trug in verschiedenen Forschungsprojekten zu Beginn der 1980er Jahre zu einer stärker „realistischen“ Perspektive und einer höheren Gewichtung der zwischenstaatlichen Ebene im Einigungsprozess bei.<sup>124</sup> In seinem Verständnis von Integrationsschritten als Resultat intergouvernementaler Verhandlungsrunden steht der Politikwissenschaftler Andrew Moravcsik<sup>125</sup> diesen auf staatliche Politik- und Wirtschaftsinteressen fokussierten Ansätzen nahe.<sup>126</sup> Da er in seiner Umsetzung eines liberalen Intergouvernementalismus neben der zwischenstaatlichen Kompromissuche auch innerstaatliche, innenpolitische Präferenzbildungsprozesse in den Blick nimmt, erkennt Gehler in Moravcsiks Arbeiten eine wichtige Öffnung der europäischen Integrationshistoriografie zu einer gesellschaftsgeschichtlichen Dimension, die weiter ausgebaut werden könnte.<sup>127</sup> Kritischer über die Prägekraft realistischer Thesen urteilt Morten Rasmussen. Er sieht insbesondere in den Thesen zur *Rettung des Nationalstaates* negative Auswirkungen auf die Europapolitik-Forschung. Unter dem Einfluss Milwards habe sich die staatszentrierte Herangehensweise vieler Diplomatiehistoriker weiter verfestigt. Die geringe Bedeutung, welche Milward supranationalen Institutionen, transnationalen Netzwerken und Europa-Ideen im Allgemeinen beimaß, habe die Herausbildung elaborierter historischer Analysen für politische Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene maßgeblich verzögert.<sup>128</sup>

Der relativ geringe Stellenwert von europäischer Integrationshistoriografie innerhalb der europäischen Geschichte der Neuzeit oder aber der Zeitgeschichte wird von einigen ihrer Vertreter reflektiert und auf methodische wie theoretische Schwächen zurückgeführt.

---

<sup>122</sup> Eine besonders hohe Reichweite hatte sein Buch *The European Rescue of the Nation-state*, London 1992, 3. Auflage 2000.

<sup>123</sup> Vgl. Morten Rasmussen, *European Rescue of the Nation-State? Tracing the Role of Economics and Business*, in: Kaiser / Varsori, *European Union History*, S. 128-149, hier: S. 130 ff.; vgl. zu den differierenden Sichtweisen Milwards und Loths auf den Integrationsprozess auch Michael Gehler, *Was heißt „Europäistik“ für eine Geschichtsschreibung der europäischen Integration?*, in: Ders. / Silvio Vietta, Hg., *Europa – Europäisierung - Europäistik: Neue wissenschaftliche Ansätze, Methoden und Inhalte*, Wien 2010, S. 121-180, hier: S. 152.

<sup>124</sup> Vgl. ebd. sowie Patel, *Europäische Integrationsgeschichte*, S. 599.

<sup>125</sup> Beispielsweise Andrew Moravcsik, *The Choice for Europe: Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht*, London 1998.

<sup>126</sup> Vgl. Leucht, *Beyond Morgenthau*, S. 296.

<sup>127</sup> Vgl. Gehler, *Was heißt „Europäistik“?*, S. 162 sowie reservierter Patel, *Europäische Integrationsgeschichte*, S. 633.

<sup>128</sup> Vgl. Rasmussen, *European Rescue of the Nation-State?*, S. 133 f.

Integrationsgeschichte wird als weitgehend selbstreferenzieller und wenig anschlussfähiger Teilbereich der Zeitgeschichte kritisiert, der jedoch durch konzeptionelle Weiterentwicklungen sowohl innerhalb der Geschichtswissenschaft als auch innerhalb umfassenderer interdisziplinärer Europäischer Studien oder Europawissenschaften eine größere Bedeutung erlangen könnte.<sup>129</sup> Es können verschiedene Problembereiche und Faktoren benannt werden, welche einer Etablierung von historischer Integrationsforschung hinderlich sind: Zunächst ist festzustellen, dass die Geschichte der EU abgesehen von den durch die Kommission geförderten Jean-Monnet-Lehrstühle akademisch nur schwach institutionalisiert ist und in Überblickswerken zur europäischen Geschichte der Moderne nur geringe Beachtung findet.<sup>130</sup> Das Interesse, sich wissenschaftlich schwerpunktmäßig mit der Europäischen Integration auseinanderzusetzen scheint unter deutschen Historikern gegenwärtig geringer zu sein als in den 1950er und 1960er Jahren, teilweise ist die Reserviertheit in der Sorge begründet, eine wissenschaftlich fundierte Legitimierung für das politische Projekt der Europäischen Union zu produzieren.<sup>131</sup> Methodisch blieben mit der Integration befasste Historiker lange in traditionellen diplomatiegeschichtlichen Ansätzen verankert und boten somit kaum Anknüpfungspunkte für Sozial- oder Kulturhistoriker. Ebenso war die Integrationshistoriografie lange Zeit von realistischen Prämissen (gegebener) nationaler Interessen geprägt und wandte sich erst spät neueren Konzepten internationaler Geschichte wie etwa der Kulturtransferforschung oder transnationaler Geschichte zu. Ein Dialog mit der Politikwissenschaft, etwa im Rahmen von Europäischen Studien, ist ebenfalls nur schwach ausgeprägt, was Wolfram Kaiser in der Inkompatibilität zwischen diplomatiegeschichtlichen Arbeiten mit einer Neigung zu deskriptiven Narrativen und politikwissenschaftlicher Theoriebildung begründet sieht. Zudem arbeiten Integrationshistoriker, sofern sie sich auf Staatsarchive stützen, aufgrund von Sperrfristen zeitlich versetzt zu Politikwissenschaftlern, die einen höheren Aktualitätsbezug herstellen können.<sup>132</sup> Archivbasierte Integrationsgeschichte ist allein aus organisatorischen Gründen häufig auf kurze Untersuchungszeiträume fokussiert, was die Diskussion größerer Zusammenhänge und Fragen nach eventuellen Epochenwandel verhindert und somit den

---

<sup>129</sup> Vgl. Gehler, *Internationale Geschichte*, S. 195 sowie Wolfram Kaiser, *From Isolation to Centrality: Contemporary History meets European Studies*, in: Ders. / Varsori, *European Union History*, S. 45-65, hier: S. 45 und Patel, *Europäische Integrationsgeschichte*, S. 604 f.

<sup>130</sup> Vgl. Kaiser, *From Isolation to Centrality*, S. 47 sowie Patel, *Europäische Integrationsgeschichte*, S. 605.

<sup>131</sup> Vgl. Kiran Klaus Patel, *Europäische Integration*, in: Dülffer / Loth, *Dimensionen internationaler Geschichte*, S. 353-372, hier: S. 371 f.

<sup>132</sup> Vgl. Kaiser, *From Isolation to Centrality*, S. 49-53 sowie Patel, *Europäische Integration*, S. 363-371; Historiker können selbstverständlich auch aktualitätsbezogene Integrationsgeschichte schreiben, sind dabei jedoch in ihren Bewertungen von konjunkturellen Schwankungen und Strömungen der Entwicklung des EU-Europas beeinflusst. Vgl. Gehler, *Was heißt „Europäistik?“*, S. 150.

Dialog mit anderen historischen Disziplinen erschwert.<sup>133</sup> Auch Einführungswerke in die Geschichte der Europäischen Einigung werden als überwiegend beschreibend positivistisch kritisiert. Kaiser fordert hingegen offen geführte Forschungskontroversen, die den akademischen Wert von historischer Integrationsforschung verdeutlichen könnten.<sup>134</sup> Schließlich ist der Integrationshistoriografie ein Eurozentrismus westlicher Prägung in zweierlei Hinsicht attestiert worden: Sowohl in Bezug auf die Herkunftsregionen und Wirkungsstätten der sich spezialisierenden Historiker als auch mit Blick auf die schwerpunktmäßig betrachteten Länder ist eine Konzentration auf die neun Mitgliedsstaaten der EG in den 1970er Jahren zu beobachten. Während Patel insbesondere die schwache Ausprägung europäischer Integrationsgeschichte in den USA und auch in den neuen osteuropäischen EU-Staaten bemängelt<sup>135</sup>, sieht Gehler diese Einschränkungen als systembedingt und urteilt tendenziell milder, indem er auf die Potentiale des noch jungen Forschungszweigs verweist, der sowohl geografisch diversifiziert als auch methodisch über angestammte nationalstaatliche Kategorien und Traditionen hinaus weiterentwickelt werden kann.<sup>136</sup> Grundsätzlich hat sich die geschichtswissenschaftliche Beschäftigung mit der Europäischen Integration in den letzten drei bis vier Jahrzehnten quantitativ wie qualitativ gewandelt. Die Zahl der Arbeiten auf diesem Forschungsfeld ist stark gestiegen, was neben der höheren Anzahl zugänglicher archivalischer Quellen auf einen Bedeutungsgewinn der EU zurückgeführt werden kann. Die wissenschaftlichen Standards der Disziplin konnten gesteigert und anfänglich dominierende teleologische oder normative Grundannahmen durch die Erforschung pluraler Europaverständnisse zumindest relativiert werden.<sup>137</sup>

Als dritte Phase Europäischer Integrationshistoriografie können die verschiedenen methodischen und perspektivischen Neuerungen betrachtet werden, zu welchen auch eine Hinwendung zu transnationaler Geschichte zu zählen ist. In den 2000er Jahren erhielt die transnationale Dimension wieder verstärkt Einzug in die historische Erforschung der Europäischen Integration. Diese Entwicklung ging einher mit einem gesteigerten Interesse an transnationalen Perspektiven in Internationaler Geschichte und in den Politikwissenschaften sowie spezifischer den Internationalen Beziehungen, wo der Ruf nach einer programmatischen Öffnung unter anderem von Thomas Risse<sup>138</sup> artikuliert

---

<sup>133</sup> Vgl. Patel, Europäische Integrationsgeschichte, S. 605.

<sup>134</sup> Vgl. Kaiser, From Isolation to Centrality, S. 49.

<sup>135</sup> Vgl. Patel, Europäische Integrationsgeschichte, S. 606 f.

<sup>136</sup> Vgl. Gehler, Was heißt „Europäistik“?, S. 155 f. sowie Gehler, At the Heart of Integration: Understanding National European Policy, in: Kaiser / Varsori, European Union History, S. 85-108, hier: S. 103.

<sup>137</sup> Vgl. Patel, Europäische Integrationsgeschichte, S. 600 f.

<sup>138</sup> Vgl. Thomas Risse-Kappen, Hg., Bringing Transnational Relations Back In - Non-State Actors, Domestic Structures and International Institutions, Cambridge 1995.

wurde.<sup>139</sup> Auch in den Debatten der Integrationstheorien, die sich lange zwischen den Polen des Neofunktionalismus und des Intergouvernementalismus bewegten, nahm die transnationale Ebene wieder größeren Raum ein. Zum einen wurden neofunktionalistische, supranationale Spill-over-Prozesse und somit auch transnationale Akteure als deren Träger, wieder intensiver diskutiert. Zum anderen ermöglichte das Aufbrechen des traditionellen Theoriegegensatzes zwischen Neofunktionalismus und Intergouvernementalismus durch konstruktivistische und institutionalistische Ansätze eine neue Perspektive auf die Politikgestaltung innerhalb des Systems der Europäischen Union sowie deren kulturelle und strukturelle Prägungen. Eine stärkere Betonung der zeitlichen Dimension von politischen Entscheidungsprozessen schafft dabei Wege zu einer engeren Kooperation zwischen Historikern und Politikwissenschaftlern und kann als Grundlage für eine konzeptionell verfeinerte transnationale Geschichte der EU dienen. Für transnational arbeitende Integrationshistoriker scheinen dabei jene politikwissenschaftlichen Konzepte abseits eines realistisch dominierten Mainstreams am fruchtbarsten zu sein, wobei sie in der Wahl des Ansatzes eklektizistisch-pragmatisch vorgehen können.<sup>140</sup> Ein solches Vorgehen könnte die traditionelle diplomatiegeschichtliche Darstellung der großen Verhandlungsetappen um eine Untersuchung von Netzwerken und Verbindungen jenseits offizieller staatlicher Rahmen erweitern und somit ein komplexeres Bild der Integration zeichnen. Analog zu der Debatte in der Internationalen Geschichte geht es hier ebenfalls weniger um eine Ablösung althergebrachter Forschungsansätze als um die Erarbeitung einer zusätzlichen transversalen Perspektive, die es erlaubt, auch informelle Kooperationsformen in den Blick zu nehmen.<sup>141</sup> Neben einer Ausweitung der analysierten Akteure, beispielsweise um politische Parteien und Interessengruppen, wird eine Ausdehnung sowohl der zeitlichen als auch der geografischen Untersuchungsräume gefordert.<sup>142</sup> Thematische Öffnungen könnten darin bestehen, losgelöst von der Europäischen Union als Fluchtpunkt frühere europäische Integrationsprozesse in ihren jeweiligen internationalen Kontext einzubetten und etwa die Verbreitung technologischer Standards zu betrachten.<sup>143</sup> Ein weiteres Mittel zur Vermeidung teleologischer Tendenzen wäre eine stärkere Beachtung von Brüchen und fehlgeschlagenen Integrationsversuchen. Untersuchungen zu Krisenmomenten des europäischen Einigungsprozesses haben in den letzten zwei Jahrzehnten bereits erheblich zugenommen und scheinen unter dem Eindruck

---

<sup>139</sup> Vgl. Leucht, *Beyond Morgenthau*, S. 295.

<sup>140</sup> Vgl. ebd. S. 295 ff. sowie Patel, *Europäische Integrationsgeschichte*, S. 611 ff. Wolfram Kaiser wirbt auf dem Feld der Integrationshistoriografie ähnlich wie Robert Frank auf dem Gebiet der Internationalen Geschichte für eine pragmatische Befassung mit politikwissenschaftlichen Theorien und Konzepten. Vgl. Kaiser, *From Isolation to Centrality*, S. 54 ff.

<sup>141</sup> Vgl. Patel, *Europäische Integrationsgeschichte*, S. 609 f. sowie Patel, *Europäische Integration*, S. 366 f. und Gehler, *At the Heart of Integration*, S. 106 f.

<sup>142</sup> Vgl. Gehler, *At the Heart of Integration*, S. 107.

<sup>143</sup> Vgl. Patel, *Europäische Integrationsgeschichte*, S. 610 f.



der jüngsten Vergangenheit ein eigenes Themenfeld darzustellen.<sup>144</sup> Neben einer Hinwendung zu kulturellen Elementen von Politikgeschichte und der Frage nach Faktoren für die Konstitution eines als europäisch empfundenen politischen Raumes<sup>145</sup> wird vermehrt gefordert, europäische Integrationsgeschichte in eine gesamteuropäische Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte in transnationaler Perspektive einzubetten. Der Einigungsprozess soll nicht auf politische Entscheidungsfindungen im Rahmen der EU verengt werden, sondern in seinen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen auf die Mitgliedsstaaten untersucht werden. So plädiert Kaiser dafür, die Europäische Union als institutionalisierten Erfahrungsraum zu sehen, welcher mit verflechtungsgeschichtlichen Ansätzen analysiert werden kann um Wechselwirkungen zwischen politischen Institutionen und Netzwerken, wirtschaftlicher und rechtlicher Integration sowie einer sich formierenden transnationalen europäischen Gesellschaft herauszuarbeiten. Zu diesem Zweck müssen Zeithistoriker ihr Verständnis europäischer Integration über die Ebenen nationaler Europapolitik, zwischenstaatlicher Verhandlungsrunden und supranationaler Politikgestaltung hinaus erweitern. In Anlehnung an eine Formulierung Jost Dülffers<sup>146</sup> müssen sie einen Wandel vollziehen von einer europäischen Integrationsgeschichte zur Geschichte des integrierten Europas.<sup>147</sup> Zur Überwindung nationalgeprägter Historiografien und einer Erneuerung der Forschungsdesigns gibt Gehler die Schlagworte „Europäisierung, Globalisierung, Transnationalismus, Komparatistik, Kulturtransfer und Netzwerkforschung“<sup>148</sup> vor. Vergleichende Ansätze werden demnach nach wie vor als gewinnbringend erachtet, sofern sie auf der Grundlage eines multiarchivalischen Zugangs durchgeführt werden.<sup>149</sup> In der zunehmenden Bevorzugung multilateraler Perspektiven greift die Integrationsforschung allgemeine Entwicklungen der Internationalen Geschichte auf. Im Kontext des Mehrebenensystems der EG/EU ist jedoch zu betonen, dass diese

---

<sup>144</sup> Vgl. ebd. sowie Mark Gilbert, Narrating the Process: Questioning the Progressive Story of European Integration, in: *Journal of Common Market Studies* Vol. 46, 3/2008, S. 641-662, und Gehler, *Internationale Geschichte*, S. 180. Als Beispiele einer Krisenhistoriografie seien genannt: Romain Kirt, Hg., *Die Europäische Union und ihre Krisen*, Baden-Baden 2001; N. Piers Ludlow, *The European Community and the Crises of the 1960s: Negotiating the Gaullist Challenge*, London 2006; Ludger Kühnhardt, Hg., *Crises in European Integration. Challenges and Responses, 1945-2005*, New York / Oxford 2009; Geert Mak, *Was, wenn Europa scheitert*, Bonn 2012; Dominik Geppert, *Ein Europa, das es nicht gibt - Die fatale Sprengkraft des Euro*, Berlin 2013; Heinrich August Winkler, *Zerbricht der Westen? Über die gegenwärtige Krise in Europa und Amerika*, München 2017; *Überblickswerke von Ian Kershaw: Höllensturz: Europa 1914 bis 1949*, München 2016 sowie *Achterbahn: Europa, 1950 bis 2017*, München 2019.

<sup>145</sup> Vgl. Patel, *Europäische Integrationsgeschichte*, S. 612.

<sup>146</sup> Vgl. Jost Dülffer, *The History of European Integration. From Integration History to the History of an Integrated Europe*, in: Wilfried Loth, Hg., *Experiencing Europe - 50 Years of European Construction 1957-2007*, Baden-Baden 2009, S. 17-32.

<sup>147</sup> Vgl. Kaiser, *From Isolation to Centrality*, S. 60-65 sowie Patel, *Europäische Integration*, S. 353-373. Vgl. ebenso Gehler, *At the Heart of Integration*, S. 108 und Gehler, *Was heißt „Europäistik“?*, S. 176.

<sup>148</sup> Gehler, *Was heißt „Europäistik“?*, S. 177 f.

<sup>149</sup> Vgl. Leucht, *Beyond Morgenthau*, S. 309 f. sowie Gehler, *At the Heart of Integration*, S. 105 ff.

Öffnung mit besonders hohen organisatorischen und sprachlichen Herausforderungen einhergeht.<sup>150</sup>

### *Europäisierung*

Transnational ausgerichtete Arbeiten zur Europäischen Einigung, in welchen die Rückwirkungen des politischen und wirtschaftlichen Integrationsprozesses auf die Mitgliedsstaaten untersucht werden, sind eng mit dem Begriff *Europäisierung* verbunden.<sup>151</sup> *Europäisierung* wird sowohl als Schlagwort in der politischen Öffentlichkeit als auch in Form eines wissenschaftlichen Konzepts verwendet. Ursprünglich im juristischen Kontext auf die nationale Umsetzung des Gemeinschaftsrechts bezogen, fand *Europäisierung* zunehmend Eingang in die Sozialwissenschaften, schwerpunktmäßig in die Politologie, und wurde mit einiger Verzögerung von Historikern aufgegriffen.<sup>152</sup> In den Politikwissenschaften ist der Ausdruck mit Transformations- und Diffusionsprozessen innerhalb des institutionellen Rahmens der Europäischen Union verknüpft und zielt auf die Herausbildung einer politischen Ordnung zwischen nationalstaatlicher und supranationaler Ebene ab. Weit verbreitet ist in diesem Zusammenhang die Definition Claudio Radaellis von *Europäisierung* als „Prozess der Konstruktion, Verbreitung und Institutionalisierung von formalen und informalen Regeln, Praktiken, Paradigmen und Handlungsweisen“<sup>153</sup>, welche ausgehend von der EU-Ebene nationalstaatliche Diskurse und politische Strukturen verändern.<sup>154</sup> Der Fokus kann auf die Auswirkungen von Verordnungen oder Richtlinien auf die Politikgestaltung innerhalb der Mitgliedsstaaten gerichtet werden, ebenso denkbar ist auch eine Untersuchung des Einflusses von Staaten auf die supranationale Politikgestaltung. *Europäisierung* ist in dieser Perspektive gleichbedeutend mit der erfolgreichen Implementierung politischer Präferenzen und Ordnungsvorstellungen eines Staates auf der Gemeinschaftsebene. Weiterhin ist es möglich, Top-Down und Bottom-Up-Perspektive zu kombinieren und Wechselwirkungen zwischen dem europäischen und dem nationalstaatlichen Niveau zu analysieren.<sup>155</sup> Neben der Frage nach der Gewichtung der

---

<sup>150</sup> Vgl. Patel, *Europäische Integrationsgeschichte*, S. 602 sowie Patel, *Europäische Integration*, S. 365.

<sup>151</sup> Vgl. Körner, *Transnational History*, S. 284.

<sup>152</sup> Vgl. Ulrike von Hirschhausen / Kiran Klaus Patel, *Europäisierung*, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 29.11.2010, online abrufbar unter: [http://docupedia.de/zg/hirschhausen\\_patel\\_europaeisierung\\_v1\\_de\\_2010](http://docupedia.de/zg/hirschhausen_patel_europaeisierung_v1_de_2010) (3.10.18).

<sup>153</sup> Claudio M. Radaelli, *Europeanisation: Solution or problem?*, *European Integration online Papers (EIoP)* 8/16, 2004, online abrufbar unter: <http://eiop.or.at/eiop/texte/2004-016a.htm> (3.10.18), zitiert nach Thiemeyer, *Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, S. 14.

<sup>154</sup> Vgl. Thiemeyer, *Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, S. 14.

<sup>155</sup> Vgl. Tanja A. Börzel / Diana Panke, *Europäisierung - ein politikwissenschaftliches Laboratorium*, in: Reiner Marcowitz, Hg., *Nationale Identität und transnationale Einflüsse. Amerikanisierung, Europäisierung und Globalisierung in Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg*, München 2007, S. 53-71, hier: S. 54-57.

unterschiedlichen Richtungen von Europäisierungsprozessen<sup>156</sup> ergeben sich auch in der politikwissenschaftlichen Verwendung des Ausdrucks Unschärfe. Diese resultieren ebenso aus Überschneidungen zwischen den Begriffen der Europäisierung und der Europäischen Integration wie auch aus der parallelen Bezugnahme auf den politisch institutionalisierten Raum der Europäischen Union und das weiter gefasste, geografisch konstruierte Europa. Darüber hinaus ist die Europäisierungsforschung bemüht, einen mit dem Konzept assoziierten Angleichungseffekt zu überprüfen und Abwehrreaktionen des Nationalen herauszuarbeiten.<sup>157</sup>

Anhand der Wirtschafts- und Währungsunion können verschiedene Europäisierungsdynamiken und -perspektiven beispielhaft untersucht werden. Kenneth Dyson<sup>158</sup> analysiert die WWU als Wechselspiel aus Europäisierungsprozessen „von oben“ durch den supranational gesetzten stabilitätsorientierten währungspolitischen Rahmen und „von unten“ durch den Gestaltungswillen nationaler politischer Eliten und deren Einflussnahme auf den gemeinsamen Ordnungsraum. Hier stellt sich die Frage, inwiefern europäische Zwänge und Vorgaben in der nationalen Politikgestaltung umgesetzt und auch strategisch genutzt werden. Die derart miteinander verflochtenen Ebenen sind wiederum eng mit globalen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen verbunden. Dyson verknüpft auf materielle Vorgaben abzielende rationalistische Konzepte mit konstruktivistischen Ansätzen zu Leitmotiven und diskursiv geprägten Interpretationsrahmen der Währungsunion: „Ein übergreifender Ansatz betont das komplexe Zusammenspiel und die gegenseitige Abhängigkeit, die zwischen Materiellem und Ideellem besteht.“<sup>159</sup> Die Wirtschafts- und Währungsunion wird als makro-kulturelles Phänomen interpretiert, das tief in die nationale Politikgestaltung eindringt und gleichzeitig in eben jenen nationalen Kontexten einen neuen Referenzpunkt setzt, welcher auf unterschiedliche Arten argumentativ nutzbar gemacht werden kann. Europäisierungseffekte durch die WWU können auch anhand von Diskursen auf der Ebene programmatisch tätiger politischer Eliten untersucht werden. Dyson verweist auf ländervergleichende Studien zu narrativen Mustern und spezifischen Konstruktionen der

---

<sup>156</sup> Timm Beichelt sieht Europäisierungsprozesse grundsätzlich als Diffusion von der europäischen auf die nationalstaatliche Ebene. Eine von nationalstaatlichen Gesellschaften ausgehende Beeinflussung gemeinschaftlicher Politik kann zusätzlich, jedoch nicht ausschließlich stattfinden. Vgl. Ders., Deutschland und Europa - Die Europäisierung des politischen Systems, Wiesbaden, 2. Auflage 2015, S. 14. Börzel und Panke gehen mit dem *uploading* nationaler Politikinhalte auf die EU-Ebene weiter. Vgl. Börzel / Panke, Europäisierung, S. 55.

<sup>157</sup> Vgl. Beichelt, Deutschland und Europa, S. 14 f.

<sup>158</sup> Vgl. im Folgenden Kenneth Dyson, Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion als Prozess der Europäisierung: Konvergenz, Unterschiede und Unvorhersehbarkeit, in: Markus Jachtenfuchs / Beate Kohler-Koch, Europäische Integration, 2. Auflage, Opladen 2003, S. 449-478 sowie Kenneth Dyson, Hg., European States and the Euro - Europeanization, Variation and Convergence, Oxford 2002, S. 1-27.

<sup>159</sup> Dyson, Die Wirtschafts- und Währungsunion als Prozess der Europäisierung, S. 452.

WWU in Abhängigkeit von innenpolitischen Kontexten: So könnte die Wirtschafts- und Währungsunion beispielsweise als notwendige Reaktion auf einen globalen Wettbewerb und Anpassung an disziplinierend wirkende Finanzmärkte gedeutet werden, oder jedoch als Angriff auf nationalstaatliche finanzpolitische und kulturelle Souveränität interpretiert werden. Ein weiteres politisch verwertbares Motiv liegt in der Darstellung der WWU als Gegenentwurf zu einem als bedrohlich empfundenen, unkontrollierten Globalisierungsprozess, dem ein spezifischer europäischer Sozialstaat entgegenzusetzen ist.<sup>160</sup>

Auch Fragen nach konvergenzfördernden Effekten von Europäisierung können im Kontext der Währungsunion bearbeitet werden. Analog zur Europäischen Einigung in ihrer Gesamtheit ist hier einerseits Harmonisierungen in der Politikgestaltung in Reaktion auf funktionale Zwänge und Souveränitätsverluste nachzugehen. Andererseits ist die Prägekraft national spezifischer wirtschaftspolitischer Traditionen und Kapitalismusformen nicht zu leugnen. Komparative Studien können zeigen, wie unterschiedlich europäische Staaten die WWU erfahren und wie die Anpassungsprozesse gestaltet werden. Dyson stellt die These auf, dass die Potenziale einer Europäisierung von oben letztlich durch die Vielfalt (und Konkurrenz) nationaler Wirtschaftsordnungen sowie die Sorge einer Gefährdung der Stabilitätsziele durch eine gemeinschaftliche Wirtschaftspolitik begrenzt werden. Aufgrund eines supranationalen Demokratiedefizits fungieren die Nationalstaaten, die untereinander in einem Wettbewerb um geistige Führung stehen, weiterhin als legitime Arenen für die politischen Auseinandersetzungen über die Gestaltung der WWU.<sup>161</sup>

Das Thema der makroökonomischen Homogenität innerhalb der Eurozone hat freilich im Zuge der Staatsschuldenkrise an Aufmerksamkeit gewonnen. Kritische Betrachter erkennen in der Krise einen Ausdruck negativer Europäisierung, welche Lösungswege insbesondere für Staaten der südlichen Peripherie versperrt, die Institutionalisierung der Währungsunion fördert und gleichzeitig Dynamiken politischer wie gesellschaftlicher Desintegration verstärkt.<sup>162</sup>

In der Geschichtswissenschaft findet der Begriff der Europäisierung ebenfalls Anwendung, deckt im Vergleich zu den Politikwissenschaften jedoch ein abermals breiteres inhaltliches Spektrum ab. Über die graduelle Verschiebung von Kompetenzen und Identitäten innerhalb des Mehrebenensystems der Europäischen Union hinausgehend kann Europäisierung hier etwa auch mit dem Export als europäisch wahrgenommener

---

<sup>160</sup> Zu den diskursiven Mustern vgl. Dyson, *European States and the Euro*, S. 14-16.

<sup>161</sup> Vgl. Dyson, *Die Wirtschafts- und Währungsunion als Prozess der Europäisierung*, S. 458 f.

<sup>162</sup> Vgl. Maurizio Bach, *Negative Europäisierung. Die Eurokrise und die Paradoxien der institutionellen Überintegration*, in: Jenny Preunkert / Georg Vobruba, *Krise und Integration: Gesellschaftsbildung in der Eurokrise*, Wiesbaden 2015, S. 205-217; zum Anpassungsdruck auf Peripherie-Staaten der Eurozone vgl. auch Dyson, *European States and the Euro*, S. 20.

Werte und Normen gleichgesetzt werden.<sup>163</sup> Während die Europäische Union eine institutionalisierte und aktuelle Form von Europäisierung darstellt, sind bei einem weiter gefassten Verständnis von Europäisierung als Prozesse zur Förderung einer europäischen Kultur im Singular auch Phänomene wie die Gotik oder dynastische Verflechtungen im Mittelalter zu beachten.<sup>164</sup> Sozialhistorische Ansätze fassen Europäisierung als Strukturen und gesellschaftliche Prozesse auf, welche grenzüberschreitende Verknüpfungen bilden oder modifizieren und dabei Austausch, Verflechtung und Angleichung von Gesellschaften in Europa bewirken.<sup>165</sup> Nochmals erweitert wird diese Definition durch kulturwissenschaftliche Historiker, die Europäisierung als Oberbegriff für solche transnationale Prozesse innerhalb und außerhalb Europas verstehen, welche an die Begriffe „Europa“ oder „Europäische Integration“ rückgebunden werden. Diesem Verständnis folgend ist Europa auch ein diskursives Produkt aus transnationalen Zirkulationen.<sup>166</sup> Ulrike von Hirschhausen und Kiran Klaus Patel kritisieren die enge Bindung des Europäisierungsbegriffs an den Integrationsrahmen der Europäischen Union als für den Großteil der Historiker wenig fruchtbare Einengung.<sup>167</sup> Ein umfangreicher Definitionsvorschlag Patels zielt darauf ab, „all jene politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Prozesse zu verstehen, die eine nachhaltige Stärkung innereuropäischer Verbindungen und Ähnlichkeiten gefördert oder verändert haben; sei es durch Formen der Anverwandlung, des Austauschs oder der Vernetzung. Damit einher gehen stets Formen der Abgrenzung und des othering sowie Fragmentierung und Konflikt.“<sup>168</sup>

Methodische Zugänge zur geschichtswissenschaftlichen Erforschung von Europäisierung können über einen diskursanalytischen Zugriff oder anhand einer Untersuchung materieller Praktiken erfolgen. Eine Kombination beider Ansätze kann dazu genutzt werden, intendierte oder auch unbeabsichtigte Europäisierung zu untersuchen. Von Hirschhausen und Patel warnen vor einer normativ-essentialisierenden Verwendung der Begriffe „Europa“ und „Europäisierung“ und werben für eine konsequente Rückbindung und Diskurse und Zuschreibungen historischer Akteure.<sup>169</sup> Andernfalls droht die Gefahr,

---

<sup>163</sup> Vgl. Jürgen Elvert, *Die europäische Integration*, 2. Auflage, Darmstadt 2013, S. 125 f.

<sup>164</sup> Vgl. Wolfgang Schmale, *Europäisierungen*; vgl. ebenfalls Gehler, *Internationale Geschichte*, S. 170 f. und Ders., *At the Heart of Integration*, S. 108.

<sup>165</sup> Vgl. Thiemeyer, *Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, S. 14; ein Beispiel für diesen Ansatz stellen Kaelbles Überlegungen zur Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit dar: vgl. Hartmut Kaelble, *The European Public Sphere*, in: Robert Frank et. al., Hg., *Building a European Public Sphere - From the 1950s to the Present*, Brüssel 2010, S. 21-40.

<sup>166</sup> Vgl. Thiemeyer, *Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, S. 14 sowie von Hirschhausen / Patel, *Europäisierung und Patel, Transnationale Geschichte*.

<sup>167</sup> Vgl. von Hirschhausen / Patel, *Europäisierung*, S. 1 f.

<sup>168</sup> Patel, *Transnationale Geschichte*.

<sup>169</sup> Vgl. von Hirschhausen / Patel, *Europäisierung*, S. 7-12. Eine Charakterisierung der Gotik als europäisierend weisen sie als anachronistisch zurück. Ausführlicher Patel, *Transnationale Geschichte*: „Um aber wirklich von Europäisierung sprechen zu können, muss noch etwas Weiteres hinzukommen: dass historische Akteure ab einem gewissen Zeitpunkt diese Prozesse eben als

„Europa“ zu einer neuen Bezugsgröße zu machen und Forschungsprojekte teleologisch auf diesen Fluchtpunkt hin auszurichten. Die angestrebte Überwindung der Nationalfixierung der Geschichtswissenschaft würde so nur scheinbar erreicht und der „Container Nationalstaat“ durch den „Container Europa“ ausgetauscht. Dies würde die Geschichtsschreibung der europäischen Integration zu einer Legitimationswissenschaft der Europäischen Union degradieren. Europäisierungsvorgängen sind zudem in ihren Wechselwirkungen mit globalhistorischen Zusammenhängen und parallel ablaufenden Makroprozesse zu sehen.<sup>170</sup>

## Verortung der Arbeit

Die Diskussion von historischen Vergleichen, Transfers, der *Histoire Croisée*, transnationalen Perspektiven, historiografischen Entwicklungen auf dem Gebiet der Europäischen Integration und des Konzepts der Europäisierung hat zahlreiche Möglichkeiten, jedoch auch methodische Fallstricke aufgezeigt. Welche Zugriffe können vor diesem Hintergrund für die Untersuchung der politischen Auseinandersetzung mit der sogenannten Euro-Krise in Deutschland und Frankreich gewählt werden? Die Thematik bewegt sich im zuvor dargestellten Spannungsverhältnis von Nationalem und Transnationalem.<sup>171</sup> Ausgehend von einem Ländervergleich sollen gesellschaftliche Spezifika in ökonomischen und europapolitischen Fragen herausgearbeitet werden. Gleichzeitig muss die Vergleichsebene um die Suche nach Interaktionen, wechselseitigen Bezügen und Transfers erweitert werden, um nicht Vorannahmen über vermeintlich abgeschlossene Einheiten zu perpetuieren. Der Versuch, eine explizit transnationale Geschichte der europäischen Währungsintegration zu schreiben, wäre seinerseits konstruiert, würde er doch eine systematische Überbetonung grenzüberschreitender Netzwerke zulasten von nationalstaatlichen Akteuren vornehmen.<sup>172</sup> Auch der Begriff einer

---

„europäisch“ wahrnehmen und benennen. Verdichtungsprozesse kultureller, ökonomischer, politischer und sozialer Art gab es schon lange, und zumeist stehen allein sie im Blickfeld. Bindet man diese jedoch nicht an die Ebene der Bezeichnung durch die Akteure als „europäisch“ zurück, so landet man unweigerlich bei einer Definition von Europa, die entweder normativ oder essentialisierend fundiert ist, oder aber lediglich auf common-sense-Annahmen beruht. All dies erscheint analytisch unbefriedigend. Interessant ist vielmehr, wann Prozesse jeder nur denkbaren Art als spezifisch europäisch wahrgenommen werden“.

<sup>170</sup> Vgl. Patel, nach der Nationalfixiertheit, S. 23 f. sowie Bauerkämper, Wege zur europäischen Geschichte, S. 42-51.

<sup>171</sup> Vgl. auch Laurence Badel, Die französische Historiographie zu den internationalen Beziehungen: Transnational oder realistisch?, in: Haider-Wilson, Internationale Geschichte in Theorie und Praxis, S. 349-369, insbesondere S. 359 f.

<sup>172</sup> Vgl. MacDonald, Transnational history, S. 7: „[...] a transnational analysis which ignored differences between comparanda would reproduce in reverse the flaws in comparative history which transnational interventions first set out to correct.“

Transfergeschichte<sup>173</sup> könnte für die deutsch-französische Dimension der Reformdebatten zur Eurozone zu eng sein, da sich Zirkulation und Aneignungsprozesse von Ideen und Konzepten, zumal in einem stark begrenzten Untersuchungszeitraum, kaum nachzeichnen lassen. Unter dem neutraleren Oberbegriff der „Beziehungsgeschichte“ ließen sich Ausdrücke wie „Vergleich“, „Transfer“, „Vermittlung“, „Rezeption“ oder „Hybridisierung“ sammeln.<sup>174</sup> Dieser wäre jedoch einerseits zu unspezifisch<sup>175</sup>, andererseits suggerierte er eine Konstanz und Exklusivität, welche der Komplexität der Interaktionen nicht gerecht würden. Am sinnvollsten erscheint ein vergleichsgeschichtlicher Ansatz mit Sensibilität für wechselseitige Wahrnehmungen und Austauschvorgänge sowie intendierte Europäisierungsprozesse in einem sozialkonstruktivistischen Sinn.

Die aufgezeigten Herausforderungen einer zeitlich und räumlich expandierten europäischen Geschichte sowie der weiten Definition von Europäisierungsprozessen jenseits der Europäischen Integration stellen sich im klar umrissenen Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion innerhalb der EU nicht. Bei dem hier gewählten Blick auf die Positionierung politischer Eliten in europapolitischen Debatten handelt es sich, so Patel, „um einen besonders offensichtlichen Fall von Europäisierung“.<sup>176</sup> Besonderes Augenmerk wird auf Argumentationsmuster, diskursive Strategien und Europa-Bilder von Parteien, Interessengruppen und überregionalen Zeitungen gelegt. Dieser Schwerpunktsetzung liegt die Annahme zugrunde, dass politische Präferenzen, gerade auch in Bezug auf Währungsfragen, von miteinander konkurrierenden gesellschaftlichen Akteuren diskursiv reproduziert, verbreitet und bestärkt werden.<sup>177</sup> Wenn auch Politik nicht auf kommunikativ-konstruktive Prozesse des Prägens von Symbolen, Metaphern und Wahrnehmungsstereotypen reduziert werden kann, so bilden Sprache und Diskurse einen wichtigen Bestandteil des politischen Alltags.<sup>178</sup>

Das Verharren in einer leicht über die Regierungsebene hinaus erweiterten nationalstaatlichen Perspektive wird mit der anhaltenden Bedeutung intergouvernementaler Abstimmungsprozesse und nationalstaatlich organisierter politischer und kommunikativer

---

<sup>173</sup> Vgl. zur Diskussion möglicher Begriffsalternativen Kaelble, Die Debatte über Vergleich und Transfer, S. 7 f.

<sup>174</sup> Vgl. Manfred Schmeling, Komparatistik als Beziehungswissenschaft, in: Solte-Gresser et. al., Zwischen Transfer und Vergleich, S. 51-61, hier: S. 52 f.

<sup>175</sup> Vgl. Jürgen Osterhammel, Transferanalyse und Vergleich im Fernverhältnis, in: Kaelble / Schriever, Vergleich und Transfer, S. 442 ff.

<sup>176</sup> Von Hirschhausen / Patel, Europäisierung, S. 9.

<sup>177</sup> Vgl. ausführlicher Löffler, Währungsgeschichte als Kulturgeschichte?, S. 24: „All das bedeutet aber auch: Glaubwürdigkeit, Stabilitätsbewusstsein oder eine inflationssensitive „Währungskultur“ sind nicht einfach nur vorhanden oder institutionell determiniert. Die Bedeutungszusammenhänge müssen vielmehr tatkräftig und aktiv ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden, die konturieren sich erst im Diskurs, entstehen im kommunikativen Prozess. Oder anders formuliert: Vertrauen in eine Institution oder Glaubwürdigkeit eines Arguments, die damit verbundenen Symbole oder Bilder sind nicht nur etwas (mentalitäts-)historisch Gegebenes oder quasiautomatisch Gewachsenes, sondern stets auch etwas aktiv Gemachtes, bewusst Produziertes, gezielt Transportiertes.“

<sup>178</sup> Vgl. ebd. S. 14-21.

Räume begründet. Nicht zuletzt die Bewältigung der Staatsschuldenkrise im Euroraum hat den Einfluss nationaler finanz- und europapolitischer Interessen verdeutlicht, so dass für die Europäische Einigung das Andauern eines Dualismus zwischen supranationalem Recht und intergouvernementaler Politik konstatiert werden kann. Nation und Staat bleiben relevante Referenzpunkte im europäischen Integrationsprozess.<sup>179</sup> Europäische Geschichte, insbesondere Integrationsgeschichte, ist kaum von nationalgeschichtlichen Entwicklungen zu lösen. Die Mitgliedsstaaten bleiben wichtige Akteure der EU und erfahren in einem Wechselspiel aus Integrationsschüben und Renationalisierungsdynamiken eine „langatmige und stille Revolutionierung“ von Identitäten, Kulturen, Mentalitäten und Strukturen. Ein Rückzug auf eine abgeschlossene nationalstaatliche Perspektive wäre angesichts der europäischen und globalen Kooperationsformen anachronistisch.<sup>180</sup>

## **Gliederung**

Im Anschluss an diese methodischen Vorüberlegungen werden in einem folgenden ersten Teil der Arbeit Grundzüge ökonomischer und politischer Rahmenbedingungen für monetäre Integration vorgestellt, um eine kurze Einführung in die Funktionslogik von Währungsunionen zu geben. In einem zweiten Abschnitt werden, beginnend mit dem Werner-Plan, die verschiedenen Etappen europäischer Wirtschafts- und Währungsintegration in einer deutsch-französischen Perspektive nachgezeichnet. In diesem Überblick werden grundlegende politische Herausforderungen im Vorlauf zur Schaffung des Euro sowie spezifische nationale Leitlinien präsentiert. Auf Grundlage dieser historischen Darstellung werden in einem dritten Kapitel strukturelle Schwächen der Wirtschafts- und Währungsunion aufgezeigt, welche die Entwicklung einer Staatsschuldenkrise im Euroraum begünstigten und in der Folge zum Gegenstand von Debatten über die Reformierung der Funktionsweise der Gemeinschaftswährung wurden. In einem zentralen vierten Kapitel werden daraufhin für den eingangs genannten breiten

---

<sup>179</sup> Vgl. Gehler, Was heißt „Europäistik“?, S. 161 f. sowie Ders., Internationale Geschichte, S. 188-197 sowie Dyson, Die Wirtschafts- und Währungsunion als Prozess der Europäisierung, S. 469. Hans-Ulrich Wehler hat in einem größeren, allgemeineren Kontext vor einer Unterschätzung der Prägekraft von Nationalgesellschaften seitens der Transnationalismusforschung gewarnt, vgl. Wehler, Transnationale Geschichte, S. 173 f. Vgl. ebenso Johannes Becker / Clemens Fuest, Der Odysseus-Komplex - ein pragmatischer Vorschlag zur Lösung der Eurokrise, Bonn 2017, hier insbesondere S. 113-116 sowie S. 145.

<sup>180</sup> Vgl. Gehler, Internationale Geschichte, S. 175. Zur Wahl der Betrachtungsebene vgl. auch Loth, Internationale Geschichte als pluralistisches Forschungsprogramm, S. 263 f.: „Wer Internationale Geschichte schreibt, wird versuchen, diese Muster zu entdecken. Er wird die Interdependenzen von nationaler und internationaler Geschichte wahrnehmen und dann entscheiden müssen, welchem der beiden Themenfelder er sich vorrangig widmen will, ohne das jeweils andere ganz aus den Augen zu verlieren. Oder er entscheidet sich mutig für einen universal- oder globalgeschichtlichen Zugang; dann sollte er sich allerdings bewusst sein, dass das Risiko der Fehlperzeption infolge unvermeidlicher Standortgebundenheit hier besonders hoch und der Dialog mit Beobachtern ganz anderer Provenienz folglich besonders dringlich ist.“



Zuschnitt an politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteuren in Deutschland und Frankreich dominierende Argumentationsmuster herausgearbeitet und Motive grenzüberschreitender Wahrnehmungen und Interaktionen gesucht. Dabei werden Kontinuitäten und Brüche mit zuvor identifizierten Orientierungsmustern sowie Fortführungen beziehungsweise Auflösungen traditioneller Zielkonflikte gesucht. Insbesondere wird danach gefragt, inwieweit in beiden Ländern debattierte Interpretationen und Lösungsansätze der Krise des Euroraums Konvergenzen aufwiesen und inwiefern transnationale Austauschprozesse stattfanden.

## 1. Grundlegendes zum Begriff der Währungsunion

Für ein tiefergehendes Verständnis der verschiedenen Dimensionen der Euro-Krise bedarf es vorab grundlegender volkswirtschaftlicher Überlegungen hinsichtlich der Beschaffenheit von Währungsunionen. Das Ziel dieses einleitenden Kapitels ist es ausdrücklich nicht, ökonomische Theoriedebatten nachzuvollziehen und zu bewerten. Vielmehr sollen idealtypische Charakteristika von Währungsunionen und die hieraus resultierenden politischen Konsequenzen herausgestellt werden. Zu diesem Zweck erfolgt nach einer Darstellung der verschiedenen Arten von Währungs Kooperationen eine Darlegung von Vor- und Nachteilen einer Währungsunion für Staaten und Marktteilnehmer. Anhand zweier historischer Beispiele soll abschließend der Frage nachgegangen werden, inwieweit sich aus der Praxis generalisierbare Erkenntnisse über die ideale Ausgestaltung von Währungsunionen ableiten und eventuell auf die Integrationsbestrebungen im Rahmen der EU übertragen lassen.

### 1.1 Wirtschafts- und Währungsunion als Ausdruck fortgeschrittener Integration

Volkswirtschaften können in ihren Beziehungen zu Integrationspartnern unterschiedlich starke wirtschaftliche Verflechtungen eingehen.<sup>181</sup> Es ist möglich, aus volkswirtschaftlicher Perspektive verschiedene Integrationsstufen für das Zusammenwachsen von Wirtschaftsräumen zu unterscheiden und zu kategorisieren<sup>182</sup>: Das niedrigste Niveau der internationalen Koordinierung stellt in diesem Zusammenhang die *Freihandelszone*<sup>183</sup> dar. In dieser ist der Austausch von Waren und Dienstleistungen nicht durch Zölle oder mengenmäßige Beschränkungen gehemmt. Eine gemeinsame Handelspolitik gegenüber Drittstaaten verfolgen die Teilnehmer an der Freihandelszone jedoch nicht. Jeder Staat bestimmt die Art von Zöllen und Einfuhrquoten gegenüber Drittländern eigenständig.<sup>184</sup> Eine *Zollunion*<sup>185</sup> ist über eine Freihandelszone hinausgehend durch das gemeinsame Erheben von Außenzöllen gekennzeichnet. Auch auf dieser Stufe beschränkt sich die Koordination der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen auf den Verkehr von Waren und Dienstleistungen. Die folgende Integrationsstufe ist der

---

<sup>181</sup> Vgl. Wim Kösters et. al., Elemente der ökonomischen Integrationstheorie, in: Wilfried Loth / Wolfgang Wessels, Hg., Theorien europäischer Integration, Opladen 2001, S. 35-76, hier: S. 37 f.

<sup>182</sup> Vgl. Reimut Jochimsen, Perspektiven der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, 2. aktualisierte Auflage, Baden-Baden 1998, S. 57 ff. sowie Thilo Sarrazin, Der Euro - Chance oder Abenteuer?, Bonn 1998, S. 60 ff.

<sup>183</sup> Beispielsweise das North American Free Trade Agreement (NAFTA) zwischen Kanada, den Vereinigten Staaten von Amerika und Mexiko.

<sup>184</sup> Vgl. Kösters et. al., Elemente der ökonomischen Integrationstheorie, S. 38.

<sup>185</sup> So die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EAWG) zwischen Kasachstan, Russland und Weißrussland die 2015, erweitert um Armenien und Kirgisistan, in die Eurasische Wirtschaftsunion (EWU) übergang. vgl. Alexander Libman, Dialog zwischen EU und Eurasischer Wirtschaftsunion - einen Versuch wert, SWP-aktuell Nr. 62, Juli 2015.

*Gemeinsame Markt*<sup>186</sup>, der durch die Mobilität von Arbeitskräften und Kapital geprägt ist. In dieser Konstellation steht es Bürgern eines Staates frei, sich in einem weiteren beteiligten Staat niederzulassen, zu arbeiten oder Investitionen zu tätigen. Bei der wirtschaftlichen Aktivität in einem anderen Staat des gemeinsamen Marktes ist der Bürger jedoch weiterhin durch nationalstaatliche Regelungen zur wirtschaftlichen Betätigung eingeschränkt (z.B. Vorschriften zur Produktsicherheit, zum Arbeitsschutz oder durch berufsständische Besonderheiten). Innerhalb eines *Binnenmarktes*<sup>187</sup> finden keine Grenzkontrollen statt. Zusätzlich sollen hier durch die Harmonisierung von Normen und Sicherheitsvorschriften Handelshemmnisse, welche auf der Stufe des Gemeinsamen Marktes noch bestehen, abgebaut werden. Das höchste Integrationsniveau wird mit einer *Wirtschafts- und Währungsunion* erreicht. Die Verkehrsfreiheiten für Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital werden durch eine gemeinsame Währung ergänzt. Dafür ist es notwendig, in einer ersten Stufe die Wechselkursparitäten der nationalen Währungen zueinander festzulegen. In einem zweiten Schritt können die Währungen zu einer gemeinsamen vereint werden.<sup>188</sup>

Neben einer und gegebenenfalls über eine Wirtschafts- und Währungsunion hinausgehend können in einer *Politischen Union* weitere Politikbereiche auf supranationaler Ebene organisiert sein. Die Ausgestaltung dieses Konzepts bleibt jedoch, im Gegensatz zu den zuvor genannten Integrationsformen, unspezifisch.<sup>189</sup> Insbesondere auf Grund der vielfältigen Ausgestaltungsmöglichkeiten einer solchen Politischen Union ist es schwierig, eine präzise Definition zu formulieren. Gemeinsam ist allen denkbaren Fallgruppen, dass eine ursprünglich nationalstaatliche Kompetenz auf die supranationale Ebene verlagert wird.

In europapolitischen Debatten nimmt die Politische Union seit den Verhandlungen über den Vertrag von Maastricht großen Raum ein.<sup>190</sup> Auch in jüngeren wissenschaftlichen und journalistischen Beiträgen in Reaktion auf die Eurokrise ist das Thema der Finalität der Integration präsent. Im Hinblick auf eine weitere Vertiefung der Integration wird beispielsweise die Einführung einer gemeinsamen Arbeitslosenversicherung oder die Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung innerhalb der Eurozone diskutiert.<sup>191</sup> Eine Währungsunion, wie sie beispielsweise im Vertrag von Maastricht für die Mehrheit der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union beschlossen wurde, ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet: Zunächst müssen beteiligte Währungen untereinander frei konvertibel,

---

<sup>186</sup> Wie etwa der MERCOSUR zwischen Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay und Venezuela.

<sup>187</sup> Hier ist als prominentestes Beispiel der mit dem Vertrag von Maastricht 1993 geschaffene Europäische Binnenmarkt zu nennen.

<sup>188</sup> Vgl. Kösters et. al., Elemente der ökonomischen Integrationstheorie, S. 54.

<sup>189</sup> Vgl. Sarrazin, Der Euro, S. 64 sowie S. 212-218.

<sup>190</sup> Siehe Kapitel 2.3.

<sup>191</sup> Vgl. Jakob von Weizsäcker et. al., Mobil, gerecht, einig, in: Die ZEIT, 17.10.2013, S. 30 f. sowie Guillaume Duval et. al., Manifeste pour une union politique de l'euro, in: Le Monde, 16.02.2014.

d.h. ohne Einschränkungen eintauschbar sein. Dieses Kriterium war im Kontext der europäischen Integration keine hohe Hürde und wurde von den Gründungsmitgliedern der WWU bereits gegen Ende der 1950er Jahre erfüllt.<sup>192</sup> Als zweites Kriterium muss in einer Währungsunion Kapitalverkehrsfreiheit bestehen. In der EU wurde dies mit der Etablierung des Binnenmarktes 1993 erreicht. Hierbei ist zu beachten, dass die Entwicklungsgeschwindigkeit in den Mitgliedsstaaten im Vorfeld des Binnenmarktes sehr unterschiedlich war. So hob die französische Regierung beispielsweise erst zum Jahr 1990 die Devisenkontrollen auf, während die Gesetzgebung in der Bundesrepublik liberaler geprägt war und bereits seit 1974<sup>193</sup> von Verkehrsbeschränkungen absah.<sup>194</sup>

Die dauerhafte Fixierung der innergemeinschaftlichen Wechselkurse und deren supranationale Koordination ist der dritte essentielle Bestandteil einer Währungsunion. Im Falle von zu starken Auf- oder Abwertungen zwischen zwei Währungen innerhalb eines Wechselkursregimes müssen dabei die zuvor fixierten Paritäten durch Interventionen der nationalen Zentralbanken an den Devisenmärkten gesichert werden. Die Notenbanken agieren in Absprache, jedoch rechtlich unabhängig voneinander unter Rückgriff auf eigene Gold- und Devisenreserven.<sup>195</sup> Erst durch die Implementierung einer supranational organisierten Geldpolitik und deren gesetzlicher Verankerung wird das Festkurssystem zu einer Währungsunion. In dieser geben nationale Notenbanken ihre geldpolitische Autonomie zugunsten einer gemeinsamen Zentralbank auf, welche die Geldmenge für die Union in ihrer Gesamtheit überwacht. Die nationalen Notenbanken unterstützen die supranationale Institution bei der Durchsetzung ihrer Ziele.<sup>196</sup>

Zwischen einem Festkurssystem und einer veritablen Währungsunion bestehen grundlegende Unterschiede. Versuche, die Wechselkursstabilität durch die Fixierung von Paritäten bei Aufrechterhaltung einer nationalen Geldpolitik zu erhöhen, sind einem Glaubwürdigkeitsproblem ausgesetzt. Im Kern basiert ein Festkurssystem auf der Zusicherung von Regierungen, den Wert der eigenen Währung derart zu beeinflussen, dass die Paritäten aufrechterhalten werden. Sobald aber die Beurteilung einer Währung durch Marktteilnehmer stark vom geldpolitischen Zielwert abweicht, steht die entsprechende Regierung unter dem Druck, das Versprechen einer theoretisch unlimitierten Intervention einzulösen. Spekulative Angriffe können darauf abzielen, dass Regierungen politisch oder ökonomisch nicht mehr fähig oder gewillt sein könnten, die Währung zu stützen. Wechselkurspekulationen können so zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung

---

<sup>192</sup> Vgl. Pascal Kauffmann, *L'union monétaire européenne*, Bordeaux 2008, S. 20 f.

<sup>193</sup> Zweiunddreißigste Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung, Bundesgesetzblatt Nr. 109 vom 14. September 1974.

<sup>194</sup> Vgl. Kauffmann, *L'union monétaire*, S. 21 ff.

<sup>195</sup> Vgl. Malcolm Levitt / Christopher Lord, *The Political Economy of Monetary Union*, Basingstoke u.a. 2000, S. 11 f.

<sup>196</sup> Vgl. ebd. S. 12.

werden, indem sie beispielsweise auf Abwertungstendenzen einer Währung reagieren und diese gleichzeitig beschleunigen.<sup>197</sup>

Hinzu kommt, dass Regierungen in einem Festkurssystem nur über begrenzte Währungsreserven verfügen, so dass die Handlungsspielräume entgegen der weitreichenden Interventionszusagen beschränkt sind. In einer Währungsunion mit zentraler Geldschöpfung besteht diese Limitierung nicht.<sup>198</sup>

Eine Währungsunion setzt nicht zwangsläufig eine einheitliche Währung voraus, jedoch ist mit der Einführung einer solchen neben wirtschaftlichen und finanztechnischen Vorzügen<sup>199</sup> auch ein integrativer Mehrwert verbunden. Mit der Festlegung auf eine gemeinsame Währung wird ein Eindruck der Unumkehrbarkeit der Union geschaffen. Andernfalls würde ein Festhalten an nationalen Währungen und Symbolen suggerieren, dass eine Rückkehr zu höherer Wahrungsautonomie jederzeit zu realisieren sei.<sup>200</sup>

Die Teilnahme an einer Währungsunion geht einher mit dem Verzicht auf geldpolitische Souveränität und ist bei der Einführung einer einheitlichen Währung nur schwerlich reversibel. Vor dem Hintergrund der Tragweite der Entscheidung für oder gegen eine Währungsunion gilt es, günstige Voraussetzungen für den langfristigen Bestand einer Währungsunion zu identifizieren und nach den politischen Anreizen und Zwängen zu fragen, welche mit einem derart weitreichenden Integrationsschritt verbunden sind.

## 1.2 Wann lohnt sich eine Währungsunion?

Hinsichtlich der Frage nach günstigen Voraussetzungen für den Zusammenschluss verschiedener Staaten zu einer Währungsunion kann auf die seit den 1960er Jahren entwickelte Theorie der optimalen Währungsräume<sup>201</sup> zurückgegriffen werden. Diese wurde 1961 von Robert Mundell<sup>202</sup> vorgestellt und in den folgenden Jahren verschiedentlich<sup>203</sup> erweitert. Im Zentrum steht dabei die Überlegung, wie ein Währungsraum gestaltet sein sollte, um das Auftreten sogenannter „asymmetrischer Schocks“<sup>204</sup> zu vermeiden oder zumindest besser bewältigen zu können. Ein Staat mit Wahrungssouvernitat würde bei einem unerwarteten Nachfrageschock eine Anpassung des Nominalzinses oder des

---

<sup>197</sup> Vgl. Daniela Schwarzer, Die Europäische Währungsunion - Geschichte, Krise und Reform, Stuttgart 2015, S. 38 f.

<sup>198</sup> Vgl. ebd.

<sup>199</sup> Siehe Unterkapitel 1.2 Wann lohnt sich eine Währungsunion?

<sup>200</sup> Vgl. Levitt / Lord, S. 12 sowie Kauffmann, S. 27.

<sup>201</sup> Auch: *optimum currency area theory* (OCA).

<sup>202</sup> Robert Mundell, A theory of optimum currency areas, in: American Economic Review, Nr. 51/4, S. 657-665.

<sup>203</sup> Beispielsweise durch Ronald McKinnon, Optimum currency areas, in: American Economic Review, Nr. 53/4, S. 717-725 oder Peter B. Kenen, The Theory of optimum currency areas, in: Robert Mundell / Alexander Swoboda, Hg., Monetary Problems of the International Economy, Chicago 1969.

<sup>204</sup> Unerwartet eintretende Änderungen auf der Angebots- oder der Nachfrageseite, die sich auf verschiedene Teile eines Wirtschaftsraumes unterschiedlich auswirken.

Wechselkurses vornehmen, also beispielsweise bei einem konjunkturellen Einbruch die eigene Währung abwerten und so die Exportwirtschaft unterstützen. In einer Wahrungunion haben nationale Regierungen keinen Zugang zu geldpolitischen Instrumenten um diese in Reaktion auf volkswirtschaftliche Turbulenzen einzusetzen. Die Geldpolitik der Zentralbank richtet sich an einem Durchschnittswert des Währungsraums aus, wodurch sie Staaten, die konjunkturell von einem theoretischen Mittel abweichen, nicht gerecht werden kann. In Ermangelung eines individuell anwendbaren geldpolitischen Anpassungsmechanismus benötigt ein Währungsraum demnach besondere Merkmale um einseitig auftretende Schocks ausgleichen zu können.<sup>205</sup>

Ein erstes von Mundell herausgearbeitetes Kriterium für einen optimalen Währungsraum ist die Mobilität der Produktionsfaktoren: ein asymmetrischer Schock kann dann gut absorbiert werden, wenn Arbeitskräfte bereit und in der Lage sind, ihre Wohnorte dem Beschäftigungsangebot entsprechend zu verlagern und aus konjunkturschwachen Regionen in florierende Gebiete umziehen. Gleichzeitig ist es hilfreich, wenn Lohn- und Preisniveaus innerhalb eines Raumes in Reaktion auf einen Schock kurzfristig nach unten korrigiert werden können. Für einen Staat fallen so der Verzicht auf Wechselkursanpassungen und die Teilnahme an einer Wahrungunion leichter.

Eine zweite günstige Voraussetzung für das Funktionieren eines gemeinsamen Währungsraums besteht in einem möglichst hohen Maß an wirtschaftlicher Offenheit. Bei einem steigenden Grad an mit Partnerländern frei handelbaren Gütern sinkt die Wirksamkeit einer Wechselkursanpassung. Ein Staat mit intensiven wirtschaftlichen Verflechtungen kann demnach von einer Währungsabwertung nur begrenzt profitieren, da gestiegene Kosten für importierte Produkte sich indirekt in den inländischen Preisen niederschlagen und somit erhoffte positive volkswirtschaftliche Effekte konterkarieren. Aus diesem Grund sinken bei einem höheren Offenheitsgrad einer Volkswirtschaft die Anpassungskosten an eine Wahrungunion.

Weiterhin funktioniert ein gemeinsamer Währungsraum dann reibungslos, wenn die Produktionsstrukturen in den beteiligten Ländern stark und in vergleichbarem Ausmaß diversifiziert sind. Ein Nachfragerückgang innerhalb eines Sektors kann in diesem Fall von anderen Wirtschaftszweigen ausgeglichen werden. Sofern die Diversifizierung der verschiedenen Staaten ähnlich ausgeprägt ist, wirkt sich ein Schock nicht asymmetrisch auf den Währungsraum aus. Das Instrument der Wechselkursänderung wäre nur in monostrukturellen Volkswirtschaften sinnvoll. Für einen Staat mit einer hohen Diversifizierung bietet sich folglich auch die Teilnahme an einer Wahrungunion an.<sup>206</sup>

---

<sup>205</sup> Vgl. Schwarzer, Die Europäische Wahrungunion, S. 30.

<sup>206</sup> Kriterien nach Kösters et. al., Elemente der ökonomischen Integrationstheorie, S. 56 ff.; vgl. ebenfalls Sarrazin, Der Euro, S. 69-74.

Unter einer Vielzahl weiterer Kriterien für die optimale Beschaffenheit eines Währungsraums ist im europäischen Kontext auf den möglichen Nutzen von fiskalischen Transfers hinzuweisen. Peter B. Kenen argumentierte, dass bei einer ausreichenden politischen Integration fiskalische Transfers ein Mittel zur Bekämpfung von asymmetrischen Schocks sein können. Insbesondere Sozialsysteme, deren Mechanismen automatisiert und ohne politische Entscheidungen im Einzelfall in Kraft gesetzt werden könnten sich stabilisierend auf einen Raum auswirken. In den USA geschieht dies beispielsweise über eine föderale Arbeitslosenversicherung. Die Bereitschaft zu (bestenfalls automatisierten) fiskalischen Transfers verbessert dementsprechend die Voraussetzungen zur Teilnahme an einer einheitlichen Währung.<sup>207</sup>

Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass bei der Bestimmung der richtigen Größe eines Währungsraums immer eine Abwägung getroffen werden muss. Mit zunehmendem Umfang des Areals steigen auch die Effizienzvorteile durch ein einheitliches Zahlungsmittel. Gleichzeitig erzeugt eine größere Währungsunion auch einen gestiegenen Anpassungsbedarf für die teilnehmenden Volkswirtschaften. Umgekehrt können in einem eng begrenzten Währungsraum lokale Besonderheiten bei der Gestaltung der Geld- und Wechselkurspolitik beachtet werden, während jedoch die mit der Benutzung einer einheitlichen Währung einhergehenden Vorteile geringer ausfallen. Der Zuschnitt eines „optimalen“ Währungsraums bewegt sich somit zwischen einer Weltwährung und einem produkt- oder sektorspezifischen Zahl- und Rechenmittel.<sup>208</sup> Die zuvor präsentierten Kriterien können, neben weiteren Parametern, zur Definition eines geeigneten Territoriums zur Implementierung einer Währungsunion herangezogen werden. Die Abgrenzung fällt jedoch nicht leicht, wie nicht zuletzt das Beispiel der europäischen WWU illustriert.<sup>209</sup>

Für Staaten ist die monetäre Integration nur dann reizvoll, wenn die zu erwartenden Vorzüge einer Teilnahme an einer Währungsunion die Anpassungskosten und politischen Zwänge überwiegen. Im Folgenden wird deshalb eine Gegenüberstellung von Vor- und Nachteilen einer gemeinsamen Währung vorgenommen.

Ein bedeutender Vorzug einer gemeinsamen Währung besteht in dem Wegfall des Wechselkursrisikos, was sich positiv auf die Handels- und Investitionsbereitschaft der Marktteilnehmer auswirkt und langfristig zu einem beschleunigten Wirtschaftswachstum sowie einer höheren Beschäftigung führen soll.<sup>210</sup> In einem System frei schwankender

---

<sup>207</sup> Vgl. Schwarzer, Die Europäische Währungsunion, S. 32, beziehend auf Richard Baldwin / Charles Wyplosz, The Economics of European Integration, 4. Auflage, London 2012, S. 415.

<sup>208</sup> Vgl. Kösters et. al., Elemente der ökonomischen Integrationstheorie, S. 58.

<sup>209</sup> Siehe Kapitel 3.2.

<sup>210</sup> Vgl. Mark Baimbridge / Philip Whyman, European economic integration, in: dies. Hg., Economic and Monetary Union in Europe - Theory, evidence and practice, Cheltenham 2003, S. 1-16, hier: S. 3.

Wechselkurse<sup>211</sup> oder auch in Regimen mit einschränkenden Bandbreiten<sup>212</sup> können sprunghafte Kursänderungen auftreten, da verschiedene Arten von Nachrichten, makroökonomischer oder politischer Natur, die Kurse beeinflussen können. Die Bewertung verläuft dabei nicht rein rational. Die Angst vor großen Ausschlägen eines Wechselkurses bewirkt, dass finanzielle Ressourcen in einem Wirtschaftsraum nicht ideal eingesetzt werden. Dies kann sich derart äußern, dass ein Unternehmen vor Investitionen im Ausland Abstand nimmt oder aber ein Sparer sein Geld nicht im Ausland anlegt, selbst wenn der Zinsgewinn dort höher wäre als in seinem Heimatland.<sup>213</sup>

Mit einer einheitlichen Währung fallen die Transaktionskosten für die Abwicklung von grenzüberschreitenden Geschäften weg. In einer Währungsunion sinken für Unternehmen die Kosten für eine (internationale) Buchführung und die Absicherung vor Wechselkursschwankungen.<sup>214</sup> Vor der Einführung der europäischen WWU nahm die Summe der Transaktionskosten zwischen 0,25 und 0,5% des BIP der EG/EU ein. Eine indirekte Folge der Minimierung der Transaktionskosten<sup>215</sup> besteht in der Reduzierung von preislichen Diskriminierungen. Die gewonnene Transparenz erlaubt es dem Verbraucher, über Landesgrenzen hinweg Preise zu vergleichen und nachzuvollziehen, falls ein Unternehmen dasselbe Produkt in unterschiedlichen Ländern mit Preisdifferenzen anbietet.<sup>216</sup>

Auch über andere Wege intensiviert eine gemeinsame Währung die Konkurrenz, was sich letzten Endes für den Verbraucher positiv auswirkt. Mit Wegfall des Wechselkursrisikos steigen, wie zuvor gezeigt, die Anreize für Auslandsinvestitionen und internationalen Handel. Das Angebot an Waren und Dienstleistungen nimmt zu, da lokale Produkte in Konkurrenz zu neuen Mitbewerbern treten. Gleichzeitig erleichtert eine gemeinsame Währung für alle Marktteilnehmer die Informationsbeschaffung, sodass Einkäufer geneigt sind, über neue, weiter entfernt gelegene Quellen Waren zu beziehen, sofern es preislich vorteilhaft ist.<sup>217</sup>

Aus einer von vielen Staaten geteilten gemeinsamen Währung kann sich darüber hinaus der Vorteil ergeben, dass diese Währung im weltweiten Zahlungsverkehr eine wichtige Rolle einnimmt und in ihrer Bedeutung über die akkumulierten Werte der einzelnen nationalen Währungen hinausgeht. Für eine Notenbank ist es vorteilhaft, wenn die von ihr herausgegebene Währung über ihren Geltungsbereich hinaus verwendet wird, da sie durch

---

<sup>211</sup> Dem sogenannten „Floating“.

<sup>212</sup> Wie beispielsweise dem EWS.

<sup>213</sup> Vgl. Kauffmann, *L'union monétaire*, S. 47 ff.

<sup>214</sup> Vgl. Schwarzer, *Die Europäische Währungsunion*, S. 36.

<sup>215</sup> Bis zur Einrichtung des Einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums SEPA verursachten Zahlungen zwischen zwei europäischen Banken höhere Kosten als bei einem rein nationalen Zahlungsverkehr.

<sup>216</sup> Vgl. Paul de Grauwe, *Economics of European Union*, 4. Auflage, Oxford 2000, S. 58 ff.

<sup>217</sup> Vgl. Kauffmann, *L'union monétaire*, S. 50 f.



die Emission von Banknoten Gewinne<sup>218</sup> erzielen kann, welche wiederum dem (Staats-)Haushalt zugeführt werden.<sup>219</sup>

In Bezug auf die Tragfähigkeit eines Schuldendienstes führt Daniela Schwarzer an, dass durch den irreversiblen Charakter einer Währungsunion die Sicherheit für Investoren steigt, sodass Risikoaufschläge auf Zinsen absinken.<sup>220</sup>

Derartigen Anreizen für die monetäre Integration stehen Anpassungskosten an eine Währungsunion und politische Zwänge innerhalb dieser gegenüber.

Neben rein technischen Komponenten des Übergangs zu einem neuen Zahlungsmittel wie etwa dem Austausch von Scheinen und Münzen, der Auszeichnung von neuen Preisen und der Umstellung sämtlicher Buchhaltungen liegen die primären Anpassungskosten an eine supranationale Währung in der Aufgabe der geldpolitischen Souveränität. So kann eine nationale Regierung mit eigener Währung, sofern sie politische Kontrolle über die Zentralbank besitzt, die Geldmenge steuern und inflationäre Effekte induzieren. Durch diese verlieren Geldbestände sowie bestehende Staatsschulden real an Wert. Die monetäre Finanzierung von Staatsschulden ist reizvoll, da Länder mit geldpolitischer Souveränität nicht nur Defizite entwerten können, sondern dank der Möglichkeit der selbstständigen Geldschöpfung auch theoretisch unbegrenzte Sicherheiten für die Erfüllung des Schuldendienstes geben können. Innerhalb einer Währungsunion entfällt diese Möglichkeit, da die Befugnis zur Geldschöpfung an eine Zentralbank übertragen wird, welche - wie es im Rahmen der WWU der Fall ist<sup>221</sup> - andere geldpolitische Ziele verfolgen kann.<sup>222</sup>

Gleichermaßen bedeutsam ist der bereits erwähnte Verlust des Instruments der Wechselkursanpassungen. Ein Staat kann seine Währung nicht abwerten, um international wettbewerbsfähiger zu werden. Nunmehr müssen Zugewinne an wirtschaftlicher Konkurrenzfähigkeit über sogenannte interne Abwertungen, eine Absenkung des Preis- und Lohnniveaus im Vergleich zu anderen Ländern, erreicht werden.<sup>223</sup> Dieser Weg ist jedoch wirtschaftspolitisch beschwerlicher als eine Veränderung des Wechselkurses.<sup>224</sup>

Weitere politische Zwänge liegen unter anderem darin begründet, dass in einer Währungsunion Staaten vereinigt sein können, die unterschiedliche wirtschaftspolitische Präferenzen haben. Wenn zwei Länder, die bei der Abwägung zwischen Inflationsraten und

---

<sup>218</sup> Die sogenannte Seigniorage

<sup>219</sup> Vgl. de Grauwe, *Economics of European Union*, S. 71 f.

<sup>220</sup> Vgl. Schwarzer, *Die Europäische Währungsunion*, S. 36.

<sup>221</sup> Die EZB ist beispielsweise dem obersten Ziel der Preisstabilität verpflichtet. Gleichzeitig unterliegt sie einem formellen Verbot der Finanzierung von Staatsschulden.

<sup>222</sup> Vgl. Kauffmann, *L'union monétaire*, S. 69 ff.

<sup>223</sup> Vgl. ebd.

<sup>224</sup> Vgl. de Grauwe, *Economics of European Union*, S. 18 f.

Beschäftigungszahlen verschiedene Strategien verfolgen, eine gemeinsame Währung benutzen, sind sie gezwungen, ihre Inflationsraten einem Mittelwert anzunähern und von ihren traditionellen Kursen abzuweichen.<sup>225</sup>

Grundlegende Zwänge ergeben sich aus dem Prinzip des „Unmöglichen Dreiecks“. Demnach kann ein Staat nicht gleichzeitig einen unbeschränkten Kapitalverkehr zulassen, seinen Wechselkurs kontrollieren und eine autonome Geldpolitik betreiben. Es ist lediglich die Verwirklichung von zwei der drei Parameter möglich. Die Teilnahme an einer Währungsunion bedeutet folglich, dass bei einer Festschreibung des Wechselkurses und einem Verbot von Beschränkungen der Kapitalmobilität keine eigenständige Geldpolitik möglich ist.<sup>226</sup>

### **1.3 Lehren aus der Geschichte? Historische Beispiele für Währungsunionen**

Die Schaffung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion war ein fundamentaler Integrationsschritt in der politischen und wirtschaftlichen Konstruktion der Europäischen Union. Die WWU wird als einzigartiges und beispielloses Konstrukt gesehen, in dem Sinne, dass sich souveräne Staaten mit eigenen Zentralbanken zu einer Währungsunion mit einheitlicher Währung zusammengeschlossen haben, ohne zuvor eine umfangreiche politische Union zu bilden.<sup>227</sup> Gänzlich neu war das Projekt eines stabilen Währungsraums innerhalb Europas jedoch nicht. Zwei historische Beispiele aus den letzten 150 Jahren können Anhaltspunkte für Ursachen von Instabilitäten in Währungsräumen geben. In Anbetracht von historischen, politischen wie kulturellen Unterschieden kann diese Darstellung nicht den Anspruch erheben, unmittelbare Handlungsempfehlungen für die Gestaltung einer europäischen Währungsunion im 21. Jahrhundert abzuleiten. Jedoch sollen Wirkungsmechanismen identifiziert werden, die die Funktionsweise eines Währungsraumes beeinträchtigen können.<sup>228</sup>

Die Lateinische Münzunion (LMU)<sup>229</sup> bestand zwischen 1865 und 1927. Ihr gehörte neben Frankreich, Belgien, der Schweiz und Italien ab 1868 auch Griechenland an. Bereits vor Unterzeichnung des Vertragswerks zirkulierten zwischen Frankreich und seinen drei

---

<sup>225</sup> Vgl. ebd. S. 10 ff.

<sup>226</sup> Vgl. Pascal Riché / Charles Wyplosz, *L'Union monétaire de l'Europe*, Paris 1993, S. 34 ff.; Kauffmann weist in darauf hin, dass die Krisen des EWS zu Beginn der 1990er Jahre das Prinzip des „Unmöglichen Dreiecks“ illustrieren: Nach der Aufhebung von Kapitalverkehrskontrollen sei es bei Aufrechterhaltung von nationalen Geldpolitiken nicht möglich gewesen, die Wechselkurse innerhalb der Bandbreiten zu halten. vgl. Kauffmann, *L'union monétaire*, S. 30 f.

<sup>227</sup> Vgl. Levitt / Lord, *The Political Economy of Monetary Union*, S. 14.

<sup>228</sup> Vgl. Norbert Berthold et al. *Das Scheitern historischer Währungsräume: Kann sich die Geschichte auch für die Eurozone wiederholen?*, *Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insbes. Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik*, Nr. 127, 2014, S. 3.

<sup>229</sup> Vgl. umfassende Studien zur Lateinischen Münzunion von Theresia Theurl, beispielsweise: Theresia Theurl, *Eine gemeinsame Währung für Europa. 12 Lehren aus der Geschichte*, Innsbruck 1992, unveränderter Nachdruck 2011. Vgl. ebenfalls Guido Thiemeyer, *Internationalismus und Diplomatie*, München 2009.

Nachbarstaaten Münzen, was darin begründet lag, dass Belgien, die Schweiz und Italien den französischen Prägestandard übernommen hatten und somit bereits eine De-facto-Währungsunion vorlag. Innerhalb dieses Raumes war Frankreich zwar nicht die wirtschaftlich dominante Kraft, es nahm jedoch aufgrund seiner Größe sowie seiner Bedeutung als Handelspartner und Kapitalmarkt die zentrale Rolle ein.<sup>230</sup> Über rein wirtschaftliche Motive hinaus verband Frankreich mit der Übertragung des eigenen monetären Systems auf andere Volkswirtschaften außenpolitische Ambitionen. Für die kleineren Vertragspartner wiederum war der Abschluss eines Münzvertrages mit der Hoffnung verbunden, an währungspolitischem Einfluss zu gewinnen.<sup>231</sup>

Die Währungen, die an den französischen Franc gebunden waren basierten auf einem bimetallischen System: Für die verschiedenen Münzwerte waren Gold- bzw. Silberanteile vorgegeben, wobei nach dem französischen Standard eine feste Relation zwischen Silber- und Goldpreis von 15,5:1 festgelegt war. Dieser garantierte Eintauschkurs zwischen den beiden Metallen spiegelte jedoch nicht jederzeit die Marktwerte wider, die sich beispielsweise nach der Erschließung neuer Minen wandelten. So hatte ein Einbruch des Goldpreises in den 1850er Jahren zur Folge, dass Geldhändler ihre Goldreserven zum Festkurs gegen Silber eintauschten und dieses entweder horteten oder ins Ausland brachten. In Reaktion auf eine Verknappung der Silberbestände reduzierten die betroffenen Regierungen unkoordiniert den Silbergehalt ihrer für den alltäglichen Handel wichtigen kleinen Münzen.<sup>232</sup>

Die Regierungen legten teilweise unterschiedliche Silberwerte für ihre Münzen fest und schränkten die gegenseitige Anerkennung ein. Vor diesem Hintergrund entstand der Bedarf, das zuvor informell erreichte Kooperationsniveau unter den an den Franc gekoppelten Währungen wiederherzustellen und vertraglich abzusichern. Eine einheitliche Regelung des Silberanteils sollte eine koordinierte Reaktion auf externe Schocks wie Änderungen des Gold-Silber-Kurses ermöglichen.<sup>233</sup> Die 1865 geschlossene Konvention vereinheitlichte die Münzsysteme der beteiligten Staaten und setzte die Paritäten zwischen Franc, Franken und Lira auf jeweils 1:1 fest. Münzen, die gemäß den Vorgaben des Vertrages geprägt wurden, konnten somit innerhalb der teilnehmenden Länder frei zirkulieren. Die Ausprägung von Kurantmünzen<sup>234</sup> oblag den nationalen Emissionsbanken, die dabei eigenständig über den Umfang bestimmen konnten.<sup>235</sup>

---

<sup>230</sup> Vgl. Berthold, Das Scheitern historischer Währungsräume, S. 3.

<sup>231</sup> Vgl. Theurl, Eine gemeinsame Währung für Europa, S. 175 ff.

<sup>232</sup> Vgl. Guido Thiemeyer, Internationalismus und Diplomatie, S. 21-27.

<sup>233</sup> Vgl. Theurl, Eine gemeinsame Währung, S. 180.

<sup>234</sup> Vollwertige Gold- oder Silbermünze, deren Nominalwert durch den Materialwert gedeckt ist.

<sup>235</sup> Vgl. Berthold, Das Scheitern historischer Währungsräume, S. 3.

Die Beibehaltung des französischen bimetallicen Standards<sup>236</sup> in der Lateinischen Münzunion hatte zur Konsequenz, dass die Mitgliedsstaaten im Verbund für Änderungen der Preisrelationen von Gold und Silber anfällig waren und sich mit einer dauerhaften Aufwertung des Goldpreises konfrontiert sahen. Neben den Eintauschverpflichtungen zu marktfernen Preisen wurde die Stabilität innerhalb der Union durch Streitigkeiten über die ungleichmäßige Verteilung der Prägerechte zwischen den einzelnen Ländern beeinträchtigt. Die Emission von Papiergeld war nicht Bestandteil des Vertragswerks, da es als Zahlungsform noch nicht weit verbreitet war. Diese Lücke erwies sich als folgenschwer, da Staaten mit hohen Haushaltsdefiziten vermehrt Papiergeld ausgaben, Dieses wurde im Landesinneren zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs verwendet, während Münzgeld, das im Gegensatz zum Papiergeld wechselseitig anerkannt wurde, in Partnerländer abfloss und dort inflationär wirkte.<sup>237</sup> Eine Schwachstelle der LMU bestand neben wirtschaftlichen Ungleichgewichten zweifellos darin, dass die vertraglich geregelten Elemente (Münzprägung) im Laufe der Zeit an Bedeutung verloren, während sich nicht regulierte Bereiche (Ausgabe von Banknoten) zu einer gängigen monetären Praxis entwickelten.<sup>238</sup> Weiterhin wurde die Funktionsweise der LMU dadurch behindert, dass die Mitgliedsländer im ersten Weltkrieg nationale (geld-)politische Ziele verfolgten und Staatsschuldenquoten sowie Inflationsraten in die Höhe schnellten. Zum 1. Januar 1927 wurde die LMU beendet, nachdem die Marktwerte der einzelnen Währungen immer größere Abweichungen zu den offiziellen Paritäten aufwiesen und Einlösepflichten zeitweise einseitig aufgekündigt worden waren.<sup>239</sup>

Die skandinavische Münzunion wurde 1872 gegründet und umfasste Schweden, Norwegen sowie Dänemark. Anders als die lateinische Münzunion beruhte sie von Beginn an auf dem Goldstandard, sodass sie von den Turbulenzen eines bimetallicen Standards unberührt blieb. Die Mitglieder der skandinavischen Münzunion wiesen zudem eine höhere kulturelle und institutionelle Homogenität auf. Das Emissionsrecht verblieb auch in diesem Fall bei den nationalen Notenbanken, jedoch verfolgten diese im Gegensatz zu den an der LMU teilnehmenden Zentralbanken ähnliche Strategien, sodass inflationäre Spannungen in den ersten zwei Jahrzehnten des Bestehens vermieden werden konnten.<sup>240</sup> 1894 schlossen die beteiligten Notenbanken ein Abkommen über die wechselseitige Anerkennung auch von Banknoten aus anderen Mitgliedsstaaten der Union und gingen somit einen weiteren Integrationsschritt ein. Diese Stabilität wurde zu Beginn der 1900er

---

<sup>236</sup> Ungeachtet der Präferenz Belgiens und der Schweiz für einen reinen Goldstandard

<sup>237</sup> Vgl. Sarrazin, Der Euro, S. 51 f.

<sup>238</sup> Vgl. Theurl, Eine gemeinsame Währung, S. 190 f.

<sup>239</sup> Vgl. Berthold, Das Scheitern historischer Währungsräume, S. 5.

<sup>240</sup> Vgl. Sarrazin, Der Euro, S. 53.

Jahre beeinträchtigt, da aufgrund von wirtschaftlich divergenten Entwicklungen unterschiedliche Emissionspolitiken verfolgt wurden. In der Folge einer expansiven Geldpolitik in Dänemark und Norwegen sah sich die schwedische Reichsbank mit einem Zustrom an Partnerwährungen konfrontiert. Bei einer zunehmenden Entwertung der dänischen und der norwegischen Krone wurde die Umtauschpflicht zu den vereinbarten Paritäten von 1:1:1 für Schweden zu einer immer größeren Belastung, so dass es auf eine Aufhebung der festen Wechselkurse hinarbeitete. Auch im Falle der skandinavischen Münzunion wurden sich abzeichnende Instabilitäten und Konflikte durch den Ausbruch des ersten Weltkriegs und unkoordinierte geldpolitische Reaktionen der Vertragsstaaten intensiviert.<sup>241</sup> Reformversuche der Union umfassten die Aufgabe der gegenseitigen Anerkennung von Banknoten zum Nennwert und schließlich auch die Aufhebung der Münzkonvertibilität. Formell beendet war die Münzunion 1924.<sup>242</sup> Eine offizielle Aufkündigung erfolgte zwar nicht, dennoch bedeutete der Übergang Dänemarks und Norwegens zur Prägung von rein national anzuerkennenden Münzen das Ende des Projekts.<sup>243</sup>

Welche Unsicherheitsquellen für die Funktionsweise von Währungsunionen lassen sich aus diesen historischen Beispielen extrahieren? Unabhängig von Epochen und territorialen Zuschnitten lässt sich feststellen, dass Währungsräume unter anderem dann instabil waren, wenn das Mitspracherecht über geldpolitische Entscheidungen ungleich verteilt war, so dass einzelne Mitglieder von grundlegenden strategischen Fragestellungen ausgeschlossen waren, bzw. diese entgegengesetzt ihrer Präferenzen beantwortet wurden. Ebenfalls desintegrierend wirken unterschiedliche nationale geld- und wirtschaftspolitische Orientierungen, die sich in divergierenden Inflations- oder Arbeitslosigkeitsraten ausdrücken können. Darüber hinaus wirken sich dezentrale Möglichkeiten zur Geldschöpfung, insbesondere in Krisenzeiten, negativ auf die Stabilität einer Gemeinschaft aus, sofern kein eindeutiges, durchsetzbares Unionsregelwerk besteht und Mitglieder ihre Handlungen an nationalstaatlichen Interessen ausrichten. Wenn nationale Währungen beibehalten werden, können sie infolge von geld- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen von zuvor fixierten Paritäten abweichen und somit einen Anpassungsdruck erzeugen, der innerhalb des Währungsraums abgefedert werden muss. Eine dauerhafte Differenz zwischen offiziellem Wechselkurs und Marktbewertung einer Währung erfordert in letzter Konsequenz eine Anpassung der Parität, da Partnerländer nur begrenzt fähig und

---

<sup>241</sup> Vgl. Clemens Muth, Währungsdesintegration - das Ende von Währungsunionen: eine theoretische und empirische Analyse vor dem Hintergrund des Zerfalls des gemeinsamen Währungsgebietes auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion, Heidelberg 1997, S. 139.

<sup>242</sup> Vgl. Sarrazin, Der Euro, S. 53.

<sup>243</sup> Vgl. Corina Seiter, Vergleich historischer Währungsunionen und Zentralbankensysteme als Lehrstück für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, Berlin 2002, S. 53.

gewillt sind, einen unrealistischen Kurs einer anderen Währung zu stützen. Bei einer einheitlichen Währung und einer zentralen, übergeordneten Notenbank mit alleinigem Emissionsrecht wiederum entfallen logischerweise die Störungsquellen der unkoordinierten Geldschöpfung und der Wahrung von innergemeinschaftlichen Wechselkursen.<sup>244</sup> Theresia Theurl resümiert mit Blick auf die LMU Unsicherheitsfaktoren, die sich teilweise verallgemeinern lassen: Der Verzicht auf überwachende Institutionen bzw. eine ungenaue Aufteilung von Kompetenzen wirkt sich im Zweifel destabilisierend aus. Ebenso bedarf es einer hohen wirtschaftlichen Homogenität innerhalb eines gemeinsamen Währungsraumes.<sup>245</sup> Bei Bewahrung nationalstaatlicher Souveränität im Bereich der Wirtschaftspolitik empfiehlt es sich, die Teilnahme an monetärer Integration von der Erfüllung möglichst genau definierter Konvergenzanforderungen abhängig zu machen, sofern nicht erwartet werden kann, dass die Bindung an eine gemeinsame Währungsordnung per se homogenisierend wirkt.<sup>246</sup> Dominik Geppert zieht aus dem historischen Beispiel der Lateinischen Münzunion die Erkenntnisse, dass bestehende Machtfragen und Dissonanzen zwischen Staaten durch die gemeinsame Einbettung in eine Währungsunion nicht unmittelbar gelöst werden müssen, sondern auch innerhalb der neuen Integrationsform fortbestehen könnten. Weiterhin sieht er das Fehlen einer vertraglich geregelten Ausstiegsmöglichkeit als institutionelle Schwachstelle von Währungsgemeinschaften an, da so austrittswillige Staaten in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt würden.<sup>247</sup> Grundsätzlich beurteilt Geppert Währungsunionen zwischen souveränen Nationalstaaten als instabile Konstrukte, da einzelne Staaten im Zweifelsfall nicht dazu bereit seien, ihre Partikularinteressen einem gemeinschaftlichen Regelwerk unterzuordnen. Unter anderem die Lateinische Münzunion zeige auf, dass desintegrierende Dynamiken nicht allein von Staaten mit volkswirtschaftlichen Problemen ausgehen, sondern insbesondere wirtschaftlich prosperierende Mitgliedsländer geneigt sind, konfliktbehaftete Währungsunionen zu beenden.<sup>248</sup>

Die historischen Währungsunionen bzw. Wechselkursverbunde sind letztlich an divergierenden nationalen Interessen gescheitert. Mitgliedsstaaten verfolgten in erster Linie

---

<sup>244</sup> Vgl. zu verschiedenen möglichen Austrittsursachen aus Währungsunionen Berthold et. al., Das Scheitern historischer Währungsräume, S. 15 f.

<sup>245</sup> Vgl. Theurl, Eine gemeinsame Währung für Europa, S. 202.

<sup>246</sup> Vgl. Theresia Theurl, Die Zukunft des Euro - Was hätte man aus der Geschichte lernen können und was kann man heute noch lernen?, in: Dirk Meyer, Hg., Die Zukunft der Währungsunion. Chancen und Risiken des Euros, Berlin 2012, S. 61-82, hier: S. 66. Die Frage nach dem erforderlichen Maß an wirtschaftlicher Konvergenz für die Schaffung einer Währungsunion findet in dem Grundsatzstreit zwischen „Ökonomen“ und „Monetaristen“ Ausdruck. Siehe hierzu Kapitel 2.1 und 2.3.

<sup>247</sup> Als Gegenargument zu Geppert ließe sich feststellen, dass eine Währung, welche nicht als dauerhaftes, stabiles Konstrukt wahrgenommen würde, massiv an Wert einbüßen würde.

<sup>248</sup> Vgl. Geppert, Ein Europa, das es nicht gibt, S. 88.

eigene geld- oder fiskalpolitische Ziele und Strategien, die sie im Konfliktfall über das Unionsinteresse stellten.<sup>249</sup>

Die Beschäftigung mit historischen Währungsunionen in dieser komprimierten Form hat einige destabilisierende Faktoren herausstellen können, die unabhängig von der zeitlichen Dimension Gültigkeit beanspruchen können. Im weiteren Verlauf der Ausführungen dienen diese Zusammenhänge einem besseren Verständnis der Debatten und Konflikte, welche die Institutionalisierung der monetären Kooperation und Integration im Rahmen der EG/EU begleiteten.

---

<sup>249</sup> Vgl. Berthold, Das Scheitern historischer Währungsräume, S. 20.

## **2. Der Euro und seine Vorläufer: drei Jahrzehnte währungspolitischer Annäherungen und Rückschläge**

Die Einführung des Euro im Jahre 1999 als Buchgeld und drei Jahre später schließlich als Bargeld in zwölf europäischen Staaten ist greifbarer Ausdruck der „immer engeren Union der Völker Europas“.<sup>250</sup> Die Schaffung einer einheitlichen Währung mit einer supranational und politisch unabhängig organisierten Geldpolitik stellt den bisherigen Höhepunkt der europäischen Integration dar. Der Weg zum Euro erstreckt sich über drei Jahrzehnte an wirtschaftlicher und monetärer Zusammenarbeit und Integration und verlief keinesfalls gradlinig. Vielmehr folgten auf ambitionierte Initiativen teils erwartbare, teils überraschende Rückschläge, ehe sich Ende der 1980er Jahre günstige wirtschaftliche und politische Vorzeichen für die Aufnahme zu Verhandlungen über eine veritable europäische Währungsunion ergaben. Die Geschichte der monetären Integration im Rahmen der EG/EU ist gleichzeitig eine Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen. Die Suche nach europäischer währungspolitischer Stabilität und deren politische Fixierung im Projekt der Wirtschafts- und Währungsunion ist eng verknüpft mit deutsch-französischen Verhandlungen und Lernprozessen.

Das Feld der Währungsintegration betrifft sowohl außenpolitische als auch wirtschafts- und finanzpolitische Orientierungen eines Staates. Insbesondere im deutsch-französischen Vergleich lässt sich anhand der Vorgeschichte des Euro aufzeigen, inwieweit Ordnungsmodelle und politische Kulturen durch Integrationsprojekte infrage gestellt werden. Für die monetäre Integrationsgeschichte bietet sich eine deutsch-französische Perspektive an, da die D-Mark und der Franc die bedeutendsten Währungen innerhalb der Gemeinschaft waren und beide Länder aufgrund ihrer unterschiedlichen Wirtschaftsmodelle stets Kompromisslösungen finden mussten. Ein Überblick der verschiedenen Etappen der Währungsintegration zeigt, dass Turbulenzen des Weltwährungssystems in Form der Erosion der Bretton-Woods-Ordnung und spekulativer Attacken auf europäische Währungen parallel verliefen mit Kooperations- und Integrationsabsichten der Europäischen Gemeinschaft.<sup>251</sup>

### **2.1 Der Einfluss wirtschafts- und europapolitischer Leitlinien**

Deutschland und Frankreich nahmen auf der Grundlage unterschiedlicher wirtschaftlicher Modelle und politischer Traditionen am Prozess der monetären Integration

---

<sup>250</sup> Vgl. Präambel EUV.

<sup>251</sup> Vgl. Andreas Wilkens, Der Werner-Plan. Währung, Politik und Europa 1968-1971, in: Franz Knipping / Matthias Schönwald, Hg., Aufbruch zum Europa der zweiten Generation - Die europäische Einigung 1969-1984, Trier 2004, S. 217-244, sowie Hubert Zimmermann, Der unschlüssige Hegemon: Deutschland und die Anfänge der europäischen Währungsintegration, in: Knipping, Aufbruch zum Europa der zweiten Generation, S. 203-216.



im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft teil. Im Folgenden werden Leitlinien der Wirtschaftssysteme, etwa hinsichtlich der Rolle des Staates oder präferierter Wachstumsstrategien, für beide Länder gegenübergestellt.<sup>252</sup> Die hier identifizierten Divergenzen beeinflussten die politischen Verhandlungen der verschiedenen Entwicklungsstufen der Gemeinschaftswährung maßgeblich. Aus diesem Grund ist es zielführend, einer Abhandlung der Genese des Euro einen kurzen kulturvergleichenden Teil voranzustellen. Die herausgestellten nationalspezifischen Charakteristika sind gleichwohl nicht als unveränderlich anzusehen. Sie können sowohl durch außenpolitische Erfordernisse als auch durch innenpolitische Machtverschiebungen Relativierungen erfahren.

### 2.1.1 Deutschland

Die für die Bundesrepublik Deutschland in der Nachkriegszeit prägende Wirtschaftsordnung ist die Soziale Marktwirtschaft, welche einen Mittelweg zwischen anglo-amerikanischem „Laissez-faire“-Kapitalismus und planwirtschaftlichen Konzepten darstellt. Kernmerkmale der Sozialen Marktwirtschaft gehen auf die Denkschule des Ordoliberalismus zurück, der sich in den 1930er Jahren im Umfeld der sogenannten Freiburger Schule entwickelte und von Ökonomen wie Walter Eucken oder Franz Böhm beeinflusst wurde.<sup>253</sup> Diese sah in uneingeschränkt kapitalistischen Systemen die Gefahr von Machtkonzentrationen und einer Beschneidung des freien Spiels der Marktkräfte. Dem Staat kommt im ordoliberalen Ansatz die Aufgabe zu, einen Ordnungsrahmen zu schaffen in welchem sich ein möglichst freier Konkurrenzkampf entfalten kann. Zu den staatlich abzusichernden Rahmenbedingungen zählen insbesondere der freie Marktzugang, privates Eigentum von Produktionsgütern, Vertragsfreiheit, eine transparente Preisbildung, die Wahrung von Geldwertstabilität sowie Verantwortlichkeit der wirtschaftlichen Akteure für ihre unternehmerischen Entscheidungen.<sup>254</sup> Maßnahmen, welche die Verantwortung oder Haftung von Marktteilnehmern reduzieren werden als potenzielle Gefahr für die wirtschaftliche Grundordnung gesehen, in dem Sinne, dass sie Fehlanreize bei der Risikobewertung schaffen können. Haftung wird als Voraussetzung für Wettbewerb und Fortschritt verstanden.<sup>255</sup> Die Gestaltung eines als gerecht empfundenen und nachvollziehbaren gesetzlichen Rahmens frei von politischer Einflussnahme wird von

---

<sup>252</sup> Vgl. einführend: Sylvain Schirmann, Hg., *L'Allemagne et l'Europe*, Straßburg 2015.

<sup>253</sup> Vgl. Henrik Uterwedde, *L'ordolibéralisme, un compromis allemand*, in: *Alternatives internationales* Nr. 54, März 2012, online verfügbar unter: <https://www.alternatives-economiques.fr/ordoliberalisme-un-compromis-allemand/00071861> (26.2.18).

<sup>254</sup> Vgl. ebd.

<sup>255</sup> Vgl. Markus Brunnermeier / Harold James / Jean-Pierre Landau, *The euro and the battle of ideas*, Princeton / Oxford 2016, S. 61.

Vertretern des Ordoliberalismus während des Wiederaufbaus als Voraussetzung für die erfolgreiche Implementierung demokratischer Strukturen angesehen.<sup>256</sup>

Unter dem Einfluss der Vereinigten Staaten bestand ein Schwerpunkt des institutionellen Aufbaus der neuen Bundesrepublik Deutschland in der Dezentralisierung politischer und wirtschaftlicher Strukturen. Die Schaffung eines föderalen Staates und Zentralbankensystems sowie die Bekämpfung von Kartellen trugen den fatalen Erfahrungen der Machtkonzentration während des Dritten Reichs Rechnung.<sup>257</sup>

Von überragender Bedeutung für die Soziale Marktwirtschaft deutscher Prägung ist die politische Unabhängigkeit der Zentralbank, die laut Bundesbankgesetz von 1957 als primäres Ziel die Wahrung der Preisstabilität verfolgt und den ebenfalls formulierten Auftrag, die Bundesregierung in ihrer allgemeinen Wirtschaftspolitik zu unterstützen, in der Praxis stets nachordnet.<sup>258</sup> Die Bundesbank ist gegenüber der Regierung weisungsunabhängig, ferner ist es ihr untersagt, den Staat (Bund und Länder) zu finanzieren. Regierungsvertretern wird zwar das Recht eingeräumt, an Sitzungen des Zentralbankrates teilzunehmen, sie verfügen jedoch über kein Stimmrecht. Diese politische Unabhängigkeit schränkte den Handlungsspielraum für Regierungen deutlich ein indem die Anordnung einer konjunkturpolitisch opportunen Geldpolitik verhindert wurde. Debatten über das wirtschaftspolitische Profil der Bank deutscher Länder Mitte der 1950er Jahre sowie Kritik am stabilitätsorientierten Kurs der ihr nachfolgenden Bundesbank seitens der SPD, Gewerkschaften und Teilen der CDU unterstreichen die Relevanz des Zentralbankstatus' und -handels für die Gestaltung der bundesrepublikanischen Wirtschaftsordnung.<sup>259</sup> Kenneth Dyson und Kevin Featherstone führen die institutionellen Freiheiten der Bundesbank und das hohe Vertrauen in die Zentralbank seitens der Bevölkerung auf kulturelle Faktoren wie den hohen Stellenwert von Expertenmeinungen und Sachlichkeit sowie einer Präferenz für rationales, vorhersehbares politisches Handeln, wie es von einem regelbasierten Ansatz begünstigt wird, zurück. Sie verweisen ebenfalls auf die historischen Erfahrungen von zwei Hyperinflationen, des Scheiterns der Weimarer Republik und des Dritten Reichs als Legitimation für eine Kultur der wirtschaftspolitischen

---

<sup>256</sup> Vgl. Olivier Louis / Daniela Schwarzer, La politique économique de l'Union européenne in: Claire Demesmay / Andreas Marchetti, Hg., La France et l'Allemagne face aux crises européennes, Bordeaux, S. 79-104, hier: S. 85.

<sup>257</sup> Vgl. Maes, On the origins of the Franco-German EMU controversies, S. 5 f. sowie Brunnermeier, The euro and the battle of ideas, S. 61.

<sup>258</sup> Vgl. Guido Thieme, Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland - Zwischen Westbindung und europäischer Hegemonie, Stuttgart 2016, S. 55.

<sup>259</sup> Vgl. Manfred J.M. Neumann, Principes fondateurs et constantes en matière de politique monétaire en République fédérale d'Allemagne depuis 1945, in: Hazoard, France-Allemagne : Cultures monétaires et budgétaires, S. 17-34, hier: S. 20 f. sowie Karl Otto Pöhl, Ein Mythos mit Verfassungsrang. Die Bundesbank wird fünfzig, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 29.7.07.

Stabilität und eine Entpolitisierung von Notenbanken.<sup>260</sup> Politische Eliten haben mehrheitlich die potenziellen Risiken unkontrollierter Inflation und übermäßiger Auslandsverschuldung verinnerlicht, Ablehnung von eventuell destabilisierender Währungspolitik wird darüber hinaus medial an weite Bevölkerungsteile vermittelt. Aufgrund ihrer erfolgreichen Stabilitätspolitik genießt die Bundesbank ein hohes Ansehen, die Stärke der DM hat eine hohe Symbolkraft erlangt und ist eng mit den Jahren des Wirtschaftswunders verknüpft.<sup>261</sup>

Der Bundesbank gelang es, mittels einer orthodoxen Geldpolitik die Inflationsraten der DM im internationalen Vergleich gering zu halten: So betrug die durchschnittliche jährliche Steigerung der Verbraucherpreise zwischen 1950 und 1973 für die Bundesrepublik 2,7% gegenüber 5% in Frankreich.<sup>262</sup> Für den erweiterten Zeitraum bis 1998 kann eine ähnliche Differenz zwischen den beiden Staaten beobachtet werden.<sup>263</sup> Auffällig ist, dass der Status der Bundesbank von keiner Regierungskoalition in Frage gestellt wurde. Michel Hau attestiert sowohl christdemokratisch als auch sozialdemokratisch geführten Regierungen die Umsetzung einer mit den Vorgaben der Bundesbank kompatiblen Wirtschaftspolitik der *désinflation compétitive*, die darauf abzielte, Lohnstückkosten und Haushaltsdefizite auf einem niedrigen Niveau zu begrenzen.<sup>264</sup> Die weit verbreitete Anerkennung der Bundesbank und ihres konstanten Fokus auf die Wahrung der inneren Preisstabilität<sup>265</sup> beeinflussten die Positionen der Bundesregierungen im Prozess der europäischen Währungsintegration maßgeblich.

Der ab Mitte der 1960er Jahre verfolgte wirtschaftspolitische Ansatz der Globalsteuerung führte keynesianische Instrumente antizyklischer Fiskalpolitik ein, erzielte jedoch in einem Kontext rückläufigen Wirtschaftswachstums, struktureller Umbrüche, und infolge der Ölpreiskrise steigender Inflation keine Erfolge. Vielmehr verfestigte sich innerhalb der deutschen Gesellschaft die Sorge vor übermäßiger öffentlicher

---

<sup>260</sup> Vgl. Dyson/Featherstone, *The Road to Maastricht*, S. 276 f. sowie Kenneth Dyson, Hg., *European States and the Euro - Europeanization, Variation, and Convergence*, Oxford 2002, S. 173-211, hier: S. 176 sowie Margairaz, *Culture et des pratiques monétaires en France depuis 1945*, S. 36 f.

<sup>261</sup> Vgl. Jean-François Jamet, *L'éthique allemande et l'esprit européen: l'Allemagne garante de la stabilité de l'euro?*, *Questions d'Europe* Nr. 182, 11. Oktober 2010, *Fondation Robert Schuman Policy Paper*, S. 2 f.

<sup>262</sup> Vgl. Michel Hau, *France-Allemagne: La difficile convergence*, Bern 2015, S. 143.

<sup>263</sup> Deutschland: 2,76% / Frankreich: 5,75%, Werte nach Neumann, *Principes fondateurs et constantes en matière de politique monétaire*, S. 22.

<sup>264</sup> Vgl. Hau, *France-Allemagne: La difficile convergence*, S. 144 f.

<sup>265</sup> „L'idée que l'objectif de stabilité n'eût été qu'un but parmi d'autres et qu'il pût être nécessaire d'y renoncer si et aussi longtemps que la conjoncture n'était pas favorable, ou même l'idée qu'il eût possible d'utiliser une politique monétaire habile pour générer de la croissance économique et des emplois durables n'avaient aucune place dans l'esprit des responsables de la politique monétaire et financière allemande aux commandes.“, Neumann, *Principes fondateurs et constantes en matière de politique monétaire*, S. 32; vgl. zum Zielkonflikt zwischen Preisstabilität im Inneren und der Teilnahme an internationalen Währungssystemen Thiemeyer, *Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, S. 55 f.

Verschuldung.<sup>266</sup> Im Zuge der monetaristischen Wende gewann ab Mitte der 1970er Jahre auch in Deutschland eine neoklassische bzw. neuklassische ökonomische Strömung an Einfluss, welche die selbstregulierenden Kräfte des Marktes und ein von rationalen Erwartungen geprägtes Verhalten von Wirtschaftssubjekten betont. Vertreter des neoklassischen Paradigmas nehmen an, dass Reaktionen auf asymmetrische Schocks in erster Linie durch eine Anpassung von Angebotsfaktoren wie Preisen und Löhnen erfolgen. Die Korrektur schwacher konjunktureller Entwicklung erfolgt demnach primär über eine Flexibilisierung der Märkte mittels struktureller Reformen.<sup>267</sup> Die gegenwärtige Wirtschaftsforschung in Deutschland ist überwiegend liberal geprägt und beeinflusst unter anderem die Bundesbank oder das Finanzministerium, ohne dass sich Ökonomen explizit auf den Ordoliberalismus beziehen, keynesianistische Positionen sind deutlich weniger präsent.<sup>268</sup>

Die wirtschaftliche Grundordnung der Bundesrepublik war in ihrem liberalen Ansatz und aufgrund der hohen Wettbewerbsfähigkeit zunehmend international agierender Unternehmen<sup>269</sup> mit den Leitlinien der europäischen Integration kompatibel. Mit der Europäisierung von Wirtschafts- und Währungspolitik konnte die Position der deutschen Volkswirtschaft im internationalen Wettbewerb weiter gefestigt werden. Dabei konnten sich Bundesregierungen in europapolitischen Verhandlungen auf die wirtschaftliche Stärke und die geldpolitische Führungsrolle Deutschlands berufen, um für die Durchsetzung ihrer Konzepte im Integrationsprozess zu werben.<sup>270</sup> Während ein supranationaler Integrationsansatz in Deutschland mehrheitlich Unterstützung findet, wird die wirtschaftspolitische Rolle der EU in der Überwachung eines gemeinsamen Regelwerks der Wettbewerbs- und Haushaltspolitik gesehen. Weitergehende Initiativen in Richtung einer gesamteuropäischen Sozial- oder Industriepolitik werden mit dem Verweis auf das Subsidiaritätsprinzip abgelehnt.<sup>271</sup> Dieser dezidiert unpolitische Ansatz<sup>272</sup> der europäischen

---

<sup>266</sup> Vgl. Heinz Grosseckter, *Principes fondateurs et constantes de la politique budgétaire de la République fédérale d'Allemagne*, in: Hazouard, *France-Allemagne: Cultures monétaires et budgétaires*, S. 109-142, hier: S. 126 f.

<sup>267</sup> Vgl. Sebastian Dullien/Ulrike Guérot, *The long shadow of ordoliberalism: Germany's approach to the euro crisis*, ECFR Policy Brief Nr. 49, Februar 2012, S. 2 f. sowie Daniela Schwarzer, *Der traditionelle Zankapfel: Deutschland und Frankreich streiten über Wirtschafts- und Haushaltspolitik*, Bundeszentrale für politische Bildung, Januar 2013, online verfügbar unter: <http://www.bpb.de/internationales/europa/frankreich/152434/wirtschafts-und-haushaltspolitik> (28.2.18).

<sup>268</sup> Vgl. Brunnermeier, *The euro and the battle of ideas*, S. 63 f.

<sup>269</sup> Vgl. Thiemeyer, *Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, S. 53; vgl. darüber hinaus zu volkswirtschaftlichen Anpassungsprozessen: Christine Aquatias, Hg., *Turbulenzen in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts: Was bleibt von der deutschen wirtschaftlichen Identität?*, Bern 2009.

<sup>270</sup> Vgl. Vivien A. Schmidt, *Discourse and (Dis)Integration in Europe: The Cases of France, Germany, and Great Britain*, in: *Daedalus*, Vol. 126, Nr. 3, *A New Europe for the Old?*, S. 167-197, hier, S. 171.

<sup>271</sup> Vgl. Uterwedde, *L'ordolibéralisme, un compromis allemand*.

<sup>272</sup> Vgl. ebd. sowie Louis/Schwarzer, *La politique économique de l'Union européenne*, S. 82 und Schwarzer, *Der traditionelle Zankapfel*.

Wirtschafts- und Währungsintegration wird von einigen Beobachtern im Angesicht der Krise als unzureichend kritisiert.<sup>273</sup>

### 2.1.2 Frankreich

Henrik Uterwedde beschreibt das französische Wirtschaftsmodell der Nachkriegsordnung als etatischen Kapitalismus, in welchem der Staat einen weitreichenden Gestaltungsanspruch ausübte. Insbesondere durch die europäische ökonomische wie monetäre Integration erfuhr die Staatszentrierung eine Relativierung.<sup>274</sup> Nach Ende des Zweiten Weltkrieges übernahm der französische Staat die Aufgaben des Wiederaufbaus und der wirtschaftlichen Modernisierung des Landes. Vormalig dominante wirtschaftsliberale Strömungen waren angesichts der in den Kriegsjahren wahrgenommenen ökonomischen, politischen und militärischen Schwäche diskreditiert und wurden von einem stärker keynesianisch geprägten dirigistischen Ansatz verdrängt, nach welchem der Staat Investitionen steuern und planen sollte, um Wirtschaftswachstum sicherzustellen.<sup>275</sup> Die Erneuerung der industriellen Strukturen sollte dabei nicht ausschließlich durch Marktkräfte und private Unternehmen erfolgen, sondern durch staatlich-technokratische Koordinierung begleitet werden.<sup>276</sup> Ihren Ausdruck fand diese Konzeption im 1946 eingerichteten *Commissariat général du Plan*. Die dem Premierminister untergeordnete Behörde entwarf unter der Leitung von Jean Monnet im Sinne einer mittelfristigen Wirtschaftsplanung allgemeine Entwicklungsziele sowie sektorspezifische Vorgaben und Investitionsschwerpunkte. In deutlichem Unterschied zu planwirtschaftlichen Systemen hatten die Ziele dabei keinen verbindlichen, sondern einen rein indikativen Wert.<sup>277</sup> Der erste Plan diente vorrangig dem Wiederaufbau der Grundstoffindustrie und der Erneuerung von Infrastruktur, zur Finanzierung konnte auf Mittel aus dem US-amerikanischen Marshallplan<sup>278</sup> zurückgegriffen werden.<sup>279</sup> Das Konzept der Plankommission gründete auf der Überzeugung, dass gemäß eines Rosseauschen Verständnis des Etat-Nation allein der Staat zur Durchsetzung des Gemeinwillens politisch legitimiert ist. Dieser Logik folgend sind auch wirtschaftliche Entscheidungen letztlich als

---

<sup>273</sup> Vgl. Guillaume Duval, *Modell Deutschland? Nein Danke! - Französische Anregungen für die Zukunft Europas und seiner Industrie*, Hamburg 2014, S. 106 f.

<sup>274</sup> Vgl. Henrik Uterwedde, *Kapitalismus à la française: Die mühsame Erneuerung eines Modells*, in: Adolf Kimmel/Henrik Uterwedde, Hg., *Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Bonn 2005, S. 173-189, hier: S. 173 f.

<sup>275</sup> Vgl. Brunnermeier, *The euro and the battle of ideas*, S. 67.

<sup>276</sup> Vgl. Uterwedde, *Kapitalismus à la française*, S. 174 f.

<sup>277</sup> Vgl. Ernst Ulrich Große / Heinz-Helmut Lüger, *Frankreich verstehen - Eine Einführung mit Vergleichen zu Deutschland*, 6., vollständig überarbeitete Auflage, Darmstadt 2008, S. 121 f.

<sup>278</sup> Offiziell *European Recovery Program*

<sup>279</sup> Vgl. Guido Thiemeyer, „Planification“ und „Colbertisme“ als Leitbilder französischer Europapolitik von 1950 bis heute, in: Jürgen Elvert / Jürgen Nielsen-Sikora, Hg., *Leitbild Europa? Europabilder und ihre Wirkungen in der Neuzeit*, Stuttgart 2009, S. 232-243, hier: S. 234.

politische Entscheidungen zu verstehen.<sup>280</sup> Das Leitbild des Primats der Politik über die Wirtschaft lässt sich auch im Status der *Banque de France* ablesen, die traditionell zur Unterstützung der finanz- und wirtschaftspolitischen Ziele der Regierungen agierte.<sup>281</sup> Olivier Louis und Daniela Schwarzer charakterisieren die wirtschaftspolitischen Entscheidungen französischer Amtsträger unabhängig von der parteipolitischen Ausrichtung als voluntaristisch: Politisch Verantwortliche müssen demnach auf sämtliche wirtschaftspolitische Instrumente zurückgreifen können um die Ziele des Staates verwirklichen zu können.<sup>282</sup>

Als besondere Merkmale der staatlichen Industriepolitik sind die gezielte Unterstützung von technologisch komplexen Großprojekten wie des TGV oder der Concorde sowie die Förderung nationaler Großkonzerne, sogenannter „Champions“, wie Elf oder Thomson/Technisat zu nennen. Diese sollen die technische Modernisierung des Landes sichtbar machen und im internationalen Wettbewerb bestehen.<sup>283</sup> Elie Cohen hat für diese Art konzentrierter Industriepolitik den Begriff des „Hightech-Colbertimus“ geprägt.<sup>284</sup> Bis in die 1970er Jahre basierte französische Wirtschaftspolitik mehrheitlich auf der Überzeugung, wirtschaftliches Wachstum durch niedrige Zentralbankzinsen zu unterstützen und hohe Inflationsraten in Kauf zu nehmen. Die Finanzmärkte waren stark reguliert und die Kreditvergabe an Unternehmen politisch beeinflusst um Investitionen in Kernbereichen zu fördern. Dieses Modell wurde von einem breiten gesellschaftlichen und politisch-administrativen Konsens getragen, zumal die Wachstumsraten in den 1960er Jahren über denen der Bundesrepublik Deutschland lagen.<sup>285</sup>

Michel Hau zählt Inflation und Wechselkursabwertungen zu festen Bestandteilen des Sozialen Dialogs in Frankreich, in dem Sinne, dass oftmals konfrontativ geführte Tarifverhandlungen oder Gehaltssteigerungen auf der Basis von Preisindexierungen die Löhne überproportional zur Produktivität wachsen ließen und somit eine höhere Inflation begünstigten. Die im Außenhandel eingebüßte Wettbewerbsfähigkeit wurde regelmäßig

---

<sup>280</sup> Vgl. ebd.

<sup>281</sup> Vgl. Ivo Maes, On the origins of the Franco-German EMU controversies, Belgische Nationalbank, Nbb Working Paper Nr. 34 - Juli 2002, S. 3 sowie Dyson/Featherstone, The Road to Maastricht, S. 68 f. und Thiemeyer, „Planification“ und „Colbertisme“, S. 239.

<sup>282</sup> Vgl. Louis / Schwarzer, La politique économique de l'Union européenne, S. 81; vgl. Dyson und Featherstone diesbezüglich: „An important element of the republican legacy was the notion of a '*politique volontariste*'. The task of government was to impose its will on markets, not to abdicate in the face of those with economic and monetary power.“, in: Dyson/Featherstone, The Road to Maastricht, S. 69.

<sup>283</sup> Vgl. Uterwedde, Kapitalismus à la française, S. 176 f.

<sup>284</sup> Vgl. Elie Cohen, L'Etat régulateur, in: Alternatives économiques, März 2004, S. 58.

<sup>285</sup> Vgl. Michel Margairaz, Les voies et moyens d'une longue mutation de la culture et des pratiques monétaires en France depuis 1945, in: Hazoard et. al., France-Allemagne: Cultures monétaires et budgétaires, S. 35-46, hier: S. 40.

mithilfe von Wechselkursabwertungen wiederhergestellt. Inflation und Abwertungen dienten in diesem Modell der Wahrung des sozialen Friedens.<sup>286</sup>

Der wirtschaftspolitische Gestaltungsspielraum des Staates wurde indes durch externe Faktoren wie die Globalisierung und die Europäische Integration eingeschränkt. Insbesondere die Schaffung eines europäischen Binnenmarkts sowie das Projekt der Gemeinschaftswährung haben eine zunehmende Liberalisierung der französischen Wirtschaftsordnung erforderlich gemacht.<sup>287</sup> Auf europäischer Ebene dokumentieren Debatten um die institutionelle Ausgestaltung der EGKS und des Gemeinsamen Marktes französische wirtschaftspolitische Leitbilder: So wirkten Kritiker der ursprünglichen EGKS-Pläne auf eine politische Kontrolle der Hohen Behörde durch eine parlamentarische Versammlung hin. In ähnlicher Weise kritisierte 1956 Wirtschaftsminister Paul Ramadier ordnungspolitisch liberale Entwürfe für den Gemeinsamen Markt als konträr zu erfolgreicher protektionistischer Politik Frankreichs der Nachkriegszeit. Seiner Auffassung nach bedurften wirtschaftspolitische Beschlüsse ebenso wie alle weiteren politischen Entscheidungen einer demokratischen Legitimierung. In dieser Sichtweise war es unzureichend, Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene primär durch eine Umsetzung einer gemeinschaftlichen Wettbewerbsordnung zu betreiben.<sup>288</sup> Wie die folgenden Unterkapitel zeigen werden, erforderte das Langzeitprojekt europäischer Währungsintegration tiefgreifende Veränderungen der französischen Volkswirtschaft, speziell in der Geldpolitik sowie im Außenhandel. Französische Regierungen sahen in der monetären und wirtschaftlichen Europäisierung ein geeignetes Instrument zur Bewältigung der Globalisierung<sup>289</sup> und des zunehmenden Wettbewerbsdrucks auf internationalen Märkten. In Deutschland hingegen kam diesem Konzept eine geringere Bedeutung zu.<sup>290</sup> Während deutsche Amtsträger und politische Beobachter die liberale wirtschaftspolitische Ausrichtung mehrheitlich als konstitutives Element der europäischen Einigung betrachteten, war die Wahrnehmung in Frankreich kritischer, wo Anpassungen an eine liberale Grundordnung vielmehr als notwendige Gegenleistung für den Ausbau des europäischen Projekts und der damit verbundenen Sicherung internationalen Einflusses angesehen wurden.<sup>291</sup>

---

<sup>286</sup> Vgl. Michel Hau, *France-Allemagne : La difficile convergence*, Bern 2015, S. 139 sowie Cohen, *L'Etat régulateur*, S. 58.

<sup>287</sup> Vgl. Uterwedde, *Frankreich - eine Länderkunde*, S. 71 f.

<sup>288</sup> Vgl. Thiemeyer, "Planification" und "Colbertisme", S. 235 f. sowie Brunnermeier, *The euro and the battle of ideas*, S. 71.

<sup>289</sup> Vgl. zum Konzept der *Europe protection*: Claire Demesmay / Andreas Marchetti, *Frankreich ist Frankreich ist Europa: Französische Europa-Politik zwischen Pragmatismus und Tradition*, DGAPanalyse Frankreich, März 2010, S. 6.

<sup>290</sup> Vgl. Vivien A. Schmidt, *Discourse and (Dis)Integration in Europe*, S. 169 f.

<sup>291</sup> Vgl. Louis/Schwarzer, *La politique économique de l'Union européenne*, S. 80.

Schematisch können in Bezug auf makroökonomische und geldpolitische Orientierungen für Frankreich zwei Ansätze gegenübergestellt werden: Ein traditioneller, keynesianisch-voluntaristischer Politikstil, der primär auf Wirtschaftswachstum abzielte und Preis- oder Wechselkursstabilität nachordnete prägte die Präsidentschaft Georges Pompidous (1969-74), die Anfangsjahre der Präsidentschaft Valéry Giscard d'Estaings mit dem Premierminister Jacques Chirac (1974-76) sowie den Beginn der Präsidentschaft François Mitterrands (1981-83). Eine stärkere Neigung zu haushaltspolitischer Solidität und Inflationsvermeidung kennzeichnete hingegen die Präsidentschaft Charles de Gaulles (1958-69), die Amtszeit des Premierministers Raymond Barre (1976-81) sowie die Präsidentschaft Mitterrands ab 1983. Grundsätzlich begünstigte dieser stabilitätsorientierte Ansatz Integrationsfortschritte auf europäischer Ebene.<sup>292</sup> Souveränitätstransfers auf die supranationale Ebene stehen französische Politiker indes überwiegend zurückhaltend gegenüber. Gemäß der republikanischen Tradition eines unteilbaren Staates wird ein intergouvernementaler Ansatz bevorzugt.<sup>293</sup> Die souveräne Nation steht im Mittelpunkt des republikanischen Modells. An der Spitze des Staates verfügt ein seit 1962 direkt gewählter Präsident über die Legitimität, die Interessen der Nation zu vertreten und Frankreich zu repräsentieren. Dieser Anspruch umfasst unter anderem den Bereich der Europapolitik und begründet ein im Vergleich zu Deutschland stärker politisches Verständnis von Währungsintegration.<sup>294</sup>

## **2.2 Die wachsende Bedeutung von Wechselkursstabilität für die EG**

Bei Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Jahr 1958 spielte die Währungspolitik noch eine untergeordnete Rolle. Politische und wirtschaftliche Transformationsprozesse erhöhten jedoch die Notwendigkeit für Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft, verstärkt zu kooperieren.

### **2.2.1 Das internationale Währungssystem in den 1960er Jahren**

In den 1957 unterzeichneten Römischen Verträgen finden sich lediglich vage Beschlüsse hinsichtlich der Errichtung eines gemeinsamen Währungsraumes. Wirtschafts- und währungspolitische Kompetenzen verbleiben ausdrücklich auf nationalstaatlicher Ebene, es werden wenig verbindliche Konsultationen und Koordinierungen angeregt. So erklärt Artikel 103 die Konjunkturpolitik zum Gegenstand von gemeinsamem Interesse, während Art. 104 als Ziele nationaler Wirtschaftspolitik einen hohen Beschäftigungsstand, Preisstabilität und die Wahrung einer ausgeglichenen Zahlungsbilanz definiert, ohne

---

<sup>292</sup> Vgl. Maes, On the origins of the Franco-German EMU controversies, S. 4 f sowie detaillierter Margairaz, Culture et des pratiques monétaires en France depuis 1945, insbesondere S. 41-45.

<sup>293</sup> Vgl. ebd.

<sup>294</sup> Vgl. Dyson/Featherstone, The Road to Maastricht, S. 67 f.



spezifische Wege zu deren Realisierung vorzugeben. Die nationalen Wirtschaftspolitiken sollen nach Art.105 innerhalb eines Währungsausschusses koordiniert werden. Dieses Gremium nimmt eine rein beobachtende Rolle ein und kann dem Rat oder der Kommission Bericht erstatten über die finanzielle oder wirtschaftliche Entwicklung eines Mitgliedsstaates. Art. 106 sieht eine weitere Liberalisierung des Zahlungsverkehrs innerhalb der Gemeinschaft vor, während Art. 107 analog zur Konjunkturpolitik in Bezug auf die Wechselkurse feststellt, dass jeder Staat seine Politik in diesem Bereich als „Angelegenheit von gemeinsamem Interesse“ zu behandeln hat. Das Fehlen gemeinsamer währungspolitischer Interventionsinstrumente kann darin begründet gesehen werden, dass sich die EWG in Zeiten einer relativ hohen internationalen monetären Stabilität konstituierte, so dass es für die sechs Gründungsstaaten zunächst keinen Anlass gab, ihre Wechselkurse durch eigenständige integrative Maßnahmen abzusichern.<sup>295</sup>

Die internationale Währungsordnung war vom Bretton-Woods-System geprägt. In diesem diente der US-Dollar als Ankerwährung. Teilnehmende Staaten fixierten für ihre Währung eine Parität zum Dollar oder zum Goldpreis und verpflichteten sich dazu, eine maximale Abweichung von +/- 1% von diesem Zielwert einzuhalten. Der Wert des Dollars wiederum war fest an den Goldpreis gebunden, wobei die amerikanische Regierung die Möglichkeit zusicherte, Dollarguthaben jederzeit in Gold einzutauschen. Diese Ordnung garantierte eine hohe Wechselkursstabilität, gleichzeitig machte sie den Dollar zu einer Art Weltwährung.<sup>296</sup> Die amerikanische Dominanz drückte sich dadurch aus, dass die Paritäten zum Dollar einseitig aufgebaut waren. Drittstaaten waren angehalten, durch Notenbankinterventionen die Relation des Wechselkurses zum Dollar bzw. Goldpreis einzuhalten. Die innere Stabilität einer Währung (inflationäre Tendenzen in der Binnenwirtschaft) wurde hingegen nicht beachtet. Änderungen an den fixierten Paritäten zum Dollar wurden nur nach der Feststellung eines „fundamentalen Ungleichgewichts“ durch den Internationalen Währungsfonds zugelassen. Gleichwohl war das System darauf ausgerichtet, Realignments<sup>297</sup> möglichst zu vermeiden und im Krisenfall Auflage von umfassenden Reformprogrammen Beistandszahlungen durch den IWF anzubieten.<sup>298</sup> Das 1944 geschlossene Bretton-Woods-System, dem sich die Bundesrepublik Deutschland 1952 anschloss, war für mehr als zwei Jahrzehnte frei von größeren Störungen. Die engen Bandbreiten und die allgemeine Akzeptanz des Dollars als Leitwährung schufen auch für

---

<sup>295</sup> Vgl. Claus Thomasberger, Europäische Währungsintegration und globale Währungskonferenz, Tübingen 1993, S. 154 ff.

<sup>296</sup> Vgl. Hermann Sautter, Das Bretton-Woods-System, Bundeszentrale für politische Bildung, 12.1.2012; online abrufbar unter <http://www.bpb.de/politik/wirtschaft/finanzmaerkte/54851/bretton-woods-system?p=all> (5.1.16).

<sup>297</sup> Neufestsetzung von Wechselkursen in Reaktion auf großen Auf- bzw. Abwertungsdruck

<sup>298</sup> Vgl. Jochimsen, Perspektiven der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, S. 30.

westeuropäische Staaten günstige Bedingung für wirtschaftliche Expansion und eine Intensivierung der Handelsverflechtungen.<sup>299</sup>

Diese Ordnung verlor ab Mitte der 1960er Jahre zunehmend an Stabilität, was innerhalb der EG neue Impulse für die währungspolitische Kooperation erzeugte. Innenpolitische Reformen und insbesondere außenpolitische militärische Engagements wie der Vietnamkrieg hatten die amerikanische Staatsverschuldung und Inflationsrate in die Höhe getrieben. Wachsende Zahlungsbilanzdefizite der USA führten zu Dollarzuflüssen in westeuropäischen Volkswirtschaften und sorgten dort aufgrund der festen Wechselkurse für eine importierte Inflation. Die Entwertung des Dollars und der damit einhergehende Ansehensverlust der Ankerwährung der monetären Architektur<sup>300</sup> hatte zur Folge, dass die D-Mark als zunehmend attraktive, da sichere Anlagemöglichkeit betrachtet wurde und wiederholt unter massivem Aufwertungsdruck stand.<sup>301</sup>

Mit Blick auf die Europäische Gemeinschaft war eine hohe Wechselkursstabilität eine wichtige Voraussetzung für Fortschritte beim Projekt des Gemeinsamen Marktes. Darüber hinaus wurde die Implementierung von Gemeinschaftspolitiken durch Währungsturbulenzen<sup>302</sup> verkompliziert. Das Abrechnungssystem der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) basierte auf dem Dollar, sodass Wechselkursänderungen zu unerwarteten Einnahmegewinnen oder -verlusten für Landwirte führten<sup>303</sup> und somit Ungleichgewichte auf dem zu harmonisierenden Markt produzierten.<sup>304</sup> Frankreich legte aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur besonderen Wert auf funktionierende Mechanismen der GAP und setzte sich auch zur Sicherung dieser Gemeinschaftseinrichtung im weiteren Verlauf für eine europäische monetäre Kooperation ein.<sup>305</sup>

Neben der Erosion des Bretton-Woods-Systems infolge der wirtschaftlichen Schwäche der USA begünstigten zwei weitere Faktoren eine europäische währungspolitische Emanzipation: Zu Beginn der 1960er Jahre hatte es seitens des

---

<sup>299</sup> Vgl. ebd.

<sup>300</sup> So mehrten sich die Zweifel an einer jederzeit durchführbaren Konvertibilität des Dollars in Gold. vgl. beispielsweise Thomasberger, Europäische Währungsintegration, S. 104 f.

<sup>301</sup> Vgl. Gerhard Brunn, Die europäische Geschichte von 1945 bis heute, Bonn 2006, S. 214 f. sowie Hans Tietmeyer, Währungsstabilität für Europa, S. 475.

<sup>302</sup> Wie etwa die 1961 ohne europäische Konsultationen vorgenommenen Aufwertungen von D-Mark und Gulden um 5%. vgl. Thomasberger, Europäische Währungsintegration, S. 157. In der Folge belastete der Aufwertungsdruck auf die D-Mark die Gemeinschaft weiterhin stark.

<sup>303</sup> Vgl. Michael Tolksdorf, Ein Geld für Europa? Entwicklung und Funktionsweise der Europäischen Währungsunion, Opladen 1995, S. 50 ff.

<sup>304</sup> Vgl. Guido Thiemeyer, From convertibility to the Werner-Plan. Changing world economic structure as incentives for European monetary integration 1958-1969, in: Régine Perron, Hg., The Stability of Europe - The Common Market : Towards European Integration of Industrial and Financial Markets? (1958-1969), Paris 2004, S. 161-178, hier: S. 174.

<sup>305</sup> Vgl. ebd. Darüber hinaus zu den Zielen und der Funktionsweise der GAP: Guido Thiemeyer, Die Bedeutung der Gemeinsamen Agrarpolitik für die Europapolitik Willy Brandts 1967-1969, in: Andreas Wilkens, Hg., Wir sind auf dem richtigen Weg: Willy Brandt und die europäische Einigung, Bonn 2010, S. 226-241, hier: S. 230.

*Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa* von Jean Monnet und der Kommission unter der Leitung von Walter Hallstein Initiativen für eine supranationale Lösung der währungspolitischen Herausforderungen gegeben. Monnet regte die Einrichtung einer Währungsreserven-Union unter der Leitung einer europäischen Institution an, die ihrerseits der Nukleus einer zukünftigen gemeinsamen Währung sein könnte. Bereits die Tatsache, dass sich de Gaulles Frankreich an keinem supranational organisierten Währungsfonds beteiligen würde, verhinderte jedoch die Ausgestaltung des Projekts.<sup>306</sup>

Die Kommission legte ihrerseits im Oktober 1962 ein Aktionsprogramm vor, welches eine Resolution des Europäischen Parlaments über die Fortführung der wirtschafts- und währungspolitischen Koordination aufgriff und langfristig eine Wirtschafts- und Währungsunion mit gemeinschaftlicher Wirtschaftspolitik und einem Gremium der nationalen Notenbankpräsidenten anstrebte. Speziell in der Bundesrepublik stieß das Vorhaben einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik im Stile einer französischen *Planification* auf Kritik, liefen derartige Konzepte doch den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zuwider. Letztlich reduzierte die Kommission ihre Pläne auf eine verstärkte Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitiken.<sup>307</sup> Im Bereich der geldpolitischen Kooperation äußerten zudem Zentralbankpräsidenten Bedenken, dass Absprachen zwischen sechs Staaten eine zu geringe Bedeutung im internationalen Währungssystem haben würden. In der Folge arbeitete die Kommission an einer Ausweitung der monetären Kooperation, beispielsweise in Form von Konsultationen im Vorfeld von Wechselkursänderungen.<sup>308</sup>

Ein weiterer wichtiger Akteur der europäischen Währungspolitik in den 1960er Jahren war der französische Staatspräsident de Gaulle. Seine Kritik am Bretton-Woods-System und der amerikanischen Dominanz war politisch begründet, machte jedoch gleichzeitig auf einen nicht abzustreitenden Gewinn der westeuropäischen Staaten an wirtschaftlicher Kraft aufmerksam. Um die US-Regierung zu einer Reform der Nachkriegswährungsordnung zu bewegen, kündigte de Gaulle im Februar 1965 an, Frankreich werde den Umtausch seiner gesamten Dollarreserven in Gold einfordern. Ohne die Unterstützung der europäischen Partner, allen voran Deutschland, konnte Frankreich letztlich keinen ausreichenden Druck auf die Bretton-Woods-Ordnung ausüben.<sup>309</sup> Dennoch stellt die offene Herausforderung der amerikanisch geprägten monetären Ordnung einen Akt der europäischen währungspolitischen Emanzipation dar.

---

<sup>306</sup> Vgl. Thiemeyer, *From convertibility to the Werner-Plan*, S. 163.

<sup>307</sup> Vgl. Hans Tietmeyer, *Herausforderung Euro - Wie es zum Euro kam und was er für Deutschlands Zukunft bedeutet*, München 2005, S. 23 ff.

<sup>308</sup> Vgl. Sylvain Schirmann, *De la coopération à l'Union monétaire*, in: Marie-Thérèse Bitsch, *Cinquante ans de traité de Rome: 1957-2007; regards sur la construction européenne*, Stuttgart 2009, S. 146-167, hier: S. 148 f.

<sup>309</sup> Vgl. Thiemeyer, *From convertibility to the Werner-Plan*, S. 165-177.

Grundsätzlich war im Laufe der 1960er Jahre eine wissenschaftliche Diskussion über währungspolitische Fragen wie die Vor- und Nachteile fester oder flexibler Wechselkurse entstanden. Hier sind die zuvor zitierten Arbeiten von Mundell über optimale Währungsräume hervorzuheben, die politisch keine unmittelbare Relevanz erlangen konnten, jedoch langfristig gesehen großen Einfluss hatten. In Deutschland wurden derartige Debatten im neu geschaffenen politisch unabhängigen Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung institutionalisiert.<sup>310</sup>

In einem Kontext nachlassender internationaler währungspolitischer Stabilität und wachsender innergemeinschaftlicher Verflechtungen wurden erste Initiativen hinsichtlich einer größeren monetären Unabhängigkeit lanciert. Diese scheiterten früh an divergenten Wirtschaftsmodellen der Mitgliedstaaten sowie an unterschiedlichen Auffassungen über zukünftige Kompetenztransfers. Die Verschiedenheit währungs- und wirtschaftspolitischer Kulturen, in erster Linie zwischen Deutschland und Frankreich, kennzeichnete auch spätere europapolitische Debatten.

### **2.2.2 Das Gipfeltreffen von Den Haag**

In den späten 1960er Jahren verschärften sich die Turbulenzen auf den Devisenmärkten, was auch auf die EWG-Staaten Druck ausübte. Unterschiedliche Stabilitätsentwicklungen europäischer Volkswirtschaften erschwerten die Aufrechterhaltung der fixierten Paritäten. Zudem hatten das britische Pfund und der Dollar an Stärke eingebüßt. Während die D-Mark aufgrund der positiven konjunkturellen Entwicklung der Bundesrepublik und der geringen Inflationsraten zur stärksten europäischen Währung wurde und in Konkurrenz zum zunehmend schwächer bewerteten Dollar trat, verlor der französische Franc nach den Unruhen im Mai 1968 und steigenden Lohnkosten an Wert.<sup>311</sup> In Anbetracht dieser Tendenzen und des fortwährenden amerikanischen Haushaltsdefizits erhöhte sich der Kapitalzufluss nach Deutschland und setzte die D-Mark unter Aufwertungsdruck, wohingegen hartnäckige Gerüchte einer Abwertung des Francs die französische Währung zunehmend unattraktiver für Investoren machten.<sup>312</sup> Im Rahmen der G-10<sup>313</sup> wurde die Bundesrepublik dazu gedrängt, eine substantielle Aufwertung der D-Mark vorzunehmen, um angemessenere Relationen zwischen den Devisen herzustellen. Frankreich und Großbritannien wollten auf diesem Weg die Notwendigkeit von prestigeschädigenden Abwertungen ihrer eigenen Währungen verhindern.<sup>314</sup> Innerhalb der deutschen Politik war die Aufwertungsfrage umstritten: Die

---

<sup>310</sup> Vgl. Tietmeyer, Herausforderung Euro, S. 27-30.

<sup>311</sup> Vgl. ebd., S. 30.

<sup>312</sup> Vgl. Hélène Miard-Delacroix, Deutsch-Französische Geschichte. Im Zeichen der europäischen Einigung - 1963 bis in die Gegenwart, Darmstadt 2011, S. 56.

<sup>313</sup> Gruppe der zehn führenden Industrienationen

<sup>314</sup> Vgl. Zimmermann, Der unschlüssige Hegemon S. 208 f.

Mehrheit des Zentralbankrates befürwortete die Maßnahme, wohingegen Wirtschaftskreise eine Aufwertung mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit ablehnten. Die Spitzen der Bundesregierung vertraten schließlich ebenfalls die Position, dass keine Kursanpassung erfolgen sollte. Die folgende G-10-Konferenz im November 1968 in Bonn stand somit unter keinem guten Vorzeichen, musste doch Wirtschaftsminister Karl Schiller die hohen Erwartungen der Partnerländer enttäuschen.<sup>315</sup> Das Scheitern der Währungskonferenz rief international die Befürchtung einer Renationalisierung deutscher Außenpolitik hervor, und führte bei einem wachsenden Teil der deutschen Eliten zu der Überzeugung, dass eine stärker europäisch organisierte Form der Währungsbeziehungen geeignet wäre, außenpolitisches Konfliktpotential zu reduzieren. Auch im Kanzleramt und im Auswärtigen Amt wuchs das Bewusstsein darüber, dass ein Beharren auf den Grundsätzen nationaler Währungspolitik der Realisierung gemeinschaftlicher Projekte im Rahmen der EWG zuwiderlaufen könnte:

„Die deutsche Politik steht so vor der Frage, - ob sie der Stabilitätspolitik eine Priorität gegenüber der Europapolitik (Erhaltung und Weiterentwicklung der Gemeinschaft) einräumt. Eine konsequente, nach außen abgesicherte deutsche Stabilitätspolitik wird unvermeidlich Auflösungstendenzen in der EWG in Gang bringen; - ob sie umgekehrt der Europapolitik eine gewisse Priorität gegenüber der Stabilitätspolitik einräumen will und eine größere Geldentwertung als bisher, sei es durch Verzicht auf weitere außenwirtschaftliche Absichten oder innerhalb einer gemeinsamen Konjunktur- und Wirtschaftspolitik, hinnehmen will.“<sup>316</sup>

Frankreich zog aus teilweise abweichenden Motiven ähnliche Schlussfolgerungen aus der missglückten Koordination der Wechselkurse. De Gaulle verweigerte während seiner Amtszeit eine Abwertung des Franc, erhöhte somit jedoch die Abhängigkeit französischer Währungspolitik von Stützungsmaßnahmen seitens der US-Regierung oder auch der Bundesregierung. Dies stand im Widerspruch zum französischen außenpolitischen Grundsatz der Autonomie. Als im Herbst 1969 schließlich doch eine Abwertung des Franc um rund 11% (bei gleichzeitiger Aufwertung der D-Mark um rund 9%) vorgenommen wurde, war die Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik abermals empfindlich gestört. Um gleichermaßen dieses Politikfeld abzusichern, eine höhere Unabhängigkeit von den USA zu erlangen und die an Eigenständigkeit gewinnende Bundesrepublik auch währungspolitisch einzubinden, bot sich auch aus französischer Perspektive eine stärkere Europäisierung des monetären Bereichs an. Nicht zuletzt wurde eine europapolitische Öffnung Frankreichs durch den Wechsel von de Gaulle zu Pompidou an der Spitze des Staates begünstigt.<sup>317</sup>

---

<sup>315</sup> Vgl. Tietmeyer, Herausforderung Euro, S. 31 ff.

<sup>316</sup> Wirtschaftsabteilung des Bundeskanzleramts, Bundesarchiv, B 136/3332, Gruppe III/1 (Meyer) an Bundeskanzler Kiesinger, 8.1.69. Zitiert nach Zimmermann, Der ungeschlüssige Hegemon, S. 211, vgl. zuvor ebd., S. 209-212.

<sup>317</sup> Vgl. ebd. sowie Thiemeyer, From convertibility to the Werner-Plan, S. 174.

In Anbetracht der Währungsinstabilitäten intensivierte die Kommission ihre Bemühungen um eine Weiterentwicklung der Gemeinschaft in Richtung einer Wirtschafts- und Währungsunion. Die verstärkte Integration und eine höhere wirtschafts- und währungspolitische Konvergenz innerhalb der Gemeinschaft wurden als notwendig angesehen, um die Funktionsweise des Gemeinsamen Marktes und der seit 1968 geschaffenen Zollunion sicherzustellen.<sup>318</sup> Im Februar 1968 griff sie alte Ziele des Aktionsprogramms auf und regte unter anderem an, Paritätsänderungen vom gegenseitigen Einvernehmen der Mitgliedstaaten abhängig zu machen und die Wechselkurse der Gemeinschaftswährungen untereinander zu fixieren. Zusätzlich sollte eine einheitliche europäische Recheneinheit die Durchführung der Gemeinschaftspolitiken erleichtern. Der ambitionierteste Vorschlag bestand in der Einrichtung eines europäischen Reservefonds.<sup>319</sup> Wenn auch diese Vorstöße vorerst folgenlos blieben, wie es die Bonner Währungskonferenz aufzeigte, so nahmen Währungsfragen einen zunehmend bedeutenden Platz auf der europapolitischen Agenda ein.

In einer folgenden Initiative im Februar 1969 präsentierte die Kommission im sogenannten Barre-Plan<sup>320</sup> pragmatischere Vorschläge: Die Idee fester Wechselkurse innerhalb der Gemeinschaft wurde zugunsten stärkerer Konsultationen aufgegeben. Die Wirtschafts- und Konjunkturpolitik der Mitgliedsstaaten sollte im Hinblick auf die Wahrung von Preisstabilität verstärkt koordiniert werden. Gleichzeitig sollten, ohne die Schaffung neuer Institutionen, Mechanismen zur gegenseitigen Währungsstützung eingeführt werden.<sup>321</sup> In diesem Vorgehen zeichnete ein für den weiteren Verlauf der Integrationsdebatten kennzeichnendes Muster ab: Bemühungen um eine konvergente Entwicklung der beteiligten Volkswirtschaften verliefen parallel zu einer Ausweitung der währungspolitischen Zusammenarbeit.<sup>322</sup>

In den Diskussionen um den Barre-Plan verdichteten sich Grundpositionen zur wirtschaftlichen und monetären Integration, die unter dem Denkschulenstreit zwischen Ökonomen und Monetaristen zusammengefasst werden können. Der sogenannten ökonomistischen Auffassung zufolge, ist eine Harmonisierung nationaler Wirtschaftspolitiken und Konjunkturzyklen als Fundament für jegliche Form von Währungsintegration erforderlich. Die Einrichtung einer Währungsunion ist nach diesem Ansatz erst dann anzustreben, wenn eine ausreichende Konvergenz zwischen den beteiligten Volkswirtschaften besteht, da andernfalls eine einheitliche Währung bei divergierenden wirtschaftlichen Entwicklungen nicht spannungsfrei aufrechterhalten

---

<sup>318</sup> Vgl. Loth, Europas Einigung, S. 186 f.

<sup>319</sup> Vgl. Friedrich Geigant, Die Euro-Flagge über der Festung Europa: Deutschlands Weg zur einheitlichen Währung im gemeinsamen Markt, Berlin 2002, S. 58.

<sup>320</sup> Nach dem federführenden Vize-Präsidenten der Kommission Raymond Barre

<sup>321</sup> Vgl. Loth, Europas Einigung, S. 187.

<sup>322</sup> Vgl. Wilkens, Der Werner-Plan, S. 220.

werden kann. Demgegenüber steht das monetaristische Konzept, welches die währungspolitische Integration als Ausgangspunkt sieht. Als Folgewirkung werden Spillover-Effekte zugunsten einer Vertiefung der wirtschaftspolitischen Integration und einer zwangsläufigen Angleichung nationaler Wirtschaftspolitiken an den gemeinschaftlichen Rahmen erwartet. Der Schuldenstreit drückt sich in der gegensätzlichen Auffassung über die Etappen zu einer Wirtschafts- und Währungsunion aus: Ökonomistische Krönungstheorie versus monetaristische Grundstein- bzw. Lokomotivtheorie. Innerhalb der EWG nahmen Deutschland und die Niederlande ausdrücklich einen ökonomistischen Standpunkt ein, während Belgien, Luxemburg, Frankreich und auch die Kommission monetaristisch argumentierten und sich für die schnelle Umsetzung von Maßnahmen zur Währungsintegration einsetzten. Die Motive im monetaristischen Lager waren teilweise unterschiedlich: Die Kommission bevorzugte als supranationale Institution den monetaristischen Ansatz, weil dieser technisch leichter zu realisieren war, während Frankreich in erster Linie auf einen Lastenausgleich zwischen Überschuss- und Defizitländern abstellte.<sup>323</sup>

Die Bundesregierung reagierte vorsichtig positiv auf den Barre-Plan. Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger lobte die engere wirtschaftspolitische Koordinierung als Instrument, deutsche Stabilitätspolitik effektiver vor inflationären Bedrohungen in Partnerländern zu schützen, während Schiller die Initiative im Grundsatz begrüßte, jedoch eine weitere Vertiefung der Integration einforderte.<sup>324</sup> Hans Tietmeyer führt zur Position des Wirtschaftsministeriums aus, dass für eine adäquate Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsintegration eine Änderung des EWG-Vertrags als erforderlich angesehen wurde. Dass Barre seine Vorschläge auf der bestehenden Vertragsgrundlage machte und keine Kompetenztransfers anregte, wertet Tietmeyer als Zugeständnis an die integrationsfeindliche Haltung Frankreichs.<sup>325</sup>

Pompidou und sein europapolitischer Berater Jean-René Bernard waren erfreut darüber, dass die von Barre vorgelegten Initiativen weniger ambitioniert waren als im Vorjahr. Claudia Hiepel stellt die These auf, dass die Realisierung einer Wirtschafts- und Währungsunion für die französische Staatsführung vor dem Gipfeltreffen von Den Haag kein relevantes Thema war. Für Pompidou bestand über die Installation von finanziellen Stützungsmechanismen hinausgehend kein Anlass, Vergemeinschaftungspläne zu

---

<sup>323</sup> Vgl. Claudia Hiepel, Willy Brandt und Georges Pompidou - Deutsch-französische Europapolitik zwischen Aufbruch und Krise, München 2012, S. 88 f. sowie Emmanuel Mourlon-Druol, A Europe Made of Money - The Emergence of the European Monetary System, Ithaca u.a. 2012, S. 17 f.

<sup>324</sup> Vgl. Wilkens, Der Werner-Plan, S. 220 f.

<sup>325</sup> Vgl. Tietmeyer, Herausforderung Euro, S. 36 f.

verfolgen.<sup>326</sup> Sylvain Schirmann deutet die Rolle Pompidous integrationsfreundlicher<sup>327</sup>. Er kommt zu der Einschätzung, dass insbesondere der Wechsel von de Gaulle zu Pompidou europapolitische Blockaden löste und der jüngere Nachfolger das Projekt einer Wirtschaftsunion unterstützte, um so die französische Industrie zu stärken.<sup>328</sup>

Ungeachtet der unterschiedlichen Auffassungen über den richtigen Integrationsgrad in Währungsfragen, speziell in Deutschland und Frankreich, konnte der EG-Ministerrat im Juli 1969 Grundzüge des Barre-Plans über eine verstärkte Koordination annehmen.<sup>329</sup>

Die Frage der Währungsstabilität hatte sich in europapolitischen Debatten etabliert und stellte auf dem Den Haager Gipfeltreffen im Dezember 1969 ein zentrales Thema dar. Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs, unter ihnen die neu gewählten Pompidou und Willy Brandt, sollte den europäischen Integrationsprozess redynamisieren. Im Vorlauf hatte sich der deutsche Kanzler intensiv mit der europapolitischen Dimension der deutschen und internationalen Währungsfrage befasst und war zu der Überzeugung gelangt, den EG-Partnern durch eine erhöhte Integrationsbereitschaft außenpolitische Verlässlichkeit zu signalisieren. Brandt hatte sich durch Monnet von dem Konzept eines europäischen Reservefonds überzeugen lassen und vertrat dieses auch gegenüber innerdeutschen Kritikern aus dem Auswärtigen Amt oder dem Wirtschaftsministerium. Deutsche Währungsexperten äußerten Skepsis in Bezug auf eine mangelnde wirtschaftliche Konvergenz der Mitgliedsstaaten und warnten davor, dass Starkwährungsländer übermäßig von wirtschaftspolitischen Fehlern ihrer Partnerländer betroffen wären. Dieser ökonomistischen Grundhaltung zufolge war die stufenweise Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion anzustreben, wobei ein gleichmäßiger Fortschritt zwischen beiden Bereichen sicherzustellen war.<sup>330</sup> Brandt betrachtete die möglichen Formen der Währungsintegration aus einer stärker politischen Perspektive und behielt das Thema des Reservefonds in seiner Rede in Den Haag bei. Jedoch bettete er das Projekt in einen umfassenden Plan zu einer auf wirtschaftliche Konvergenz und Stabilität ausgerichteten Wirtschafts- und Währungsunion ein.<sup>331</sup>

Einen ähnlichen Kompromiss beinhaltete auch das Abschlussdokument des Gipfels. Die Staats- und Regierungschefs erklärten sich zur Ausarbeitung eines Stufenplans zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion bereit. Fortschritte in der währungspolitischen Kooperation sollten von einer Harmonisierung der Wirtschaftspolitik

---

<sup>326</sup> Vgl. Hiepel, Willy Brandt und Georges Pompidou, S. 89 f.

<sup>327</sup> „Il se rallie facilement à la perspective d'une union économique (...) Pompidou se rallie également à la suggestion de Brandt d'une union économique et monétaire.“ Zitat nach Schirmann, De la coopération à l'Union monétaire, S. 151.

<sup>328</sup> Vgl. ebd.

<sup>329</sup> Vgl. Loth, Europas Einigung, S. 187.

<sup>330</sup> Vgl. Wilkens, Der Werner-Plan, S. 221 ff. sowie Hiepel, Willy Brandt und Georges Pompidou, S. 90 f.

<sup>331</sup> Vgl. Wilkens, Der Werner-Plan, S. 225.



abhängig gemacht werden. Die Möglichkeit zur Einrichtung eines Reservefonds sollte geprüft werden und wurde ebenfalls mit einem Verweis auf eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik versehen. Wenn auch die Zwischenschritte im Unklaren blieben und auch über die institutionelle Ausgestaltung noch Uneinigkeit bestand, so konnte eine Festlegung auf das Ziel einer Wirtschafts- und Währungsunion erreicht werden. Der Gipfel von Den Haag verlieh der europäischen Integration eine neue Dynamik und stieß neben der Vorbereitung von Erweiterungsverhandlungen auch konkrete Maßnahmen für eine monetäre Integration an.<sup>332</sup> Die Einigung auf neue Gemeinschaftsprojekte war umso bedeutender für die Aufrechterhaltung des Integrationsprozesses, da die Zollunion vorzeitig erreicht worden war und die Gemeinschaft gemäß EWG-Vertrag zu Beginn des Jahres 1970 in ihre Endphase eintrat.<sup>333</sup>

### **2.2.3 Der Werner-Plan**

Bemerkenswert an der Aufnahme von Konsultationen über die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion war, dass nicht etwa eine weitreichende währungspolitische Harmonie und ökonomische Konvergenz den Ausschlag zu einer weiteren Integration gaben. Vielmehr war, wie zuvor gesehen, die Absicherung vor Turbulenzen im sich in der Auflösung befindlichen Bretton-Woods-System, das zentrale Motiv.<sup>334</sup> In Anbetracht der teilweise stark unterschiedlichen Wirtschafts- und Finanzphilosophien innerhalb der EWG, war die Ausarbeitung eines gemeinsamen Stufenplans von Spannungen gekennzeichnet.

Bereits im Vorfeld des Den Haager Gipfels wurde im Bundeswirtschaftsministerium an einem Konzept für den Übergang zu einer Wirtschafts- und Währungsunion gearbeitet und in der Folge präzisiert, so dass im sogenannten „Schiller-Memorandum“<sup>335</sup> vom 12. Februar 1970 die deutschen Grundpositionen für die Verhandlungen im Rahmen der Gemeinschaft festgehalten werden konnten. Die deutschen Pläne entsprachen der ökonomistischen Krönungstheorie: So wurde die „Entwicklung einer harmonisierten und gemeinsamen Gesamtwirtschafts- und Währungspolitik“ angestrebt. Dies sei „nur in einem längeren Prozeß von etwa einer Dekade“ möglich. In den ersten zwei von insgesamt vier Schritten sollten dazu zunächst ökonomische Ungleichgewichte abgebaut werden, ehe in einer dritten Stufe weitreichende Bereiche der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik auf der Gemeinschaftsebene geregelt und Schwankungsbreiten zwischen den europäischen Währungen sukzessive reduziert werden könnten. Erst in der finalen vierten

---

<sup>332</sup> Vgl. Tietmeyer, Herausforderung Euro, S. 39-43.

<sup>333</sup> Vgl. Krägenau / Wetter, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, S. 4.

<sup>334</sup> Vgl. Thomasberger, Europäische Währungsintegration. S. 159.

<sup>335</sup> Grundlinien eines Stufenplanes zur Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion in der EWG, abgedruckt in Hans Tietmeyer, Währungsstabilität für Europa, S. 88-94.

Stufe sollten demnach die Wechselkurse fixiert und eine europäische Währungseinheit eingeführt werden. Die Installation eines Reservefonds müsste schrittweise erfolgen, sowie grundsätzlich jeder Übergang zu einer nachfolgenden Etappe auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion von der Erfüllung der vorherigen Stufenziele abhängig gemacht und einem Votum des Rates unterworfen werden müsste.

Von den anderen EG-Staaten schlossen sich lediglich die Niederlande den deutschen Konzepten an. Belgien, Luxemburg und auch die Kommission stellten eigene Pläne vor, die stärker monetaristische Ansätze verfolgten und für eine schnelle Verringerung der Bandbreiten plädierten. Die französische Position war hingegen unklar, da Finanzminister Giscard d'Estaing kein eigenes Dokument vorstellte und in seinen Äußerungen vage das Ziel einer monetären Identität vertrat, ohne sich zu den technischen Details der Zwischenetappen zu äußern.<sup>336</sup> Hiepel führt in ihrer Habilitationsschrift von 2012 dazu aus, dass das französische Finanzministerium sehr wohl einen Stufenplan ausgearbeitet hatte, dieser jedoch aus taktischen Gründen nicht präsentiert wurde. Pompidou europapolitischer Berater wollte in dem frühen Stadium der Diskussionen Handlungsspielräume bewahren und nicht den Eindruck erwecken, dass Frankreich Integrationsfortschritte blockieren würde.<sup>337</sup> In Anbetracht der unterschiedlichen Konzepte und der unübersichtlichen Verhandlungssituation entschloss sich der Ministerrat dazu, ein ad-hoc Komitee unter dem Vorsitz des luxemburgischen Premier- und Finanzministers Pierre Werner einzuberufen, mit dem Auftrag eine Synthese der verschiedenen Pläne zu erarbeiten.<sup>338</sup>

In der sogenannten Werner-Gruppe prallten die zuvor skizzierten Ansätze aufeinander. Ein Verhandlungspunkt, an dem sich die unterschiedlichen Sichtweisen im Besonderen manifestieren, war die Forderung des belgischen Zentralbankpräsidenten nach der schnellen Einrichtung eines Stabilisierungsfonds, die unter anderem von seinem französischen Kollegen unterstützt wurde. Der deutsche Unterhändler Johann Schöllhorn lehnte dies strikt ab und kündigte sein Veto für den Zwischenbericht der Arbeitsgruppe an. Erst durch das Eingreifen Brandts konnte eine Kompromissformel erarbeitet werden, die Wirtschaftsminister Schiller in der Formulierung der „effektiven Parallelität“ zwischen wirtschafts- und währungspolitischer Integration beschrieb. Aufgrund der zeitlich versetzten Wirksamkeit wirtschaftspolitischer Harmonisierungsmaßnahmen suggerierte die Formel Gleichzeitigkeit, bewarb allerdings de facto die Krönungstheorie.<sup>339</sup>

---

<sup>336</sup> Vgl. Wilkens, Der Werner-Plan, S. 228 f.

<sup>337</sup> Vgl. Hiepel, Willy Brandt und Georges Pompidou, S. 94 f.

<sup>338</sup> Vgl. Pierre Werner, *Itinéraires luxembourgeois et européens - Evolutions et Souvenirs 1945-1985*, Tome II, 2. korrigierte Auflage, Luxemburg 1992, S. 122 ff.

<sup>339</sup> Vgl. Wilkens, Der Werner-Plan, S. 229 f.

Die französische Regierung übte Kritik an der deutschen Vorgehensweise und forderte, den Begriff der Parallelität wörtlich zu nehmen. Anstatt ideologische Gegensätze zu betonen, sollten gemeinsam politische Lösungen gefunden werden. Bernard monierte, dass die deutsche Regierung aus Angst vor finanziellen Belastungen vor gemeinsamen politischen Initiativen zurückschrecke. In der Tat war das deutsch-französische Verhältnis durch (innere) Widersprüche der jeweiligen europapolitischen Orientierungen belastet. In der Bundesrepublik war der politische Wille für die Schaffung eines Gemeinsames Marktes vorhanden. Diesem Projekt förderliche währungspolitische Maßnahmen wurden jedoch nur sehr zurückhaltend kommentiert. Frankreich wiederum setzte sich stärker für monetäre Kooperation ein, ohne jedoch im Gegenzug notwendige Kompetenztransfers auf supranationale Institutionen zu unterstützen.<sup>340</sup>

Ein im Mai 1970 veröffentlichter Zwischenbericht des Gremiums konnte die Differenzen zwischen Monetaristen und Ökonomen nicht überdecken. Während die erste Gruppe sich für eine Reduzierung der Schwankungsbreiten und die Einrichtung eines Reservefonds von der ersten Stufe an aussprachen, beharrte die zweite Gruppe auf einer ausreichenden Harmonisierung der Wirtschaftspolitiken als Vorbedingung für weitergehende Maßnahmen. Ohne eine Lösung dieser Kontroverse anzubieten, beschränkte sich der Zwischenbericht auf eine Bekräftigung des zu erreichenden Ziels einer Wirtschafts- und Währungsunion. Werner merkt dazu an, dass die Vergemeinschaftung weiter Teile der Wirtschaftspolitik als logische Konsequenz einer Währungsunion von allen Mitgliedsstaaten akzeptiert wurde.<sup>341</sup>

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen setzte sich die Kompromissformel der „effektiven Parallelität“ durch, wobei die Interpretationen dieses Begriffs verschieden waren. Selbst innerhalb der deutschen Verhandlungsposition gab es Auslegungsunterschiede: So versicherte bei einem deutsch-französischen Gipfeltreffen Brandt Pompidou, dass er im Gegensatz zu den Vertretern des Wirtschaftsministeriums sehr wohl einen Gleichklang von wirtschafts- und währungspolitischen Maßnahmen anstrebe. In dieser Auslegung konnte sich auch der französische Präsident dem Begriff anschließen. Grundsätzlich arbeitete Brandt daran, die deutsche Position, speziell in Bezug auf die institutionelle Ausgestaltung und eventuelle Kompetenztransfers, so vorsichtig zu gestalten, dass sie für Frankreich akzeptabel sein würde. Giscard d'Estaing und Pompidou sahen von Integrationsversprechen ab, da sie sich nicht offen gegen die gaullistisch geprägte

---

<sup>340</sup> Vgl. Hiepel, Willy Brandt und Geroges Pompidou, S. 100 sowie Robert Frank, *Français et Allemands face aux enjeux institutionnels de l'union monétaire : Du plan Werner à l'euro (1970-2000)*, in: Marie-Thérèse Bitsch, Hg., *Le couple France-Allemagne et les institutions européennes : une posterité pour le plan Schuman?*, Brüssel 2001, S. 537-558, hier: S. 545 f. und Bitsch, *Histoire de la construction européenne*, S. 182.

<sup>341</sup> Vgl. Werner, *Itinéraires luxembourgeois et européens*, S. 125-128 sowie Tietmeyer, *Herausforderung Euro*, S. 44-47.

Konservative stellen konnten. Sie vermieden dementsprechend Diskussionen über institutionelle Veränderungen. In den innerdeutschen Verhandlungen setzten sich schließlich das Bundeskanzleramt und das Auswärtige Amt mit ihrem europapolitischen Pragmatismus gegenüber dem stärker ordnungspolitisch argumentierenden Wirtschaftsministerium durch und konnten sich leicht auf die französische Position zubewegen.<sup>342</sup>

Im Abschlussbericht der Werner-Gruppe vom 8. Oktober 1970<sup>343</sup> wurde der Versuch unternommen, einen Mittelweg zwischen den zwei konkurrierenden Ansätzen zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion zu finden. Dementsprechend sah das Dokument vor, innerhalb von zehn Jahren und drei Etappen gleichermaßen wirtschafts- und währungspolitische Maßnahmen durchzuführen, um makroökonomische wie monetäre Ungleichgewichte in der EWG zu reduzieren und letztendlich eine einheitliche Währung einzuführen. Institutionell war auf der letzten Stufe die Einrichtung eines gemeinschaftlichen Zentralbankensystems nach Vorbild des Federal Reserve Systems und eines wirtschaftspolitischen Entscheidungsgremiums vorgesehen. Dieses wäre befugt, im Sinne der Gemeinschaft auf die Gestaltung nationaler Haushalts- und Wirtschaftspolitik einzuwirken und Entscheidungen über Paritätsänderungen zu treffen.<sup>344</sup>

Weitergehende institutionelle Fragestellungen wurden bewusst ausgeklammert.<sup>345</sup> Lediglich für die erste Stufe sah der Bericht konkrete Maßnahmen im Sinne verstärkter wirtschaftspolitischer Koordinierungen und währungspolitischer Konsultationen vor. Die Kontroverse um einen europäischen Reservefonds wurde nur vordergründig gelöst, indem dessen Einrichtung in Abhängigkeit der wirtschaftlichen Konvergenz „eventuell schon in der ersten Stufe“ vorgenommen werden könnte und andernfalls auf die zweite Etappe verschoben werden müsste. Während die Zwischenschritte nicht spezifiziert wurden<sup>346</sup>, legte der Bericht das Ziel einer einheitlichen Währung fest, die aus politischen wie psychologischen Gründen nationalen Währungen vorzuziehen sei und die Irreversibilität des Prozesses betone. Sukzessive Kompetenzübertragungen auf supranationale Organe wurden als Erfordernis des Integrationsprozesses betrachtet: „Die Wirtschafts- und Währungsunion erscheint somit als Ferment für die Entwicklung einer politischen Union, ohne die sie auf die Dauer nicht bestehen kann.“

---

<sup>342</sup> Vgl. Hiepel, Willy Brandt und Geroges Pompidou, S. 101 f. sowie Wilkens, Der Werner-Plan, S. 232.

<sup>343</sup> Bericht an Rat und Kommission über die stufenweise Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion in der Gemeinschaft, abgedruckt in: Bulletin der Europäischen Gemeinschaften. Sonderbeilage 11/1970, Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg. Zitate vgl. ebd.

<sup>344</sup> Vgl. Brunn, Die Europäische Einigung, S. 215 f.

<sup>345</sup> „Eine weitergehende Untersuchung dieser institutionellen Probleme geht über den Auftrag der Gruppe hinaus.“

<sup>346</sup> Vgl. auch Thomasberger, Europäische Währungsintegration, S. 161 f. sowie Krägenau / Wetter, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, S. 6 f.

## 2.2.4 Die schwierige Umsetzung der Initiative

In der Mehrzahl der EWG-Staaten stieß der Werner-Bericht auf positive Reaktionen. In Deutschland lobte Kanzler Brandt den integrationspolitischen Mehrwert des Projekts und auch im Wirtschaftsministerium wurde die vereinbarte „effektive Parallelität“ als Behauptung der eigenen Verhandlungsposition wohlwollend aufgenommen. Bedenken wurden in erster Linie seitens der Bundesbank geäußert. Neben der Verteidigung ihrer währungspolitischen Autonomie auch in einer gemeinschaftlichen Konstruktion war die Sorge um die dauerhafte finanzpolitische Stabilität der Partnerländer, nicht zuletzt Frankreichs, ein essentielles Thema für die deutschen Zentralbanker.<sup>347</sup>

Auf französischer Seite wiederum fielen die Reaktionen auf den Werner-Plan deutlich negativer aus. Pompidou wehrte sich gegen jede Form von Supranationalisierung und bewarb die Verwirklichung von monetärer Solidarität auf der intergouvernementalen Ebene. Das Projekt eines wirtschaftspolitischen Entscheidungsgremiums auf Gemeinschaftsebene lehnte er als Angriff auf die nationale Souveränität strikt ab.<sup>348</sup> David Howarth sieht die Umsetzung der Werner-Initiative wie auch das grundsätzliche Projekt einer Währungsunion in Frankreich von einem neo-gaullistischen Nationalismus behindert, welcher einen Souveränitätsverlust in der Wirtschafts- und Geldpolitik entschieden abwehrt.<sup>349</sup> Kompetenztransfers, wie sie auch im Zwischenbericht ausgewiesen waren, akzeptierte der Staatspräsident nicht. Für die weiteren Verhandlungen gab er die Maxime aus, dass der Werner-Plan in der präsentierten Form nicht umgesetzt werden könne, die Einführung von Mehrheitsentscheidungen im späteren Verlauf des Prozesses sei genauso wenig hinnehmbar wie eine Veränderung des EWG-Vertrags. Eine von der Kommission abgeschwächte Version des Stufenplans ohne das wirtschaftspolitische Zentrum fand ebenfalls keine Zustimmung.<sup>350</sup> Der überraschende Umschwung der französischen Position lässt sich mit Unstimmigkeiten zwischen dem Finanzminister einerseits und dem Staatspräsidenten bzw. seinem europapolitischen Berater andererseits erklären: Pompidous Berater Bernard warf Finanzminister Giscard d'Estaing vor, die Kontrolle über die Verhandlungen verloren und den Beschluss zu weitreichenderen Ziele zugelassen zu haben. Für den Staatspräsidenten war das Anstreben einer politischen Union eine Provokation.<sup>351</sup> Seine Unterstützung für den Werner-Plan beschränkte sich de facto auf die Maßnahmen der ersten Stufe, die auf der Ebene der Koordination verblieben. Wilkens zufolge zielte die französische Taktik nach der Präsentation des Werner-Berichts nicht etwa

---

<sup>347</sup> Vgl. Wilkens, Der Werner-Plan, S. 235-237.

<sup>348</sup> Unter Rückgriff auf den Ausspruch von Vincent Auriol, Finanzminister des Front populaire im Jahr 1936: „La Banque de France doit être la Banque de la France.“, vgl. Frank, Français et Allemands face aux enjeux institutionnels, S. 548.

<sup>349</sup> Vgl. Howarth, The French Road to European Monetary Union, S. 47 f.

<sup>350</sup> Vgl. ebd. sowie Bitsch, Histoire de la construction européenne, S. 180.

<sup>351</sup> Vgl. Hiepel, Willy Brandt und Georges Pompidou, S. 110 f.

darauf, die Verhandlungen abubrechen. Vielmehr sollte eine Begrenzung des Projekts auf die erste Stufe erreicht werden.<sup>352</sup>

Die ins Stocken geratene Umsetzung des Werner-Plans<sup>353</sup> erfuhr durch einen Kompromiss bei deutsch-französischen Gipfelkonsultationen im Januar 1971 neue Dynamik. Brandt und Pompidou verständigten sich darauf, bereits in der ersten Stufe gemeinsame währungspolitische Maßnahmen<sup>354</sup> vorzunehmen, diese jedoch (auf deutschen Wunsch) mit einer Sicherheitsklausel zu versehen, welche das Engagement zeitlich begrenzte und an die Einhaltung finanzpolitischer Disziplin band. Die Bundesrepublik konnte die langfristige Perspektive eines gemeinschaftlichen Zentralbankensystems durchsetzen, Entscheidungen über dessen Kompetenzen und Grad an politischer Unabhängigkeit wurden jedoch in Anbetracht offensichtlicher Differenzen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Gleichermaßen wurde die Koordinierung nationaler Wirtschaftspolitiken beschlossen, die Abstimmung darüber jedoch im nach dem Einstimmigkeitsprinzip verfahrenen Ministerrat belassen. Die Frage nach einer (aus deutscher Sicht unerlässlichen, aus französischer Sicht nicht anzustrebenden) Fortführung des Projekts über eine erste Etappe hinaus wurde abermals mit einem Formelkompromiss beantwortet: Es wurde eine Absichtserklärung abgegeben, vor Beendigung der ersten Etappe eine Einigung über das weitere Vorgehen zu erzielen.<sup>355</sup>

Die deutsch-französischen Konsultationen konnten im März 1971 als Grundlage für einen Beschluss des Ministerrats über die Umsetzung des Werner-Berichts dienen. Durch den Verzicht auf das supranationale wirtschaftspolitische Entscheidungsgremium und eine weitgehende Beschränkung der Ausführungen auf die Maßnahmen der ersten Stufe startete die Umsetzung des Projekts einer Wirtschafts- und Währungsunion in einer gemessen an den vorherigen Berichten reduzierten Form. Bemerkenswert ist weiterhin, dass kein Verweis mehr auf das Erfordernis einer Politischen Union gemacht wurde<sup>356</sup> und mit Blick auf die unterschiedlich weitreichenden Ambitionen der Mitgliedsstaaten festgehalten wurde, dass die erste Stufe nicht als ein Ziel an sich angesehen werden dürfe, sondern mit der Entschlossenheit begangen werden müsse, auch die finale Etappe einer Wirtschafts- und Währungsunion zu erreichen.<sup>357</sup>

In der Praxis zeichnete sich jedoch rasch ab, dass diese erste währungspolitische Einigung großen Turbulenzen ausgesetzt war. Im Mai setzte ein großer Dollarzufluss die

---

<sup>352</sup> Vgl. Wilkens, Der Werner-Plan, S. 239 f.

<sup>353</sup> Als Startzeitpunkt für die erste Stufe war ursprünglich der Beginn des Jahres 1971 vorgesehen.

<sup>354</sup> Wie etwa die Verengung der Bandbreiten unter den europäischen Währungen und die Einrichtung eines Stützungsfonds

<sup>355</sup> Vgl. Frank, Français et Allemands face aux enjeux institutionnels, S. 548, Wilkens, Der Werner-Plan, S. 241 f. sowie Loth, Europas Einigung, S. 188 f.

<sup>356</sup> Vgl. Krägenau / Wetter, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, S. 8.

<sup>357</sup> Vgl. Geigant, Die Euro-Flagge, S. 63.

Mark unter massiven Aufwertungsdruck, so dass die deutsche Regierung dazu überging, ihre Währung floaten zu lassen. Diese Entscheidung machte die Einhaltung der innergemeinschaftlichen Paritäten unmöglich<sup>358</sup> und wurde von Frankreich und Italien scharf kritisiert. Pompidou beispielsweise befürchtete, dass eine Aufgabe des Dollar-Standards zu einem neuen D-Mark-Standard führen würde.<sup>359</sup> Die Aufhebung der Konvertibilität von Dollar in Gold am 15. August 1971 verdeutlichte, dass die Bretton-Woods-Ordnung kaum mehr Stabilität bot und reformbedürftig war.<sup>360</sup> Eine Neuausrichtung der Paritäten und eine Erweiterung der tolerablen Bandbreiten in Relation zum Dollar vermochten das System kurzfristig erhalten.<sup>361</sup> Die EWG-Staaten wollten an der währungspolitischen Zusammenarbeit im Rahmen des Ratsbeschlusses festhalten und einigten sich darauf, untereinander lediglich die Hälfte der im Bretton-Woods-System möglichen Schwankungsbreiten zuzulassen. Dieses im April 1972 festgelegte Arrangement wurde als „Währungsschlange im Tunnel“ bekannt<sup>362</sup> und stellte einen bedeutenden Schritt der währungspolitischen Emanzipation der Gemeinschaft dar. Offenkundig wurde dieser Trend zu einer größeren monetären Eigenständigkeit als die EWG-Mitglieder zu Beginn des Jahres 1973 in Reaktion auf weitere Währungskrisen und eine abermalige Abwertung des Dollars beschlossen, ihre Bindung an die US-Währung aufzuheben und im Verbund zu floaten.<sup>363</sup>

Der europäische Wechselkursverbund, dem auch die designierten neuen Mitgliedstaaten Dänemark, Großbritannien und Irland angehörten, offenbarte jedoch, dass finanz- und geldpolitische Orientierungen innerhalb der Gemeinschaft noch stark divergierten: Angesichts konjunktureller Probleme und steigender Arbeitslosigkeit griffen viele Staaten bevorzugt auf währungspolitische Maßnahmen zurück. Die Bewahrung nationaler wirtschaftspolitischer Autonomie wurde vielfach über eine gemeinschaftlich orientierte monetäre Disziplin gestellt.<sup>364</sup> Noch im Gründungsjahr verließen Großbritannien und Irland den Wechselkursverbund wieder und Italien scherte im Februar 1973, noch vor Ausbruch der Ölpreiskrise, aus. Frankreich verließ im Januar 1974 zwischenzeitlich und im März 1976 endgültig die Währungsschlange. Das von Pompidou ursprünglich abgelehnte gemeinsame Floaten gegenüber dem Dollar hatte eine stärkere Ausrichtung am Wert der D-Mark zur Folge und engte den Handlungsspielraum für den französischen Staat

---

<sup>358</sup> Vgl. Frank, Français et Allemands face aux enjeux institutionnels, S. 549.

<sup>359</sup> Vgl. Robert Frank, Georges Pompidou, le franc et l'Europe, 1969-1974, in: Michel Woimant, Hg., et. al., Georges Pompidou et l'Europe, Brüssel 1995, S. 359.

<sup>360</sup> Vgl. Miard-Delacroix, Im Zeichen der europäischen Einigung, S. 58 f.

<sup>361</sup> Das sogenannte *Smithsonian Agreement* erweiterte die zulässigen Schwankungsbreiten gegenüber dem Dollar auf +/- 2,25%. vgl. Thomasberger, Europäische Währungsintegration, S. 164.

<sup>362</sup> Vgl. Miard-Delacroix, Im Zeichen der europäischen Einigung, S. 58 f.

<sup>363</sup> Vgl. Bitsch, Histoire de la construction européenne, S. 182.

<sup>364</sup> Vgl. Werner Abelshausen, Die Erblast des Euro - eine kurze Geschichte der Europäischen Währungsunion, in: APuZ 43/2010, S. 39-45, hier: S. 41.

empfindlich ein.<sup>365</sup> Insbesondere die unterschiedlichen wirtschafts- und geldpolitischen Reaktionen auf die Herausforderung der Ölpreiskrise führten zu erheblichen Spannungen innerhalb des Wechselkursverbunds, welcher sich nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems zunehmend zu einer D-Mark-Zone entwickelte und letztendlich neben der Bundesrepublik lediglich die Benelux-Staaten und Dänemark umfasste.<sup>366</sup> In Ermangelung eines politischen Konsenses über die Umsetzung wirtschafts- und währungspolitischer Koordinierungsmaßnahmen war die etappenweise Einrichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion bis 1980 ein unmögliches Projekt, das bereits in der ersten Stufe an seine Grenzen stieß.<sup>367</sup> Gleichzeitig ermöglichten die Erfahrungen der europäischen Währungs Kooperation wertvolle Lernprozesse.

Es war ersichtlich geworden, dass die wirtschafts- und integrationspolitischen Orientierungen innerhalb der Gemeinschaft und insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich zu verschieden waren um mit einem gemeinsamen Projekt in einem turbulenten internationalen Kontext zu bestehen.<sup>368</sup> Von den Nationalstaaten vorgetragene Bedenken hatten die ambitionierte Werner-Initiative bedeutend abgeschwächt. In der Praxis konnten die gefundenen Formelkompromisse und das Ausnutzen von Interpretationsspielräumen fundamentale Differenzen nicht überdecken, geschweige denn beseitigen. Es mussten zunächst die Voraussetzungen geschaffen werden, Annäherungen zwischen unterschiedlichen Wirtschafts- und Währungskulturen zu ermöglichen. Gleichwohl diente der Werner-Plan als Bezugspunkt für spätere Versuche der monetären Integration. Verhandlungen und Umsetzung des Stufenplans hatten die Bedeutung eines zwischenstaatlichen Interessenabgleichs hervorgehoben und ein gemeinschaftliches Problembewusstsein geschaffen.<sup>369</sup> Im deutsch-französischen Verhältnis trugen die Erfahrungen zu der Herausbildung eines öffentlichen Raums für Währungsdebatten bei, wobei auch ein neues Vokabular geprägt wurde.<sup>370</sup>

Das letztliche Scheitern des Wechselkursverbunds hatte aufgezeigt, dass die teils widersprüchlichen wirtschafts- und europapolitischen Präferenzen zwischen Deutschland (grundsätzliche Integrationsbereitschaft, eingeschränkt durch Sorge um Preisstabilität und Forderung nach ökonomischer Konvergenz) und Frankreich (Präferenz für

---

<sup>365</sup> Vgl. Frank, Français et Allemands face aux enjeux institutionnels, S. 550. Für eine Chronologie des Wechselkursverbunds siehe Krägenau / Wetter, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, S. 12 f.

<sup>366</sup> Vgl. Tietmeyer, Herausforderung Euro, S. 56-65.

<sup>367</sup> Vgl. Krägenau / Wetter, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, S. 13 f. sowie Jochimsen, Perspektiven der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, S. 38-40 und Geigant, Die Euro-Flagge, S. 74.

<sup>368</sup> Vgl. Ivo Maes, On the origins of the Franco-German EMU controversies, Belgische Nationalbank, Nbb Working Paper Nr. 34 - Juli 2002, S. 15 f.

<sup>369</sup> Vgl. Wilkens, Der Werner-Plan, S. 243 f.

<sup>370</sup> Frank verweist beispielsweise auf den Begriff der Konvergenz. Vgl. Frank, Français et Allemands face aux enjeux institutionnels, S. 551.



zwischenstaatliche Lösungen, Unterordnung von Geldwert unter Wachstumsziele, Drängen auf monetäre Solidarität) miteinander in Einklang gebracht werden mussten.

## **2.3 Europäisches Währungssystem (EWS)**

Eine von der Kommission einberufene Expertengruppe zum Thema der „Wirtschafts- und Währungsunion 1980“ legte im März 1975 ihren Abschlussbericht vor. Im nach dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe, Robert Marjolin, benannten Marjolin-Bericht konstatierten die Wirtschafts- und Währungsexperten das Scheitern der Währungsschlange. Trotz einiger technischer Fortschritte im Bereich der Kooperation zwischen Zentralbanken kommt das Gremium zu der Einschätzung, dass nationale Wirtschafts- und Währungspolitiken ungeachtet der Ambitionen des Werner-Plans zunehmende Divergenzen aufweisen und das Projekt einer WWU durch eine zu starke Konzentration auf nationale Präferenzen und Lösungen gefährdet sei.<sup>371</sup> Neben den ungünstigen internationalen Rahmenbedingungen, bestimmt durch Währungskrisen seit Ende der 1960er Jahre und den Ölpreisschock von 1973, identifiziert das Gremium einen Mangel an politischem Willen als ursächlich für den Misserfolg der Währungsschlange. Aus Sicht der Experten haben nationale Regierungen die europäische Dimension ihrer Wirtschafts- und Währungspolitik nicht ausreichend bedacht. Grundsätzlich sei den Mitgliedsstaaten vorzuwerfen, das Projekt einer WWU ohne klare Vorstellungen über die ökonomischen Erfordernisse auf den Weg gebracht zu haben und vor notwendigen politischen und institutionellen Transformationen zurückzuschrecken.<sup>372</sup> In seinem Ende des Jahres 1975 auf Geheiß der Staats- und Regierungschefs vorgelegten Bericht „über die Europäische Union“ schließt sich der belgische Premierminister Leo Tindemans der kritischen Einschätzung der Marjolin-Gruppe an. Für den Bereich der Wirtschafts- und Währungspolitik, den er als Nukleus einer zukünftigen Europäischen Union betrachtet, stellt Tindemans ernüchtert fest, dass zwischen den Regierungen kein Konsens über die Form einer gemeinsamen Politik bestehe und nicht einmal ein geregelter Austausch in diesen Fragen stattfinde.<sup>373</sup>

### **2.3.1 Ein neuer Anlauf**

Die Institutionalisierung eines Floating-Regimes innerhalb des Internationalen Währungsfonds (IWF) auf der Konferenz von Jamaika im Januar 1976 erhöhte für die EG-Staaten abermals den Druck, eine europäische Lösung in Währungsfragen zu finden. Die endgültige Aufgabe des Bretton-Woods-Systems sowie der konfliktbehaftete

---

<sup>371</sup> Marjolin-Bericht 1975, S. 1 f.

<sup>372</sup> Vgl. ebd. S. 3 f.

<sup>373</sup> Tindemans-Bericht 1975, S. 18.

Wechselkursverbund machten eine Reform der währungspolitischen Architektur notwendig.<sup>374</sup> Die Schlüsselrolle in diesem Prozess wird vielfach dem deutsch-französischen Tandem und insbesondere der persönlichen Verständigung zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und Staatspräsident Giscard d'Estaing zugeschrieben.<sup>375</sup> In jüngeren Arbeiten werden über die bilaterale Ebene hinausgehende transnationale und supranationale Einflussfaktoren stärker betont, sodass die nach wie vor hohe Bedeutung der deutsch-französischen Kooperation eine teilweise Relativierung erfährt.<sup>376</sup>

Ein bedeutender Anstoß zur Wiederbelebung der Diskussionen über eine Wirtschafts- und Währungsunion kam vom britischen Kommissionspräsidenten Roy Jenkins, der in einer Rede am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz im Oktober 1977 die Vorzüge einer europäischen Währung anpries. Aus seiner Sicht könne durch die rasche Einführung einer gemeinschaftlichen Lösung die Inflation und Devisenspekulation wirksam bekämpft sowie die geldpolitische Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten reduziert werden. Dieser ambitionierte Ansatz wich in der Zeitplanung stark von der Krönungstheorie ab, wie sie mehrheitlich von der deutschen und niederländischen Regierung vertreten wurde.<sup>377</sup> Dementsprechend zurückhaltend reagierten deutsche Minister auf Jenkins' Initiative: Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff kritisierte etwa einen Mangel an wirtschaftlicher Konvergenz, während Finanzminister Hans Apel die Pläne als „Quatsch“<sup>378</sup> zurückwies.<sup>379</sup>

Bundeskanzler Schmidt zeigte sich trotz grundsätzlicher Zustimmung zum Projekt einer europäischen Währungsunion zunächst ebenfalls reserviert und warnte vor einem Anstieg der Inflationsraten innerhalb der Gemeinschaft. Seine Position wandelte sich jedoch unter dem Eindruck der wenig stabilitätsorientierten Haushaltspolitik der Carter-Administration und anhaltender wirtschaftlicher sowie politischer Probleme in Frankreich, sodass er Ende Februar 1978 Gesprächsbereitschaft für ein europäisches Währungsprojekt signalisierte.<sup>380</sup> Die Handelsbeziehungen der Bundesrepublik waren in besonderem Maße von Kurseinbrüchen des Dollars betroffen, da die D-Mark vielfach als alternative Anlagemöglichkeit betrachtet wurde und bei Zweifeln an der Wirtschaftspolitik der USA stark im Wert anstieg. Aus Schmidts Perspektive war eine engere Kooperation der

---

<sup>374</sup> Vgl. Gerbet, *La construction de l'Europe*, S. 293.

<sup>375</sup> Vgl. bspw. ebd. S. 293 f.; Krotz / Schild, *Shaping Europe*, S. 187 f.; Frank, *Français et Allemands face aux enjeux institutionnels*, S. 553 f.; Schirmann, *De la coopération à l'Union monétaire*, S. 155, Loth, *Europas Einigung*, S. 229, Matthias Waechter, *Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing - Auf der Suche nach Stabilität in der Krise der 70er Jahre*, Bremen 2011, S. 106-123.

<sup>376</sup> Vgl. Murlon-Druol, *A Europe Made of Money*, S. 3 f.

<sup>377</sup> Vgl. Loth, *Europas Einigung*, S. 218 f.

<sup>378</sup> *Die Zeit*, 25. November 1977, S. 18; zitiert nach Michael Wirth, *Die Deutsch-Französischen Beziehungen während der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt (1974-1982). „Bonne Entente“ oder öffentlichkeitswirksame Zweckbeziehung?*, Berlin 2007, S. 61.

<sup>379</sup> Vgl. Wirth, *Die Deutsch-Französischen Beziehungen*, S. 61.

<sup>380</sup> Vgl. Loth, *Europas Einigung*, S. 219-221.

EG-Staaten in Währungsfragen anzustreben, um die Effekte der Wechselkurspekulation innerhalb eines Verbunds besser abfedern zu können. Der Bundeskanzler war verärgert über das geringe Engagement der USA in der internationalen Wechselkurspolitik, zudem gestaltete sich sein persönliches Verhältnis zu US-Präsident Jimmy Carter schwierig.<sup>381</sup>

Thiemeyer sieht Anfang des Jahres 1978 den Übergang der europapolitischen Positionierung der deutschen Bundesregierung von einer abwartenden Haltung zu der Initiierung diplomatischer Konzertationen, insbesondere mit Frankreich und Großbritannien. Im Wissen um die Unterstützung der Kommission, der Benelux-Staaten und Italiens für einen eventuellen währungspolitischen Vorstoß auf europäischer Ebene schätzte Bundeskanzler Schmidt die Erfolgsaussichten eines derartigen Projekts als hoch ein. Darüber hinaus war nach den Erfahrungen des Wechselkursverbunds die Haltung Frankreichs für die Neuordnung der europäischen monetären Strukturen von essentieller Bedeutung.<sup>382</sup>

Für die französische Regierung war die Forderung einer symmetrischeren Währungsarchitektur grundlegend. Während beim gemeinsamen europäischen Floating der Anpassungsdruck de facto allein auf den schwachen Währungen gelegen hatte, sprachen sich französische Repräsentanten für die Errichtung eines Systems aus, bei dem sich die Schwankungsbreiten an einem Mittelwert der Gemeinschaftswährungen orientieren sollten. Darüber hinaus sollten die Zentralbanken starker Währungen verpflichtet werden, schwache Währungen zu stützen. Frankreich war im Wechselkursverbund wirtschaftlich und politisch nicht in der Lage gewesen, der Ankerwährung D-Mark zu folgen und verband mit der neuerlichen Debatte über eine Wirtschafts- und Währungsunion die Hoffnung, den Anpassungsdruck gleichmäßiger zu verteilen.<sup>383</sup> Eine Rückkehr in den Wechselkursverbund wurde aus Prestige Gründen nicht angestrebt. Jedoch stellte für Frankreich die mögliche Teilnahme an einem neuen europäischen Währungsblock die Option dar, einen externen Disziplinierungsfaktor zur Durchsetzung wirtschaftspolitischer Reformen zu nutzen.<sup>384</sup> Der im Mai 1974 zum Staatspräsidenten gewählte Valéry Giscard d'Estaing zeigte stärkeres Interesse am Projekt einer Währungsunion als sein Amtsvorgänger und setzte im August 1976 mit der Ernennung des Wirtschaftsexperten Raymond Barre zum Premier- und Finanzminister ein Zeichen für eine stärker auf Deflation ausgerichtete Wirtschaftspolitik. Während der ersten Jahre der Präsidentschaft Giscard's war der Zielkonflikt zwischen der Wahrung von Preisstabilität und des Anstrebens eines Handelsbilanzüberschusses auf der einen Seite

---

<sup>381</sup> Vgl. Jochimsen, Perspektiven der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, S. 41.

<sup>382</sup> Vgl. Guido Thiemeyer, Helmut Schmidt und die Gründung des EWS 1973-1979, in: Franz Knipping / Matthias Schönwald, Hg., Aufbruch zum Europa der zweiten Generation, S. 245-268, hier: S. 251.

<sup>383</sup> Vgl. David J. Howarth, The French Road to European Monetary Union, Basingstoke 2001, S. 40.

<sup>384</sup> Vgl. Krägenau / Wetter, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, S. 16.

und dem Wunsch nach starkem Wirtschaftswachstum und Lohnsteigerungen nicht eindeutig gelöst. Mit dem Regierungswechsel 1976 vom neo-gaullistischen Jacques Chirac hin zum ehemaligen EG-Kommissar und parteilosen Wirtschaftsprofessor Barre vollzog Giscard einen richtungsweisenden Politikwechsel.<sup>385</sup> Chirac vertrat eine traditionelle staatszentrierte Position und wich in Grundfragen der Wirtschafts- und Europapolitik stark von der auf Konvergenz und Integration bedachte Position des Staatspräsidenten ab. Barre wiederum hatte wie Giscard ein liberales Verständnis von Wirtschaftspolitik und wurde aufgrund seiner Präferenz für außenwirtschaftliche Öffnung und Preisstabilität<sup>386</sup> von Schmidt als idealer Partner in Wirtschafts- und Währungsthemen angesehen. Die ideologische Annäherung an Grundsätze deutscher Wirtschaftspolitik prägte die Präsidentschaft Giscard und erleichterte die Abstimmungen im Hinblick auf die europäische Währungs Kooperation.<sup>387</sup> Die Beziehungen zwischen Staatspräsident Giscard und Bundeskanzler Schmidt waren von entscheidender Bedeutung für die Qualität der deutsch-französischen Beziehungen, weshalb sich ein Blick auf die Entstehungsgeschichte dieses Tandems anbietet.

Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing waren beide im Mai 1974 ins Amt gekommen und teilten neben einer eher proeuropäischen Einstellung ein Interesse an wirtschafts- und währungspolitischen Themen. Zudem stimmten sie in der Einschätzung überein, dass monetäre Fragen aufgrund ihrer weitreichenden internationalen Bedeutung am besten auf politischer und nicht allein auf technischer Ebene zu behandeln seien. Im Falle Giscard ist zudem auffällig, welch hohen Stellenwert das Themenfeld bei Personalentscheidungen und der Platzierung von persönlichen Vertrauten einnahm.<sup>388</sup> Bereits vor ihrer Zusammenarbeit als Finanzminister hatten Giscard und Schmidt Ende der 1960er Jahre Gelegenheit, sich in Sitzungen des Monnet-Komitees auszutauschen. Schmidt gewann im Laufe der Jahre ein differenziertes Bild Giscard als eines in Herkunft, Qualifikation und Berufsweg idealtypischen Vertreters der politischen Elite Frankreichs, welcher sich jedoch in seinen geld- und europapolitischen Positionen stark vom Gaullismus absetzte. Dementsprechend musste im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationen beachtet werden, dass Giscard seinen Kurs vor innenpolitischen Gegnern und einer

---

<sup>385</sup> Vgl. Howarth, *The French Road to European Monetary Union*, S. 42-46 sowie Dyson/Featherstone, *The Road to Maastricht*, S. 115.

<sup>386</sup> Die wirtschaftspolitische Kursänderung fand ihren Niederschlag im sogenannten „Barre-Plan“ von September 1976, welcher unter anderem durch eine Anhebung von Sozialabgaben, Einkommens- und Benzinsteuern auf eine Reduzierung des Haushaltsdefizits abzielte. Vgl. Edouard Martin et. al., *France: Lessons from Past Fiscal Consolidation Plans*, IMF Working Paper 11/89, S. 6 f.

<sup>387</sup> Vgl. Waechter, *Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing*, S. 110 f. sowie Alexandra Groß, *Aufbruch in ein neues Währungszeitalter - Deutsch-französische Währungsbeziehungen zwischen internationalen, europäischen und nationalen Anforderungen*, Opladen 1999, S. 55-60.

<sup>388</sup> Vgl. Murlon-Druol, *A Europe Made of Money*, S. 26 f.

Öffentlichkeit zu rechtfertigen hatte, die überwiegend von anderen Denkmustern geprägt waren.<sup>389</sup> Den Kanzler und den Staatspräsidenten verband eine persönliche Sympathie, die sie als enge Freundschaft inszenierten und somit eine hohe Vertrautheit suggerierten, die auf höchster Ebene Abstimmungen in einem informellen Rahmen ermöglichte.<sup>390</sup>

In Bezug auf die währungspolitische Zusammenarbeit ergab sich die paradoxe Situation, dass der sozialdemokratische Kanzler Schmidt bei den französischen Parlamentswahlen im März 1978 einen Sieg des Linksbündnisses aus Sozialisten und Kommunisten fürchtete, da so die von Giscard und Barre betriebene stabilitätsorientierte Reformpolitik erheblich geschwächt worden wäre. Aus europapolitischen Erwägungen vermied Schmidt es, den ihm parteipolitisch näherstehenden François Mitterrand zu unterstützen und war erleichtert über den Sieg der UDF gegen das gaullistische RPR und das Linksbündnis.<sup>391</sup> Peter Ludlow sieht in der innenpolitischen Bestätigung von Barres Austeritätskurs und der damit verbundenen Stärkung Giscard's ein zentrales Element für die Wiederbelebung der monetären Integration,<sup>392</sup> die auf den folgenden Sitzungen des Europäischen Rats initiiert werden konnte.

Die Voraussetzungen für eine deutsch-französische Initiative waren darin begünstigt, dass die Bundesrepublik die Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 1978 inne hatte und diese zu Beginn des Jahres 1979 an Frankreich übergang.<sup>393</sup> Thiemeyer bezeichnet die Vorbereitungen des Projekts als einen Akt klassischer Geheimdiplomatie: Schmidt und Giscard bestimmten jeweils einen Vertrauten für die technische Vorbereitung eines neuen europäischen Währungsprojekts um somit politischen Gegnern und Kritikern in beiden Ländern möglichst wenig Informationen zukommen zu lassen. Am Rande des Europäischen Rats in Kopenhagen im April 1978 skizzierten sie die möglichen Grundpfeiler eines neuen Währungsverbunds. Als Grundzüge nannte Schmidt die Schaffung eines Europäischen Währungsfonds, das Zusammenlegen eines Teils der Währungsreserven sowie die verstärkte Verwendung der neuen Europäischen Recheneinheit.<sup>394</sup> Die Ziele der für die anderen Gipfelteilnehmer überraschenden Initiative bestanden in einer höheren Wechselkursstabilität und einer Verringerung innereuropäischer geldpolitischer Spannungen bei größerer Unabhängigkeit von der US-amerikanischen Währungspolitik. Zur genaueren Ausgestaltung des Vorhabens waren indes weitere Verhandlungen auf technokratischer, europapolitischer sowie innenpolitischer Ebene vonnöten.<sup>395</sup>

---

<sup>389</sup> Vgl. Waechter, Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing, S. 108 f.

<sup>390</sup> Vgl. Miard-Delacroix, Deutsch-Französische Geschichte, S. 64 f.

<sup>391</sup> Vgl. Waechter, Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing, S. 111-113 sowie Howarth, The French Road to European Monetary Union, S. 52 f.

<sup>392</sup> Vgl. Peter Ludlow, The Making of the EMS, London 1982, S. 85.

<sup>393</sup> Vgl. Geigant, Die Euro-Flagge, S. 78.

<sup>394</sup> Vgl. Thiemeyer, Helmut Schmidt und die Gründung des EWS, S. 252 f.

<sup>395</sup> Vgl. ebd. S. 265 sowie Tietmeyer, Herausforderung Euro, S. 69 f.

### 2.3.2 Europapolitische Verhandlungen und innenpolitische Widerstände

Eine grundlegende Frage für die weitere Ausgestaltung des Projekts betraf die mögliche Teilnahme Großbritanniens als dritter großer Volkswirtschaft neben Deutschland und Frankreich. Schmidt warb in seinen Ausführungen für eine britische Partizipation, stieß jedoch seitens des Premierministers James Callaghan auf Skepsis. Dieser empfand die Initiative als amerikafeindlich und entsandte nur zögerlich einen Vertreter des Schatzamts zu weiteren Konsultationen in die deutsch-französische Expertengruppe. Der britische Vertreter zog sich allerdings rasch wieder aus dem Gremium zurück, da in London die Bereitschaft zu einer Einschränkung der monetären Souveränität noch geringer ausgeprägt war als bei der Deutschen Bundesbank und dem französischen Directoire du Trésor.<sup>396</sup>

Folglich wurde beim nächsten Ratstreffen im Juli 1978 in Bremen nur ein zwischen Deutschland und Frankreich abgestimmtes Grundlagenpapier präsentiert, welches Präzisierungen für die angestrebte Form der Währungs Kooperation vorsah: Die Europäische Recheneinheit sollte nicht mehr ausschließlich zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs zwischen Zentralbanken verwendet werden, sondern in Form der Europäischen Währungseinheit als Ausgangspunkt für die Berechnung der Schwankungsbreiten zwischen den europäischen Währungen dienen. Hinsichtlich der Ausstattung des Europäischen Währungsfonds wurde angeregt, dass die Mitgliedsstaaten dort etwa ein Fünftel ihrer Reserven hinterlegen. Darüber hinaus sollte die Vergabe kurzfristiger Kredite an Staaten unter Abwertungsdruck ausgeweitet und vereinfacht werden. Die grundlegende Idee des Währungskonzepts bestand darin, dass Teilnehmer mit starken Währungen (wie etwa die Bundesrepublik) Weichwährungsländern ein höheres Maß an finanziellen Sicherheiten in Aussicht stellten, gleichzeitig allerdings eine Verpflichtung zu stabilitätsorientierter und mit anderen Mitgliedsstaaten konvergenter Wirtschaftspolitik einforderten.<sup>397</sup>

Während aus der Perspektive Schmidts die diskrete, beinahe konspirative Art der Vorbereitung für den Anstoß zum Europäischen Währungssystem notwendig war, da das Projekt andernfalls noch in der Findungsphase durch Kritik aus dem In- und Ausland gestört worden wäre, barg die Vorgehensweise Deutschlands und Frankreichs die Gefahr, dass sich EG-Partner übergangen fühlen und ihre Zustimmung verweigern würden. Tatsächlich zeigten sich in Bremen Vertreter Großbritanniens und der Niederlande verstimmt über die weit fortgeschrittenen deutsch-französischen Konsultationen. Irland und Italien mahnten höhere strukturelle Hilfen für die weniger entwickelten Volkswirtschaften an. Mit Ausnahme des integrationsfeindlichen Großbritanniens zeigten jedoch alle EG-Staaten Interesse an

---

<sup>396</sup> Vgl. Loth, Europas Einigung, S. 222 f.

<sup>397</sup> Vgl. ebd.

einer Weiterentwicklung des Projekts auf Grundlage des deutsch-französischen Diskussionspapiers.<sup>398</sup>

Dementsprechend einigten sich die EG-Staaten in der Gipfelerklärung auf das Ziel, ein „dauerhaftes und wirksames System“ zur Herstellung einer „stabilen Währungszone in Europa“ einzurichten<sup>399</sup> und beriefen Arbeitsgruppen zur Ausgestaltung der neuen Währungsarchitektur ein.

Die Aushandlung der genauen Modalitäten des EWS vollzogen sich im Wesentlichen in zwei Gremien: dem ECOFIN-Rat der Wirtschafts- und Finanzminister sowie dem Komitee der Zentralbankpräsidenten. Ungeachtet finanztechnischer Detailfragen können zwei Streitpunkte bei den Vorbereitungen des EWS über Grundmuster monetärer Integration in Deutschland und Frankreich Aufschluss geben.

Eine Debatte, die von einem deutsch-französischen Konflikt geprägt war, betraf den Referenzpunkt im neuen Währungssystem. Es handelte sich um die Frage, ob die neue europäische Währungseinheit ECU<sup>400</sup>, das gewichtete Mittel der teilnehmenden Devisen, den zentralen Bezugspunkt bilden sollte oder ob ein bilaterales Paritätengitter<sup>401</sup> zur Anzeige von Kursabweichungen und eventuell einsetzenden Interventionspflichten seitens der Zentralbanken vorzuziehen sei.<sup>402</sup> Frankreich, unterstützt von Italien und Großbritannien, sprach sich für den ECU als Leitwährung aus. Verhandlungsführer der Bundesrepublik, aber auch der Benelux-Staaten und Dänemarks sprachen sich hingegen für das bereits im Wechselkursverbund verwendete Paritätengitter als Referenz aus. Insbesondere die Bundesbank und die konservative Opposition in Deutschland sahen bei der Orientierung an einem europäischen Mittelwert die Gefahr einer „Inflationsgemeinschaft“: Kursverluste von Währungen würden nicht deutlich genug sichtbar, die der ECU gleichzeitig an Wert einbüßen würde. Die Ausrichtung an einem bilateralen Paritätengitter wiederum entsprach deutschen ordnungspolitischen Grundsätzen der Geldwertstabilität. In einem solchen Arrangement würde klar zwischen starken und schwachen Währungen unterschieden werden können.<sup>403</sup> Von französischen Vertretern wurde die abermalige faktische Orientierung an der stärksten Währung (der D-

---

<sup>398</sup> Vgl. Thiemeyer, Helmut Schmidt und die Gründung des EWS, S. 256 f.

<sup>399</sup> Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Bremen, Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, Juni 1978, Nr. 6, Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg.

<sup>400</sup> *European Currency Unit*; Korbwährung aus unterschiedlich stark gewichteten nationalen Bestandteilen. Anpassung der jeweiligen Quoten im Abstand von 5 Jahren in Abhängigkeit von wirtschaftlicher Bedeutung. Ausgangswerte im Jahr 1979: D-Mark 33%, FF 19,8%, GBP 13,4%, Gulden 10,4%, Lira 9,5%, FB 9,2%, Dän. Krone 3,1%, irisches Pfund 1,15%, lux. Franc 0,35%. Vgl. Gerbet, La construction de l'Europe, S. 294.

<sup>401</sup> Eine Matrix der jeweiligen Verhältnisse der festgelegten Leitkurse der verschiedenen Teilnehmerstaaten

<sup>402</sup> Vgl. Ludlow, EMS, S. 160.

<sup>403</sup> Vgl. Thiemeyer, Helmut Schmidt und die Gründung des EWS, S. 258 sowie Ludlow, The Making of the EMS, S. 181 f.

Mark) als asymmetrisch kritisiert. Mit dem ECU als Referenzpunkt würde das System aus französischer Perspektive gerade für die Staaten, die unter großem Druck die Währungsschlinge verlassen hatten, störungsfreier funktionieren.<sup>404</sup>

Weiterhin umstritten waren die Modalitäten des einzurichtenden Währungsfonds. Bundesbankpräsident Otmar Emminger äußerte grundsätzliche Bedenken an der langfristigen Stabilität eines neuen und vergrößerten Währungsverbunds. Er trat in der öffentlichen Debatte und bei Bundeskanzler Schmidt dafür ein, dass der Zugang zu Kreditfazilitäten begrenzt sein müsse, ebenso wie die Interventionspflichten der Bundesbank. Darüber hinaus dürfe die Schaffung eines Währungsfonds die geldpolitische Souveränität der Bundesbank weder direkt noch indirekt einschränken.<sup>405</sup> In den europäischen Gremien gerieten die Verhandlungen über den Fonds indes ins Stocken, da trotz großer ordnungspolitischer Differenzen zwischen den Staaten konkrete Lösungen für die Form und Höhe der zu leistenden Zahlungen gefunden werden mussten.<sup>406</sup>

Während sich wie zuvor skizziert die innenpolitischen Widerstände in Deutschland auf die Sorge um die Geldwertstabilität, etwaige Grenzen für die Unterstützung schwacher Währungen und den Erhalt der Unabhängigkeit der Bundesbank fokussierten, sah sich Staatspräsident Giscard einer nationalistisch begründeten Kritik sowohl aus dem konkurrierenden bürgerlichen Lager als auch aus der kommunistischen Opposition gegenüber. Ein durchgehendes Thema in der französischen EWS-Debatte war die Frage nach der Bewahrung der nationalen Souveränität und den Konsequenzen einer Orientierung am wirtschaftspolitischen Kurs der Bundesrepublik. So sah beispielsweise *L'Humanité* Giscard als Handlanger deutscher Interessen und *Le Monde diplomatique* diskutierte ausführlich, inwieweit die Bundesrepublik mit dem EWS eine währungspolitische Architektur durchsetzen würde, die es ihr erlaube, ihr deflationäres Wirtschaftsmodell gegen den Willen der internationalen Gemeinschaft fortzuführen.<sup>407</sup> In dieser Sichtweise akzeptierte der wirtschaftsliberale Giscard zur Legitimation der Barreschen Reformpolitik die Beeinflussung französischer Innenpolitik durch deutsche Interessen. Dass sich Frankreich langfristig und erfolgreich an der deutschen Wirtschaftspolitik würde orientieren können, schlossen die Autoren aufgrund sozialer und industriestruktureller Unterschiede aus Grundsätzlich sei eine Abhängigkeit Europas vom deutschen Wirtschaftsmodell abzulehnen.<sup>408</sup> Im Vorlauf des EWS kulminierten Sorgen vor der währungspolitischen Abhängigkeit in Ängsten vor einer wirtschaftlichen wie auch politischen Unterordnung

---

<sup>404</sup> Vgl. Tietmeyer, Herausforderung Euro, S. 73 f.

<sup>405</sup> Vgl. Ludlow, *The Making of the EMS*, S. 181 f.

<sup>406</sup> Thiemeyer, Helmut Schmidt und die Gründung des EWS, S. 259.

<sup>407</sup> Vgl. ebd.

<sup>408</sup> Vgl. Ludlow, *The Making of the EMS*, S. 198 ff.



Frankreichs.<sup>409</sup> Jacques Chirac griff als konservativer Gegner Giscard den proeuropäischen Kurs an:

„La politique européenne du gouvernement ne peut en aucun cas dispenser la France d'une politique étrangère qui lui soit propre. L'Europe ne peut servir à camoufler l'effacement d'une France qui n'aurait plus sur le plan mondial ni autorité, ni idée, ni visage [...]“<sup>410</sup>

In dem Wissen um die innenpolitischen Widerstände betonten Schmidt und Giscard den vertrauensvollen Charakter ihrer Zusammenarbeit und ihre Entschlossenheit, das EWS auf den Weg zu bringen. Bei Konsultationen in Aachen im September 1978 bekräftigten sie die historische Dimension der deutsch-französischen Zusammenarbeit und auch des europäischen Währungsprojekts. Die Erinnerung an das Reich Karls des Großen sollte dabei das EWS symbolisch legitimieren. Auch im Hinblick auf die Erinnerung an die nationalsozialistische Herrschaft und Ängste vor einer neuerlichen deutschen Hegemonialstellung demonstrierten der Bundeskanzler und der Staatschef die Vorzüge einer europäischen Lösung.<sup>411</sup>

Derartige Inszenierungen bedeuteten nicht, dass zwischen Frankreich und Deutschland in allen Punkten Einigkeit über den Aufbau des EWS bestand. In der Frage nach dem Bezugspunkt für das Währungssystem musste Giscard Konzessionen machen und das Paritätengitter akzeptieren. Ebenso wurde der sogenannte Divergenzindikator, welcher auf Basis eines ECU-Durchschnitts Abweichungen einer Währung anzeigen und Interventionspflichten vor Erreichen der maximalen Schwankungsbreiten auslösen sollte, auf Druck der deutschen Zentralbanker entschärft. In einer Kompromissformel wurde festgelegt, dass die Übertretung von 75% der definierten Spannweite Anlass zu der Vermutung gebe, dass die betroffene Zentralbank korrigierend eingreifen werde. Somit würde die Bundesbank nicht dazu gezwungen werden können, gegen ihren Willen eine expansivere Geldpolitik zu betreiben.<sup>412</sup> Darüber hinaus wurde bestimmt, dass der europäische Währungsfonds entgegen der Wünsche der Monetaristen erst nach einer Vorlaufzeit von zwei Jahren einzurichten sei, was französischen Zeitplänen widersprach.<sup>413</sup> In den drei Entscheidungen zeigte sich deutlich das Gewicht der Bundesbank in den europapolitischen Verhandlungen, die aufgrund ihres Status' im Gegensatz zur Banque de France als eigenständiger Akteur auftrat. Kennzeichnend ist in diesem Zusammenhang die

---

<sup>409</sup> Vgl. Waechter, Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing, S. 115 sowie Wirth, Die Deutsch-Französischen Beziehungen, S. 67.

<sup>410</sup> Le Monde, 8.12.78, zitiert nach Thiemeyer, Helmut Schmidt und die Gründung des EWS, S. 259.

<sup>411</sup> Vgl. Waechter, Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing, S. 118.

<sup>412</sup> Vgl. Manfred J.M. Neumann, Principes fondateurs et constantes en matière de politique monétaire en République fédérale d'Allemagne depuis 1945, in: Solène Hazouard, Hg., et al., France-Allemagne : Cultures monétaires et budgétaires - Vers une nouvelle gouvernance européenne ?, Cergy-Pontoise 2015, S. 17-34, hier: S. 30.

<sup>413</sup> Vgl. Dyson/Featherstone, The Road to Maastricht, S. 117 f. sowie Loth, Europas Einigung, S. 226.

Tatsache, dass Schmidt Ende November 1979 vor dem Zentralbankrat sprach um für das EWS zu werben. Hier lobte er ausdrücklich die unter Staatspräsident Giscard eingeleitete Stabilitätsorientierung Frankreichs und legte einen Schwerpunkt auf die außenpolitischen Besonderheiten der Bundesrepublik, welche ein starkes europapolitisches Engagement im Sinne des EWS erforderlich machten. Schmidt sah das Projekt in erster Linie politisch motiviert und war im Gegenzug bereit, wirtschaftliche Risiken zu tragen. Ähnliches forderte er von den Vertretern der Bundesbank.<sup>414</sup> Letztendlich ließen diese den EWS passieren, nicht jedoch ohne sich von der Bundesregierung Versicherungen über den Erhalt ihrer Unabhängigkeit einzuholen. In zentralen Punkten wie der Frage nach dem Referenzpunkt für das Währungssystem konnte sich die Bundesbank gegenüber Schmidts außen- und integrationspolitisch motivierten Ambitionen durchsetzen. Der Kanzler kritisierte die technokratische Opposition und warf Zentralbankvertretern rückblickend „Attitüden des ökonomischen Nationalismus“ und „bürokratischen Ressort-Patriotismus“ vor.<sup>415</sup>

In Frankreich wiederum gefährdete Kritik aus dem gaullistischen Lager und seitens der Landwirtschaftslobby das EWS. Im Umfeld des Brüsseler Gipfeltreffens im Dezember 1978 verschärfen führende Gaullisten wie Chirac die Vorwürfe, dass Giscard ausländische Interessen vertrete, während Landwirtschaftsverbände vehement eine Abschaffung der Grenzausgleichsabgaben<sup>416</sup> forderten. Angesichts des innenpolitischen Drucks machte Giscard seine Zustimmung zum EWS von einer Reform des agrarmonetären Systems abhängig und überraschte somit seine europapolitischen Verhandlungspartner. Durch einen Kompromiss zwischen den Landwirtschaftsministern und eine Absichtserklärung über die Abschaffung der Ausgleichsabgaben bei gleichzeitiger Erhöhung der Agrarpreise konnte das EWS im März 1979 rückwirkend zum 1. Januar in Kraft gesetzt werden.<sup>417</sup>

### **2.3.3 Mit Pragmatismus zum Erfolg? Bewertung des EWS**

Das EWS kann als eine Weiterentwicklung der Währungsschlange gesehen werden. Am neuen Wechselkursverbund beteiligten sich mit Ausnahme Großbritanniens alle EG-Staaten. Das britische Pfund war Bestandteil der Korbwährung ECU, jedoch wurde

---

<sup>414</sup> Vgl. Waechter, Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing, S. 119 f. sowie Harold James, Making the European Monetary Union - The Role of the Committee of Central Bank Governors and the Origins of the European Central Bank, London 2012, S. 174 f.

<sup>415</sup> Zitate Helmut Schmidt, Die Deutschen und ihre Nachbarn, Menschen und Mächte II, Berlin 1990, S. 232; zu den Spannungen zwischen Schmidt und der Bundesbank vgl. Dyson /Featherstone, The Road to Maastricht, S. 298-302.

<sup>416</sup> De facto Subventionierung deutscher Landwirte, die eine Verringerung der EG-Zuwendungen aufgrund von Aufwertungen der D-Mark ausglich. Vgl. ausführlich: Guido Thiemeyer, The Failure of the Green Pool and the success of the CAP: long term structures in European agricultural integration, in: Kiran Klaus Patel, Hg., Fertile Ground for Europe? The History of European Integration and the Common Agricultural Policy since 1945, Baden-Baden 2009, S. 47-60.

<sup>417</sup> Vgl. Brunn, Die Europäische Einigung, S. 226 f. sowie Dyson/Featherstone, The Road to Maastricht, S. 118 und Wirth, Die Deutsch-Französischen Beziehungen, S. 72.

es vom Wechselkursmechanismus ausgenommen. Dieser sah vor, dass auf der Grundlage von ECU-bezogenen Leitkursen in einem bilateralen Paritätengitter Zielkorridore für die jeweiligen Relationen von zwei Währungen untereinander festgelegt wurden. Als Schwankungsmaximum war wie bereits im Vorgängersystem eine Abweichung von  $\pm 2,25\%$  definiert. Bei Überschreiten dieses Wertes waren die Zentralbanken beider betroffenen Währungen dazu aufgefordert, auf den Devisenmärkten einzugreifen. Italien und Irland wurden aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation erweiterte Schwankungsbreiten von  $\pm 6\%$  zugesprochen.<sup>418</sup> Für den Fall, dass die Grenzwerte dauerhaft nicht eingehalten werden konnten, war die Möglichkeit von Wechselkursanpassungen (Realignments) vorgesehen. Diese hatten jedoch in Absprache mit allen Teilnehmerstaaten und der Kommission zu erfolgen. Die Gestaltung des EWS als System fester, jedoch bei Bedarf anpassungsfähiger Wechselkurse war im Speziellen für die Bundesbank von Bedeutung, die argumentierte, dass starre Wechselkurse Anlass zu spekulativen Attacken geben könnten. Gleichzeitig bedeutete die Absage an unwiderrufliche Wechselkurse, dass anders als noch in der Währungsschlange nicht angestrebt war, mittels einer stetigen Verringerung der Bandbreiten eine Währungsunion mit einheitlichem Zahlungsmittel herbeizuführen.<sup>419</sup> Das EWS funktionierte auf der Grundlage von Abkommen zwischen Zentralbanken und erforderte keine Änderungen der römischen Verträge. In diesem Sinne handelte es sich um einen im Vergleich zu den vorherigen Initiativen pragmatischeren Ansatz.<sup>420</sup>

Die Frage nach einem symmetrischen Aufbau lässt sich nicht eindeutig beantworten. Ein von der französischen Regierung beworbener Divergenzindikator auf ECU-Basis war geeignet, Abweichungen einzelner Währungen vom Durchschnitt anzuzeigen und zumindest in der Theorie nicht nur zu schwache, sondern auch zu starke Währungen zu identifizieren, die in ihrer Kursentwicklung gebremst werden müssten.<sup>421</sup> Tietmeyer jedoch schreibt dem ECU in erster Linie einen symbolischen Wert zu: Durch die Verknüpfung der Interventionspflichten mit dem Paritätengitter sei de facto weiterhin eine Ausrichtung an der stärksten Währung erfolgt.<sup>422</sup> Tatsächlich hatten die ursprünglichen Pläne Giscard's und Schmidt's eine größere Symmetrie vorgesehen, die allerdings aufgrund von Vorbehalten und Änderungswünschen der Bundesbank nicht umgesetzt werden konnte. In der Praxis sahen sich Zentralbanken von Weichwährungsländern gezwungen, bereits vor Übertretung der Schwankungsbreiten einseitig zu intervenieren um den Aufbau von Spekulationsdruck zu verhindern.<sup>423</sup> Somit war die Bundesbank in der Regel nicht

---

<sup>418</sup> Vgl. Bitsch, *Histoire de la construction européenne*, S. 213.

<sup>419</sup> Vgl. Geigant, *Die Euro-Flagge*, S. 80 f.

<sup>420</sup> Vgl. Krägenau / Wetter, *Europäische Wirtschafts- und Währungsunion*, S. 15 f.

<sup>421</sup> Vgl. Gerbet, *La construction de l'Europe*, S. 295.

<sup>422</sup> Vgl. Tietmeyer, *Herausforderung Euro*, S. 81.

<sup>423</sup> Zur Unterscheidung zwischen obligatorischen und intramarginalen Interventionen vgl. Tolksdorf, *Ein Geld für Europa?*, S. 74 f.

gezwungen, auf dem Devisenmarkt einzugreifen. Die Geldpolitik der Bundesbank wurde auch im EWS zum Referenzpunkt und die D-Mark zur Ankerwährung.<sup>424</sup> Dass sich im Laufe der Jahre deutliche Asymmetrien im EWS zeigten, kann mit dem sogenannten „n-1 Problem“ erklärt werden: in einem Festkurssystem mit n Währungen können immer nur n-1 Wechselkurse voneinander unabhängig sein, die restlichen werden durch ihre jeweiligen Paritäten gegenüber der bedeutendsten Währung indirekt auch untereinander festgelegt. Beispielsweise ergibt sich aus dem Wechselkurs zwischen D-Mark zu Franc und dem Wechselkurs zwischen D-Mark und Lira automatisch eine Relation zwischen Franc und Lira. Die Bundesbank als Zentralbank der größten Volkswirtschaft der EG konnte einen geldpolitischen Kurs der Inflationsbekämpfung vorgeben, dem sich die anderen am System beteiligten Notenbanken anzuschließen hatten.<sup>425</sup>

Wenn auch die dominante Stellung der D-Mark durch die Praxis im EWS nicht in Frage gestellt werden konnte, so waren für Frankreich bereits die Teilnahme an der neuen Währungsarchitektur und die entscheidende Rolle Giscard's bei der Initiierung des Projekts von großer Bedeutung. Das EWS bot Frankreich die Gelegenheit, seine wechselkurspolitische Isolation zu beenden und sich stärker auf europäischem Niveau zu engagieren.

Trotz der Einschränkungen sollte indes die symbolische Bedeutung des ECU nicht unterschätzt werden: Als Nukleus einer künftigen europäischen Währung gedacht, blieb der ECU zwar ein rein virtuelles Geld beispielsweise als Rechengröße für Interventionen auf dem Devisenmarkt oder die Verrechnung von Transaktionen zwischen Zentralbanken. Doch die internationale Verwendung des Akronyms ECU kann als Affirmation einer europäischen monetären Identität gesehen werden.<sup>426</sup> Die französische Delegation hatte erfolgreich für den Namen ECU geworben, der gleichzeitig an französische Münzen aus dem 13. bzw. dem 17. Jahrhundert, den *écu d'or* und den *écu blanc*, erinnerte. Im Sprachgebrauch konkurrierten demzufolge die Variationen „die ECU“, welche den technischen Aspekt als Recheneinheit betonte und „der écu“, wodurch ein Verweis auf französische Währungshistorie vorgenommen wurde.<sup>427</sup> Selbst in diesen vermeintlichen Detailfragen lässt sich der Wettstreit zwischen Monetaristen und Ökonomen erkennen: Während Anhänger der Grundsteintheorie wie etwa die Kommission und Frankreich *dem écu* eine integrative Wirkung zuschrieben und ihn ins Zentrum des Systems rücken wollten,

---

<sup>424</sup> Vgl. Schild / Krotz, *Shaping Europe*, S. 189 f.

<sup>425</sup> Vgl. ausführlicher Tolksdorf, *Ein Geld für Europa?* S. 67 ff. sowie Thomasberger, *Europäische Währungsintegration*, S. 76 f.

<sup>426</sup> Vgl. Thierry Vissol, *The Euro: Outcome and Element of the European Identity*, MacMillan Center for International and Area Studies, verfügbar unter: <http://www.isn.ethz.ch/Digital-Library/Publications/Detail/?lang=en&id=46700> (30.01.16). Vgl. ebenfalls Mourlon-Druol, *A Europe Made of Money*, S. 280 f.

<sup>427</sup> Vgl. Geigant, *Die Euro-Flagge*, S. 82 f. sowie Loth, *Europas Einigung*, S. 225.

setzen sich letztendlich die Befürworter der Krönungstheorie mit der Erhaltung des bilateralen Paritätengitters durch und verwendeten *die ECU* als simple Recheneinheit.<sup>428</sup>

Im Vergleich zu der chaotischen Endphase der Währungsschlange bot das EWS zunächst eine höhere Stabilität, wenn auch die Anfangsjahre nicht reibungslos verliefen. Gerbet sieht eine Erhöhung der Zentralbankinterventionen als positives Zeichen und wertet auch den Divergenzindikator als sinnvolles Instrument zur Korrektur von Finanz- und Geldpolitik einzelner Teilnehmerstaaten.<sup>429</sup> Alexandra Größ wiederum betont in ihrer Bewertung der ersten Jahre die wirtschaftspolitischen und strukturellen Unterschiede zwischen den Ländern als Hindernis für die angestrebte Konvergenz.<sup>430</sup> Unstrittig ist hingegen, dass sich das internationale Umfeld als schwierig erwies: Der zweite Ölpreisschock von 1979/80 und der Anstieg des Dollars erhöhten innerhalb der EG die Wechselkursspannungen, sodass bis 1983 sieben Realignments erforderlich waren. Dabei werteten in erster Linie D-Mark und Gulden auf, während Lira und Franc abwerten mussten.<sup>431</sup> Unter diesen Umständen war es nicht möglich, Teile der europäischen Reserven in einem Währungsfonds zu vergemeinschaften. Insbesondere scheiterte das Projekt an der innenpolitischen Situation in Frankreich, da Giscard im Präsidentschaftswahlkampf den gaullistischen Widerstand gegen einen europäischen Währungsfonds berücksichtigen musste.<sup>432</sup>

Der Wahlsieg Mitterrands im Mai 1981 und der anschließende Erfolg der Sozialisten und Kommunisten bei den Parlamentswahlen bedeuteten eine Neuausrichtung Frankreichs in wirtschaftspolitischen Fragen und eine Veränderung der deutsch-französischen Regierungsbeziehungen.<sup>433</sup> Mit den unter dem neuen Premierminister Pierre Mauroy ergriffenen konjunktur- und sozialpolitischen Maßnahmen entfernte sich Frankreich deutlich von dem unter Giscard und Barre ausgerufen stabilitätsorientierten Konvergenzkurs. Nicht nur die Anbindung an ein „deutsches Modell“ wurde aufgegeben, auch im Vergleich der westlichen Industriestaaten nahm Frankreich mit seiner angebotsorientierten

---

<sup>428</sup> Vgl. Dominik von Braun, Die monetäre Integration in Europa in ihren Auswirkungen auf Deutschland und Frankreich, Europäische Hochschulschriften, Reihe V: Volks- und Betriebswirtschaft, Bd. 1867, Frankfurt a. M. 1996, S. 54 f.

<sup>429</sup> Vgl. Gerbet, La construction de l'Europe.

<sup>430</sup> Vgl. Größ, Aufbruch in ein neues Währungszeitalter, S. 75. Die unterschiedlichen Sichtweisen zwischen Gerbet und Größ lassen sich eventuell auf die nationalen Perspektiven Frankreichs (Wiederteilnahme nach zweimaligem Ausscheiden aus dem Wechselkursverbund, monetaristisch und „Weichwährung“) und Deutschlands (Ankerwährung, ökonomistisch, Fokus auf Preisstabilität) zurückführen.

<sup>431</sup> Vgl. Krägenau / Wetter, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, S. 24.

<sup>432</sup> Vgl. Schirmann, De la coopération à l'Union monétaire, S. 156.

<sup>433</sup> Das Verhältnis zwischen Mitterrand und Schmidt blieb, nicht zuletzt wegen Schmidts öffentlicher Sympathiebekundung für Giscard und seinem Misstrauen gegenüber den französischen Kommunisten, distanziert. Erst der Wechsel von Schmidt zu Kohl 1982 verbesserte die Atmosphäre. Vgl. Dyson/Featherstone, The Road to Maastricht, S. 135.

Wirtschaftspolitik eine Sonderrolle ein, die es nicht lange behaupten konnte.<sup>434</sup> Zwischen 1981 und 1983 stand der Franc unter massivem Druck und musste drei Mal abgewertet werden. Dies verdeutlichte der sozialistischen Regierung, dass für eine nachhaltige Stabilisierung innerhalb des EWS umfangreichere Sparmaßnahmen notwendig waren. Die Alternative, den Wechselkursmechanismus zu verlassen und zum Floating überzugehen, wurde intensiv diskutiert, von Mitterrand jedoch wiederholt zurückgewiesen. Unklar ist, wie offen der Staatspräsident vor der dritten Abwertung ein Ausscheiden aus dem Wechselkursmechanismus in Betracht zog und welche Rolle der politische Widerstand gegen das Floating durch Mauroy, Jacques Delors und Laurent Fabius sowie der geringe Stand an Währungsreserven für seine Entscheidung spielten.<sup>435</sup> Letztendlich wird die Aufgabe des wirtschaftspolitischen Sonderwegs innerhalb des EWS als symbolisch wertvolles Bekenntnis zur monetären Integration und der europäischen Einigung im Allgemeinen interpretiert.<sup>436</sup> Robert Frank sieht in der Kursänderung eine Revolution der Währungskultur, welche die europäische Kooperation erleichterte.<sup>437</sup> Innerhalb Frankreichs bedeutete die Entscheidung eine Ausweitung der Unterstützung europäischer monetärer Integration von Giscard's zentristischer UDF auf moderate sozialistische Kräfte.<sup>438</sup>

In den Folgejahren konnte sich innerhalb der EG aufgrund einer zunehmenden wirtschaftspolitischen Konvergenz und sinkenden Inflationsraten eine höhere Wechselkursstabilität einstellen. Bis 1987 waren nochmals vier weitere Kursanpassungen erforderlich, spätere Leitkursänderungen betrafen jeweils einseitig Lira- und Pesetaparitäten, ohne jedoch das allgemeine Gefüge zu verändern. Der Kurs der D-Mark schwankte beispielsweise gegenüber dem Dollar teilweise erheblich, gegenüber den EWS-Staaten jedoch nur innerhalb der definierten Korridore. Zu Beginn der Verhandlungen über den Vertrag von Maastricht bewerteten politische Eliten und Finanzmarktakteure die Stabilität der Währungsarchitektur überwiegend positiv.<sup>439</sup>

Das EWS beinhaltete keine systemimmanenten Stabilisierungsinstrumente in Form einer Koordinierung von Geld- und Finanzpolitik. Gleichwohl bewirkte das Arrangement einen Wettbewerb zwischen den beteiligten Volkswirtschaften um niedrige

---

<sup>434</sup> Vgl. Größ, Aufbruch in ein neues Währungszeitalter, S. 60 f.

<sup>435</sup> Vgl. ausführlich Howarth, The French Road to European Monetary Union, S. 55-62.

<sup>436</sup> Vgl. Tietmeyer, Herausforderung Euro, S. 84-93 sowie Miard-Delacroix, Im Zeichen der europäischen Einigung, S. 68-70,

<sup>437</sup> Vgl. Frank, Français et Allemands face aux enjeux institutionnels, S. 553 ff. sowie Hendriks/Morgan, The Franco-German axis in European integration, S. 61; vgl. auch Woyke, Das deutsch-französische Tandem, S. 102.

<sup>438</sup> Vgl. Howarth, The French Road to European Monetary Union, S. 55.

<sup>439</sup> Vgl. Krägenau / Wetter, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, S. 24. Zu einer weiteren Stabilisierung des EWS trug das im Herbst 1987 vereinbarte Basel/Nyborg-Abkommen bei. Es gab das Instrument der sehr kurzfristigen gegenseitigen Kreditgewährung auch für intramarginale Interventionen frei und erhöhte den Druck auf Zentralbanken starker Währungen, vor Auslastung der Schwankungsbreiten zu intervenieren. Vgl. Braun, Die monetäre Integration in Europa, S. 73-75 sowie Howarth, The French Road to European Monetary Union, S. 88 f.

Inflationsraten.<sup>440</sup> Die Möglichkeit der Wechselkursanpassung war mit hohen wirtschaftlichen und politischen Kosten verbunden, da ein Abwertungswunsch vor den EWS-Partnern gerechtfertigt werden musste und von Wählern als Eingeständnis wirtschaftspolitischen Scheiterns interpretiert wurde. In diesem Sinne war es ein Vorzug des Systems, dass „es einen vertrauensbildenden Ordnungsrahmen schuf, in dem sich freiwillige Verhaltensänderungen auf der Basis formaler Gleichberechtigung vollziehen konnten.“<sup>441</sup>

Die Bedeutung der deutsch-französischen Kooperation und insbesondere der Zusammenarbeit zwischen Schmidt und Giscard für die Lancierung und Ausarbeitung des EWS ist sehr hoch einzuschätzen. Grundsätzlich erleichtert wurde die Umsetzung des Projekts durch wechselseitige Annäherungen: Schmidt entfernte sich als Kanzler von dem ökonomistischen Grundsatz wirtschaftlicher Konvergenz als Vorbedingung für Integration, während Giscard seine ursprüngliche Forderung nach einer Ausrichtung des Wechselkursmechanismus am ECU aufgab. Überdies vollzog Frankreich ab 1978 unter Barre und von März 1983 an eine für die weitere monetäre Kooperation in der Gemeinschaft entscheidende liberale Wende.<sup>442</sup>

## 2.4 Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)

Das Projekt einer Wirtschafts- und Währungsunion erfuhr Mitte der 1980er Jahre eine neue Dynamik, die auf vier wesentliche Faktoren zurückzuführen ist: Neben einer hohen wirtschaftspolitischen Konvergenz in Form einer „kollektiven Abkehr von den Prinzipien keynesianischer Konjunktur- und Arbeitsmarktpolitik“<sup>443</sup> und im Vergleich zum Wechselkursverbund längeren Phasen der Wechselkursstabilität ergaben sich aus Sicht der Befürworter Wirkungszusammenhänge mit der angestrebten Vollendung des gemeinsamen Marktes und der Liberalisierung des Kapitalverkehrs. Nicht zuletzt gelangte mit Jacques Delors 1985 ein Experte an die Spitze der Kommission, der als französischer Finanzminister den *tournant de la rigueur* mitgestaltet hatte und der europäischen währungspolitischen Zusammenarbeit einen großen Stellenwert einräumte. Im weiteren Verlauf begünstigen außenpolitische Interessen und der Wandel des internationalen Umfelds die Aushandlungen und Umsetzung der Wirtschafts- und Währungsunion.

---

<sup>440</sup> Vgl. Norbert Kloten, Das Europäische Währungssystem: Eine Zwischenbilanz, in: Europa-Archiv, 19/1983, S. 604 ff.; zitiert nach Größ, Aufbruch in ein neues Währungszeitalter, S. 75.

<sup>441</sup> Vgl. Größ, Aufbruch in ein neues Währungszeitalter, S. 75 f.; Zitat ebd. Vgl. auch Krägenau / Wetter, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, S. 18: „[...] daß währungspolitischer Zwang zu konvergenzförderlichen Verhaltensänderungen der Regierungen und gesellschaftlichen Gruppen führt.“

<sup>442</sup> Vgl. Miard-Delacroix, Im Zeichen der europäischen Einigung, S. 66 f. sowie Frank, Français et Allemands face aux enjeux institutionnels, S. 552 ff. und Brunn, Die Europäische Einigung, S. 228 f.

<sup>443</sup> Werner Abelshausen, Die Erblast des Euro - eine kurze Geschichte der Europäischen Währungsunion, in: APuZ 43/2010, S. 39-45, hier: S. 43.

#### 2.4.1 Relance européenne und französisches Streben nach Symmetrie

Angesichts des Anfang der 1980er Jahre unter dem Schlagwort *Eurosklerose* zusammengefassten Stillstands der europäischen Integration, wirtschaftlicher Schwierigkeiten einzelner Mitgliedsstaaten und von Konflikten um die Gestaltungen des Gemeinschaftshaushaltes gingen wichtige Initiativen von der Kommission aus, der von 1985 an Jacques Delors vorsah. Ein Weißbuch der Kommission von Juni 1985 listete bestehende Hemmnisse für einen Gemeinsamen Markt auf und regte die Umsetzung umfassender Liberalisierungsmaßnahmen an. Das Dokument zeigte zugespitzt als Handlungsalternativen Integrationsfortschritte oder den Rückfall in wirtschaftliche Mittelmäßigkeit auf und warb unter Verweis auf den Geist der Römischen Verträge für eine rasche Vollendung des Binnenmarktes. Wirtschaftliche Integration wurde als Vorbedingung für eine angestrebte Einheit Europas präsentiert. In Bezug auf Währungsfragen wurde auf die Bedeutung von Preisstabilität für das Funktionieren eines gemeinsamen Marktes verwiesen und ein Ausbau des bestehenden EWS angeregt.<sup>444</sup>

Die bisher auf Zentralbankabkommen beruhende Währungsarchitektur sollte nach dem Willen der Kommission eine neue rechtliche Basis innerhalb der Gemeinschaftsverträge erhalten und um die Ziele eines Europäischen Währungsfonds sowie einer Wirtschafts- und Währungsunion erweitert werden. Während sich die französische Regierung im Vorlauf zur Europäischen Einheitlichen Akte (EEA) den Vorschlägen der Kommission anschloss, äußerten auf deutscher Seite die Bundesbank und das Finanzministerium Bedenken. Sie fürchteten durch die rasche Schaffung eines Reservefonds eine Beschränkung der Unabhängigkeit nationaler Zentralbanken bei gleichzeitiger Ungewissheit über die Einrichtung stabilitätswahrender supranationaler Elemente. Helmut Kohl und insbesondere Tietmeyer wirkten in den Verhandlungen mit den europäischen Partnern darauf hin, dass in den Reformverträgen die Bedeutung wirtschafts- und währungspolitischer Konvergenz für die weitere Integration hervorgehoben wurde. Grundlegend für die deutsche Verhandlungsposition war die Forderung, institutionelle Änderungen am EWS nach Artikel 236 als Vertragsänderungen zu behandeln, die in den Mitgliedsstaaten parlamentarisch zu ratifizieren waren. Ein Verfahren nach Artikel 235 und Ratsbeschlüssen zur internen Weiterentwicklung des Gemeinschaftsrechts ohne Einbindung nationaler Parlamente, wie es von der Kommission und auch Frankreich für den Währungsbereich präferiert wurde, lehnte die deutsche Regierung ab. Tietmeyer sieht in der Übernahme der Konvergenzbedingung und des Ratifizierungserfordernisses in den Vertragstext eine klare Durchsetzung der deutschen Verhandlungsposition im Sinne einer

---

<sup>444</sup> Vollendung des Binnenmarktes: Weißbuch der Kommission an den Europäischen Rat (Mailand, 28-29. Juni 1985), KOM(85) 310, Juni 1985. Brüssel, online verfügbar unter: [http://europa.eu/documents/comm/white\\_papers/pdf/com1985\\_0310\\_f\\_de.pdf](http://europa.eu/documents/comm/white_papers/pdf/com1985_0310_f_de.pdf) (3.2.16).



Wahrung geldpolitischer Souveränität.<sup>445</sup> Friedrich Geigant wiederum deutet rückblickend die Beschlüsse der EEA, die erstmals das Fernziel einer Wirtschafts- und Währungsunion vertraglich fixierten<sup>446</sup>, als Initiierung einer nur noch schwerlich zu bremsenden Reformdynamik.<sup>447</sup> Der Determinismus dieser Interpretation scheint übermäßig, dennoch ist zu konstatieren, dass sich zwischen der Erarbeitung des Werner-Plans in den späten 1960er-Jahren und den Vorbereitungen der Wirtschafts- und Währungsunion in den ausgehenden 1980er-Jahren ein Wandel deutscher und französischer Verhandlungspositionen vollzog.

Der Paradigmenwechsel der französischen Wirtschaftspolitik in Form von Inflationsbekämpfung (*désinflation compétitive*) und Bewahrung der Parität zur D-Mark (*franc fort*) hatten die geldpolitische Souveränität des Landes erheblich eingeschränkt. Für die integrationsfreundlichen Teile der politischen Elite war es erstrebenswert, über eine Supranationalisierung der Geldpolitik zumindest einen Teil der verlorenen Souveränität wieder zu erlangen: Die Abhängigkeit von den Entscheidungen der Bundesbank könnte in einer gemeinschaftlichen Kompetenz aufgelöst werden, um somit rein formelle Souveränität gegen ein geteiltes Mitspracherecht einzutauschen.<sup>448</sup> Durch seine erfolgreiche Stabilitätspolitik konnte sich Frankreich dem niedrigen deutschen Inflationsniveau anpassen, sodass französische Regierungsvertreter als Gegenleistung für die Einengung des makroökonomischen Spielraums einen stärkeren geldpolitischen Einfluss reklamieren konnten.<sup>449</sup> Grundsätzlich hatte eine Angleichung der Preissteigerungsraten innerhalb des EWS deutsche Vorbehalte vor mangelnder wirtschafts- und haushaltspolitischer Disziplin der Partnerländer relativiert. Die zunehmende Konvergenz in diesem Bereich vergrößerte die Möglichkeiten für eine Vertiefung der währungspolitischen Zusammenarbeit.<sup>450</sup>

Abgesehen von der neuen Bereitschaft zu monetären Souveränitätstransfers war die französische Perspektive auf die währungspolitische Kooperation von traditionellen Motiven wie dem Wunsch einer höheren Unabhängigkeit von den USA, einer Einbindung und Kontrolle der wachsenden bundesdeutschen Wirtschaftskraft und der Verwendung externer währungspolitischer Vorgaben als Disziplinierungsmittel in der wirtschaftspolitischen Debatte innerhalb des Landes gekennzeichnet.<sup>451</sup>

---

<sup>445</sup> Vgl. Tietmeyer, Herausforderung Euro, S. 94-101.

<sup>446</sup> Art. 20 EEA: „Die Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Währungspolitik (Wirtschafts- und Währungsunion)“.

<sup>447</sup> Vgl. Geigant, Die Euro-Flagge, S. 102-107.

<sup>448</sup> Vgl. Krotz / Schild, Shaping Europe, S. 190.

<sup>449</sup> Vgl. Woyke, Das deutsch-französische Tandem, S. 102 f.

<sup>450</sup> Vgl. Krotz / Schild, Shaping Europe, S. 191.

<sup>451</sup> Vgl. Cole, Franco-German Relations, S. 95 sowie Hendriks, The Franco-German axis in European integration, S. 62.

Für die deutsche Bundesbank stellte das EWS ein komfortables Arrangement dar: Der Wechselkursmechanismus sorgte für eine hohe Währungsstabilität und erlaubte es der Frankfurter Zentralbank, den geldpolitischen Kurs für alle Teilnehmerländer vorzugeben. Aus dieser Position heraus bestand für die Bundesbank keine Notwendigkeit, weitreichende Änderungen der Währungszusammenarbeit zu initiieren. Das Beharren seitens des Finanzministeriums und der Bundesbank auf einer Einigung über die konkrete institutionelle Ausgestaltung einer künftigen Währungsunion als Vorbedingung für Integrationsschritte, wie es in den Verhandlungen über die EEA zum Ausdruck gekommen war, erschwerte auch für Kohl, der als Bundeskanzler einer Währungsunion weitaus positiver gegenüberstand, die Kompromissfindung mit den europäischen Partnern.<sup>452</sup>

Dass französische Regierungsvertreter anders als bei der Aushandlung und Umsetzung des Werner-Plans eine aktivere, integrationsfreundliche Rolle einnahmen und sich im Vergleich zur politischen Elite in der Bundesrepublik eindeutiger für eine Währungsunion engagierten, lässt sich mit der wachsenden Unzufriedenheit über die ungleichmäßig verteilten Anpassungslasten innerhalb des EWS erklären. Nach der unglücklichen Teilnahme an der Währungsschlange erwies sich aus französischer Sicht auch der Wechselkursmechanismus der EWS in der Praxis als stark asymmetrisch.

Die im Jahr 1987 im Basel/Nyborg-Abkommen beschlossenen Regelungen über eine Ausweitung intramarginaler Interventionen<sup>453</sup> und eine stärkere Einbindung der Zentralbanken von Hartwährungsländern in die Einhaltung der Devisenparitäten war beispielsweise für Finanzminister Edouard Balladur nicht ausreichend. Er kritisierte in einem viel beachteten Memorandum<sup>454</sup> die Funktionsweise des EWS als unausgewogen und regte unter Verweis auf die Vollendung des Binnenmarktes als Fernziel die Schaffung einer einheitlichen Währung an. Einige der im Memorandum aufgelisteten Mängel lassen sich als Kritik an der dominanten Stellung deutscher Wirtschafts- und Währungspolitik innerhalb der Gemeinschaft auffassen. Unter der Forderung „gleiche Wechselkursdisziplin für alle“ formulierte Balladur den Vorwurf, dass Währungen am unteren Rand der Schwankungsbreite nicht zwangsläufig für entstehende Spannungen innerhalb des EWS verantwortlich gemacht werden könnten, sondern dass Währungen mit starken und anhaltenden Aufwertungstendenzen sowie Regierungen mit zu restriktiven Haushaltspolitiken gleichermaßen Verzerrungen des Gefüges herbeiführten:

---

<sup>452</sup> Vgl. Loth, Europas Einigung, S. 278.

<sup>453</sup> Wechselkursanpassungen bereits vor Überschreiten der definierten Schwankungsbreiten

<sup>454</sup> Edouard Balladur, Der währungspolitische Aufbau Europas, 29.12.87, abgedruckt in Krägenau / Wetter, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, S. 337 f.

„So stellt beispielsweise die Tatsache, daß einige Länder seit mehreren Jahren Leistungsbilanzüberschüsse in Höhe von 2 bis 3 % des Bruttosozialprodukts akkumulieren eine schwerwiegende Anomalie dar.“<sup>455</sup>

Um derartige Verwerfungen zu vermeiden, sprach sich der Finanzminister für eine engere Koordinierung der Wirtschafts- und Währungspolitik aus, wobei de facto eine Orientierung am Durchschnitt der Teilnehmerstaaten angestrebt war, bei der ausdrücklich auch zu starke Kursentwicklungen einer Devisen korrekturbedürftig waren. Mit Blick auf die auswärtigen Währungsbeziehungen monierte Balladur eine Überbewertung der EWS-Devisen gegenüber dem Dollar und einen daraus resultierenden Wettbewerbsnachteil für europäische Volkswirtschaften. Dies sollte als gemeinsames Interesse wahrgenommen werden und als solches in stärker institutionalisierten Konsultationsverfahren auf europäischer Ebene behandelt werden. Weiterhin sei es wünschenswert, alle EG-Staaten in den Wechselkursmechanismus aufzunehmen und einen einheitlichen Wert für die Schwankungsbandbreiten durchzusetzen.<sup>456</sup>

Analog zum Deutsch-Französischen Sicherheitsrat wurde Ende 1987 auf die Initiative von Premierminister Chirac hin ein Finanz- und Wirtschaftsrat auf bilateraler Ebene eingerichtet. Dieses Forum bot Ministerialbeamten aus beiden Ländern eine Gelegenheit zum Austausch und umfasste ebenfalls die politische Ebene der Minister sowie die Zentralbankpräsidenten. Tietmeyer spekuliert, dass die französische Regierung in dieser Konstellation den Versuch unternahm, mittels politischer Absprachen Einfluss auf die Bundesbank auszuüben.<sup>457</sup> Beispielsweise könnte eine intensivere Verwendung des ECU als Recheneinheit für den Zahlungsverkehr zwischen Notenbanken und somit eine stärkere Orientierung am Durchschnitt der EWS-Teilnehmer beworben werden.<sup>458</sup>

Größ sieht die Bundesregierung durch den Vorstoß zu einem Finanz- und Wirtschaftsrat in die Defensive gedrängt: Um das eigene Anliegen eines sicherheitspolitischen Bekenntnisses im Rahmen des deutsch-französischen Verteidigungsrates nicht zu gefährden, musste die Bundesregierung auf den französischen Vorstoß in Wirtschafts- und Währungsfragen eingehen. Grundsätzlich war es Umfeld der Relance durch die EEA und neuerlicher Diskussionen über die Vorzüge einer vertieften monetären Integration für die Bundesrepublik aus diplomatischen Gründen inopportun, Zweifel an ihrem europapolitischen Engagement aufkommen zu lassen.<sup>459</sup> Folglich wurde seitens des deutschen Verhandlungsführers Tietmeyer der Versuch unternommen, den

---

<sup>455</sup> Zitat ebd.

<sup>456</sup> Vgl. zur Beurteilung des Balladur-Memorandums auch Krägenau / Wetter, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, S. 63 f.

<sup>457</sup> Tietmeyer, Herausforderung Euro, S. 112.

<sup>458</sup> Vgl. Douglas Webber, The Franco-German Relationship in the European Union, London 1999, S. 26.

<sup>459</sup> Vgl. Größ, Aufbruch in ein neues Währungszeitalter, S. 184 f.

Finanz- und Wirtschaftsrat derart zu gestalten, dass die Beratungen in dem neuen Gremium einen unverbindlichen Charakter besaßen.

Unklarheiten mit dem *Directeur du Trésor* Jean-Claude Trichet, der seitens Frankreichs das Projekt ausarbeitete, bestanden in erster Linie in der Frage nach einer möglichen Beteiligung der Zentralbankpräsidenten und der Rechtsnatur der Einigung. Frankreich befürwortete eine Einbindung der Zentralbankpräsidenten, wohingegen die Bundesregierung auf die strikte Trennung zwischen Wirtschafts- und Geldpolitik verwies und Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl allenfalls die Möglichkeit zu allgemeinen Beratungen, nicht aber zu verbindlichen Entscheidungen, akzeptierte. Hinsichtlich der rechtlichen Natur des Umsetzungsaktes plädierte die Bundesregierung für ein weniger aufwändiges Regierungsabkommen, während Frankreich auf dem Abschluss eines ratifizierungsbedürftigen Zusatzprotokolls zum deutsch-französischen Freundschaftsvertrag bestand. Dass die Bundesregierung in diesem Punkt nachgab und einen völkerrechtlich bindenden Vertrag zustimmte, war aus Sicht der Bundesbank problematisch, da sie durch die neue rechtliche Dimension einen höheren politischen Druck befürchte. Letztlich erfolgte die Ratifizierung im Bundestag unter wiederholten Bekräftigungen der Unabhängigkeit der Bundesbank und des rein konsultativen Charakters des Finanzrates. Bundeskanzler Kohl betonte in diesem Zusammenhang die Bedeutung europapolitischer Gründe für die teilweise Annäherung an französische Forderungen.<sup>460</sup>

Aus Sicht Tietmeyers zeigten die Debatten über eine symmetrischere Gestaltung der Währungszusammenarbeit in der EG, dass Reformbemühungen des EWS erfolglos blieben, so lange sie darauf abzielten, den restriktiven geldpolitischen Kurs der Bundesbank aufzuweichen. In der Wahrnehmung deutscher Ordnungspolitiker bestand der einzig gangbare Weg zur Erhöhung der Symmetrie in einer eindeutigen Ausrichtung nationaler Wirtschafts- und Finanzpolitiken auf einen Stabilitätskurs.<sup>461</sup>

Das in der EEA festgelegte Ziel, mit Abschluss des Jahres 1992 den Binnenmarkt zu vollenden, hatte dem Projekt einer Wirtschafts- und Währungsunion eine neue Dynamik und Legitimität verliehen. Für Kommissionspräsident Delors war die Schaffung einer einheitlichen Währung die logische Konsequenz aus der Realisierung des Binnenmarktes: Um einen störungsfreien Austausch von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften innerhalb der EG gewährleisten zu können, bedurfte es einer gemeinsamen Währung. So lange wie in einem integrierten Markt nationale Währungen beibehalten wurden, bestand die Möglichkeit, über gezielte Abwertungen Wettbewerbsvorteile zu schaffen und somit neue Hindernisse für das Zusammenwachsen der Volkswirtschaften zu

---

<sup>460</sup> Vgl. ebd. sowie Krotz / Schild, *Shaping Europe*, S. 192.

<sup>461</sup> Vgl. Tietmeyer, *Herausforderung Euro*, S. 112 f.

errichten.<sup>462</sup> Die Auffassung, dass der Binnenmarkt auf lange Sicht nicht ohne eine Währungsunion würde funktionieren können war weit verbreitet.<sup>463</sup> In einem von der Kommission in Auftrag gegebenen Sachverständigen-Bericht unter der Leitung des italienischen Volkswirts Tomasso Padoa-Schioppa wurde ausgeführt, dass der angestrebte freie Kapitalverkehr und die im EWS festen Wechselkurse langfristig keine wirtschaftspolitische Autonomie der Teilnehmer zulassen würde und deshalb eine institutionelle Weiterentwicklung der Währungskooperation ratsam sei.<sup>464</sup> Diese volkswirtschaftlichen Zwänge in Form des „Unmöglichen Dreiecks“<sup>465</sup> beeinflussten auch die deutsche Verhandlungsposition in den späten 1980er Jahren.

#### **2.4.2 Die Verhandlungen über eine Wirtschafts- und Währungsunion**

Die deutsche Europapolitik in den Bereichen Wirtschaft und Währung war unter dem Eindruck der Vorbehalte seitens des Finanzministeriums und der Bundesbank defensiv. Das Leitmotiv deutscher Außenpolitik der Westbindung hatte weiterhin eine große Bedeutung, in Bezug auf eine Vertiefung monetärer Integration in der Europäischen Gemeinschaft erschwerten jedoch traditionelle Differenzen zwischen Integrationspolitikern und Ordnungspolitikern das europapolitische Handeln der Bundesregierung. Wichtige Impulse in Richtung einer Wirtschafts- und Währungsunion gingen in diesem Kontext von Außenminister Hans-Dietrich Genscher aus, der in Reaktion auf Balladurs Vorstoß im Februar 1988 ein Memorandum über die „Schaffung eines einheitlichen europäischen Währungsraums mit einer Europäischen Zentralbank“<sup>466</sup> veröffentlichte.<sup>467</sup> Das Positionspapier war nicht mit der Bundesregierung abgestimmt, Genscher präsentierte es nicht als offizielle Stellungnahme des Außenministers, sondern als persönliche Initiative. Er beabsichtigte, den Einfluss der Bundesbank auf die Position der Bundesregierung zu reduzieren, indem er sich nicht allein zum konsensfähigen Ziel einer Währungsunion bekannte, sondern im Gegensatz zu Vertretern der Zentralbank konkrete und zeitnah umsetzbare Maßnahmen zur Schaffung eines einheitlichen Währungsraums benannte.<sup>468</sup>

In der Erklärung stellte Genscher die wirtschaftlichen Motive für einen Ausbau des EWS in den Vordergrund und bekräftigte die ökonomische Notwendigkeit einer

---

<sup>462</sup> Vgl. Brunn, Die Europäische Einigung, S. 263.

<sup>463</sup> Vgl. Tomasso Padoa-Schioppa, The road to monetary union in Europe: the emperor, the kings, and the genies. Oxford 2000, S. 100 f. sowie Krägenau / Wetter, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, S. 33.

<sup>464</sup> Vgl. Tomasso Padoa-Schioppa et. al., Effizienz, Stabilität und Verteilungsgerechtigkeit. Eine Entwicklungsstrategie für das Wirtschaftssystem der EG, Wiesbaden 1988.

<sup>465</sup> Siehe Kapitel 1.2 Wann lohnt sich eine Währungsunion?

<sup>466</sup> Hans-Dietrich Genscher, Memorandum für die Schaffung eines Europäischen Währungsraumes und einer Europäischen Zentralbank, 26.2.1988, abgedruckt in Krägenau / Wetter, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, S. 309.

<sup>467</sup> Vgl. Andreas Rödder, 21.0 - Eine kurze Geschichte der Gegenwart, München 2015, S. 282 f.

<sup>468</sup> Vgl. Loth, Europas Einigung, S. 280.

Währungsunion mit europäischer Zentralbank als Ergänzung des Binnenmarktes. Für die Gestaltung der Währungsunion verwies der deutsche Außenminister auf die ordnungspolitischen Vorzüge einer unabhängigen Zentralbank. Unter der Überschrift „Magna Charta europäischer Stabilitätspolitik“ regte er an, Grundpfeiler deutscher Politik, die Stabilitätsverpflichtung der Regierung und der Notenbank, auf die Gemeinschaftsebene zu übertragen. Ähnlich wie zuvor Balladur sprach sich Genscher dafür aus, möglichst alle EWS-Teilnehmerländer in den einheitlichen Währungsraum aufzunehmen und Ausnahmeregelungen für einzelne Staaten zu beseitigen. Konkret rief Genscher dazu auf, bei der nächsten Sitzung des Europäischen Rats ein Expertengremium einzuberufen, welches innerhalb eines Jahres ein Konzept für eine Währungsunion mit autonomer Zentralbank und die in einer Übergangszeit erforderlichen Vorbereitungsmaßnahmen zu erarbeiten.<sup>469</sup>

Auch wenn Genscher im Memorandum in erster Linie technische Argumente für einen einheitlichen Währungsraum anführte, so ist diese Initiative als Entgegenkommen gegenüber der französischen Position zu werten. Wilfried Loth führt aus, dass sich der deutsche Außenminister der politischen Dimension französischer Klagen über die Ungleichgewichte des EWS bewusst war und insbesondere vor dem Hintergrund einer sich abzeichnenden West-Ost-Annäherung Sorgen um eine geografische Neuausrichtung deutscher Außenpolitik zerstreuen wollte.<sup>470</sup> Das integrationspolitische Engagement Genschers wird sehr hoch eingeschätzt. Ulrich Krotz und Joachim Schild schreiben dem deutschen Außenminister aufgrund seiner guten Verbindungen zum Amtskollegen Roland Dumas eine Scharnierrolle zu und bezeichnen ihn als Transmissionsriemen französischer Interessen innerhalb der Bundesregierung.<sup>471</sup>

Die Stellungnahme von Finanzminister Gerhard Stoltenberg<sup>472</sup> rund einen Monat später stellte die innerdeutsche ordnungspolitische Gegenposition dar: Zwar warb auch Stoltenberg für das Ziel einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Dieses sei jedoch erst auf lange Sicht realisierbar. Zunächst müsse die Konzentration auf die völlige Liberalisierung des Kapitalverkehrs hergestellt und die ökonomische Konvergenz der EWS-Teilnehmer verbessert werden. Perspektivisch sei eine Wirtschafts- und Währungsunion durch die Einbettung in eine politische Union abzusichern:

„Als auf Dauer angelegte und alle Unterschiede in der Wirtschafts- und Währungsentwicklung ausgleichende Solidargemeinschaft mit einer einheitlichen Währung oder irreversiblen Wechselkursen (ohne jegliche Bandbreite) muß sie vor allem durch eine

---

<sup>469</sup> Vgl. Genscher, Memorandum für die Schaffung eines Europäischen Währungsraumes.

<sup>470</sup> Vgl. Loth, Europas Einigung, S. 280.

<sup>471</sup> Vgl. Krotz / Schild, Shaping Europe, S. 192.

<sup>472</sup> Gerhard Stoltenberg, Zur weiteren Entwicklung der währungspolitischen Zusammenarbeit in Europa, 15.3.1988, abgedruckt in Krägenau / Wetter, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, S. 310.

weitgehende politisch-institutionelle Umgestaltung der Gemeinschaft in Richtung einer umfassenden Union fundiert werden.“<sup>473</sup>

Während Genscher in seinem Memorandum auf die Gefahren währungspolitischer Turbulenzen einging, was zumindest als Verständnis für die Schwierigkeiten anderer Volkswirtschaften interpretiert werden könnte, wies Stoltenberg Kritik an der Funktionsweise des EWS explizit zurück:

„Aus anderen Ländern stammende Hinweise auf eine angebliche ungleiche Lastenverteilung zugunsten der D-Mark (sog. Asymmetrie) im geltenden Wechselkurssystem des EWS werden nicht der tatsächlichen Entwicklung gerecht.“<sup>474</sup>

Kohl, der als Bundeskanzler zwischen den beiden Polen Integrationspolitik und Ordnungspolitik schwankte, tendierte gegen Ende der 1980er Jahre stärker zu der europäisch motivierten Position Genschers.<sup>475</sup> Gleichzeitig musste die Bundesregierung, ähnlich wie schon bei der Lancierung des EWS, in europapolitischen Verhandlungen der innenpolitischen Opposition seitens der Bundesbank und des Finanzministeriums gerecht werden.

Auf dem Europäischen Rat von Hannover im Juni 1988 wurden die verschiedenen Konzepte diskutiert und eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Kommissionspräsident Delors einberufen. An dieser waren ebenfalls die Präsidenten der nationalen Zentralbanken beteiligt. Anders als im Genscher-Memorandum angedacht, hatten sich Delors und auch Kohl dafür ausgesprochen, die Notenbankpräsidenten aller EWS-Staaten sowie drei unabhängige Experten in das Gremium aufzunehmen. Dass der Bereich der monetären Integration und die Teilnahme an Beratschlagungen über eine europäische Zentralbank für die Vorsitzenden der nationalen Notenbanken sehr sensible Themen waren, verdeutlichte das zwischenzeitliche Zögern des Bundesbankpräsidenten Pöhl.<sup>476</sup> Mit der Einberufung der Delors-Gruppe war nicht mehr nur die Verbesserung technischer Details des EWS Gegenstand der europapolitischen Agenda. Das Projekt der Weiterentwicklung der EG zu einer Wirtschafts- und Währungsunion war wieder aktuell. Es handelte sich ausdrücklich nicht um die Frage, *ob* eine Währungsunion zu realisieren sei, sondern *wie*.<sup>477</sup> Diese grundlegende Entscheidung ging auf eine europapolitische Interessenkonvergenz zwischen der deutschen und der französischen Regierung zurück: Kohl war bereit, die Währungsunion als politisches Projekt unter strikten Stabilitätsauflagen umzusetzen,

---

<sup>473</sup> Zitat ebd.

<sup>474</sup> Zitat ebd.

<sup>475</sup> Vgl. Rödder, 21.0, S. 283 sowie Tietmeyer, Herausforderung Euro, S. 116 f.

<sup>476</sup> Pöhl war darüber verärgert, dass die Leitung des Komitees Delors und nicht ihm übertragen wurde. Der Bundesbankpräsident fürchtete einen zu großen Einfluss der monetaristisch argumentierenden EG-Kommission. Vgl. Rödder, 21.0, S. 285 f.

<sup>477</sup> Vgl. Tietmeyer, Herausforderung Euro, S. 118 f.

während Mitterrand zur raschen Überwindung der geldpolitischen Asymmetrie bereit war, auf deutsche Forderungen wie die zeitnahe Liberalisierung des Kapitalverkehrs einzugehen.<sup>478</sup> Die Beratungen innerhalb des Gremiums fanden zu einem Zeitpunkt positiver konjunktureller Entwicklungen in den EG-Staaten, stabiler Wechselkurse, finanzieller Deregulierung und einer Intensivierung der innereuropäischen Handelsverflechtungen, insbesondere im Süden, statt<sup>479</sup> und konnten trotz einiger Spannungen innerhalb eines Jahres zu einem Abschluss gebracht werden.

Der Bericht der Delors-Gruppe<sup>480</sup> bewarb, ähnlich wie die Empfehlungen der Werner-Gruppe, einen stufenweisen Übergang zu einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. In einer ersten Etappe sollte demnach zunächst der Binnenmarkt vollendet und der Kapitalverkehr liberalisiert werden. Ebenso sollte nationale Wirtschaftspolitiken enger koordiniert werden, sämtliche EG-Währungen dem Wechselkursmechanismus beitreten und die Kompetenzen der Zentralbankpräsidenten gestärkt werden. Diese erste Stufe war auf Grundlage der bestehenden Verträge umsetzbar. Vor dem Übergang zur nächsten Etappe stand die Aushandlung und Ratifizierung eines Vertrags über die Wirtschafts- und Währungsunion. Die zweite Stufe des Plans sah die Schaffung eines europäischen Zentralbankensystems vor, das temporär neben den nationalen Institutionen bestehen und die in einer dritten Phase vorgesehene Übertragung währungspolitischer Kompetenzen auf eine einheitliche europäische Zentralbank vorbereiten sollte. Analog sollten weitreichende wirtschaftspolitische Kompetenzen supranationalisiert werden. Diese finale Stufe umfasste ebenfalls die unwiderrufliche Fixierung der Wechselkursparitäten und nach Möglichkeit die Einführung einer Gemeinschaftswährung.<sup>481</sup>

In dem Dokument wurden wesentliche deutsche ordnungspolitische Grundsätze auf die Konstruktion eines einheitlichen europäischen Währungsraums übertragen. Hierzu zählten insbesondere die schrittweise Errichtung eines politisch unabhängigen europäischen Zentralbankensystems, dessen prioritärer Auftrag die Sicherung der Geldwertstabilität war sowie der Verweis auf ein hohes Maß wirtschaftlicher Konvergenz als Bedingung für monetäre Integration.<sup>482</sup> Beispielsweise mahnte Bundesbankpräsident Pöhl an, dass eine neue währungspolitische Architektur nur unter der Voraussetzung realisierbar sei, dass sie nicht hinter der Stabilitätsorientierung deutscher Geldpolitik

---

<sup>478</sup> Vgl. Größ, Aufbruch in ein neues Währungszeitalter, S. 204 f.

<sup>479</sup> Vgl. Larry Neal, The Economics of Europe and the European Union, Cambridge 2007, S. 103.

<sup>480</sup> Jacques Delors et. al., Report on economic and monetary Union in the European Community, 17.4. 1989, online verfügbar unter: [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/publications/publication6161\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication6161_en.pdf) (10.2.16).

<sup>481</sup> Vgl. Gerbet, La construction de l'Europe, S. 365 f. sowie Rolf J. Daxhammer, et. al., Der Europäische Integrationsprozess: wirtschaftliche, politische und institutionelle Einigung Europas, Stuttgart 2006, S. 81.

<sup>482</sup> Vgl. Tietmeyer, Herausforderung Euro, S. 123 f.



zurückfalle. Auch in einem europäischen Kontext dürfe es keine Finanzierung öffentlicher Defizite durch die Notenbank geben.<sup>483</sup>

Während mit Blick auf diese Prinzipien Einigkeit bestand und selbst der französische Vertreter Jacques de Larosière dem Konzept einer unabhängigen Zentralbank zustimmte,<sup>484</sup> gab es zwei Streitpunkte, die nicht abschließend geklärt werden konnten: Die französische Konzeption griff alte monetaristische Muster auf und strebte die Installation eines europäischen Reservefonds bereits in der ersten Stufe der Währungsintegration an. Dieser sollte durch eine teilweise Zusammenlegung nationaler Reserven gespeist werden. Im operativen Geschäft würde der Reservefonds unter anderem in der Geld- und Devisenpolitik gemeinschaftlich ausgearbeitete Empfehlungen für nationale Zentralbanken aussprechen. Dieser Vorstoß fand keine Unterstützung in der Delors-Gruppe und wurde auf Beharren Larosières als Minderheitsposition im Abschlussbericht festgehalten.<sup>485</sup>

Weiterhin war umstritten, innerhalb welcher Zeiträume und unter welchen Bedingungen die Übergänge zwischen den einzelnen Etappen des Plans vorgenommen werden sollten. Nach dem zuvor benannten Muster lehnte es Pöhl ab, in Unkenntnis über die Entwicklung makroökonomischer Homogenität fixe Termine für die zweite und dritte Stufe zu benennen. Dieser setzte sich innerhalb des Gremiums durch, so dass im Abschlussbericht lediglich ausgeführt wurde, dass es nicht ratsam sei, keinen Zeitplan festzulegen.<sup>486</sup>

Die Bewertung des Delors-Berichts in Deutschland und Frankreich zeigte den Gegensatz zwischen Integrations- und Ordnungspolitikern auf: Die Außenminister Genscher und Dumas unterstützten das Dokument vollumfänglich, während Pöhl und Finanzminister Waigel Vorbehalte hinsichtlich voreiliger Integrationsschritte äußerten. Innerhalb Frankreichs war die Trennschärfe deutlicher ausgeprägt: der proeuropäischen Position Mitterrands stand die Skepsis des Finanzministers Bérégovoy gegenüber. Dieser äußerte ebenfalls Zweifel an einem zu engen Zeitplan für die WWU und stellte darüber hinaus die Unabhängigkeit der europäischen Zentralbank in Frage. Pierre Bérégovoy warb dafür, in der finalen Stufe die Gestaltung der gemeinsamen Geldpolitik einer politischen Autorität und nicht einer „institution à des fonctionnaires“<sup>487</sup> anzuvertrauen.<sup>488</sup> Howarth

---

<sup>483</sup> Vgl. Größ, Aufbruch in ein neues Währungszeitalter, S. 207 f.

<sup>484</sup> Diese Haltung stieß innerhalb des französischen Finanzministeriums auf Kritik. Vgl. Tietmeyer, Herausforderung Euro, S. 125 sowie umfassend Dyson / Featherstone, The Road to Maastricht, S. 185 f.

<sup>485</sup> Vgl. Größ, Aufbruch in ein neues Währungszeitalter, S. 209 f.

<sup>486</sup> Vgl. Delors, Report on economic and monetary Union: „The conditions for moving from stage to stage cannot be defined precisely in advance; nor is it possible to foresee today when these conditions will be realized. The setting of explicit deadlines is therefore not advisable.“ Vgl. auch Howarth, The French Road to European Monetary Union, S. 116.

<sup>487</sup> „Bérégovoy favorable à une autorité politique“, in: Le Figaro, 19.4.89, zitiert nach: Größ, Aufbruch in ein neues Währungszeitalter, S. 214.

<sup>488</sup> Vgl. Größ, Aufbruch in ein neues Währungszeitalter, S. 212 ff.

kommt zu der Einschätzung, dass Mitterrand Kritik aus dem Finanzministerium an den WWU-Plänen zuließ, um somit größeren Druck auf seine europäischen Verhandlungspartner, in besonderem Maße die Bundesrepublik, aufbauen zu können.<sup>489</sup> Deren wirtschaftliche Stärke sah Mitterrand als Machtfaktor an, den es in einen europäischen Kontext einzubinden galt:

„Tout est rapport de forces. L'Allemagne est divisée, même si elle reste un grand pays, un grand peuple. Elle est privée des attributs de la souveraineté. Elle tient à sa puissance. Or, sa puissance, c'est l'économie, et le Deutsche Mark en est la force atomique.“<sup>490</sup>

Der Stufenplan des Delors-Berichts wurde auf dem folgenden Europäischen Rat im Juni 1989 in Madrid als Grundlage für die weitere Integration angenommen. Die Staats- und Regierungschefs einigten sich darauf, am 1. Juli 1990 die erste Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion beginnen zu lassen. Für die notwendigen Vertragsänderungen in den weiteren Stufen wurde die Einberufung einer Regierungskonferenz vereinbart. Somit fiel die grundsätzliche Entscheidung für eine Wirtschafts- und Währungsunion vor dem Mauerfall und der deutschen Wiedervereinigung. Die Einführung einer Gemeinschaftswährung war keine Gegenleistung für die Wiedervereinigung, jedoch wurde der Prozess hin zu der Realisierung der WWU hierdurch stark beschleunigt.<sup>491</sup> Ein entscheidendes Zugeständnis der Bundesregierung im Umfeld der sich abzeichnenden Wiedervereinigung lag in der Zustimmung zu französischen Forderungen im Hinblick auf den Zeitplan. Im Vorfeld des Europäischen Rats von Straßburg im Dezember 1989 hatte Kohl in einem Brief an Mitterrand zunächst vorgeschlagen, dass auf dem Gipfeltreffen eine Regierungskonferenz vorbereitet, über deren Einsetzung jedoch ein Jahr später entschieden werden sollte.<sup>492</sup> Auch unter dem Eindruck vehementer französischer Forderungen<sup>493</sup> eines klaren Bekenntnisses eines zukünftig vereinten Deutschlands zur West-Integration wandelte Kohl seine Position entscheidend ab und stimmte einem Gipfelbeschluss über die Einsetzung einer Regierungskonferenz innerhalb eines Jahres zu. Gleichzeitig war der Bundeskanzler bereit, sein Ziel einer politischen Union der Währungsunion nachzuordnen.<sup>494</sup> Dies war ein Erfolg für Mitterrand, der auf eine schnelle

---

<sup>489</sup> Vgl. Howarth, *The French Road to European Monetary Union*, S. 143 f.

<sup>490</sup> Zitat François Mitterrand am 17.08.88 in Jacques Attali, *Verbatim. Tome III: Chronique des années 1988-1991*, Paris 1995, S. 74; zitiert nach Größ, *Aufbruch in ein neues Währungszeitalter*, S. 205.

<sup>491</sup> Vgl. Woyke, *Das deutsch-französische Tandem*, S. 104 f.

<sup>492</sup> Ein Grund für die abwartende Haltung Kohl könnte gewesen sein, dass er das Thema einer Regierungskonferenz und die Perspektive einer Aufgabe der D-Mark nicht zum Gegenstand der Bundestagswahl im Dezember 1990 werden lassen wollte. Vgl. Christian Lequesne, *Frankreich im neuen Europa*, Baden-Baden 2010, S. 28. Vgl. Ulrich Lappenküper, *Die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen in den 1980er und 1990er Jahren*, in: *Historisch-politische Mitteilungen - Archiv für christlich-demokratische Politik*, Band 20, 2013, S. 247-264. Vgl. Hélène Miard-Delacroix, *Le défi européen: de 1963 à nos jours*, Villeneuve-d'Ascq 2011, hier: S. 101-116.

<sup>493</sup> Vgl. Brunn, *Die Europäische Einigung*, S. 268.

<sup>494</sup> Vgl. Rödder, 21.0, S. 288 ff. sowie Loth, *Europas Einigung*, S. 286 f.

Umsetzung der Währungsunion drängte und die französische Ratspräsidentschaft Ende 1989 durch die Festlegung einer Regierungskonferenz krönen wollte.<sup>495</sup>

### 2.4.3 Der Vertrag von Maastricht

Auf dem Europäischen Rat von Dublin im Juni 1990 wurde die grundsätzliche Einigung über die Einberufung einer zweiten Regierungskonferenz, zum Thema der Politischen Union, erzielt. Beide Regierungskonferenzen wurden Ende des Jahres in Rom lanciert und sollten Verträge über WWU und Politische Union ausarbeiten, die vor Vollendung des Binnenmarktes in Kraft treten könnten. Auf dem Maastrichter Gipfeltreffen im Dezember 1991 konnten die Ergebnisse der beiden Gremien in dem Vertrag über die Europäische Union<sup>496</sup> zusammengefasst werden.<sup>497</sup> Die Verhandlungen im Bereich der Währungsintegration konnten, wie zuvor geschildert, in einem Umfeld hoher Wechselkursstabilität stattfinden.<sup>498</sup> Schwierigkeiten für die Konsensfindung ergab sich jedoch aus der Vielzahl an Konzepten für die Umsetzung des Delors-Plans und den Übergang zu einer Wirtschafts- und Währungsunion. Im Vorfeld der Regierungskonferenz konkurrierten verschiedene Modelle: Großbritannien warb in Person von Schatzkanzler John Major für die parallele Verwendung von ECU und nationalen Währungen, während der deutsche Bundesbankpräsident Pöhl eine abgestufte Integration vorzog, bei der eine kleine Gruppe von Staaten, die über eine ausreichende wirtschaftliche Konvergenz und Stabilität verfügten, in eine Währungsunion eintreten würden und andere Partnerländer zu einem späteren Zeitpunkt anschließen könnten. Der spanische Finanzminister wiederum sprach sich dafür aus, den Prozess insgesamt zu verlangsamen, so dass alle zwölf EG-Staaten in der Lage wären, gemeinsam den Übergang zu bewerkstelligen.<sup>499</sup>

Die Arbeiten hinsichtlich einer politischen Union waren nochmals komplexer, da im Gegensatz zur Wirtschafts- und Währungsunion die Terminologie einen größeren Interpretationsspielraum ließ und die Widerstände gegen umfassende Kompetenztransfers teils sehr groß waren. Mitterrand und Kohl legten zwar im Dezember 1990 ein gemeinsames Positionspapier vor, in dem sie u.a. forderten, die Sicherheits- und Verteidigungspolitik supranational zu organisieren, die Rolle des Europäischen Parlaments zu stärken und eine europäische Staatsbürgerschaft einzuführen.<sup>500</sup> Trotz dieser

---

<sup>495</sup> Vgl. Angelika Praus, *Das Ende einer Ausnahme - Frankreich und die Zeitenwende 1989/90*, Marburg 2014, S. 206 f. sowie Howarth, *The French Road to European Monetary Union*, S. 119 f.

<sup>496</sup> Vertrag über die Europäische Union (92/C 191/01), online verfügbar unter [http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/Basis/Geschichte/EGKSbisEWG/Pdf/VERT\\_RAG\\_Maastricht.pdf](http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/Basis/Geschichte/EGKSbisEWG/Pdf/VERT_RAG_Maastricht.pdf) (02.06.16).

<sup>497</sup> Vgl. Gabriele Clemens, et. al., *Geschichte der europäischen Integration*, Paderborn 2008, S. 226.

<sup>498</sup> Vgl. Michel Lelart, *La construction monétaire européenne*, Paris 1994, S. 80.

<sup>499</sup> Vgl. Bitsch, *Histoire de la construction européenne*, S. 248.

<sup>500</sup> Gemeinsame Botschaft von François Mitterrand und Helmut Kohl, 6.12.90, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 11.12.1990, Nr. 144. Bonn, hier: S. 1513.

gemeinsamen Initiative setzten Frankreich und die Bundesrepublik unterschiedliche Prioritäten in den Verhandlungen: für die französische Regierung war die Währungsunion vorrangiges Ziel, während für die Bundesregierung der Überbau einer politischen Union einen höheren Stellenwert hatte. Letztlich gingen nur Einzelaspekte aus den Debatten über eine politische Union auf die Gemeinschaftsebene über, ohne dass ein Gesamtkonstrukt im Sinne einer politischen Union definiert werden konnte.<sup>501</sup>

Mit dem Vertrag von Maastricht wurden die rechtlichen Grundlagen für die Einführung einer einheitlichen Währung innerhalb der EG/EU gelegt. Die Bestimmungen über die zu errichtende Wirtschafts- und Währungsunion gingen zu großen Teilen auf deutsch-französische Kompromisse zurück, wobei die Bundesregierung konstitutive Elemente deutscher Ordnungspolitik auf die WWU übertragen konnte.

Zu den grundlegenden Zielen der Europäischen Union zählt gemäß dem Vertrag von Maastricht:

„(...) die Förderung eines ausgewogenen und dauerhaften wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts, insbesondere durch Schaffung eines Raumes ohne Binnengrenzen, durch Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts und durch Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion, die auf längere Sicht auch eine einheitliche Währung nach Maßgabe dieses Vertrags umfaßt.“<sup>502</sup>

Die Artikel 102 bis 109 umfassen die Bestimmungen zur Wirtschafts- und Währungspolitik.<sup>503</sup> Die Wirtschaftspolitik verbleibt im Gegensatz zu Währungsfragen in nationalstaatlicher Kompetenz. Nach Art. 102 sind die Mitgliedsstaaten angehalten, „ihre Wirtschaftspolitik als Angelegenheit von gemeinsamem Interesse“ zu betrachten und sie im Rat zu koordinieren. Auf Empfehlung der Kommission erstellt der Rat mit qualifizierter Mehrheit einen Entwurf für die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten. Nach ähnlichem Muster spricht der Rat auch Empfehlungen aus, die jedoch nicht verbindlich sind. Die wirtschaftliche Entwicklung der Mitgliedsstaaten wird in einem multilateralen Verfahren überwacht, in welchem sie der Kommission „Angaben zu wichtigen einzelstaatlichen Maßnahmen auf dem Gebiet ihrer Wirtschaftspolitik sowie weitere von ihnen für erforderlich erachtete Angaben“<sup>504</sup> übermitteln.

Die Regelungen in Bezug auf Haushaltsdefizite sind spezifischer: Nationalen Regierungen sowie Gemeinschaftsorganen ist es untersagt, Kredite der EZB oder einer nationalen Notenbank in Anspruch zu nehmen.<sup>505</sup> Weiterhin ausgeschlossen wird die Haftung der Gemeinschaft oder eines Mitgliedsstaates für die Verbindlichkeiten einer

---

<sup>501</sup> Vgl. Brunn, Die Europäische Einigung, S. 270 ff. sowie Gerbet, La construction de l'Europe, S. 376 ff.

<sup>502</sup> Artikel B.

<sup>503</sup> Vgl. nachfolgend zusammenfassend Woyke, Das deutsch-französische Tandem, S. 108-111.

<sup>504</sup> Art. 103, Absatz 3.

<sup>505</sup> Art. 104, Absatz 1.

Regierung.<sup>506</sup> Finanzielle Unterstützung der Gemeinschaft an einen Mitgliedsstaat ist lediglich in dem Fall denkbar, wenn sich dieser „aufgrund außergewöhnlicher Ereignisse, die sich seiner Kontrolle entziehen, von Schwierigkeiten betroffen“ ist.<sup>507</sup> Die Mitgliedsstaaten haben übermäßige Haushaltsdefizite zu vermeiden. Wenn die Kommission die Überschreitung bestimmter Referenzwerte feststellt, ist der Rat mit qualifizierter Mehrheit dazu berechtigt, verschiedene Sanktionen, von der Verpflichtung höherer Transparenz bei der Emission von Schuldverschreibungen bis hin zu Geldbußen, zu erlassen.<sup>508</sup>

Der unterschiedliche Detailgrad der Bestimmungen verdeutlicht ein Übergewicht der währungspolitischen Integration gegenüber einer unverbindlichen Koordination nationaler Wirtschaftspolitiken. Gleichermaßen besteht im Vertrag von Maastricht ein Ungleichgewicht zwischen der Wirtschafts- und Währungsunion und der schwach ausgeprägten politischen Union.<sup>509</sup>

Artikel 105 räumt dem Zentralbankensystem einen eindeutigen Auftrag zur Sicherung der Preisstabilität und diesem Ziel nachgeordnet eine unterstützende Funktion der Wirtschaftspolitik ein.<sup>510</sup> Darüber hinaus erhält die EZB einen Status völliger politischer Unabhängigkeit. Ihr ist es untersagt, „Weisungen von Organen oder Einrichtungen der Gemeinschaft, Regierungen der Mitgliedstaaten oder anderen Stellen ein[zu]holen oder entgegen[zu]nehmen.“<sup>511</sup>

Neben einer Überführung der nationalen Notenbanken in die politische Unabhängigkeit müssen Anwärter auf die Teilnahme an der WWU nachweisen, dass sie ökonomische Stabilitätsvoraussetzungen erfüllen um das reibungslose Funktionieren der Währungsunion nicht zu gefährden. Die in Artikel 109j definierten Konvergenzkriterien umfassen Vorgaben über die Preisstabilität<sup>512</sup>, den Umfang und die Entwicklung des

---

<sup>506</sup> Art. 104 b, Absatz 1.

<sup>507</sup> Art. 103 a, Absatz 2.

<sup>508</sup> Art. 104 c.

<sup>509</sup> Vgl. Andreas Kees, Maastricht - Vorentscheidung für eine europäische Währung, in: Franz Zehetner, Hg., Auf dem Wege zur Europäischen Währungsunion. Symposium zum 65. Geburtstag von o. Professor Dr. iur. Dr. h.c. Hugo J. Hahn, Baden-Baden 1993, S. 19-36, hier: S. 20.

<sup>510</sup> Vgl. Art. 105: „Das vorrangige Ziel des ESZB ist es, die Preisstabilität zu gewährleisten. Soweit dies ohne Beeinträchtigung des Zieles der Preisstabilität möglich ist, unterstützt das ESZB die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft, um zur Verwirklichung der in Artikel 2 festgelegten Ziele der Gemeinschaft beizutragen.“

<sup>511</sup> Art 107.

<sup>512</sup> „Erreichung eines hohen Grades an Preisstabilität, ersichtlich aus einer Inflationsrate, die der Inflationsrate jener - höchstens drei - Mitgliedstaaten nahekommt, die auf dem Gebiet der Preisstabilität das beste Ergebnis erzielt haben“.

öffentlichen Defizits<sup>513</sup>, die erfolgreiche Teilnahme am Wechselkursmechanismus<sup>514</sup> sowie die Höhe der langfristigen Zinssätze.<sup>515</sup>

Die vereinbarten Regelungen über die Grundpfeiler der Währungsunion griffen Erfahrungen aus den früheren gescheiterten Integrationsversuchen auf: Aus dem Werner-Bericht wurden die Prinzipien der Kapitalfreiheit und der vollen Konvertibilität ohne Schwankungsbreiten übernommen. Darüber hinaus nahm die Institution der Zentralbank eine prominentere und klarere Rolle ein. Anders als der EFWZ war die EZB mit einem eindeutigen geldpolitischen Auftrag zum Erhalt der Preisstabilität und einem Verbot der Finanzierung von staatlichen Defiziten versehen. Zudem verstärkte die multilaterale Überwachung der Fiskal- und Budgetpolitik in Form von Konvergenzregeln mit Sanktionsmöglichkeiten im Vergleich zu früheren Integrationsansätzen die Anreize zur Politikkoordination unter den Teilnehmerstaaten.<sup>516</sup>

Im Vertrag von Maastricht wurde der Beginn der zweiten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion auf den 1. Januar 1994 terminiert. Wie im Delors-Plan angedacht, nahm zu diesem Zeitpunkt das Europäische Währungsinstitut (EWI) seine Arbeit auf und bereitete die Schaffung des europäischen Zentralbankensystems in der finalen Stufe vor. Das EWI verwaltete das EWS und koordinierte die endgültige Fixierung der Tauschverhältnisse zwischen den nationalen Währungen. Der Vorläufer der EZB verfügte über keine geldpolitischen Kompetenzen. Diese gingen erst in der 3. Stufe auf die Gemeinschaftsebene über.<sup>517</sup>

---

<sup>513</sup> „Die Kommission überwacht die Entwicklung der Haushaltslage und der Höhe des öffentlichen Schuldenstands in den Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Feststellung schwerwiegender Fehler. Insbesondere prüft sie die Einhaltung der Haushaltsdisziplin anhand von zwei Kriterien, nämlich daran,

a) ob das Verhältnis des geplanten oder tatsächlichen öffentlichen Defizits zum Bruttoinlandsprodukt einen bestimmten Referenzwert überschreitet, es sei denn, daß - entweder das Verhältnis erheblich und laufend zurückgegangen ist und einen Wert in der Nähe des Referenzwerts erreicht hat - oder der Referenzwert nur ausnahmsweise und vorübergehend überschritten wird und das Verhältnis in der Nähe des Referenzwerts bleibt,

b) ob das Verhältnis des öffentlichen Schuldenstands zum Bruttoinlandsprodukt einen bestimmten Referenzwert überschreitet, es sei denn, daß das Verhältnis hinreichend rückläufig ist und sich rasch genug dem Referenzwert nähert.“

<sup>514</sup> „Einhaltung der normalen Bandbreiten des Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems seit mindestens zwei Jahren ohne Abwertung gegenüber der Währung eines anderen Mitgliedstaats“.

<sup>515</sup> „Dauerhaftigkeit der von dem Mitgliedstaat erreichten Konvergenz und seiner Teilnahme am Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems, die im Niveau der langfristigen Zinssätze zum Ausdruck kommt“.

<sup>516</sup> Vgl. Francesco Papadia / Fabrizio Saccomanni, From the Werner Plan to the Maastricht Treaty: Europe's stubborn quest for monetary union, in: Alfred Steinherr, Hg., 30 Years of European monetary integration from the Werner Plan to EMU, London 1994, S. 57-68, hier: S. 64.

<sup>517</sup> Vgl. Jürgen Mittag, Kleine Geschichte der Europäischen Union - Von der Europaidee bis zur Gegenwart, Münster 2008, S. 251.

Ein Datum für den Übergang zur dritten Stufe wird im Vertrag von Maastricht nicht vereinbart. Die Mitgliedsstaaten erklären die „Unumkehrbarkeit des Übergangs der Gemeinschaft zur dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion“<sup>518</sup> und bekunden den Wunsch einer raschen Transition. Ein Termin soll im Laufe des Jahres 1997 festgelegt werden, spätestens jedoch soll die Wirtschafts- und Währungsunion zum 1. Januar 1999 starten.<sup>519</sup> Auf dem Europäischen Rat von Cannes 1995 einigten sich die Staats- und Regierungschefs angesichts konjunktureller Schwächephasen in einigen EU-Staaten darauf, die WWU erst zu Beginn des Jahres 1999 starten zu lassen. Vor dem Hintergrund anhaltender wirtschaftlicher Probleme intensivierte sich in der Folge in der EU die Debatte um die Auslegung der Aufnahmebedingungen, die teilweise als zu strikt kritisiert wurden. Forderungen nach Haushaltsspielräumen für eine aktive Beschäftigungspolitik liefen den Bestimmungen der Konvergenzkriterien zuwider und wurden im 1996 beschlossenen Stabilitäts- und Wachstumspakt rein symbolhaft aufgegriffen. Dieser bestätigte in erster Linie die Konvergenzkriterien und schrieb die Vorgaben über budgetäre Disziplin über den Start der WWU hinaus fest: Die jährliche Neuverschuldung eines Staates darf 3% des BIP nicht übertreffen, ebenso wie die Gesamtverschulden nicht über 60% des BIP liegen darf. Andernfalls können ein Defizitverfahren eröffnet und Sanktionen verhängt werden.<sup>520</sup>

Im Mai 1998 entschied der Rat auf Grundlage sogenannter Konvergenzberichte durch das EWI über die Teilnehmer am Start der WWU. Dies waren elf von damals 15 EU-Mitgliedern: Belgien, Deutschland, Frankreich, Finnland, Italien, Irland, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien. Griechenland erfüllte die Konvergenzkriterien nicht und wurde entsprechend nicht aufgenommen. Dänemark und Großbritannien nutzen „Opt-Out“-Rechte, sie sind von der für Mitgliedsstaaten gültigen Verpflichtung zur Teilnahme an der Währungsunion bei Erfüllung der Konvergenzkriterien entbunden.<sup>521</sup> Gleichwohl muss betont werden, dass die vertraglich fixierten Aufnahmebedingungen Interpretationsspielräume, beispielsweise bei der Feststellung eines „hinreichend rückläufigen“ Schuldenstands, boten. Ein Teil der positiven Bescheide über eine Teilnahme an der WWU war in erster Linie politisch begründet und entsprach nicht einer ökonomisch strikten Auslegung der Kriterien.<sup>522</sup>

Am 1. Januar 2001 wurde die WWU mit dem Beitritt Griechenlands zum ersten Mal erweitert. In diesem Verfahren fanden die Konvergenzkriterien aus dem Vertrag von Maastricht Anwendung, wobei später bekannt wurde, dass die griechische Regierung keine

---

<sup>518</sup> Vertrag über die Europäische Union, Protokoll über den Übergang zur dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion.

<sup>519</sup> Vgl. Mittag, Kleine Geschichte der Europäischen Union, S. 252.

<sup>520</sup> Vgl. ebd.

<sup>521</sup> Vgl. Schwarzer, Die Europäische Währungsunion, S. 22.

<sup>522</sup> Vgl. Daxhammer, Der Europäische Integrationsprozess, S. 234.

korrekten Wirtschaftsdaten zur Prüfung eingereicht hatte. An diesem Fall verdeutlichte sich ein grundlegendes Problem bei Aufnahmeverfahren in die WWU und der laufenden Überprüfung der makroökonomischen Solidität: Mangels Zugriffsrechten waren die Statistikbehörde Eurostat und die Kommission auf die Übermittlung von Datensätzen durch die nationalen Regierungen angewiesen. Forderungen nach umfassenderen Kompetenzen für die europäischen Behörden wurden vom ECOFIN-Rat<sup>523</sup> lange Zeit mit dem Verweis auf die Sensibilität der Dokumente zurückgewiesen. Auch der deutsche und der französische Finanzminister sperrten sich im Jahr 2005 gegen eine Ausweitung der Zugriffsrechte.<sup>524</sup>

Seit der Gründung der WWU hat sich deren Mitgliederzahl stetig erhöht: nach den sukzessiven Beitritten von Slowenien, Zypern, Malta, der Slowakei, Estland und Lettland zählt die Währungsunion seit der Aufnahme Litauens zu Beginn des Jahres 2015 insgesamt 19 Teilnehmer. Vorerst ist keine schnelle Vergrößerung der Eurozone in Sicht, da die weiteren Kandidaten noch nicht alle Konvergenzkriterien erfüllen, wobei Schweden einen Sonderfall darstellt und bewusst einen Teil der Aufnahmebedingungen verfehlt.<sup>525</sup>

#### **2.4.4 Deutsch-französische Interessenskonflikte und Kompromisse**

Die im Vertrag von Maastricht ausgearbeitete Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion beruhte in erheblichem Umfang auf Kompromissen zwischen deutschen und französischen Präferenzen. Traditionelle Divergenzen, die schon die ersten Versuche der monetären Integration gekennzeichnet hatten, traten im Kontext der WWU-Verhandlungen wieder auf und bestimmen bis in die Gegenwart die Umsetzung und Weiterentwicklung der vertraglichen Grundlagen der Eurozone.<sup>526</sup>

Wie zuvor geschildert, war es im Interesse der französischen Regierung, die Realisierung der WWU durch die Fixierung eines Zeitplans zu beschleunigen, während in der Bundesrepublik insbesondere das Finanzministerium und die Bundesbank auf einer langfristig herbeigeführten Konvergenz bestanden. Dass im Vertrag von Maastricht ein verbindliches Datum für den Start der zweiten Stufe und ein garantierter Termin für die unwiderrufliche Einführung der Gemeinschaftswährung festgelegt wurde, entsprach der französischen Verhandlungsposition.<sup>527</sup> Kohl hatte mit seiner Zustimmung zum Eintritt in die Währungsunion dem Integrationserfolg einen höheren Stellenwert beigemessen als einer Stabilitätsgarantie für die gemeinsame Währung.<sup>528</sup> Gisela Hendriks fasst pointiert

---

<sup>523</sup> Rat der Wirtschafts- und Finanzminister

<sup>524</sup> Vgl. Schwarzer, Die Europäische Währungsunion, S. 26 f.

<sup>525</sup> Vgl. dpa, Litauen hat endgültig grünes Licht für Euro-Beitritt, FAZ, 23.07.14, online verfügbar unter <http://www.faz.net/agenturmeldungen/dpa/wirtschaft-litauen-hat-endgueltig-gruenes-licht-fuer-euro-beitritt-13060500.html> (04.06.16).

<sup>526</sup> Vgl. Hendriks, The Franco-German axis in European integration, S. 57 f.

<sup>527</sup> Vgl. Malcolm Levitt / Christopher Lord, The Political Economy of Monetary Union, S. 58 f.

<sup>528</sup> Vgl. Rödder, 21.0, S. 290.



zusammen: „Kohl’s support for EMU as had been Adenauer’s for the CAP was blatantly political in motivation and purpose.“<sup>529</sup>

Die Konvergenzkriterien entsprachen dem in der deutschen Politik mehrheitlich vertretenen Ansatz der Krönungstheorie. Auf Betreiben von Waigel wurden sie dauerhaft im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgeschrieben.<sup>530</sup> Der hohe Wert der Geldwertstabilität in der deutschen politischen Kultur kam in einer Bewegung zum Ausdruck, welche die genaue Einhaltung der 3,0%-Defizit-Grenze als unerlässlich für die Stabilität der gemeinsamen Währung erklärte. Die Betonung dieses Werts zielte auch darauf ab, eine unmittelbare Beteiligung des hoch verschuldeten Italiens an der Währungsunion zu verhindern. Hinsichtlich des Stabilitäts- und Wachstumspakts hatte das deutsche Finanzministerium einen Sanktionsautomatismus im Falle übermäßiger Defizite vorgesehen. Diese Forderung konnte jedoch in den Verhandlungen nicht durchgesetzt werden. Die französischen Verhandlungsführer akzeptierten das Prinzip der Haushaltsüberwachung durch die Kommission, sprachen sich aber für eine Auswertung politischer Entscheidungsspielräume aus.<sup>531</sup> In der Tat veränderte die letztendliche Bindung von Fragen nach dem Erreichen wirtschaftlicher Konvergenzkriterien oder der Feststellung eines sanktionswürdigen Defizits an eine Mehrheitsentscheidung im Ministerrat den Charakter der Regeln entscheidend.<sup>532</sup> Bei der Auswahl der Teilnehmer am Start der dritten Stufe überwogen eindeutig politische Motive. Nicht zuletzt verlor der regelbasierte Ansatz aufgrund von folgenlosen Verfehlungen Frankreichs und Deutschlands an Glaubwürdigkeit. Im Vorfeld des Übergangs zur WWU hatte Frankreich beispielsweise Pensionsfonds des Staatsunternehmens *France Télécom* von den öffentlichen Ausgaben ausgeklammert, während sich der deutsche Finanzminister vergeblich um eine höhere Bewertung der Goldreserven der Bundesbank bemühte, um somit das Defizit zu reduzieren. Diese Manipulationsversuche und die deutschen Schwierigkeiten, das Schuldenstandskriterium zu erfüllen, verminderten die Legitimität von Forderungen nach einer strikten Auslegung der Aufnahmebedingungen und einem Start mit einem kleinen Stabilitätskern. Mit der politisch motivierten weiten Auslegung der Konvergenzkriterien und dem Start der WWU mit insgesamt elf Teilnehmern hatte sich letztlich die monetaristisch geprägte französische Position durchgesetzt.<sup>533</sup>

Besonders weitreichend waren die deutsch-französischen Divergenzen mit Blick auf die Einrichtung der EZB. Gemäß den Bestimmungen des Vertrags von Maastricht war die europäische Zentralbank nach dem Modell der Bundesbank gestaltet. Insbesondere die

---

<sup>529</sup> Hendriks, *The Franco-German axis in European integration*, S. 71.

<sup>530</sup> Vgl. Mittag, *Kleine Geschichte der Europäischen Union*, S. 251.

<sup>531</sup> Vgl. Woyke, *Das deutsch-französische Tandem*, S. 115 f.

<sup>532</sup> Siehe Kapitel 3.2 Konstruktionsmängel des Euroraums

<sup>533</sup> Vgl. Cole, *Franco-German Relations*, S. 99.

politische Autonomie sowie das vorrangige Ziel der Inflationsbekämpfung waren grundlegende Bedingungen für die deutsche Beteiligung an der Wirtschafts- und Währungsunion. Für Frankreich bedeutete dies paradoxerweise, dass mit der WWU und einer einheitlichen Zentralbank zwar das Ziel der Überwindung der geldpolitischen Hegemonialstellung der Bundesbank erreicht werden konnte, die neue europäische Institution jedoch in ihrer ordoliberalen Ausrichtung nicht den währungspolitischen Traditionen des Landes entsprach. Die Unterordnung wirtschaftspolitischer Maßnahmen unter das Ziel der Preisstabilität sowie das Verbot von direkter Finanzierung des Staatshaushaltes durch die Zentralbank waren in Frankreich weit weniger selbstverständlich als in der deutschen Politik. Aus diesen Gründen sahen die politischen Eliten in Frankreich weiterhin Änderungsbedarf an den Regelungen der europäischen Währungsintegration.<sup>534</sup> Die *Banque de France* erhielt erst in Vorbereitung auf die WWU im Januar 1994 einen politisch unabhängigen Status. In Frankreich zählte die Geldpolitik traditionell zu den wirtschaftspolitischen Instrumenten. Die Anpassung an ein europäisches Modell nach deutschen Präferenzen machte den Rückgriff auf eine aktive Wechselkurspolitik unmöglich. Traditionell war französische Währungspolitik von der Auffassung bestimmt, dass Regierungen eine politische Kontrolle über die Leitlinien ausüben sollen. In diesem Kontext sind auch wiederholte Vorstöße französischer Politiker zur Schaffung eines politischen Gegengewichts, etwa in Form eines aufgewerteten ECOFIN-Rates oder des Europäischen Rates, zur EZB zu sehen.<sup>535</sup> Geldpolitik sollte nicht Technokraten überlassen werden, sondern von einer demokratisch legitimierten Wirtschaftsregierung mitgestaltet werden. Eine konkrete Ausgestaltung dieses Konzepts wurde nicht vorgenommen.<sup>536</sup> Obwohl französische Verhandlungsführer früh dem Prinzip der Zentralbankautonomie zustimmten<sup>537</sup>, verdeutlichten Kabinettsbeschlüsse sowie Interviews von Mitterrand, de Larosière und Bérégovoy eine von deutschen Traditionen abweichende Interpretation des Autonomiebegriffs. Versicherungen über die Notwendigkeit der Zentralbankunabhängigkeit wurden verschiedentlich relativiert:

„Needless to say, any such construction would be meaningless unless directed towards monetary stability, which is the pre-condition of all enduring growth, and unless it is based on sound, credible institutions enjoying adequate autonomy vis-à-vis national governments and Community institutions.”<sup>538</sup>

---

<sup>534</sup> Vgl. Pascal Kauffmann, L'UEM, Maastricht et la BCE: controverses franco-allemandes, in: Hazouard, France-Allemagne: Cultures monétaires et budgétaires, S. 61-72.

<sup>535</sup> Vgl. Hendriks, The Franco-German axis in European integration, S. 72 ff.

<sup>536</sup> Vgl. Krotz / Schild, Shaping Europe, S. 195 f.

<sup>537</sup> So Larosière in der Delors-Gruppe. Siehe Unterpunkt 2.3.2

<sup>538</sup> Jacques de Larosière, National Monetary Policy and the Construction of the European Monetary Union, Rede auf dem Zweiten Internationalen Bankenabend, Frankfurt, 8.11.89, abgedruckt in Krägenau / Wetter, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, S. 338 f.

Ein wesentlicher Perzeptionsunterschied zwischen Frankreich und Deutschland in Bezug auf die Rolle einer Zentralbank bestand darin, dass der französische Wirtschafts- und Finanzminister die Banque de France bereits 1990 als „anerkanntermaßen autonom“ bezeichnete und im Hinblick auf das ESZB keine Notwendigkeit sah, den Status der Notenbank zu ändern. Bérégovoy bekräftigte in einem Interview für Les Echos die politische Autonomie der europäischen Zentralbank, um unmittelbar einzuschränken: „Die währungspolitische Unabhängigkeit bedeutet jedoch nicht, daß man nicht weiß, was politisch notwendig ist.“<sup>539</sup> Seiner Interpretation zufolge müsste die Zentralbank ihre geldpolitischen Entscheidungen eigenständig festlegen können. Dies sollte jedoch innerhalb eines durch eine politische Behörde definierten „Rahmen wirtschaftspolitischer Leitlinien“ geschehen.<sup>540</sup> Die politische Unabhängigkeit galt ausdrücklich nur gegenüber nationalen Regierungen, nicht jedoch gegenüber der europäischen Wirtschaftsregierung. Dieser Grundsatz wurde im Dezember 1990 in einem Beschluss des französischen Kabinetts dargelegt. Darin wurde die EZB als „gegenüber den Regierungen weisungsunabhängig“ beschrieben, im Folgenden allerdings spezifiziert:

„[D]ie Unabhängigkeit der Währungsinstitution versteht sich nur im Zusammenhang mit einer starken „Wirtschaftsregierung“. Diese soll völlig demokratisch sein und die Nationalstaaten unmittelbar verpflichten können, die weiterhin für die Wirtschaftspolitik grundsätzlich zuständig sind.“<sup>541</sup>

Nach diesem Muster argumentierte Mitterrand auch nach Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht. Der Staatschef erläuterte, dass die EZB keine Entscheidungen träge, sondern lediglich Vorgaben des Europäischen Rates umsetzte und die wirtschaftspolitischen Orientierungen der Staats- und Regierungschefs geldpolitisch unterstütze.<sup>542</sup>

Aus deutscher Perspektive wiederum wurde jegliche Infragestellung der politischen Unabhängigkeit der EZB kritisch gesehen, da diese ein Kernelement der WWU darstellte. Ebenso wie die Bundesbank, die in der Bevölkerung großes Ansehen für die Wahrung der Preisstabilität genoss, sollte die europäische Zentralbank dem Druck politischer Prozesse entzogen werden, welche stärker von kurzfristigen, wahltaktischen Motiven als von einer langfristigen Stabilitätsorientierung geprägt sind.<sup>543</sup>

---

<sup>539</sup> Pierre Bérégovoy, Interview in Les Echos, Paris, 19.11.90, abgedruckt in Krägenau / Wetter, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, S. 341.

<sup>540</sup> Ebd.

<sup>541</sup> Communiqué des französischen Kabinetts, Fortschritte auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion, 05.12.90, abgedruckt in Krägenau / Wetter, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, S. 342.

<sup>542</sup> Vgl. Woyke, Das deutsch-französische Tandem, S. 118 f.

<sup>543</sup> Vgl. Hendriks, The Franco-German axis in European integration, S. 72 ff.

Entscheidungen in Bezug auf die Wechselkurspolitik der Gemeinschaft sollten nach dem Willen der Bundesregierung im ECOFIN-Rat getroffen werden, dies jedoch einstimmig und in Absprache mit der EZB. Feste Wechselkurse oder aber Zielvorgaben gegenüber dem Dollar und weiteren Drittwährungen wie sie von Frankreich präferiert wurden<sup>544</sup> sollten nicht gegen den Willen deutscher Währungspolitiker durchsetzbar sein. Gleichzeitig sollte die EZB auch auf diesem Gebiet vor politischer Einflussnahme geschützt werden.<sup>545</sup> Der letztlich im Vertrag von Maastricht gefundene Kompromiss orientierte sich stärker an den deutschen Vorstellungen: Dem Rat wurde in Artikel 109 zwar die Kompetenz zugesprochen, Wechselkursregelungen gegenüber Drittwährungen zu treffen und allgemeine Orientierungen vorzugeben, die währungspolitische Umsetzung war jedoch vertraglich an „das vorrangige Ziel des ESZB, die Preisstabilität zu gewährleisten.“<sup>546</sup>

Die Bundesregierung und die Bundesbank hatten sich darüber hinaus erfolgreich gegen Forderungen der Kommission und der französischen Regierung nach einer Schaffung des ESZB bereits in der zweiten Stufe der WWU gestellt. Sie befürchteten, dass eine voreilige Installation des europäischen Zentralbankensystems den Einfluss der Bundesbank unnötig früh, vor dem endgültigen Übergang zur einheitlichen Währung in der dritten Stufe, beeinträchtigen könnte.<sup>547</sup>

Mit der Schaffung des EWI zur Vorbereitung des ESZB in der zweiten Stufe hatte sich demnach die deutsche Position durchgesetzt. Auch auf symbolischer Ebene wurden weitreichende Entscheidungen gefällt, beginnend mit der Festlegung der Bezeichnung *Euro* anstelle des lange Zeit von Frankreich beworbenen *Ecu* für die neue Währung. Dass das neue Währungsinstitut in Frankfurt installiert wurde, konnte überdies als Orientierung am Modell der Bundesbank interpretiert werden.<sup>548</sup> Auch bei der Ortswahl für den Sitz der EZB konnte sich die französische Regierung schließlich mit ihren Vorschlägen (Paris oder Brüssel) nicht durchsetzen, das währungspolitische Zentrum der Eurozone wurde ebenfalls in Frankfurt installiert.<sup>549</sup> Der Wettstreit um die mit der EZB verknüpfte Symbolik fand einen besonderen Ausdruck in der Wahl ihres ersten Präsidenten: Innerhalb des Europäischen Rats bestand Einigkeit über die Ernennung des Niederländers Wim Duisenberg, der seit 1996 den Vorsitz des EWI innehatte. Staatspräsident Chirac versuchte indes den Generaldirektor der Banque de France, Jean-Claude Trichet, als Kandidaten durchzusetzen. Erst eine Kompromisslösung, die vorsah, dass Duisenberg zur Hälfte der vertraglich vorgesehenen Amtszeit von acht Jahren zugunsten von Trichet ausscheiden

---

<sup>544</sup> Vgl. Bérégovoy, Interview in Les Echos, 19.11.90.

<sup>545</sup> Vgl. Krägenau / Wetter, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, S. 58 f.

<sup>546</sup> Vertrag über die Europäische Union, Art. 109, Absatz 2.; vgl. Erläuterungen bei Krotz / Schild, Shaping Europe, S. 196 f.

<sup>547</sup> Vgl. ebd. S. 61 f.

<sup>548</sup> Vgl. Woyke, Das deutsch-französische Tandem, S. 119.

<sup>549</sup> Vgl. Moravcsik, The choice for Europe, S. 382 und S. 445.

würde, konnte die Blockade im Europäischen Rat lösen. Das Beharren Chiracs auf dem eigenen Kandidaten ist im Kontext eines Führungsstreits um die Ausrichtung und Gestaltung der WWU zu sehen. Innerhalb Frankreichs wurde vermehrt Kritik geäußert an einer zu stark nach deutschen Ordnungsvorstellungen geprägten Währungsunion.<sup>550</sup> Diesen Eindruck galt es für Chirac zu korrigieren.<sup>551</sup>

Die deutsch-französischen Kompromisse im Vertrag von Maastricht wurden ebenso wie das gesamte Vertragswerk in beiden Nachbarstaaten intensiv in der Öffentlichkeit diskutiert. An den Debatten waren in erster Linie Ökonomen, Politiker, Historiker und Politikwissenschaftler beteiligt, die ihre Einschätzungen und Meinungsverschiedenheiten medial projizieren konnten. Überregionale Tageszeitungen und politische Zeitschriften dienten als wichtigste Diffusionskanäle.<sup>552</sup>

In Deutschland begann die öffentliche Debatte um die Wirtschafts- und Währungsunion und den Vertrag von Maastricht erst mit dem Übergang zur zweiten Stufe der WWU Anfang des Jahres 1994. Sie wurde bestimmt von Wirtschaftswissenschaftlern, Juristen und Politikern. Unter den Ökonomen kritisierten Vertreter liberaler Ansätze die bevorstehende Währungsunion als nicht ausreichend stabil und wirtschaftstheoretisch fehlgeleitet. Volkswirte wie Manfred Neumann argumentierten, dass die Mitglieder der Europäischen Union keine mit Deutschland vergleichbare Stabilitätskultur in Bezug auf die Währung aufweisen, und das Vertrauen auf eine funktionierende WWU mithilfe eines regelbasierten Ansatzes enttäuscht würde. Neumann äußerte in der FAZ wiederholt Zweifel an dem Willen der Partnerländer, ihre Zentralbanken in die politische Unabhängigkeit zu entlassen und der Geldwertstabilität die oberste Priorität einzuräumen.<sup>553</sup>

Unter den Ökonomen wurde ebenfalls seitens einer keynesianisch geprägten Minderheit Kritik an der WWU artikuliert. Aus dieser Perspektive wurde bemängelt, dass die Währungsunion eine zu stark liberal-monetaristische Ordnung aufweise und die Zentralbankunabhängigkeit in Verbindung mit den strengen Haushaltsregelungen im Stabilitäts- und Wachstumspakt die nationalen Regierungen in ihrer wirtschaftspolitischen Gestaltungsfähigkeit zu stark einschränken würden. Die Spaltung der deutschen Wirtschaftswissenschaften hinsichtlich der Wirtschafts- und Währungsunion manifestierte sich in verschiedenen Grundsatzserklärungen in überregionalen Zeitungen. Für die liberalen

---

<sup>550</sup> Vgl. Der SPIEGEL 46/1997, Mit germanischer Färbung, 10.11.97.

<sup>551</sup> Vgl. Woyke, Das deutsch-französische Tandem, S. 122-124.

<sup>552</sup> Vgl. Guido Thiemeyer, „Maastricht“ in der öffentlichen Debatte - eine deutsche und eine französische oder eine deutsch-französische Diskussion?, in: Jean-Francois Eck / Dietmar Hüser, Medien - Debatten - Öffentlichkeiten in Deutschland und Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2011, S. 307-320, hier: S. 313 ff.

<sup>553</sup> Vgl. Manfred J. M. Neumann, Eine Währungsbrücke vom Kern zum Rand, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.09.96.

Ökonomen kam der Euro zu früh, wohingegen sich eine kleinere Gruppe von Volkswirtschafts-Professoren für einen pünktlichen Start der gemeinsamen Währung aussprach.

Juristisch wurde der Vertrag von Maastricht in Deutschland von einzelnen Völkerrechtlern angegriffen, die in der Übertragung der Geldpolitik auf die europäische Ebene einen mit dem Grundgesetz nicht zu vereinbarenden Kompetenztransfer sahen.<sup>554</sup> Die Europäische Zentralbank sei nicht demokratisch legitimiert, deshalb sei die von Bundestag und Bundesrat erfolgte Zustimmung zum Vertrag über die Europäische Union rechtswidrig. Zwar wurden diese Argumente im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Oktober 1993<sup>555</sup> mit dem Verweis auf die besondere Struktur der Europäischen Union als Staatenverbund mit dem Ziel einer immer engeren Union der Völker und der Bindung der unabhängigen Zentralbank an die Geldwertstabilität entkräftet. Für großen Widerhall in der deutschen demokratiethoretischen Debatte sorgte die Rechtsprechung dennoch.

Auf der politischen Ebene fand die Wirtschafts- und Währungsunion breite Zustimmung, wie nicht nur die Abstimmungsergebnisse im Bundestag belegten. Grundlegende Überlegung in der politischen Argumentation war die Verbindung der Währungsunion mit diplomatischen Motiven. Altkanzler Schmidt beispielsweise sprach sich offen dafür aus, die Wirtschafts- und Währungsunion nicht als rein ökonomisches Vorhaben zu betrachten, sondern auch die außenpolitische Notwendigkeit des Projekts anzuerkennen.<sup>556</sup> In dieser Logik waren ordnungspolitisch-ökonomische und juristisch-demokratiethoretische Argumente den außenpolitischen Interessen Deutschlands nachzuordnen. Schmidt war dementsprechend den innenpolitischen Kritikern der WWU einen „Mangel an strategischer Einsicht“ vor.

Die deutsche öffentliche Debatte über den Vertrag von Maastricht und seine Auswirkungen war in erster Linie ein Eliten-Diskurs. Die deutsche Bevölkerung sprach sich indes in Meinungsumfragen mehrheitlich gegen die Währungsunion aus. Anders als in Frankreich hatte jedoch die Bevölkerungsmeinung für den Ratifizierungsprozess kein Gewicht.<sup>557</sup>

In Frankreich wiederum waren die Bestimmungen des Vertrags von Maastricht schon zu einem früheren Zeitpunkt und in intensiverer Form Gegenstand einer öffentlichen Debatte geworden. Staatspräsident Mitterrand hatte in Reaktion auf das negative Votum im

---

<sup>554</sup> Vgl. Thiemeyer, „Maastricht“ in der öffentlichen Debatte, S. 315.

<sup>555</sup> BVerfGE 89, 155 (sogenanntes „Maastricht-Urteil“)

<sup>556</sup> Vgl. Helmut Schmidt, Der zweite Anlauf, die letzte Chance. Die europäische Währungsunion darf nicht scheitern - schon gar nicht an den Deutschen, in: Die Zeit, 5.4.96.

<sup>557</sup> Vgl. Thiemeyer, „Maastricht“ in der öffentlichen Debatte, S. 316.

dänischen Referendum am 3. Juni 1992 angekündigt, die Ratifizierung des Vertrags von Maastricht in Frankreich ebenfalls an eine Volksabstimmung zu binden. Dies war gesetzlich nicht erforderlich, allerdings erhoffte sich Mitterrand durch eine positive Abstimmung eine Bestätigung seines europapolitischen Kurses. Während die Auseinandersetzungen im Zuge des Referendums 1992, das knapp positiv ausging, von innenpolitischen Themen überlagert war, fand vier Jahre später unter dem Eindruck deutscher Forderungen nach einem Stabilitätspakt eine neuerliche, spezifischere Diskussion der Währungsunion statt. Dabei kritisierten Politiker der Linken, wie der Sozialist Fabius, die Wirtschafts- und Währungsunion als zu wirtschaftsliberal.<sup>558</sup> Die Konzentration auf den Erhalt der Geldwertstabilität, wie sie der Vertrag von Maastricht vorsah, beschränke staatliche Möglichkeiten, Konjunkturpolitik zu betreiben. Auch Jacques Attali, ehemaliger Berater Mitterrands, warnte davor mit dem Vertrag von Maastricht der Übernahme eines ungeliebten deutschen Wirtschaftsmodells zuzustimmen.<sup>559</sup>

Während Vertreter der Sozialisten versuchten, die Form der WWU für die französische Politik kompatibler zu gestalten, lehnte der Gaullist Philippe Séguin die Währungsunion aus grundsätzlichen Erwägungen ab.<sup>560</sup> Mit der Übertragung der Geldpolitik auf die EZB verliere die Nation ihre Souveränität. Zudem sei die Zentralbank nicht demokratisch legitimiert. Bereits vor dem Inkrafttreten des Maastrichter Vertrags war aus gaullistischer Perspektive mit der geldpolitischen Abhängigkeit von der Bundesbank im Rahmen der Deflationspolitik zu viel Handlungsspielraum verloren gegangen.

In dem Thema des Bedeutungs- und Machtverlusts der französischen Nation fanden Gaullisten und Linksrepublikaner zusammen. So bedauerte beispielsweise Jean-Pierre Chevènement, dass es nicht gelungen war, konstitutive Elemente des französischen Modells auf die Europäische Union zu übertragen. Er führte aus, dass die Französische Republik zugunsten einer Europäischen Union umgestaltet würde, die ihrerseits Ausdruck eines weltweiten Ultraliberalismus sei.<sup>561</sup>

Die Befürworter der Währungsunion argumentierten ähnlich wie in Deutschland in erster Linie außenpolitisch. Im Rahmen der WWU könnte das wiedervereinigte Deutschland dauerhaft an die westeuropäische Staatengemeinschaft gebunden werden. Zudem biete allein eine Europäisierung der Geldpolitik die Aussicht auf ein Mitspracherecht für Frankreich. Nicht zuletzt konnten die Unterstützer des Maastrichter Vertrages anführen, dass die wirtschaftspolitischen Maßnahmen in Vorbereitung auf die Währungsunion in

---

<sup>558</sup> Interview in L'Express, 1.2.96, Interview in Le Nouvel observateur, 29.2.96 sowie Interview in Le Monde, 7.9.96, Une dernière chance de sauver l'Europe.

<sup>559</sup> Jacques Attali, Pour un nouveau jubilé franco-allemande, in: Le Monde, 5.10.96.

<sup>560</sup> Rede Philippe Séguin in Assemblée nationale, 5.5.92, „Oui, nous voulons l'Europe, mais debout“.

<sup>561</sup> Vgl. Gastbeitrag Jean-Pierre Chevènement in FAZ, 17.1.97, Wer von Politik nicht reden will, soll vom Euro schweigen - Die "Idee Bundesbank" gefährdet das Vorhaben eines republikanischen Europa.

Frankreich durchaus erfolgreich waren und zu einer verbesserten Haushaltsstabilität beitragen konnten.

Eine transnationale Dimension der „Maastricht-Debatte“ stellt Thiemeyer allenfalls für eine kleine politische Elite aus Ministern und Regierungsbeamten fest. Die Beiträge aus der Wissenschaft und Zivilgesellschaft verblieben meist in einem nationalen Kontext.<sup>562</sup>

## **Bewertung**

Der Überblick über vier Jahrzehnte wirtschafts- und währungspolitischer Integration hat die Komplexität der Zusammenarbeit auf diesen sensiblen Bereichen staatlicher Souveränität aufgezeigt. Die verschiedenen Integrationsanläufe und Rückschläge haben mit Blick auf Deutschland und Frankreich verdeutlicht, wie sehr national spezifische Ordnungsmuster in den Bereichen Währung, Wirtschaft und Europa das politische Handeln bestimmen.

Präferenzen französischer Politiker für einen intergouvernementalen Ansatz in der Europapolitik, wie sie schon bei General de Gaulle ausgeprägt waren, bestimmten auch die Herangehensweise späterer Staatschefs und Premierminister an das Projekt einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Die Auffassung von Notenbanken als ausführende Organe staatlicher Konjunkturpolitik sowie der hohe Stellenwert demokratisch legitimierter politischer Entscheidungen ließen in Frankreich das Konzept der Wirtschaftsregierung seit den 1980er Jahren über Partei- und Ideologiegrenzen hinweg populär werden. Zur Überwindung der Asymmetrie in der Währungsschlange und im Europäischen Währungssystem war Frankreich bereit gewesen, rein formal existierende geldpolitische Souveränität (de facto: Abhängigkeit von der deutschen Bundesbank) aufzugeben und eine europäische supranationale Währungspolitik zu initiieren. Die Wirtschaftsregierung war keine Bedrohung nationalstaatlicher Souveränität, sondern der Versuch, zumindest einen Teil der notwendigerweise an die EZB abgetretenen Kompetenzen zurückzuerlangen. Insbesondere auf dem Feld der Währungspolitik kristallisierte sich Unmut über eine wirtschaftlich begründete Hegemonialstellung Deutschlands heraus und begünstigte die Wahl eines monetaristischen Integrationsansatzes der raschen und weitreichenden währungspolitischen Zusammenarbeit.

In Deutschland gab es, stärker ausgeprägt als in Frankreich, einen Gegensatz zwischen Ordnungs- und Integrationspolitikern. Das traditionelle Wirtschaftsmodell der Sozialen Marktwirtschaft war in der Ausprägungsform des Ordoliberalismus durch geringe Eingriffsmöglichkeiten des Staates in die Wirtschaft gekennzeichnet. Ein durchgehendes

---

<sup>562</sup> Vgl. Thiemeyer, „Maastricht“ in der öffentlichen Debatte, S. 318 f.



Motiv in der deutschen Wirtschafts- und Europapolitik ist unter dem Schlagwort der Stabilität zusammenzufassen. Der Aufstieg der D-Mark zu einem Symbol für das Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit und zu einer weltweit anerkannten Reservewährung stärkten die Rolle der Bundesregierung in europapolitischen Verhandlungen über monetäre Integration. Gleichzeitig erwiesen sich die Orthodoxie deutscher Finanzpolitiker und die Machtfülle der Bundesbank als Herausforderungen für die europäischen Partner. Eine Relativierung erfuhr diese deutsche Stabilitätsposition durch den außenpolitischen Pragmatismus einzelner Bundeskanzler. Sowohl Brandt als auch Schmidt neigten in Konflikten zwischen der Integrationszurückhaltung des Finanzministeriums oder der Bundesbank und europapolitischen Fortschritten unter der Aufweichung ordnungspolitischer Grundsätze zu letzterer Option. In besonderem Ausmaß zeigte sich dieses Muster bei den Verhandlungen des Vertrags von Maastricht und dem etappenweisen Übergang zur Wirtschafts- und Währungsunion. Bundeskanzler Kohl musste abwägen zwischen den Bedenken der Bundesbank über eine ausreichende Konvergenz der beteiligten Volkswirtschaften und politischen Gründen für eine schnelle Umsetzung der Währungsunion. Der Fall der Mauer und die deutsche Wiedervereinigung waren in diesem Zusammenhang nicht ausschlaggebend für die grundsätzliche Zustimmung der Bundesregierung zur Wirtschafts- und Währungsunion. Gleichwohl beschleunigte der internationale Umbruch den Prozess hin zu einer vertraglichen Verankerung der WWU. Die Bundesbank agierte im Laufe des Verhandlungsprozesses als stetiger Mahner mit Blick auf die ökonomischen Risiken. Parallel dazu drängte sie auf die Einbettung der Währungsunion in eine politische Union. Diese mächtige innenpolitische Opposition musste von Kohl im Verhandlungsprozess beachtet werden. Kritisch betrachtet, formuliert Andreas Rödder, bestanden die Prinzipien der Währungsintegration darin, die Bundesbank zu entmachten, politische Motive über wirtschaftliche Bedenken zu stellen und mit institutionellen Entscheidungen eine Pfadabhängigkeit für den weiteren Verlauf vorzugeben.<sup>563</sup> In einer positiven Sicht, konnte das Modell der Bundesbank auf die europäische Ebene übertragen werden.

Im Vertrag von Maastricht wurde ein asymmetrischer Aufbau der WWU vorgenommen, so dass die Komponenten der Wirtschaftsunion in Form einer wenig verbindlichen Koordination nationaler Politiken ausgestaltet waren, die in Eigenverantwortung verblieben, während die Währungspolitik vereinheitlicht und auf die EZB übertragen wurde. Auf das Betreiben der Bundesregierung hin wurden in Form des Stabilitäts- und Wachstumspakts strenge haushaltspolitische Regeln gesetzt. Die Wirtschafts- und Währungsunion beruht auf Kompromissen zwischen einem deutschen regelbasierten, möglichst unpolitischen Ansatz und französischen Konzepten, die ursprünglich eine politische Steuerung im Rahmen einer Wirtschaftsregierung anstrebten

---

<sup>563</sup> Vgl. Rödder, 21.0, S. 285 f.

und prinzipiell größere Möglichkeiten für diskretionäre Entscheidungen vorsahen. Die in Bezug auf das Regelwerk vereinbarten Kompromisse überdeckten teilweise grundlegende Positionsunterschiede, die für wiederkehrende Diskussionen sorgen. Befürworter des Vertrags von Maastricht erwarteten, dass nach der Einführung der gemeinsamen Währung Anpassungen und Ergänzungen an der institutionellen Ausgestaltung der Eurozone vorgenommen würden. In den ersten zehn Jahren des Bestehens des Euro gab es jedoch keine substantielle Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion. Bis zum Übergreifen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf den Euroraum konnten somit institutionelle Schwachstellen der Währungsunion im Verborgenen bleiben. Erst der Ausbruch und das Voranschreiten der Staatsschuldenkrise ab dem Jahr 2009 deckten Konstruktionsmängel der Eurozone auf.

### **3. Strukturelle Schwächen der WWU und Reformbemühungen im Angesicht der Krise**

Die Anfangsjahre der Wirtschafts- und Währungsunion verliefen im Vergleich zu den vorherigen Wechselkurssystemen weitaus stabiler und ermöglichten massive Steigerungen innereuropäischer Transaktionen. Der Wegfall des Wechselkursrisikos sowie eine Absenkung der Refinanzierungskosten für eine Vielzahl an Teilnehmerstaaten gingen mit positiven ökonomischen Effekten einher.<sup>564</sup> Infolge der Verwerfungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zeichnete sich mit Beginn des Jahres 2010 eine zunehmende Bedrohung für die Stabilität und Einheit der Wirtschafts- und Währungsunion ab. Die Sanktionierung von Teilnehmern wie Griechenland oder Portugal durch massive Zinsaufschläge für Staatsanleihen zerstörte den Eindruck finanzpolitischer Konvergenz und Solidität im Euroraum. Dass im Kontext der Finanzkrise Marktteilnehmer bei der Beurteilung der Kreditwürdigkeit einzelner Mitglieder der Währungsunion sehr stark differenzierten, stellte einerseits überschuldete Staaten vor massive Refinanzierungsprobleme. Andererseits belebte diese Dynamik Debatten über eine zukunftsfähige Konstruktion der Währungsunion wieder, die im Vertrag von Maastricht in (deutsch-französischen) Kompromissen gelöst zu sein schienen.

Eine inhaltliche Hinführung zur sogenannten Euro-Krise verdeutlicht die Herausforderungen, vor denen die politischen Entscheidungsträger innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion stehen. In welchen Bereichen wurden durch die Krise problematische Stellen in der Architektur der Währungsunion offengelegt und welche Nachbesserungen sind bereits erfolgt? Inwiefern deckt sich das unmittelbare Krisenmanagement mit deutschen und französischen Präferenzen auf Regierungsebene?

Die hier identifizierten zentralen fiskal- und haftungspolitischen Themen bilden die Schwerpunkte in jeweiligen innergesellschaftlichen deutschen und französischen Reformdebatten sowie deren eventuellen Wechselwirkungen. Mit Blick auf das Erkenntnisinteresse der Arbeit wird von einer detaillierten Schilderung der Krisenchronologie ebenso abgesehen wie von einer Bewertung wirtschafts- und finanzpolitischer Instrumente. Vielmehr sollen die übergeordneten Zielkonflikte innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion herausgearbeitet werden, welche Gegenstand der Reformdebatten in Deutschland und Frankreich sind.

#### **3.1 Genese und Deutungen der Euro-Krise**

Erläuterungen der Krisenursachen im Euroraum sind ein prominentes publizistisches und wissenschaftliches Thema.<sup>565</sup> Die große Anzahl an Ratgebern und

---

<sup>564</sup> Vgl. in kritischer Perspektive: Hans-Werner Sinn, *Der Euro: Von der Friedensidee zum Zankapfel*, München 2015, S. 55 ff.

<sup>565</sup> Vgl. beispielhaft Jean Pisani-Ferry, *Le réveil des démons: la crise de l'euro et comment nous en sortir*, Paris 2011; Patrick Artus / Isabelle Gravet, *La crise de l'euro: comprendre les causes, en sortir*

Analysen, die sich an eine breite, nichtwissenschaftliche Öffentlichkeit richtet, verdeutlicht die Relevanz und gesellschaftliche Reichweite des Themas.

Es ist möglich, verschiedene Krisenphasen zu identifizieren, wobei die Ursachen für die Evolution beziehungsweise Transformation der Krise(n) in der Wissenschaft und der Publizistik kontrovers diskutiert werden.<sup>566</sup> Grundsätzlich ist festzuhalten, dass ab dem Jahr 2007 zunächst der US-amerikanische und in der Folge auch die europäischen Finanzmärkte Instabilitäten aufwiesen und Geldinstitute mit dem Problem konfrontiert waren, dass Teile der von Ihnen gehaltenen Kredite nicht mehr bedient werden würden. Ursächlich für diese Unsicherheiten an den Finanzmärkten war die Herausbildung eines weit verzweigten, unübersichtlichen Handels mit verbrieften Krediten, insbesondere Immobiliendarlehen in den USA. Dort waren zuvor eine Vielzahl von Immobilienfinanzierungen an wenig solvente Kaufinteressenten vermittelt worden. In einem Umfeld von sehr geringen Zentralbankzinsen und laxen Bonitätsprüfungen seitens der Banken verschuldeten sich so auch Personen, die nicht über ausreichende Sicherheiten verfügten. Unter den Geldinstituten und weiteren Finanzmarktakteuren wie etwa Versicherungen entwickelte sich ein umfangreicher Handel mit derartigen Immobilienkrediten, die als verbrieftes Wertpapiere eine Investitionsmöglichkeit mit einer attraktiven Rendite darstellen.<sup>567</sup> Dieses Geschäftsmodell scheiterte, als die Federal Reserve die Leitzinsen an hob und eine wachsende Anzahl von Kreditnehmern mit mittleren und geringen Einkommen nicht mehr in der Lage war, die gestiegenen Raten ihrer Immobilienfinanzierung zu bedienen: Zunehmende Hausverkäufe führten zu einem Einbrechen des Immobilienmarktes, gleichzeitig bewirkten erhöhte Kreditausfälle massive Unsicherheiten auf den Finanzmärkten, da sich ein Teil der gehandelten Hypotheken als wertlos erwiesen und amerikanische Institute wie *Fanny Mae* und *Freddie Mac* Zahlungsschwierigkeiten aufwiesen. Die Hypothekenspekulation beschränkte sich indes nicht auf den amerikanischen Finanzmarkt. Auch europäische Banken, Versicherungen und Pensionsfonds hatten in Erwartung ansprechender Renditen in verbrieftes Immobilienkredite investiert und mussten ebenfalls teilweise empfindliche Verluste hinnehmen. So verzeichneten etwa im Jahre 2007/8 unter anderem die Postbank, die Deutsche Bank, Société Générale, BNP Paribas und besonders Dexia Gewinneinbrüche in Milliardenhöhe.

---

par de nouvelles institutions, Paris 2012; Thomas Edler, Basiswissen Eurokrise. Wie sie entstand und was sie für uns bedeutet, Marburg 2013; David Marsh, Beim Geld hört der Spaß auf - Warum die Eurokrise nicht mehr lösbar ist, Berlin 2013; Gerhard Riehle, Eurokrise - Verzicht auf den Euro als Chance für Europa, Baden-Baden 2016; Johannes Becker / Clemens Fuest, Der Odysseus-Komplex - ein pragmatischer Vorschlag zur Lösung der Eurokrise, Bonn 2017; Jean Quatremer, Il faut achever l'euro: tout ce que vous avez toujours voulu savoir sur l'euro (sans jamais oser le demander), Paris 2019.

<sup>566</sup> Siehe Krisenbewertung am Ende des Unterkapitels

<sup>567</sup> Vgl. Schwarzer, Die Europäische Währungsunion, S. 112 ff.

Auch zahlreiche deutsche Landesbanken<sup>568</sup> hatten sich verspekuliert, so dass hier in besonderer Weise staatliche Interventionen gefragt waren, um Insolvenzen zu verhindern.<sup>569</sup>

Die Tragweite von einer Bankeninsolvenz wurde im September 2008 deutlich, als die amerikanische Regierung davon absah, die Investmentbank Lehman Brothers zu unterstützen, welche daraufhin ihren Betrieb einstellen musste. Rückblickend wurde Lehman Brothers als systemrelevant bezeichnet, da das Geldhaus weit verzweigte Geschäftsbeziehungen besaß und die Pleite viele andere Banken in finanzielle Schwierigkeiten brachte. Finanzinstitute in sogenannten Überschussländern, die an den Spekulationen mit amerikanischen Hypotheken beteiligt waren, mussten Abschreibungen vornehmen, aber auch Banken in Defizitländern mussten ihre Aktivitäten infolge der Lehman-Insolvenz einschränken, da der Interbankenmarkt erlahmt war. Die Unsicherheit über die Werthaltigkeit von Aktivposten in den eigenen Bilanzen und die Wahrnehmung, andere Geldinstitute und Geschäftspartner könnten in die Zahlungsunfähigkeit geraten führten dazu, dass Banken ihre Kreditvergabe nur noch sehr restriktiv handhabten, so dass vormals geläufige Refinanzierungspraktiken unmöglich wurden.<sup>570</sup>

In den Jahren 2009/2010 verzeichnete die EU den größten Rückgang der Wirtschaftsleistung in der Nachkriegszeit. Während das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in der Währungsunion bei geringen 0,4% lag, brach dieser Wert für das Krisenjahr 2010 nochmals ein und war mit -4,3% deutlich negativ. Interessanterweise war der Wirtschaftseinbruch innerhalb der Eurozone damit gravierender als in den Vereinigten Staaten.<sup>571</sup>

Nicht allein die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten trugen die Krise nach Europa und in die EU, auch wirtschaftspsychologische Faktoren begünstigen eine Transmission und Ausweitung der Störungen. Zunächst beeinträchtigte die negative konjunkturelle Entwicklung in den Vereinigten Staaten die Nachfrage nach Importwaren aus der Europäischen Union, was die deutsche Volkswirtschaft aufgrund ihrer starken Exportorientierung besonders schwer traf. Eine grundlegende Konsequenz der Finanz-, Banken-, und zunehmend auch Wirtschaftskrise war, dass Unternehmen vorsichtshalber Investitionen zurückstellten und auch Konsumenten zurückhaltender agierten, sodass sich die negativen Entwicklungen von selbst verstärkten.<sup>572</sup>

Im Oktober 2009 räumte die neue griechische Regierung ein, dass frühere Haushaltszahlen geschönt gewesen waren und das laufende Defizit sich nicht wie von der

---

<sup>568</sup> SachsenLB, WestLB, BayernLB, Landesbank Baden-Württemberg, HSH-Nordbank, NordLB

<sup>569</sup> Vgl. Wolfgang Franzen, *Andere Länder – andere Sichten. Die Finanz- und Eurokrise im Urteil der Bürger aus acht europäischen Ländern*, Hamburg 2016, S. 14 f.

<sup>570</sup> Vgl. Schwarzer, *Die Europäische Währungsunion*, S. 114 f.

<sup>571</sup> Vgl. ebd.

<sup>572</sup> Vgl. ebd.

Kommission angenommen Richtung 3% entwickle, sondern bis zu 13% betragen könne.<sup>573</sup> Diese Offenbarung machte Schwachstellen in der statistischen Überwachung der nationalen Budgets deutlich und leitete eine neue Krisenphase ein. Unter dem Eindruck, dass Defizite und akkumulierte Staatsschulden in einem ungünstigen Verhältnis zur Wirtschaftsleistung standen und die Umsetzung der angekündigten Sparprogramme als unsicher angesehen wurde, stuften Ratingagenturen die Bonitätswertung Griechenlands sukzessive herunter. Die schlechte Benotung durch führende Ratingagenturen erhöhte die Refinanzierungskosten der griechischen Staatsschulden weiter, so dass es der Regierung in Athen zunehmend schwer fiel, Gerüchte über eine drohende Insolvenz zu entkräften.<sup>574</sup> Vor dem Hintergrund, dass ein Staatsbankrott auch innerhalb der Eurozone zu einem realistischen Szenario geworden war, verlangten unruhige Finanzmarktakteure höhere Sicherheiten für weitere Staaten. So erlitten Irland, Italien, Portugal, Spanien und Zypern einen Vertrauensverlust in ihre wirtschaftliche Solidität und sahen sich, wenn auch in weniger dramatische Form als Griechenland, mit der Aufgabe konfrontiert, Zweifel an ihrer Schuldentragfähigkeit auszuräumen.<sup>575</sup> Der Fall Griechenlands nimmt ob der besonders hohen Schuldenquote, struktureller Rückstände und der schwachen Exportwirtschaft des Landes eine besondere Rolle ein. Die Probleme Griechenlands veranlassten Investoren, einzelne Mitgliedsstaaten der Währungsunion einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Falk Illing wertet die griechischen Finanzschwierigkeiten als einen Katalysator für eine ohnehin erfolgende Offenlegung struktureller Schwachstellen der Wirtschafts- und Währungsunion.<sup>576</sup>

Als Kernmerkmale der Euro-Krise lassen sich überhöhte Staatsschulden, divergierende wirtschaftliche Entwicklungen aufgrund unterschiedlicher Wettbewerbsfähigkeit, institutionelle Unzulänglichkeiten der Wirtschafts- und Währungsunion sowie globale Finanzmarkturbulenzen nennen.<sup>577</sup> Die Euro-Krise kann in einem ersten Ansatz als logische Konsequenz aus der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise gesehen werden, in dem Sinne, dass Staaten zur Stützung von Banken und zur Bekämpfung konjunktureller Einbrüche zusätzliche Verbindlichkeiten aufgenommen haben. Illing differenziert diese Betrachtung aus und kommt zu der Einschätzung, dass die Euro-Krise nicht allein als Schuldenkrise zu deuten, sondern grundsätzlich als tiefergehende strukturelle und politische Krise zu verstehen ist, in dessen Zentrum ein von wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Gestaltungsansprüchen und -anforderungen überlasteter Staat steht. Mit Blick auf die Eurozone legt diese Perspektive

---

<sup>573</sup> Vgl. Die WELT, 23.10.09, Griechisches Staatsdefizit gerät außer Kontrolle.

<sup>574</sup> Vgl. manager magazin online, 15.6.10, Noch ein Ramschrating für Griechenland.

<sup>575</sup> Vgl. Franzen, Andere Länder - andere Sichten, S. 33 sowie Nicolaus Heinen et. al., Alles auf Anfang. Warum der Euro scheitert - und Neustart gelingt, Frankfurt a.M. 2017, S. 26.

<sup>576</sup> Vgl. Illing, Die Euro-Krise, S. 30 ff.

<sup>577</sup> Vgl. Schwarzer, Die Europäische Währungsunion, S. 121 f.

nahe, dass die Turbulenzen kurz- und mittelfristig in übermäßigen Schuldenständen und makroökonomischen Ungleichgewichten begründet sind, eine nachhaltige Bewältigung der Euro-Krise jedoch eine tiefere systemisch-institutionelle Weiterentwicklung der Währungsunion erfordert.

Strittig ist indes die Gewichtung der unterschiedlichen Krisenelemente<sup>578</sup>: Während beispielsweise Thorsten Eder in einer an eine weit gefasste Leserschaft gerichteten Darstellung die amerikanische Immobilien- und Finanzkrise aus dem Jahr 2007 als Hauptursache für die spätere Euro-Krise ausmacht und institutionelle Schwachstellen sowie ökonomische Unterschiede innerhalb der Eurozone nachordnet<sup>579</sup>, argumentiert der Historiker Geppert, dass es auch ohne die weltweite Finanzkrise zu einer Zuspitzung der Refinanzierungsschwierigkeiten einzelner Volkswirtschaften des Euroraums gekommen sei, wenn auch freilich zu einem späteren Zeitpunkt und in einer weniger stark ausgeprägten Form. Die von den USA ausgehenden Krisen waren seiner Ansicht nach nicht ursächlich für den problematischen Zustand der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.<sup>580</sup> Für Geppert ist die Euro-Krise primär in einem Mangel an wirtschaftspolitischer Harmonisierung begründet: es sei nicht gelungen, wirtschaftliche Kerndaten sowie politisch-kulturelle Denkmuster und ökonomische Präferenzen der Teilnehmerstaaten vor Beginn der Währungsunion in einem System zu vereinen. Der institutionelle Aufbau der Währungsunion sei nicht verbindlich genug gewesen, um im weiteren Verlauf offensichtliche Divergenzen zu minimieren.<sup>581</sup>

Abweichende Bewertungen finden sich etwa bei Peter Bofinger, der die Euro-Krise in einen internationalen Kontext einordnet und argumentiert, dass eine lang anhaltende Phase von weltweiten Niedrigzinsen und risikofreudige Finanzmarktakteure die Entstehung von Blasen und Ungleichgewichten befördert haben. Aus dieser Perspektive liegen die krisenhaften Entwicklungen in der Eurozone ab 2010 nur teilweise im haushalts- und fiskalpolitischen Fehlverhalten von Defizitstaaten wie Griechenland begründet. Vielmehr habe in einem Kontext weltweiter Dominanz monetaristischer Wirtschaftstheorien keine ausreichende Regulierung von Finanzmärkten stattgefunden. Während der 2000er Jahre habe es keine nennenswerten Zinsunterschiede innerhalb der Eurozone gegeben, obwohl ökonomische Kennzahlen dies (zumindest im Falle Griechenlands) nahegelegt hätten. Nach dieser Lesart ist zu lange keine zinspolitische Disziplinierung von Staaten durch Finanzmarktakteure erfolgt, was die Bildung von beispielsweise (Immobilien-)blasen

---

<sup>578</sup> Der Analysepunkt „Krisenursachen“ in Kapitel 4 verdeutlicht darüber hinausgehend die Vielzahl an Interpretationsmöglichkeiten des Begriffs „Euro-Krise“

<sup>579</sup> Vgl. Eder, Basiswissen Eurokrise, S. 25-32.

<sup>580</sup> Vgl. Geppert, Ein Europa, das es nicht gibt, S. 75 f.

<sup>581</sup> Vgl. ebd. S. 67 f.; Andreas Rödder argumentiert ähnlich und sieht die Euro-Krise als Manifestierung wirtschaftlicher, politischer und kultureller Unterschiede, welche im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion nicht minimiert werden konnten, in: 21.0, S. 331.

begünstige und zu Fehlallokationen in unrentable Projekte führte. Insbesondere für Irland und Spanien ist darauf hinzuweisen, dass die Defizitquoten und Schuldenstände bis zum Ausbruch der Finanzkrise sich unterhalb der Konvergenzkriterien des Vertrags von Maastricht befanden. Für Bofinger handelt es sich in diesen Fällen um Marktversagen, da Investoren Risiken lange vernachlässigten und in der Finanzkrise panisch reagierten.<sup>582</sup> In dieser Darstellung werden weniger institutionelle Schwachstellen und Fehlentwicklungen der Eurozone betont, sondern deren Einbettung in mangelhaft regulierte internationale Finanzmärkte.<sup>583</sup> Die Feststellung eines Marktversagens im Vorlauf der Euro-Krise geht einher mit einer Kritik an der Missachtung der Risiken von Leistungsbilanzdefiziten durch neoklassische ökonomische Forschung.<sup>584</sup>

Mit der zunehmenden Fokussierung auf die Finanzierungsschwierigkeiten Griechenlands und weiterer Staaten der Eurozone vollzog sich ein Wandel in der Wahrnehmung der Finanzkrise: Standen zunächst Immobilienblasen in den USA im Mittelpunkt, so rückten anschließend Schwächen des Bankensystems ins Zentrum wissenschaftlicher Debatten. Die Offenbarung des griechischen Insolvenzrisikos und deren systemischer Dimension trugen zur Prägung des Begriffs der Staatsschuldenkrise bei.<sup>585</sup> Wie das folgende Unterkapitel zeigen wird, gaben die besonderen ökonomischen, institutionellen und politischen Bedingungen der Wirtschafts- und Währungsunion dabei den Handlungsrahmen für das Krisenmanagement vor und ermöglichten ihrerseits die Herausbildung neuer, eurozonenspezifischer Krisendimensionen.

### **3.2 Konstruktionsmängel des Euroraums**

Das Übergreifen der Finanz-, Banken- und Wirtschaftskrise auf einzelne Mitglieder des Euroraums und die massiven Differenzen in der Bewertung von Staatsanleihen sind auf einen Vertrauensverlust seitens von Investoren zurückzuführen. Diese Entwicklungen zeigten einen Reformbedarf für die Eurozone an und ließen erneut Diskussionen über deren institutionelle Ausgestaltung aufkommen. Besonderes Augenmerk fiel dabei auf die Regelungen zur Sicherung budgetärer Disziplin, die Wahrung makroökonomischer Konvergenz und die Solidarität der Euro-Länder untereinander.

---

<sup>582</sup> Vgl. Bofinger, Zurück zur D-Mark?, S. 42-58; vgl. zu irrationalen Finanzmärkten auch Joseph Stiglitz, *The Euro*, New York 2016, S 115 f.

<sup>583</sup> Vgl. auch Michel Aglietta, *Zone euro - Eclatement ou fédération*, Paris 2012, S. 19 : „On assiste en fait depuis quatre ans à une seule crise du capitalisme financiarisé. Les événements grecs n'en sont qu'une séquence.“

<sup>584</sup> Vgl. Gunther Tichy, *Banken- und Staatsschuldenkrise: Ursachen, Folgen, Lösungsansätze*, in: Peter Hilpold / Walter Steinmair, Hg., *Neue europäische Finanzarchitektur*, Berlin 2014, S. 223-249, hier: S. 227 f.

<sup>585</sup> Vgl. Jörg Gundel, *Die europäischen Instrumente zur Überwindung der Staatsschuldenkrise*, in: Hilpold, *Neue europäische Finanzarchitektur*, S. 89-111, hier: S. 89 f.



Die Krise hat Anlass zu der Feststellung gegeben, dass die Eurozone nach wie vor keinen optimalen Währungsraum<sup>586</sup> darstellt und dass Mechanismen gefunden werden müssen, um die Auswirkungen dieses Konstruktionsfehlers zu minimieren. Bis zum Ausbruch der Krise war es gelungen, unterschiedliche Grundorientierungen in den Währungskulturen und Wirtschaftsmodellen zu überdecken, da destabilisierende Fehlentwicklungen keine Beachtung fanden und der Euro für ein relativ einheitliches Zinsniveau sorgte. Der umfassende Wirtschaftseinbruch und die sich verschlimmernde Refinanzierungsproblematik in Peripheriestaaten der Eurozone machten allerdings deutlich, dass der Euroraum – wie von Kritikern der WWU moniert – keinen optimalen Währungsraum gemäß dem Modell von Robert Mundell darstellt. Beispielsweise ist die Faktormobilität innerhalb der Eurozone aufgrund von sprachlichen, kulturellen und nicht zuletzt administrativen Barrieren nur sehr schwach ausgeprägt. Hinzu kommt, dass die Europäische Union nicht als Bundesstaat verfasst ist, so dass weitreichende Ausgleichs- und Umverteilungsmechanismen wie etwa ein Sozialversicherungssystem nicht zum Tragen kommen. Derlei Einschränkungen, die auf die nur partiell erfolgte Integration im Rahmen der Europäischen Union zurückzuführen sind, erhöhen die Anfälligkeit des Währungsraums für asymmetrische Schocks in dem Sinne, dass die wirtschaftliche Krisenphase eines Teils der Union nur in begrenztem Umfang von umliegenden Regionen und Staaten abgemildert werden kann.<sup>587</sup>

Da die Wirtschafts- und Währungsunion nicht nach strengen ökonomischen Richtlinien im Sinne der Krönungsthese und der Theorie optimaler Währungsräume mit einem kleinen Teilnehmerkreis, sondern politischen Motiven der Grundsteinthese folgend mit einer größeren, heterogenen Staatengruppe geschaffen wurde, bedurfte es einer forcierten wirtschaftspolitischen Konvergenz. Die Folgen der griechischen Refinanzierungskrise haben offenbart, dass das bestehende Regelwerk der Wirtschafts- und Währungsunion nicht ausreicht, um eine ökonomisch heterogene Staatengruppe zu vereinen.<sup>588</sup> Im Folgenden werden Schwachstellen der haushaltspolitischen Überwachung, der wirtschaftspolitischen Harmonisierung und der gemeinschaftlichen Geldpolitik diskutiert.

### **3.2.1 Budgetpolitische Disziplinierung und implizite Insolvenzrisiken**

Mit dem Stabilitätspakt waren auf Bestreben des deutschen Finanzministers hin die Konvergenzkriterien, die für ein reibungsloses Funktionieren der Währungsunion als

---

<sup>586</sup> Ein früher Verweis darauf, dass der Euroraum bei seiner Gründung keinen optimalen Währungsraum darstellte und es keine Entwicklungen in diese Richtung gab findet sich 2006 bei Tietmeyer, Herausforderung Euro, S. 29 f.

<sup>587</sup> Vgl. Kauffmann, L'Union européenne monétaire, S. 83 ff.

<sup>588</sup> Vgl. Tichy, Banken- und Staatsschuldenkrise, S. 231 f.

unerlässlich angesehen werden, festgeschrieben worden. Allein die Tatsache, dass die definierten Grenzwerte von 60% Schuldenstand in Relation zum BIP und 3,0% Defizit unter Ökonomen nicht unumstritten waren, beschädigte die Glaubwürdigkeit des Paktes, da Staaten versucht waren, bei drohenden Verfehlungen die Sinnhaftigkeit der festgelegten Kriterien in Frage zu stellen. Nochmals bedeutender war der Umstand, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt zwar Sanktionsmechanismen vorsah, diese jedoch erst durch ein komplexes politisches Verfahren in Gang gesetzt wurden. Die auf den ersten Blick streng erscheinenden Bestimmungen boten eine Vielzahl von Eingriffsmöglichkeiten.<sup>589</sup>

Zunächst war es lange Zeit problematisch, dass die Teilnehmerstaaten der Kommission gegenüber eigenständig Wirtschaftsdaten übermittelten und somit Spielraum mit Blick auf die Auswahl der zu bewertenden Dokumente besaßen. Sofern die Kommission in einem zweiten Schritt auf der Grundlage der ihr anvertrauten Unterlagen zu der Feststellung eines übermäßigen, d.h. potenziell sanktionswürdigen, Defizits kam, hing die Eröffnung eines Verfahrens gegen den betroffenen Staat davon ab, dass eine qualifizierte Mehrheit im Rat der Wirtschafts- und Finanzminister diesem Vorgehen zustimmen. Hier liegt die größte institutionelle Schwachstelle des Stabilitäts- und Wachstumspaktes: Durch die Einsetzung des ECOFIN-Rats als Schiedsrichter stimmten nationale Minister über die Bestrafung eines Mitgliedsstaates ab, wohlwissend, dass die eigene Regierung in eine ähnliche Situation geraten könnte und an dem Erhalt von haushaltspolitischen Spielräumen interessiert wäre. Die Konstellation, dass potentielle Sünder über die Verfehlungen anderer Regierungen urteilen, begünstigt politische Entscheidungen und die Vermeidung von Sanktionsverfahren.<sup>590</sup>

Besonders auffällig wurde dieser Missstand im Jahr 2005, als Frankreich und Deutschland wiederholt die Auflagen des Stabilitätspaktes gebrochen hatten, die Eröffnung eines Sanktionsverfahrens im Rat jedoch abwenden konnten. Die beiden Staaten nutzten ihren Einfluss und ihr Stimmgewicht dazu, für eine Reform der Regelungen zu werben und die Bestimmungen zum Schuldenstandskriterium zu lockern.<sup>591</sup> Innerhalb Deutschlands hatte Bundeskanzler Gerhard Schröder, der im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes 2005 von unpopulären Ausgabenkürzungen absehen wollte, massiven Druck auf Finanzminister Hans Eichel ausgeübt. Im Rat konnten Frankreich und Deutschland mit der Unterstützung Italiens und Griechenlands eine Abwendung des von der Kommission angestrebten Strafverfahrens erreichen. Der Umstand, dass insbesondere Deutschland, das während der Aushandlung der Währungsunion unter der konservativ-liberalen CDU-FDP Regierung durchgehend für die Einhaltung fiskalpolitischer und budgetärer Solidität geworben hatte,

---

<sup>589</sup> Vgl. beispielhaft in kritischer Bewertung: Sinn, *Der Euro*, S. 72-78.

<sup>590</sup> Vgl. ebd. sowie Schwarzer, *Die Europäische Währungsunion*, S. 79 ff.

<sup>591</sup> Vgl. Schild / Krotz, *Shaping Europe*, S. 201.

unter der SPD-geführten Regierung Schröders eben jene Stabilitätsregeln missachtete, beschädigte die Glaubwürdigkeit des Instruments nachhaltig. Die Kooperation mit Frankreich war in diesem Fall ausschließlich der Durchsetzung nationaler Interessen geschuldet und machte es in der Folge für die weiteren Teilnehmerländer der Eurozone unattraktiv, das Regelwerk streng zu befolgen. In der Tat ist festzuhalten, dass bis zum Ausbruch der Staatsschuldenkrise kein einziges Sanktionsverfahren eröffnet wurde. Bei dem Stabilitäts- und Wachstumspakt in der ursprünglichen Form von 1996 handelte es sich demnach zweifellos um einen „zahnlosen Tiger“. Während Befürworter der erweiterten Ausnahmeregelungen eine Flexibilisierung des Sanktionsverfahrens guthießen, stießen diese Änderungen auf massive Kritik aus der innenpolitischen Opposition und weiten Teilen der Volkswirtschaftslehre. Mit der Anerkennung mildernder Umstände für exzessive Defizite war der Stabilitätspakt aufgeweicht worden. Durch die größere Flexibilität in der Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts konnten nationale Regierungen ihre haushaltspolitischen Spielräume ausweiten und wahlstrategisch opportunes *decifit spending* betreiben. Der SWP war bis zum Ausbruch der Staatsschuldenkrise kein geeignetes Instrument zur Überwachung haushaltspolitischer Disziplin.<sup>592</sup> Die Krise offenbarte das Scheitern des regelbasierten Kontrollansatzes des SWP ohne glaubwürdige Sanktionen. Darüber hinaus waren die gewählte Fokussierung der Kriterien auf Defizitraten und Verschuldungsquoten nicht ausreichend, um wie vertraglich angestrebt eine Koordinierung nationaler Wirtschaftspolitiken zu befördern.<sup>593</sup>

Innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, die gemäß dem Vertrag von Maastricht wirtschafts- wie haushaltspolitische Kompetenzen in nationalstaatlicher Verantwortung beließ kam dem SWP eine Sicherungsfunktion zu, die er nicht erfüllen konnte. Im gemeinsamen Währungsraum ergaben sich aufgrund der zunehmenden Verflechtungen zwischen den Banken wechselseitige Abhängigkeiten, welche die Schuldenkrise eines Staates in eine systemische Krise der gesamten Währungsunion transformieren konnten. Der Fall Griechenlands bestätigte Kritiker in Deutschland, die strikte Grenzwerte für Staatsschulden in der WWU angemahnt hatten.<sup>594</sup> Gegen Griechenland wurde 2004 erstmals ein Verfahren aufgrund eines übermäßigen Haushaltsdefizits eingeleitet, drei Jahre später jedoch unter dem Eindruck vermeintlich statistisch nachweisbarer Konsolidierungserfolge eingestellt.<sup>595</sup> An diesem Fall lassen sich exemplarisch bedeutende

---

<sup>592</sup> Vgl. Peter Hilpold, Eine neue europäische Finanzarchitektur - Der Umbau der Wirtschafts- und Währungsunion als Reaktion auf die Finanzkrise, in: ders., Neue europäische Finanzarchitektur, S. 3-82, hier: S. 29 f.

<sup>593</sup> Vgl. Alicia Hinarejos, The Euro Area Crisis in Constitutional Perspective, Oxford 2015, S. 7 f.

<sup>594</sup> Vgl. Pascal Kauffmann, Le couple franco-allemand et l'Europe monétaire, in: Hans Stark, Hg., et. al., Les relations franco-allemandes dans une Europe unifiée - réalisations et défis, S. 103-118, hier: S. 110 f.

<sup>595</sup> Vgl. Bofinger, Zurück zur D-Mark, S. 46.

Schwachstellen der WWU und des SWP im Speziellen (fehlerhafte statistische Grundlagen, diskretionäre Sanktionsvermeidung) illustrieren.<sup>596</sup>

Ein glaubwürdiger SWP ist in der WWU umso wichtiger, als dass aufgrund der Konstruktionsweise der gemeinsamen Währung für alle Teilnehmerstaaten ein implizites Insolvenzrisiko besteht. Mitgliedstaaten der Eurozone verschulden sich in einer Währung, über die sie keine geldpolitische Kontrolle mehr verfügen. Anders als beispielsweise die USA oder Japan, die in der Lage sind die Geldmenge ihrer nationalen Währungen zu erhöhen und somit von Investoren als grundsätzlich kreditwürdig angesehen werden, können Staaten der Eurozone budgetäre Engpässe nicht geldpolitisch lösen. Die Reichweite dieses institutionellen Details wurde im Kontext der Refinanzierungskrise im Euroraum durch die Einschränkung nationaler Souveränität von Defizitstaaten sehr deutlich.<sup>597</sup>

Das implizite Insolvenzrisiko in der WWU wird durch das Verbot der Staatenfinanzierung durch die EZB und die Nichtbeistandsklausel unter den Mitgliedern<sup>598</sup> verstärkt: Euro-Staaten, die einen Vertrauensverlust an den Märkten erleiden, müssen dank der Gemeinschaftswährung keinen Einbruch ihres Wechselkurses mehr fürchten. Gleichwohl hat sich der Angriffspunkt lediglich verschoben und nunmehr auf die Refinanzierungsbedingungen der Staatsverschuldung verlagert, die in der unvollständig integrierten WWU nach wie vor in nationaler Verantwortung liegt. Diese Abhängigkeiten begründen die theoretische Anfälligkeit von Mitgliedern der Eurozone für sich selbst erfüllende Krisen.<sup>599</sup>

### 3.2.2 Makroökonomische Ungleichgewichte

In der Währungsunion konnten Wechselkurse nicht mehr als Indikator für fiskalpolitische Solidität dienen. Vorteilhafte Kreditbedingungen zur Refinanzierung von

---

<sup>596</sup> Vgl. Hilpold, Eine neue europäische Finanzarchitektur, S. 30.

<sup>597</sup> Vgl. Stiglitz, The Euro. S. 115 ff.

<sup>598</sup> Art. 125 AEUV: (1) „Die Union haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen, der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, sonstiger Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentlicher Unternehmen von Mitgliedstaaten und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein; dies gilt unbeschadet der gegenseitigen finanziellen Garantien für die gemeinsame Durchführung eines bestimmten Vorhabens. Ein Mitgliedstaat haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen, der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, sonstiger Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentlicher Unternehmen eines anderen Mitgliedstaats und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein; dies gilt unbeschadet der gegenseitigen finanziellen Garantien für die gemeinsame Durchführung eines bestimmten Vorhabens.“

Mitgliedstaaten werden grundsätzlich durch die Abhängigkeit von Finanzmärkten haushaltspolitisch diszipliniert und können nicht darauf vertrauen, von anderen Teilnehmern finanziell unterstützt zu werden. Gleichwohl weist Hilpold darauf hin, dass die vertraglichen Bestimmungen, die Möglichkeit einer freiwilligen Haftungsübernahme durch andere Mitgliedsstaaten offenlässt. Vgl. Hilpold, Eine neue europäische Finanzarchitektur, S. 37 ff.

<sup>599</sup> Vgl. Schwarzer, Die europäische Währungsunion, S. 97 f. sowie Illing, Die Euro-Krise, S. 17.

Staatsschulden wurden unter dem Eindruck einer stabilen Gemeinschaftswährung und der Erwartung zunehmender makroökonomischer Konvergenz auch Staaten zuteil, die bei einer rein nationalen Bewertung kritischer beurteilt worden wären. Durch die asymmetrische Konstruktion der Wirtschafts- und Währungsunion bei eigenverantwortlicher Wirtschaftspolitik und einer gemeinschaftlich verfassten Währungspolitik konnten sich in Ermangelung einer glaubhaften überstaatlichen Supervision nationaler wirtschafts- und haushaltspolitischer Entscheidungen Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone ausbauen.<sup>600</sup>

In den Anfangsjahren der Gemeinschaftswährung und bereits während der Vorbereitung der Euro-Einführung fand auf niedrigem Level eine Nivellierung der Zinsraten unter den EWS-Staaten statt: Mit Blick auf den Eintritt in einen einheitlichen Währungsraum profitierten insbesondere Staaten mit traditionell schwach bewerteten Währungen wie etwa Italien, Spanien und Irland von dem Vertrauen, das Investoren in die neue Gemeinschaftswährung setzten. So reduzierten sich die Zinsabstände zwischen deutschen und italienischen oder spanischen Staatsanleihen zwischen 1995 und 2005 von 3,7 auf 0,2 Prozentpunkte. Dieser einheitlichen Risikobewertung für die Eurozone lagen eine starke Konvergenzerwartung sowie der Wegfall des Wechselkursrisikos zugrunde.<sup>601</sup> Die wirtschaftlichen Angleichungsprozesse in den Anfangsjahren der Währungsunion blieben jedoch hinter den Erwartungen zurück und basierten zu großen Teilen auf der Entstehung von Spekulationsblasen (etwa im Finanz- und Immobiliensektor) und dem Ausbau privater sowie öffentlicher Verschuldung.<sup>602</sup> Die erhöhten Kapitalzuflüsse in die Peripheriestaaten der Eurozone hätten im Sinne der Strategie von Lissabon zu einer Diversifizierung der Wirtschaftsstrukturen und einer Erhöhung der Produktivität führen und somit eine positive Abfolge von neuen Arbeitsplätzen, Reallohnzuwächsen, Kaufkraftgewinnen, Wettbewerbsfähigkeit, Exportüberschüssen und letztlich einer besseren Schuldentragfähigkeit führen sollen.<sup>603</sup> Am Beispiel Spaniens lassen sich die Auswirkungen von Fehlallokationen veranschaulichen, wo insbesondere der Bausektor von den Kapitalzuflüssen profitierte, während industrielle Grundstrukturen des Landes nicht ausreichend modernisiert wurden. Das spanische Wirtschaftswachstum basierte auf weiter ansteigenden Immobilienpreisen und kreditbasiertem Konsum. Zunehmende

---

<sup>600</sup> Vgl. Guy Kirsch, Die Euro-Krise ist (nicht nur) eine Währungs Krise, in: APuZ 43/2010, S. 3-12, hier: S. 4.

<sup>601</sup> Vgl. Sophia Brana, Les défauts de construction de l'Union monétaire: ce que la crise a révélé, in: Cahiers français 07/2015, Crise de la zone euro : où en sommes-nous?, S. 2-10, hier: S. 3 f. sowie Kauffmann, L'Union européenne monétaire, S. 106 ff.

<sup>602</sup> Vgl. Brana, Les défauts de construction de l'Union monétaire, S. 4 f.

<sup>603</sup> Vgl. Aglietta, Zone euro, S. 29 ff.

Importabhängigkeit und Leistungsbilanzdefizite resultierten in einer erhöhten Inflation sowie einer verminderten Wettbewerbsfähigkeit.<sup>604</sup>

Die makroökonomischen Ungleichgewichte, die in Spanien und auch in Irland entstehen konnten, zeigen auf, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt in seiner Fokussierung auf Schuldenstände und Defizitraten der öffentlichen Hand zu kurz griff und bedeutende Gefahrenpotentiale für die Stabilität der Eurozone nicht erfassen konnte.<sup>605</sup> Dullien und Schwarzer plädieren für die Erweiterung des SWP<sup>606</sup> um eine Bewertung der Leistungsbilanzdefizite. Sie argumentieren, dass hohe und anhaltende Auslandsverschuldung des Privatsektors ohne eine Stärkung des Exportsektors nicht tragbar ist. Unternehmensseitige drastische Ausgabenkürzungen oder Insolvenzen wirken sich konjunkturell negativ aus und können Staatshaushalte empfindlich belasten. Im Vorfeld der Staatsschuldenkrise im Euroraum haben diese Zusammenhänge keine ausreichende Beachtung gefunden.<sup>607</sup>

Eine weit verbreitete Interpretation der Krise weist auf die heterogene wirtschaftliche Entwicklung unter den Eurostaaten hin, wobei sich insbesondere zwischen Deutschland und den Staaten der südlichen Peripherie der Währungsunion substantielle Unterschiede in der internationalen Wettbewerbsfähigkeit entwickelt haben.<sup>608</sup> Diese werden mit dem Zusammenspiel aus wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Nationalstaaten und der gemeinschaftlichen, einheitlichen Geldpolitik<sup>609</sup> erklärt. Deutschland sei es gelungen, in einer konjunkturellen Stagnationsphase während der Anfangsjahre der Gemeinschaftswährung Strukturreformen zu implementieren, während Staaten wie etwa Griechenland oder Spanien ein starkes Wirtschaftswachstum verzeichneten und eine stark expansive Lohnpolitik zuließen.<sup>610</sup> Deutschland und auch die Niederlande werden in diesem Kontext als positive Beispiele für die wettbewerbsfähigkeitssteigernden Politiken der Lohnzurückhaltung und der Arbeitsmarktflexibilisierung genannt.<sup>611</sup> Für den Zeitraum 1999 bis 2007 verzeichnete Deutschland so eine niedrigere Inflation und auch einen wesentlich geringeren Anstieg der Exportkosten für Waren und Dienstleistungen als Griechenland, Portugal und Spanien. Diese unterschiedlichen ökonomischen Entwicklungen können

---

<sup>604</sup> Vgl. ebd. sowie in anderer Perspektive ausführlicher Sinn, Der Euro, S. 55-69, Scheinblüte in der Peripherie.

<sup>605</sup> Vgl. Jesper Jespersen, The Euro - Why it failed, London 2016, hier insbesondere S. 37-58.

<sup>606</sup> *Stabilitäts- und Wachstumspakts*

<sup>607</sup> Vgl. Sebastian Dullien / Daniela Schwarzer, Die Eurozone braucht einen außenwirtschaftlichen Stabilitätspakt, SWP-Aktuell 06/2009.

<sup>608</sup> Vgl. beispielhaft Tobias Böing/Georg Stadmann, Competitiveness and Current Account Adjustments in the Euro Area, Department of Business Administration and Economics Discussion Paper No. 382, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder).

<sup>609</sup> Siehe folgendes Kapitel 3.2.3

<sup>610</sup> Vgl. Berthold Busch et. al., Ungleichgewichte in der Eurozone - Ursachenanalyse und wirtschaftspolitische Empfehlungen, IW-Analyse 74, Köln, 2011, S. 21 f.

<sup>611</sup> Vgl. Brana, Les défauts de construction de l'Union monétaire S. 5 f.

innerhalb einer Währungsunion nur schwerlich korrigiert werden, da nicht mehr auf das Instrument der Wechselkursabwertung zurückgegriffen werden kann.<sup>612</sup>

**Leistungsbilanz in % des BIP<sup>613</sup>**

	2000	2002	2004	2006	2008	2010
Deutschland	-1,7	1,9	4,5	5,7	5,6	5,6
Irland	0,6	0,2	-0,1	-5,4	-6,9	-2,0
Griechenland	N/A	-6,8	-7,7	-11,5	-15,1	-11,4
Spanien	-4,4	-3,7	-5,6	-9,0	-9,3	-3,9
Portugal	-10,8	-8,5	-8,3	-10,7	-12,1	-10,1

**Wachstumsrate des realen BIP – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % (OECD)<sup>614</sup>**

	2000	2002	2004	2006	2008	2010
Deutschland	3,0	0,0	1,2	3,7	1,1	4,1
Irland	9,6	6,3	6,7	5,5	-3,9	1,8
Griechenland	3,9	3,9	5,1	5,7	-0,3	-5,5
Spanien	5,3	2,9	3,2	4,2	1,1	0,0
Portugal	3,8	0,8	1,8	1,6	0,2	1,9

**Arbeitslosenquote, insgesamt (OECD)<sup>615</sup>**

	2000	2002	2004	2006	2008	2010
Deutschland	9,6	9,8	10,5	10,4	7,6	7,1
Irland	4,4	4,5	4,6	4,8	6,8	14,6
Griechenland	11,6	10,6	10,8	9,2	7,9	12,9
Spanien	14,0	11,5	11,0	8,5	11,3	20,0
Portugal	4,3	5,3	7,0	8,1	8,0	11,4

<sup>612</sup> Vgl. Busch, Ungleichgewichte in der Eurozone, S. 22.

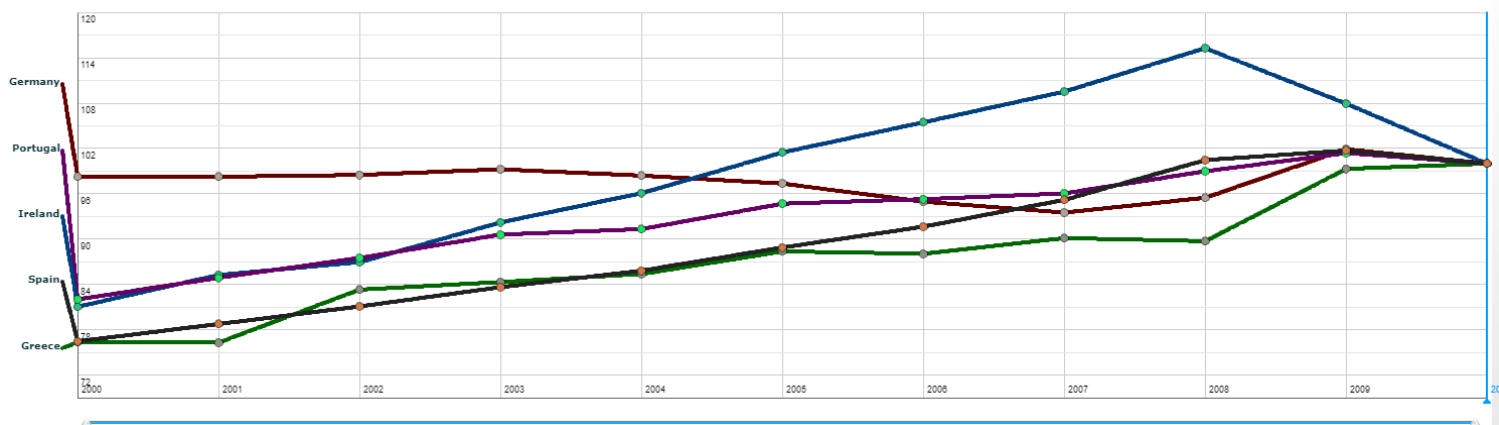
<sup>613</sup> <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&plugin=1&language=de&pcode=tipsbp20> (11.2.18).

<sup>614</sup> [http://stats.oecd.org/Index.aspx?DatasetCode=SNA\\_TABLE1#](http://stats.oecd.org/Index.aspx?DatasetCode=SNA_TABLE1#) (11.2.18).

<sup>615</sup> <http://stats.oecd.org/Index.aspx?DatasetCode=STLABOUR#> (11.2.18).

## Entwicklung von Lohnstückkosten<sup>616</sup>

Unit Labour Cost, Total Economy, Index OECD base year (2010=100)



Die Deutung einer Wettbewerbsfähigkeitskrise in der Peripherie des Euroraums wird von Charles Wyplosz relativiert. Er vertritt mit Blick auf die Turbulenzen in Portugal und Griechenland einerseits sowie Spanien und Irland andererseits den Standpunkt, dass die jeweiligen Refinanzierungsschwierigkeiten nicht etwa auf einen allgemeinen Verlust von Wettbewerbsfähigkeit zurückzuführen sind, sondern dass die auffälligste Gemeinsamkeit dieser Staatengruppe in einer exzessiven Binnennachfrage liegt.<sup>617</sup>

Unabhängig von volkswirtschaftlichen Diskussionen über die Gewichtung einzelner Faktoren kann jedoch konstatiert werden, dass sich die Konvergenzerwartungen im Sinne der Grundsteintheorie seit dem Start der Währungsunion nicht erfüllt haben. Vielmehr haben sich unter den Zwängen der gemeinsamen Währung ökonomische Unterschiede verstärkt. Die Konstruktion der Währungsunion minimiert dabei die Anzahl der zur Verfügung stehenden Anpassungsmechanismen. Ohne die Möglichkeiten der Wechselkursanpassung oder zentralbankgestützter Staatenfinanzierung lastet ein großer Druck auf Defizitstaaten, über interne Abwertungen wettbewerbsfähiger zu werden sowie makroökonomische Ungleichgewichte abzubauen. Eine Abmilderung des wirtschaftspolitischen Anpassungsdrucks für Defizitstaaten könnte etwa durch eine expansivere Lohnpolitik in Überschussstaaten oder aber die Schaffung neuer Transfermechanismen erfolgen.<sup>618</sup> Die Frage nach den geeigneten Maßnahmen zur Steigerung der ökonomischen Konvergenz der Eurozone und der Aufteilung des Anpassungsdrucks ist elementarer Bestandteil der politischen Debatte um die Reform der Wirtschafts- und Währungsunion.

<sup>616</sup> [Http://stats.oecd.org/#](http://stats.oecd.org/#) (11.2.18).

<sup>617</sup> Vgl. Charles Wyplosz, Eurozone Crisis: It's About Demand, not Competitiveness, 2013.

<sup>618</sup> Vgl. Aglietta, Zone euro, S. 33 sowie Geppert, Ein Europa, das es nicht gibt, S. 75-80.



### 3.2.3 EZB-Politik

Wie eingangs geschildert, ergeben sich Probleme für eine einheitliche Geldpolitik, wenn die verschiedenen beteiligten Staaten zu heterogen in ihren wirtschaftlichen Strukturen und Entwicklungen sind. Da sich die Europäische Zentralbank in ihren geld- und währungspolitischen Entscheidungen an einem Mittelwert für die Eurozone ausrichten muss, sind ihre Maßnahmen grundsätzlich nicht für die Volkswirtschaften geeignet, die sich von diesem Durchschnitt entfernt haben. Der von der EZB festgelegte Leitzinssatz ist beispielsweise für Staaten mit niedrigen Inflations- und Wachstumsraten zu restriktiv und führt zu hohen Realzinsen, während Staaten mit hoher Inflation durch den einheitlichen Leitzinssatz von sehr niedrigen oder sogar negativen Realzinsen profitieren können. Zu dieser zweiten Gruppe zählen Spanien, Irland, Portugal und auch Griechenland. Negative Realzinsen haben dort nach dem Euro-Beitritt den Verbrauch angekurbelt und Investitionen derart begünstigt, dass es zu einem „ungesunden“ Wachstum über das Produktionspotential hinaus kam.<sup>619</sup>

Heinen et. al. sehen in der einheitlichen Zinspolitik in der Eurozone eine Ursache für die Herausbildung von drei unterschiedlichen Wachstumsmodellen. In eine erste Kategorie lassen sich mit Deutschland, Österreich, den Niederlanden und Luxemburg exportorientierte Staaten im Zentrum der Währungsunion einordnen, die in den Anfangsjahren der Gemeinschaftswährung von einem hohen Realzinsniveau in ihrer konjunkturellen Entwicklung gebremst wurden und unter Reformdruck standen. Exemplarisch kann hier nochmals auf die wirtschaftliche Schwäche Deutschlands zu Beginn des Jahrtausends verwiesen werden.

In eine zweite Ländergruppe werden Belgien, Frankreich und Italien eingeordnet, die in den Jahren währungspolitischer Eigenständigkeit von einer engen Verbindung zwischen Zentralbank- und Wirtschaftspolitik geprägt waren. Heinen et. al bezeichnen den gezielten Einsatz von Abwertungen zur Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit bei expansiver Lohnpolitik als konsumorientiertes Wachstumsmodell, welches in der Währungsunion nicht mehr anwendbar ist. Frankreich und Italien verzeichneten so auch unter dem Druck eines starken Euro bedeutende Exportrückgänge zwischen 1999 und 2017.

Das dritte, kreditfinanzierte Wachstumsmodell schließlich wurde bereits im vorigen Unterkapitel an den Beispielen Griechenlands und Spaniens vorgestellt, die aufgrund des einheitlichen Leitzinses über ein negatives Realzinsniveau verfügten und somit hohe

---

<sup>619</sup> Vgl. Henrik Enderlein, Die Krise im Euro-Raum: Auslöser, Antworten, Ausblick, in: APuZ 43/2010, S. 7-12, hier: S. 8 sowie Schwarzer, Die Europäische Währungsunion, S. 40 f.

Kapitalzuflüsse verzeichneten, welche jedoch nicht produktivitätssteigernd eingesetzt wurden, sondern zu einer Blasenbildung führten.<sup>620</sup>

Die Turbulenzen der Euro-Krise haben Debatten über den Aufbau sowie die Aufgaben der Europäischen Zentralbank neu belebt. Die Konstruktion der EZB wird von Kritikern mitverantwortlich gemacht für die zuvor beschriebenen Problemfelder des impliziten Insolvenzrisikos für Teilnehmerstaaten sowie die stark heterogene wirtschaftliche Entwicklung innerhalb der Eurozone. Michel Aglietta kritisiert beispielsweise, dass die EZB wie auch der Euro insgesamt in ihrer Konstruktion unvollständig blieben und die Krisen eben jene Fehlkonzeptionen offenlegen, die in den ruhigen Anfangsjahren der Wirtschafts- und Währungsunion nicht ausreichend Beachtung fanden.<sup>621</sup>

Tatsächlich waren die ersten zehn Jahre der Gemeinschaftswährung von einer hohen Stabilität geprägt: Das angepeilte Inflationsziel von 2% wurde erreicht und die Abstimmungsprozesse im EZB-Rat, welcher aus einem sechsköpfigen, vom Europäischen Rat gewählten Direktorium sowie den Präsidenten der nationalen Notenbanken gebildet wird, verliefen reibungslos. Der Aufbau des EZB-Rates unterstreicht den politisch unabhängigen, supranationalen Charakter der Zentralbank: Die Mitglieder repräsentieren nicht ihre jeweiligen Heimatstaaten, sondern agieren als geldpolitische Experten. Abstimmungen finden in der Regel nach dem einfachen Mehrheitsprinzip statt, wobei keine Gewichtung von Stimmen nach Kapitalanteilen stattfindet.<sup>622</sup> Im Zuge der Euro-Krise entfaltete sich eine Diskussion über den technokratischen Ansatz der EZB-Führung. Hans-Werner Sinn als Verfechter der Maastrichter Prinzipien der Preisstabilität und des Haftungsausschlusses bemängelt in der Rückschau, dass die Möglichkeit national geprägter Interessengegensätze im EZB-Rat ignoriert wurde und dass das Prinzip des *one man one vote* größere Staaten wie etwa Deutschland benachteilige.<sup>623</sup> Anders gelagerte Kritik am technokratischen Aufbau der EZB zielt auf ihr Demokratiedefizit ab und die Tatsache, dass die EZB als eine der mächtigsten Zentralbanken weltweit nicht etwa wie die Fed oder die Bundesbank über eine einzelne Regierung als Gegenpart verfügt, sondern einem heterogenen Staatengebilde gegenübersteht.<sup>624</sup> Die EZB verfügt aufgrund ihres supranationalen Status über eine höhere Unabhängigkeit als jede nationale Notenbank, ist jedoch in ihrer Funktionsweise kaum demokratisch legitimiert.<sup>625</sup> Die nach dem Modell der

---

<sup>620</sup> Vgl. Heinen et. al., Alles auf Anfang, S. 21 ff.; vgl. zur Anfälligkeit für asymmetrische Schocks Marcel Aloy et. al., *Austérité budgétaire: remède ou poison? La zone euro à l'épreuve de la crise*, Neuilly 2017, S. 22.

<sup>621</sup> Vgl. Aglietta, *Zone euro*, S. 42-49.

<sup>622</sup> Vgl. Brunnermeier et. al., *The euro and the battle of ideas*, S. 316.

<sup>623</sup> Vgl. Sinn, *Der Euro*, S. 43 f.

<sup>624</sup> Vgl. Brunnermeier et. al., *The euro and the battle of ideas*, S. 315 f.

<sup>625</sup> Vgl. Andrew Moravcsik, *Europe after the Crisis*, in: *Foreign Affairs* Vol. 91 Nr.3, 05/2012, S. 54-68, hier: S. 66.

Bundesbank ausgestaltete unabhängige EZB mit ihrer Fixierung auf Inflationsvermeidung und dem Verbot von Haftungsübernahmen hat nach dem Verständnis von Kritikern zur Krisenanfälligkeit der Eurozone beigetragen: Aus der Sicht von Pascal Kauffmann hat die Euro-Krise verdeutlicht, dass die ordoliberalen Konzeption der Währungsunion zu Verwerfungen geführt hat, welche mit einer stärker wirtschaftspolitisch unterstützenden EZB und einer engeren Abstimmung der makroökonomischen Prioritäten auf europäischer Ebene hätten vermieden werden können.<sup>626</sup> Joseph Stiglitz wertet die Fokussierung auf Preisstabilität als Konstruktionsfehler der EZB: Die Erwartung positiver wirtschaftlicher Entwicklungen auf der Grundlage einer durch Zentralbanken auf niedrigem Niveau kontrollierten Inflation war laut Stiglitz überzogen. Er ordnet diese monetaristische Ausrichtung der EZB einer während der Euro-Schaffung dominierenden liberalen wirtschaftlichen Denkschule zu, kritisiert dieses jedoch als simplizistisch.<sup>627</sup> Im Verbot von Staatenfinanzierung schließlich erkennt Aglietta eine Beschränkung politischer Souveränität. Diese bestehe im Euro-Raum erst wenn die Europäische Zentralbank als Kreditgeber der letzten Instanz agieren könne, um somit die Schuldentragfähigkeit der Euro-Staaten langfristig zu garantieren und das Funktionieren der Nationalstaaten im elementaren Sinn der Fürsorge für seine Bürger sicherzustellen.<sup>628</sup>

### **3.3 Krisenmanagement in der Eurozone**

Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Refinanzierungsprobleme Griechenlands und einer möglichen Ausweitung der Staatsschuldenkrise auf weitere Eurozonenmitglieder galt es kurzfristig Finanzierungsinstrumente zu schaffen, um eine systemgefährdend wirkende Insolvenz innerhalb der Währungsunion zu verhindern. Mittel- und langfristig ist nach wie vor die Form der wirtschaftspolitischen Steuerung oder Koordinierung im Rahmen der WWU zu definieren. Erste als Krisenreaktion erfolgte Maßnahmen zielen auf eine Intensivierung der fiskal- und makroökonomischen Überwachung. Im Verlauf der Euro-Krise hat die EZB ihre Rolle neu definiert, was Fragen hinsichtlich der zukünftigen Struktur der Wirtschafts- und Währungsunion aufgeworfen hat.

Ebenso wie die Verhandlungen des Vertrags von Maastricht im Vorfeld des Euro sind auch die im Rahmen der europäischen Rettungspolitik realisierten Lösungen gekennzeichnet von deutsch-französischen Interessengegensätzen und Kompromissen auf Regierungsebene.

---

<sup>626</sup> Vgl. Kauffmann, *Les relations franco-allemandes dans une Europe unifiée*, S. 107-112.

<sup>627</sup> Vgl. Stiglitz, *The Euro*, S. 146 f.

<sup>628</sup> Vgl. Aglietta, *Zone Euro*, S. 45 ff.

### 3.3.1 Finanzielle Unterstützungsmechanismen

Das Szenario, dass Mitglieder der Währungsunion in Zahlungsschwierigen geraten und auf externe Hilfsleistungen angewiesen sein könnten, war bei der vertraglichen Ausgestaltung der WWU nicht berücksichtigt worden. Laut EU-Vertrag bestand zwar die Option von Zahlungsbilanzkrediten für angeschlagene Volkswirtschaften, diese Möglichkeit bezog sich jedoch explizit auf EU-Staaten außerhalb der Eurozone. Entsprechend hoch war im Frühjahr 2010 der Zeitdruck, Unterstützungsmechanismen für die Währungsunion zu schaffen, welche die vertraglichen Grundsätze der Nichtbeistandsklausel oder des Verbots der Staatenfinanzierung wahrten.<sup>629</sup> Grundsätzlich verschiedene Positionen nahmen dabei Deutschland und Frankreich ein: Aus französischer Sicht sollten schnell umfassende finanzielle Hilfen in Form von bilateralen Krediten in einem rein europäischen Rahmen zur Verfügung gestellt werden, um die negativen Auswirkungen der Spekulation zu bekämpfen. Fehler Griechenlands oder tieferliegende institutionell-strukturelle Ursachen für die Krise wurden in den ersten Reaktionen kaum thematisiert. Die deutsche Bundesregierung hingegen führte die drohende Insolvenz Griechenlands in erster Linie auf haushaltspolitische Versäumnisse Athens zurück und ging zunächst nicht auf Hilfesuche ein.<sup>630</sup> Schwarzer identifiziert vier hauptsächliche Gründe für die defensive Position der Bundesregierung: Eine Weigerung zeitnaher Unterstützungsmaßnahmen sollte den Reformdruck auf den griechischen Premierminister Georgios Papandreou aufrecht erhalten und die Grundsätze der Währungsunion gemäß des Vertrags von Maastricht wahren. Darüber hinaus bestand die Möglichkeit einer Anfechtung potenzieller deutscher Finanzhilfen vor dem Bundesverfassungsgericht, so dass die liberalkonservative Koalition nur Rettungsmaßnahmen initiieren wollte, die mit einem zwingenden und ersichtlichen Grund des Euro-Erhalts zu rechtfertigen waren. Zuletzt spielten wahltaktische Überlegungen eine Rolle, in dem Sinne, dass CDU und FDP daran gelegen war, die Frage möglicher Griechenlandkredite nicht zu einem Thema des nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf werden zu lassen.<sup>631</sup>

Nicht nur aus der Sicht französischer Kommentatoren verschärfte das deutsche Zögern die Refinanzierungskrise Griechenlands und weiterer instabiler Staaten der Eurozone. Kauffmann beispielweise kritisiert das Beharren der deutschen Regierung auf der Einhaltung des bestehenden Regelwerks für die WWU, wenngleich die systemischen Risiken der Staatsschuldenkrise ein entschiedenes Vorgehen jenseits eben jenes

---

<sup>629</sup> Vgl. Schwarzer, Die Europäische Währungsunion, S. 118.

<sup>630</sup> Vgl. Claire Demesmay, Le couple franco-allemand à l'épreuve de la crise, in: Cahiers Français 07/2015, S. 23-28, hier: S. 24 f. sowie Daniela Schwarzer, Deutschland und Frankreich und die Krise im Euro-Raum, in: APuZ 1/2013, S. 30-36, hier: S. 32.

<sup>631</sup> Vgl. ebd.

offensichtlich unwirksamen Reglements erfordern.<sup>632</sup> Brunnermeier et. al. stellen in ähnlicher Weise einer Präferenz für flexibles politisches Krisenmanagement in Frankreich das Vertrauen auf die disziplinierende Kraft von Regelwerken in Deutschland gegenüber: „In short, the French focus on managing the current crisis; Germans focus on avoiding future crises.“<sup>633</sup>

Elementare deutsche Verhandlungspositionen vor Ausgabe des Euro wie die Zentralbankunabhängigkeit, der Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie die Einhaltung der No-Bailout-Klausel wurden durch die Krisenentwicklung im Euroraum angegriffen und mussten im Zuge der Rettungspolitik revidiert werden. Durch die sukzessive Einrichtung von Hilfspaketen für Griechenland (Mai 2010), Irland (Dezember 2010), Portugal (Mai 2011) und nochmals Griechenland (Februar 2012) sowie die Schaffung zunächst temporärer (EFSM<sup>634</sup>, EFSF<sup>635</sup>) und schließlich permanenter Stabilisierungsmechanismen (ESM<sup>636</sup>) innerhalb der Eurozone wurde die im Vertrag von Maastricht verankerte Nichtbeistandsklausel angegriffen.<sup>637</sup> Die fortschreitende Institutionalisierung und Ausweitung der finanziellen Unterstützungsinstrumente trug der Reichweite und Intensität der Staatsschuldenkrise Rechnung. Das erste Rettungspaket für Griechenland wurde in Form von bilateralen Kreditzusagen der Euro-Staaten sowie Finanzierungshilfen des IWF gestaltet. In Anbetracht der anhaltenden Finanzmarkturbulenzen wurden auf einer Krisensitzung des Rates im Mai 2010 der supranationale Notfonds EFSM in Höhe von 60 Mrd. € sowie die auf drei Jahre befristete zwischenstaatliche Zweckgesellschaft EFSF mit einem Kreditvolumen von 440 Mrd. € geschaffen. Die EFSF konnte Liquidität an den Finanzmärkten aufnehmen und sie unter strengen Auflagen an instabile Euro-Staaten weiterleiten um ihnen günstigere Refinanzierungszinsen zu ermöglichen. Die Kreditwürdigkeit der EFSF wurde durch Garantien aller Euro-Staaten proportional zu ihrer jeweiligen Kapitalbeteiligung an der EZB gewährleistet.<sup>638</sup> Während in der Folge die Einsatzmöglichkeiten und die maximal abrufbaren Mittel der EFSF ausgeweitet wurden, bestanden ob der zeitlichen Befristung Unsicherheit über das weitere Krisenmanagement.<sup>639</sup> Im Oktober 2012 wurde die temporäre EFSF durch den dauerhaft angelegten ESM ersetzt. Dieser gleicht in der Funktionsweise und der Zielsetzung der EFSF, verfügt jedoch über ein Grundkapital von rund 80 Mrd. € und einen Kreditrahmen

---

<sup>632</sup> Vgl. Kauffmann, *Le couple franco-allemand et l'Europe monétaire*, S. 114 f.

<sup>633</sup> Vgl. Brunnermeier et. al., *The euro and the battle of ideas*, S. 86 f.; Zitat ebd. S. 87.

<sup>634</sup> *Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus*

<sup>635</sup> *Europäische Finanzstabilisierungsfazilität*

<sup>636</sup> *Europäischer Stabilitätsmechanismus*

<sup>637</sup> Vgl. Schild / Krotz, *Shaping Europe*, S. 203.

<sup>638</sup> Vgl. Hilpold, *Neue europäische Finanzarchitektur*, S. 35 f.

<sup>639</sup> Vgl. ebd.

von rund 700 Mrd. €. Ende Juni 2012 beschloss zudem der Europäische Rat, eine direkte Bankenrekapitalisierung durch den ESM zu ermöglichen und somit die systemischen Gefahren aus den engen Verbindungen zwischen Staatsfinanzierung und Bankenstabilität zu reduzieren.<sup>640</sup>

Der qualitativen Weiterentwicklung der Unterstützungsmechanismen innerhalb der Eurozone gingen intensive Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich voraus. Aus deutscher Sicht waren Hilfskredite nicht mit den EU-Verträgen vereinbar<sup>641</sup>, weshalb Lösungen in einem intergouvernementalen Rahmen zu wählen waren und der IWF als externe Instanz in Rettungsprogramme eingebunden werden sollte. Darüber hinaus setzte sich die Bundesregierung wiederholt für eine strikte Konditionalität etwaiger Kredithilfen sowie eine Beteiligung privater Gläubiger an den Hilfspaketen für Griechenland ein. Frankreich hingegen plädierte für die frühzeitige Einrichtung eines dauerhaften Rettungsmechanismus in einem rein europäischen Format. Dieser sollte im Angesicht der Krise möglichst umfassend sein und idealerweise auch über eine Bankenlizenz verfügen. Entsprechend gingen Vorstöße zur Erweiterung und Flexibilisierung der EFSF von Frankreich aus. Dass der ESM als dauerhafter Rettungsfonds bereits im Herbst 2012 und nicht erst nach Ablauf der EFSF installiert wurde, entsprach ebenfalls französischen Prioritäten.<sup>642</sup> Ähnlich den Verhandlungen des Vertrags von Maastricht, konnte Frankreich einen Zeitplan durchsetzen, während Deutschland vertragliche Rahmenbedingungen und Auflagen entscheidend gestaltete. Dass in Form des ESM ein permanenter und umfassender Rettungsmechanismus geschaffen wurde, kann als Erfolg für die französische Verhandlungsposition gesehen werden und zeugt von der Reichweite der Staatsschuldenkrise im Euroraum.

Auffällig im deutsch-französischen Vergleich ist indes die unterschiedliche Wertschätzung der Nichtbeistandsklausel (Art. 125 AEUV). Während sie für Frankreich ein notwendiges Zugeständnis an Deutschland zur Erlangung der Gemeinschaftswährung war, in der Praxis jedoch keine besondere Bedeutung hatte<sup>643</sup> und wie geschildert einem weitreichenden Ausbau der Stabilisierungsmechanismen nicht im Wege stand, entzündete sich in der deutschen wissenschaftlichen und politischen Debatte Kritik an der Rettungspolitik und der mit ihr einhergehenden Aushöhlung der Nichtbeistandsklausel.

---

<sup>640</sup> Vgl. Schwarzer, Die Europäische Währungsunion, S. 64 ff.

<sup>641</sup> Eine Lösung in Vorbereitung des ESM konnte durch einen im Oktober 2010 beschlossenen Vertragszusatz gefunden werden. Art. 136 (3) AEUV: „(3) Die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, können einen Stabilitätsmechanismus einrichten, der aktiviert wird, wenn dies unabdingbar ist, um die Stabilität des Euro-Währungsgebiets insgesamt zu wahren. Die Gewährung aller erforderlichen Finanzhilfen im Rahmen des Mechanismus wird strengen Auflagen unterliegen.“

<sup>642</sup> Vgl. Sinah Schnells, Deutschland und Frankreich im Krisenmanagement der Eurozone - Kompromisse trotz unterschiedlicher Präferenzen?, Dissertation 19.10.16, S. 53-63, online abrufbar unter: [http://www.diss.fu-berlin.de/diss/receive/FUDISS\\_thesis\\_000000103484](http://www.diss.fu-berlin.de/diss/receive/FUDISS_thesis_000000103484) (13.02.18).

<sup>643</sup> Vgl. Brunnermeier et. al., The Euro and the battle of ideas, S. 98 f.

Skeptiker und Gegner des Krisenmanagements sehen im Ausbau der Rettungsmechanismen eine Verletzung der rechtlichen Grundlagen der WWU und somit eine Gefährdung des europäischen Einigungswerks auf Basis einer Rechtsgemeinschaft.<sup>644</sup> Die Umgehung der Nichtbeistandsklausel und die Gewährung von Finanzhilfen für überschuldete Staaten wird als Fehlanreiz für nachlassenden Reformdruck in Krisenstaaten gewertet. Dieser Logik folgend sind Rettungsprogramme nicht geeignet, die Schulden tragfähigkeit zu erhöhen, vielmehr zögern sie notwendige Anpassungsprozesse hinaus, sichern unvorsichtige Investoren ab und missbrauchen Steuergelder der Gläubigerstaaten.<sup>645</sup> Euro-Kritiker wie der Ökonom Starbatty sehen die Rettungspolitik als rechtswidrig an. Berufungen auf Art. 122 AEUV, wonach Mitgliedsstaaten im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Ereignissen finanziell unterstützt werden können, werden als unzutreffend zurückgewiesen. Diese juristisch begründete Ablehnung der Hilfsmaßnahmen, die auch in verschiedenen Verfassungsbeschwerden zum Ausdruck kam<sup>646</sup> und den europapolitischen Spielraum der Bundesregierung einengte, steht in starkem Kontrast zu pragmatisch argumentierenden französischen Amtsträgern wie der damaligen Finanzministerin Christine Lagarde oder Europaminister Pierre Lellouche, der die Einrichtung der EFSF als eurozonenspezifische Variante eines gemeinsamen NATO-Verteidigungsfalls interpretierte.<sup>647</sup>

### **3.3.2 Wirtschafts- und fiskalpolitische Koordinierung**

Neben der Schaffung und dem sukzessiven Ausbau von Stabilisierungsmechanismen zur Vermeidung von Staatsinsolvenzen zielten weitere Reformen innerhalb der Eurozone auf eine Stärkung der haushalts- und wirtschaftspolitischen Kontrolle der Mitgliedsstaaten ab. Schwachstellen des bestehenden Regelwerks wurden verbessert, zudem wurde die Koordinierung umfassender ausgestaltet. Ein wirtschaftspolitischer Paradigmenwechsel ist indes ausgeblieben.

Angesichts der Tatsache, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt in seiner ursprünglichen Form weitestgehend wirkungslos blieb, nahm das Vorhaben einer Reformierung des Regelwerks großen Raum in den politischen Debatten über die Bewältigung der Staatsschuldenkrise ein. Der Stabilitätspakt wurde auf zwei Ebenen

---

<sup>644</sup> Vgl. Geppert, Ein Europa, das es nicht gibt, S. 89-106.

<sup>645</sup> Vgl. Sinn, Der Euro, S. 8.

<sup>646</sup> Vgl. beispielhaft: Der Tagesspiegel, 8.7.10, Euro-Kritiker weiten Klage aus; manager magazin, 4.8.12, 36.000 Deutsche unterstützen ESM-Klage; Frankfurter Rundschau, 19.3.14, Verfassungsklage gegen ESM gescheitert.

<sup>647</sup> Vgl. Joachim Starbatty, Der Riss durch die Eurozone - Fakten zur Krise der Währungsunion und des Euro, in: Wilhelm Hankel et. al., Das Euro-Abenteuer geht zu Ende - Wie die Währungsunion unsere Lebensgrundlagen zerstört, Rottenburg 2011, S. 214-245, hier: S. 227 f.; vgl. zum französischen Pragmatismus Schild/Krotz, Shaping Europe, S. 204.

überarbeitet: im sogenannten präventiven Arm des Instruments sollte sichergestellt werden, dass haushaltspolitische Verfehlungen und schon in einem früheren Stadium budgetäre Fehlentwicklungen besser erkannt werden können. Zu diesem Zweck soll die Kommission mit dem Recht ausgestattet werden, in sogenannten Stabilitätsprogrammen wirtschaftspolitische Orientierungen für Mitgliedsstaaten vorzugeben. Bei einer Missachtung von wirtschaftspolitischen Teilzielen ist die Kommission berechtigt, Auflagen und Sanktionen zu verhängen. Im sogenannten korrektiven Teil des Stabilitätspakts wurde vereinbart, neben dem Defizitkriterium der 3,0% auch die gesamte Haushaltsverschuldung mit einer Obergrenze von 60% als relevanten Faktor für die Auslösung eines Sanktionsverfahrens zu betrachten. Da in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise jedoch ohnehin das Gros der Mitgliedsstaaten Defizitwerte von weit oberhalb der 60% in Relation zum BIP aufwies, wurde beschlossen, von Strafmaßnahmen abzusehen, sofern die Differenz des Schuldenstandes zum Referenzwert jährlich um 1/20 reduziert wird. Für den Fall jedoch, dass die Kommission zu der Einschätzung gelangt, dass die Defizitkriterien missachtet worden sind, wurde der Ablauf im Vergleich zu den Bestimmungen von 1996 umgekehrt. Während sich ursprünglich eine qualifizierte Mehrheit im Ministerrat für die Eröffnung eines Verfahrens aussprechen musste, gibt es in der reformierten Version des Paktes ein sogenanntes semi-automatisches Sanktionsverfahren. Auf Initiative der Kommission wird ein Strafprozess in Gang gesetzt, es sei denn eine qualifizierte Mehrheit im Rat stimmt dagegen und wehrt das Verfahren aktiv ab. Befürworter der Verschärfung des Stabilitätspakts versprechen sich von dieser Umkehr des Abstimmungsmodus eine verbindlichere Disziplinierung.

Es ist anzumerken, dass die deutsche Regierung bei einer Reform des SWP, wie schon Mitte der 1990er Jahre, einen Sanktionsautomatismus einführen wollte. Diese Forderung wurde jedoch in einem Kompromiss mit Frankreich aufgeweicht.<sup>648</sup> Bei einem Treffen in Deauville im Oktober 2010 verständigten sich Kanzlerin Angela Merkel und Staatspräsident Nicolas Sarkozy darauf, dass es keine automatisierten Strafverfahren geben würde (Entgegenkommen Deutschlands), aber bei einer möglichen zukünftigen Umschuldung Griechenlands auch private Gläubiger beteiligt werden sollten (Entgegenkommen Frankreichs). Die französische Regierung teilte das Ziel, das Regelwerk des SWP zu verschärfen, lehnte jedoch die Strafmaßnahme eines Stimmrechtsentzugs ab. Aus französischer Sicht sollte der SWP zudem nicht allein zur Überwachung nationaler Budgets, sondern auch zur Korrektur wirtschaftlicher Ungleichgewichte in der Eurozone genutzt werden.<sup>649</sup> Inwieweit die formale Härtung des disziplinarischen Regelwerks praktische Auswirkungen auf die fiskal- und haushaltspolitischen Entscheidungen der

---

<sup>648</sup> Vgl. Detlef Drewes, Merkel zahlt einen hohen Preis, Aachener Zeitung, 30.10.10, S. 4.

<sup>649</sup> Vgl. Alexandrine Bouilhet, Paris et Berlin veulent durcir les règles, Le Figaro 4.5.10, S. 22.



einzelnen Mitgliedsstaaten der Eurozone, die weiterhin volle wirtschaftspolitische Souveränität genießen, hat, und in welcher Form die Kommission ihre Kompetenzen in der Haushaltsüberwachung ausüben wird, muss die Zukunft zeigen.<sup>650</sup>

Zusammen mit der Reform des SWP wurde im Rahmen des sogenannten Sixpacks im Dezember 2011 ein *Verfahren zur Überwachung makroökonomischer Ungleichgewichte* eingeführt. Diese Neuerung geht auf die Missachtung der teilweise stark unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen im Euroraum zurück und zielt darauf ab, die Gefahren von Blasenbildungen wie etwa im spanischen Immobiliensektor zu vermindern. Anhand eines Scoreboards werden zehn Indikatoren wie etwa der Verlauf der Leistungsbilanzen, die Entwicklung der Lohnstückkosten oder der Grad der privaten Verschuldung überprüft. Bei Überschreitung von Schwellenwerten<sup>651</sup> und der Befürchtung von potenziell destabilisierenden Auswirkungen auf die Eurozone insgesamt, können den betroffenen Staaten Empfehlungen für Korrekturmaßnahmen ausgesprochen werden. Die Nichtbefolgung von Empfehlungen kann mit einer Geldstrafe in Höhe von 0,1% des BIP sanktioniert werden.<sup>652</sup>

Die Implementierung des Verfahrens zum Abbau von Ungleichgewichten und der darin festgelegte größere Toleranzrahmen für Staaten mit positiver Leistungsbilanz haben Debatten über die Verteilung der Anpassungslasten ausgelöst. Kritiker wie die französische Wirtschaftsministerin Lagarde wandten ein, dass Überschussstaaten wie Deutschland stärker auf eine ökonomische Konvergenz der Eurozone hinwirken sollten, indem sie beispielsweise den Binnenkonsum stärkten.<sup>653</sup> Moravcsik argumentierte diesbezüglich, dass eine expansivere Lohn- und Finanzpolitik Deutschlands Defizitstaaten in die Lage versetzte, mehr zu exportieren, wirtschaftlich zu wachsen und ihren Wettbewerbsfähigkeitsrückstand zu verkleinern. Eine leichte Wertminderung des Euro habe ebenfalls einen stimulierenden Effekt. Dieser Darstellung folgend sei eine weniger rigide Haushaltspolitik letztlich in deutschem Interesse, da so die Homogenität und Stabilität der Währungsunion erhöht und die Risiken von Haftungsübernahmen vermindert werden könnten.<sup>654</sup> Eine Gegenposition nahm Alain Fabre ein, der als positiven Effekt des deutschen exportorientierten Wirtschaftsmodells das Erreichen eines Außenhandelsüberschusses der Eurozone in seiner Gesamtheit anführte. Eine

---

<sup>650</sup> So signalisierte die neue Juncker-Kommission im November 2014 politische Flexibilität im Hinblick auf mögliche Defizitverfahren gegen Frankreich und Italien, vgl. Werner Mussler, Junckers politische Kommission, FAZ, 4.1.15.

<sup>651</sup> Beispielsweise wird ein Leistungsbilanzdefizit von mehr als 4% als potentielle Ursache für makroökonomische Ungleichgewichte angesehen. Für Leistungsbilanzüberschüsse gilt indes ein Grenzwert von 6% des BIP, vgl. Schwarzer, Die Europäische Währungsunion, S. 86.

<sup>652</sup> Vgl. Daniela Schwarzer, Economic Governance in der Eurozone, APuZ 04/2012, S. 20 sowie Peter Becker, Wirtschaftspolitische Koordinierung in der Europäischen Union - Europäisierung ohne Souveränitätsverlust, SWP-Studie 19, November 2014, S. 17.

<sup>653</sup> Vgl. Schwarzer, Die Europäische Währungsunion, S. 87 f.

<sup>654</sup> Vgl. Moravcsik, Europe after the Crisis, S. 65.

Reduzierung des deutschen Überschusses sei keine Basis für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum im Euroraum.<sup>655</sup>

Verschiedene Instrumente zur engeren Abstimmung der nationalen Wirtschafts- und Haushaltspolitiken werden seit 2011 im sogenannten *Europäischen Semester* überwacht. In diesem Verfahren übermitteln die EU-Staaten jährlich Budget- und Wirtschaftsdaten an die Kommission, welche diese auf ihre Kompatibilität mit der Wachstumsstrategie der EU „Europa 2020“ und des SWP hin untersucht. Neu ist hier die Intensivierung des wirtschaftspolitischen Dialogs zwischen Kommission und Mitgliedsstaaten und die Möglichkeit einer frühzeitigen Feststellung von wirtschafts- oder haushaltspolitischen Fehlentwicklungen.<sup>656</sup> Die Kommission erstellt auf Grundlage der eingereichten Daten und Reformvorhaben länderspezifische Empfehlungen, die wiederum Gegenstand der haushaltspolitischen Debatten in den nationalen Parlamenten werden sollen.<sup>657</sup> Da die Kommission jedoch über keine Durchgriffsrechte auf nationale Wirtschaftspolitik verfügt, finden die Reformvorschläge in der Praxis kaum Beachtung.<sup>658</sup>

Eine Intensivierung der wirtschaftspolitischen Koordinierung in einem zwischenstaatlichen Rahmen erfolgte mit dem *Euro-Plus-Pakt*, der im März 2011 von den Mitgliedern der Eurozone sowie sechs weiteren EU-Staaten unterzeichnet wurde. Das Abkommen wurde als freiwillige Vereinbarung zwischen den unterzeichnenden Staats- und Regierungschefs gestaltet. Diese verpflichteten sich zu einer Harmonisierung von Steuer-, Lohn- und Rentensystemen mit dem Ziel einer Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit.<sup>659</sup> Die rein politische Erklärung ohne juristische Bindung ging aus deutsch-französischen Abstimmungen hervor. Für die Bundesregierung, die sich federführend bei dem Projekt zeigte, war es ein Anliegen, vor dem Hintergrund des Aufbaus von Stabilisierungsmechanismen die Anreize für Strukturreformen in der Eurozone aufrechtzuerhalten, während der französische Staatspräsident Sarkozy nach Wegen suchte, wirtschaftlich zu Deutschland aufzuschließen.<sup>660</sup>

Deutschland wiederum kam in Ansätzen traditionellen französischen Bestrebungen entgegen, zur Verbesserung der politischen Steuerung eine Wirtschaftsregierung zu installieren. In einem im Juni 2011 geschlossenen Kompromiss sprachen sich der

---

<sup>655</sup> Vgl. Alain Fabre, L'excédent extérieur allemand et la stabilité de la zone Euro, Regards sur l'économie allemande, Bulletin économique du CIRAC 114/2014, S. 5-15.

<sup>656</sup> Vgl. Hilpold, Eine neue europäische Finanzarchitektur, S. 55 f. sowie Franck Lirzin, La réforme de la surveillance et de la gestion des déséquilibres, in: Cahiers français 07/2015, S. 47-53, hier: S. 48 f.

<sup>657</sup> Vgl. Schwarzer, Economic Governance in der Eurozone, S. 21.

<sup>658</sup> Vgl. Werner Mussler, Staaten pfeifen auf Brüsseler Empfehlungen, FAZ, 18.6.14, S. 19.

<sup>659</sup> Vgl. Schwarzer, Die europäische Währungsunion, S. 93 f.

<sup>660</sup> Vgl. Frédéric Allemand et. al., Gouverner la zone euro après la crise: l'exigence d'intégration, Paris 2016, S. 88-95.

Staatspräsident und die Bundeskanzlerin dafür aus, diese auf Ebene des Europäischen Rates anzusiedeln und regelmäßige Eurozonengipfel auszurichten. Merkel wollte eine Spaltung zwischen Euro-Staaten und den weiteren EU-Staaten mit nationalen Währungen vermeiden und die Schaffung eines politischen Gegengewichts zur EZB verhindern.<sup>661</sup> Ursprünglich hatte Sarkozy eine Institutionalisierung von Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone als Wirtschaftsregierung mit eigenem Sekretariat angestrebt.<sup>662</sup> Die weit reichende französische Vision eines politisch legitimierten Gremiums zur Erarbeitung makroökonomischer Orientierungen für die Währungsunion und zur Diskussion einer geeigneten, wachstumsfördernden Wechselkurspolitik<sup>663</sup> konnte letztlich nicht gegen den Widerstand der Bundesregierung durchgesetzt werden.

Dezidiert von deutschen Präferenzen geprägt, war hingegen die Verabschiedung des Fiskalpakts (*Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion*) im Dezember 2011, mit dem die Bestimmungen des SWP abermals verschärft wurden. In der zwischenstaatlichen Abmachung verpflichteten sich mit Ausnahme von Großbritannien und Tschechien alle EU-Mitglieder abermals zu ausgeglichenen Haushalten mit einem maximalen strukturellen Defizit von 0,5%. Über den SWP hinausgehend verpflichteten sich die Staaten, die Defizitbegrenzung im nationalen Recht zu kodifizieren, wie es in Deutschland mit der verfassungsrechtlich verankerten Schuldenbremse bereits im Jahr 2009 geschehen ist. Die mangelnde Umsetzung der Bestimmungen seitens eines unterzeichnenden Staates kann von anderen vor dem EuGH beklagt werden. Zudem wird der Zugang zu ESM-Mitteln an die Implementierung des Fiskalpakts gebunden.<sup>664</sup>

Der Ende Juni 2012 auf dem Europäischen Rat präsentierte *Pakt für Wachstum und Beschäftigung*<sup>665</sup> trug der anhaltenden Rezession in Südeuropa ebenso Rechnung wie der neuen wirtschaftspolitischen Schwerpunktsetzung Frankreichs unter dem neuen sozialistischen Präsidenten François Hollande.<sup>666</sup> Ein Paradigmenwechsel in der wirtschaftspolitischen Koordination der Eurozone ging vom Dokument jedoch nicht aus. Neben einer Umverteilung ungenutzter Strukturfondsmittel zur Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen sowie der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit sah der Pakt eine Kapitalerhöhung für die Europäische Investitionsbank um 10 Mrd. € vor. Ohne die

---

<sup>661</sup> Vgl. Schild/Krotz, *Shaping Europe*, S. 207.

<sup>662</sup> Vgl. Arnaud Leparmentier / Marion Van Renterghem, M. Sarkozy relance l'idée d'un pilotage économique de l'Europe par la zone euro, *Le Monde*, 30.5.10, S. 7.

<sup>663</sup> Vgl. Pascal Kauffmann / Henrik Uterwedde, Deutschland, Frankreich und die Eurokrise: Auf der Suche nach der verlorenen Konvergenz, *APuZ* 43/2010, S. 13-19, hier: S. 18.

<sup>664</sup> Vgl. Deborah Mabbett / Waltraud Schelke, Searching under the lamppost: The evolution of fiscal surveillance, in: James A. Caporaso / Martin Rhodes, Hg., *The political and economic dynamics of the eurozone crisis*, Oxford 2016, S. 122-144, hier: S. 127.

<sup>665</sup> Verfügbar unter [http://europa.eu/rapid/press-release\\_DOC-12-8\\_de.pdf](http://europa.eu/rapid/press-release_DOC-12-8_de.pdf) (14.02.18).

<sup>666</sup> Vgl. Schwarzer, *Deutschland und Frankreich und die Krise im Euro-Raum*, S. 35 f.

Generierung substantieller neuer Finanzmittel hatte der Pakt für Wachstum und Beschäftigung allenfalls einen deklaratorischen Wert<sup>667</sup>, zumal die Grundausrichtung laut Erklärung nach wie vor in der „Inangriffnahme einer differenzierten wachstumsfreundlichen Haushaltskonsolidierung unter Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts“ lag.<sup>668</sup>

Die Verabschiedung des Pakts für Wachstum und Beschäftigung als zumindest rhetorisches Korrektiv des Fiskalpakts steht sinnbildlich für einen grundlegenden Richtungsstreit innerhalb der Eurozone zwischen Befürwortern einer aktiven, nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik auf nationaler und europäischer Ebene einerseits und Verfechtern von Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen in nationaler Verantwortung andererseits.<sup>669</sup>

Kritiker der Verpflichtungen zu Sparprogrammen stellen dabei die negativen konjunkturellen Auswirkungen von weitreichenden Haushaltskonsolidierungen heraus. Ausgabenkürzungen könnten demnach prozyklisch wirken, wenn sie einen Wirtschaftsabschwung herbeiführen und steigende Ausgaben für Sozialsysteme den Staatshaushalt nochmals stärker belasten.<sup>670</sup> Aus dieser Perspektive resultieren die Konsolidierungs- und Reformprogramme aus einer verfehlten Deutung der Krise als Staatsschuldenkrise. Verpflichtungen zu Haushaltskürzungen wie im Fiskalpakt tragen demnach nicht zur Krisenlösung bei, sondern beeinträchtigen die wirtschaftliche Entwicklung des Euroraums.<sup>671</sup>

Neoklassische Ökonomen wie Hans-Werner Sinn betonen hingegen die Notwendigkeit von Sparprogrammen und Strukturreformen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Haushaltssolidität und eine maßvolle Entwicklung von Produktions- und Lohnkosten stellen demnach die Grundlage für wirtschaftliches Wachstum dar. Als Erfolgsbeispiel verweist Sinn auf die Reformbemühungen von Litauen und Lettland, die als Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht auf Wechselkursanpassungen zurückgriffen, sondern mittels Lohnkürzungen ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern konnten.<sup>672</sup>

Ulrike Guérot und Thomas Klau fassen die unterschiedlichen Wahrnehmungen der Konsolidierungspolitik in Deutschland und Frankreich überspitzt zusammen und stellen die in den jeweiligen öffentlichen Debatten verwendeten Schlagworte der (negativ

---

<sup>667</sup> Vgl. Carsten Volkery, Spiegel Online, EU-Wachstumsrhetorik: Der Mogelpakt, 27.06.2012, online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/eu-wachstumspakt-von-merkel-und-hollande-ist-eine-mogelpackung-a-841040.html> (16.2.18).

<sup>668</sup> Vgl. Becker, S. 12 f.

<sup>669</sup> Vgl. ebd. sowie Brunnermeier et al., S. 148-153.

<sup>670</sup> Vgl. Bofinger, Zurück zur D-Mark?, S. 97 f. sowie Aloy et. al., *Austérité budgétaire*, S. 141 ff.

<sup>671</sup> Vgl. Stiglitz, *The Euro*, S. 141 sowie Mark Blyth, *Wie Europa sich kaputtspart - die gescheiterte Idee der Austeritätspolitik*, Bonn 2014, S. 27-34.

<sup>672</sup> Vgl. Sinn, *Der Euro*, S. 173-176.

konnotierten) Austerität in Frankreich sowie der (positiv besetzten) Sparpolitik in Deutschland gegenüber.<sup>673</sup>

### 3.3.3 Die EZB als Krisenmanagerin

Die Turbulenzen der Banken- und Refinanzierungskrise im Euroraum ließen die EZB eine bedeutsame Rolle im Krisenmanagement einnehmen. Um die Stabilität des Bankensystems zu gewährleisten und den Euro als Währung zu schützen, griff sie dabei teilweise auf unkonventionelle Maßnahmen zurück, die Anlass zu Debatten über die Reichweite ihres Mandats und ihre zukünftige Rolle in einer reformierten, krisenfesteren Eurozone gaben. Insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich bestanden unterschiedliche Auffassungen über die Aufgaben von Zentralbanken.

In Reaktion auf die Insolvenz von Lehman Brothers und die Vertrauenskrise im Bankensektor reduzierte die EZB ihren Leitzins, der im Juli 2008 noch bei 4,25% lag, bis Mai 2009 schrittweise auf 1 %. Von November 2011 an erfolgten weitere Absenkungen des Zinsniveaus, das im März 2016 einen Wert 0,0% erreichte.<sup>674</sup> Darüber hinaus wurden die Refinanzierungsbedingungen für Banken erleichtert, indem die EZB die Anforderungen an die bei ihr zu hinterlegenden Sicherheiten massiv herabsenkte und umfassende Refinanzierungsgeschäfte mit ungewöhnlich langen Laufzeiten von bis zu drei Jahren anbot. Die Ende 2011 und Anfang 2012 aufgelegten sogenannten *LTRO*-Programme<sup>675</sup>, die EZB-Präsident Mario Draghi als „Dicke Bertha“ bewarb, dienten dazu, angeschlagene Banken mit Liquidität zu versorgen und somit Kreditkreisläufe zu reanimieren.<sup>676</sup> Laut Pascal Kauffmann wurde die Übernahme minderwertiger Sicherheiten durch die EZB in Deutschland weitaus kritischer betrachtet, als in Frankreich, wo der Fokus auf dem funktionalen Aspekt der Reaktivierung der Kreditkanäle lag.<sup>677</sup> Weiterhin gab die erhebliche Ausweitung der Geldmenge durch die EZB insbesondere in deutschen Debatten Anlass zur Sorge um mögliche inflationistische Auswirkungen, welche aber bisher nicht erkennbar sind.<sup>678</sup>

Sehr umstritten waren die EZB-Programme zum Aufkauf von Staatsleihen. Im Mai 2010 signalisierte der damalige Präsident Trichet unter dem Eindruck der Krise und der als unzureichend empfunden bilateralen Griechenlandkredite kurzfristig die Bereitschaft, für

---

<sup>673</sup> Vgl. Ulrike Guérot / Thomas Klau, After Merkozy: How France and Germany can make Europe work, ECFR Policy Brief 56, Mai 2012, S. 4.

<sup>674</sup> Entwicklung des Leitzinses einsehbar unter: [https://www.ecb.europa.eu/stats/policy\\_and\\_exchange\\_rates/key\\_ecb\\_interest\\_rates/html/index.en.html](https://www.ecb.europa.eu/stats/policy_and_exchange_rates/key_ecb_interest_rates/html/index.en.html) (16.2.18).

<sup>675</sup> *Longer-term refinancing operation*

<sup>676</sup> Vgl. o.V., FAZ.net, Banken leihen sich Rekordsumme von EZB, online einsehbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mario-draghis-dicke-bertha-banken-leihen-sich-rekordsumme-von-ezb-11666512.html> (16.2.18).

<sup>677</sup> Vgl. Kauffmann, L'UEM, Maastricht et la BCE, S. 62 f.

<sup>678</sup> Vgl. ebd.

einen begrenzten Zeitraum Staatsanleihen instabiler Eurozonenländer aufzukaufen um somit den Zinsdruck auf Italien, Spanien, Griechenland, Irland und Portugal zu verringern.<sup>679</sup> Die EZB erwarb im Rahmen des sogenannten *SMP*<sup>680</sup> Staatsobligationen auf dem Sekundärmarkt, auf dem bereits emittierte Anleihen gehandelt werden, um nicht das ihr vertraglich auferlegte Verbot der Staatenfinanzierung zu verletzen.<sup>681</sup> Aus Sicht der Bundesbank und weiter Teile des konservativen Spektrums verletzte die EZB in ihrer Krisenpolitik ihr Mandat, indem sie überschuldete Staaten unterstützte, Risiken für die Preisstabilität in Kauf nahm und ihre Unabhängigkeit gefährdete. Sichtbaren Ausdruck fand die Ablehnung dieser EZB-Politik in den Rücktritten von Bundesbankpräsident Axel Weber im Februar 2011 und des deutschen Chefvolkswirts der EZB Jürgen Stark im September 2011.<sup>682</sup>

Eine nochmals höhere Bedeutung für die Krisenbewältigung im Euroraum erlangte die EZB im Sommer 2012 mit der Ankündigung, die Ankäufe von Staatsanleihen substantiell auszuweiten. Mit einer öffentlichkeitswirksamen Ankündigung, die Zentralbank werde im Rahmen ihres Mandates alles Notwendige unternehmen um den Euro zu erhalten, verlieh Draghi der EZB rhetorisch die Rolle als Kreditgeber der letzten Instanz für Krisenstaaten, in der Absicht, Ängste vor Zahlungsausfällen zu zerstreuen. Draghi betonte in seiner Rede den irreversiblen Charakter der Gemeinschaftswährung und sendete somit ein starkes politisches Signal an Investoren.<sup>683</sup> Ihre Umsetzung fand die Ankündigung im sogenannten *OMT*-Programm<sup>684</sup>, welches im September 2012 vom EZB-Rat beschlossen wurde und potenziell unlimitierte Interventionen auf dem Sekundärmarkt für Staatsanleihen vorsieht. Der Zugang zum *OMT*-Programm wird jedoch an die Bedingung geknüpft, dass der betreffende Staat ebenfalls einen Unterstützungsantrag beim ESM gestellt hat und sich

---

<sup>679</sup> Vgl. Allemand et. al., Gouverner la zone euro après la crise, S. 202.

<sup>680</sup> *Securities Markets Programme*

<sup>681</sup> Vgl. Alain Fabre, Banque centrale européenne : d'une légitimité de crise à une crise de légitimité?, in: Regards sur l'économie allemande, Bulletin économique du CIRAC 116-117/2015, S. 43-54, hier: S. 46.

<sup>682</sup> Vgl. Kauffmann, L'UEM, Maastricht et la BCE, S. 66 - eine umfassende Darstellung der deutschen Debatte über die Legitimität des EZB-Handelns und die darin seitens der Bundesbank vorgebrachten Positionen wird in Kapitel 4 unternommen.

<sup>683</sup> „But the third point I want to make is in a sense more political. When people talk about the fragility of the euro and the increasing fragility of the euro, and perhaps the crisis of the euro, very often non-euro area member states or leaders, underestimate the amount of political capital that is being invested in the euro. And so we view this, and I do not think we are unbiased observers, we think the euro is irreversible. And it's not an empty word now, because I preceded saying exactly what actions have been made, are being made to make it irreversible. But there is another message I want to tell you. Within our mandate, the ECB is ready to do whatever it takes to preserve the euro. And believe me, it will be enough.” - Rede Mario Draghi bei der Global Investment Conference, London, 26.7.12, wörtliche Niederschrift einsehbar unter: <https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2012/html/sp120726.en.html> (16.2.18).

<sup>684</sup> *Outright Monetary Transactions*

in diesem Rahmen zur Durchführung von Reformen verpflichtet. Diese Konditionalität soll Fehlanreize verhindern.<sup>685</sup>

Das OMT-Programm stieß ebenso wie zuvor die Ankäufe innerhalb des SMP auf vehemente Kritik der Bundesbank, deren Präsident Jens Weidmann als einziger Vertreter im Rat gegen die Maßnahme gestimmt hatte und gab Anlass zu Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht, das seinerseits den EuGH anrief<sup>686</sup> und das Programm letztendlich unter Auflagen für zulässig erklärte.<sup>687</sup>

Bisher ist das OMT-Programm noch nicht umgesetzt worden, da bereits die Ankündigung unbegrenzter Interventionsabsichten zu einer deutlichen Reduzierung der Zinsaufschläge für überschuldete Euro-Staaten geführt hat. So hatten sich die Zehnjahresrenditen für italienische Anleihen schon zwischen Oktober 2012 und März 2014 von 6,85% auf 3,43% reduziert, während Zinsen auf spanische Obligationen im gleichen Zeitraum von 7,5 % auf gut 3% sanken und im Falle Griechenlands ein erheblicher Rückgang der Zinslast von 17% auf 6,5% zu beobachten war.<sup>688</sup>

Um deflationären Entwicklungen in der Eurozone vorzubeugen, beschloss der EZB-Rat im Januar 2015 ein Programm der quantitativen Lockerung. Mittels zusätzlicher monatlicher Ankäufe von Staatsanleihen im Wert von 60 Mrd. € sollen Refinanzierungskosten weiter gesenkt und eine höhere Geldmenge in den Umlauf gebracht werden um Investitionen und Konsum zu fördern. Mit dieser Politik nähert sich die EZB der US-amerikanischen Federal Reserve an und geht stärker als in den Anfangsjahren auf wirtschaftspolitische Themen ein.<sup>689</sup>

Inwieweit sich die Funktionen der EZB gewandelt haben und welche Zielsetzungen sie verfolgt, kann nicht bis ins Jahr 2020 nachvollzogen und bewertet werden und bedarf weiterer Forschung. Für den Untersuchungszeitraum 2010-2014 ist zu konstatieren, dass der Zentralbank in der Krisenbewältigung neue Aufgaben zufielen. Die Legitimität der verschiedenen durch die EZB aufgelegten Stützungsprogramme sowie die Frage nach der Positionierung der Institution im Gefüge der WWU gaben Anlass zu politisch-gesellschaftlichen Debatten.<sup>690</sup> Befürworter des EZB-Handelns verwiesen auf die Notwendigkeit expansiver Geldpolitik und der Ankaufprogramme um die

---

<sup>685</sup> Vgl. Allemant et. al., Gouverner la zone euro après la crise, S. 203 f.

<sup>686</sup> Vgl. BVerfGE 134, 366 (sogenannter „OMT-Beschluss“).

<sup>687</sup> Vgl. Pascal Kauffmann / Henrik Uterwedde, Welcher Policy-Mix für die Eurozone? Neue deutsch-französische Konvergenzen, DGAPanalyse, Nr. 3, Februar 2015, S. 5 sowie Alain Fabre, Banque centrale européenne, S. 47; für eine ausführlichere Darstellung siehe Kapitel 4.

<sup>688</sup> Vgl. Blyth, Wie Europa sich kaputtspart, S. 318 f.

<sup>689</sup> Vgl. Jean-Pierre Patat, La politique de la banque centrale européenne depuis 2007, in: Cahiers français 07/2015, S. 60-65, hier: S. 62 f. sowie Fabre, Banque centrale européenne, S. 48-54.

<sup>690</sup> Zusammenfassend auch bei Rödder, 21.0, S. 329.

Finanzmarktstabilität zu erhöhen und die Gemeinschaftswährung zu erhalten.<sup>691</sup> Mark Blyth etwa stellt die These auf, dass sich die für 2014 abzeichnende positive wirtschaftliche Entwicklung der Euro-Zone nicht auf Sparanstrengungen und Strukturreformen, sondern in erster Linie auf die Liquiditätsausweitung durch die EZB zurückführen lassen.<sup>692</sup> Kritiker des EZB-Kurses hingegen argumentierten ordnungspolitisch und verwiesen auf eine Verletzung des Mandates zur Sicherung der Preisstabilität, der politischen Unabhängigkeit und des Verbotes der Staatenfinanzierung.<sup>693</sup> Eine für die ordoliberal inspirierten Gegner der unorthodoxen Zentralbankpolitik unangenehme Erkenntnis besteht indes in der Erfahrung, dass Vertreter der Bundesbank im EZB-Rat weitestgehend isoliert sind.<sup>694</sup>

### **Zwischenbewertung: Der politische Wettstreit um die Ausgestaltung der WWU**

In der Skizzierung des Krisenverlaufs konnten strukturelle Schwächen der Wirtschafts- und Währungsunion aufgezeigt werden, die aus den im Vertrag von Maastricht erzielten Verhandlungskompromissen hervorgingen. Traditionelle deutsch-französische Debatten über wirtschaftspolitische Orientierungen und europapolitische Konzepte wurden in der Bewältigung der Euro-Krise wiederbelebt. Das unmittelbare Krisenmanagement fand in teilweise enger Kooperation der beiden Partnerstaaten ab. Gleichwohl setzten beide Regierungen in der Bewertung möglicher Krisenlösungen unterschiedliche Prioritäten. In den drei hier diskutierten zentralen Themenfeldern des Ausbaus von Stabilisierungsmechanismen, der fiskal- und wirtschaftspolitischen Koordinierung sowie der Definition der Zentralbankkompetenzen konnten Zielkonflikte mit einer hohen Relevanz im deutsch-französischen Kontext identifiziert werden.

Das Ausmaß der Refinanzierungskrise hat Lücken im Regelwerk der WWU aufgedeckt und gibt Anlass zur Frage nach der disziplinierenden Wirkung von Selbstverpflichtungen. Der sukzessive Ausbau von Rettungsfonds entsprach eher französischen Präferenzen, wobei Deutschland Auflagen zur Vermeidung von Fehlanreizen durchsetzen konnte. Im Hinblick auf die wirtschaftspolitische Verfasstheit der WWU wurden die Risiken einer heterogenen makroökonomischen Entwicklung offensichtlich. Die Lösungsansätze orientierten sich eng an deutschen Vorstellungen einer Koordinierung nationaler wettbewerbsorientierter Wirtschaftspolitiken, während Frankreich vergeblich um einen gesamteuropäischen wirtschaftspolitischen Ansatz im Sinne eines *gouvernement*

---

<sup>691</sup> Vgl. Brunnermeier et. al., The euro and the battle of ideas, S. 320; vgl. ebenso Kauffmann, Les relations franco-allemandes dans une Europe unifiée, S. 117; Bofinger, Zurück zur D-Mark?, S. 115; Fabre, Banque centrale européenne, S. 46 ; Stiglitz, The euro, S. 145 f.

<sup>692</sup> Vgl. Blyth, Wie Europa sich kaputtspart, S. 317 f.

<sup>693</sup> Vgl. Sinn, Der Euro, S. 191 ff.; Wilhelm Hankel, Europa nach dem Scheitern des Euro, in: ders. et. al., Euro-Abenteuer geht zu Ende, S. 12-55, hier: S 42 f.; Gebbert, Ein Europa, das es nicht gibt, S. 90 f.

<sup>694</sup> Vgl. Patat, La politique de la banque centrale européenne depuis 2007, S.63 sowie Kauffmann, Les relations franco-allemandes dans une Europe unifiée, S. 117.



*économique* warb. Die EZB hat in der Krise die Grenzen ihres Mandates ausgereizt, was speziell im deutsch-französischen Vergleich zu unterschiedlichen Bewertungen geführt hat. Während die unorthodoxen Maßnahmen in Deutschland überwiegend kritisch betrachtet wurden, zeigten französische Amtsträger und politische Beobachter größere Offenheit für einen pragmatischen geldpolitischen Ansatz und eine Erweiterung der Zentralbankaufgaben um wirtschaftspolitische Themen.

Die Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion wird als Wettstreit konkurrierender politischer Konzepte zwischen Deutschland und Frankreich verstanden. Im weiteren Verlauf werden die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die jeweiligen Reformdebatten untersucht.

## **4. Positionierung politischer und gesellschaftlicher Akteure in Deutschland und Frankreich zu zentralen Fragen der Euro-Krise**

Vor dem Hintergrund des historischen Überblicks der monetären Integration und der herausgearbeiteten europapolitischen Motive und währungspolitischen Modelle in Deutschland und Frankreich soll untersucht werden, wie sich politische und gesellschaftliche Akteure in beiden Ländern zu Schlüsselmomenten und zentralen Fragen der Euro-Krise positionierten.

Im quellengestützten Teil der Arbeit wird ein deutsch-französischer Vergleich vorgenommen, der darauf abzielt, unterschiedliche Reformpräferenzen von politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteuren in beiden Ländern aufzuzeigen. Die jeweiligen Diskurse sollen kontextualisiert und regroupiert werden, sodass verschiedene, akteursübergreifende Argumentationsmuster und Narrative herausgearbeitet werden können. Diese sollen auf Transfers hin überprüft werden, sodass sich Aussagen über spezifisch nationale oder aber geteilte, europäisierte Wahrnehmungsmuster und Diskurse treffen lassen. Als Themenkomplexe werden untersucht: Die Gewichtung der Krisenursachen, die wirtschaftspolitische Ausrichtung der WWU, die Rolle der EZB, das Verständnis von Solidarität sowie übergeordnete Zielvorstellungen der europäischen Integration.

### **Zusammenfassung und Bewertung der Ergebnisse**

#### **4.1 Krisenursachen: Wettbewerbsfähigkeitskrise vs. Systemkrise**

Zunächst sollen die Identifikation, Deutung und Gewichtung der Krisenursachen durch die verschiedenen Akteure gegenübergestellt werden. Von besonderem Interesse sind die Fragen nach Schuldzuweisungen und die eventuelle Beobachtung von Schwerpunktverschiebungen innerhalb des Untersuchungszeitraums. Die durch die Akteure jeweils vorgenommene Krisendiagnose gibt argumentative Muster und Orientierungen für die Reformdebatte vor, weshalb die Betrachtung dieser Frage von essentieller Bedeutung für die Strukturen der Reformdebatte zur Eurozone ist.

##### **4.1.1 „Die Staaten haben über ihre Verhältnisse gelebt“ - Deutung als Schulden- und Wettbewerbsfähigkeitskrise**

Ein in Deutschland über konservative und liberale Kreise hinausreichendes Deutungsmuster bestand in der Interpretation der sogenannten „Euro-Krise“ als Staatsschuldenkrise. Diesem Verständnis folgend hatten die von der Refinanzierungsproblematik betroffenen Staaten der Währungsunion, allen voran Griechenland, verantwortungslose Haushaltspolitik betrieben, mit der Konsequenz, dass Kapitalanleger ihnen in Zeiten globaler Finanzmarktunruhen das Vertrauen entzogen und hohe Zinsaufschläge für ihre Investitionsbereitschaft verlangten. Die von Beginn des Jahres 2010 an vorgebrachte Kritik seitens der Unionsparteien und der FDP an der finanziellen Misswirtschaft Griechenlands mündete im Frühjahr in der Formel, das Land habe „über seine Verhältnisse gelebt“<sup>695</sup>. Neben der überhöhten Staatsverschuldung wurden Griechenland und weitere Krisenstaaten für ihre mangelnde Wettbewerbsfähigkeit kritisiert, die auf fehlende Reformbereitschaft zu Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion zurückgeführt wurde. Während die Bundesbank darauf verwies, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise vom vorherigen Boom überdeckte strukturelle Schwächen in Griechenland offenbarte, die sich aufgrund der Finanzmarktabhängigkeit als problematisch erwiesen<sup>696</sup>, nahm die FAZ deutlichere Schuldzuweisungen vor und stellte einem angesichts des internationalen Wettbewerbs reformfreudigen Deutschland als Negativbeispiele Griechenland, Italien „und andere Südländer“ gegenüber.<sup>697</sup> Nochmals pointierter wurden in Strömungen, welche in der Protestpartei AfD mündeten, die zunehmenden Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone auf das Ausnutzen einer „Euro-Dividende“ durch Griechenland und andere zurückgeführt.<sup>698</sup> Für den MEDEF und den BDI konnte eine weitreichende Konvergenz in der Krisenwahrnehmung festgestellt werden. Beide identifizierten hohe Staatsschulden und geringe Wettbewerbsfähigkeit als Krisenursachen.<sup>699</sup> Die Frage nach der Verantwortlichkeit Griechenlands und weiterer gefährdeter Staaten fand dagegen kaum Beachtung. Die Arbeitgeberverbände richteten

---

<sup>695</sup> Beispielhaft: Regierungserklärung Angela Merkel, 19.5.10: „Zu viele wettbewerbsschwache Mitglieder der Euro-Zone haben über ihre Verhältnisse gelebt und sind damit den Weg in die Schuldenfalle gegangen. Das ist die eigentliche Ursache des Problems.“; vgl. FAZ, 20.5.10, Die Ursachen der Krise: „Die Bundeskanzlerin hat in ihrer Regierungserklärung die eigentliche Ursache der Krise der Währungsunion genannt. Länder haben über ihre Verhältnisse gelebt. Die Empörung der Politiker über Euro-Attacken böser Spekulanten geht fehl, lenkt ab“; vgl. Hans-Peter Friedrich, Rede im Bundestag, 19.5.10: „Ich denke, das ist ein wichtiges Thema, über das wir reden müssen; denn - es wurde hier mehrfach angesprochen - das Grundübel, mit dem wir es zu tun haben, ist doch die Verschuldung der öffentlichen Haushalte in ganz Europa und darüber hinaus.“; vgl. Birgit Homburger, Rede im Bundestag, 19.5.10: „Verantwortlich für diese Krise ist zuallererst die Tatsache, dass Staaten über ihre Verhältnisse gelebt haben.“

<sup>696</sup> Vgl. Axel Weber, Rede beim 23. Deutschen Sparkassentag in Stuttgart, Reformen für ein leistungsfähiges und stabiles Finanzsystem: Eine Bestandsaufnahme, 5.5.10.

<sup>697</sup> FAZ, 20.2.10: „Hinterher sind wir alle klüger“.

<sup>698</sup> Vgl. Joachim Starbatty, Die EU mündet über kurz oder lang in eine Transferunion, in: Das Parlament, 17.5.10, Auftrieb oder Absturz.

<sup>699</sup> Vgl. BDI, Pressemitteilung 27.9.11 sowie MEDEF, Pressemitteilung 14.12.10 und Laurence Parisot in Le Monde, 1.12.11: Créons d'urgence les Etats unis d'Europe!

ihre Analysen prioritär auf die jeweils nationale Ebene und warnten allgemein vor den Gefahren unsolider Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Die Aufnahme Griechenlands wurde grundsätzlich als Fehlentscheidung auf der Grundlage von gefälschten Statistiken betrachtet. Auffällig ist indes die unterschiedliche Gewichtung dieses Elements im deutsch-französischen Vergleich: Vertreter der konservativen UMP verwiesen auf Staatsverschuldung und mangelnde Glaubwürdigkeit Griechenlands als Teilursachen der Krise, betonten jedoch in der Beurteilung des Statistikbetrugs stärker die Rahmenbedingungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts denn die eigentliche Verfehlung.<sup>700</sup> Kommentatoren von Le Figaro urteilten ebenfalls hart über politische Fehler der griechischen Regierungen sowie Missstände in den staatlichen Strukturen, relativierten allerdings mit einem Verweis auf eine allgemeine Gleichgültigkeit auf europäischer Ebene, welche die Verstöße erst ermöglicht habe.<sup>701</sup> Das Schuldmotiv war in den Krisendeutungen konservativer und liberaler Milieus in Deutschland wesentlich präsenter. Ähnlich zu den Ansätzen in der französischen Debatte sah die CSU die Ursachen der Krise darin, dass eine „übermäßige Verschuldungspraxis“ in den Euro-Ländern zu lange ignoriert wurde, legte den Fokus jedoch stärker auf den Statistikbetrug sowie das „Zerplatzen der griechischen Wohlstandsillusion“ nach der neuerlichen Ausdifferenzierung des Zinsniveaus in der Eurozone.<sup>702</sup> Griechenland wurde von CSU-Abgeordneten systematisch als Negativbeispiel eines unsolide haushaltenden Staates präsentiert, welcher mit einem massiven Glaubwürdigkeitsverlust an den Finanzmärkten abgestraft wurde. Auch in der FDP wurde die Griechenland-Frage zu Beginn des Jahres 2010 überwiegend als Einzelfall diskutiert: Die Verantwortlichkeit wurde in erster Linie bei der griechischen Regierung gesehen, wobei die Krise eines einzelnen Staates nicht auf die Gesamtheit des Euroraums übergreifen dürfte.<sup>703</sup>

Analog zur Fokussierung auf die Versäumnisse einzelner Staaten innerhalb der Währungsunion als Ursache für jeweils national spezifische Refinanzierungsprobleme prägten konservative und wirtschaftsliberale Akteure in Deutschland den Begriff der Schulden-, bzw. Staatsschuldenkrise.<sup>704</sup> In den Debattenbeiträgen der UMP, insbesondere

---

<sup>700</sup> Vgl. Pierre Lellouche, Rede in Assemblée nationale, 16.6.10.

<sup>701</sup> Vgl. Le Figaro, 9.2.10, La Grèce, premier test pour Van Rompuy.

<sup>702</sup> Vgl. Parteitagebeschluss 7.10.11 sowie Pressemitteilung 5.5.10.

<sup>703</sup> Vgl. Birgit Homburger, Rede im Bundestag, 5.5.10.

<sup>704</sup> Beispielhaft Volker Wissing, BT, 19.5.10: „Diese Krise ist nämlich im Kern eine Schuldenkrise“; 16.1.11 Guido Westerwelle in Tagesspiegel am Sonntag: „Wir haben keine Krise des Euro, sondern eine Schuldenkrise einiger Mitgliedstaaten.“; FAZ, Holger Steltzner, 30.10.11, Die Schuldenminister: „Das wiederholte Beschwören der angeblichen Euro-Krise mit drohender Ansteckungsgefahr für Spanien oder Portugal fällt auf diejenigen zurück, die irreführend dramatisieren. Die Stabilität des Euro ist nicht in Gefahr, es geht nicht um den inneren oder äußeren Wert der gemeinsamen Währung. Vielmehr handelt es sich um eine Staatsschuldenkrise von Ländern, die über Gebühr lange Zeit auf Pump gelebt haben. Länder mit gesunden Staatsfinanzen werden nicht über Nacht

in Positionierungen von François Fillon, lässt sich ebenfalls das Kernelement der Deutung als Staatsschuldenkrise auffinden.<sup>705</sup> Gleichwohl wurden die Krisenursachen weniger in einem politischen Versagen Griechenlands denn in einer Schwäche der wirtschafts- und finanzpolitischen Verfasstheit der Währungsunion gesehen. Die Krisenentstehung und -entwicklung wurde seitens der französischen Konservativen stärker in einen globalen Kontext eingeordnet, welcher für die Gesamtheit der westeuropäischen Staaten eine Abkehr von bisherigen Verschuldungspraktiken notwendig machte.<sup>706</sup>

Das Deutungsmuster der Staatsschuldenkrise beinhaltete eine pragmatische Sicht auf die Rolle von Finanzmarktakteuren. In den hier betrachteten ideologischen Strömungen wurde Kritik an Fehlurteilen und vermeintlichen Exzessen von Investoren mehrheitlich zurückgewiesen. Es überwog die Darstellung, dass unsolide wirtschaftende Staaten unabhängig von den Turbulenzen an den Kapitalmärkten einen Glaubwürdigkeitsverlust hätten hinnehmen müssen. Die weltweite Finanzkrise wirkte diesem Argumentationsmuster zufolge lediglich als Katalysator, in dem Sinne, dass bestehende Missstände und Schwachstellen frühzeitig aufgedeckt wurden. Beispielhaft sind etwa die Ausführungen Angela Merkels:

„Im Übrigen wird klar: So richtig es ist, alles dafür zu tun, dass hemmungslosen Spekulationen an den Märkten Einhalt geboten wird und Ratingagenturen klaren Regeln unterworfen werden, so unabweisbar ist es, der ganzen Wahrheit ins Auge zu sehen. Ursache oder Auslöser für die Lage in Griechenland und die Folgen für den ganzen Euro-Raum waren nicht allein hemmungslose Spekulationen an den Märkten und das Verhalten der Ratingagenturen.“<sup>707</sup>

Die Wahrnehmung von Finanzmarktakteuren als dienlichen Indikatoren für die finanzielle Stabilität von Staaten wurde in weiten Teilen der CDU<sup>708</sup> und der FDP<sup>709</sup> zum

---

vom Schuldenvirus befallen.“; CSU-Parteitagsbeschluss, 7.10.11: „Die gegenwärtige Finanzkrise ist keine Krise des Euro, sondern eine Schuldenkrise einiger Staaten der Euro-Zone“.

<sup>705</sup> Vgl. François Fillon, Rede in Assemblée nationale, 25.10.11.

<sup>706</sup> Vgl. François Fillon, Wahlkampfreden in Paris, 12.11.12.

<sup>707</sup> Angela Merkel, Regierungserklärung, 5.5.10.

<sup>708</sup> Vgl. beispielhaft Zitat Wolfgang Schäuble in Handelsblatt, 7.5.10, Die Märkte ignorieren Merkel, Trichet & Co.: „Bei der Einschätzung der Fundamentaldaten der griechischen Staatsfinanzen haben die Märkte so unrecht nicht.“, vgl. Michael Stübgen, Rede im Bundestag, 7.5.10: „Natürlich ist es richtig, dass wir die Finanzmärkte stärker regulieren, als das bisher der Fall war. Aber mit Ihren Behauptungen, dass an der Griechenland-Krise und der Krise der Euro-Zone ausschließlich Spekulanten und Finanzmärkte schuld sind, springen Sie viel zu kurz.“

<sup>709</sup> Vgl. Positionspapier der FDP-Bundestagsfraktion, 10.9.10: „Pauschale Kritik an Finanzmarktakteuren verhindert den politischen Lernprozess, den die europäischen Staaten vollziehen müssen. Das Verhalten der Marktakteure konnte nur zu einer Verschärfung der Krise beitragen, weil eine Reihe von Staaten lange vor Beginn der Finanzkrise ihre Verschuldung ausufern ließ. Die Märkte haben dann den Finger in die Wunde gelegt und unmissverständlich auf ein Problem hingewiesen, welches Regierungen zuvor nicht ernst genommen hatten.“; vgl. in ähnlicher Positionierung Birgit Homburger, Rede im Bundestag, 27.10.10: „Wenn man sich die Ursachen anschaut, dann kommt man zum Schluss, dass kein Spekulant der Welt eine Chance gehabt hätte, den Euro in Schwierigkeiten zu bringen, wenn die Haushalte der Euro-Staaten in Ordnung gewesen wären.“

Ausdruck gebracht und fand sich mehrheitlich in Positionierungen der Bundesbank<sup>710</sup> sowie der Banque de France<sup>711</sup> wieder. In der CDU vollzog sich zwischenzeitlich ein rhetorischer Wandel hin zu einer kritischeren Haltung gegenüber den Finanzmärkten.<sup>712</sup> Da jedoch in den Positionierungen im weiteren Krisenverlauf die Überschuldung und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit wieder in den Mittelpunkt<sup>713</sup> gerückt wurden, ist die vorübergehende Abweichung in erster Linie als strategische Kommunikation im Kontext der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und der Legitimierung des in der deutschen Öffentlichkeit unpopulären Stabilitätsmechanismus EFSF im Mai 2010 zu deuten. Innerhalb der CSU wurde einerseits die Eigenverantwortlichkeit von Staaten für finanzielle Solidität betont, andererseits prägten Vertreter der bayerischen Konservativen das Bild der aggressiven Spekulanten, welche gezielte Angriffe auf instabile Mitglieder der Währungsunion initiieren.<sup>714</sup> Auch die wiederholt vorgetragene Kritik an Exzessen eines zu wenig regulierten, spekulationsbasierten Kapitalismus<sup>715</sup> wich von der wirtschaftsliberalen Lesart der Krise ab. Die Sonderrolle der CSU innerhalb des konservativen Spektrums in Deutschland zeigte sich an ihrer zwischenzeitlichen Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer als Bedingung zur Zustimmung zur Einrichtung von Stützungsmechanismen.<sup>716</sup> Die Argumentation innerhalb der französischen UMP unterschied sich ebenfalls deutlich von dominanten Mustern in der deutschen Debatte: Zwar verwiesen der Haushaltspolitiker Pierre Lequiller und auch François Fillon auf die grundsätzlich zu hohe Staatsverschuldung in der Europäischen Union als Krisenursache<sup>717</sup>, gleichzeitig wurden Finanzmarktakteure keinesfalls als hilfreiche disziplinierende Kräfte für

---

<sup>710</sup> Vgl. Pressemitteilung 11.1.11: „In vielen entwickelten Volkswirtschaften steht angesichts hoher Defizite und Schuldenstände die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen auf dem Prüfstand, und in den meisten Fällen reichen die Gründe für diese Schieflage in die Zeit vor der Finanzkrise zurück. Die Verantwortung für die Staatsschuldenkrise im Euroraum liegt damit in erster Linie bei der Finanzpolitik - und nicht bei den Finanzmärkten. Somit erweisen sich auch hier letztlich die Fundamentaldaten als treibende Faktoren, und die betroffenen Staaten sind selbst gefragt, verloren gegangenes Vertrauen wieder aufzubauen.“

<sup>711</sup> Vgl. Pressemitteilung 4.2.10.

<sup>712</sup> Vgl. Angela Merkel, zitiert nach: Welt 8.5.10, „Werfen Sie Ihr Herz über die Hürde!“. „Die Spekulanten sind unsere Gegner“ (...) „Es ist auch ein Stück weit ein Kampf der Politik mit den Märkten“; vgl. auch CDU-Positionspapiere, 11.5.10 sowie 14.5.10, in denen auf „breite Angriffe von Spekulanten“ auf den Euro verwiesen wird.

<sup>713</sup> Vgl. Antrag Bundesparteitag, 14.11.11; vgl. ebenso Regierungserklärung Angela Merkel, 2.12.11. Vgl. auch: Interview Ursula von der Leyen in Welt am Sonntag, 18.12.11: „Ohne überschuldete Staatshaushalte könnten die Spekulationen gegen Europa gar nicht stattfinden.“

<sup>714</sup> Vgl. Pressemitteilung 11.5.10, Rettungsschirm um Euro vor Angriffen von Spekulanten zu verteidigen; vgl. Hans-Peter-Friedrich, Rede im Bundestag, 19.5.10: „Die Finanzmärkte sind nicht ursächlich für die Krise, aber sie haben in der letzten Phase die Krise beschleunigt. Das ist vergleichbar mit dem Borkenkäfer, der einem gesunden Baum nicht schaden kann. Aber wenn ein Baum krank ist, dann kommen die Schädlinge.“

<sup>715</sup> Vgl. Interview Horst Seehofer in Der SPIEGEL, 18.6.12.

<sup>716</sup> Vgl. Horst Seehofer, Interview in SZ, 21.5.10, „Die Bevölkerung fühlt sich verhöhnt“.

<sup>717</sup> Vgl. Tribune Pierre Lequiller, in, Libération, 30.6.10; vgl. Interview François Fillon Europe 1, 12.7.11.

die Einhaltung haushaltspolitischer Richtwerte, sondern überwiegend als Angreifer und Bedrohung souveräner staatlicher Politik präsentiert.<sup>718</sup>

In den Kommentaren der FAZ zeigte sich eine Variation der Kriseninterpretation als Folge politischer Fehlentscheidungen. Stärker noch als auf Staatsschulden und ausufernde Defizite wurde auf die fehlende Wettbewerbsfähigkeit einzelner Mitglieder und die großen makroökonomischen Ungleichgewichte als Hauptursache für die Turbulenzen im Euroraum abgestellt.<sup>719</sup> Im Vergleich zu den politischen Parteien urteilten die Zeitungskolumnisten härter und führten eine in Relation zu Deutschland unterentwickelten Leistungsfähigkeit südeuropäischer Ökonomien teils auf kulturelle Faktoren zurück. Eine Besonderheit in diesem Zusammenhang ist die häufige Verknüpfung der Gründung der Wirtschafts- und Währungsunion mit der deutschen Wiedervereinigung. Wiederholt wurde die Zustimmung zu einer ökonomisch zu heterogenen WWU als politische Gegenleistung für die Beendigung der deutschen Teilung interpretiert:

„[...] vor allem aber trägt Deutschland deshalb Verantwortung, weil die Wirtschafts- und Währungsunion forciert wurde, um das wiedervereinigte Deutschland europatauglich und die europäische Integration „irreversibel“ (Helmut Kohl) zu machen. Dagegen gab es früh Bedenken, doch war dieser Weg in den politischen Unwägbarkeiten der damaligen Zeit unvermeidlich.“<sup>720</sup>

Die im Vergleich zu politischen Akteuren höhere Freiheit in der journalistischen Darstellung zeigte sich darin, dass Kommentatoren der FAZ die ökonomischen Schwächen der Währungsunion auf deren Eigenschaft als primär politisches Projekt zurückführten. Ordnungspolitisch wie kulturalistisch wurde argumentiert, dass es an einem gemeinsamen Verständnis von Stabilitäts- und Wettbewerbspolitik fehle.<sup>721</sup> Das Element der wirtschaftspolitischen Fehlentwicklungen in einzelnen Mitgliedstaaten wurde auch von den Unionsparteien und den Liberalen angeführt. Diese verwiesen jedoch weniger auf kulturelle Prägungen als ursächlich für die Krisenentstehung, sondern führten mangelnde Wettbewerbsfähigkeit auf die unzureichende europäische wirtschaftspolitische Koordination im Sinne eines strengen, stabilitätsorientierten Regelwerks zurück.<sup>722</sup>

Auch Kommentatoren der SZ verwiesen einerseits mehrfach auf die wirtschaftspolitische Verfasstheit der Wirtschafts- und Währungsunion,<sup>723</sup> vertraten jedoch

---

<sup>718</sup> Vgl. Pierre Lellouche, Rede im Bundestag, 27.10.10 sowie UMP magazine Nr. 53, März 2011.

<sup>719</sup> Vgl. beispielhaft FAZ, 5.5.11, Rettungsroutine, sowie FAZ, 10.5.11, Europas Strukturkrise.

<sup>720</sup> FAZ, 29.4.10, ähnlich in FAZ, 16.12.10: „Es ist richtig: Als die Währungsunion im Zuge der deutschen Wiedervereinigung auf den Weg gebracht wurde, fehlte es nicht an Warnungen, dass da Länder zusammengeschießt würden, die sich ökonomisch, ordnungs- und mentalitätspolitisch nur schwer zusammenfügen ließen.“, vgl. zur Darstellung, Deutschland habe aus nationalen wie europäischen Motiven der WWU zugestimmt auch FAZ, 12.6.13.

<sup>721</sup> Vgl. FAZ, 10.5.11, Europas Strukturkrise sowie FAZ 7.8.12, Euro-Sozialismus.

<sup>722</sup> Vgl. FDP, Pressemitteilung 18.11.11: gemeinsames Schreiben Hans-Dietrich Genscher und Klaus Kinkel an die Funktions- und Mandatsträger der FDP. Vgl. auch Pressemitteilung 19.10.11 sowie Gastbeitrag Guido Westerwelle in NZZ, 30.11.11, Europa braucht mehr Integration.

<sup>723</sup> Siehe anschließendes Unterkapitel 4.1.2

mehrheitlich die Deutung einer Staatsschuldenkrise, die infolge von haushalts- und finanzpolitischen Fehlern von Regierungen entstehen konnte. Ein etwaiger Angriff von Finanzmarktakteuren auf die Euro-Staaten wurde nicht festgestellt.<sup>724</sup>

Über die Feststellung der Verantwortung sukzessiver griechischer Regierungen für ausufernde Defizite und unzureichende Verwaltungsstrukturen hinausgehend richtete sich ein Argumentationsstrang in Deutschland auf die Versäumnisse der damaligen rot-grünen Bundesregierung während des Aufnahmeverfahrens in die Wirtschafts- und Währungsunion. So bemängelte etwa Angela Merkel, dass im Jahr 2000 keine ausreichende Prüfung potenzieller Euro-Staaten stattgefunden habe<sup>725</sup>, während die FDP-Bundestagsfraktion eine Überprüfung der Rolle des damaligen sozialdemokratischen Finanzministers Eichel verlangte<sup>726</sup> und die Arbeitnehmerunion innerhalb der CSU einen Untersuchungsausschuss zur Rolle der rot-grünen Bundesregierung im Vorfeld des griechischen Euro-Beitritts sowie die Entlassung von Staatssekretär Jörn Asmussen als Beteiligten der SWP-Reformen forderte.<sup>727</sup> Die Unionsparteien und die Liberalen stellten eine Verbindung zwischen der griechischen Haushaltsproblematik und der in den Jahren 2003/4 von der Bundesregierung Schröder in Abstimmung mit Frankreich reformierten Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts her und etablierten diesen Zusammenhang als ursächlich für die Staatsschuldenkrise im Euroraum. Die Argumentation, wonach die Lockerung des haushaltspolitischen Regelwerks durch Deutschland und Frankreich Fehlanreize bewirkte und die haushaltspolitischen Rahmenbedingungen des Vertrags von Maastricht de facto außer Kraft setzte, erfolgte über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg und war fester Bestandteil des innerdeutschen politischen Wettstreits.<sup>728</sup>

---

<sup>724</sup> Vgl. SZ 11.5.10, Es lebe der Euro. Vgl. auch SZ, 3.1.11, Schicksalsjahr für den Euro sowie SZ, 7.9.11, Sorge ja, Panik nein. Vgl. ebenso SZ, 22.9.12, Auf dem Weg der Besserung sowie SZ, 31.10.13, Das Erbe von Maastricht.

<sup>725</sup> Interview Angela Merkel in Bild am Sonntag, 3.5.10.

<sup>726</sup> Vgl. Pressemitteilung 27.4.10, SPD trägt politische Mitverantwortung für EU-Finanzhilfen an Griechenland; vgl. ebenfalls BILD, 3.11.10, Ex-Finanzminister Eichel verteidigt sich.

<sup>727</sup> Vgl. Pressemitteilungen des CSA (Arbeitnehmerunion der CSU) 21.5.10 und 4.6.10.

<sup>728</sup> Vgl. Volker Wissing, Rede im Bundestag, 19.5.10: „Hätten wir diesen politischen Sündenfall von Rot-Grün nicht gehabt, wir hätten keine Euro-Krise.“; Vgl. Christian Lindner, Interview in Focus, 27.10.10: „Wir bewältigen jetzt eine Krise, die Deutschland mit verursacht hat. Denn die rot-grüne Bundesregierung hat ja 2004 die Stabilitätskriterien aufgeweicht. Das darf sich nicht wiederholen.“; vgl. auch Guido Westerwelle in Frankfurter Rundschau, 4.12.10: „Leider trägt auch Deutschland eine Mitschuld für die Schwierigkeiten des Euro. (...) Unsere Mitverantwortung bei der Aufweichung des Stabilitätspaktes damals gehört aber zur historischen Wahrheit dazu, ehe wir mit Fingern auf andere Länder zeigen.“; vgl. Pressemitteilung FDP, 2.8.11: „Die Kritik des Altkanzlers an dem Euro-Krisenmanagement der Bundesregierung ist an Scheinheiligkeit kaum zu überbieten. Der SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder und seine rot-grüne Bundesregierung sind die Hauptverantwortlichen für die Euro-Krise. Es war die damalige rot-grüne Bundesregierung, die Griechenland den Weg in die Eurozone geebnet hat, obwohl schon damals klar war, dass das Land die Kriterien für einen Eurobeitritt nicht erfüllt. Es war die Regierung Schröder, welche die Aushebelung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes in die Wege geleitet hat. (...) Die Eurokrise kam



#### 4.1.2 Deutung als strukturelle Krise der Wirtschafts- und Währungsunion

Jenseits des in der deutschen Debatte dominierenden Deutungsmusters der Staatsschuldenkrise sah eine Vielzahl von Akteuren in erster Linie strukturelle und institutionelle Gründe als ursächlich an. Es wurde argumentiert, dass die Wirtschafts- und Währungsunion aufgrund der hohen makroökonomischen Heterogenität ihrer Mitglieder zu weit entfernt vom theoretischen Anspruch eines optimalen Währungsraums und die vertragliche Ausgestaltung der Währungsunion zu unverbindlich war um eine stärkere Konvergenz der einzelnen Volkswirtschaften herbeizuführen. Die Herausbildung von Ungleichgewichten wurde nicht allein späteren Krisenstaaten zur Last gelegt, sondern auch auf die Funktionsweise der Gemeinschaftswährung zurückgeführt. In Ansätzen wurde die Logik der bisherigen europäischen Integration infrage gestellt, zudem wurde das Anwachsen staatlicher Defizite und Schulden mehrheitlich als Folge einer notwendigen Reaktion auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise wahrgenommen. Die Verantwortung für die zunehmende Refinanzierungsproblematik im Euro-Raum wurde somit weniger bei Staaten denn bei Banken und weiteren Finanzmarktakteuren gesehen.

Während die negativen Auswirkungen hoher Staatsschulden grundsätzlich anerkannt wurden und die Fehler griechischer Regierungen ebenso kritisiert wurden wie strukturelle Missstände des Landes, nahmen politische Parteien und andere Akteure aus dem (moderat) progressiven Spektrum eine Ausdifferenzierung des Erklärungsansatzes der Staatsschuldenkrise vor. Dies ging mit der Relativierung nationalstaatlicher Verantwortlichkeit für den Ausbruch und die Entwicklung der Krise in der Eurozone einher. Beispielhaft unterschied der deutsche Grünen-Abgeordnete Jürgen Trittin:

„Der Hintergrund dieser Krisen ist doch nicht überbordender Staatskonsum. Das war allein in Griechenland das Problem; das ist aber nicht das Problem in Irland, Spanien oder Portugal. Die Haushaltsdefizite in diesen Ländern sind Ergebnisse zum Beispiel der Finanzkrise oder des Zusammenbruchs der Baubranche nach dem Bauboom.“<sup>729</sup>

---

nicht über Nacht, sie hat sich in den elf Jahren, in denen die SPD den Finanzminister gestellt und nie etwas gegen die nationale oder gar europäische Staatsverschuldung unternommen hat, kontinuierlich entwickelt. Die Eurokrise, die wir heute erleben, ist die Folge von elf Jahren falscher, sozialdemokratischer Finanz- und Haushaltspolitik.“ In dieser Weise terminiert Philipp Rösler den Beginn der Euro-Krise auf die Konsultationen zwischen Chirac und Schröder zur Reform des SWP im Jahr 2003. Vgl. Philipp Rösler in: *elde*, 30.9.12. Auch im Programm zur Europawahl 2014 führte die FDP den Bruch des Stabilitätspakts durch die damalige sozialdemokratisch-grüne Bundesregierung als Ausgangspunkt für die spätere Haushaltskrise im Euroraum an. Vgl. für CDU: Michael Meister, Rede im Bundestag, 7.5.10: „Es war ein fataler politischer Fehler, dass in den Jahren 2001 bis 2003 als wir um die Glaubwürdigkeit des Maastricht-Vertrages hätten kämpfen müssen, die rot-grüne Bundesregierung alles getan hat, um diese Glaubwürdigkeit zu untergraben. Das war eine der Ursünden und Ursache des Problems.“ Vgl. auch Pressemitteilung 23.11.12, Rot-grüne Attacken auf die Euro-Stabilität: „Gerade wenn in diesen Tagen hart für die Stabilität unserer Währung gearbeitet wird, sollte darüber nicht in Vergessenheit geraten: Vor 10 Jahren verstieß Rot-Grün gegen den Vertrag von Maastricht.“

<sup>729</sup> Jürgen Trittin, Rede im Bundestag, 15.12.10.

Der in Deutschland verbreiteten Formel, Krisenstaaten haben über ihre Verhältnisse gelebt, wurden teilweise spezifischere Erklärungen für die Schuldenproblematiken in der Eurozone entgegengesetzt. Die wiederholte Verletzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts wurde nicht als hinreichend für die Entstehung und Zuspitzung der Krise angesehen. Vielmehr wurde argumentiert, dass die Kriterien des Stabilitätspaktes nicht geeignet waren, um die Herausbildung einer Immobilienblase in Spanien, die Risiken des irischen Steuermodells oder die Instabilitäten des zypriotischen Bankensystems anzuzeigen.<sup>730</sup> Die französischen Grünen relativierten den Begriff der Griechenlandkrise und griffen bereits im Mai 2010 auf den Ausdruck einer strukturellen Krise zurück, die über Griechenland hinausgehend Veränderungen am Wirtschafts- und Steuermodell in Frankreich und ganz Europa erfordere.<sup>731</sup>

Sowohl deutsche Sozialdemokraten wie auch französische Sozialisten betteten die Krise schnell in einen europäischen Kontext ein und werteten den Vertrauensverlust Griechenlands an den Kapitalmärkten als Belastungsprobe für die Wirtschaftsunion und die europäische Integration insgesamt.<sup>732</sup> Eng verbunden mit der Kritik an der Ausgestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion war vielfach die Forderung nach einer geänderten Schwerpunktsetzung für den europäischen Einigungsprozess. Die Krise wurde als Ergebnis einer Verengung der Integrationslogik auf den Wettbewerbsgedanken interpretiert, in dem Sinne, dass ein Mangel an politischem Gestaltungswillen in finanz- und haushaltspolitischen Fragen auf europäischer Ebene die Herausbildung ökonomischer Ungleichheiten und Instabilitäten begünstigte. Dieser Interpretation folgend lag eine Krisenursache in der unzureichenden politischen Verfasstheit der Wirtschafts- und Währungsunion. Die liberale Binnenmarktstruktur sowie die dezidiert unpolitischen Rahmenbedingungen für die Gemeinschaftswährung wurden als Fehlentscheidungen gewertet, welche die Entwicklung eines schädlichen Standortwettbewerbs<sup>733</sup> innerhalb des Euroraums ermöglichte.<sup>734</sup> Die Rückbindung der Krise an das Deutungsmuster der

---

<sup>730</sup> Vgl. ebd. sowie Die Grünen, FAQ Eurokrise, 16.7.13. Die SPD nahm in vergleichbarer Form eine Ausdifferenzierung des Begriffs der Schuldenkrise vor. Vgl. hierzu Präsidiumsbeschluss 14.3.11.

<sup>731</sup> Vgl. Les Verts, Pressemitteilung 7.5.10, Djamilia Sonzogni, Plan de rigueur Fillon = diminuer la solidarité nationale.

<sup>732</sup> Vgl. Frank-Walter Steinmeier, Rede im Bundestag, 5.5.10; für den PS vgl. Nouvelles Internationales, 19.3.10 sowie Nouvelles Internationales 9.12.10: „L'Europe ne vit pas un test de la Grèce, de l'Espagne et du Portugal, mais un test de la zone euro, les marchés s'interrogent sur sa viabilité.“ Die Bedrohung der europäischen Einigung ist ebenfalls ein zentrales Motiv in gemeinsamen Erklärungen beider Parteien, vgl. bspw. Martine Aubry, Sigmar Gabriel, Gemeinsame Erklärung, 21.6.11; Harlem Désir, Sigmar Gabriel, La France et l'Allemagne - Des partenaires pour une Europe sociale forte, in: Libération / Spiegel Online, 22.1.13.

<sup>733</sup> Ein sogenanntes *Race-to-the-bottom* in welchem sich europäische Staaten etwa in Steuersätzen oder sozialen Standards unterbieten.

<sup>734</sup> Vgl. beispielhaft: Namensbeitrag Sigmar Gabriel in Handelsblatt, 14.12.10, Europa braucht mehr als einen Rettungsschirm: „Das eigentliche Problem des Euro ist das Fehlen einer effektiven

Auswirkungen eines exzessiven wirtschaftlichen Liberalismus war indes innerhalb des französischen moderat linken Spektrums frühzeitiger und ausgeprägter zu beobachten als in Deutschland.<sup>735</sup> So führten PS und EELV 2011 und 2012 explizit einen Wahlkampf gegen den Finanzkapitalismus, dessen Exzesse und letztliches Scheitern den europäischen Wohlstand bedrohten.<sup>736</sup> Bei der SPD war hingegen eine innenpolitisch motivierte Verschiebung der Argumentationsmuster zu beobachten. In den Anfangsjahren des Untersuchungszeitraums wurden die Ursachen für die Krisenentstehung im Euroraum

---

gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Dieses Vakuum wurde von den konservativen und liberalen Politikern lange nicht als Geburtsfehler des Euro angesehen, sondern geradezu als zentrale Bedingung für die „Wettbewerbs-Union“ in Europa. (...) Wie daraus eine gemeinsame Entwicklung innerhalb des Euroraums zu mehr Wohlstand für alle werden sollte, blieb immer das Geheimnis der politischen Theologen.“ sowie Frank-Walter Steinmeier, Rede im Bundestag, 7.9.11: „Aber es sollte Ihnen doch zu denken geben, wenn Schirmmacher zu dem Ergebnis kommt, dass der Zusammenbruch der Marktideologie nicht nur die FDP, sondern auch die CDU zu leeren Hüllen gemacht hat und dass diese naive Marktgläubigkeit dazu geführt hat, dass Sie Ihr Wertegerüst schon lange vor der Finanzkrise abgegeben und entleert haben.“; ähnlich die Grünen, Sonder-Länderrat 24.6.12: „Dabei ist jedoch klar: Diese Krise ist eigentlich eine Krise der Nationen, nicht eine Krise der EU. Fehlender politischer Ehrgeiz, die Vernetztheit und Abhängigkeit der Staaten in der EU zu berücksichtigen, haben Europa an den Rand des Scheiterns gebracht. Die Krise in der Euro-Zone und die Politik der Regierung Merkel lässt vieles wieder in den Vordergrund treten, was wir auf dem Müllhaufen der Geschichte glaubten: nationale Ressentiments, deutsche Sonderwege, eine darwinistische Interpretation von wirtschaftlichen Unterschieden in Europa und Szenarien von lieber ein Ende mit Schrecken. Angesichts von Bankenkrise und wachsenden Leistungsbilanzunterschieden rächt es sich jetzt, dass bei der Gründung der Währungsunion nicht der notwendige Schritt hin zu einer politischen Union gegangen wurde.“; vgl. zur Kritik am Steuerwettbewerb ebenfalls DGB, 1.2.11, Europa neu justieren - Wachstum fördern, Beschäftigung sichern, Euro stabilisieren. Positionspapier zur Krise in der Eurozone für die Sitzung des DGB-Bundesvorstandes, S. 3 und S. 9.

<sup>735</sup> Für Pierre Larrourou (EELV) war die Entstehung der Krisen im Euroraum in der monetaristischen Wende der 1980er Jahre und den allgemeinen Anstieg von Staatsverschuldung begründet, vgl. *Le Monde*, 14.1.10 sowie 24.10.11. Ebenso argumentierte Jean-Vincent Placé, Fraktionsvorsitzender von EELV, im Kontext der Debatten um die Ratifizierung des Fiskalpakts in Frankreich. Vgl. Jean-Vincent-Placé, in *Nouvel Obs*, 5.10.12, *Traité européen. Il faut faire des compromis mais ne pas oublier l'écologie*: „L'Europe est malade d'un virus libéral et productiviste. Loin des écologistes l'idée de maintenir en vie sous perfusion budgétaire ce système mourant.“; vgl. zur Liberalismus-Kritik auch Harlem Désir, *L'Europe de demain*, in: *Révue socialiste* Nr. 49, 1/2013, S. 19-22; vgl. auch die im vorigen Unterkapitel dargestellte kritische Haltung der konservativen UMP gegenüber Finanzmarktakteuren.

<sup>736</sup> Vgl. gemeinsames Wahlprogramm PS-EELV, 16.11.11: 2012-2017: *socialistes et écologistes, ensemble pour combattre la crise et bâtir un autre modèle de vivre ensemble*: „Sur ce chemin de progrès, avec les Français, nous n'aurons pas à affronter un banal aléa de conjoncture, mais la faillite de la finance capitaliste et des dogmes qui l'ont établie. La période que nous traversons est en réalité une accumulation de crises“; vgl. ebenfalls Wahlkampfreden François Hollande in Bourget, 22.1.12: „Mais avant d'évoquer mon projet, je vais vous confier une chose. Dans cette bataille qui s'engage, je vais vous dire qui est mon adversaire, mon véritable adversaire. Il n'a pas de nom, pas de visage, pas de parti, il ne présentera jamais sa candidature, il ne sera donc pas élu, et pourtant il gouverne. Cet adversaire, c'est le monde de la finance. Sous nos yeux, en vingt ans, la finance a pris le contrôle de l'économie, de la société et même de nos vies. Désormais, il est possible en une fraction de seconde de déplacer des sommes d'argent vertigineuses, de menacer des Etats.“; vgl. auch Pressekonferenz Harlem Désir 3.3.13 anlässlich des Auftakts zum Europawahlkampf: „C'est pourquoi l'Europe a aujourd'hui besoin d'un nouveau souffle. Elle doit tourner la page des gouvernements libéraux et conservateurs, qui depuis des années ont abîmé le rêve européen. Leur soutien aveugle à la dérégulation, à la concurrence généralisée, au dumping fiscal et social, n'a conduit qu'à l'austérité, au chômage et à la flambée des populismes sur le continent.“

mehrheitlich bei "wild spekulierenden Finanzakteuren"<sup>737</sup> und in den Folgewirkungen von Banken- und Wirtschaftskrise<sup>738</sup> gesehen und rhetorisch in besonderer Weise durch den Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel zugespitzt, der das Motiv einer Auseinandersetzung zwischen demokratisch legitimierten Regierungen und anonymen Finanzmarktakteuren prägte.<sup>739</sup> Im Kontext der kapitalismuskritischen Bewegung Occupy formulierte Gabriel den Anspruch:

„Jetzt geht es darum, den Kapitalismus ein zweites Mal zu bändigen. Die neue soziale Frage lautet: Demokratie oder Finanzherrschaft. Wir müssen die soziale Marktwirtschaft zurückerobern. Nicht mehr national, sondern europaweit und sogar darüber hinaus.“<sup>740</sup>

Im Vorlauf zum Bundestagswahlkampf 2013 mit dem moderateren Spitzenkandidaten Peer Steinbrück erfolgte eine Relativierung der sozialdemokratischen Finanzmarktkritik. Anstelle des Feindbildes gieriger Banker traten wiederholte Warnungen vor den Gefahren eines unzureichend regulierten instabilen Bankensektors für die Tragfähigkeit von Staatshaushalten. In der Gewichtung der unterschiedlichen Krisenursache näherte sich die SPD mit dem Kanzlerkandidaten Steinbrück wieder stärker der liberal-konservativen Deutungsmuster der Staatsschuldenkrise an.<sup>741</sup>

Ein weiteres wesentliches Element der Krisendeutung und der Relativierung einzelstaatlicher Verantwortung lag in der Erklärung des Anstiegs öffentlicher Schuldenstände mit notwendigen Interventionen in Reaktion auf Instabilitäten im Bankensektor und rezessive Tendenzen infolge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Eng verknüpft mit dem Motiv der einseitig liberalen europäischen Integrationslogik war in diesem Argumentationsmuster maßgeblich, die Verwerfungen im Euroraum auf unverantwortlich handelnde Banken und Finanzmarktakteure zurückzuführen und die

---

<sup>737</sup> Joachim Poß, Rede im Bundestag, 7.5.10; vgl. analog zu Positionen von PS und EELV zur Kritik an der Durchsetzung neoliberaler Ökonomie-Ansätze in den 1980ern auch den Antrag des SPD-Parteivorstands vom 11.6.12: Für eine wachstumsfördernde europäische Wirtschafts- und Fiskalpolitik: Dieser Fiskalpakt greift zu kurz!“

<sup>738</sup> Vgl. SPD, Pressemitteilung 24.6.11.

<sup>739</sup> Sigmar Gabriel Rede im Bundestag, 8.9.11: „Die Krise des Euro ist ganz wesentlich auch eine Krise der völlig verwahten Finanzmärkte. Es war eben ein konservativer und liberaler Irrglaube, Ihre Ideologie der Marktgläubigkeit und der Staatsfeindlichkeit, die diesen Finanzmärkten alles erlaubt hat. Heute sagen wir Sozialdemokraten: Diese Dominanz der Finanzmärkte sind wir nicht mehr bereit zu dulden, denn sie ist ohne jede demokratische Legitimation. Sie bedroht inzwischen die Demokratie selbst. Sie bedroht Europa als Wirtschaftsstandort, Lebensort und Wertegemeinschaft.“

<sup>740</sup> Vgl. SPD, Pressemitteilung 29.10.11.

<sup>741</sup> Steinbrück warf der konservativ geführten Bundesregierung vor, die Krise im Euroraum auf das Element der Staatsverschuldung zu reduzieren und zielte auf die Wechselwirkungen mit einem instabilen Bankensektor ab. Einen fundamentalen Bruch mit dem Regierungshandeln strebte er jedoch zu keinem Zeitpunkt an. Vgl. Peer Steinbrück in Die Welt, 12.1.13. Vgl. ebenso Peer Steinbrück, Bundestagsrede, 17.1.13; vgl. Interview Peer Steinbrück in WAZ, 19.9.13.

Refinanzierungsprobleme einzelner Staaten mit ihrem stützenden Engagement zu begründen.<sup>742</sup>

In Bezug auf die Krisenursachen maßen PS und EELV der Staatsverschuldung einen geringen Stellenwert bei. Stärker als die SPD und die deutschen Grünen relativierten sie die Bedeutung von Defiziten und verwiesen auf die Notwendigkeit von Beschäftigungsförderung und Wirtschaftswachstum zur Sicherstellung der Schuldentragfähigkeit. So urteilte die sozialistische Abgeordnete Elisabeth Guigou:

„La crise actuelle - dont nous ne connaissons malheureusement pas encore tous les effets économiques et sociaux – laisse prévoir une situation d’une gravité exceptionnelle : 25 millions de chômeurs cette année, plus de 30 millions de travailleurs pauvres, une crise des valeurs et de l’éthique, un système financier menacé, une panne de croissance inquiétante.“<sup>743</sup>

Ein zentrale Krisenursache wurde in einer unzureichenden wirtschaftspolitischen Harmonisierung und Steuerung des Euroraums gesehen. In der französischen Debatte wurde mehrheitlich der Verzicht auf eine Wirtschaftsregierung bei Einrichtung der Währungsunion als kapitaler Fehler benannt.<sup>744</sup> Auch Vertreter der konservativen UMP

---

<sup>742</sup> Vgl. Die Grünen Bundestagsfraktion, Entschließungsantrag 23.3.11: „Die Schuldenkrise in Europa ist keine Krise des Euro sondern nur denkbar vor dem Hintergrund der anhaltenden Finanzkrise. Die hohen Schulden der Staaten, die die Frage nach der Schuldentragfähigkeit auslösen, stammen zu relevanten Teilen aus dem Finanzsektor, während gleichzeitig die Bonitätsverschlechterung der Staatspapiere die Angst der Investoren vor weiteren Verlusten im Bankensektor und einem erneuten Dominoeffekt schüren.“ sowie Die Grünen, Thesenpapier 9.12.11, Der Euroraum darf nicht an der Engstirnigkeit der deutschen Regierung scheitern.; für die SPD exemplarisch: Sigmar Gabriel, Rede im Bundestag, 7.5.10: „Es sind ja bei weitem nicht nur die gefälschten Zahlen, die Korruption und die Steuerhinterziehung in Griechenland, die diese Krise hervorgerufen haben, sondern Banken haben riskante Kredite vergeben, obwohl sie wussten, dass Griechenland nicht mehr zahlungsfähig ist. Spekulanten und Zocker haben anschließend auf die Pleite ganzer Staaten gewettet, immer wieder mit den gleichen gemeingefährlichen Finanzaktionen, die 2008 die ganze Welt an den Rand des Abgrunds geführt haben.“; vgl. ebenfalls Parteivorstand SPD, 28.10.11, Euro nachhaltig stärken, Finanzmärkte regulieren; für den PS vgl. Nouvelles Internationales Nr. 40, 19.3.10: „La question de la soutenabilité des finances publiques est essentielle et les Grecs doivent mettre de l’ordre dans ce domaine, faire preuve de responsabilité. Mais ce qui se passe aujourd’hui en Grèce est une véritable attaque spéculative qui concerne toute l’Europe. Nous assistons à la troisième phase du grand krach: après le déclenchement d’une crise de liquidités le 9 août 2007, la chute de Lehman Brothers et une crise de solvabilité du système bancaire le 15 septembre 2008, le 5 février marque l’apparition d’une crise de solvabilité d’Etat. C’est parce que nous n’avons toujours pas remis les marchés financiers à leur place que les spéculateurs peuvent aujourd’hui attaquer la Grèce.“

<sup>743</sup> Vgl. ebenfalls Pierre Larrouturou in Le Monde, 14.1.10, Crise financière: comment éviter l’explosion?: „Les racines de la crise financière, c’est trente ans de chômage et de précarité. C’est à cause du chômage de masse que la part des salaires a tant diminué. C’est à cause du chômage que nos économies ont tant besoin de dette. Le chômage n’est pas seulement une des conséquences de la crise. Il en est l’une des causes premières. Pour éviter l’explosion, pour stopper "l’hémorragie", il faut donc s’attaquer au chômage. C’est seulement en donnant au plus grand nombre un vrai emploi et une vraie capacité de négociation sur les salaires qu’on sortira de la crise.“

<sup>744</sup> Vgl. Le Monde, 6.5.10, L’Union monétaire est condamnée à la réforme: „Dans toute zone monétaire, il y a une banque centrale et un ministère chargé des grands équilibres budgétaires. Dans la zone euro, nous n’avons que la banque, la BCE. En guise de ministère, nous avons un "pacte de stabilité" que personne n’a respecté. La convergence des politiques macroéconomiques générales - budgétaire et fiscale - devait suivre, naturellement, comme par miracle. Elle n’a pas suivi. Et la

teilten diese Einschätzung der strukturellen Schwachstellen des Euros und nutzten das Argument zur innenpolitischen Auseinandersetzung mit den Sozialisten, welchen es nicht gelungen war, eine Wirtschaftsregierung im Vertrag von Maastricht zu verankern:

„(...) l'Europe monétaire n'a pas découvert sa crise il y a seulement quelques jours. Un débat a eu lieu au moment de l'élaboration du traité de Maastricht et, à l'époque, un gouvernement était chargé de négocier. Aujourd'hui, confrontés à la crise, nous redécouvrons ce que certains ont appelé le « vice caché du système monétaire européen » : l'absence de Gouvernement économique face à la banque centrale – ce que Mme Guigou qualifiait d'unijambisme monétaire, trop centré sur la monnaie et pas assez sur la convergence économique.“<sup>745</sup>

Wurde der Erklärungsansatz makroökonomischer Ungleichgewichte und insbesondere einer fehlenden Wirtschaftsregierung in deutschen konservativen Milieus dezidiert zurückgewiesen<sup>746</sup>, so fand er im moderat linken politischen Spektrum große Beachtung. Die SZ kommentierte bereits im Januar 2010:

„Jetzt rächt es sich, dass die Europäische Union in der Wirtschaftspolitik so tut, als sei sie lediglich ein Büro zur Abfassung schlauer Studien. [...] Zwar haben die Europäer einen gemeinsamen Binnenmarkt aufgebaut und stolz eine eigene Währung eingeführt. Doch sie verweigern den nächsten logischen Schritt: eine gemeinsame Wirtschaftspolitik. Die europäischen Institutionen durften den Mitgliedstaaten bislang lediglich ein bisschen auf die Finger schauen, sie durften ein paar Projekte koordinieren oder auch Empfehlungen geben. Ein paar Studien, ein paar Zahlen. Das war es auch schon. Im Ergebnis ist nun ein Desaster zu beklagen. Das kleine Griechenland, das nicht mal drei Prozent der Wirtschaftsleistung der Eurozone erbringt, hat unter den Augen seiner Partner ganz ungeniert so lange schlecht gewirtschaftet, dass es nun nicht nur der größte Schuldner der Eurozone ist, sondern sogar die Stabilität der gemeinsamen Währung gefährdet. Und dabei ist Griechenland nur ein kleiner Teil des Problems. Denn auch Spanien, Portugal und Italien sind dramatisch überschuldet.“<sup>747</sup>

An den Positionierungen deutscher Sozialdemokraten und Grüner fällt auf, dass Ungleichgewichte im Euroraum und mangelnde Abstimmung in wirtschafts-, finanz- und steuerpolitischen Fragen als wichtigste Krisenursachen diskutiert wurden, wobei auch die Effekte der deutschen Außenhandelsbilanzüberschüsse auf die Währungsunion als problematisch genannt wurden.<sup>748</sup> Auf das Konzept einer Wirtschaftsregierung, bzw. den

---

première grande crise conjoncturelle a mis au jour l'absence de convergence au sein de la zone. Et ses risques d'éclatement.“

<sup>745</sup> Pierre Lellouche, Rede in Assemblée nationale, 16.6.10.

<sup>746</sup> Vgl. CDU, Pressemitteilung 18.6.10: „Die Angriffe gegen die Gemeinschaftswährung Euro in den vergangenen Wochen hatte ihre Ursache nicht darin, dass Europa keine Wirtschaftsregierung hatte, sondern darin, dass sich einzelne Mitgliedsstaaten soweit verschuldet haben, dass die Kapitalmärkte an der Rückzahlung ihrer Schulden zweifelten.“

<sup>747</sup> SZ, 12.2.10, Europas Wirtschaftslüge.

<sup>748</sup> Vgl. SPD aktuell, 21.5.10: „Die Ursachen für die Situation in Griechenland sind vielfältig: Es gibt hausgemachte Probleme. Aber die erheblichen Leistungsbilanzunterschiede zwischen den Eurostaaten haben auch andere Gründe. Während beispielsweise in Griechenland die Lohnstückkosten durch expansive Lohnpolitik stärker gestiegen sind, sind diese in Deutschland in den letzten zehn Jahren relativ konstant geblieben. Produktivitätsgewinne und Inflation haben sich kaum in einer Steigerung der Löhne niedergeschlagen. Das exportorientierte Deutschland hat sich durch Druck auf die Löhne Wettbewerbsvorteile auch gegenüber anderen Euro-Staaten verschafft. Die dritte Welle der Finanz- und Wirtschaftskrise entblößt auf dramatische Weise die Instabilität des europäischen Wirtschaftsraums, die durch die großen wirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone entsteht.“; ähnliche Argumentation bei Franziska Brandtner, B90 Die Grünen, in taz, 5.7.12: „Man kann auf Dauer keine gemeinsame Währung ohne eine gemeinsame Finanz- und

Mangel einer solchen, wurde allerdings in erster Linie indirekt verwiesen. Im Umfeld der SPD wurden politische Fehlentscheidungen und -entwicklungen in einzelnen Mitgliedstaaten als ursächlich für die Krise genannt, jedoch durch systematische Verweise auf eine fehlende gemeinsame Finanz-, Stabilitäts- und Wirtschaftspolitik innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion relativiert.<sup>749</sup>

Überhöhte staatliche Verschuldung und Schwächen in der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit wurden allgemein als problematisch identifiziert, jedoch wurde auf eine Exponierung Griechenlands weitestgehend verzichtet. Die von der konservativen Lesart der „Schuldenkrise“ abweichende Interpretation drückte sich in den überwiegend genutzten Begriffen der „Finanzmarktkrise“ oder „Refinanzierungskrise“ aus.<sup>750</sup> Als stellvertretend für die Relativierung einzelstaatlicher Verantwortlichkeit durch progressive Akteure können die Ausführungen von Bofinger, Habermas und Nida-Rümelin in einem programmatischen Essay im Kontext einer europapolitischen Strategiedebatte der SPD im August 2012 vor dem Hintergrund zunehmenden internationalen Drucks zum Ausbau von Transferelementen betrachtet werden: „Die Krise ist eine Refinanzierungskrise einzelner Staaten des Euroraums, die in erster Linie einer unzureichenden institutionellen Absicherung der gemeinsamen Währung geschuldet ist“.<sup>751</sup>

Neben Warnungen vor dem impliziten Insolvenzrisiko für Staaten in der Eurozone richtete sich Kritik an der institutionellen Ausgestaltung insbesondere auf die unzureichenden Instrumente zum Abbau wirtschaftlicher Ungleichgewichte innerhalb des Euroraums. In der französischen Debatte sehr präsent war in diesem Zusammenhang die Argumentation, dass Staaten aufgrund der geldpolitischen Zwänge der Gemeinschaftswährung und der restriktiven Geldpolitik der EZB in ihrer Wirtschaftsentwicklung eingeschränkt wurden und somit ein Verlust von Wettbewerbsfähigkeit weniger staatlichen Regierungen denn institutionellen Faktoren der Währungsunion anzulasten waren.<sup>752</sup> Auch in Kommentaren im konservativen *Le Figaro*

---

Wirtschaftspolitik haben. Sonst brechen die Ungleichgewichte die Währungsunion in der Weise auf, die wir gerade besichtigen können.“; vgl. ebenso: Die Grünen, Europawahlprogramm 2014, S. 45: „Die EU steckt in einer fundamentalen Krise. Kern der Krise ist ein wirtschaftliches Entwicklungsmodell, das nicht nachhaltig ist. Der Zusammenbruch weitgehend unregulierter Finanzmärkte hat die Fehler und Schwachstellen dieses Wirtschaftsmodells - gemeinsame Währung ohne koordinierte Wirtschaftspolitik - schonungslos offengelegt. Einige europäische Staaten haben über Jahre hinweg mehr importiert als exportiert. Aber den Außenhandelsdefiziten in Teilen Europas stehen auch massive Exportüberschüsse in anderen Ländern gegenüber. Beide Entwicklungen sind in einem Währungsraum gefährlich und auf Dauer nicht tragbar.“

<sup>749</sup> Vgl. beispielsweise Sigmar Gabriel, Rede im Bundestag, 8.9.; vgl. Leitantrag Parteivorstand, 26.9.11 oder auch Leitantrag Parteivorstand, 11.6.12.

<sup>750</sup> Vgl. Beschluss des SPD-Parteivorstands, 26.9.11, Neuer Fortschritt für ein starkes Europa.

<sup>751</sup> Gastbeitrag Peter Bofinger / Jürgen Habermas / Julian Nida-Rümelin in FAZ, 4.8.12, Einspruch gegen die Fassadendemokratie.

<sup>752</sup> Vgl. *Le Monde*, 12.1.10 sowie *Le Monde*, 6.2.10: „elle [l'euro] est la seule monnaie au monde à ne pas être au service d'un gouvernement et d'un ministre des finances.“

wurde wiederholt auf die wachstumshemmenden Effekte eines zu stark bewerteten Euros hingewiesen.<sup>753</sup> Grundsätzliche Kritik an der einheitlichen europäischen Geldpolitik und dem Verbot der Staatsfinanzierung für die EZB war in der deutschen Debatte weitaus seltener zu beobachten. Vor dem Hintergrund, dass Bevölkerungsumfragen eine breite Unterstützung für das Zentralbankziel der Geldwertstabilität anzeigten, ist nachzuvollziehen, dass bis weit in das linke politische Spektrum hinein die EZB, anders als in Frankreich, nicht als maßgeblicher Faktor für die Entstehung der Krise diskutiert wurde.<sup>754</sup>

#### **4.1.3 Die Krise als Ausdruck eines Systemversagens**

An den äußeren Positionen des politischen Spektrums in Deutschland und Frankreich wurden die Turbulenzen im Euroraum ebenfalls in Verbindung gesetzt mit Fehlentwicklungen auf den Finanzmärkten sowie einer Krise des Kapitalismus. Die vorgenommenen Bewertungen waren bei den hier schwerpunktmäßig betrachteten Akteuren jedoch grundlegender Art. Die Identifikation von Konstruktionsfehlern der Wirtschafts- und Währungsunion als ursächlich für die „Euro-Krise“ war kein singuläres Motiv fundamentaloppositioneller Gruppierungen, jedoch sahen diese in den Verwerfungen Anzeichen für das Scheitern eines mit der WWU und der EU verknüpften politischen Systems. In diesem Sinne war ein dominantes Muster in der Krisenperzeption die zunehmende Diskrepanz zwischen der politischen Machtausübung innerhalb der Europäischen Union und den Prioritäten einzelner Staaten und nationaler Bevölkerungen. Ökonomischen Zusammenhängen übergeordnet bestand ein grundlegender Interpretationsansatz in der Deutung als vornehmlicher Souveränitäts- und Demokratiekrise.

Während Kritik an Exzessen auf unzureichend regulierten Finanzmärkten als Allgemeinplatz der Krisenkommentierung zu betrachten war,<sup>755</sup> fielen die Urteile und Schuldzuweisungen durch linke Parteien und Akteure besonders harsch aus. Die Krise im Euroraum wurde überwiegend in einem logischen Zusammenhang mit der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise gesehen.<sup>756</sup> Die Deutung als Machtkampf zwischen Politik und

---

<sup>753</sup> Vgl. Le Figaro, 16.2.10, Le problème ce n'est pas la Grèce, c'est l'euro.

<sup>754</sup> Vgl. Le Monde, 21.1.11: La convergence franco-allemande se heurte à de forts réflexes nationaux: „Un fort désaccord persiste sur le rôle de la Banque centrale européenne (BCE). En Allemagne, on lui demande, à 69 %, " de lutter contre l'inflation et la hausse des prix " alors que 51 % des Français voudraient que la BCE " favorise la croissance économique ".

<sup>755</sup> Siehe die vorherigen Unterkapitel 4.1.1 und 4.1.2

<sup>756</sup> Vgl. Gregor Gysi, Rede im Bundestag, 5.5.10: „Nun wollen Sie Milliarden für Griechenland beschließen und vergessen, zu erwähnen, wie viele Milliarden davon wieder in die Hände der Spekulanten fallen. Das ist nämlich das eigentliche Problem, mit dem wir es zu tun haben. Wir haben



Finanzsektor wurde über den Untersuchungszeitraum aufrechterhalten.<sup>757</sup> Konsequenterweise wurde der von moderaten politischen Mitbewerbern verwendete Begriff der „Staatsschuldenkrise“ abgelehnt und auf die von instabilen Finanzinstitutionen ausgehenden Gefahren verwiesen.<sup>758</sup> Mit einem weitgehenden Verzicht auf Schuldzuweisungen an Staaten mit hohen Defiziten und Refinanzierungsschwierigkeiten<sup>759</sup> und einer Stilisierung zu einer systemischen Auseinandersetzung zwischen Politik und Finanzwelt folgte die Krisendeutung der deutschen Linken und des französischen Front de Gauche einem klaren Muster. Griechenland und weitere gefährdete Volkswirtschaften waren in dieser Perspektive in erster Linie Opfer von Attacken durch Investoren. In Abgrenzung zur Finanzmarktkritik moderater Gruppen griffen Vertreter der (extrem) linken Parteien auf martialisches Vokabular zurück um das konflikthafte Verhältnis von Staatsfinanzierung und Bankensektor zu beschreiben und ein eindeutiges Feindbild zu schaffen. So bezeichnete etwa Ulrich Maurer missbräuchlich verwendete Kreditausfallversicherungen als „Massenvernichtungswaffen der Finanzmärkte“<sup>760</sup>, während Gesine Löttsch in den Bundestagsdebatten im Vorfeld der Einrichtung des ersten Hilfspakets für Griechenland erklärte:

„Der globale Finanzmarkt ist doch in Wirklichkeit ein globaler Schwarzmarkt. Die Bundesregierung tut nichts, aber auch gar nichts, außer schönen Worten, um diesen globalen Schwarzmarkt zu bekämpfen. Die Spekulanten, meine Damen und Herren, sind Taliban im Nadelstreifen, und vor diesen Taliban müssen die Menschen in unserem Land geschützt werden.“<sup>761</sup>

---

im September 2008 hier über eine Finanzkrise geredet, die niemand gesehen hat. Wir haben Ihnen recht frühzeitig gesagt, dass daraus Staatskrisen werden können, und zwar über Schuldenkrisen bestimmter Staaten. Das, was wir jetzt in Griechenland erleben, droht auch anderen Ländern, wie wir wissen, wenn wir an Irland, Italien, Spanien und Portugal denken. Jedes Mal legen Sie Ihre Hände in den Schoß und machen erst einmal nichts, um dann innerhalb einer Woche Milliarden zur Verfügung zu stellen, wie damals bei den Banken 480 Milliarden Euro innerhalb einer Woche. So kann man mit unserer Bevölkerung meines Erachtens nicht umgehen. Anlässlich der Finanzkrise, die logischer- und konsequenterweise in die jetzige Krise führen musste, haben wir Ihnen viele Schritte vorgeschlagen, die man gehen muss, um das zu verhindern.“; vgl. ebenfalls Alexander Ulrich, Rede im Bundestag, 27.10.10: „Unser Außenminister erklärte vor kurzem: Die Krise wurde durch hohe Staatsschulden verursacht. - Da hat Herr Westerwelle wohl etwas vergessen: Die Krise wurde durch Spekulationen von Banken und Finanzinstitutionen verursacht. Als klar wurde, dass sich diese verspekuliert hatten, sind die Staaten eingesprungen, um sie und mit ihnen die Konjunktur zu retten, die ohne diese Rettungsmaßnahmen noch weiter eingebrochen wäre. Wer dies, wie es im Entschließungsantrag der Regierungsfractionen zum Ausdruck kommt, vergisst oder verschweigt, kann niemals die richtigen Lehren aus dieser Krise ziehen.“

<sup>757</sup> Vgl. Ulrich Maurer (Die Linke), Pressemitteilung 26.2.10, sowie Wahlprogramme Front de Gauche 2012 und 2014.

<sup>758</sup> Vgl. Gregor Gysi, Rede im Bundestag, 13.12.12.

<sup>759</sup> Kritik der Linkspartei an Griechenland bezog sich in erster Linie auf den Statistikbetrug im Vorfeld der Aufnahme in die Währungsunion und war explizit an die konservative Regierung gerichtet (vgl. Gesine Löttsch, Rede im Bundestag, 7.5.10).

<sup>760</sup> Vgl. Pressemitteilung 26.2.10.

<sup>761</sup> Gesine Löttsch, Bundestagsdebatte, 7.5.10.

In ähnlichen Argumentationsmustern konstatierte der Front de Gauche eine tiefgreifende Kapitalismuskrisis und beklagte im Kontext der Debatten um den Fiskalpakt und die Implementierung von Schuldenbremsen einen Kontrollverlust der Politik:

„Car ce sont désormais les "marchés financiers" auxquels les gouvernements confient la réalité du pouvoir. C'est leur tyrannie qui jette le monde entier dans la tourmente, réclamant aux peuples des sacrifices toujours plus grands afin qu'ils règlent les montagnes d'argent virtuel qu'ils ont amassé. Tel est le résultat concret des politiques néolibérales qui n'ont pas cessé malgré la crise.“<sup>762</sup>

In ihrer Wahlkampfretorik rekurrierte die Partei unter der Führung von Jean-Luc Mélenchon dabei auf die Symbolik der Französischen Revolution:

„Le problème est donc politique. Tout comme la noblesse de 1789 ne pouvait rompre avec l'Ancien Régime, le capitalisme financier est incapable de sortir d'un système qui le gave de privilèges. Pour résoudre la crise, il faut reprendre le pouvoir. Pour en finir avec l'insécurité sociale générée par le règne du profit, pour que le respect de l'écosystème menacé par le réchauffement climatique et la destruction de la biodiversité prime sur les exigences du court terme, pour que les lois adoptées visent à satisfaire l'intérêt général plutôt que l'avidité insatiable de quelques-uns, il faut que soient élus des dirigeants qui ne dépendent d'aucune manière de l'oligarchie financière et que le peuple, à la faveur d'une Sixième République, exerce le pouvoir pour de bon. Il faut une révolution citoyenne.“<sup>763</sup>

Auch beim rechtsextremen Front National zählte die Krise eines einer kurzfristigen Gewinnlogik folgenden Finanzkapitalismus und eines fortschreitenden politischen Machtverlusts zu den Argumentationsmustern.<sup>764</sup> Der FN stellte allgemein eine „crise politique et institutionnelle du modèle fédéraliste de l'Union européenne“ sowie die „désintégration du système monétaire, financier, bancaire, financier et social“<sup>765</sup> fest. Im Mittelpunkt standen dabei jedoch weniger die Auswirkungen auf die Währungsunion als die Konsequenzen für Frankreich. In dieser Interpretation handelte es sich bei der „Euro-Krise“ vornehmlich um das Scheitern eines als bedrohlich empfundenen wirtschaftlichen Liberalismus und politischen Förderalismus. Für den FN manifestierte sich die Krise demnach nicht primär in den Refinanzierungsproblemen einzelner Mitglieder der WWU, sondern in der Einschätzung, dass sich für Frankreich mit der Gemeinschaftswährung verbundene Prosperitätserwartungen nicht erfüllten. Der Euro wurde hier übergeordnet

---

<sup>762</sup> Front de gauche, Projet 2012; vgl. auch Programm zur Europawahl 2014.

<sup>763</sup> Ebd.

<sup>764</sup> Vgl. Pressekonferenz Marine Le Pen, 11.8.11 sowie Pressemitteilung 1.9.11.

<sup>765</sup> Zitate: Pressekonferenz Marine Le Pen, 11.8.11.

ebenso wie die Europäische Union insgesamt als Vehikel einer extremen Form des Liberalismus gesehen, welcher die Souveränität Frankreichs sukzessive aushöhlte.<sup>766</sup>

Insbesondere aus Sicht des Front National - jedoch in Variationen auch in Positionierungen des Front de Gauche und der deutschen Linkspartei zu beobachten - konnte die Krise auf eine zu liberale Konstruktion der Wirtschafts- und Währungsunion wie auch der Europäischen Union zurückgeführt werden. Wirtschaftliche und haushaltspolitische Schwierigkeiten einzelner Mitgliedstaaten wie etwa Frankreich wurden dementsprechend mit der makroökonomischen Heterogenität der Teilnehmer, der restriktiven Geldpolitik der EZB und der Wettbewerbslogik des Binnenmarktes begründet.<sup>767</sup> In der Begrifflichkeit des FN war die Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht gleichbedeutend mit dem Übergang zu einem darwinistischen System, welches die exportorientierte deutsche Volkswirtschaft zulasten der europäischen Partner bevorteilte.<sup>768</sup> Rhetorisch abweichend, jedoch inhaltlich vergleichbar kritisierte der FdG ebenfalls die liberale Ausrichtung der europäischen Wirtschaftsintegration und warnte vor einer dogmatischen Orientierung an Lohnstückkosten und Rentabilität.<sup>769</sup> Der Vertrag von Maastricht wie auch der Vertrag von Lissabon galten dabei in der Wahrnehmung von FN, FdG und der Linkspartei als Institutionalisierung eines undemokratischen und einer schädlichen Wettbewerbslogik folgenden Integrationsprozesses.<sup>770</sup>

Die weithin als Krisenursache anerkannten makroökonomischen Unterschiede zwischen den einzelnen Teilnehmerstaaten der Wirtschafts- und Währungsunion sowie die nicht gelingende Nivellierung eben jener wurden auch innerhalb der

---

<sup>766</sup> Vgl. Marine Le Pen, Rede im Europaparlament, 14.9.11: „La zone euro est à l'épicentre de la crise, parce qu'elle est la région du monde qui, sottement, a le plus largement épousé les dogmes de la mondialisation: dérégulations, élimination des frontières, affaiblissement des Etats, règne sans limite du marché et de la banque, monnaie absurde. Les grands idéologues de la zone euro ont voulu faire fi des nations, ils ont voulu échapper aux évidences économiques, ils sont aujourd'hui rattrapés par la réalité! L'euro est bien le rejeton de cette mondialisation débridée qui détruit le marché du travail.“ ; siehe im weiteren Verlauf Kapitel 4.5 „Europa-Vision(en)“.

<sup>767</sup> Vgl. Front national, Pressemitteilung 24.1.13: „Le fédéralisme, le mondialisme et l'idéologie ultralibérale ont dénaturé les intentions initiales au point de faire du continent une zone de libre-échange ouverte à tous les vents de la récession et donc du chômage.“; eine auf Basis der Theorie optimaler Währungsräume begründete Ablehnung der Wirtschafts- und Währungsunion formulierten Gilbert Collard / Jean Goychman: Tribune libre 17.2.14, Euro: l'entêtement suicidaire.

<sup>768</sup> Vgl. FN, Pressemitteilung 7.9.13.

<sup>769</sup> Vgl. Wahlprogramm Front de Gauche 2012 sowie Pierre Laurent, Rede im Senat, 10.10.12: Die Europäische Union diene, ohne Vaterland und Interesse am Allgemeinwohl, seit 30 Jahren dem Kapital.

<sup>770</sup> Vgl. ebd. sowie Jean-Luc Melenchon in Humanité, 5.11.11 und Pressemitteilung 16.1.12: „L'élection de Martin Schultz (sic!) encre la connivence entre les socialistes et droite en Europe; für die Linkspartei vgl. Dieter Dehm, Rede im Bundestag, 27.10.10 und 15.12.10: Vertrag von Lissabon (Art. 63 AEUV) als „Freund der Finanzhaie“ sowie Pressemitteilung 14.6.11: „Die Eurokrise ist nicht nur eine Krise der Staatsfinanzen einzelner Mitgliedsländer, sondern auch eine Krise der Währungsunion und des gesamten europäischen Integrationsprojekts.“

fundamentaloppositionellen Parteien diskutiert. Die Betonung der negativen Effekte der deutschen Exportorientierung und der vergleichsweise geringen Lohnentwicklung auf die Funktionsweise der WWU war bei der deutschen Linkspartei besonders intensiv.<sup>771</sup> Als elementare Krisenursache wurden die anwachsenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone identifiziert, wobei defizitäre Staaten wie Griechenland als Geschädigte eines deutschen Lohndumpings wahrgenommen wurden.<sup>772</sup> Die häufige Rückbindung der Krise an innereuropäische Ungleichgewichte und die deutsche Wirtschaftspolitik ist vor dem Hintergrund der Agenda2010-Debatte zu sehen. Die systematische Verknüpfung der Arbeitsmarktreformen der Schröder-Regierung mit der „Euro-Krise“ nutzte der Linkspartei als Argument für die innerdeutsche wirtschaftspolitische Auseinandersetzung um eine Stärkung von Sozialstandards und Arbeitnehmerrechten. Gesine Löttsch fasste zusammen:

„Die Ursache der Euro-Krise sind nicht überschuldete nationale Haushalte, sondern ist das schnelle ökonomische Auseinanderdriften der Volkswirtschaften in der Euro-Zone. Die Agenda 2010 hat diesen Prozess noch dramatisch beschleunigt.“

In Kommentierungen seitens der AfD und ihres Umfelds<sup>773</sup> wurden ebenfalls enorme volkswirtschaftliche Entwicklungsunterschiede unter den Euro-Staaten als eine wesentliche Ursache für die Turbulenzen in der Währungsunion ausgemacht. Kritik an wirtschaftspolitischen Entscheidungen in Deutschland erfolgte nicht. In der später in der AfD mündenden Argumentationslinie wurde die übergeordnete für die Krise ursächliche Problematik in der Architektur der Währungsunion gesehen. Ökonomen wie Joachim Starbatty und Dirk Meyer sowie der ehemalige BDI-Vorsitzende Hans-Olaf Henkel argumentierten, dass die strukturellen Unterschiede unter den beteiligten Staaten für einen reibungslosen Betrieb der Gemeinschaftswährung zu groß waren und aufgrund funktionaler Zwänge der Währungsunion zu politischen Spannungen führen würden.<sup>774</sup> Die Verantwortlichkeit wurde weniger bei einzelnen Staaten denn in einem der Heterogenität der Eurozone nicht angemessenen, zu unverbindlichen Regelwerk gesehen. Dirk Meyer prophezeite im Februar 2010:

„Die Probleme werden sich verschärfen, weil das Regelwerk nur unzureichend wirksam ist und die Mitglieder strukturell nicht zueinanderpassen. Wie lange der Euro hält, kann keiner sagen. Aber die Unzufriedenheit nimmt zu. Die Bürger der Geberländer fragen sich, warum sie für Schlamperei und Misswirtschaft haften sollen. Und die Griechen und andere fühlen

---

<sup>771</sup> Vgl. beispielhaft Pressemitteilung 26.2.10 und Sahra Wagenknecht, Rede im Bundestag, 7.5.10.

<sup>772</sup> Vgl. Pressemitteilung 15.3.10 sowie Klaus Ernst, Rede im Bundestag, 19.5.10: Deutschland habe sein 1967 gesetzlich verankertes Ziel eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts vernachlässigt. Durch politische Entscheidungen sei eine Außenhandelsorientierung bestärkt worden und entsprechend eine deutsche „Lohnsenkungspolitik“ ursächlich für eine mangelhafte wirtschaftliche Entwicklung Südeuropas. Vgl. auch Pressemitteilungen 7.12.11; 21.4.12 und 16.5.14.

<sup>773</sup> Strömungen im Vorlauf der Parteigründung im Februar 2013

<sup>774</sup> Vgl. Joachim Starbatty in SPIEGEL, 22.3.10 sowie in FAZ, 22.4.10. Vgl. ebenfalls Hans-Olaf Henkel in Die Welt, 6.12.10.

sich in ihrer nationalen Souveränität eingeengt und gegängelt. Die Krise wird damit auch eine politische.“<sup>775</sup>

Auch nach der Parteigründung im Frühjahr 2013 lag der Schwerpunkt in den Argumentationsmustern auf der mangelnden ökonomischen Fundierung der Währungsunion und den negativen Folgen einer politisch tolerierten Aufweichung des Regelwerks:

„Die Alternative für Deutschland wäre ja schon einmal zufrieden, wenn der Euro endlich nach den Regeln funktionieren würde, die seine Schöpfer völkerrechtlich für ihn festgelegt haben, also kein Haushaltsdefizit über drei Prozent des BIP, keine Schuldenstandsquote jenseits der 60 Prozent des BIP, kein Bailout anderer Staaten und keine Staatsfinanzierung durch die EZB.“<sup>776</sup>

### **Zwischenbewertung: Geteilte Feststellungen und individuelle Relativierungen**

Die Untersuchung der Wahrnehmung der Krisenursachen durch die verschiedenen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteure in Deutschland und Frankreich und die sich daraus ableitenden Argumentationsmuster hat zunächst zwei zentrale Erkenntnisse zutage gebracht: Die Situation der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wurde durchweg als problematisch wahrgenommen gab jeweils Anlass zur Erarbeitung von Krisenlösungsstrategien. Darüber hinaus wurde zumindest eine grundlegende Kritik an unzureichend regulierten Finanzmärkten und den potentiell negativen Auswirkungen der Interdependenzen zwischen Bankensektor und staatlicher Haushaltspolitik geteilt. Ebenso wurden in diesem Zusammenhang die theoretischen Gefahren öffentlicher Überschuldung innerhalb der Strukturen der WWU von allen untersuchten Akteuren anerkannt. Die weitaus relevantere Erkenntnis liegt indes in der Feststellung, dass ausgehend von diesen elementaren Zusammenhängen die Gewichtungen in den jeweiligen Krisenerzählungen stark von ideologischen Faktoren, nationalen Prägungen und rein innenpolitisch motivierten Gründen abhängig waren. Divergierende Schwerpunktsetzungen sowie spezifische argumentative Abfolgen im Detail führten entsprechend zu einer hohen Diversität der Krisennarrative der jeweiligen Gruppierungen.

---

<sup>775</sup> FAZ 12.2.10, „Ein Austritt wäre langfristig besser“.

<sup>776</sup> Alexander Gauland in Die Welt, 12.4.13, Wir haben die Wahl; vgl. ebenfalls FAZ, 13.3.13, Eine Graswurzelbewegung gegen den Euro; vgl. NZZ, 13.4.13, „Vertragsbrüchige verdienen kein Vertrauen“, Interview mit Konrad Adam, sowie Europa-Wahlprogramm 25.5.14: „Die Einführung des Euro war eine Entscheidung gegen die ökonomische und politische Vernunft. Längst hat sich herausgestellt, dass der Einheits-Euro Europas Grundlagen zerstört. Er bewirkt Streit und das Wiederaufleben nationaler Vorurteile. Der Wohlstand und der Friede unter den Mitgliedstaaten in der Eurozone sind gefährdet. Durch ihn sind grundlegende Prinzipien wie Subsidiarität, Haftungsausschuss für andere Eurostaaten, Wettbewerb zwischen den Nationen, Unabhängigkeit der EZB und die Rechtsstaatlichkeit verletzt worden.“

Der in der deutschen Debatte prägenden Lesart zufolge handelte es sich bei der Krise primär um eine Staatsschuldenkrise, in der sorglos handelnde Regierungen aufgrund ihrer wirtschafts- und haushaltspolitischen Fehler (sowie der Versäumnisse ihrer Vorgänger) das Vertrauen von Investoren verloren. Auffällig ist, dass das Motiv der Schuldenkrise weit über die wirtschaftlich neoklassisch orientierten Parteien hinausreichte und ansatzweise von Sozialdemokraten, Grünen und der Süddeutschen Zeitung geteilt wurde. Diese, insbesondere im konkreten politischen Handeln ersichtliche, Kompatibilität verdeutlicht die Dominanz liberaler Ökonomieansätze in der deutschen politischen Öffentlichkeit. Mit Ausnahme der Linkspartei bewerteten alle in Deutschland betrachteten Akteure die Krisenentstehung und -entwicklung auf der Grundlage der durch den Vertrag von Maastricht definierten Rahmenbedingungen. Während konservative Akteure Krisenstaaten für ihre Missachtung der Regeln der WWU harsch kritisierten, sahen progressive politische Kräfte die „Euro-Krise“ zumindest teilweise in einer unzureichend ausgestalteten vertraglichen Grundlage der Wirtschafts- und Währungsunion begründet.

Schuldzuweisungen an Griechenland und weitere Staaten waren in der französischen Debatte weitaus weniger präsent. Hingegen reichte hier grundsätzliche Kritik an aggressiven Finanzmarktakteuren sowie des wirtschafts- und geldpolitischen Regelwerks des Euro bis in konservative Kreise. In Frankreich vergleichsweise stark ausgeprägt war die Rückbindung der Krise an die Verträge von Maastricht und Lissabon. Bei den über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg oppositionellen FN und FdG gaben die Turbulenzen innerhalb der Eurozone Anlass zu einer Reaktivierung rechts- wie linkssouveränistischer Auseinandersetzungen mit der europäischen Integration.

Die Auseinandersetzung mit der „Euro-Krise“ war indes nur zu einem geringen Teil europapolitisch motiviert. Vielmals wurde die europäisch verortete Krisenthematik in der Perspektive jeweils nationalspezifischer parteipolitischer Auseinandersetzungen betrachtet: FN und FdG nutzen die Krise als Beweis für die Preisgabe französischer Interessen durch UMP und PS, während die christlich-liberalen Koalitionsparteien in Deutschland eine Mitverantwortung für die Krise bei den bis 2005 regierenden Sozialdemokraten und Grünen sahen. Die deutsche Linkspartei wiederum identifizierte die von ihr strikt abgelehnten Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 als wesentliche Ursache für die Entstehung der Krise innerhalb der Währungsunion.

Neben der argumentativen Nutzbarmachung der „Euro-Krise“ in der jeweiligen nationalen politischen Arena sind auch deutsch-französische Wechselwirkungen ansatzweise zu beobachten. Am deutlichsten zeigt sich ein rhetorischer Wandel der UMP

in der Krisendeutung. Während in frühen Positionierungen im Jahr 2010 noch die mangelhafte ökonomische Konvergenz und insbesondere das Fehlen einer Wirtschaftsregierung für die Eurozone angeführt wurden, so verschoben sich die Argumentationsmuster der französischen Konservativen im Zuge der gemeinsam mit der Bundesregierung beanspruchten politischen Führungsrolle in der Krisenbewältigung zunehmend in Richtung des deutschen konservativen Motivs der Schuldenkrise. Einen gegenteiligen Fall stellt die aus taktischen Gründen abgebrochene Annäherung der SPD an den PS dar: Mit der Ernennung von Peer Steinbrück zum Kanzlerkandidaten und dem Eintritt in die Große Koalition im Herbst 2013 reduzierten die Sozialdemokraten ihre teils fundamentale Kritik am Finanzsektor, rückten somit von rhetorischen gemeinsamen Positionierungen mit dem PS ab und näherten sich in der Betonung der Staatsschulden dem Deutungsmuster ihres konservativen Koalitionspartners an.

## **4.2 Makroökonomische Koordinierung: Sparen vs. Wachstum**

Während ein weitgehender Konsens über die negativen Auswirkungen großer ökonomischer Ungleichgewichte und mangelnder Wachstumsperspektiven innerhalb der Eurozone bestand, wurde die Frage nach Lösungsansätzen unterschiedlich beantwortet. Im folgenden Kapitel werden die jeweiligen wirtschaftspolitischen Debatten in Deutschland und Frankreich umrissen. Im Fokus stehen dabei die Priorisierungen verschiedener ökonomischer Instrumente sowie strukturelle Fragen der Währungsunion.

### **4.2.1 Die konservativ-liberale Perspektive**

Zunächst wurden die im konservativ-liberalen Spektrum diskutierten wirtschaftspolitischen Konzepte für die Eurozone betrachtet. Hierzu wurden Lösungsansätze von CDU, CSU, FDP, UMP und MoDem verglichen. Zusätzlich wurden Argumentationsmuster der überregionalen Tageszeitungen FAZ und Le Figaro erhoben. Die Positionierungen der jeweiligen Zentralbanken (Bundesbank / Banque de France) wurden ebenfalls in dieser Gruppierung untersucht. Obgleich parteipolitisch neutral, boten die Analysen der Notenbanken Referenzpunkte für Teile der hier zusammengefassten Strömungen. Neben zu erwartenden ideologischen Übereinstimmungen legte die Analyse nationalspezifische Gewichtungen und nur partiell erfolgreiche Transfers offen.

*Straffung des haushaltspolitischen Regelwerks*

## Deutschland

Insbesondere in der deutschen Debatte bestand eine Kernforderung darin, das haushaltspolitische Regelwerk angesichts der Krise verbindlicher zu gestalten. Da, wie zuvor gesehen<sup>777</sup>, die Eskalation der Refinanzierungsproblematik auf den mangelnden Respekt der Stabilitätskriterien zurückgeführt wurde, lag in der Schärfung eben jenes Regelwerks und einer umfassenden Haushaltskonsolidierung der Schlüssel zur Krisenprävention.<sup>778</sup> Dies ging einher mit Forderungen nach einer europaweiten Implementierung von Schuldenbremsen und einer möglichst automatischen Sanktionierung von Verstößen.<sup>779</sup> Die Freien Demokraten fassten dieses Verständnis in der Formel des SWP als „Verantwortungsgemeinschaft“<sup>780</sup> zusammen. Vergleichbare Einschätzungen trafen Journalisten der FAZ.<sup>781</sup> Davon ausgehend, dass eigenverantwortliche Haushaltsdisziplin Staaten Zugang zu Kapitalmärkten ermöglicht, plädierten auch Vertreter der Bundesbank dafür, den Stabilitätspakt in seiner angedachten Funktionsweise zu

---

<sup>777</sup> Siehe Kapitel 4.1 Krisenursachen

<sup>778</sup> Vgl. Angela Merkel, Regierungserklärung, 25.03.10: „Alle Mitgliedsstaaten müssen diesen Weg gehen. Nur mit der Rückführung der Defizite in jedem einzelnen Mitgliedsstaat kann Europa das Vertrauen in seine wirtschaftliche Stärke, seine gemeinsame Währung und seine Handlungsfähigkeit sichern.“; vgl. CDU, Pressemitteilung 21.5.10: „Grundvoraussetzung für das Funktionieren der EU“

<sup>779</sup> Vgl. FDP, Pressemitteilung 11.3.10, FDP begrüßt Forderungen der Bundeskanzlerin nach härteren Sanktionen; vgl. CSU, Pressemitteilung 18.5.10, Kein Blankoscheck für Eurostabilitätspakt sowie für die Bundesbank: Stellungnahme Axel Weber anlässlich der öffentlichen Anhörung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags zu möglichen Hilfskrediten für Griechenland, 5.5.10. Vgl. ebenso Axel Weber, Ansprache zum Neujahrsempfang der Stadt Frankfurt am Main, 11.1.11: „Insgesamt sehe ich die Euro-Länder hier auf einem richtigem Weg, zudem wurde auf EU-Ebene ein Prozess angestoßen, der neben der notwendigen Härtung des Wachstums- und Stabilitätspaktes auf die Einführung eines zusätzlichen Überwachungs- und Frühwarnmechanismus abzielt. Mehr automatische Sanktionen wären hier jedoch wünschenswert, ein Quantensprung wäre besser als eine lediglich graduelle Härtung des Paktes.“; vgl. auch: Andreas Dombret, Vorstandsmitglied der Bundesbank, Quo vadis EWU? - Herausforderungen für die Währungsunion, Rede beim CDU-Wirtschaftsrat, 20.10.11: „Zweitens muss dem Stabilitäts- und Wachstumspakt mehr Durchsetzungskraft verliehen werden. Es muss ein wesentlich stärkerer Automatismus eingeführt werden, wenn es darum geht, Verstöße gegen die Defizit- und Schuldengrenzen zu sanktionieren. Genau hieran fehlt es aber den jüngsten Beschlüssen zur Reform des Paktes. Der Automatismus geht aus meiner Sicht noch nicht weit genug – es gibt noch zu viele Ausnahmen und zu viel Raum für politische Einflussnahme. Um mit Otmar Issing zu sprechen: Es richten immer noch Sünder über Sünder. Im Prinzip hat der Pakt zwar mehr Biss bekommen, aber es ist fraglich, ob die Politik ihn im entscheidenden Moment auch von der Leine lässt.“

<sup>780</sup> Vgl. FDP, Pressemitteilung 4.5.10, Von der Krisenbewältigung zur Krisenprävention kommen; ähnlich Birgit Homburger, Rede in Bundestagsdebatte, 5.5.10: „(...) Revitalisierung grundsätzlicher Regeln des europäischen Miteinanders und das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft, zum Prinzip des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs, aber auch zu einer nationalen Verantwortung für das gesamte Europa, für die gesamte europäische Entwicklung. Das bedeutet, dass von jedem Land der Euro-Zone eine solide Wirtschafts- und Finanzpolitik erwartet werden kann.“

<sup>781</sup> Der Fall Griechenlandlands wurde als Bewährungsprobe für den Stabilitätspakt interpretiert. Die wirksamste Hilfe wurde in einer konsequenten Anwendung geltender Regeln gesehen. vgl. FAZ, 4.2.10, Unter Aufsicht sowie 27.3.10, Hilfe und Strafe.



stärken.<sup>782</sup> Für Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) resultierte der SWP aus dem Verzicht auf eine politische Union im Vertrag von Maastricht.<sup>783</sup>

Zu einem frühen Zeitpunkt der Krise und mit zunehmender Intensität fassten deutsche Konservative und Liberale Maßnahmen der wirtschafts- und haushaltspolitischen Zurückhaltung unter dem Oberbegriff der „Stabilitätskultur“ zusammen. Dieser diente als Sammelpunkt für positive Erfahrungen mit der Implementierung von Schuldenbremsen, wirtschaftlichen Erfolgen als Resultat von Strukturreformen und der Wahrung von Geldwertstabilität.<sup>784</sup> Die Diskussionen zur möglichen Krisenlösung wurden durch CDU, CSU und FDP mit dem Antrieb geführt, „unsere bewährte deutsche Stabilitätskultur und Finanzprinzipien europaweit“ zu verankern, um somit die Entstehung zukünftiger Schuldenkrisen zu verhindern.<sup>785</sup> Mit fortschreitenden Reformen des Regelwerks für die Eurozone fand ebenfalls eine Überführung des Begriffs in das Konzept der „Stabilitätsunion“<sup>786</sup> statt, das in ordoliberalen Milieus große Verwendung fand. Wiederkehrendes Motiv in

---

<sup>782</sup> Vgl. Franz-Christoph Zeitler, Vizepräsident der Bundesbank, in Handelsblatt, 17.3.10: Berlin sträubt sich gegen Notfallplan für Griechenland.

<sup>783</sup> So betonte er, nicht zuletzt in einem deutsch-französischen Kontext, die zentrale Rolle des Stabilitätspakts für die wirtschafts- und finanzpolitische Überwachung und darüber hinaus Zusammenarbeit in der EU: „Eine logische Konsequenz aus den weiterhin nationalen Verantwortlichkeiten für die Haushalts- und Finanzpolitik ist der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt, dessen Ziel es war und ist, die Mitglieder der Euro-Zone anzuhalten, im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten zu bleiben und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken - mit anderen Worten: eine stabilitätsorientierte Haushalts- und Finanzpolitik im Sinne der Stabilität der gemeinsamen Währung zu betreiben. (...) Die in den letzten Wochen vom europäischen Rat beschlossenen Härten des Stabilitäts- und Wachstumspakts und die damit verbundene verschärfte wirtschafts- und finanzpolitische Überwachung sind ein starker Beleg für den vertieften Kooperationswillen, die Kooperationsfähigkeit und die Solidarität der Europäer.“ Vgl. Pressemitteilung CDU, 2.12.10, Auszug aus Rede Wolfgang Schäubles anlässlich seiner Auszeichnung mit dem Grand Prix de l'Economie in Paris.

<sup>784</sup> Vgl. Michael Meister, Rede im Bundestag, 7.5.10; vgl. WELT, 15.5.10: Trichet sieht Deutschland in der Zuchtmeister-Rolle: „Finanzstaatssekretär Steffen Kampeter (CDU) will sich mit einem harten Sparkurs an die Spitze der Bewegung zum Abbau der Defizite setzen. „Deutschland muss wieder Vorbildfunktion in Europa übernehmen.“; vgl. ebenso: Angela Merkel, Regierungserklärung, 19.5.10 sowie CDU, Pressemitteilung 5.9.11, Volker Kauder: „Unser Ziel muss sein, dass sich alle Mitgliedstaaten zu einer Stabilitätskultur verpflichten, so wie wir sie unter anderem in Deutschland kennen.“ Für ähnliche Forderungen nach einer „Stabilitätskultur“ vgl. FAZ, 18.5.10, CSU will Zusagen vor Zustimmung sowie FDP, Pressemitteilung 14.5.10.

<sup>785</sup> Vgl. beispielhaft Regierungserklärung Angela Merkel, 27.10.10; vgl. CDU, Pressemitteilung, 22.7.11, Zitat ebd. Der liberale Wirtschaftsminister Brüderle etwa würdigte eine derart umschriebene Stabilitätskultur als Grundlage der europäischen Integration. Vgl. FDP, Pressemitteilung 25.7.11.

<sup>786</sup> Vgl. Antrag Bundesparteitag, 14.11.11; vgl. Pressemitteilungen 9.12.11 und 12.12.11; vgl. Regierungserklärung Angela Merkel, 14.12.11: „Weg zu einer Fiskalunion im Sinne einer Stabilitätsunion“; vgl. Pressemitteilung, 31.1.12, Die Stabilitätsunion kommt; vgl. darüber hinaus für die CSU: Namensbeitrag Gerda Hasselfeldt in FAZ, 31.12.11, Mehr Deutschland in Europa: „Die deutsche Stabilitätskultur muss Vorbild sein für Europa. Wir brauchen nicht weniger Europa, sondern mehr Deutschland in Europa. Für eine dauerhafte europäische Stabilitätsunion bedarf es keines substantiellen Umbaus der Wirtschafts- und Währungsunion, sondern einer Rückkehr zu ihren Wurzeln: zu verantwortungsvoller Haushaltspolitik, soliden Staatsfinanzen sowie einem hohen Grad an Wettbewerbsfähigkeit und der Konvergenz der Wirtschaftsleistungen in den Mitgliedsstaaten.“; vgl. ähnlich 8.4.14, Europaplan der CSU: „Weg in Stabilitätsunion fortsetzen“.

der FAZ war etwa die Sorge um wirksame, politischen Einflüssen entzogenen Kontrollmechanismen für die finanzielle wie wirtschaftliche Entwicklung der Euro-Staaten.<sup>787</sup> Die Verteidigung eines strikten Regelwerks stellte für Journalisten der FAZ keinen unrechtmäßigen Eingriff in die Souveränität von Staaten mit Refinanzierungsproblemen dar, sondern war vielmehr Grundvoraussetzung für den Erhalt des Euro.<sup>788</sup>

Verfehlungen in Bezug auf den Fiskalpakt wie auch den Stabilitätspakt seitens Krisenstaaten wurden durch die hier betrachteten deutschen Akteure ebenso skeptisch verfolgt wie Anzeichen eines nachlassenden Engagements der Bundesregierung oder der Kommission für die Implementierung dieser Instrumente. Ein erster Höhepunkt bestand in den Auseinandersetzungen um den Kompromiss von Deauville, der selbst innerhalb der Regierungsparteien teilweise sehr kritisch aufgenommen wurde.<sup>789</sup> In der FAZ wurde die

---

<sup>787</sup> Vgl. kritisch zu Abkehr von automatischen Sanktionen, vor einer zunehmenden Politisierung der Währungsunion warnend: FAZ 6.12.10, Das Ende der Regelbindung; vgl. zu Zweifeln an der Durchsetzbarkeit des Fiskalpakts: FAZ, 13.12.11, Pakt und Pakts; FAZ, 17.1.12, Mogelpackung Fiskalpakt; 30.1.12, Pakt ohne Biss; vgl. FAS, 6.5.12, Europa glaubt nicht mehr an das Sparen. Vgl. insbesondere FAZ, 3.12.11, Merkels Wille, Sarkozys Worte: „Gemessen am erklärten guten Willen der wichtigsten Akteure - Deutschland und Frankreich - müsste die Stabilisierung der Europäischen Währungsunion eigentlich gelingen. So viel Bekenntnis zu solider Finanzpolitik aus dem Munde eines französischen Präsidenten war nie. Und in Stabilitätserhetik lässt sich die Bundeskanzlerin so leicht von niemandem übertreffen. Aber gerade Angela Merkel weiß, dass in dieser Krise nicht länger der Wille zählt, sondern Stabilitätsregeln. Und zwar solche, an die die Politik auch dann noch glaubhaft gebunden ist, wenn diese Krise überwunden ist und der Eindruck, am Abgrund gestanden zu haben, in nachfolgenden Regierungen verblasst ist.“

<sup>788</sup> Vgl. FAZ, 9.11.11, Krisenopfer: „Souveränität endet da, wo die Solvenz endet, hat der Ökonom Enderlein festgestellt. Wer das als Erpressung denunziert, stellt die Sache auf den Kopf: Es war Griechenland, dessen Staatsversagen nicht einmal die Griechen selbst bestreiten, das die Währungsunion und die EU als Ganzes in Gefahr gebracht hat. Die Verpflichtung zu solider Fiskalpolitik ist übrigens schon im Maastrichter Vertrag angelegt – von frei gewählten Parlamenten und, in einigen Fällen, direkt von den Wählern gebilligt. Warum müssten wir uns sonst um die Verbindlichkeit von Defizitgrenzen die Köpfe heißreden? Wer sich derlei Beschneidung budgetpolitischer Autonomie nicht unterwerfen will, der hat ein Problem mit der Währungsunion. Wer bei dieser Union mitmacht, unterwirft sich einem strengen Regime. Das ist die Lehre, die schon vorher galt, die uns die große Krise nochmal dringend ans Herz gelegt hat.“; vgl. auch Interview Rainer Brüderle in Tagesspiegel, 14.8.11, „Mehr Geld löst nicht die Probleme“: „Die Länder, die die Spielregeln nicht einhalten, müssen automatisch einen Teil ihrer Souveränität an europäische Institutionen abgeben“ sowie vergleichbare Argumentation des Bundebankpräsidenten Weidmann in Handelsblatt 14.9.11, Merkel verlangt Geduld mit Griechenland.

<sup>789</sup> Vgl. etwa für die CDU: Welt, 20.10.10, Koalitionskrach wegen Merkels Kuhhandel mit Sarkozy, Leo Dautzenberg, finanzpolitischer Sprecher CDU: „Wir begrüßen den Kompromiss, der geschlossen worden ist. Insgesamt aber hätten wir uns weitergehende Strafen gewünscht.“; für die CSU: Markus Ferber in FAZ, 26.10.10, Kritik in CDU an Merkels Vereinbarung mit Sarkozy: „Die jüngste Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, die Merkel und Sarkozy hinter verschlossenen Türen in Frankreich ausgetüfelt haben, bringt Europa um den echten Fortschritt in Sachen Zukunftssicherung des Euro. Mit diesen weichen Strafen lässt sich ein dauerhaft starker Euro nicht realisieren.“; für die FDP: Pressemitteilung 19.10.10, abgedruckt in Freie Demokratische Korrespondenz, Ausgabe 301: „Den von der Bundeskanzlerin mit dem französischen Staatspräsidenten geschlossenen Kompromiss zum europäischen Stabilitätspakt hat die FDP mit Erstaunen zur Kenntnis aufgenommen. Bisher war es die deutsche Position, gemeinsam mit der EU-Kommission, dass für Defizitsünder automatische Sanktionen wirksam werden sollten. Diese Position ist jetzt aufgeweicht worden. Bei allen sonstigen Fortschritten könnte dieser Kompromiss

Bundesregierung, welche bisher „in guter ordnungspolitischer Tradition“ gehandelt habe, gewarnt, französischen Konzepten der Währungsunion zu großen Raum zu gewähren:

„Frankreich wollte das immer verhindern. Eine regelgebundene, dem politischen Einfluss weitgehend entzogene Durchsetzung des Stabilitätspakts widerspricht dem politischen Gestaltungsanspruch der Franzosen. Eine unabhängige Behörde wie die EU-Kommission (und die Europäische Zentralbank), die weitgehende wirtschaftspolitische Entscheidungen trifft, können sie sich nicht vorstellen.“<sup>790</sup>

Auch in folgenden Diskussionen, etwa anlässlich der europaweiten Einführung von Schuldenbremsen im Rahmen des Fiskalpakts<sup>791</sup> oder hinsichtlich einer etwaigen Flexibilisierung der Defizitkriterien<sup>792</sup>, setzten sich diese Muster fort. Die Gewährung

---

jetzt zu weich sein, um einen harten Euro zu garantieren.“ sowie WELT, 20.10.10, Koalitionskrach wegen Merkels Kuhhandel mit Sarkozy, Silvana Koch-Mehrin: „Bundeskanzlerin Merkel hat sich vom französischen Staatspräsidenten Sarkozy komplett über den Tisch ziehen lassen und ist grandios gescheitert. (...) Sie hatte den deutschen Steuerzahlern klipp und klar versprochen: Deutschland gibt Griechenland Milliardenhilfen, dafür wird aber der Stabilitätspakt für den Euro verschärft. Dieses Versprechen hat Merkel gebrochen.“ (...) Koch-Mehrin befürchte, dass weitere deutsche Steuergelder „auf dem Altar der deutsch-französischen Freundschaft geopfert“ würden; vgl. für die FAZ: 19.10.10, Deauville: „Berlin gibt im Streit über Stabilitätspakt nach, sowie 28.10.10, Allein in Brüssel?: „Die Kanzlerin wird großes Verhandlungsgeschick und viel Überzeugungskraft an den Tag legen müssen für ein Ziel, für das es sich zweifellos zu kämpfen lohnt: für eine Stabilitätskultur in Europa. Es wird sich dann zeigen, ob der französische Präsident tatsächlich mit ihr an einem Strang zieht oder ob er neulich nur taktiert hat.“

<sup>790</sup> FAZ, 20.10.10, Mogelpackung.

<sup>791</sup> Vgl. zu parteiinternen Debatten um die Verbindlichkeit der Schuldenbremse: FAZ, 30.1.12, Union streitet vor dem EU-Gipfel über den Inhalt des Fiskalpakts; vgl. ebenfalls Pressemitteilung CDU, 28.3.12, SPD blockiert im Kampf gegen die Schuldenkrise: „Die SPD hat aus der Schuldenkrise bis heute nichts gelernt. Statt ihrer Verantwortung gerecht zu werden, setzt sie weiter auf billige Parteitaktik. Sie blockiert mit ihren Bedingungen und Forderungen nach Aufschub das wichtigste Instrument im Kampf gegen die Schuldenkrise. Arm in Arm mit dem französischen Sozialisten François Hollande verfolgt der SPD-Vorsitzende Gabriel offenkundig nur ein Ziel: den Fiskalpakt aufschieben, aufweichen und am Ende scheitern zu lassen. Das ist verantwortungslos.“; Vgl. ebenfalls FAZ, 27.3.12, Die rote Linie: "Wie wenig disziplinierend der neue Fiskalpakt wirkt, zeigt die Erhöhung des Defizitziels, mit dem Spanien gerade seine Partner überraschte.“; vgl. für die Bundesbank: Jens Weidmann, Stabilitätskultur im Lichte der Staatsschuldenkrise - Leo-Brandt-Vortrag an der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften und der Künste, 8.10.12: „In Bezug auf die Staatsfinanzen wurden mit der Reform des Stabilitätspakts und der Einführung des Fiskalpakts Schritte unternommen, um die europäischen Regeln zu stärken. Jedoch steht das Urteil darüber noch aus, inwieweit diese neuen Regeln auch tatsächlich gelebt werden. Auch durch den Fiskalpakt entscheiden die nationalen Regierungen über die nationalen Haushalte. Klagerechte beim EUGH gibt es beispielsweise nur im Hinblick auf die Ausgestaltung der Regeln, aber nicht auf deren Umsetzung.“; vgl. für die FDP: Pressemitteilung 10.03.12: „Der Fiskalpakt ist ein Meisterwerk und ein zentraler Baustein hin zu mehr Stabilität in Europa. Ein Scheitern wäre eine Katastrophe für Europa und das Ansehen Deutschlands in der Welt“.

<sup>792</sup> Vgl. zur Sorge um die Durchsetzung des Stabilitätspakts beispielhaft FAZ, 28.9.11, Der zerfaserte Pakt: „Künftig fasert der Pakt noch mehr aus: An einigen Stellen ist er schärfer, an anderen bleibt er der politischen Diskretion überantwortet. Defätisten werden hinzufügen: Wenn nötig, werden in Zukunft auch die neuen Regeln gebrochen.“; vgl. FAZ, 14.3.12, In Madrider Geiselhaft, sowie vor dem Hintergrund zunehmender internationaler Kritik an den Folgen restriktiver Haushaltspolitik in ansteigender Intensität: FAZ, 2.5.13, EU-Staaten verabschieden sich schrittweise vom Sparkurs; FAZ, 29.5.13, Der dumme Pakt; FAZ, 31.10.13, Der Stabilitätspakt hat immer mehr Bruchstellen; FAZ, 1.3.14, Fummelei am Pakt; FAZ, 5.4.14, Sargnagel für neuen Pakt.; FAZ, 20.6.14, Die ewig junge Diskussion über den Stabilitätspakt; FAZ, 21.6.14, Niemand hat Absicht, den Stabilitätspakt zu ändern; vgl. für CDU/CSU: Pressemitteilung 23.6.14, Brinkhaus: Ohne Stabilitätspakt gibt es keinen stabilen Euro; vgl. Pressemitteilung 25.6.14, Friedrich: Wir werden keine faulen Tricks zulassen - Der Stabilitäts- und Wachstumspakt gilt ohne Wenn und Aber; vgl. für die FDP:

zusätzlicher Zeit zur Erfüllung der Stabilitätskriterien seitens der Kommission gegenüber Frankreich wurde dabei zunehmend kritisch betrachtet und von der FDP trotz ihres Status als Regierungspartei offen infrage gestellt.<sup>793</sup>

Ein Zielkonflikt bestand in dem Wunsch einer Stärkung haushaltspolitischer Kontrolle bei gleichzeitiger Skepsis gegenüber weitreichenden Souveränitätsübertragungen. Insbesondere mit Blick auf die Kommission stellte sich in der deutschen Debatte die Frage, inwiefern der übergeordneten europäischen Ebene zusätzlich zur eher symbolischen Supervision Durchgriffsrechte gegenüber nationalen Regierungen eingeräumt werden sollten.<sup>794</sup> Diese Spannungen zeigten sich besonders deutlich in der stark ordnungspolitisch argumentierenden FDP, welche frühzeitig vor einem Angriff auf die Souveränität des Bundestages durch Haushaltsüberprüfungen der Kommission warnte.<sup>795</sup> Die bayerische CSU warb ebenfalls für die Beibehaltung finanzpolitischer Autonomie solventer Staaten und Regionen: Einerseits sollte die Kommission die notwendigen Instrumente erhalten, um die Einhaltung der Regeln einer *Stabilitätsunion* zu überwachen, andererseits wurde die Kontrolle Deutschlands oder Bayerns durch einen europäischen Finanzminister als unnötig und kontraproduktiv zurückgewiesen.<sup>796</sup> In der CDU gab es, in erster Linie durch den integrationsfreundlichen Finanzminister Schäuble, vereinzelt Vorstöße zu einer graduellen Übertragung des Budgetrechts an die EU.<sup>797</sup> Derartige Konzepte wurden jedoch innerhalb der Partei mit großer Zurückhaltung aufgenommen.<sup>798</sup> Abseits der Frage eventueller Kompetenzverlagerungen war im deutschen ordoliberal geprägten Spektrum die Sorge

---

Pressemitteilung 20.06.14, Warnung vor linkem Deal; Gastbeitrag Christian Lindner in Handelsblatt, 23.6.14, Hände weg vom Stabi-Pakt: „Europa droht ein Linksruck.(...) Am Samstag haben die Sozialdemokraten und Sozialisten Europas in Paris nun „mehr Flexibilität“ innerhalb des Stabilitätspakts gefordert. Im Klartext: weniger Reformpolitik und mehr Schulden. Sigmar Gabriel hintertreibt damit die deutsche Stabilitätspolitik der letzten Jahre.“

<sup>793</sup> Vgl. Beschluss des FDP-Präsidiums, 27.5.13: „Die Europäische Kommission will Frankreich zwei zusätzliche Jahre Aufschub beim Defizitabbau gewähren. Dies darf kein Freifahrtschein für Reformpausen sein. Ohne nachweisbare Reformen in Frankreich etwa bei der Steuer- und Arbeitsmarktpolitik wäre dies ein Bruch der vereinbarten Regeln für Wachstum und Stabilität.“; Vgl. ebenfalls kritische Äußerungen des BDI: Interview Hans-Peter Keitel in SPIEGEL, 10.9.12: „Wir haben in Deutschland schwierige Reformen umgesetzt, etwa die Agenda 2010. Deswegen muss es erlaubt sein, die Franzosen darauf hinzuweisen, dass sie einige wichtige Reformen - im Arbeitsrecht, bei der Rente – noch dringend anpacken müssen.“ Vgl. Pressemitteilung BDI, 11.6.13: „Die reflexhafte Ablehnung der Reformempfehlungen der EU-Kommission durch die französische Regierung ist das völlig falsche Signal.“

<sup>794</sup> Vgl. FAZ, 17.4.10, Quadratur des Kreises.

<sup>795</sup> Vgl. Frankfurter Rundschau, 14.5.10, Euroland am Wendepunkt - Streit über die Lehren aus der Krise.

<sup>796</sup> Vgl. Interview Horst Seehofer in SPIEGEL, 18.6.12, vgl. ebenfalls Seehofers Kritik an einer mit Blick auf Fehlentwicklungen in Italien inaktiven Kommission, 7.9.11 Interview in BILD: „[D]iejenigen, die mehr Kompetenzen wollen, sollen erst einmal die Kompetenzen nutzen, die sie haben.“

<sup>797</sup> Vgl. WELT, 7.12.10, Der Finanzminister denkt voraus.

<sup>798</sup> Vgl. Michael Meister in Handelsblatt, 9.12.10, Der Juncker-Plan; vgl. auch Norbert Barthle in FAZ, 9.12.10, Juncker: Deutschland denkt simpel. Vgl. zur Skepsis innerhalb von CSU und FDP zu Vorstößen Richtung einer Fiskalunion WELT 18.10.11, Schäuble bricht ein Tabu.

vorherrschend, die Kommission übe ihre im Krisenverlauf ausgebauten Kontrollrechte nur unzureichend aus und beschädige auf diese Weise das als essentiell erachtete Regelwerk der Währungsunion.<sup>799</sup>

## Frankreich

Auch durch französische Konservative und Liberale wurde das Ziel einer restriktiven Budgetführung zur Erhöhung der Unabhängigkeit gegenüber Finanzmarktakteuren unterstützt.<sup>800</sup> Dem Stabilitäts- und Wachstumspakt kam indes in französischen Debatten ein weniger herausragender Stellenwert zu. Impulse zu Vertragsänderungen und der Möglichkeit, Defizitstaaten auszuschließen, waren innerhalb der UMP nicht vorhanden. In diesen Punkten reagierten die französischen Konservativen auf deutsche Forderungen und wiesen diese zurück.<sup>801</sup> Eine ähnliche Dynamik war in Bezug auf einen etwaigen Sanktionierungsautomatismus zu beobachten: Vertreter der konservativen französischen Regierung relativierten in erster Linie aus Deutschland kommende Vorstöße und warben

---

<sup>799</sup> Vgl. beispielhaft für die Bundesbank: Jens Weidmann in SZ, 17.11.12, Der Kampf ums neue Europa sowie Jens Weidmann, Eine neue alte Debatte - das Ringen um einen stabilen Rahmen für die Währungsunion - Rede bei Botschafterkonferenz, 26.08.13: „Denn die bloße Existenz der „neuen“, verschärften Regeln genügt nicht, die Regeln müssen tatsächlich auch angewandt und gelebt werden. Hier steht die Europäische Kommission in einer besonderen Verantwortung, denn diese hat bei der Auslegung der neuen Regeln erhebliche Ermessensspielräume. Ich hielte es nicht für richtig, die Flexibilität der neuen Regeln gleich zu Beginn maximal auszureizen.“; Vgl. ebenfalls FAZ 29.05.13, Der dumme Pakt: „Die Kommission ficht das nicht an, weil sie Beurteilungsspielraum hat. Den nutzt sie nach politischem Kalkül: Interesse an einem Konflikt mit Paris hat sie nicht. Für die Bundesregierung, die derzeit ihr Image als europäischer Zuchtmeister weichzeichnen will, gilt das übrigens auch. Der Pakt ist also nicht schärfer oder intelligenter, sondern komplizierter und beliebiger geworden. Seine Anwendung orientiert sich am jeweils politisch Erwünschten. Die den jüngsten Reformen zugrunde liegende Idee, die EU-Kommission müsse in der Haushaltsaufsicht gegenüber den Staaten mit mehr Durchgriffsrechten ausgestattet sein, ist im ersten Anwendungsfall ad absurdum geführt worden. Das mag seine innere Logik haben: Die Brüsseler Behörde hat zu viele andere Interessen und Aufgaben, um sich vor allem um die Haushaltskonsolidierung zu kümmern - und die Staaten verfahren weiterhin nach dem Motto, dass Sünder nicht über Sünder richten. Man mag daraus folgern, dass die Eurostaaten aus der Krise nichts gelernt haben. Wahrscheinlich ist es aber noch simpler: Es war immer eine Illusion zu glauben, die Mitglieder einer Währungsunion ließen sich an gemeinsame Schuldenregeln binden. Für die nationalen Schuldenbremsen, auf die sich die Staaten geeinigt haben, dürfte das ebenso gelten.“

<sup>800</sup> Dies wurde in besonderer Weise vom Arbeitgeberverband MEDEF betont. Vgl. beispielsweise gemeinsamer Namensbeitrag Laurence Parisot, Hans-Peter Keitel in Le Figaro, 11.3.11, L'Europe doit devenir plus compétitive, sowie MEDEF, Pressemitteilung 7.8.11: „Ainsi, le Medef appelle tous les partis politiques à considérer l'intérêt d'une règle d'or budgétaire et souhaite qu'elle soit adoptée par tous les pays de la zone euro“ vgl. ebenfalls gemeinsamer Aufruf von BDI, MEDEF und der italienischen Confindustria, unter anderem in Le Figaro, 8.10.11, Le patronat européen pour une Europe plus intégrée. Für den MEDEF diente die Einhaltung des Defizitkriteriums von 3% zur Stabilisierung der Eurozone. Gleichzeitig warb der Wirtschaftsverband für eine größere Flexibilität im französischen Kontext. Vgl. Laurence Parisot, Interview in Le Monde, 29.8.12, Où est la stratégie économique du gouvernement ? : „Ce ne serait pas sans graves conséquences économiques, car le ralentissement mondial est déjà largement lié aux incertitudes sur la zone euro. Or ces incertitudes ne manqueraient pas de s'amplifier si certains pays, en premier lieu la France, remettaient en question l'objectif de réduction du déficit. Cela dit, il faut penser la réduction des déficits de manière qu'elle n'aggrave pas le risque de récession.“

<sup>801</sup> Vgl. ebd. sowie Interview Christine Lagarde in FAZ, 17.05.10.

stattdessen für Lösungen, welche letztgültige Entscheidungen im politischen Raum der Exekutive beließen.<sup>802</sup> Analog hierzu zeigte sich auch in der Frage der Umsetzung des Fiskalpakts eine abwehrende Haltung gegenüber einer automatisierten, supranationalen Kontrolle nationaler Budgets.<sup>803</sup> Eine größere länderübergreifende Konvergenz war bei grundsätzlichen budgetpolitischen Orientierungen zu beobachten, in dem Sinne, dass sowohl UMP als auch insbesondere MoDem frühzeitig prinzipielle Unterstützung für Schuldenbremsen signalisierten.<sup>804</sup>

---

<sup>802</sup> Während Kanzlerin Merkel im Nachgang zum Kompromiss von Deauville angesichts kritischer Stimmen in CDU, CSU und FDP den quasi-automatischen Charakter der Sanktionsmechanismen im Stabilitätspakt betonte, umschrieb Staatspräsident Sarkozy die gefundene Regelung allgemein als früheres Eingreifen des Pakts. vgl. Nicolas Sarkozy, Pressekonferenz 29.10.10 anlässlich des Europäischen Rats sowie SZ, 3.9.11, Frankreich sperrt sich gegen schärferen Stabilitätspakt. Vgl. aus deutscher, ordoliberaler Perspektive besonders kritisch: FAZ, 29.9.10, So unpolitisch wie möglich: „Worin die Unterschiede bestehen, hat Lagarde am Montag auf den Punkt gebracht. Die Ministerin sagt nein zu einer Haushaltsaufsicht "in der Hand von Fachleuten", welche die Politik "aushebelten". Damit ist die Reformdiskussion endlich an ihren Kern gelangt: Soll sich die nationale Haushaltspolitik künftig an politisch nicht beeinflussbaren Regeln ausrichten, soll der Pakt also dem Prinzip eines "Quasi-Automatismus" folgen, wie das Rehn und Schäuble im Wesentlichen wollen? Oder soll die Haushaltsaufsicht weiterhin der politischen Einzelfallentscheidung überantwortet werden?“

<sup>803</sup> Vgl. François Baroin in Assemblée nationale, 15.12.11: „C'est ce qu'auraient voulu les Allemands, qui souhaitaient confier à la Cour de justice européenne la surveillance des budgets et de l'équilibre. Nous avons obtenu l'accord des Vingt-Six pour limiter le contrôle de la Cour à la transposition de la règle d'or. Il est désormais entendu que la France n'entend pas dépasser cette ligne rouge.“; vgl. aus Perspektive der liberalen Opposition MoDem, Pressemitteilung 9.12.11 Marielle de Sarnez, Ne rajoutons pas de l'incertitude à l'incertitude: „Ce que j'attendais de cet axe franco-allemand, de cette intimité franco-allemande qui est nécessaire, c'est qu'il y ait la confrontation des deux thèses. La thèse allemande qui dit "On veut absolument mettre dans les traités les sanctions, donc constitutionnaliser les sanctions, contre ceux qui ne font pas le bon travail", et puis la thèse qui aurait dû être celle de la France qui est de dire : „Oui à des sanctions, mais, à ce moment-là, il y a une solidarité, et la BCE peut être prêteur en dernier recours.“ Tout ce volet-là n'est pas dans l'accord. On a un accord qui est uniquement sur la partie 'sanctions'“.

<sup>804</sup> Vgl. Le Figaro, 21.5.10, Déficits budgétaires: l'électrochoc de Nicolas Sarkozy: „Contraint par les circonstances, le pragmatique Nicolas Sarkozy reprend à son compte l'un des thèmes de campagne de François Bayrou en 2007. Et, espère-t-il, son électorat aussi. Il lui aura fallu du temps. Quand, en 2008, lors de la première réforme de la Constitution, les centristes avaient plaidé en faveur de l'inscription d'une « règle d'or » sanctuarisant l'objectif des équilibres budgétaires dans la Constitution, il s'y était refusé. Il considérait trop difficile de faire le partage entre les déficits de fonctionnement et les déficits d'investissement, jugés nécessaires.“ sowie anlässlich eines Arbeitsbesuchs Schäubles in Paris: Le Figaro, 21.7.10, L'apôtre de la rigueur allemande invité spécial de l'Élysée. Vgl. ebenfalls François Fillon, Déclaration de politique générale, 24.11.10: „Nous souhaitons inscrire dans notre Constitution des principes garantissant la maîtrise des finances publiques.(...) Tous ces efforts sont concentrés autour d'un choix politique que nous assumons: c'est le choix de la vertu budgétaire, au nom de notre indépendance, au nom des solidarités de demain, au nom des familles qui s'agrandissent, au nom de l'avenir que nous écrivons aujourd'hui.“ ; vgl. für MoDem: Pressemitteilungen 25.7.11 und 1.9.11: „Un grand plan, équilibré et cohérent, est possible pour réduire les déficits“ sowie Pressemitteilung 4.11.11: „La consolidation de l'euro sur le moyen et long terme ne pourra être garantie qu'avec une union économique et fiscale en phase avec l'union monétaire. Mais tout cela n'aura aucun sens si les États membres qui vivent au-dessus de leurs moyens ne règlent pas eux-mêmes leurs problèmes d'endettement.“ Vgl. ebenfalls Jean-François Bayrou, 20 propositions pour redresser la France, 1.2.12, sowie zustimmend zur Ratifizierung des Fiskalpakts Pressemitteilung 2.10.12, „Le traité budgétaire européen est une question de responsabilité“.

Diskussionsbeiträge französischer Konservativer und Liberaler hatten einen starken nationalen Bezug. Vor dem Hintergrund anwachsender Arbeitslosigkeit und einer speziell im Vergleich zu Deutschland schwachen wirtschaftlichen Entwicklung lag der Schwerpunkt makroökonomischer Debatten weniger auf der Währungsunion denn auf Frankreich selbst.<sup>805</sup> Die Krise der Währungsunion diene in diesem Fall als externe Legitimation für eine Reduzierung der Staatsausgaben.<sup>806</sup> Dies zeigte sich in besonderer Weise im zunehmenden innerfranzösischen Wettstreit um die Besetzung des Begriffs *rigueur*.<sup>807</sup> Seitens konservativer und liberaler Kräfte wurde das Prinzip restriktiver Haushaltsführung vielfach als Voraussetzung genannt, um einen Rückstand gegenüber Deutschland aufzuholen und somit auch auf europäischer Ebene wieder an Einfluss zu gewinnen.<sup>808</sup>

Vergleichbare Themenschwerpunkte waren ebenfalls in der Berichterstattung von Le Figaro zu beobachten. In überwiegend französischer Perspektive wurden Pläne zu Haushaltskürzungen positiv aufgenommen<sup>809</sup> und der Einsatz Sarkozys für eine

---

<sup>805</sup> Vgl. Tract UMP, 4.5.11, Face aux crises, le Président de la République agit et protège la France et les Français; vgl. UMP, Argu Flash, 26.8.11, Voter la règle d'or, c'est se prémunir contre le risque de faillite de la France.

<sup>806</sup> Vgl. Le Magazine de l'Union No 55, 4/2011 : Budget 2012 Vers la réduction des déficits publics.

<sup>807</sup> Vgl. MoDem, Pressemittteilung 24.10.11: „On ne peut pas dire "je reprends le projet socialiste, on dépensera plus demain", ce n'est absolument pas crédible parce que ça ne se fera pas, on n'aura pas les moyens de le faire. Qui ne voit pas aujourd'hui la crise qui frappe l'Europe, la crise de la dette, qui ne voit aujourd'hui la crise qui frappe la France, crise de la dette, crise financière, crise économique, crise sociale... Il va falloir se relever les manches, il va falloir travailler tous ensemble et les recettes d'hier ne correspondent pas aux enjeux de demain, aux défis de demain. (...) Il faut de la discipline, il faut de la rigueur! Je veux dire, la dette c'est évidemment, peut-être demain les problèmes de récession économique. Vous ne pouvez pas rester endetté, il faudra également que la France sorte de la dette, pour se retrouver des marges de manœuvre et pour avoir du développement économique et de la croissance." Vgl. zum vorsichtigeren Gebrauch des Begriffs innerhalb der UMP-geführten Regierung: Le Figaro, 28.10.11, La majorité prépare les Français à un nouvel effort: „La ministre du Budget Valérie Pécresse explique que la France « ne déviara pas de trajectoire de réduction des déficits ». Le ministre de l'Économie, François Baroin, rappelle que les pays de la zone euro doivent « tous cheminer sur la voie du désendettement ». « La France aussi ! », ajoute-t-il. Le mot de rigueur n'est pas employé; tout au plus parle-t-on de « gestion rigoureuse »".

<sup>808</sup> Vgl. Jean-François Copé, Rede in Assemblée nationale, 16.6.10: „Nous sommes maintenant face à une décision majeure: si nous voulons construire un axe franco-allemand qui redevienne le moteur de l'Europe, nous Français, sur le plan économique, devons donner des gages à nos partenaires allemands. C'est à nous de le faire. Voilà pourquoi j'assume et je revendique le mot de rigueur. Je considère en effet qu'il est de notre responsabilité de dire aux Français que, pour construire l'avenir de demain, il faut une politique budgétaire rigoureuse." Vgl. auch Pierre Lequillier, Rede in Assemblée nationale, 16.6.10: „Aujourd'hui, les temps sont mûrs pour l'action. On oppose souvent à tort les positions françaises et allemandes. En fait, chacun a su faire un pas vers l'autre: la France en s'engageant à faire respecter le pacte de stabilité, et l'Allemagne en acceptant le principe d'une gouvernance économique commune à laquelle elle était jusqu'alors réticente." Vgl. ebenfalls Rede Jean-François-Copé auf UMP-Parteitag 4.9.11, hier besonders Verweis Copés auf Zitat de Gaulle: „Sans l'effort de remise en ordre, avec les sacrifices qu'il requiert et les espoirs qu'il comporte, nous resterons un pays à la traîne, oscillant perpétuellement entre le drame et la médiocrité. Au contraire, si nous réussissons la grande entreprise nationale de redressement financier et économique, quelle étape sur la route qui nous mène vers les sommets."

Siehe auch Unterpunkt zum *modèle allemand*.

<sup>809</sup> Vgl. Le Figaro, 7.5.10, La rigueur, enfin!; Le Figaro, 21.5.10, Déficit, une décision historique, sowie Le Figaro, 29.6.10: Non, la rigueur n'est pas un gros mot!

Schuldenbremse gelobt.<sup>810</sup> Mit dem Machtwechsel im Elysée-Palast im Mai 2012 verstärkte sich die Tendenz, die Refinanzierungskrise im Euroraum durch das Prisma Frankreichs zu betrachten.<sup>811</sup>

### *Formelkompromisse zur Wirtschaftsregierung*

#### Deutschland

Da wie gesehen für konservative und liberale Strömungen in Deutschland die Bewältigung der Krise im Euroraum in erster Linie über eine Straffung des haushaltspolitischen Regelwerks zu realisieren war, wurden in diesen Milieus keine weitreichenden Initiativen für eine Änderung der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit innerhalb der EU unternommen. Die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP sahen in einer Festigung der Bestimmungen des Vertrags von Maastricht den Schlüssel zum Abbau wirtschaftlicher Ungleichgewichte sowie der Generierung von Wirtschaftswachstum.

Grundgedanken des konservativ-liberalen Ansatzes in Deutschland waren die Beibehaltung nationalstaatlicher Eigenverantwortlichkeit in haushalts- und wirtschaftspolitischen Fragen sowie die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Eurozone in Relation zu einer globalen Konkurrenz.<sup>812</sup> Mit dieser Lesart einher ging die Einschätzung, eine Reduzierung makroökonomischer Ungleichgewichte im Währungsraum idealerweise

---

<sup>810</sup> Vgl. Le Figaro, 17.8.11, Nouvelle Europe, „Le Parti socialiste va finir par se sentir bien seul dans son grand combat contre la « règle d'or » voulue par Nicolas Sarkozy, qui sanctuariserait le retour à l'équilibre budgétaire dans la Constitution. Le président de la République, accusé de pousser cette mesure dans l'unique but de piéger la gauche, a en effet trouvé une complice : Angela Merkel. Et peut-être bientôt l'Europe tout entière, si les propositions formulées hier, lors du sommet franco-allemand, prospèrent, comme il y a tout lieu de le penser. Car telle est la condition d'un retour au calme sur les marchés financiers, paniqués par la dérive de la dette dans la zone euro.“

<sup>811</sup> Vgl. in zunehmender Intensität: Le Figaro, 6.4.12, Une rigueur nécessaire pour éviter un scénario à l'espagnole; 11.9.12, La France loin de la rigueur pratiquée en zone euro; 25.02.13, Déficit: comment Paris a évité les foudres de Bruxelles; 27.02.13, L'Europe n'en a pas fini avec l'austérité, malgré les espoirs de certains en France; 14.10.13, Le mur de la dette est devant nous; 4.11.13, La France fait tout son possible pour être « l'homme malade » de l'Europe; 6.1.14, La France de 2014, l'homme malade de l'Europe; 6.3.14, Déficit, dette, compétitivité: les cartons rouges de Bruxelles à Paris; 17.6.14, L'écart se creuse avec les partenaires européens; 30.06.14, La grande panne de la France; 7.7.14 France: too big to fail?

<sup>812</sup> Vgl. Regierungserklärung Angela Merkel, 25.03.10: „Deshalb begrüße ich die Bemühungen der Europäischen Präsidentschaft und der Europäischen Kommission für eine neue europäische Wachstumsstrategie, die sogenannte Strategie EU2020. (...) Eine solche Strategie ist von großer Bedeutung, weil im Binnenmarkt die europäischen Volkswirtschaften in einer unauflöselichen gegenseitigen Abhängigkeitsbeziehung stehen. Wir erleben gerade in diesen Tagen schmerzlich, dass Fehler in der Wirtschaftspolitik einzelner Staaten zu beträchtlichen ökonomischen Verwerfungen insgesamt führen können. Umgekehrt haben wir in der Geschichte der Europäischen Union auch immer wieder erlebt, dass Strukturreformen in einzelnen Mitgliedstaaten sich gegenseitig bereichern können. Damit wirkt die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten zum Wohle aller in der ganzen Europäischen Union.“; vgl. auch die positive Bewertung portugiesischer und spanischer Strukturreformen durch Bundesbankpräsident Weidmann im Herbst 2012: Jens Weidmann, Vertrauen - Voraussetzung und Erfolg einer stabilen Währung, Rede bei der Jahrestagung des Markenverbandes, 27.9.12; vgl. auch BDI, 1.4.14, Europa hat die Wahl.



durch Reformanstrengungen wenig performanter Volkswirtschaften zu erreichen. Vor dem Hintergrund enormer, anwachsender Handelsbilanzüberschüsse Deutschlands gegenüber des Euroraums sowie der Einschätzung, im Rahmen der Agenda 2010-Reformen<sup>813</sup> des damaligen SPD-Kanzlers Schröder einen erfolgreichen ökonomischen Erneuerungsprozess durchlaufen zu haben, stellten die hier betrachteten deutschen Gruppen die Bundesrepublik als wirtschaftlichen Benchmark dar.<sup>814</sup> Ebenso wie in der Budgetpolitik wurden auch in Bezug auf wirtschaftspolitische Entscheidungen supranationale Kontrollen und Eingriffsmöglichkeiten entschieden zurückgewiesen. Ausgehend von einem Verständnis Deutschlands als „Wachstumslokomotive“ der

---

<sup>813</sup> Vgl. zur positiven Bewertung der Agenda 2010-Reformen und Forderungen einer europaweiten Implementierung ähnlicher Maßnahmen: FDP, Pressemitteilung 22.5.12, Wir brauchen europäische Agenda 2020 für mehr Wettbewerbsfähigkeit sowie Markus Söder, Interview im Deutschlandfunk, 15.3.13: „Konsolidierung ist immer die Voraussetzung für Wachstum, denn wenn sie alle Schuldenprogramme nur machen, auch Konjunkturprogramme auf Pump, die verpuffen am Ende und führen zu einer höheren Belastung der Wirtschaft. Entscheidend ist, denselben Prozess zu machen wie Deutschland. Wir haben ja beides jetzt auf den Weg gebracht: Konsolidierung, aber sie müssen dazu Sozialreformen wie eine Agenda 2010 machen. Im Grunde genommen – das gilt jetzt für Frankreich wie für alle anderen Staaten – ist die mangelnde Flexibilität am Arbeitsplatz, die schlechte Entwicklung der Bürokratie zum Teil, diese Fragen, soziale Sicherungssysteme, die nicht reformiert werden, die sind eigentlich Voraussetzung dafür, dass dann das Geld, das jetzt zur Verfügung steht, sagen wir durch Wachstumsmaßnahmen, erst wirken kann. (...) Natürlich ist Sparen das eine, aber es braucht in der Tat eben diesen Agenda-Prozess, um soziale Sicherungssysteme zu verändern. Ein Beispiel: Wenn in Frankreich überlegt wird zu sparen, gleichzeitig aber das Renteneintrittsalter gesenkt wird, dann erhöht das natürlich nicht unbedingt die Wettbewerbsfähigkeit bei einer sich älter entwickelnden Gesellschaft.“

<sup>814</sup> Vgl. zur Forderung einer Ausrichtung der wirtschaftspolitischen Koordination an performanten Staaten beispielhaft Michael Meister, Rede in Bundestag 21.5.10: „Deshalb sagen wir Ja zu mehr Koordination in der Wirtschaftspolitik, aber in richtig verstandenem Sinne. Wir müssen auch in Zukunft wettbewerbsfähig sein, nicht nur in, sondern auch über Europa hinaus, also gegenüber China, Indien und den USA.“ sowie CDU, 23.3.11, Thesen zur Überwindung der Staatsschulden- und Finanzmarktkrise - Gemeinsamer Beschluss des Bundesfachausschusses Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik und des Bundesfachausschusses Wirtschafts-, Haushalts- und Finanzpolitik der CDU Deutschlands: „Mit Beginn der Europäischen Währungsunion haben viele Mitgliedstaaten von den neuen günstigen Finanzierungsbedingungen, die durch die Euro-Einführung entstanden sind, profitiert. Andere Staaten mussten ihre Wettbewerbsfähigkeit erst wieder durch eine Reihe von Reformmaßnahmen stärken. Zwischenzeitlich ist Deutschland zu einer wichtigen Wachstumslokomotive in Europa geworden. Entscheidend haben dazu die Reformen unter den Regierungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel beigetragen. Gefordert bleiben jetzt andere Mitgliedstaaten, ebenfalls ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Daher begrüßen wir, dass mit der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, dem neuen Verfahren zur makroökonomischen Überwachung und dem „Pakt für den Euro“ auch weitere Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit beachtet und daraus wirtschafts- und strukturpolitische Reformnotwendigkeiten für Mitgliedstaaten abgeleitet werden sollen. Es darf aber nicht sein, dass leistungsfähige Staaten sanktioniert werden. Europa kann sich im globalen Wettbewerb nur behaupten, wenn sich alle Mitgliedstaaten an den konkurrenzfähigsten Mitgliedstaaten sowie den internationalen Wettbewerbern orientieren. Leistung muss sich lohnen – dieser Leitsatz der Sozialen Marktwirtschaft muss in Europa wieder stärker praktiziert werden.“; vgl. ebenfalls Pressemitteilung CDU 30.11.11: „Maßstab für die notwendigen Angleichungen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik können nur die Staaten sein, deren Wirtschaft sich in den letzten Jahren erfolgreich im internationalen Wettbewerb behauptet hat.“; vgl. für die FDP: Pressemitteilung 19.9.11: „Der Abbau von Leistungsbilanzüberschüssen ist eben kein Patentrezept für europaweite Wettbewerbsfähigkeit. Die EU-Staaten stehen nicht im Wettbewerb untereinander, sondern mit den weltweit führenden Volkswirtschaften. Hier hilft die Nabelschau wenig. Jetzt muss es darum gehen, die Wettbewerbsfähigkeit aller EU-Staaten zu erhöhen und sich nicht auf die Schwächung der Starken zu konzentrieren.“

Eurozone wurde jegliche Form makroökonomischer Koordinierung, welche sich an einem fiktiven europäischen Mittelwert orientieren und die wirtschaftspolitische Souveränität Deutschlands relativieren könnte, als schädlich abgewehrt. So stießen beispielsweise Anregungen der französischen Wirtschaftsministerin Lagarde zur Stärkung des deutschen Binnenkonsums auf vehemente Kritik:

„Eines möchte ich an dieser Stelle noch erwähnen, wenn auch nur am Rande: Es ist geradezu absurd, Deutschland mit seiner wettbewerbsstarken Wirtschaft gleichsam zum Sündenbock der Entwicklung zu machen, die wir jetzt zu bewältigen haben. Unsere Kritiker in Europa verkennen, dass unsere Exportgewinne zum Teil in die Defizitländer zurückfließen und dass Deutschland auch das größte Importland Europas ist.“<sup>815</sup>

Aus der Sicht von CDU, CSU, FDP und der FAZ stellten neben dem Stabilitäts- und Wachstumspakt weitere Verpflichtungs- und Kontrollinstrumente wie der Pakt für Wettbewerbsfähigkeit und das Europäische Semester wichtige Bausteine zur Erhöhung der ökonomischen Homogenität der Eurozone dar.<sup>816</sup> Das Konzept einer Wirtschaftsregierung wurde als konträr zu den eigenen ordnungspolitischen Vorstellungen der Währungsunion wahrgenommen und mit großem Misstrauen verfolgt.<sup>817</sup> Neben einer ungewünschten Einflussnahme auf deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde nicht zuletzt eine mittels Transferleistungen erzwungene Nivellierung befürchtet.<sup>818</sup> Mit Blick auf Frankreich mahnte der FAZ-Wirtschaftsredakteur Philip Plickert:

„Die französischen Vorschläge gegen „Exportungleichgewichte“ wie sie Finanzministerin Christine Lagarde vorträgt, sind unverhohlen dirigistisch, ja fast planwirtschaftlich, und sie zeugen von bemerkenswerter Staatsgläubigkeit. Zentralistische Integration ist aber kein

---

<sup>815</sup> Angela Merkel, Regierungserklärung 25.3.10; vgl. unterstützend BDI, Pressemitteilung 24.3.10: „Die aktuelle Exportkritik bestärkt den BDI darin, eine europäische Wirtschaftsregierung abzulehnen: Die im Lissabon-Vertrag vorgesehenen Mechanismen zur engeren wirtschaftlichen Koordination in der Eurozone sowie zwischen den EU-Mitgliedsstaaten reichen vollkommen aus.“; vgl. ebenfalls Rede Angela Merkel, Bundesparteitag 15.11.10: „Es ist unsere Aufgabe, eine neue Stabilitätskultur in Europa zu verankern“ (...) „Deshalb sage ich auch ganz deutlich – ich werde es wiederholen, wenn es nötig ist. Wir lassen uns nicht dafür prügeln, dass wir gute Produkte „Made in Germany“ in die Welt exportieren. Andere, die das nicht können, können es gerne versuchen und nachholen. Wir sind für fairen Wettbewerb. Aber bestrafen dafür, dass wir Gutes erzeugen, lassen wir uns nicht, liebe Freunde.“

<sup>816</sup> Vgl. beispielhaft CDU, Positionspapier 18.3.11: „Für einen stabilen Euro und Wohlstand in Europa“ sowie Reihenfolge der Nennung von Aktionsfeldern durch Birgit Homburger (FDP): Implementierung eines Frühwarnsystems, Ausbau von Kontrollmöglichkeiten, Einrichtung von Sanktionsautomatismen sowie Verbesserung der Koordination in Wirtschafts- und Finanzpolitik; Rede im Bundestag, 15.12.10.

<sup>817</sup> So bezeichnete beispielsweise Roland Koch die Wirtschaftsregierung als einen „schädlichen Begriff“, welcher Einflussnahme in tägliche Wirtschaftsprozesse suggeriere, vgl. Interview in SPIEGEL 17.5.10

<sup>818</sup> Vgl. Silvana Koch-Mehrin (FDP) in WELT, 7.6.10, EU will Stabilitätspakt schon bis Herbst reformieren sowie Interview Koch-Mehrin für Focus-Online, 11.6.10. Kommentatoren der FAZ erkannten in einer Wirtschaftsregierung ebenfalls einen Angriff auf deutsche Wettbewerbsfähigkeit. Sie sahen zudem in Schäubles Entwürfen eines Europäischen Währungsfonds die Vorstufe einer Wirtschaftsregierung. Vgl. FAZ 2.3.10, Doppelt unsinnig; vgl. FAZ 15.3.10, Schäubles Schalmeienklänge. Vgl. auch Abwehr von Sarkozys Plänen einer Harmonisierung von Finanz-, Haushalts- und Wirtschaftspolitiken. Diese seien „eher ein Stufenplan hin zu Eurobonds als eine dauerhafte Brandmauer gegen diese“. Vgl. FAZ, 16.12.10, Der fehlende Punkt. Der Vertreter des CDU-Wirtschaftsrates Lauk warnte vor „Brüsseler Zentraldirigismus“. Vgl. Namensbeitrag Lauk in WELT, 19.10.10, Wo bleiben die Sanktionen; vgl. ebenfalls FAZ, 28.9.10, Bitte dezentral.

Ausweg, sondern eine Sackgasse. Sie bedeutete das Ende für ein Europa, das sich über den Wettbewerb koordiniert und fortentwickelt.“<sup>819</sup>

Auch innerhalb der CSU und der FDP wurde vor den Gefahren einer zu weit reichenden wirtschaftspolitischen Koordinierung im Sinne einer Feinjustierung durch eine hierzu unzureichend qualifizierte und legitimierte Kommission sowie einer „Angleichung von Wettbewerbsfähigkeit nach unten“ gewarnt.<sup>820</sup> Ähnliche Argumentationen wurden von der Bundesbank<sup>821</sup> und dem BDI<sup>822</sup> vertreten. Einer Vertiefung der Integration wurde lediglich zu dem Zweck einer verbesserten Kontrolle und Sanktionierung von Regelverletzungen als sinnvoll erachtet. Nach Ansicht des CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer war anstelle einer Neuausrichtung der Wirtschafts- und Währungsunion eine Stärkung ihrer bisherigen Grundlagen (Nichtbeistandsklausel, Wahrung nationaler Budgetsouveränität bei Ausbau von Kontrollen) ausreichend. Eine prinzipiell anstrebenswerte weitere Öffnung des Binnenmarktes sollte ihre „Grenze dort finden, wo über eine Harmonisierung der Steuer-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik der Mitgliedstaaten nachgedacht wird.“<sup>823</sup> Durch die Darstellung als Vorstufe zu europaweit einheitlichen Steuern sowie der Implementierung einer eigenen Steuerkompetenz für die EU wurde das Negativszenario einer Wirtschaftsregierung weiterhin verstärkt. Obgleich diese Option nur geringen Raum in

---

<sup>819</sup> FAZ, 3.1.11, Hier Phönix, dort Asche.

<sup>820</sup> Vgl. zur Argumentation Horst Seehofers: Handelsblatt, 7.1.11, Christsoziale: Auf Konfrontationskurs zu Schäuble. Vgl. auch FDP, Pressemitteilung 26.1.11: „Aber wir wollen keine Konvergenz, die zentral übergestülpt wird - sondern eine, die im Wettbewerb um die beste Praxis der Mitgliedstaaten wächst“; vgl. zur Warnung vor zentral vorgegebenen wirtschaftspolitischen Zielen auch FDP, Pressemitteilung 1.2.11, „JA zu Europa – Nein zu einer EU-Wirtschaftsregierung“ sowie mit explizitem Verweis auf sozialistische Wirtschaftspolitik in Frankreich als Negativbeispiel: Rainer Brüderle in Stuttgarter Nachrichten, 18.5.13: „Nachdem der französische Präsident Hollande sein Land durch Steuererhöhungen und mehr Staatswirtschaft völlig ausgebremst hat, will er jetzt eine europäische Wirtschaftsregierung nach seinen Vorstellungen. Da kann ich nur sagen: „Mon dieu!“ Wir wollen nicht mehr Staat, weder in Deutschland noch in Europa.“

<sup>821</sup> Vgl. Axel Weber, Schuldenkrise im Euro-Raum: Erkenntnisse und Schlussfolgerungen, Rede vor der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften und der Künste, 22.1.11: „Im Hinblick auf die gesamtwirtschaftliche Überwachung besteht noch keine Einigkeit über das Scoreboard, sprich: die relevanten Indikatoren zur Messung wachsender Ungleichgewichte. Hier ist es wichtig darauf zu dringen, dass das Hauptaugenmerk auf Verlusten von Wettbewerbsfähigkeit liegt.“; vgl. zur Unterstützung des Pakts für Wettbewerbsfähigkeit und der Forderung eigener Sanktionsmechanismen durch Axel Weber: Handelsblatt, 15.3.11, Die Zustimmung Berlins zur Euro-Reform ist nicht sicher.

<sup>822</sup> Vgl. BDI, 7.9.11, Ein neuer Vertrag für den Euro - 12 Thesen aus einer industriellen Perspektive: „Das zukünftige Europa muss sich auf den Grundätzen von Freiheit, Vielfalt, Stabilität, Wettbewerb und Leistung gründen. Unnötige und zentralistische Regulierung und Vereinheitlichung (...) gefährden dagegen die politische und wirtschaftliche Stabilität Europas. Stattdessen geht es darum, dass die Europäische Union einen wirksamen ordnungspolitischen Rahmen für solide öffentliche Haushalte und eine wettbewerbsfähige Wirtschaft setzt.“

Der BDI beschrieb eine potentielle Wirtschaftsregierung wiederholt als dirigistisch und sprach der europäischen politischen Ebene die notwendige Kompetenz für weitergehende wirtschaftspolitische Reglementierung ab. Vgl. Wiedergabe der Position Hans-Peter Keitels in WELT, 18.8.11, FDP mäkelte über Pariser Beschlüsse; vgl. auch BDI, Pressemitteilung 27.9.11: „Wir spekulieren nicht, wir produzieren - und das höchst erfolgreich. Deshalb irritiert uns die Idee einer tatsächlichen Wirtschaftsregierung. Sie unterstellt, dass man uns umfassend regulieren und steuern muss.“

<sup>823</sup> Gastbeitrag Horst Seehofer in Handelsblatt, 29.6.12, Die Irrtümer der Christine Lagarde.

europapolitischen Debatten einnahm und keine Aussicht auf Konkretisierung bestand, fassten beide Parteien demonstrativ Beschlüsse gegen die Einführung von Steuern auf Ebene der Europäischen Union.<sup>824</sup> Die FDP formulierte als Gegenmodell eine auf einem reformierten Stabilitätspakt begründete europäische „Wirtschaftsverfassung der Sozialen Marktwirtschaft“.<sup>825</sup>

Die durch die Bundesregierung in Kompromissen mit Frankreich auf den Weg gebrachte Wirtschaftsregierung in Form regelmäßiger Abstimmungen der Staats- und Regierungschefs der EU-27 wurde den beobachteten Mustern entsprechend seitens der CDU verhalten kommuniziert.<sup>826</sup> Um den Eindruck einer Institutionalisierung wirtschaftspolitischer Abstimmungen auf europäischer Ebene zu vermeiden, wurden die Ergebnisse im Umfeld der CDU relativiert und etwa als „stärkere Verzahnung der Wirtschafts- und Finanzpolitik“ umschrieben.<sup>827</sup> Ebenso wurde die deutsch-französische Abstimmung über die Wirtschaftsregierung als Komponente des übergeordneten Projekts einer *Stabilitätsunion* präsentiert.<sup>828</sup> Die FDP reagierte ebenfalls schnell auf die gemeinsame Erklärung Sarkozys und Merkels und nannte als prioritäres Ziel einer Wirtschaftsregierung die Erhöhung von Wettbewerbsfähigkeit.<sup>829</sup> Ein Kommunikationsschwerpunkt der Liberalen lag in der Versicherung, dass keine Eingriffe in die wirtschaftspolitische Souveränität Deutschlands zu befürchten waren.<sup>830</sup> Die CSU

---

<sup>824</sup> Vgl. Parteitagsbeschluss CSU, 7.10.11, Die europäische Einigung und der Euro sowie Bundesparteitagsbeschluss FDP, 9.3.13, Bürgerprogramm 2013.

<sup>825</sup> Vgl. Beschluss Bundesvorstand, 24.10.11, Europa auf dem Weg zur Stabilitätsunion sowie Interview Philipp Rösler / Guido Westerwelle in WELT, 31.10.11: „Europa braucht keine zentralistische Wirtschaftsregierung, die Schulden und Wohlstand umverteilt. Es braucht eine Änderung der EU-Verträge, damit Regelverstöße auch sanktioniert werden.“ Vgl. ausführlich: Zitat Christian Lindner, FDP-Pressemitteilung 12.9.11: „Das Wort von der Wirtschaftsregierung ist ein schillernder Begriff, der nicht mit Inhalt gefüllt ist. Ich wage zu behaupten, dass Sigmar Gabriel, Angela Merkel, Hans-Dietrich Genscher und Nicolas Sarkozy jeweils etwas völlig Unterschiedliches unter dem Begriff Wirtschaftsregierung verstehen. Wir leisten jetzt einen Beitrag dazu, diesen Begriff mit Leben zu füllen und seinen mussverständlichen Charakter dadurch zu verwidern, dass wir nicht mehr von Wirtschaftsregierung sprechen – regierungsadministratives Handeln, Detailvorgaben - sondern von Verfassung, also klaren Regeln, Rahmenvorgaben und von der Politik nicht ohne Weiteres zu hintergehenden Sanktionen und Grenzen für das tagespolitische Handeln. Der Begriff der Wirtschaftsverfassung, auch für das, was seitens der Bundesregierung beabsichtigt ist, ist mir Sicherheit treffender in der Semantik, als die Bezeichnung Wirtschaftsregierung, die sich begrifflich eher der politischen Diskussion in Frankreich verdankt.“

<sup>826</sup> Vgl. mit stärkerer Fokussierung auf die ebenfalls vereinbarte Umsetzung von Schuldenbremsen CDU, Pressemitteilung 17.8.11, Für eine Euro-Stabilitätsunion.

<sup>827</sup> Vgl. Angela Merkel in WELT, 17.8.11 Euro-Zone bekommt Wirtschaftsregierung.

<sup>828</sup> Vgl. CDU-Pressemitteilung 18.8.11, Für eine Euro-Stabilitätsunion: „Die Koordination der Staats- und Regierungschefs der Eurozone soll in Zukunft unter dem Vorsitz eines gewählten Präsidenten erfolgen. Dafür vorgeschlagen ist der Präsident des Europäischen Rates, Herrman Van Rompuy.“;

<sup>829</sup> Vgl. FDP, Pressemitteilung 17.8.11, Stabilitätsunion statt Transferunion; vgl. Röslers an Merkel adressierte Kritik, Stabilität sei nicht durch kurzfristiges Ausrufen einer Wirtschafts- und Finanzregierung zu erreichen; vgl. Philip Rösler, 8.9.11, Rede im Bundestag.

<sup>830</sup> Vgl. Interview Philipp Rösler in Bild am Sonntag, 21.8.11: „Franzosen nennen Euro-Gruppe gern Wirtschaftsregierung“; vgl. auch Pressemitteilung FDP 24.8.11 „Diese sogenannte Wirtschaftsregierung ist eine regelmäßige Abstimmung auf Ebene der Staats- und Regierungschefs.“

wiederum bekräftigte ihre Ablehnung und begrenzte mittels eines Parteitagsbeschlusses den Handlungsspielraum der Bundesregierung weiter.<sup>831</sup>

Die Kritik der FAZ an einer Wirtschaftsregierung war eingebettet in grundsätzliche Zweifel an der Durchsetzbarkeit wirtschaftspolitischer Orientierungen auf europäischer Ebene.<sup>832</sup> Die Ankündigung wurde dementsprechend als allenfalls rhetorischer Sieg Frankreichs gewertet.<sup>833</sup> Perspektivisch wurde jedoch auch seitens der Kommentatoren vor Eingriffen in die nationale, insbesondere deutsche, wirtschaftspolitische Souveränität gewarnt:

„Echte Wirtschaftsregierung“ nennt Konzertmeister Sarkozy das, während seiner Intendantin Merkel nur „wirtschaftspolitische Steuerung der Eurozone“ über die schmalen Lippen rutscht. In der Sache jedoch meinen beide dasselbe: Nie wieder sollen Staaten, die in der Eurozone die Solidarität der anderen beanspruchen, alleine darüber entscheiden dürfen, was sie einnehmen und ausgeben und wie sie ihre Schulden wieder loswerden.“<sup>834</sup>

In der ab 2012 zunehmenden Debatte um die Förderung von Wirtschaftswachstum in der Eurozone präsentierten Konservative und Liberale in Deutschland keine grundlegend neuen Konzepte. Wachstum wurde als Resultat erfolgreicher durchgeführter Haushaltskonsolidierungen und Strukturreformen in den einzelnen Mitgliedstaaten betrachtet.<sup>835</sup> Dementsprechend wurden Konzepte einer aktiven Konjunkturpolitik auf nationaler oder europäischer Ebene abgewehrt. Für CDU, CSU, die FDP und auch die FAZ stellte schuldenfinanzierte Wachstumsförderung einen wirtschaftspolitischen Fehler dar. Entsprechende Vorstöße politischer Gegner wurden etwa als „anstrengungsloses

---

<sup>831</sup> Vgl. Leitantrag CSU-Parteitag 7.10.11, Die europäische Einigung und der Euro: „Die CSU ist sich bewusst, dass die Maßnahmen zum besseren Funktionieren der Währungsunion zu einer weiteren Vertiefung der Integration in Bezug auf die Durchsetzung durch die Europäische Kommission und zu einer intensiveren Kooperation und Koordination der Mitgliedstaaten in der Wirtschafts- und Finanzpolitik führen werden. Wir sagen Ja zu mehr Koordination bei der Wirtschaftspolitik in Europa, aber wir sagen Nein zu einer neuen Institution für die Wirtschaftspolitik der EU.“

<sup>832</sup> Bereits hinsichtlich des Pakts für Wettbewerbsfähigkeit bemängelte die Zeitung eine inhaltlich Leere und kritisierte die je nach Interessengruppen unterschiedlichen Darstellungsweisen: „„Was dem einen die Wirtschaftsregierung, ist der anderen der Pakt für Wettbewerbsfähigkeit: Es grenzt an Volksverdummung, ein und dasselbe Ergebnis für das jeweilige heimische Publikum mit derart unterschiedlichen Vokabeln zu belegen. Es zeigt auch, wie weit die wirtschaftspolitischen Konzeptionen in den einzelnen Euro-Staaten auseinanderliegen – und wie wenig Substanz der absehbare Kompromiss hat.“, FAZ 3.3.11, Der Heißluftpakt. Vgl. darüber hinaus FAZ 29.9.11, Aus der Versenkung: „(...) Schließlich will Präsident Sarkozy eine Wirtschaftsregierung für die Eurozone, was immer das sein würde.“

<sup>833</sup> Vgl. FAZ, 18.8.11, Planungsoptimismus.

<sup>834</sup> FAZ, 21.8.11, Paukenschläge.

<sup>835</sup> Vgl. beispielhaft CSU, Pressemitteilung 11.5.12 sowie CDU, Pressemitteilung 25.11.11. Vgl. für die FDP: Rainer Brüderle in liberal, 11.12.12: „Es geht auch nicht nur ums Sparen. Dem Fiskalpakt muss auch kein Wachstumsfaktor hinzugefügt werden. Es gibt ihn längst. Es geht um umfassende Strukturreformen, sie sind das Wachstumsinstrument, das gebraucht wird.“ Vgl. für die FAZ, 11.5.12, Was der Euro verlangt - Solide Staatsfinanzen und Strukturreformen sind der Schlüssel zum Erhalt der Währungsunion; vgl. auch zur überaus positiven Bewertung der Reformfortschritte baltischer Neumitglieder des Euroraums: FAZ 6.6.13, Willkommen im Euro sowie 10.7.13, Nach Reformen reif.

Wachstum“ zurückgewiesen.<sup>836</sup> Unter der Prämisse, dass die Verantwortung zur Herstellung wachstumsförderlicher Bedingungen überwiegend bei Nationalstaaten lag, zirkulierten in liberal-konservativen Strömungen in Deutschland Begriffe einer „nachhaltigen“ oder klugen“ Wachstumspolitik oder „guten“ Wachstums.<sup>837</sup> Als mögliche Ansätze zur Steigerung von Wirtschaftswachstum wurden in dieser Gruppe schwerpunktmäßig eine weitere Vertiefung oder Vollendung des Binnenmarktes<sup>838</sup> sowie eine Neuorientierung der europäischen Regionalpolitik<sup>839</sup> diskutiert. Insbesondere für die Liberalen lag ein wesentliches Element in einer intensiveren Nutzung sowohl des EU-Haushalts als auch der Strukturpolitik für eine Steigerung von Wettbewerbsfähigkeit.<sup>840</sup> In Fortführung des Motivs der Schuldenkrise wurden ausschließlich wirtschaftspolitische Maßnahmen präsentiert, welche die öffentliche Hand nicht zusätzlich belasten würden.<sup>841</sup> Diese Logik zeigte sich besonders deutlich in Verhandlungen mit der linken Opposition im Vorfeld der Ratifizierung des Fiskalpakts in Kombination mit der Verabschiedung des Wachstumspakts<sup>842</sup> wie auch in der Abwandlung des Konzepts eines unter anderem durch die französischen Sozialisten unterstützten Konzepts eines Eurozonenbudgets. Die Idee eines gemeinsamen Etats der Eurozone wurde etwa von den Unionsparteien dahingehend

---

<sup>836</sup> Vgl. FDP, Pressemitteilung 22.5.12. Vgl. auch für die Bundesbank: WELT, 21.4.12, Weidmann gegen staatliche Konjunkturprogramme.

<sup>837</sup> Vgl. CDU, Pressemitteilung 16.5.12 sowie Bundesparteitag CDU, 14.11.11. Vgl. ebenfalls FDP, Pressemitteilung 22.5.12. Vgl. auch für den BDI Hans-Peter Keitel in Handelsblatt, 22.5.12, Kein Wachstum auf Pump: Unterstützung der Bundesregierung im Bemühen um Kombination aus „intelligentem Sparen und nachhaltigem Wachstum“.

<sup>838</sup> Vgl. Positionspapier FDP-Bundestagsfraktion, 10.9.10: „Die Kommission muss Verletzungen der Binnenmarktregeln konsequent bekämpfen“.

<sup>839</sup> Vgl. Bundesparteitag CDU, 14.11.11: „Voraussetzung ist ein fairer Ordnungsrahmen, der den Wettbewerbsgedanken zwischen den Regionen fördert und zugleich solidarische Elemente zum Abbau des Wohlstandsgefälles in Europa enthält“.

<sup>840</sup> Vgl. Interview Guido Westerwelle in Handelsblatt, 25.1.12: „Die wichtigsten Voraussetzungen für Wachstum müssen die Mitgliedsstaaten allerdings selbst schaffen: durch ehrgeizige Reformen auf dem Arbeitsmarkt, bei den Systemen der Altersversorgung oder der Infrastruktur. Dies gilt nicht nur für die Staaten, die von der Schuldenkrise besonders betroffen sind, sondern für alle EU-Partner“ sowie Guido Westerwelle, Ein Wachstumspakt für Europa“, Namensbeitrag in 21 internationalen Zeitungen und Zeitschriften; Kernforderungen bestanden in einer effizienteren Nutzung der Mittel des EU-Haushalts (*better spending*), der Umwidmung ungenutzter Strukturfondsmittel, einem vereinfachten Zugang zu Investitionskapital für KMU, Förderungen von Infrastrukturprojekten unter Nutzung von öffentlich-privaten Partnerschaften, einer Vollendung des Binnenmarkts und einer Stärkung des Freihandels; vgl. auch Beschluss des FDP-Präsidiums 5.3.12 zur Forderung eines aus Strukturfondsmitteln gespeisten „Europäischen Fonds für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit“. ; vgl. zusammenfassend Programm der FDP zur Bundestagswahl 2013, beschlossen auf dem Bundesparteitag, 4.5.13.

<sup>841</sup> Vgl. WELT 27.1.12, Merkels Tabuthemen; vgl. zum Abschluss der Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU: Pressemitteilung CDU 9.2.13, Gröhe: EU-Haushalt im Zeichen von Solidarität und Sparsamkeit: „Die CDU Deutschlands begrüßt die Ergebnisse des EU-Gipfels. Der künftige europäische Haushalt ist ein fairer sowie ehrgeizig sparsamer Haushalt für uns alle. Bis 2020 wird die Europäische Union erstmals weniger Geld ausgeben als in den Jahren zuvor, und dennoch bleibt sie finanziell gut ausgestattet und zukunftsfähig.“

<sup>842</sup> In welchem hauptsächlich bereits vorhandene Mittel umgeschichtet wurden. Vgl. zur rhetorischen Annäherung an die Oppositionsparteien 24.3.12 Süddeutsche Zeitung, Merkel will SPD und Grüne ködern sowie 15.6.12 FAZ, Die zwei Säulen der Erde.

abgewandelt, dass es nicht als Instrument zur Bewältigung konjunktureller Schocks in einzelnen Teilnehmerstaaten, sondern als Anreizsystem zur Durchführung von Strukturreformen interpretiert wurde.<sup>843</sup> Die SZ erkannte darin taktisches Kalkül und kommentierte:

„Trotz solcher Vorbehalte kommt Merkel von Rompuys Vorschlag alles in allem gelegen – auch weil er ihr die Möglichkeit eröffnet, das Image der reinen Sparpolitikerin abzulegen, die zu allen Bitten nach mehr Geld für die Wachstumsförderung immer nur Nein sagt. Dass der neue Fonds keine Mittel aus dem Bundeshaushalt erhalten, sondern über eine neue Steuer finanziert werden soll, macht die Sache nur noch attraktiver.“<sup>844</sup>

Der Ansatz, Mitgliedsstaaten mittels bilateraler Reformvereinbarungen Anreize zur Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und letztlich ihrer wirtschaftlichen Wachstumspotentiale zu geben, prägte das Handeln der konservativen und liberalen Akteure in Deutschland.<sup>845</sup> In der Berichterstattung der FAZ überwogen jedoch die Enttäuschung über als nur unzureichend bewertete Änderungen am Regelwerk der Währungsunion<sup>846</sup> sowie eine starke Ablehnung einer Verlagerung wirtschaftspolitischer Kompetenzen auf die Kommission.<sup>847</sup>

---

<sup>843</sup> Vgl. Angela Merkel, Regierungserklärung 18.10.12: „Deshalb stellen wir uns vor, dass die Mitgliedstaaten zu diesem Zweck verbindliche Reformvereinbarungen mit der europäischen Ebene schließen, denen dann die jeweiligen nationalen Parlamente zustimmen. Dann ist sozusagen die demokratische Legitimierung gegeben, dass ein Nationalstaat sich verpflichtet, bestimmte Dinge umzusetzen. Um dann allen Mitgliedstaaten auch die Möglichkeit zu geben, zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit wirklich in der Lage zu sein, diese Verpflichtungen umzusetzen, schlage ich vor, dass wir ein neues Element der Solidarität einführen, einen Fonds, aus dem zeitlich befristet projektbezogen, also nicht unbestimmt, sondern ganz projektbezogen Gelder in Anspruch genommen werden können. (...) Denn nicht alle Länder werden gleichzeitig ihre Haushaltskonsolidierung und die notwendigen Investitionen in Zukunftsaufgaben schaffen.“; vgl. ebenfalls CSU-Parteitag 19.10.12, Antrag Parteivorstand: „Die CSU wendet sich entschieden gegen die Schaffung eines dauerhaften Transfermechanismus etwa in Form eines eigenen Haushalts für die Euro-Zone, der zusätzlich zum EU-Haushalt bestehen würde. Sie hält aber die Einrichtung eines Fonds für sinnvoll, aus dem Mittel zeitlich befristet und projektbezogen für Zukunftsinvestitionen, zum Beispiel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, auf der Grundlage von vertraglichen Verpflichtungen einzelner EU-Mitgliedstaaten gewährt werden können.“

<sup>844</sup> Süddeutsche Zeitung, 19.10.12, Therapie mit Nebenwirkungen - Hinter Merkels Idee eines neuen Hilfsfonds steckt viel Taktik.

<sup>845</sup> Vgl. beispielhaft Regierungserklärung Angela Merkel 13.12.12 sowie Handelsblatt, 3.6.13, Zehn Milliarden für Euro-Zonen-Fonds und zusammenfassend programmatisch: CDU-Parteitagsbeschluss 5.4.14: „Die Krise ist für die betroffenen Länder eine Chance, überfällige wirtschafts- und sozialpolitische Reformen anzugehen. Die finanz- und wirtschaftspolitischen Auflagen sind notwendig, um die Krisenländer auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zu bringen. Nur so helfen wir den betroffenen Ländern, dauerhaft echtes Wachstum und damit auch Wohlstand für ihre Bürger zu erreichen. Die Erfolgsbeispiele Irland und Spanien zeigen, dass der von uns eingeschlagene Weg der richtige Weg aus der Krise ist.“

<sup>846</sup> Vgl. FAZ, 29.6.13, EU verschiebt die Reform der Währungsunion - Merkel belebt Idee von bilateralen Reformverträgen.

<sup>847</sup> Vgl. FAZ, 3.3.12 Frühlingsgipfel: "(...) mit hochfliegenden Plänen wie der Lissabon-Strategie und Monsterprojekten der Kommission hat es schon genügend Bruchlandungen gegeben"; vgl. auch FAZ, 11.5.12, Was der Euro verlangt: „Wirtschaftspolitik ist zu fünfzig Prozent Psychologie, sagte Ludwig Erhard, der Vater des deutschen Wirtschaftswunders. Die anderen fünfzig Prozent sind eine klare Ordnungspolitik im Sinne der Marktwirtschaft und des Wettbewerbs. Vom zweiten Teil des Satzes Erhards will man in Brüssel nichts mehr wissen, dort schreibt man lieber am nächsten Zehnjahresplan, selbst wenn der letzte noch so erfolglos war.“

## Frankreich

In Debattenbeiträgen französischer konservativer und liberaler Akteure lag ein deutlicher Schwerpunkt auf der wirtschaftspolitischen Verfasstheit der Eurozone und deren Verbesserung mittels eines *gouvernement économique*. Kennzeichnend für die ökonomische Diskussion zur Zukunft der Währungsunion waren abweichend von dominanten Themen in Deutschland weniger Forderungen von Korrekturen in einzelnen Krisenstaaten denn die Skizzierung eines umfassenden wirtschaftspolitischen Handlungsansatzes für die Europäische Union im Sinne einer Erhöhung ökonomischer Homogenität der Mitgliedstaaten und eines gemeinschaftlich wahrgenommenen Wettstreits auf globaler Ebene. Die Abwägung von Krisenlösungsstrategien in Bezug auf die Währungsunion überschneidet sich dabei massiv mit innerfranzösischen Reformdiskussionen. Während der Präsidentschaft Sarkozys wurden in weiten Teilen der UMP deutsche wirtschaftspolitische Strukturen und Kernzahlen unter dem Schlagwort des *modèle allemand* zu einem Referenzpunkt erhoben. Zwischenzeitliche Bestrebungen einer Steigerung deutsch-französischer Konvergenz waren allerdings im Kontext europapolitischer Aushandlungsprozesse zu betrachten, welche deutlich von divergierenden national spezifischen Präferenzen im Hinblick auf die Ausgestaltung der WWU geprägt waren.

Der Argumentation folgend, dass die Krise in erster Linie auf eine zu hohe makroökonomische Heterogenität innerhalb des Euroraums infolge der asymmetrischen Konstruktion der Wirtschafts- und Währungsunion zurückzuführen war<sup>848</sup>, griffen Vertreter von UMP und MoDem sowie Redakteure von Le Figaro<sup>849</sup> frühzeitig das Konzept der Wirtschaftsregierung auf. So führte der konservative Abgeordnete Pierre Lequiller aus:

„Aujourd’hui, les temps sont mûrs pour l’action. On oppose souvent à tort les positions françaises et allemandes. En fait, chacun a su faire un pas vers l’autre : la France en s’engageant à faire respecter le pacte de stabilité, et l’Allemagne en acceptant le principe d’une gouvernance économique commune à laquelle elle était jusqu’alors réticente. (...)“

---

<sup>848</sup> Siehe Kapitel 4.1 Krisenursachen

<sup>849</sup> Vgl. Le Figaro, 13.2.10, Un gouvernement économique pour l’Europe; vgl. ebenfalls Le Figaro, 17.2.10, Mieux gouverner l’Europe: "La zone euro ne protège pas ses membres, si la situation budgétaire de certains d’entre eux est par trop déséquilibrée, contre la hausse des taux d’intérêt ; dès lors la participation à la zone euro ne peut se limiter à la gestion monétaire, elle doit aussi s’étendre à la gestion économique des États qui en sont membres. C’est l’intérêt de tous, c’est l’intérêt de la France, qui doit, elle aussi, s’imposer un effort considérable pour assainir ses finances publiques" sowie Le Figaro, 30.10.10, La zone euro sur la bonne voie: " Les sanctions financières, se plaint Jean-Claude Trichet, n’auront pas l’automatisme requise pour être dissuasives. Peut-être, mais comment justifier auprès de populations, déjà sous le coup d’une crise, qu’elles aient à subir des pénalités supplémentaires, sans que leur gouvernement n’ait son mot à dire ? L’essentiel est que le principe des sanctions ait été retenu, pour éviter des tricheries aussi scandaleusement ignorées que celles qui ont déclenché la crise grecque. Plus important encore : la surveillance prévue des politiques non seulement budgétaires, mais aussi macroéconomiques pour prévenir des dérapages comme celui de l’économie espagnole.(...) Beaucoup reste à faire, mais un pas décisif a été franchi pour doter enfin la zone euro d’un véritable gouvernement économique." Vgl. Le Figaro, 21.03.13, La zone euro orpheline de gouvernement économique.



Mais la France aussi a raison. L'Europe ne peut se contenter d'incarner le censeur des dérapages budgétaires. Elle doit à ses peuples de regarder en face la question de la compétitivité. Cette ambition impose de l'audace. Le pilotage doit revenir aux chefs d'État et de gouvernements. À vingt-sept, bien sûr, car le destin économique de l'Europe nous concerne tous. Mais surtout, et d'abord, à seize, pour poursuivre dans la voie ouverte sous la présidence française de l'Union par Nicolas Sarkozy. La Commission européenne doit aussi jouer son rôle, irremplaçable. Les moyens d'investigation d'Eurostat doivent être renforcés, et ses avertissements mieux écoutés. Vient ensuite la question concrète des armes dont il faut doter l'Europe dans sa lutte contre le déclin économique. N'est-il pas envisageable, monsieur le ministre, de sceller un pacte de compétitivité et de convergence, assis sur des indicateurs clairs, et se donnant les moyens de ses ambitions, en commençant par un effort d'harmonisation de l'assiette de nos impôts sur les sociétés? Ce serait un bon début.<sup>850</sup>

Für eine europäische Wirtschaftsregierung als Ausdruck eines explizit politischen Verständnisses der europäischen Integration<sup>851</sup> bestand dabei ein breiter parteiübergreifender Konsens. Die Krise wurde als Anlass verstanden, Schwachstellen des Vertrags von Maastricht zu korrigieren und die wirtschaftspolitische Integration zu vertiefen.<sup>852</sup> Sowohl die bis Mai 2012 regierende UMP als auch der durchweg in der Opposition verbleibende MoDem sprachen sich für eine stärkere Institutionalisierung der ökonomischen Abstimmungsprozesse im Euroraum aus.<sup>853</sup> Ansätze zum Ausbau einer

---

<sup>850</sup> Rede Pierre Lequiller (UMP) in Assemblée nationale, 16.6.10; vgl. ebenfalls Rede des Fraktionsvorsitzenden der UMP Jean François-Copé in Assemblée nationale, 16.6.10: „Deux orientations majeures pourraient guider notre réflexion et notre action. La première, vous l'avez dit, monsieur le ministre, et vous aussi, madame Guigou – il est des points sur lesquels je pense que nous pouvons nous retrouver –, c'est la question de la gouvernance économique européenne. (...) C'est une affaire extrêmement difficile. En effet, si nous avons beaucoup bataillé, sur tous les bancs d'ailleurs, pour que l'euro devienne réalité, nous avons peut-être commis l'erreur de nous reposer sur nos lauriers en pensant qu'une fois la monnaie unique créée, tout marcherait normalement et naturellement comme dans n'importe quelle autre région du monde où l'on fonctionne avec une même monnaie. La vérité, c'est qu'en ne mettant pas suffisamment l'accent sur la convergence des politiques économiques, en n'installant pas une véritable régulation politique européenne, nous avons manqué notre objectif.

<sup>851</sup> Vgl. François Fillon, Rede in Assemblée nationale, 6.12.11: „D'abord un gouvernement économique de la zone euro. Parce que pour nous, l'Europe est d'abord une affaire politique. Et c'est par la politique que l'Europe avance et que l'on rend des comptes au peuple.”

<sup>852</sup> Rede Michel Herbillion in Assemblée nationale, 8.12.10: „En outre, la crise que nous avons connue a permis de donner un nouveau souffle à la réflexion sur le Gouvernement économique européen (...) une réflexion qui a été portée au sein du groupe UMP par Jean-François Copé, et au sein de la commission des affaires européennes, présidée par Pierre Lequiller, par mon collègue socialiste Christophe Caresche et moi-même. Nous avons présenté notre rapport intitulé « Pour un gouvernement économique européen » – titre délibérément volontariste –, dont les conclusions ont été votées à l'unanimité par la commission des affaires européennes de l'Assemblée. Vgl. ebenfalls Rede Pierre Lequiller in Assemblée nationale 8.12.10: „S'agissant du gouvernement économique, monsieur Caresche, vous avez dit que la France devait faire entendre sa voix. Mais cela fait des années et des années que les gouvernements, de droite comme de gauche, réclament un gouvernement économique. M. Delors le réclamait déjà. Je constate que c'est grâce à l'entente entre Nicolas Sarkozy et la Chancelière d'Allemagne que nous sommes arrivés à un gouvernement économique accepté par l'Allemagne.”

<sup>853</sup> Vgl. MoDem, Pressemitteilung 27.10.11, Nous devons faire un pas supplémentaire vers une gouvernance économique européenne!: „Une gouvernance économique ce n'est pas deux réunions par ans (sic!) de gouvernants de la zone euro. C'est une coordination au jour le jour. On n'en est pas encore là.” sowie MoDem, Pressemitteilung 22.5.13, Nos entreprises ont besoin d'une harmonisation de la fiscalité: „(...) une idée simple que je défends depuis longtemps : nous ne pouvons pas avoir une monnaie unique si en face nous n'avons pas un gouvernement. Si vous avez une monnaie unique mais pas d'organisation du territoire, alors vous avez le regroupement des activités sur la

Wirtschaftsunion gingen dabei sowohl in der Form als auch inhaltlich über die im konservativ-liberalen Spektrum in Deutschland gängigen Konzepte hinaus. Beispielsweise wurden seitens des MoDem Forderungen nach konsequenten Souveränitätstransfers und einer umfassenderen fiskalpolitischen Harmonisierung zur Abmilderung des Steuerwettbewerbs gestellt.<sup>854</sup> In Bezug auf den MEDEF war auffällig, dass der Arbeitgeberverband einerseits Instrumente wie einen europäischen Mindestlohn als kontraproduktiv ablehnte<sup>855</sup>, andererseits jedoch für eine Erhöhung ökonomischer wie steuerlicher Konvergenz im Euroraum, auch mittels einer Wirtschaftsregierung, warb.<sup>856</sup>

In der Berichterstattung von Le Figaro wurde die Krise zum Anlass genommen, eine Verbesserung der wirtschaftspolitischen Strukturen der Europäischen Union sowie explizit eine Aufwertung der Eurogruppe zu fordern. Im Vergleich mit der FAZ zeigten sich hier Konvergenzen in der Gewichtung haushaltspolitischer Überwachungsmechanismen. Vor dem Hintergrund, dass in der französischen Debatte eine mögliche Intensivierung budgetärer Kontrolle auf europäischer Ebene mehrheitlich intergouvernemental, im Rahmen der Eurogruppe oder im Kreis der Staats- und Regierungschefs, verstanden wurde, wiesen Kommentare von Le Figaro in Relation zu Beiträgen der FAZ weniger Warnungen vor einem Kontrollverlust seitens der Nationalstaaten auf:

„Autre polémique à éviter: faut-il ou pas instituer un gouvernement économique de l'Europe ? Là encore, n'accordons pas trop d'importance aux mots, seule compte la réalité. L'économie des pays de la zone euro ne peut retrouver et conserver son dynamisme que si la création d'une monnaie unique s'accompagne d'une coordination des politiques économiques et budgétaires des États qui font partie de la zone. Aujourd'hui, ce n'est pas le cas, d'où les difficultés que connaissent un certain nombre de nos partenaires et qui pourraient entraîner une tourmente monétaire. Ce n'est pas une Europe trop organisée qu'il faut redouter, mais une Europe restée à mi-chemin; l'union monétaire doit devenir aussi une union économique."<sup>857</sup>

---

zone la plus rentable et leur disparition ailleurs. Il faut une autorité politique et cette autorité doit être démocratisée."

<sup>854</sup> Vgl. MoDem, Pressemitteilung 1.12.11, L'union monétaire exige un transfert de souveraineté budgétaire des États membres vers les institutions européennes sowie Pressemitteilung MoDem 25.10.13: „La discipline budgétaire doit s'accompagner d'un Pacte social". Vgl. zur Kritik an einem Europa des Sozialdumpings ebenfalls: Wahlkampfrede Nicolas Sarkozy in Toulon, 1.12.11. In der deutschen Debatte waren diese Positionen mehrheitlich im linken Spektrum zu beobachten.

<sup>855</sup> Vgl. MEDEF Guide "Europe", April 2011.

<sup>856</sup> Vgl. MEDEF, Pressemitteilung 17.5.13 : „L'engagement résolument européen du Président de la République en direction d'un gouvernement économique de la zone euro correspond à la vision que le Medef promeut et dont il a proposé les principes d'action dans „Besoin d'aire“ dès février 2012 à l'occasion de la campagne présidentielle. Le Medef encourage la convergence fiscale et sociale qui permettra à l'Europe de développer une stratégie de compétitive et de croissance cohérente et conquérante." sowie Positionspapier 11.4.14: L'Europe que nous voulons: „Des progrès sur la gouvernance de la zone euro sont aujourd'hui impératifs et urgents. Les défis de la croissance et de l'emploi imposent d'être abordés de façon cohérente, légitime et efficace. Le MEDEF est favorable à la création d'un exécutif stable et permanent de la zone euro, mandaté pour représenter la zone euro et s'exprimer en son nom dans toutes les instances internationales".

<sup>857</sup> Le Figaro, 17.2.10, Mieux gouverner l'Europe. Vgl. ähnlich Le Figaro, 3.3.10, Les leçons de la crise grecque: „Il y a un signe d'espoir: après le récent sommet franco-allemand, pour la première fois la chancelière allemande Angela Merkel ne s'est pas opposée publiquement à l'idée d'un gouvernement économique européen. Décider de sa structure, des coûts à engager, des procédures de décision et des mécanismes de contrôle devrait être maintenant la priorité. Il n'y a pas de temps

Im weiteren Krisenverlauf war für die UMP das Muster zu beobachten, in auf Regierungsebene ausgehandelten deutsch-französischen Kompromissen jeweils positive Signale für die Umsetzung einer europäischen Wirtschaftsregierung zu erkennen und entsprechend als Verhandlungserfolge des Präsidenten Sarkozy zu kommunizieren.<sup>858</sup> Neben dem Pakt für Wettbewerbsfähigkeit<sup>859</sup> wurde in dieser Lesart ebenfalls die grundsätzliche Verständigung auf den Fiskalpakt als Grundstein einer Wirtschaftsregierung präsentiert.<sup>860</sup>

Eine grundlegende Abweichung zu den zuvor betrachteten deutschen Akteuren bestand zudem in einer stärkeren Gewichtung der europäischen Ebene zur Konzeptionierung und Implementierung wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Dies umfasste neben der Erhöhung ökonomischer Konvergenz innerhalb der Eurozone unter anderem gemeinschaftliche Investitionen in strategischen Bereichen wie Forschungs- oder Energiepolitik.<sup>861</sup> Kennzeichnend für Argumentationsmuster von UMP und MoDem waren wiederholte Forderungen nach einer Reform der europäischen Wettbewerbspolitik, um die Herausbildung europäischer grenzüberschreitender Großkonzerne zu ermöglichen und zu

---

à perdre." sowie Le Figaro, 6.3.10 : L'opportunité de la crise grecque: „Et voici en effet qu'un tel gouvernement, évidemment nécessaire à terme, devient possible, et même indispensable pour réduire ensemble la dépense, la démagogie et le pseudo-droit à la paresse, et relancer l'investissement productif en priorité vers la recherche et l'éducation."

<sup>858</sup> Vgl. UMP, Pressemitteilung 19.8.11: L'accord franco-allemand: une initiative historique pour l'Europe!: „A l'heure où les excès de dette publique et la fébrilité des marchés font peser sur l'Europe le risque d'une nouvelle crise économique, Nicolas Sarkozy fait preuve de détermination en prenant l'initiative de relancer, main dans la main avec Angela Merkel, la construction d'une véritable gouvernance économique européenne." ; vgl. ebenfalls Rede Pierre Lequiller in Assemblée nationale, 9.11.11: "Depuis longtemps, en France, droite et gauche, notamment Jacques Delors, réclamaient un gouvernement économique européen. Nicolas Sarkozy en a convaincu l'Allemagne, longtemps réticente, et l'a obtenu, ainsi d'ailleurs qu'une harmonisation fiscale franco-allemande."; vgl. auch Rede Nicolas Sarkozy 20.1.12 anlässlich des Neujahrsempfangs für den diplomatischen Corps: „Je dis aux ambassadeurs de tous les pays du continent européen, nous nous sommes dotés d'un véritable gouvernement économique de la zone euro, avec un président stable, des sommets réguliers. L'idée même du gouvernement économique était tabou il y a un an. Le gouvernement est une réalité économique."

<sup>859</sup> 11.3.11, gemeinsame Pressekonferenz Nicolas Sarkozy und Angela Merkel im Anschluss an Europäischen Rat.

<sup>860</sup> Nicolas Sarkozy, Interview in Le Monde, 13.12.11: „Il y répond d'abord par la création d'une authentique gouvernance économique. Si les économies de la zone ne convergent pas, elles ne peuvent pas conserver durablement la même monnaie. Le fait que la responsabilité de la gouvernance revienne désormais aux chefs d'Etat et de gouvernement marque un progrès démocratique incontestable par rapport à la situation précédente, où tout s'organisait autour de la Banque centrale européenne, de la Commission et du pacte de stabilité". ; vgl. ähnliche Darstellung des Fiskalpakts als Komponente der Wirtschaftsregierung: Rede Alain Juppé im Europäischen Parlament, 15.2.12.

<sup>861</sup> Vgl. Rede Pierre Lequiller in Assemblée nationale, 16.6.10. Vgl. zu Konzepten eines europäischen Risikokapitalfonds und eines Patentfonds beispielhaft Stellungnahme Christine Lagarde in Ministerrat, 30.11.10; vgl. für einen Überblick einer europäischen Agenda für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit: Rede François Fillon in Assemblée nationale, 5.1.12.

fördern. Im Gegensatz zu dem bei konservativen und liberalen Gruppen in Deutschland vorherrschenden Motiv der EU als Wettbewerbsgemeinschaft, deren Wirtschafts- und Innovationskraft durch weitere Liberalisierungen gesteigert werden könnte, betrachtete speziell die UMP die europäische Gemeinschaft stärker als ökonomische Entität:

„L'Union européenne a œuvré pendant cinquante ans à la suppression des barrières aux échanges et des distorsions de concurrence, dans une logique d'intégration économique. Aujourd'hui, les économies européennes sont intégrées. La priorité pour l'Union européenne n'est donc plus la libéralisation et la concurrence, mais dans la promotion de l'emploi et de la croissance, dans un contexte de mondialisation et de concurrence internationale qui peut se révéler déloyale. Nous voulons que l'Europe n'entrave plus la constitution de champions européens de l'industrie et des services, comme cela a pu être le cas par le passé au travers de la politique européenne de concurrence, mais au contraire qu'elle facilite leur émergence, à travers une vraie politique industrielle.“<sup>862</sup>

Kritik an der Ausgestaltung von Wettbewerb war ein dominantes Motiv und bezog sich sowohl auf die unionsinternen Binnenmarktregelungen<sup>863</sup> als auch die Rahmenbedingen auswärtiger Handelsbeziehungen<sup>864</sup> der Europäischen Union. Mit dem Wechsel der UMP in die Oppositionsrolle im Mai 2012 und der Beendigung des Tandems Sarkozy-Merkel intensivierten sich konservative Vorbehalte gegenüber einer zu stark

---

<sup>862</sup> Vgl. UMP, Le magazine de l'Union, Nr. 55, 3/2011, Projet 2012 - Protéger et préparer l'avenir des enfants de la France, hier: S. 19; vgl. ähnlich Rede Bruno Le Maire auf UMP-Parteitag 3.9.11, Les grandes lignes du projet 2012: „Mais pour aller dans cette direction, encore faut-il que l'Europe définisse plus clairement ses priorités, change ses dogmes, se fixe une ambition. La priorité, ce sont les intérêts des Européens. Oui à des échanges commerciaux équitables, non à ce marché de dupes qui consiste à ouvrir tout nos grands frontières à des produits qui ne respectent pas les mêmes normes que les nôtres. Oui à la libre circulation des personnes dans Schengen, mais non à des frontières extérieures dépourvues de tout contrôle efficace. Nous ne pouvons pas continuer à faire du dogme de la concurrence l'alpha et l'oméga des politiques européennes.“

<sup>863</sup> Vgl. für MoDem: Wahlkampfede Jean-François Bayrou, 6.3.12; Pressemitteilungen MoDem 13.3.12 und 13.5.13: „(...) c'est-à-dire que, par exemple, on arrête de dire qu'il faut absolument empêcher des géants européens de se construire parce que la concurrence est le maître-mot" ; vgl. für die UMP: Interview Wauquiez in La Tribune bezüglich einer Weiterentwicklung der sozialen Dimension des Binnenmarkts durch Michel Barnier, 13.4.11: „Il rééquilibre la vision du marché unique qui s'est trop déformée par le dogme rigide, pur et parfait de la concurrence en oubliant de prendre en compte les attentes des milieux économiques et des citoyens; vgl. ebenfalls Pressemitteilung 2.11.11: „Poursuivre la remise en cause d'une application trop radicale des règles de concurrence car la compétitivité des entreprises européennes est l'intérêt de tous" sowie Wahlkampfede Nicolas Sarkozy 1.12.11: „L'Europe a besoin de plus de politique. Je veux dire plus de responsabilité politique. L'Europe sans politique, l'Europe en pilotage automatique qui ne fait qu'appliquer les règles de la concurrence et du libre-échange est une Europe qui ne peut pas faire face aux crises. C'est une Europe désarmée. C'est une Europe qui est condamnée à subir. Cette Europe-là, nous n'en voulons pas. (...) L'Europe ne peut pas laisser ses groupes industriels à la merci de tous les prédateurs du monde, parce qu'elle leur interdit de se regrouper au nom d'une fausse conception de la concurrence. L'Europe ne peut plus ignorer la nécessité absolue d'une politique industrielle, pour soutenir nos exportations“

<sup>864</sup> Vgl. Interview Nicolas Sarkozy in Le Monde, 13.12.11: „A ce titre, la politique commerciale est l'exemple même de ce qu'il convient de changer. On augmente les charges et les contraintes sur nos producteurs, et on laisse entrer sur notre marché des produits fabriqués dans des pays qui ne respectent aucune de ces contraintes. Cela ne peut plus durer. La réciprocité doit devenir la règle. La concurrence ne peut être que loyale; si elle est déloyale, il faudra en tirer des conséquences sur l'ouverture de nos marchés.“ ; vgl. zur Forderung einer restriktiveren Handelspolitik ebenfalls UMP, Pressemitteilung 16.4.12: „Une Europe qui protège ses frontières économiques par une politique commerciale moins naïve“.

wirtschaftsliberalen Funktionsweise der EU weiter.<sup>865</sup> Derartige Argumentationsmuster waren in der deutschen Debatte ausschließlich in linken Strömungen zu beobachten.

Ebenfalls auffällig waren die im Vergleich zu CDU und FDP früheren und umfassenderen Forderungen nach einer Unterstützung von Wirtschaftswachstum auf europäischer Ebene. Diese können teilweise auf den Präsidentschaftswahlkampf<sup>866</sup> zurückgeführt werden, in dem die rivalisierenden Sozialisten Wachstum zu einem zentralen Element ihrer Kampagne machten. Darüber hinaus entwarfen UMP und MoDem auch im weiteren Krisenverlauf umfassende Konzepte der EU als Antriebskraft für Wachstum.<sup>867</sup> Europapolitische Vorstöße wurden systematisch mit Verweisen auf in und durch Frankreich umzusetzende Änderungen verknüpft. Obgleich die hauptsächliche Verantwortung für die Erhöhung von Wettbewerbsfähigkeit französischer Regierungen<sup>868</sup> zugeschrieben wurde, appellierten sowohl UMP als auch MoDem an die gemeinschaftlich europäische Politik, Mitgliedstaaten und insbesondere Euro-Länder stärker vor dem globalen Wettbewerb zu schützen.<sup>869</sup> So fasste der stellvertretende MoDem-Vorsitzende Robert Rochefort die Erwartungshaltung gegenüber der europäischen Politik hinsichtlich Lockerungen des Wettbewerbsrechts und eines stärker voluntaristischen Ansatzes zusammen:

---

<sup>865</sup> Vgl. Positionspapier UMP, Europe: Opération vérité, Mai 2013: „Les conditions de concurrence entre les 27 doivent être loyales: les Européens ne nous pardonneront pas de continuer à défendre un marché unique qui n’offre pas de réels conditions de prospérité.“

<sup>866</sup> Vgl. Wahlkampfede Nicolas Sarkozy in Toulon, 1.12.11, hier noch auf den nationalen Kontext bezogen: „A l’entrée d’un cycle de désendettement qui porte en lui-même des tendances récessives, l’action en faveur de la croissance doit être plus vigoureuse que jamais.“ sowie Wahlkampfede Nicolas Sarkozy, Place de la Concorde, 15.4.12: „Si les Français me font confiance, j’ouvrirai ce débat, et je mettrai la même énergie, vous m’entendez, la même détermination, à faire avancer l’Europe de la croissance, l’Europe qui investit dans son avenir, que celle que j’ai mise à combattre la crise financière et à sauver l’euro!“

<sup>867</sup> Vgl. Rede François Fillon in Assemblée nationale, 6.12.11: „Les dates de retour sous les 3% ou de retour à l’équilibre doivent être confirmées et elles doivent être sécurisées. Et je veux dire que sur ce point, aucune dérive n’est permise. Les décisions se pressent avant tout au niveau national, mais l’Europe doit accompagner nos efforts. (...) Une Europe au service de la croissance, cela signifie des programmes européens de recherche plus efficace et mieux ciblés. Ça signifie développer, comme la France l’a proposé, le capital-risque européen. Ça signifie mettre en place un fonds européens des brevets. Ça veut aussi dire installer un environnement réglementaire qui soit favorable à l’économie numérique ou encore qui soit favorable à l’instauration de gros champions européens dans la compétition mondiale.“ Vgl. ebenfalls UMP, Europe: Opération vérité, S. 18 f.; vgl. für MoDem: Pressemitteilung 3.7.11, Réconcilions les peuples avec l’idée européenne et retrouvons une capacité à agir.

<sup>868</sup> Vertreter des MoDem stimmten der Kommission in ihrer Kritik an der sozialistischen Haushaltspolitik explizit zu. Vgl. Pressemitteilung 18.11.13, Le gouvernement doit cesser le bricolage et mener des réformes structurelles.

<sup>869</sup> Vgl. zu Forderungen einer europäischen Industriepolitik und deren Nutzen für die französische Wirtschaft beispielhaft François Bayrou, Pressekonferenz 1.2.12, 20 propositions pour redresser le pays. Vgl. für die UMP in komprimierter Form: Programm zur Wahl des Europäischen Parlaments, 25.5.14: „Pour la France, agir en Europe“. Im Kontext anhaltender wirtschaftlicher Probleme, einer zunehmenden Europamüdigkeit und des Erstarkens des Front national näherte sich die UMP protektionistischen Positionen an und warb unter anderem für einen *Buy European Act* zum Schutz von KMU mit europäischer Produktionsstätte. Gemeinschaftlich-europäische industrie- und wirtschaftspolitische Prioritäten wurden unter der Formel „Une Europe des grands projets utiles à la croissance“ zusammengefasst.

„Nous ne sommes plus dans la même situation historique que Schröder lorsqu'il réforma l'Allemagne. Le monde a changé, la globalisation est plus avancée. Autrement dit, si la France retrouve des marges de compétitivité, de la croissance, nous ne le ferons pas tout seul, mais dans une logique européenne. Je vous le dis ici: il faut faire des réformes en France, mais ce ne sera pas suffisant.“<sup>870</sup>

Der MEDEF wiederum kommunizierte hinsichtlich der Unterstützung von Wirtschaftswachstum überwiegend in Koordination mit weiteren europäischen Arbeitgeberverbänden. Schwerpunkte lagen in der fiskalischen wie regulatorischen Vereinfachung des unternehmerischen Umfelds, der Förderung von Bildung sowie in der Flexibilisierung von Arbeitsmärkten.<sup>871</sup> Grundlagen für Wachstum stellten ein funktionierender Gemeinsamer Markt, erfolgreiche Strukturreformen in den Mitgliedstaaten und haushaltspolitische Konsolidierung dar.<sup>872</sup>

### *Modèle allemand*

In konservativen und liberalen Milieus in Frankreich entwickelte sich die Bundesrepublik zunehmend zu einem ökonomischen Bezugspunkt. Vertreter der UMP verwiesen im Kontext möglicher Krisenlösungsstrategien konsequent auf deutsche haushalts- und wirtschaftspolitische Kennzahlen und gaben als Leitmotiv die Herstellung einer möglichst weitreichenden deutsch-französischen Konvergenz aus. Für die Konservativen diente dies unter anderem dazu, einen im Verbund mit Deutschland ausgeübten Führungsanspruch innerhalb der Europäischen Union auszudrücken und eine Legitimation für die Durchführung unpopulärer Maßnahmen wie der Rentenreform zu erhalten.<sup>873</sup> Fraglich indes bleibt, inwieweit der Einsatz für eine höhere deutsch-französische Komplementarität in Wirtschafts- und Steuerfragen<sup>874</sup> ein gegebenfalls aus

---

<sup>870</sup> MoDem, Pressemitteilung 16.01.14, La France a besoin de l'Europe pour retrouver la croissance.

<sup>871</sup> Vgl. beispielhaft MEDEF, Pressemitteilung 14.6.10, Nouvelles de Bruxelles.

<sup>872</sup> Vgl. MEDEF, Pressemitteilung 1.2.11, Nouvelles de Bruxelles; vgl. Pressemitteilung 29.6.12, Une première étape est franchie: „Surtout, l'engagement de tous les dirigeants européens de consolider leurs budgets nationaux et poursuivre, dans leurs pays, les réformes de structures indispensables et les politiques favorables à la compétitivité témoigne que chacun a pris la mesure de la crise et est déterminé à agir avec sérieux et vigueur.“ Vgl. ebenfalls gemeinsame Aufrufe mit dem BDI, 5.9.12, Nous avons confiance en Europe et dans l'Euro; 4.12.13, Renforcer l'Union économique et monétaire; 11.07.14, Appel de l'industrie allemande et des entreprises françaises pour la croissance et l'emploi en Europe.

<sup>873</sup> Vgl. zu positiven Darstellungen wirtschaftlicher Strukturen Deutschlands beispielhaft Rede François Copé in Assemblée nationale, 16.6.10; vgl. ebenso Rede Pierre Lellouche im Bundestag, 27.10.10: „Je vous le dis sans détour: loin de susciter l'inquiétude, les performances de l'Allemagne ne peuvent qu'inspirer la France.“; Rede François Fillon, 7.7.12: „La France et l'Allemagne doivent joindre leurs efforts pour sortir l'Europe du fossé du déclin qui conduit à l'éclatement et à l'effacement du continent. Nos deux pays doivent pour cela accélérer la convergence de leurs économies et forcer la mise en place d'un gouvernement économique propre à la zone euro, même si cela déplaît au Royaume-Uni et à la commission européenne.“; vgl. zur Betrachtung Deutschlands als Benchmark durch den MEDEF: 19.3.14, La Tribune, Le Medef dresse un tableau très noir de l'économie française, sowie Les Echos, 31.3.14, L'urgence.

<sup>874</sup> Vgl. Nicolas Sarkozy, Rede in Toulon, 1.12.11: „La France et l'Allemagne ont fait le choix de la convergence.“ sowie Welt am Sonntag, 4.12.11, Verbündete? Oder Gegner?: „Nicolas Sarkozy hat

Transfer- und Aneignungsprozessen resultierendes politisches Ziel darstellte. Neben der Tatsache, dass die Prioritätensetzung durch Sarkozy und die UMP zugunsten einer restriktiven Haushaltspolitik kurzfristig angesichts der Krise erfolgte<sup>875</sup>, unterstützt speziell die starke Fokussierung der Eurozonen-Debatte auf innerfranzösische Auseinandersetzungen die Annahme, dass die Betonung deutsch-französischer europapolitischer Zusammenarbeit ebenfalls innenpolitischen Zwecken diene. Hinsichtlich der Umsetzung von Schuldenbremsen wie auch von Strukturreformen nahm die UMP mit der Intention Bezug auf Deutschland, die PS als verantwortungslose, potentiell gefährliche Kraft für Frankreich und Europa darzustellen.<sup>876</sup> Ein Kommunikationsmuster der Konservativen bestand darin, die deutschen Sozialdemokraten vor dem Hintergrund der Agenda-2010-Reformen als modernes Gegenmodell zum Parti Socialiste zu präsentieren.<sup>877</sup> So führte die UMP - zur Bekräftigung des wirtschaftspolitischen Reformkurses Sarkozys und als Mahnung an die neue sozialistische Führung - regelmäßig Gerhard Schröder als Referenzpunkt an.<sup>878</sup> Darüber hinaus wurde das Handeln der CDU-geführten Bundesregierung als Benchmark herangezogen, um die Versäumnisse der Parti Socialiste zu kritisieren. Unter dem Schlagwort *décrochage* wurde ein wirtschaftlicher Rückstand gegenüber Deutschland bemängelt und sozialistischer Wirtschaftspolitik

---

ein neues Lieblingswort: „Konvergenz“. In seiner Rede zur Zukunft Europas, die er am Donnerstag in Toulon vor 5000 präsidentenfreundlichen Zuhörern hielt, fiel es immer wieder. (...) Der Verweis auf den wettbewerbsfähigeren Nachbarn dient ihm zur Legitimierung der eigenen Reformpolitik - und diese ist der Präsident gezwungen fortzusetzen, wenn Frankreich nicht die Spitzenbewertung seiner Kreditwürdigkeit („AAA“) verlieren will. Sarkozy gibt im Wahlkampf um den Elysée-Palast den Stabilitätspolitiker. (...) Er fordert Schuldenbremsen in allen Euro-Staaten, er plädiert für eine schärfere Überwachung der nationalen Haushaltspläne, selbst automatische Sanktionen gegen Defizitsünder finden heute seine Zustimmung - anders als noch im Herbst 2010.“; vgl. zu Forderungen nach einer Stärkung der wirtschaftlichen, sozialen und steuerlichen Konvergenz zwischen Deutschland und Frankreich ebenfalls UMP, Europe: Opération vérité, S. 7.

<sup>875</sup> Vgl. Le Monde, 30.11.10, La crise européenne, grand tabou du débat politique français: „Après avoir dénigré pendant la première moitié de son quinquennat la rigueur compétitive initiée par le chancelier social-démocrate Gerhard Schröder, M. Sarkozy ne jure que par l'Allemagne.“

<sup>876</sup> Vgl. UMP, Pressemitteilung 19.8.11, L'accord franco-allemand: une initiative historique pour l'Europe! Vgl. ebenfalls mit einem Hinweis auf die durch einen breiten politischen Konsens getragene Festschreibung einer Schuldenbremse in das deutsche Grundgesetz: Pressemitteilung 26.8.11, Voter la règle d'or, c'est se prémunir contre le risque de faillite de la France.

<sup>877</sup> Vgl. UMP, Pressemitteilung 6.12.11, Un accord franco-allemand pour refonder la zone euro: „La vérité, c'est que le SPD est un parti social démocrate responsable quand le PS de François Hollande n'a toujours pas fait son aggiornamento économique et social... Les compromis sont plus faciles entre Nicolas Sarkozy et Angela Merkel, qui partagent une même vision de l'intérêt général, de l'économie et de l'avenir de l'Europe, qu'entre un PS tourné vers le passé et un SPD moderne.“

<sup>878</sup> Vgl. Interview Gerhard Schröder in Le Figaro, 22.12.11, gleichzeitig Pressemitteilung UMP 22.12.11, Gerhard Schröder: „Les réformes de Sarkozy vont dans la bonne direction.“ Die Trennungslinie zwischen einem zum Vorbild stilisierten pragmatischen Schröder und einem dogmatischen François Hollande wurde durch die Aussage des Altkanzlers verdeutlicht, er habe aufgrund der früheren engen Zusammenarbeit zwischen Hollande und Oskar Lafontaine keinen persönlichen Kontakt zum sozialistischen Präsidentschaftskandidaten. Vgl. zu weiteren Verweisen auf Schröder als Orientierungshilfe bei der Modernisierung des Landes ebenfalls François Fillon, Rede anlässlich der Kandidatur um den Parteivorsitz, 12.11.12 sowie WELT, 31.5.13, Französisch-deutsche Offensive: Angela Merkel und François Hollande wollen Missverständnisse ausräumen und Wachstum fördern. Aber Frankreichs Reformverweigerung belastet die Beziehungen.

angelastet. Dies ging einher mit der Feststellung eines europapolitischen Einflussverlustes Frankreichs.<sup>879</sup>

Seitens des liberalen MoDem wurden ebenfalls ein kontinuierlicher ökonomischer Abgleich mit Deutschland unternommen. So verwies François Bayrou wiederholt auf die positiven Auswirkungen der Agenda-Reformen und lobte den haushaltspolitischen Kurs Berlins.<sup>880</sup> Gleichzeitig warf der MoDem-Vorsitzende dem Staatspräsidenten Sarkozy vor, sich in dem Ziel einer Annäherung zu sehr an deutschen Bedingungen zu orientieren.<sup>881</sup> Die Europaabgeordnete Marielle de Sarnez argumentierte im Nachgang zu Sarkozys europapolitischer Grundsatzrede in Toulon ähnlich und bemängelte:

„Il y a un message français à dire à l'Europe. Ce message français n'existe plus, et je le regrette. Je pense que nous avons de nombreux pays au sein de l'Union européenne, qui pourraient entendre un message de la France, qui demande au fond, d'un côté du sérieux, de l'autre de la solidarité, quelque chose d'assez basique. Je regrette cette absence de la France. Je trouve que tout ceci apporte plutôt du cafouillage et montre qu'il y a des divergences importantes entre la France et l'Allemagne, au moment où nous aurions besoin d'une Europe unie, cohérente, avec un seul message. Car c'est comme ça qu'on répond aux marchés financiers : en étant fort politiquement et en ayant une pensée cohérente et commune. Nous avons au contraire une remise en cause de ce que j'appelle l'acquis communautaire et une position d'Angela Merkel très isolée, uniquement sur la rigueur budgétaire, alors que c'est une vision d'ensemble qu'il faudrait avoir.“<sup>882</sup>

Für den MoDem war Deutschland ein wichtiger Bezugspunkt, jedoch weniger für die Entwicklung europapolitischer Konzepte zur Bewältigung der Krise im Euroraum als vielmehr zur Unterstützung von Forderungen nach einer Beschleunigung spezifisch französischer Strukturreformen.<sup>883</sup>

---

<sup>879</sup> Vgl. Rede François Fillon, Mai 2012, Sitzung der Parteiführung: „En engageant un bras fer maladroit sur la croissance, le Président de la République prend le risque d'amplifier la crise en fissurant le principal rempart de l'Europe, qui est le consensus entre la France et l'Allemagne. François Hollande croit que son élection l'autorise à exiger plus que l'Allemagne ne peut offrir. C'est une grave erreur!“. Vgl. auch Pressemitteilung UMP 3.7.12: „La défiance introduite au coeur du couple franco-allemand est un frein à la nécessaire convergence européenne qui est la meilleure réponse à la crise que nous subissons.“ Vgl. ebenfalls Rede Jean-François Copé bei der Konrad-Adenauer-Stiftung, 21.1.13 sowie gemeinsame Pressemitteilung Jean-François Copé und François Fillon 29.4.13: „Jean-François Copé et François Fillon dénoncent la responsabilité personnelle de François Hollande dans la dégradation continue et consternante de la relation franco-allemande et dans le climat germanophobe qui gagne le PS et son allié d'extrême gauche“ und Pressemitteilung 2.5.13, „Lui Président, Nous Trentenaires“: Un an après François Hollande, les Trentenaires de l'UMP s'essayent à l'anaphore.

<sup>880</sup> Vgl. Pressemitteilung MoDem 14.1.11, „Proposer une alternance raisonnable et positive“; vgl. Pressemitteilung 3.10.11 „Il faut un agenda 2020, qui fixe des objectifs chiffrés pour renouer avec la production!“, vgl. Wahlkampfrede François Bayrou in Tours, 13.4.12 und François Bayrou in Pressemitteilung 7.1.13: „Je dis donc à François Hollande: assumez le choix réformiste que vous avez esquissé ! Tranchez ! Assumez l'urgence politique qui s'impose, à la Mendès ou à la Schröder.“

<sup>881</sup> Vgl. Pressemitteilung MoDem 12.10.11, Face à la crise, il faut associer les citoyens pour qu'ils deviennent acteurs de leur destin.

<sup>882</sup> MoDem, Pressemitteilung 2.12.11, La France doit peser dans l'Europe et non pas simplement s'adosser à l'Allemagne.

<sup>883</sup> Vgl. MoDem, Pressemitteilung 21.12.11: „Il faut s'inspirer de l'Allemagne, mais développer notre propre voie“ sowie Wahlkampfrede François Bayrou in Tours, 13.4.12, in innerfranzösischer Perspektive: „Mais si, comme je viens de le prouver devant vous, les autres dans les mêmes conditions que nous s'en tirent, alors que nous sommes en échec, alors c'est que la cause de cette situation est chez nous, à l'intérieur de notre pays, dans les responsabilités qui ont été exercées au



Auch in der Berichterstattung durch Le Figaro wurde Deutschland wiederkehrend als Vorbild für Haushaltsdisziplin und wettbewerbsfähige wirtschaftliche Strukturen genannt<sup>884</sup>, welches sich gleichwohl nicht flächendeckend auf die Eurozone übertragen lasse.<sup>885</sup>

Aufgrund der raschen Erholung der deutschen Volkswirtschaft wurde die Bundesregierung, personifiziert durch Angela Merkel, als maßgebliche Akteurin der Krisenbewältigung im Euroraum anerkannt. Das Beharren der Kanzlerin auf Prinzipien des Schuldenabbaus und der Steigerung von Wettbewerbsfähigkeit wurde als legitim erachtet.<sup>886</sup> Wenn auch die Ankündigung einer Überprüfung übermäßiger deutscher Handelsbilanzüberschüsse durch die Kommission als folgerichtig bewertet und die Rolle Deutschlands für das makroökonomische Gleichgewicht der Eurozone hinterfragt wurde<sup>887</sup>, so wurde der Bundesregierung eindeutig eine Führungsrolle für die Eurozone

---

travers du temps, je le dis d'ailleurs au passage, par les deux partis, l'UMP et le PS qui se sont succédés au pouvoir depuis des années et qui voudraient bien continuer à se perpétuer dans ce même pouvoir."

<sup>884</sup> Vgl. Le Figaro, 2.6.10, La crise de l'euro profite à l'économie allemande: „Sa gestion de la crise grecque et des turbulences traversées par l'euro ne cesse de faire plonger Angela Merkel et son gouvernement dans les sondages. Pourtant, la stratégie de la chancelière a été plutôt payante pour l'Allemagne, qui profite de la faiblesse de la monnaie européenne : les exportations allemandes, pilier de l'économie outre-Rhin, et la consommation des ménages sont en hausse, alors que le chômage est à la baisse." sowie 15.10.10, Les finances allemandes dans les clouds, dès 2011; 5.12.11, Forte de ses réussites économiques, l'Allemagne impose son droit; 12.1.12, 2011, année de tous les records économiques en Allemagne; 16.01.13, La locomotive allemande rattrapée par la crise - le PIB de l'Allemagne a reculé de 0,5 % au quatrième trimestre; 26.6.13, L'Allemagne vise l'équilibre budgétaire en 2014; 26.2.14, L'Allemagne affiche zéro déficit pendant trois ans.

<sup>885</sup> Vgl. Le Figaro, 6.2.12, Angela Merkel rêve d'une Europe aussi forte que le Philharmonique de Berlin: „Il n'y a aucune raison pour que la zone euro n'adopte pas les normes d'excellence de l'Allemagne. Dans la pratique, c'est hélas impossible. (...) Il est très réducteur de vouloir ramener les normes d'excellence du « modèle allemand » à la rigueur budgétaire et à la maîtrise des salaires. Le solfège de l'économie ne se résume pas à des questions de hauteur des revenus (tel le salaire minimum) et de durée du travail (les 35 heures en France). D'autres dimensions entrent en ligne de compte, plus subtiles et difficiles à imiter, comme l'harmonie des relations sociales ou la tonalité des traditions (le tourisme en Espagne, l'aéronautique à Toulouse et à Munich...). Laisser croire que toutes les capitales pourraient se doter d'une aussi somptueuse machine que le Berliner Philharmoniker est tout simplement un leurre."

<sup>886</sup> Vgl. Le Figaro, 11.5.10, D'un mal financier à un bien politique: „MMe Merkel a raison sur le fond. Maintenant que la fièvre des marchés est retombée, l'Allemagne est pleinement fondée à exiger de ses partenaires de la zone euro une discipline budgétaire qu'elle s'est imposée à elle-même. Elle est en droit d'exiger la mise en place d'une véritable gouvernance économique de la zone euro, laquelle nécessitera d'abord le rétablissement des amendes pour les États ne respectant pas le pacte de stabilité, principe que Paris avait discrètement demandé à Berlin d'abandonner." ; vgl. Le Figaro, 5.2.11, Sauvegarde de l'euro, acte II: „Pour prix de son soutien, sans lequel rien n'est possible, l'Allemagne exige, non sans raison, de ses partenaires les sacrifices qu'elle s'est imposés à elle-même pour préserver sa solidité financière. La France, enfin convertie à la rigueur et consciente que le salut de l'Europe en dépend, fait cause commune avec elle." ; vgl. Le Figaro, 10.11.11, Pour sauver la zone euro, Berlusconi doit partir; vgl. Le Figaro 14.5.12, L'Europe n'en finit pas de réparer ses erreurs de politique économique.

<sup>887</sup> Vgl. Le Figaro, 13.11.13, Les excédents commerciaux allemands pénaliseraient la zone euro sowie 14.11.13, Les surplus allemands expliquent la surévaluation de l'euro et pénalisent la croissance européenne. In gegensätzlicher "Positionierung vgl. Le Figaro, 20.11.13, Le mauvais procès fait à l'Allemagne.

zugewiesen.<sup>888</sup> Dies geschah beispielweise anlässlich der Abwertung der französischen Bonität im Januar 2012<sup>889</sup> und in zunehmender Intensität während der sozialistischen Regierungszeit. In Le Figaro wurden Verstimmungen deutscher Konservativer und Liberaler über die linke Regierung in Frankreich umfassend dokumentiert. Derartige Reaktionen wurden regelmäßig als Bewertungsmaßstab des französischen Krisenmanagements herangezogen.<sup>890</sup> Zum Ende des ersten Jahres der Amtszeit Hollandes wurde entsprechend berichtet:

„Vu d'Allemagne, la France n'a pas grand-chose à célébrer douze mois après l'élection de François Hollande. En un an, sous l'impulsion du président socialiste, elle est passée du statut de partenaire privilégié à celui de « Sorgenkind », un enfant à soucis, dont les difficultés économiques menacent d'aggraver la crise traversée par la zone euro. Les élites économiques et politiques du pays déplorent aussi la dégradation des liens entre Paris et Berlin, pourtant indispensables pour faire avancer l'Europe. (...) Cependant, le ministère allemand de l'Économie a laissé fuiter, mardi, un document interne faisant un état des lieux dévastateur de l'économie française. "Le gouvernement socialiste de la France a tiré l'économie du pays si brutalement vers le bas que la France n'est plus au même niveau que l'Allemagne", juge sévèrement Rainer Brüderle, chef du groupe libéral au Bundestag et ancien ministre de l'Économie. "Cela me fait du souci. La France n'est pas un modèle pour nous, bien que le SPD le croie encore."<sup>891</sup>

Die Idee einer gemeinsam ausgeübten deutsch-französischen Federführung in europäischen Fragen und einer Partnerschaft auf Augenhöhe zwischen Sozialisten und einer sich neu formierenden Großen Koalition wurde im Kontext der deutlichen Wiederwahl Merkels im Herbst 2013 entschieden zurückgewiesen:

„Là encore, l'éventuelle entrée des sociaux-démocrates dans le gouvernement fédéral fait naître bien des illusions. Dès lundi, deux ministres, Arnaud Montebourg et Thierry Repentin, n'ont pu s'empêcher de prodiguer leurs conseils à une « grande coalition » qui, pour l'heure, n'existe pas. L'un en faveur de la relance économique, l'autre pour davantage de dialogue social. Les deux ont la mémoire courte : c'est le même SPD qui, sous la baguette de Gerhard Schröder, a fait passer en Allemagne les réformes que la France persiste à refuser une décennie plus tard et sur lesquelles Angela Merkel bâtit patiemment son succès. (...) À vrai dire, le vrai souci européen de la chancelière n'est pas de s'imprégner d'idées françaises au nom d'une "complémentarité" qui n'existe plus que dans les discours officiels. Mais bien de

---

<sup>888</sup> Vgl. Le Figaro, 3.11.10, La persévérance payante de Merkel: „Avec Merkel, l'Allemagne assume la force de son rouleau compresseur. En sortant son carnet de chèque, elle ose franchir le pas que Kohl avait refusé: modeler un espace économique européen, qui ressemble d'avantage à l'Allemagne... pour le bien de l'Europe!"

<sup>889</sup> Vgl. Le Figaro, 16.1.12, Merkel, renforcée, demande à l'Europe, de garder le cap de la rigueur: „La chancelière et son ministre des Finances, Wolfgang Schäuble, pilier du gouvernement, donnent l'image d'un pays sûr de lui, se voyant comme le pôle de stabilité en Europe. Ils sont montés au créneau pour rassurer les investisseurs. Et Angela Merkel a profité de sa position de force pour faire valoir sa ligne d'une stricte orthodoxie budgétaire sur la scène européenne"

<sup>890</sup> Vgl. Le Figaro, 23.06.12, L'Allemagne incrédule et furieuse de l'attitude française; vgl. anlässlich der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts für den ESM: Le Figaro, 13.9.12, Un argument de plus pour la rigueur en France; vgl. Le Figaro, 20.9.12, Berlin attend encore des réformes structurelles en France; vgl. im Kontext von Relativierungen des Defizitkriteriums durch den PS: Le Figaro, 2.10.12, L'Allemagne ne s'inquiète pas mais s'étonne; vgl. Le Figaro, 21.1.13, Gerhard Schröder: „L'Allemagne attend que la France fasse ses devoirs."; vgl. 26.2.13, Le patron de la Bundesbank fait la leçon à la France; vgl. 6.5.13, Réformes, Paris doit encore convaincre Berlin; vgl. 7.5.13, L'Europe et l'Allemagne pressent la France de se réformer; vgl. 24.7.14, Les Allemands tolèrent une flexibilité budgétaire limitée.

<sup>891</sup> Le Figaro, 3.5.13, En Allemagne, il est devenu un « Sorgenkind », un enfant à soucis.

retrouver un partenaire à la hauteur, pour faire avancer l'UE. Angela Merkel croit la France capable de se transformer, au contraire de la Grèce et même de l'Italie."<sup>892</sup>

#### 4.2.2 Wachsen und Sparen

Während in der zuvor dargestellten konservativ-liberalen Lesart der Krise der Fokus auf der einzelstaatlichen Verantwortung zur Reduzierung öffentlicher Defizite und Schulden sowie einer Erhöhung von Wettbewerbsfähigkeit lag, wiesen die makroökonomischen Konzepte in moderat progressiven Strömungen in Deutschland und Frankreich (SPD, Grüne, PS, EELV, CFDT, DGB, SZ, Le Monde) eine größere Heterogenität auf. Grundsätzlich wurden die negativen Effekte hoher Staatsschulden auf die Stabilität der Währungsunion zwar anerkannt und Lösungsansätze zur Steigerung der Schuldentragfähigkeit entworfen. Der Umfang des Konsolidierungsbedarfs von Mitgliedern mit Refinanzierungsproblemen sowie die Verteilung der Anpassungslasten innerhalb der WWU wurden indes stark unterschiedlich bewertet. Ebenso fand bei den hier betrachteten Akteuren das Motiv eines Ausbaus der wirtschaftspolitischen Säule der Gemeinschaftswährung große Beachtung, wobei konkrete Fragen hinsichtlich der Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum wiederum landesspezifische Divergenzen offenbarten.

Eine weithin geteilte Erkenntnis aus der Krise lag in der Notwendigkeit einer engeren wirtschaftspolitischen Abstimmung unterhalb der Euro-Staaten sowie darüber hinaus der Mitglieder der EU-27.<sup>893</sup> Unter den Begriffen *gouvernement économique* und *gouvernance économique* entwarfen französische Sozialisten und Grüne Vorstellungen einer stärker strategischen, politisch gestaltbaren und legitimierten ökonomischen Integration.<sup>894</sup> Dem

---

<sup>892</sup> Le Figaro, 24.9.13, Merkel III prescrira la même médecine européenne.

<sup>893</sup> Vgl. beispielsweise SZ, 12.2.10, Europas Wirtschaftslüge; SZ, 15.5.10, Der Preis für Europa; SZ, 5.9.11, Zwei Gruppen, ein Europa. Vgl. für die Grünen: Beschluss Länderrat, 19.3.11 sowie Entschließungsantrag Bundestagsfraktion, 8.6.11, Drucksache 17/6159. Vgl. für die SPD: Pressemitteilungen 24.3.10 und 1.12.10; vgl. für EELV: François de Rugy, 16.6.10, Rede in Assemblée Nationale: „Il n'y aura pas de sortie de crise sans une nouvelle gouvernance économique européenne, nous semblons d'accord sur ce point.“; Vgl. ebenso: Gemeinsame Erklärung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Sozialistischen Partei Frankreichs, 21.6.11, Mehr Mut und Solidarität in der Krise - gemeinsam für eine starke europäische Wirtschaftsregierung. Vgl. auch: PS, 1.4.13, Projet Européenens 2014.

<sup>894</sup> Vgl. ebd.: „En revanche, la gouvernance économique européenne ne peut se contenter que de mesures négatives. La question d'un gouvernement économique de la zone euro se pose avec toujours plus d'acuité. J'y suis favorable car il faut plus d'orientations communes et plus de cohérence dans les choix financiers des Etats.“; vgl. ebenfalls Hubert Védrine, Quel avenir pour l'architecture européenne?, in: Revue socialiste N. 49, 1.1.13, S. 43-49, hier: S. 44 f.: „Le gouvernement économique de la zone euro était indispensable, mais il ne réussira pas, et il ne sera pas légitime, s'il se limite à un système disciplinaire germano-européen technocratio-juridicaire de contrôle et du respect des critères de rigueur par les Etats membres. Il devra en même temps rester démocratique (qui décide quoi ?), superviser les banques (...), mais aussi relancer la croissance et surtout convaincre la Banque centrale européenne que la parité désavantageuse de l'euro est une des composantes du problème de compétitivité de l'Europe.“

regelbasierten Ansatz der deutschen Bundesregierung wurde ebenfalls in Le Monde ein stärker gemeinschaftlich-strategischer Ansatz gegenübergestellt.<sup>895</sup>

Ähnlich kritisch begleiteten die deutschen Grünen sowie die SPD die Änderungen an der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit innerhalb der WWU. Beide Parteien werteten Vorstöße zum Euro-Plus-Pakt oder zu bilateralen Reformverträgen zwischen Mitgliedstaaten und der Kommission als liberal-konservative Aneignung und Abwandlung des grundsätzlich unterstützenswerten Ziels einer Wirtschaftsregierung.<sup>896</sup> Gleichzeitig vermieden sowohl Grüne als auch Sozialdemokraten eine Definition des Konzepts: In Abgrenzung zum auf Wettbewerbsfähigkeit zielenden Ansatz von CDU und FDP wurde eine weit reichende wirtschafts- und sozialpolitische Abstimmung zwischen den Euro-Staaten gefordert. Eine supranational geförderte schrittweise Harmonisierung etwa von nationaler Steuer- und Lohnpolitik war in diesem Ansatz entscheidend für einen Abbau von Ungleichgewichten. Dies ging einher mit der Relativierung deutscher wirtschaftspolitischer Prioritäten:

„Der Euro kann auf Dauer nur erfolgreich sein, wenn die Mitgliedstaaten neben der Geldpolitik auch ihre Haushalts-, Finanz-, Wirtschafts- und auch Sozialpolitiken eng koordinieren. Erforderlich sind eine stärkere Kontrolle und eine direkte Einflussnahme der Europäischen Union auf die Staatshaushalte der Mitgliedstaaten. Die Währungsunion muss damit tendenziell zu ausgeglichenen Leistungsbilanzen führen: Überschussländer sollen dazu ihre Binnennachfrage insbesondere durch Lohnsteigerungen stärken und Defizitländer die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Wirtschaft verbessern. Notwendig ist dann eine europäische Wirtschaftsregierung.“<sup>897</sup>

In den Positionierungen der deutschen Grünen wurden die Begriffe der Wirtschaftsregierung und der Wirtschaftsunion deckungsgleich verwendet. Im Zentrum der Krisenbewältigung stand, wie auch bei EELV, weniger die konkrete institutionelle Ausgestaltung der Gemeinschaftswährung denn die Frage nach wirtschaftlicher und sozialer Kohäsion.<sup>898</sup>

---

<sup>895</sup> Vgl. Le Monde, 15.6.10, Les fausses vertus de l'exemplarité allemande: „Berlin ne cesse de réclamer une meilleure gouvernance économique de la zone euro, en insistant sur la nécessité de renforcer le pacte de stabilité et les mesures de sanction contre les pays laxistes. Mais une meilleure gouvernance, c'est aussi, surtout, une meilleure harmonisation des stratégies, un sens du jeu collectif. Il faut regretter que Mme Merkel n'affiche pas, en matière de politique économique européenne, les mêmes vertus que la Mannschaft, l'équipe allemande, en Afrique du Sud.“

<sup>896</sup> Vgl. für die SPD: Pressemitteilungen 31.1.11 und 1.2.11; vgl. ebenfalls in ähnlicher Argumentation: DGB, Pressemitteilungen 26.3.11; 8.6.11 und 17.8.11, sowie Die Grünen, Beschluss des Länderrats, 19.3.11 und Pressemitteilung 23.3.11.

<sup>897</sup> Entschließungsantrag der SPD-Bundestagsfraktion, 26.10.11, Drucksache 17/7457.

<sup>898</sup> Vgl. Die Grünen, Pressemitteilung 25.6.11 sowie Beschluss Bundesdelegiertenkonferenz, 25.6.11: „Eine Europäische Wirtschaftsregierung muss nicht nur die Haushaltsdisziplin der Mitgliedsstaaten einfordern, sondern auch das Erreichen der gemeinsamen Mindeststandards und Ziele des sozialen Europas“ oder auch Bundesdelegiertenkonferenz 26.4.13: „Ein gemeinsamer Binnenmarkt und eine gemeinsame Währung ohne eine abgestimmte Finanz-, Haushalts-, Wirtschafts- und Steuerpolitik können auf Dauer nicht funktionieren. Wir Grüne wollen diesen Konstruktionsfehler beheben: Die Eurostaaten müssen ihre Wirtschafts- und Fiskalpolitiken stärker aufeinander abstimmen.“

Eine grundsätzlich hohe Offenheit wiesen die hier betrachteten Akteure hinsichtlich Souveränitätstransfers auf. Grüne Parteien in beiden Ländern, SPD, PS wie auch die SZ und Le Monde kritisierten den zunehmend intergouvernementalen Modus des Krisenmanagements und warben für ein stärker gemeinschaftliches Vorgehen. In den journalistischen Darstellungsformen wurde das Projekt einer verbindlicheren Abstimmung auf europäischer Ebene indes als wenig aussichtsreich beschrieben.<sup>899</sup> In Kommentaren der SZ wurde in besonderem Maße Unterstützung für eine stärker supranational organisierte Wirtschafts- und Währungsunion ausgedrückt.

Eine etwaige Schaffung von Eingriffsrechten der Kommission in die Wirtschafts- und Haushaltspolitik von Defizitstaaten wurde in der Süddeutschen Zeitung ebenso positiv bewertet wie die Koordinierung und Überwachung einzelstaatlicher Reformprozesse im Rahmen des Europäischen Semesters. Die Verabschiedung des Euro-Plus-Pakts, in weiten Teilen des linken Spektrums als arbeitnehmerfeindliches Kürzungsprogramm wahrgenommen<sup>900</sup>, wurde in der SZ in einer integrationspolitischen Perspektive als „europäische Großreform“ gelobt.<sup>901</sup> In Übereinstimmung mit ordoliberalen Strömungen in Deutschland wurde in den Jahren 2013 und 2014 auch in der SZ die unzureichende Durchsetzung des in Krisenzeiten reformierten Regelwerks der WWU scharf kritisiert:

„Und die schöne neue europäische Haushaltsplanung wird sich wohl einreihen in die Tradition, die der Stabilitäts- und Wachstumspakt begründet hat. Es reicht, dass es die Regeln gibt. Einzuhalten sind sie nicht. Denn das Ringen um ihre Einhaltung zwingt die Euro-Länder, sich wenigstens ein bisschen zu koordinieren.“<sup>902</sup>

Ein stärkere Supranationalisierung der wirtschaftspolitischen Säule des Euro wurde in der SZ als wünschenswertes, den Interdependenzen der Eurozone angemessenes Ziel präsentiert.<sup>903</sup> Ähnliche Konzepte für die makroökonomische Koordinierung und eine Weiterentwicklung der Rolle der Kommission wurden in Le Monde publiziert. Ausgehend von der Feststellung, dass die EU-Kommission seit dem Bruch des Stabilitäts- und Wachstumspakts durch Frankreich und Deutschland 2003 die ihr zuge dachte

---

<sup>899</sup> Vgl. Le Monde, 15.7.11: N'oublions pas: l'euro est un atout: „Il y a un prix: l'euro suppose une coordination des politiques budgétaires, encore balbutiante. Et qui peut heurter la sensibilité des plus attachés à la souveraineté nationale. Mais, si l'on en croit les sondages, une majorité des Européens sont disposés à aller plus avant dans l'harmonisation des politiques budgétaires. C'est du côté des politiques que le souffle manque.“

<sup>900</sup> Vgl. DGB, Pressemitteilung 3.2.11, mit Kritik am Pakt für Wettbewerbsfähigkeit als „Frontalangriff auf Arbeitnehmerrechte“. Vgl. ebenso Pressemitteilung 11.3.11, Teuflicher Plan; vgl. auch: DGB-Bundesvorstand, Pressemitteilung 26.3.11, Pakt der ökonomischen Unvernunft und sozialen Kälte.

<sup>901</sup> Vgl. SZ, 13.1.11; vgl. auch SZ, 31.12.12, Prophet oder Scharlatan: „(...) sobald einer hinterherhinkt, sollte er Souveränität verlieren, und Brüssel überwacht den Fortschritt. Von diesem Optimum sind die Euro-Staaten zu weit entfernt.“

<sup>902</sup> SZ, 21.11.13, Schweigen ist Silber.

<sup>903</sup> Vgl. SZ, 26.3.11, Europas Rettung sowie SZ, 3.1.14, Ruhe unsanft.

Kontrollfunktion nicht angemessen wahrnahm<sup>904</sup>, und Forderungen nach einer stringenteren Implementierung von Haushaltsdisziplin<sup>905</sup>, wurden im Februar 2013 die durch den Fiskalpakt zu erwartenden Auflagen wohlwollend kommentiert. Gleichzeitig verband sich die grundsätzliche Zustimmung zu den zwischenstaatlich ausgehandelten Schuldenbremsen<sup>906</sup> mit dem Wunsch nach größerem Reformdruck seitens einer europäischen politischen Ebene, insbesondere auf Frankreich.<sup>907</sup>

Deutsch-französische Ambiguitäten lassen sich auch in dieser Gruppe an den Themen der Wirtschaftsregierung und des Stabilitätspakts aufzeigen. Für die französischen Sozialisten waren mit einem *gouvernement économique* die Erhöhung von ökonomischer Konvergenz, ein Ausbau von Solidaritätsmechanismen sowie die Definition und Umsetzung wachstumsfördernder wirtschaftspolitischer Maßnahmen auf europäischer Ebene verbunden.<sup>908</sup> Nach den Vorstellungen des Präsidentschaftskandidaten Hollande sollte dem als einseitig restriktiven und konservativ dominierten Fiskalpakt ein Pakt für *Verantwortung, Gouvernance und Wachstum* gegenübergestellt werden. In diesem Alternativmodell war für eine noch zu definierende Wirtschaftsregierung eine umfassende haushalts- und konjunkturpolitische Lenkungsrolle unter Rückgriff auf einen gestärkten EU-Haushalt und neue Finanzinstrumente in Form sogenannter Projektbonds vorgesehen.<sup>909</sup> Während die SPD zu Beginn des Jahres 2010 noch eine „Steigerung der wirtschaftspolitischen Koordination“<sup>910</sup>, die Schaffung einer „*economic governance* in der Euro-Zone“<sup>911</sup>, eine stärker abgestimmte Finanz- und Wirtschaftspolitik<sup>912</sup> sowie eine

---

<sup>904</sup> Vgl. Le Monde, 10.2.10, L'addition de dix années d'union monétaire sans gouvernement économique.

<sup>905</sup> Vgl. Le Monde, 30.10.10, Laborieuse gouvernance de la zone euro.

<sup>906</sup> Vgl. Le Monde, 11.12.11, „Vingt ans après la signature de Maastricht, le " traité " de Bruxelles comble enfin son défaut principal. L'union monétaire trouve son indispensable pendant, avec un début d'union économique. Un vrai pacte budgétaire va être instauré entre tous les pays engagés dans l'aventure - c'est ce à quoi doivent conduire la discipline inscrite dans les textes fondamentaux de chaque pays et les sanctions automatiques qui seront imposées en cas de non-respect des engagements pris. Il s'agit là d'un transfert de souveraineté majeur indispensable qui risque, néanmoins, de se heurter, ici ou là, à de vives résistances.“

<sup>907</sup> Vgl. Le Monde, 22.2.13, Les saines exigences de l'euro: „La discipline budgétaire commune voudrait, par exemple, que le commissaire européen aux affaires économiques dénonce clairement l'annonce par le gouvernement français qu'il va supprimer le jour de carence des fonctionnaires sur le congé maladie. Or il n'en fait rien. Une vraie gouvernance économique commune suppose que le temps de l'Europe devienne le temps politique des Etats, à commencer par la France. On en est encore loin.“

<sup>908</sup> Vgl. Gastbeitrag Martine Aubry et. al. in Libération, 7.5.10, Europe, réveille toi!, abgedruckt in PS, Nouvelles Internationales Nr. 44, 12.5.10. Vgl. ebenfalls Jean-Christophe Cambadélis, Rede auf Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Europas, 2.12.10, abgedruckt in PS, Nouvelles Internationales Nr. 50, 9.12.10.

<sup>909</sup> Vgl. Rede François Hollande auf SPD-Bundesparteitag, 5.12.11.

<sup>910</sup> SPD, Pressemitteilung 19.1.10.

<sup>911</sup> SPD, Pressemitteilung 24.3.10.

<sup>912</sup> Vgl. SPD, Beschluss Präsidium, 3.5.10.

„wirksame europäische Wirtschaftskoordination“<sup>913</sup> forderte, übernahm die Partei zunehmend den Begriff der Wirtschaftsregierung<sup>914</sup>, während in journalistischen Darstellungen auf konzeptionelle Unschärfen hingewiesen wurde.<sup>915</sup>

Mit dem Präsidentschaftswechsel in Frankreich und einer Verlagerung der europapolitischen Debatten auf kurzfristig realisierbare Möglichkeiten zur Steigerung des Wirtschaftswachstums nahmen auch in der SPD die Forderungen nach einer Wirtschaftsregierung ab. Geringe Aussichten auf erforderliche Vertragsänderungen sowie die eindringlichen Warnungen seitens der konservativ-liberalen Akteure vor einer zentralisierten, die deutschen Handlungsspielräume einengenden Wirtschaftsregierung<sup>916</sup> machten das Konzept in der deutschen Debatte zunehmend unattraktiv und die SPD näherte sich in der Auslegung einer Wirtschaftsregierung als Koordination nationalstaatlicher Maßnahmen dem Kurs des späteren Koalitionspartners CDU/CSU an.<sup>917</sup>

Auch in der Bewertung des Stabilitäts- und Wachstumspakts zeigten sich innerhalb ideologischer Strömungen Abweichungen, die sich auf national spezifische Prioritäten und Motive zurückführen lassen. Französische Sozialisten und Grüne kritisierten den Stabilitäts- und Wachstumspakt frühzeitig als ungeeignetes Kontrollinstrument. In dieser Argumentation lagen Schwachstellen in der Verengung der Kriterien des Paktes auf die

---

<sup>913</sup> SPD, Pressemitteilung 10.5.10.

<sup>914</sup> Vgl. SPD, Pressemitteilung 1.12.10: „Eine europäische Wirtschaftsregierung ist infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise aus sozialdemokratischer Sicht erstrebenswert, um eine Wirtschaftspolitik aus einem Guss zu schaffen, die für alle Mitgliedstaaten beziehungsweise Euro-Staaten verbindlich ist“ sowie gemeinsame Erklärung Sigmar Gabriel und Martine Aubry, Mehr Mut und Solidarität in der Krise - gemeinsam für eine starke europäische Wirtschaftsregierung, 21.6.11; vgl. auch SPD, 16.8.11, Eine Roadmap zur Rettung der Währungsunion: „(...) eine Wirtschaftsregierung mit Biss verleiht allen europäischen Staaten mehr Souveränität, um in Zeiten der Globalisierung im Verein mit anderen gemeinsame Politik betreiben zu können.“

<sup>915</sup> Vgl. SZ, 31.8.11, Europa verfehlt das Thema: „Tatsächlich ist eine europäische Wirtschaftsregierung bisher weder beschlossen worden, noch kann sie absehbar eingerichtet werden. Für diese Erkenntnis ist nicht einmal das Studium der europäischen Verträge notwendig, es reicht ein unverstellter Blick auf die Realität. Eine europäische Wirtschaftsregierung, im besten Sinne des Wortes, wäre die höchste Institution der Europäischen Union. Streng genommen setzte sie sogar einen einheitlichen Staat voraus, etwa die Vereinigten Staaten von Europa, die gerade als populistische Vision durch die Diskurse geistern; vgl. ebenso SZ, 18.8.11, Reform der Reform: Eine vorgeschlagene Wirtschaftsregierung werde innerhalb des bestehenden Regelwerks keine Wirkung haben, die Methode habe sich bereits in der Vergangenheit als zu schwach erwiesen.

<sup>916</sup> Siehe Unterkapitel 4.2.1

<sup>917</sup> Vgl. SPD, Beschlüsse des ordentlichen Bundesparteitages 2013, 14. bis 16. November 2013 in Leipzig, S. 61: „Wir wollen Schritte hin zu einer demokratisch legitimierten europäischen Wirtschaftsregierung verwirklichen. Es geht dabei letztlich um nichts weniger, als den Geburtsfehler der europäischen Währungsunion zu beheben: die fehlende Flankierung der gemeinsamen Währung durch eine gemeinsame koordinierte Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die finanz- und wirtschaftspolitische Koordinierung sollte nicht nur auf die Sparziele des Stabilitäts- und Wachstumspaktes beschränkt bleiben. Es sind ebenso verbindlicher koordinierte Anstrengungen für Investitionen in Wachstum und Beschäftigung erforderlich.“

Wenn auch die Begrifflichkeit der Wirtschaftsregierung beibehalten wurde, so kam inhaltlich eine Entfernung von der in der französischen Debatte präsenten Konzeption eines politisch gesondert legitimierten, handlungsfähigen Gremiums auf europäischer Ebene zum Ausdruck.

staatlichen Defizitrat<sup>918</sup> und der Beschränkung staatlicher wirtschaftspolitischer Souveränität.<sup>919</sup> Der SWP stellte darüber hinaus ein Hindernis zur Umsetzung gemeinsamer industriepolitischer Großprojekte dar.<sup>920</sup> PS wie auch EELV wirkten dementsprechend darauf hin, Fristen zur Reduzierung von Defiziten zu verlängern, Freiräume für Investitionen zu schaffen und die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts um zusätzliche ökonomische sowie soziale und ökologische Indikatoren zu erweitern.<sup>921</sup>

Auch von der SPD und den Grünen wurde auf stärkere Wachstumsimpulse, eine höhere Symmetrie zwischen den Mitgliedsstaaten und eine größere Beachtung sozialer Faktoren hingewirkt.<sup>922</sup> Abgesehen von Minderheitenpositionen der jeweiligen linken Flügel

---

<sup>918</sup> Vgl. Interview Pascal Canfin in Le Monde, 8.11.11, hier insbesondere die Warnungen des wirtschaftspolitischen Beraters Eva Jolys vor einer „Obsession“ der 3%-Zielmarke; vgl. ausführlicher: EELV, Pressemitteilung 17.9.11, Politique budgétaire et dette en France: Die Konstitutionalisierung jeglicher Haushaltsregel würde dem Prinzip einer Verfassung als Ausdruck der Rechte der Bürger zuwiderlaufen. Mit Blick auf Spanien wurde etwa im Umfeld des PS angeführt, dass die Einhaltung des 3%-Defizit-Zielwertes keine ausreichende Refinanzierungssicherheit hergestellt habe. Der Stabilitätspakt wurde als verfehlt interpretiert, da die Regelungen die Entstehung ökonomischer Divergenzen innerhalb der Währungsunion nicht verhindern konnten und grundsätzlich die wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume für Staaten, insbesondere hinsichtlich der Förderung von Wirtschaftswachstum, empfindlich einengten. Vgl. ebenso Parti Socialiste, Nouvelles Internationales, Nr. 40, 19.3.10 sowie Nouvelles Internationales, Nr. 44, 12.5.10

<sup>919</sup> Vgl. Pierre Moscovici, Rede bei Botschafterkonferenz, 28.8.13: „Il faut remettre de la chair sur le projet communautaire, avec de nouveaux leviers de politique économique véritablement européenne. Jacques Delors le disait avec justesse: „Le droit ne peut pas remplacer la politique. Les règles ne fondent pas une vision. La contrainte ne peut pas remplacer l'élan“. Vgl. ebenfalls François Hollande, Rede auf SPD-Bundesparteitag, 5.12.11: „Ich akzeptiere eine Wachsamkeit über die nationalen Haushalte, und so sehr ich auch akzeptiere, dass es eine strenge Einhaltung der Verpflichtungen der Staaten gibt, was die Reduzierung der Defizite und die Kontrolle der Schulden betrifft. Ich verwahre mich aber auch dagegen, dass die Justiz anstatt des Parlaments entscheidet“. Auf Seiten der SPD war die Forderung nach einer Klagemöglichkeit vor dem EuGH zur Durchsetzung der Schuldenbremse kein prominentes Thema.

<sup>920</sup> Vgl. zum Entwurf einer aktiven europäischen Wirtschaftspolitik und der Förderung europäischer Champions in strategischen Sektoren (Energie, Technik, Infrastruktur) beispielhaft Parti Socialiste, 9.10.10, Convention pour une nouvelle donne internationale et européenne, vgl. ebenfalls Parti Socialiste, 16.6.13, Convention nationale Notre Europe.

<sup>921</sup> Vgl. Nouvelles Internationales, 12.5.10 sowie François de Rugy (EELV), Rede in Assemblée Nationale, 16.6.10; vgl. ebenfalls Parti Socialiste, Projet Européennes 2014, 1.4.13: „Imposer avec rigidité ou brutalité au plan européen - en faisant abstraction de la conjoncture, des réalités structurelles des Etats et du besoin des peuples d'apercevoir une perspective au terme des efforts - le rétablissement des comptes publics à l'échelle nationale, par ailleurs enjeu majeur pour la souveraineté et la crédibilité de tout pays, mène à l'impasse (...) Parce que c'est l'intérêt européen qui l'exige, les investissements d'avenir (éducation, enseignement supérieur, recherche, infrastructures vertes et numériques) doivent pouvoir être soustraits du calcul des déficits publics.“ ; vgl. für EELV: Emmanuelle Cosse in Aujourd'hui en France, 24.4.14: „On fait croire que la règle des 3% de déficit budgétaire est facile à appliquer, or, on n'a jamais eu ce débat en France. N'avoir qu'un objectif comptable sans regarder son impact sur les Français ne me semble bon ni pour la France ni pour l'Europe.“ Zur grundlegenden Kritik an europäischer Austeritätspolitik vgl. auch EELV, Pressemitteilung 4.5.14, Petit bréviaire contre quelques idées reçues sur l'Europe.

<sup>922</sup> Vgl. Die Grünen, Entschließungsantrag 28.9.11: „Der neue Stabilitäts- und Wachstumspakt und das neue Verfahren zur Vermeidung makroökonomischer Ungleichgewichte müssen künftig einen wichtigen Beitrag zur stärkeren Abstimmung der nationalen Politiken leisten. Viel zu lange hat die Bundesregierung aufgrund nationaler Engstirnigkeit die Verhandlungen auf europäischer Ebene blockiert. Die Bundesregierung muss ihren Widerstand gegen die symmetrische Betrachtung von Leistungsbilanzungleichgewichten endlich aufgeben. Als weiteren Schritt muss das Europäische



stand die Mechanik des Stabilitäts- und Wachstumspaktes jedoch nicht grundsätzlich in Frage.<sup>923</sup> Die Tatsache, dass die beiden moderaten linken Oppositionsparteien infolge des Deauville-Kompromisses<sup>924</sup> sowie der Verabschiedung des Fiskalpakts<sup>925</sup> Enttäuschung über eine unzureichende Straffung der Kontrollmechanismen äußerten, verdeutlicht den Stellenwert monetärer Stabilität in der deutschen Debatte.

Auch unter dem Eindruck des Präsidentschaftswahlkampfes in Frankreich und der wiederholten Ankündigungen des sozialistischen Kandidaten Hollande, den Fiskalpakt neu zu verhandeln, vermehrten sich in der deutschen Debatte Aufrufe zu einer Abkehr restriktiver Haushaltspolitiken in der Eurozone. Kennzeichnend für den gesellschaftlich-politischen Rahmen in Deutschland war, dass moderat linke Parteien wie die Grünen und die SPD Änderungen an einer als einseitig empfundenen Austeritätspolitik reklamierten,

---

Semester unter stärkerer Beteiligung des Europäischen Parlaments zum verbindlichen Koordinierungsverfahren nationaler Haushalts- und Wirtschaftspolitiken weiterentwickelt werden.“ Vgl. auch Bundestagsfraktion der Grünen, Grüne Erklärung zur Zukunft der Europäischen Union, hier: S. 3 und Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz, 16.11.12; vgl. ebenso: SPD aktuell, 21.5.10: „Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss bekräftigt und in seiner Funktion gestärkt werden, insbesondere die zuständigen europäischen Institutionen müssen wirksame Maßnahmen ergreifen können, die für eine effektivere Überwachung der Haushalts- und Finanzpolitik der Euro-Staaten notwendig sind.“; vgl. zur Kritik am Europäischen Semester: 10.6.11, SPD Pressemitteilung: „Es geht noch lange nicht allen gut, weil Deutschland Exportweltmeister ist.“; Beschluss des SPD-Parteivorstandes 12.3.12, Aus Verantwortung für Europa: Kein Pakt ohne Steuer.

<sup>923</sup> Vgl. beispielhaft Die Grünen, Pressemitteilung 9.9.10 sowie Frank-Walter Steinmeier, Rede in Bundestag 27.10.10: „Viele hier, auch die SPD, streiten für einen vernünftigen Frühwarnmechanismus, für einen wirksamen Stabilitätspakt. Über manches Instrument lässt sich diskutieren und müssen wir auch diskutieren. In der Grundhaltung gibt es doch zwischen vielen von uns keinen völlig unüberwindlichen Streit.“

<sup>924</sup> Renate Künast, Rede Bundestagsdebatte, 27.10.10: „Jetzt kommt noch Folgendes: Die Van Rompuy-Gruppe hat sich wie die Kommission auf ein quasi automatisches Defizitverfahren geeinigt. Das ist schon einmal gut, wenn dort auch einiges schwächer formuliert war. Doch dann haben Sie den französischen Präsidenten, Herrn Sarkozy, am Strand von Deauville getroffen und mit ihm am vergangenen Montag einen Deal vereinbart: Kehrtwende um 180 Grad. Das ist keine konsistente europäische Politik. Es stellt sogar die herrschenden Institutionen infrage, wenn Sie an dem gleichen Tag, an dem Van Rompuy ein quasi automatisches Sanktionsverfahren vorschlägt, gemeinsam mit Sarkozy sagen: Das wollen wir aber nicht.“; vgl. ebenso Reinhard Bütikofer in HAZ, 27.11.10: Merkel habe Sarkozys „Schlendrian“ nachgegeben; vgl. für die SPD: Frank-Walter Steinmeier, Bundestagsdebatte 27.10.10: „Damit wir uns nicht missverstehen: Auch wir, die SPD, sind für einen wirksamen Frühwarnmechanismus. Auch wir sind für glaubwürdige Sanktionen gegen notorische Defizitsünder. Aber genau das scheint mir durch den Alleingang, den ich Ihnen eben geschildert habe, gefährdet zu sein.“

<sup>925</sup> Frank-Walter Steinmeier, Bundestagsdebatte 14.12.11: „Egal was in dem sogenannten Fiskalpaket stehen mag: Alle automatischen Sanktionen – die ich darin nicht so recht finde – sind im Ernstfall ein Muster ohne Wert. Wenn sich auch nur ein einziger Staat auf den Vorrang des Europarechts, also auf den Lissabon-Vertrag, beruft, dann gilt der Vorrang des Lissabon-Vertrages. Das ist die Auffassung der Kommission – das steht seit gestern in den Zeitungen, Frau Merkel, das wissen auch Sie –, und deshalb kann ich nicht erkennen, dass das, was auf dem Gipfel stattgefunden hat, der Durchbruch ist.“; vgl. auch Die Grünen Bundestagsfraktion, Pressemitteilung 31.1.12, Die Zeit drängt: „Abgesegnet wurde ein Fiskalpakt, der nur noch ein gerupfter Rest von dem ist, was Frau Merkel im Dezember angekündigt hat. Es sind nicht mehr 26 Staaten in Europa, die ihn tragen, sondern nur noch 25; es werden die Schuldenbremsen nicht mehr zwingend in den Verfassungen verankert; es wird keine automatischen Sanktionen geben und auch die Kommission kann nicht Staaten, die gegen den Fiskalpakt verstoßen vor dem Europäischen Gerichtshof verklagen. Es gibt also faktisch keinerlei Mehrwert gegenüber den geltenden Stabilitätsregeln.“

ohne jedoch - im Gegensatz zum PS - einen Bruch mit der Europapolitik der Bundesregierung zu riskieren.<sup>926</sup> Der Wahlsieg der Sozialisten in Frankreich diene linken Kräften in Deutschland dazu, ihre seit Beginn der Euro-Krise formulierten Forderungen nach einer stärkeren Förderung von Wirtschaftswachstum auf nationaler wie europäischer Ebene sowie einer strengeren Finanzmarktregulierung zu erneuern.<sup>927</sup> Insbesondere der DGB, der sich frühzeitig für öffentliche Investitionen<sup>928</sup> einsetzte und deutsche wie europäische Schuldenbremsen als unsozial, undemokratisch und wirtschaftspolitisch kontraproduktiv zurückgewiesen hatte<sup>929</sup>, erkannte in François Hollande eine unterstützende Kraft für seine Ziele. Entsprechend euphorisch kommentierte der DGB im Mai 2012: „Kurswechsel in Europa: Frankreich-Wahl macht Hoffnung“<sup>930</sup> und verband mit der Formulierung „In Europa wird nicht nur Deutsch gesprochen“<sup>931</sup> den Wunsch nach einer expansiven, gemeinschaftlichen Wirtschaftspolitik.<sup>932</sup> Aus Sicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes hatte Frankreich schon in der Vergangenheit wichtige Beiträge zu einem sozialen Europa geleistet.<sup>933</sup> Der DGB verwies in seinen Positionierungen etwa für eine demokratisch legitimierte Wirtschaftsregierung, die Einrichtung einer europäischen Arbeitslosenversicherung oder die Erhöhung des deutschen Lohnniveaus und

---

<sup>926</sup> Vgl. Die Grünen Bundestagsfraktion, 31.1.12, Positionspapier, Fiskalpakt im Faktencheck: „Auch wir Grüne finden, dass dringend mehr Haushaltsdisziplin in der EU erforderlich ist und wir unterstützen eine Verbesserung der Defizitverfahren. Aber die Bundesregierung setzt mit dem Fiskalpakt zu einseitig auf Sparmaßnahmen. Zudem ist der Fiskalpakt auf einem Auge blind, denn eine wirtschaftliche Perspektive für die gesamte EU und insbesondere für die Staaten, die derzeit unter Druck stehen, zeigt er nicht auf. Er trägt somit nicht zur Lösung der aktuellen Probleme bei. Die Möglichkeit zur Einführung von Eurobonds oder einer Finanztransaktionssteuer erwähnt er nicht. Auch die Vermeidung der gefährlichen wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den Euro-Staaten wird durch den Pakt nicht angegangen. Die Bundesregierung will diese ausschließlich durch eine Rezession und niedrigere Einkommen in Südeuropa beseitigen.“; vgl. in ähnlicher Argumentation SPD, Pressemitteilung 23.1.12, „Merkel ohne klare Positionierung“ sowie Beschluss des Parteivorstands, 12.3.12: „Für den Beschluss des von der deutschen Bundesregierung intensiv nach vorne getriebenen Fiskalpakt sind diesmal die Stimmen auch der Sozialdemokratie nicht nur eine Frage der politischen Symbolik, sondern Voraussetzung für die Mehrheitsfähigkeit. Zweifelsohne liegt in einigen Ländern der Europäischen Union ein Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Haushalte vor. Wer zur Lösung aber ausschließlich auf harte Sparprogramme setzt, übersieht, dass es jeden Wachstumsimpuls braucht, um die Krise zu meistern: Sinkende Wachstumsraten führen zu mehr Arbeitslosigkeit und weniger Steuereinnahmen und damit nochmals höherem Konsolidierungsbedarf.“

<sup>927</sup> Vgl. stellvertretend Sigmar Gabriel in WELT, 2.5.12: „Merkel verleugnet Hollande.“ sowie Pressemitteilung SPD 7.5.12: „Frau Merkel wird sich bewegen müssen.“

<sup>928</sup> Vgl. DGB, Pressemitteilung 26.5.10, vgl. zusammenfassend DGB, 4.12.12: Ein Marshallplan für Europa.

<sup>929</sup> Vgl. beispielhaft DGB, Pressemitteilungen 2.3.12; 28.3.12 und 2.4.12. Der politische Gegenentwurf des DGB sah unter anderem einen europäischen Marshall-Plan und durch Vermögensabgaben finanzierte europäische Projektanleihen vor, vgl. Pressemitteilungen 22.7.11 und 29.9.11 sowie Stellungnahme des DGB im Bundestag, 2.5.12.

<sup>930</sup> DGB, Pressemitteilung 10.5.12.

<sup>931</sup> Zu verstehen als Kritik an der Formulierung Volker Kauders (CDU), DGB, Pressemitteilung 23.5.12.

<sup>932</sup> Vgl. DGB, Pressemitteilung 1.8.12, Frankreich: Kluge Alternative zur Kürzungspolitik: „Die französische Regierung hat richtig erkannt, dass endloses Sparen letztendlich nur das Wachstum abwürgt, ohne die Haushalte zu konsolidieren.“

<sup>933</sup> Vgl. ebd.

Binnenkonsums regelmäßig auf grundsätzliche Übereinstimmungen mit französischen Forderungen.<sup>934</sup>

Die linksliberalen Zeitungen SZ und Le Monde nahmen ebenfalls unterschiedliche Schwerpunktsetzungen in der wirtschaftspolitischen Betrachtung der „Euro-Krise“ vor. In der SZ wurde der auf die Person des neuen Staatspräsidenten projizierte Widerspruch von Spar- und Wachstumspolitik zurückgewiesen und ausdifferenziert.<sup>935</sup> Die Europapolitik Merkels wurde als weitgehend konsensfähiger Konsolidierungskurs gelobt, welcher auf der Grundlage eines präzisierten Regelwerks Voraussetzungen für zukünftiges Wachstum schaffe.<sup>936</sup> In Kommentaren in der Süddeutschen Zeitung wurden frühzeitig umfassende Sporbemühungen seitens der Krisenstaaten gefordert, welche durch punktuelle Wachstumsförderung im Euroraum unterstützt werden sollten. Wirtschaftswachstum wurde in der SZ jedoch in erster Linie als Resultat erfolgreicher Reformpolitik der Mitgliedsstaaten und höheren Anreizen zu privaten Investitionen verstanden.<sup>937</sup> Die entscheidenden Elemente einer Krisenlösungsstrategie für die Eurozone lagen gemäß den Kommentaren in der SZ in einem Paradigmenwechsel in Form eines konsequent betriebenen Schuldenabbaus<sup>938</sup> sowie verbindlicheren wirtschaftspolitischen Kontroll- und Sanktionsmechanismen.<sup>939</sup> Wenn auch vor zu einer zu großen Rigidität gewarnt und Griechenland als außergewöhnlich negativ betroffener Sonderfall betrachtet wurde<sup>940</sup>, so stimmte die SZ im Kern mit der konservativen wirtschaftspolitischen Krisenanalyse überein, wie sich beispielhaft an der Beurteilung des Fiskalpakts zeigen lässt:

„(...) verpflichten sich auf eine Kultur der Stabilität und der Haushaltsdisziplin, die manche „deutsch“ nennen. Genau besehen aber ist sie die gemeinsame Lehre aus dieser Krise: Wer

---

<sup>934</sup> Vgl. zusammenfassend: März 2014, DGB, Ein starkes Parlament für ein besseres Europa - Materialien zur Europawahl 2014, hier insbesondere S. 19 ff. sowie S. 32 ff.

<sup>935</sup> Vgl. SZ 9.5.12, Vor der Wahl: Hollande werde die Scheinalternative aufgeben und den Fiskalpakt anerkennen müssen. Im Gegenzug werde er ein seit geraumer Zeit in Vorbereitung befindliches Wachstumspaket als Verhandlungserfolg beanspruchen dürfen; vgl. ebenso SZ, 22.2.13, Krise, nächste Runde: „In Wahrheit sind die Alternativen viel komplizierter: Da geht es um den angemessenen Anteil des Staates in einem Wirtschaftssystem, um Dirigismus oder Liberalität, um die Bedeutung von Souveränität und die Handlungskraft einer Nation in der globalisierten Welt, um Wettbewerbsfähigkeit und Modernisierung.“

<sup>936</sup> Vgl. SZ, 25.5.12, Warten auf Hollande sowie SZ, 19.6.12: Merkel sei nicht Zuchtmeisterin Europas, die sich gegen Wachstum sperre, vielmehr habe sie das nachvollziehbare Ziel, Hilfen nur bei Gegenleistung zu gewähren, dies sei auch ihre Aufgabe als Kanzlerin. Merkel verfüge keinesfalls über Allmacht, sie sei ihrerseits Getriebene der Krise.

<sup>937</sup> Vgl. SZ, 13.2.10, Abstieg vom Schuldenberg sowie SZ, 20.03.10, Deutsche Stärke und Last; 11.5.10, Es lebe der Euro; 18.12.10, Europas Gewicht; 13.7.11, Risiko Italien und 31.1.13, Ende des Abgesangs.

<sup>938</sup> Vgl. SZ, 13.7.11, Risiko Italien sowie SZ, 14.11.11, Weg mit den Trümmern.

<sup>939</sup> Vgl. SZ, 10.12.11, Europa lebt noch: „In der Euro-Gruppe aber muss die Disziplin am größten sein, weil das Schicksal einer gemeinsamen Währung leider und glücklicherweise auch eine koordinierte Politik erfordert. Eine Währung ist dann stabil und stark, wenn die Wirtschaftspolitik des jeweiligen Staates solide ist - nicht zu viele Schulden, keine zu hohe Staatsquote, eine produktive Industrie, die in etwa ausgeglichen für den Export und den Binnenkonsum zu wettbewerbsfähigen Preisen produziert.“

<sup>940</sup> Vgl. SZ 10.5.11, Hilfe für die Griechen sowie SZ 3.2.12, Gescheiterte Retter.

sich zu sehr verschuldet, der wird angreifbar. Die Krise hat die beiden gefährlichsten Schwächen der Währungsunion offengelegt – das unkontrollierte Schuldenmachen mancher Länder und den schlampigen Umgang mit dem in den EU-Verträgen schon lange verankerten Stabilitätspakt, der Defizit- und Schuldengrenzen eigentlich festlegt.“<sup>941</sup>

Diese Muster zeigten sich auch in der Beurteilung der sozialistischen Regierungspolitik ab 2013. In den Kommentierungen der SZ wurde der Ansatz unterstützt, Austeritätspolitik aufzuweichen und im Gegenzug zu Reformzusagen zeitliche Vorgaben des Stabilitätspakts flexibler zu gestalten.<sup>942</sup> Frankreich wurde als Testfall für dieses Szenario identifiziert und kritisch beobachtet.<sup>943</sup> Ausgehend von der Mahnung, einen Zeitaufschub für Frankreich nicht als Sieg François Hollandes zu werten<sup>944</sup> und Vorwürfen, die Wirksamkeit des Stabilitätspakts zu beschädigen<sup>945</sup> steigerte sich die Kritik in der Darstellung Frankreichs als Vertreter eines wirtschaftlich schwachen und reformmüden Südeuropas, welches nur durch Souveränitätseinschnitte zu mehr Disziplin zu bewegen sei.<sup>946</sup> Wiederkehrendes Motiv in der Frankreich-Beobachtung seitens der SZ war die Aufforderung zu Strukturreformen nach deutschem Vorbild:

„Entweder die Krisenstaaten inklusive Italien und Frankreich verweigern eine Modernisierung ihrer Volkswirtschaften - und verabschieden sich dafür von ihrem heutigen Lebensstandard, der modernen Volkswirtschaften entspricht. Oder aber sie reformieren ihre Wirtschaft weiter, wie es die Deutschen mit der Agenda 2010 vorgemacht haben.“<sup>947</sup>

Sowohl Frankreich als auch Italien wurde ein mangelnder wirtschaftspolitischer Anpassungswille attestiert, welcher letztlich die WWU in ihrer Gesamtheit gefährde.<sup>948</sup> In der pointierten Feststellung „Die größte Gefahr geht jetzt von Frankreich aus, dem neuen kranken Mann Europas“<sup>949</sup> deckte sich die Position der SZ mit dem konservativ-liberalen Spektrum in Deutschland. Gleiches galt für die positive Darstellung Irlands als Beweis für den Erfolg konsequenter Reformen.<sup>950</sup>

---

<sup>941</sup> SZ, 8.3.12, Schutzschild Fiskalpakt, vgl. zur Priorisierung von Konsolidierungspolitik ebenfalls SZ, 2.6.12, Europas Rettung.

<sup>942</sup> Vgl. SZ, 24.4.13, Grenzen des Sparens.

<sup>943</sup> Vgl. SZ, 22.2.13, Krise, nächste Runde: „Vielleicht predigt Präsident François Hollande deswegen seit Wochen, dass nun endlich Schluss sein müsse mit dem Sparen; der Staat müsse stattdessen die Wirtschaft mit frischem Geld stimulieren.“ SZ, 23.4.14, Europas Fliehkraft: "Frankreich hingegen macht Sorgen."

<sup>944</sup> Vgl. SZ, 11.5.13, Neuer Fokus.

<sup>945</sup> Vgl. SZ, 17.8.13, Der fragile Aufschwung sowie SZ, 16.9.13, Aus der Krise nichts gelernt

<sup>946</sup> Vgl. SZ, 3.1.14, Ruhe ansaft.

<sup>947</sup> Zitat ebd., vgl. auch SZ, 31.1.13, Ende des Abgesangs, „Startet François Hollande endlich eine Reformagenda à la Gerhard Schröder?“, ähnlich: SZ, 2.10.13, Gesucht: Architektin sowie SZ, 5.4.14, Schuld sind die anderen: „beide Länder brauchen einen Schröder-Moment“.

<sup>948</sup> Vgl. ebd.: „Es zerreißt auf Dauer den Euro, wenn zwei zentrale Volkswirtschaften vor sich hinmürksen (...) Vielleicht hilf ein Blick darauf, wo Frankreich zum Start des Euro stand: Arbeitslosigkeit, Pro-Kopf-Einkommen und Schulden ähnelten Deutschland. Aus dieser Entwicklung müsste sich schließen lassen, dass Frankreich und Italien lieber den deutschen Weg beschreiten sollten. Sie habe lange genug damit verbracht, immer anderen die Schuld zu geben.“

<sup>949</sup> SZ, 10.5.14, vgl. ähnlich SZ, 6.5.14, Europas neues Sorgenkind.

<sup>950</sup> Vgl. SZ, 17.10.13, Ein Funken Hoffnung sowie SZ, 22.10.13, Auf das Wachstum schauen.

Abweichend hierzu war die Kommentierung und Analyse der „Euro-Krise“ in *Le Monde* von einer durchgehenden Kritik an strikten Sparprogrammen gekennzeichnet, welche frühzeitig unter den Schlagworten *austérité* und *rigueur* zusammengefasst wurden.<sup>951</sup> In den Darstellungen der französischen Tageszeitung lag die Krisenlösung vielmehr in einer Stärkung der politischen Verfasstheit der Eurozone sowie einer aktiven Förderung von Wirtschaftswachstum auf europäischer Ebene.<sup>952</sup> Ohne eine politische Vision für die Eurozone wurde staatliche Konsolidierungspolitik als nicht zielführend betrachtet.<sup>953</sup>

Der Reformprozess der Eurozone mit der schrittweisen Verschärfung des haushaltspolitischen Regelwerks wurde in *Le Monde* als grundsätzlich notwendig angesehen, wobei Warnungen vor negativen Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum in Frankreich und der Eurozone ausgesprochen wurden.<sup>954</sup> In der Bewertung des Stabilitäts- und Wachstumspakts lag ein entscheidender Unterschied zur Süddeutschen Zeitung darin, dass der Pakt nicht per se als sinnvolles Instrument wahrgenommen wurde, sondern indirekt aufgrund seiner europapolitischen Bedeutung als notwendiges Regelwerk anerkannt wurde:

„Or, au sein de la zone euro, l'objectif des 3 % est jugé intangible, sauf événement majeur, comme l'ont montré les récentes discussions au sujet de l'Espagne. La crédibilité du prochain chef de l'Etat français sera jaugée à sa capacité à tenir ce cap, dans une Europe où les rapports de force sont plus que jamais liés aux performances budgétaires des parties en présence.“<sup>955</sup>

---

<sup>951</sup> Vgl. *Le Monde*, 12.5.10: Les plans d'austérité compromettent-ils la croissance?; *Le Monde*, 16.5.10, Les doutes sur la gouvernance et la croissance en Europe font plonger l'euro; *Le Monde*, 5.4.11, Le remède va-t-il tuer le malade ?; *Le Monde*, 26.11.10, L'Europe condamnée à la rigueur unique; vgl. *Le Monde*, 27.8.11 En Europe, la rigueur hypothèque la croissance; vgl. ebenfalls zur Aufnahme Estlands in die Eurozone: *Le Monde*, 28.11.13: „La championne d'Europe de l'austérité“.

<sup>952</sup> Vgl. *Le Monde*, 9.6.10, Les ratés du moteur franco-allemand sowie *Le Monde*, 24.8.11, Pour surmonter la crise, l'Europe doit tirer la leçon de ses échecs: „Il fallait sans doute qu'une autorité publique entretienne l'idée - certains diront l'illusion - d'une gouvernance, d'une présence, d'une potentielle résistance.“; *Le Monde*, 10.5.13, La relance européenne, clé de la reprise.

<sup>953</sup> Vgl. ebd.: „Les épisodes d'une crise financière susceptible d'entraîner une grave récession seront lourds de conséquences pour l'Union et la zone euro. Soit cette dernière s'attache enfin à réformer en profondeur son fonctionnement, à définir des mécanismes de solidarité en son sein et à repréciser les règles de sa coordination budgétaire - mais aussi fiscale et sociale -, soit elle entrera dans un cercle vicieux. Ce scénario cauchemardesque consisterait en une lutte aveugle contre l'endettement des Etats, ce qui menacerait leur croissance tout en creusant un peu plus la dette et en rendant impossible le rééquilibrage budgétaire... Sans évoquer les conséquences potentiellement explosives d'un appauvrissement des populations et, finalement, d'une mise en péril de la zone euro elle-même. Si, comme le disent certains, l'Union européenne s'est toujours bâtie sur des crises, elle doit tirer les leçons de ses derniers échecs et instaurer la fameuse "gouvernance économique" qui lui fait défaut.“

<sup>954</sup> Vgl. beispielsweise *Le Monde*, 29.1.12, Croissance, comment éviter le pire?; 31.3.12, N'oublions pas, la crise de l'euro est toujours là; 21.4.12, Austérité en Europe: trop fort, trop vite?; 22.4.12, Austérité et croissance : le coût de la douleur; 13.7.12, La surenchère de l'austérité fragilise la zone euro; 6.4.14, Les périls du désendettement.

<sup>955</sup> *Le Monde*, 11.4.12, La campagne française partage l'Europe.

Die Ankündigung von Nachverhandlungen zum Fiskalpakt wurden entsprechend in einer stärker auf Frankreich fokussierten Betrachtung sehr positiv kommentiert.<sup>956</sup> Weiterhin auffällig an der Behandlung des Fiskalpakts war die Diskussion möglicher neuer Spielräume in der Interpretation des Regelwerks.<sup>957</sup> Die Fristverlängerung zur Anpassung des Haushaltsdefizits an die Stabilitätskriterien für Frankreich im Sommer 2013 wurde von den Sozialisten entsprechend als Erfolg präsentiert, zumal auch auf europäischer wie globaler Ebene Diskussionen über die Grenzen von Austeritätspolitik an Dynamik gewannen<sup>958</sup>:

„Mais c'est bien le report de la cible de 3% de déficit nominal d'un ou deux ans pour plusieurs Etats, 2 ans pour la France par la Commission, qui est la manifestation la plus spectaculaire de cette percée de nos idées, la plus grande victoire de notre action européenne aussi.“<sup>959</sup>

Die von den französischen Sozialisten reklamierte Neuorientierung europäischer Haushalts- und Wirtschaftspolitik scheiterte letztlich an realpolitischen Zwängen. Indem die neue französische Regierung einen um Wachstumselemente ergänzten Fiskalpakt akzeptierte und für eine zeitnahe Umsetzung mittels eines einfachen Gesetzes warb,<sup>960</sup> näherte sie sich aus europapolitischem Pragmatismus der konservativen Strategie zur Krisenbewältigung an. Die auf Regierungsebene kommunizierte Interpretation der europaweiten Implementierung von Schuldenbremsen als Ausgangspunkt für eine

---

<sup>956</sup> Le Monde, 11.5.12, La France, l'Europe et le modèle "hollandiste": „Angela Merkel a entendu le message. Porté par son partenaire français, il ne peut laisser l'Allemagne indifférente. Nicolas Sarkozy pensait sûrement la même chose que François Hollande sur le fond du sujet. Mais c'est le socialiste qui, en insistant sur une renégociation du pacte budgétaire, force la main à l'Allemagne. C'est lui qui fait entrer à la chancellerie cette vérité qu'elle préférerait ignorer : les peuples de la zone euro ne peuvent avoir l'austérité budgétaire pour seul horizon. (...) François Hollande veut y ajouter un volet croissance. C'est de bonne politique économique - et de bonne politique tout court. Il trouvera un compromis avec Angela Merkel et avec Bruxelles.“

<sup>957</sup> Vgl. Le Monde, 12.9.12 : 3 % de déficit, oui. Mais pourquoi en 2013?: „Le vrai débat porte moins sur cette affaire française - la répartition de l'effort budgétaire - que sur le timing que se sont fixés les Européens. En période d'activité basse, l'austérité budgétaire risque de plomber un peu plus la croissance - donc la recette fiscale, donc la dette. D'où l'idée, avancée par nombre d'économistes, et qui figure dans le futur traité budgétaire européen, d'ajuster les objectifs de déficit aux aléas de la conjoncture. C'est la notion de déficit " structurel". Un déficit corrigé, sous le contrôle de la Commission, en fonction de l'état de la croissance. Ce qui est gravé dans le marbre, c'est le retour à l'équilibre ; la variable, la date butoir.“

<sup>958</sup> Vgl. José Manuel Barroso, Rede bei Veranstaltung des Think Tanks Dialogue, Brüssel, 22.4.13: „(...)The real risk of fragmentation comes from not hearing citizens' concerns. The real stress test today is the polarisation that is threatening to be the end result of the crisis. So there is a real risk of polarisation in Europe. I am deeply concerned about the divisions that we see emerging: political extremes and populism tearing apart the political support and the social fabric that we need to deal with the crisis; disunion emerging between the centre and the periphery of Europe; a renewed demarcation line being drawn between the North and the South of Europe“. Vgl. auch SZ, 24.4.13, Grenzen des Sparens; vgl. SZ, 11.5.13, Nicht nur sparen; vgl. Paul Krugman, Austerität: Der Einsturz eines Glaubensgebäudes, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 7/2013, S. 45-58. Vgl. Handelsblatt, 24.4.13, Streit über Europas Sparkurs - Die Bundesregierung steht mit dem von ihr gepredigten schnellen Defizitabbau zunehmend allein da.

<sup>959</sup> Pierre Moscovici, Rede anlässlich Botschafterkonferenz, 28.8.13

<sup>960</sup> Und somit ein Wiederaufleben europapolitischer Grundsatzdebatten (Vertrag von Maastricht sowie Europäische Verfassung) zu vermeiden.

wachstumsorientierte Neuausrichtung löste aufgrund ihrer Widersprüchlichkeit zur sozialistischen und grünen Programmatik intensive parteiinterne Konflikte aus.<sup>961</sup> Die in den Oppositionsjahren etablierten Muster grundsätzlicher Kritik an, insbesondere durch deutsche Konservative und Liberale betriebene, Austeritätspolitik<sup>962</sup> erfuhren eine Relativierung, indem Schwerpunkte in der Kommunikation auf die Unzufriedenheit mit der regelbasierten Funktionsweise der Währungsunion sowie anhaltenden Handelsbilanzungleichgewichten<sup>963</sup> gelegt wurde.<sup>964</sup> Für die Koalition aus PS und EELV war der Verzicht auf eine europapolitische Konfrontation mit der konservativ geführten deutschen Regierung ein weiterer destabilisierender Faktor.<sup>965</sup>

Auch innerhalb der deutschen Grünen sowie der SPD wurden der von den Parteispitzen mit der schwarz-gelben Koalition ausgehandelte Kompromiss zum Wachstumspakt sowie die grundsätzliche Unterstützung der Krisenstrategie der Bundesregierung kritisiert.<sup>966</sup> Beide Parteien befanden sich jedoch in Bezug auf die

---

<sup>961</sup> Vgl. für den PS: programmatischer Beitrag Henri Weber, *Europe: quel fédéralisme, et pour quoi faire?*, 17.7.12. Vgl. ebenso *Le Monde*, 2.10.12, *Traité budgétaire européen, trop tard pour dire "non"* sowie stellvertretend für den linken Flügel: Emmanuel Maurel, *Antrag auf Parteitag in Toulouse*, 26.10.12, *Maintenant la gauche, le social au cœur*. Vgl. zu Spannungen innerhalb von EELV: *Le Figaro*, 23.8.12, *Les Verts se déchirent sur le traité européen*; vgl. Alain Liepitz / Noël Mamère in *Le Monde*, 20.9.12: *"Non à la dictature de l'austérité"*; vgl. *Conseil fédéral EELV*, 22.9.12, *Parteitagsbeschluss gegen Ratifizierung des Fiskalpakts mit 70% der Stimmen angenommen*; vgl. *Le Monde*, 23.9.12, *Le „refus fondateur“ d'EELV au traité européen*.

<sup>962</sup> Vgl. Jean-Christophe Cambadélis, 2012: *l'année de tous les dangers*, in: *Nouvelles Internationales*, Nr. 54, 4.1.12 sowie ders., *Afghanistan et Europe: deux défis deux échecs de Nicolas Sarkozy*, in: *Nouvelles Internationales*, Nr. 56, 26.1.12: *„Angela Merkel a enfermé l'Europe dans le piège du tout „austérité budgétaire.“*

<sup>963</sup> Vgl. Interview François Hollande in *Le Monde*, 17.10.12, *Comment guérir l'Europe: „Les pays qui sont en excédent doivent stimuler leur demande intérieure par une augmentation des salaires et une baisse des prélèvements, c'est la meilleure expression de leur solidarité“*; ähnlich Zitierung François Hollande in *Le Monde*, 14.12.12, *Europe: union bancaire, pas politique: „S'il y a des pays, et nous les connaissons, qui doivent faire un effort de compétitivité, il y en a d'autres qui doivent réduire leurs excédents commerciaux et soutenir la demande intérieure.“*

<sup>964</sup> Vgl. Elisabeth Guigou, *Europe: quel saut institutionnel?*, in: *Revue socialiste* N. 49, 1.1.13: *„Une véritable union économique passe par le respect des règles de discipline prévues par les traités, mais aussi par la coordination des politiques économiques et le soutien à la croissance. Ces objectifs, qui étaient ceux du traité sur l'UEM ont été perdus de vue. Depuis dix ans, les gouvernements des Etats de la zone euro ont avalisé la dérive libérale de l'UE et, de surcroît, se sont affranchis des règles de la monnaie unique.“*; vgl. ebenso François Hollande in *Nouvel Obs*, 10.10.13: *„Or, ce n'est pas avec des critères, des procédures et des disciplines qu'on va convaincre les peuples.“*

<sup>965</sup> Vgl. Interview Eva Joly in *Aujourd'hui en France*, 24.3.13, *„Cette succession d'affaires est une bombe à fragmentation“*, sowie *Aujourd'hui en France*, 21.8.14, *Duflot lâche ses flèches: „Selon elle, le président « a oublié ceux qui l'ont porté à l'Elysée, a peu à peu tourné le dos à l'aspiration à plus d'égalité et de justice sociale »*. Elle reproche à Hollande de *« ne pas tenir ses engagements »*, *d'avoir délaissé les quartiers populaires, de ne pas avoir mené la bataille contre Angela Merkel au niveau européen et d'avoir fait de son quinquennat le « récit de la lutte sans fin contre la dette »*“.

<sup>966</sup> Vgl. zu Forderungen im Vorfeld: *Beschluss des Parteivorstands der SPD*, 12.3.12, *welcher unter der Formel „Kein Pakt ohne Steuer“ eine Finanztransaktionssteuer als Junktim setzte*; vgl. *SPD, Pressemitteilung* 21.3.12, *Hollande und Gabriel darüber einig, dass ein europäischer Fiskalpakt dringend um die Idee einer Finanztransaktionssteuer und ein Wachstumsprogramm ergänzt werden muss*; vgl. zum parteiinternen Konflikt über die Finanztransaktionssteuer und das Verhältnis zur

Forderung nach einer europäischen Wachstumspolitik<sup>967</sup> und eine etwaige Flexibilisierung des Stabilitäts- und Wachstumspakts in einem strategischen Dilemma. Die Handlungsspielräume für die deutschen Grünen und die SPD waren in dem Sinne nochmals geringer, als dass sie einem weitreichenden gesellschaftlich-politischen Konsens für ein strenges Regelwerk gerecht werden mussten.<sup>968</sup> Vor diesem Hintergrund ist auch der Vorstoß Sigmar Gabriels für eine Neuinterpretation des Stabilitätspaktes im Jahr 2014 zu sehen. In Reaktion auf das Erstarken des Front National bei den Europa-Wahlen und eine zunehmende internationale Kritik an den Auswirkungen stark restriktiver Haushaltspolitik warb der SPD-Vorsitzende dafür, Zeiträume für die Reduzierung übermäßiger Staatsdefizite zu erhöhen.<sup>969</sup> Diese Initiative wurde in Deutschland kurzzeitig intensiv diskutiert<sup>970</sup>, wobei Kommentierungen in der SZ sowie verschiedene Positionierungen innerhalb der Grünen abermals die Grenzen des politisch Möglichen im moderat linken Spektrum aufzeigten: Während die Gefahren einer zu strengen Sparpolitik durchweg anerkannt wurden und die Gewährung von Fristverlängerungen bei Reformzusagen unterstützt wurden<sup>971</sup>, so warnte die SZ vor einer Lockerung der Grenzwerte<sup>972</sup>. Auch der Grünen-Bundestagsabgeordnete Manuel Sarrazin maß in großer Übereinstimmung mit konservativ-liberalen Argumenten der Aufrechterhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts höchsten Wert zu:

---

CDU: 29.3.12 FAZ, Offener Streit in der SPD-Führung über Fiskalpakt-Strategie; vgl. FAZ, 1.4.12, Großer Europa-Appel der SPD-Troika; 2.4.12 FAZ: SPD-Troika um Einigkeit bei Fiskalpakt bemüht, ebenso: 2.4.12, SZ, Ein Versuch der Harmonie; zu weitergehenden Forderungen des linken Parteiflügels vgl. Frankfurter Rundschau, 13.6.12, Rote Geranien auf dem Misthaufen. Vgl. zur innerparteilichen Auseinandersetzung der Grünen TAZ, 21.3.12, Grüne bremsen beim Fiskalpakt - Nach interner Kritik am regierungsfreundlichen Kurs knüpfen die Grünen ihr Ja zum Sparpakt nun an mehr Bedingungen und stellen den Zeitplan in Frage und WELT, 31.5.12, Euro-Verhandlungen spalten die Grünen - Einflussreiche Europa- und Finanzpolitiker fordern einen Sonderparteitag zum Fiskalpakt. Das setzt die Führung unter Druck; vgl. zur Kritik aus Gewerkschaftssicht: DGB, Pressemitteilung 29.6.12.

<sup>967</sup> Vgl. beispielhaft Die Grünen, Pressemitteilung 2.3.12, Investitionen in Wachstum und Beschäftigung bleiben aus; vgl. 31.5.12, gemeinsames Positionspapier der Bundestagsfraktionen von SPD und B90 Die Grünen, Europa stärken - Weichen für nachhaltiges Wachstum stellen.

<sup>968</sup> Vgl. FAZ, 28.3.12, Soll sie doch; vgl. SZ, 25.5.12, Das Dilemma der Sozialdemokraten - Ein Ja zur Eurorettung würde Schwarz-Gelb stützen, ein Nein der eigenen Überzeugung widersprechen.

<sup>969</sup> Vgl. Der SPIEGEL, 23.6.14, Schach der Königin.

<sup>970</sup> Vgl. beispielsweise Der Tagesspiegel, 19.6.14, Klare Ansage - Die Kanzlerin zieht im Streit um den europäischen Stabilitätspakt die Bremse sowie aus konservativer Perspektive sehr kritisch: Die Welt, Dorothea Siems, 20.6.14, Gabriels Europa-Idee.

<sup>971</sup> Vgl. Namensbeitrag Simone Peter in Welt, 30.6.14, EU braucht Investitionen: „Dabei würde es sich lohnen, über mehr Flexibilität dem Stabilitätspakt nachzudenken, die über mehr Zeit zur Umsetzung von Reformen hinausgeht. Niemand zweifelt an der Notwendigkeit gemeinsamer finanzpolitischer Regeln in einer Währungsunion, doch Europa leidet an einer massiven Investitionsschwäche. Ein Grund dafür ist, dass sinnvolle Investitionen grundsätzlich genauso behandelt werden wie etwa die Erhöhung der Militärausgaben. Es kann zukünftig nicht darum gehen, Konsumausgaben als Investition zu deklarieren. Aber nur mit rentierlichen Investitionen in Klimaschutz und Bildung, in Infrastruktur und Gesundheit wird die Zukunft Europas gesichert.“

<sup>972</sup> Vgl. Süddeutsche Zeitung, 20.6.14, 3,0 ist nicht 4,0 oder 5,0, hier insbesondere mit einem skeptischen Blick auf die vermeintlich reformunwilligen Staaten Frankreich und Italien.



„Wer der Ansicht ist, dass die Euro-Krise noch lange nicht überstanden ist, darf die Glaubwürdigkeit des reformierten Paktes durch leichtfertige Aussagen nicht in Gefahr bringen. Jetzt, wo Portugal, Griechenland, Zypern, Irland und Spanien sich wieder verstärkt am Markt verschulden müssen, ist die Verlässlichkeit des Stabilitätskurses der Euro-Zone bares Geld für ihre Zinskosten. Es ist absurd, zu behaupten, etwas gegen den Sparkurs und für Investitionen machen zu wollen, aber gleichzeitig zu riskieren, dass die hohen Zinsaufschläge für diese Länder zurückkehren. (...) Die Einwürfe aus Frankreich und Italien erwecken eher den Eindruck, dass es um weniger Kontrolle aus Brüssel geht und nicht um Spielraum für Investitionen. Jetzt bestimmte Teile aus der Anrechenbarkeit des 2011 erst verbindlich gemachten Schuldenstands herauszulösen wäre vor allem ein Rückschlag für die Glaubwürdigkeit der haushaltspolitischen Überwachung durch die Europäische Kommission und den Ministerrat. Jeder weiß, dass eine im Format der 28 EU-Mitgliedsstaaten verhandelte Definition von „Zukunftsinvestitionen“ am Ende alles und jedes beinhalten würde. Eine Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes würde der nachhaltigen Erholung der Euro-Zone schaden.“<sup>973</sup>

Existierende länderübergreifende Konvergenzen bei Themen wie der Forderung nach wachstumsunterstützenden Maßnahmen<sup>974</sup>, einer Erhöhung des EU-Budgets<sup>975</sup>, des Aufbaus einer europäischen Industriepolitik, einer sozialen Ausgestaltung der Konsolidierungsmaßnahmen sowie der Europäischen Integration insgesamt<sup>976</sup> hatten mangels politischer Umsetzbarkeit weitestgehend rhetorischen Wert. Eine entscheidende Einschränkung für den deutsch-französischen Austausch bestand im begrenzten Handlungsspielraum deutscher Sozialdemokraten und Grünen. Eine Flexibilisierung von Stabilitäts- oder Fiskalpakt war unter den gesellschaftlich-politischen Rahmenbedingungen der deutschen Debatte keine strategische Option. Die von den französischen Sozialisten

---

<sup>973</sup> Gastkommentar Manuel Sarrazin, Handelsblatt, 14.7.14, Hände weg vom Stabi-Pakt - Frankreich und Italien stellen die falschen Forderungen nach Veränderung.

<sup>974</sup> Vgl. für die Grünen, Pressemitteilung 8.2.14.

<sup>975</sup> Vgl. für die PS: Nouvelles Internationales, 20.2.13; vgl. für die SPD: Pressemitteilung 22.11.12: Der mehrjährige Finanzrahmen der EU müsse auch Wachstumsmotor sein; vgl. ebenfalls gemeinsame Positionierung europäischer Abgeordneter von EELV (Daniel Cohn-Bendit, Pascal Canfin) und den Grünen (Sven Giegold) in Le Monde, 5.2.10, La crise impose à l'Europe de repenser en profondeur.

<sup>976</sup> Dieses Thema verengte sich im Beobachtungszeitraum stark auf die symbolisch aufgeladene Forderung nach Jugendgarantien; vgl. kritisch zur inhaltlichen Substanz beispielsweise DGB, Pressemitteilungen 20.6.13 und 27.6.13; vgl. weitgehende Konvergenzen in Forderungen nach Sozialer Fortschrittsklausel: B90 Die Grünen, Sonder-Länderrat 24.6.12; SPD, Erklärung des Parteivorstands zur Schaffung eines Sozialen Europas, 26.9.11; ähnlich bei PS, 9.10.10, Erklärung Convention; vgl. auch zur Erweiterung des Regelwerks um soziale Indikatoren: Rede Thierry Repentin in Assemblée Nationale, 23.10.13. Aus Gewerkschaftssicht vgl. CFDT, Pressemitteilung 14.12.10 und Positionspapier 1.5.11, L'euro, un projet d'avenir. Vgl. ebenso Nicolas Ballot in Syndicalisme Hebdo, Nr. 3346, 16.2.12, La seule austérité n'est pas la bonne réponse à la crise. Die CFDT nahm eine moderate Position ein und begleitete die europaweiten Sparmaßnahmen kritisch-konstruktiv: „On voit bien comment, dans ces conditions, il serait nécessaire de réduire les taux d'endettement tout en accompagnant la réduction des déficits publics par des mesures de relance de l'activité. Enfin, on comprend aussi que le "tempo" qu'exigent les marchés pour garantir la réduction des déficits oblige les Etats à prendre des mesures brutales, alors qu'il conviendrait de prendre davantage de temps pour réinstaller les bases de la croissance et d'un système productif solide. Au-delà de la menace économique qu'elle représente, cette crise est révélatrice de la grave crise politique que connaît l'Europe. Face au risque d'éclatement de la zone euro, les dirigeants de l'UE agissent à minima, sans se donner les moyens de se doter d'outils européens de pilotage.“, Zitat in CFDT magazine Nr. 378, Dezember 2011, L'Europe toujours dans la tourmente, S. 4-10, hier: S. 4 f.

geforderte Neuausrichtung Europas wurde mit Ausnahme des DGB innerhalb des linken Spektrums in Deutschlands nur bedingt aufgegriffen, da eine Aufweichung haushaltspolitischer Regeln auch für linke Parteien in Deutschland mit Einbußen europapolitischer Glaubwürdigkeit einherging. Ebenso gelang es linken Akteuren in Deutschland nicht, eine eindeutige Definition einer Wirtschaftsregierung zu etablieren und der Skepsis ordoliberaler Strömungen entgegenzusetzen. Ein Spezifikum in der Debatte innerhalb der französischen Linken wiederum war die weithin offene Kritik einer *dérive libérale* der Funktionsweise der Europäischen Union und der Gemeinschaftswährung im Speziellen. Eine derartige grundlegende Infragestellung wirtschaftspolitischer Orientierung reichte in Frankreich über das moderat linke Lager hinaus bis ins konservative Spektrum, während deutsche Sozialdemokraten und Grüne weitaus moderaterer argumentierten.

#### **4.2.3 Fundamentale Änderung wirtschaftspolitischer Strukturen und Prioritäten**

Die Betrachtung radikalerer, eurokritischer Positionen zeigte eine weitestgehende Konvergenz zwischen dem französischen Front de Gauche und der deutschen Linkspartei. In der Zurückweisung einer im Zuge der Krise auferlegten Spar- und Reformpolitik stimmten Vertreter der politischen Linken ebenso überein wie in den Grundzügen einer umfassenden gemeinsamen Investitionspolitik und der Aufwertung sozialer Sicherungssysteme. In der Rückbindung der Euro-Debatte in die nationalen Kontexte nahmen beide Parteien eigene, innenpolitisch motivierte Schwerpunktsetzungen vor.

Der Front national und die Alternative für Deutschland sind vor dem Hintergrund ihrer stark unterschiedlichen Ursprünge und Zielsetzungen nicht unmittelbar miteinander vergleichbar. Dennoch lassen sich durch eine Untersuchung ihrer Argumentationsmuster wichtige Einflussfaktoren für die jeweils nationalen politischen Rahmenbedingungen identifizieren. Während der Front national ähnlich wie die linksgerichteten Parteien sein Protestpotential aus der Abwehr einer aufoktroierten Austerität generieren konnte, gründete die Argumentation der AfD auf der Forderung nach einer Wiederherstellung und strikten Auslegung des ursprünglichen Regelwerks der Währungsunion. Beiden Formationen gemein waren jedoch grundlegende Zweifel an der Funktionsfähigkeit des Euro und der weitgehende Verzicht auf eine Weiterentwicklung der makroökonomischen Koordinierung.

Aufgrund der Tatsache, dass die linken Parteien in Deutschland und Frankreich die Krise im Euroraum nicht schwerpunktmäßig auf exzessive Staatsverschuldung

zurückführten<sup>977</sup>, lehnten sie die in der Folge implementierte Kürzungs- und Sparpolitik ab. Frühzeitig wurden Konsolidierungs- und Reformmaßnahmen unter dem Begriff der Austerität zusammengefasst und entschieden zurückgewiesen. Ein geteiltes Argumentationsmuster lag in der Warnung eines Souveränitätsverlusts zulasten von Finanzmarktakteuren, sowohl durch eine Verengung politischer Gestaltungsspielräume als auch in Form zusätzlicher finanzieller Einschnitte für weite Teile der Bevölkerung.<sup>978</sup> Als Resultat einer Verschärfung des Stabilitätspakts wurden ein Sozialabbau und zunehmende Verwerfungen befürchtet.<sup>979</sup> Ebenso widersprach der Ansatz einer Sparpolitik in Krisenzeiten keynesianisch geprägten ökonomischen Überzeugungen der Linken. Beide Parteien warnten entsprechend vor einer umfassenden und simultan implementierten Kürzungspolitik innerhalb der Eurozone und der Europäischen Union.<sup>980</sup> Die deutsche Linke bekräftigte ihre ökonomische Einschätzung sowie ihre Ablehnung eines strikteren Regelwerks mit einem Verweis auf Frankreich:

„Der Stabilitäts- und Wachstumspakt soll verschärft werden. Dies wird die Wirtschaft abwürgen, die Schulden werden steigen nicht sinken. Frankreich und Spanien haben zu Recht darauf verwiesen, dass flexiblere Regeln für die Neuverschuldung und ein Ende deutschen Lohndumpings das beste Mittel gegen Schuldenkrisen in Europa sind.“<sup>981</sup>

In der Kommentierung der konservativen Krisenpolitik der Anfangsjahre nahmen sowohl die Linke als auch der Front de Gauche den Fall Griechenlands als Anlass um vor europaweit schädlichen Auswirkungen strenger Sparpolitik zu warnen und auch speziell auf die jeweils heimische Bevölkerung einzugehen.<sup>982</sup> Nationalspezifische Muster waren in Deutschland die Kennzeichnung des forcierten Schuldenabbaus als „Brüningsche Sparprogramme“<sup>983</sup> sowie als Europäisierung einer unsozialen Wirtschaftspolitik nach dem

---

<sup>977</sup> Siehe Kapitel 4.1.3

<sup>978</sup> Vgl. Gesine Löttsch, Rede in Bundestag, 7.5.10; vgl. Die Linke, Pressemitteilung 30.06.10. Dieter Dehm kritisierte einen möglichen Stimmrechtsentzug von überschuldeten Staaten im Rat als undemokratisch, vgl. Diether Dehm, Rede in Bundestag, 27.10.10.

<sup>979</sup> Vgl. Die Linke, Pressemitteilung 19.10.10 sowie Rede Alexander Ulrich in Bundestag, 24.11.10. Vgl. für den Front de Gauche: 21.02.11, Positionspapier Quelle Europe sowie 8.4.11, Leitantrag Wahlprogramm 2012 und Pressemitteilung Jean-Luc Melenchon, 5.11.11.

<sup>980</sup> Vgl. zu Prognosen einer Krisenverschärfung durch Kürzungsprogramme beispielhaft 21.5.10, Gregor Gysi, Rede in Bundestag sowie Die Linke, 28.10.10: „Die Forderungen der Bundeskanzlerin nach einer Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, Strafen für Defizitsünder und einem dauerhaften Krisenmechanismus sind ein Attentat auf den Aufschwung.“ Vgl. auch Die Linke, Pressemitteilung 22.5.11.

<sup>981</sup> Die Linke, Pressemitteilung 18.6.10.

<sup>982</sup> Vgl. Die Linke, Pressemitteilung 5.3.10: „Erpressungspolitik gegenüber der griechischen Bevölkerung“ als „Vorgesmack auf bevorstehenden Sozialabbau in Deutschland.“

<sup>983</sup> Die Linke, Pressemitteilung 26.2.10: „Brüningsche Sparprogramme werden spätestens am griechischen Generalstreik scheitern, die Schrumpfkur für den EU-Binnenmarkt muss verhindert werden. Die hysterische Panikmache zum Euro ist Neoliberalismus pur.“ sowie Ulrich Maurer, Rede in Bundestag 8.9.11: „Die Italiener und die Spanier machen jetzt schreckliche Dinge, die ihre Länder in die Depression treiben werden. Warum ziehen Sie nicht die Lehren aus der deutschen Geschichte? Die deutsche Reichsregierung hat sich auf genau die gleiche Art und Weise in die Krise hineingespargt, wie Sie es jetzt verordnen, nämlich zulasten der Masseneinkommen. Das hat uns

Muster der Agenda 2010. Gregor Gysi prägte den Begriff eines „Agenda-2010-Europas“<sup>984</sup> und verglich die Sparauflagen mit den Bedingungen des Versailler Vertrags:

„Ich will jetzt nicht historisch werden, aber ganz kurz: Der Vertrag von Versailles war natürlich ein Diktat der es rechtsextremen Kräften später ermöglicht hat, eine viel zu starke Rolle in Deutschland zu spielen. Und wenn wir jetzt umgekehrt bei den Ländern sagen, immer runter mit den Löhnen, immer runter mit den Sozialleistungen, ihr müsst eure Ausgaben immer weiter reduzieren, können wir ähnliche Effekte erreichen, das ist verhängnisvoll! Wir sind die Einzigen, die vor einer solchen Politik hier in Deutschland ganz deutlich warnen.“<sup>985</sup>

Die vehemente Zurückweisung des Fiskalpakts war beiden Parteien gemeinsam. Im französischen Kontext versuchte der Front de Gauche, die Debatten zur Ratifizierung der europäischen Verfassung zu reaktivieren und appellierte mit Forderungen nach einem Referendum zum Fiskalpakt dezidiert an die Teile der Bevölkerung, die 2005 ein negatives Votum abgegeben hatten.<sup>986</sup> Enttäuscht über die ausbleibende Neuausrichtung der europäischen Krisenlösungsstrategie durch François Hollande<sup>987</sup> stilisierte der Front de Gauche die Abwehr von Sparauflagen zu einer sozialen Frage im Sinne eines Widerstands gegen eine fehlgeleitete, marktradikale europäische Integration. Im nationalen Kontext setzte in dieser linken Perspektive die Regierung Ayrault eine neoliberale Spar- und Kürzungspolitik nach europäischen Vorgaben um.<sup>988</sup>

Die deutsche Linke positionierte sich ähnlich und warnte vor einem zunehmend unsozialen, gemäß den Interessen von Finanzmarktakteuren gestalteten Europa.<sup>989</sup> Neben einem drohenden Abbau des europäischen Sozialstaats wurde der Fiskalpakt wiederholt mit demokratietheoretischen Argumenten zurückgewiesen. Die Verpflichtung für Defizitstaaten, ihre Haushaltsplanungen vorab der Europäischen Kommission vorzulegen, wurde als schwerwiegender Eingriff in die staatliche Souveränität gewertet.<sup>990</sup> Zudem stellte

---

Faschismus und Krieg beschert. Wir sind sehr erregt das will ich Ihnen sagen, weil Sie sich bei dem, was Sie da machen, im Hinblick auf die Zukunft Europas insgesamt verantwortungslos verhalten.“

<sup>984</sup> Vgl. Gregor Gysi, Rede im Bundestag, 24.3.11 sowie 14.12.11.

<sup>985</sup> Gregor Gysi, Rede im Bundestag, 10.1.11.

<sup>986</sup> Vgl. Front de Gauche, Pressemitteilung 19.12.11.

<sup>987</sup> Vgl. Front de Gauche, Pressemitteilung 23.8.12.

<sup>988</sup> Vgl. Front de Gauche, Pressemitteilung 28.1.13, *Imposer une alternative à l'austérité* sowie 2.6.13, *Le Front de Gauche en campagne: „François Hollande et son gouvernement ont fait le choix de l'austérité. Partout en Europe, cette politique a entraîné une contraction de l'activité économique et une explosion du chômage.“* Vgl. ebenfalls Programm zur Wahl des Europäischen Parlaments. Vgl. ebenso Programm zur Europawahl, 28.4.14, *Rompres et refonder l'Europe*.

<sup>989</sup> Vgl. beispielhaft Die Linke, Pressemitteilungen 11.1.12 und 31.1.12 sowie Gregor Gysi, 29.3.12, Rede im Bundestag.

<sup>990</sup> Vgl. 31.1.12, Kolumne Sahra Wagenknecht auf linksfraktion.de, *Fiskalvertrag stoppen, Sozialstaat und Demokratie verteidigen*; vgl. ebenso Die Linke, Entschließungsantrag 27.2.12: „Die mit dem Vertrag angestrebte „Stabilitätsunion“ ist nicht nur sozial- und wirtschaftspolitisch fatal, sie ist auch ein massiver Anschlag auf die Demokratie in allen beteiligten Staaten. Das demokratische Haushaltsrecht der nationalen Parlamente wird ausgehebelt, sobald ein Land vom strikten Weg der Austerität und von den verschärften Regeln der Währungsunion abweicht: Die Ermächtigung der Europäischen Kommission, „Defizitsündern“ wirtschafts- und haushaltspolitische Vorgaben zu machen, reduziert die Gestaltungs- und Entscheidungsmacht der mitgliedstaatlichen Parlamente drastisch. Vgl. auch Die Linke, Pressemitteilung 16.10.12: „Das Letzte, was die Eurozone braucht, ist ein Währungskommissar, der den Mitgliedstaaten weitere Kürzungsprogramme diktiert.“

die Linke aufgrund der Unkündbarkeit des Fiskalpakts einen Widerspruch zum Grundgesetz fest.<sup>991</sup> Dieses Argument eines unwiderruflichen Eingriffs in demokratische Hoheitsrechte der Bundesrepublik war ebenfalls Ausgangspunkt einer letztlich abgewiesenen Klage der Partei vor dem Bundesverfassungsgericht.<sup>992</sup> In der innerdeutschen Debatte zur Ratifizierung des Fiskalpakts verfolgte Die Linke die Verhandlungen der SPD mit der Regierungskoalition kritisch und bediente sich der französischen Sozialisten als Referenz für eine konsequente Neuausrichtung des europäischen Krisenmanagements.<sup>993</sup>

Beide Parteien betonten regelmäßig ihre Konvergenzen in der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik und kündigten gemeinsame Aktionen gegen Austeritätspolitik in beiden Ländern an.<sup>994</sup> Während Die Linke die europäische Spar- und Reformpolitik in erster Linie als Implementierung von Kürzungsmaßnahmen im Sinne der deutschen Agenda 2010 interpretierten und entsprechend Kanzlerin Merkel attackierten<sup>995</sup>, trat der Front de Gauche auch jenseits innerfranzösischer Auseinandersetzungen<sup>996</sup> offensiv auf und forderte eine Neuausrichtung europäischer Wirtschaftspolitik<sup>997</sup> sowie in der Folge einen Bruch mit dem europäischen haushaltspolitischen Regelwerk:

„Le TSCG impose que les Etats aient un déficit structurel, construction statistique arbitraire, inférieur à 0,5% du PIB. Tenir un tel objectif suppose de mener des politiques d'austérité de façon permanente et de couper massivement dans les dépenses publiques, la protection sociale et les services publics étant les premiers visés. Un gouvernement de gauche refusera d'appliquer une telle politique budgétaire et n'acceptera pas que la Commission européenne puisse dicter sa loi et remettre en cause la souveraineté populaire.“<sup>998</sup>

---

<sup>991</sup> Vgl. beispielhaft Gregor Gysi, Rede im Bundestag, 29.3.12.

<sup>992</sup> Vgl. Süddeutsche Zeitung, 9.5.12, Vor der Wahl.

<sup>993</sup> Vgl. Die Linke, Pressemitteilung 5.4.12, Mutlos im Willy-Brandt-Haus.

<sup>994</sup> Vgl. Gemeinsame Erklärung zur parlamentarischen Zusammenarbeit, 22.1.13.

<sup>995</sup> Vgl. Die Linke, Pressemitteilung 7.5.13: „Angela Merkel hat den Motor der europäischen Integration abgewürgt. Die von ihr diktierten Lohn- und Sozialkürzungen zerstören die deutsch-französische Freundschaft und verschärfen die Krise. Statt die französische Regierung zu unsozialen 'Reformen zu nötigen, müsste Deutschland die Agenda 2010 zurücknehmen und die Binnennachfrage ankurbeln.“

<sup>996</sup> Vgl. Front de Gauche, Pressemitteilung 6.5.13: „Le Front de Gauche se félicite du succès historique de la marche du 5 mai. Un an après l'élection de François Hollande, cette manifestation a confirmé d'une part le refus du peuple de gauche de la politique d'austérité menée par le gouvernement, d'autre part la possibilité de rassembler une majorité alternative appuyant une autre politique. (...) Enfin le mot d'ordre de changement de régime qu'exprime l'appel à une 6ème République a largement irrigué la marche.“

<sup>997</sup> Vgl. Positionspapier Front de Gauche, Budget 2014 - austérité amplifiée, 24.10.13: „Un gouvernement de gauche devra inmanquablement engager un bras de fer avec les autres gouvernements de l'Union et les institutions européennes. Il devra expliquer qu'il est attaché à l'Europe, mais qu'il refuse, au nom de celle-ci, que les populations paient le prix de la crise. Le gouvernement prendrait alors un certain nombre de mesures unilatérales en expliquant qu'elles ont vocation à être étendues à l'échelle européenne. Il s'agit de mesures unilatérales coopératives, en ce sens qu'elles ne sont dirigées contre aucun pays mais contre une logique économique et politique et que, plus le nombre de pays les adoptant est important, plus leur efficacité grandit. C'est donc au nom d'une autre conception de l'Europe qu'un gouvernement de gauche devrait mettre en œuvre des mesures qui rompent avec la construction actuelle de l'Europe.“

<sup>998</sup> Front de Gauche, Programm für Europawahl 2014, Rompre et refonder l'Europe; vgl. auch Wahlkampfflyer, 1.5.14: „Rompre avec les traités européens et désobéir à toute mesure européenne contraire à l'intérêt général, dans une perspective de solidarité entre les peuples.“

Hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und Schwerpunkte der Eurozone bestand eine weitreichende Konvergenz zwischen den linksgerichteten Parteien, wobei einzelne Debattenbeiträge explizit an die jeweiligen nationalen Kontexte zurückgebunden waren.

Eine engere wirtschaftspolitische Koordination zwischen den Teilnehmerstaaten wurde ausdrücklich eingefordert, allerdings unter der Prämisse, soziale, ökologische und fiskalische Mindeststandards zu implementieren. Ein geteiltes Ziel lag im Abbau von Ungleichgewichten in der Eurozone mittels eines umfassenden Ausbaus und einer Angleichung von Arbeitnehmerrechten.<sup>999</sup> Während der Front de Gauche den Begriff der Wirtschaftsregierung nicht aufgriff, kritisierte Die Linke vom Tandem Merkel-Sarkozy vorgebrachte Initiativen als marktliberal ausgerichtet und destabilisierend. In einer stark nationalen Perspektive wurde die Ausrichtung des Stabilitäts- und Wachstumspakts als fehlgeleitet dargestellt. Anstelle der Fokussierung auf Schuldenstände und Defizitratien forderten Vertreter der Linken wiederholt die Schaffung eines außenwirtschaftlichen Stabilitätspakts, (...) „der auch Exportnationen wie Deutschland zu einem Politikwechsel zwingt.“<sup>1000</sup> In dieser Perspektive lag das entscheidende Element zur Krisenbewältigung in einer Stärkung der deutschen Binnennachfrage mittels einer expansiveren Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung.<sup>1001</sup> Die Krise im Euro-Raum wurde zur Stützung von Positionen in der innerdeutschen sozialpolitischen Debatte herangezogen. Sahra Wagenknecht etwa warf der konservativ-liberalen Koalition ökonomischen Nationalismus vor.<sup>1002</sup> In der Formulierung von Lösungsansätzen für die europäische Wirtschaftsunion wurde explizit die ökonomische Stellung Deutschlands adressiert: Innerhalb einer europäischen Ausgleichsunion war unter anderem die (automatische) Sanktionierung hoher Leistungsbilanzüberschüsse vorgesehen.<sup>1003</sup> In einer Umkehrung der konservativen

---

<sup>999</sup> Vgl. zur Argumentation einer Verfestigung der Krise durch eine konservativ geprägte wirtschaftspolitische Koordination beispielhaft für Die Linke: Pressemitteilungen 22.6.10 und 2.2.11 sowie Alexander Ulrich, Rede in Bundestag, 17.3.11. Vgl. für den Front de Gauche: Quelle Europe, 21.2.11: „Une grande politique de convergence et d'harmonisation sociale européenne doit établir de nouveaux droits: salaire minimum légal, minima sociaux, revenu minimum garanti, mesures contre le dumping social, pensions, extension des droits des travailleurs, liberté de circulation, clause de non régression sociale, interdiction des licenciements dans les entreprises qui font des profits.“ sowie Lancement de la campagne du Front de Gauche, 2.6.13: „Nous remettrons en cause la liberté totale de circulation des capitaux, refuserons d'appliquer les directives de libéralisation des services publics et travaillerons à une harmonisation fiscale, un véritable "serpent fiscal européen", en exigeant une imposition minimale des entreprises pour empêcher le dumping social.“

<sup>1000</sup> Die Linke, Pressemitteilungen 2.2.10; 18.11.10; 15.3.11.

<sup>1001</sup> Vgl. Die Linke, Pressemitteilung 7.10.10 sowie in Reaktion auf konservative Rhetorik: Die Linke, Pressemitteilung 25.3.10, Deutschland muss seine Hausaufgaben machen: „Deutschland muss endlich mehr für die Binnennachfrage tun. Durch ein Zukunftsprogramm über 100 Milliarden, durch 10 Euro Mindestlohn und eine Erhöhung des Arbeitslosengelds II auf 500 Euro. Wer Europa will, muss sich dafür einsetzen!“

<sup>1002</sup> Vgl. Die Linke, Pressemitteilung 28.1.11: „Nach dem Willen des Wirtschaftsministers soll auch zukünftig das teutonische Schlachtschiff durch Europa fahren und die anderen Volkswirtschaften durch Lohndrückerei nieder konkurrieren.“

<sup>1003</sup> Vgl. Die Linke, Beschluss Bundestagsfraktion, 7.6.11 sowie Pressemitteilung 14.6.11.

und liberalen Deutungsmuster war es erklärtes Ziel der Linken, explizit in der deutschen Volkswirtschaft einen Strukturwandel herbeizuführen und beispielsweise mittels eines Mindestlohns das Binnenwachstum zu fördern.<sup>1004</sup>

Der Front de Gauche wies ebenfalls den Stabilitätspakt, den Pakt für den Euro sowie das Europäische Semester als makroökonomische Steuerungsinstrumente zurück und kritisierte unrechtmäßige Eingriffe seitens der Kommission und weiterer Mitgliedstaaten in die französische Souveränität.<sup>1005</sup> Alternativ warb die Partei für einen Ausbau gemeinschaftlicher wirtschaftspolitischer Initiativen auf europäischer Ebene sowie eine umfangreichere Ausstattung des europäischen Haushalts.<sup>1006</sup>

Hinsichtlich der Bedeutung von Wirtschaftswachstum für die Krisenbewältigung konnten zwischen den beiden linken Parteien in Deutschland und Frankreich lediglich geringfügige Unterschiede festgestellt werden. Die Linke verwies in der deutschen Debatte frühzeitig auf die Notwendigkeit sowie die positiven Effekte von Konjunkturprogrammen, argumentierte dabei jedoch im Laufe des Jahres 2010 noch stark national. Der Bedarf für wachstumsfördernde Maßnahmen wurde auch in der deutschen Volkswirtschaft gesehen und sozialpolitisch begründet.<sup>1007</sup> Zudem stellte die Implementierung einer gemeinschaftlichen Konjunkturpolitik für Die Linke einen Eckpfeiler des Krisenmanagements dar:

„Wir sollten hier nicht nur über die Regulierung des Finanzmarkts und über die Euro-Stabilisierung reden, sondern uns vor allen Dingen auch die Frage stellen, wie hochverschuldete Länder aus der Finanz- und Wirtschaftskrise wieder herausgeführt werden können. Wir brauchen, um Staatsbankrotte zu verhindern, jetzt keine drakonischen Kürzungspläne, sondern wir brauchen, wie es die Linke schon seit Jahren fordert, endlich ein europäisches Konjunkturprogramm, in dem sich jeder Staat verpflichtet, mindestens 2 Prozent des Bruttosozialproduktes pro Jahr aufzuwenden, um den wirtschaftlichen Niedergang zu bremsen. Für dieses

---

<sup>1004</sup> Vgl. Michael Schlecht, Keine Euro-Rettung mit Lohn- und Sozialkürzungen, 2.9.11: „In Deutschland muss das Lohndumping beendet werden durch Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 10 Euro und der Rückabwicklung der Agenda 2010. Tariffucht der Unternehmer muss gesetzlich unterbunden werden. Die Reallöhne sind seit 2000 um 4,5 Prozent gesunken. Mit der Strangulierung der Binnennachfrage wurden Importzuwächse beschnitten und die Exportoffensive deutscher Unternehmer begünstigt. Seit 2000 ist der Aushandelsüberschuss auf 1,2 Billionen Euro angewachsen. Die Kehrseite davon ist die wachsende Verschuldung vieler Länder. Die Verschuldungskrise ist in Wirklichkeit eine Lohnkrise!“. Vgl. ebenfalls Die Linke, Pressemitteilungen 21.4.12 und 22.10.13.

<sup>1005</sup> Vgl. beispielhaft, Front de Gauche, Pressemitteilung 12.4.11.

<sup>1006</sup> Vgl. Front de Gauche, Quelle Europe: „Une véritable politique économique solidaire doit être mise en place. Elle doit impulser le développement des infrastructures publiques (éducation, santé, transports, économies d'énergie) en s'appuyant sur la mise en œuvre d'une véritable politique budgétaire européenne impliquant une augmentation significative du budget européen aujourd'hui limité à 1 % du PIB européen“; vgl. auch Wahlprogramm 2012, L'Humain d'abord.

<sup>1007</sup> Ein für Deutschland gefordertes „Zukunftsprogramm“ umfasste ein Volumen von 100 Milliarden Euro und sollte dazu dienen, einen Mindestlohn in Höhe von 10 Euro einzuführen sowie den Regelsatz des Arbeitslosengeldes II auf 500 Euro anzuheben. Vgl. Die Linke, Pressemitteilung 25.3.10. Vgl. ebenso: Die Linke, Pressemitteilung 29.5.10: Mindestlohn wäre selbstfinanzierendes Konjunkturprogramm.

europäische Konjunkturprogramm sollten Sie sich in Brüssel einsetzen und nicht für weitere drakonische Kürzungsmaßnahmen, Frau Merkel.“<sup>1008</sup>

Forderungen nach einer aktiven europäischen Wirtschaftspolitik im Sinne eines „Marshall-Plans“ oder eines „New Deals“ wurden im weiteren Krisenverlauf mit zunehmender Intensität gestellt. Die Kernparameter eines Umfangs in Höhe von 2 Prozent des jeweiligen BIP sowie die konsequente Verbindung mit dem Einsatz für die Einführung eines Mindestlohns in Deutschland blieben über den Untersuchungszeitraum hinweg konstant.<sup>1009</sup> Im Kontext der Debatte zur Ratifizierung des Fiskalpakts bezogen sich die deutschen Linken stark auf die französischen Sozialisten unter François Hollande. Die Zielsetzung der Linken, Wachstumsimpulse zu schaffen und Staatseinnahmen durch eine Finanztransaktionssteuer sowie eine Vermögensabgabe zu erhöhen<sup>1010</sup> wiesen hohe Schnittmengen mit der sozialistischen Programmatik auf, so dass François Hollande zwischenzeitlich zu einem Referenzpunkt für die deutsche Linke wurde.<sup>1011</sup> So formulierte Sahra Wagenknecht mit Blick auf wirtschaftspolitische Prioritäten:

---

<sup>1008</sup> Gesine Löttsch, Rede im Bundestag, 19.5.10.

<sup>1009</sup> Vgl. zur Forderung eines Marshall-Plans für Portugal: Gregor Gysi, Rede im Bundestag, 12.5.11. Vgl. zum Aufruf für einen „New Deal“ für Europa: Pressemitteilung 21.7.11, hier abermals mit expliziter Kopplung an die deutsche Volkswirtschaft: „Ohne eine Stärkung der deutschen Binnenwirtschaft drohen neue Schuldenkrisen in Europa, weil unsere Waren das Ausland überschwemmen“. Vgl. in ähnlicher Argumentation Pressemitteilung 27.7.11, Treuhand kann kein Vorbild für Griechenland sein; Pressemitteilung 21.12.11, Wege aus der Krise; Pressemitteilung 7.1.13, Rasantes Ansteigen griechischer Staatsschulden offenbart Scheitern der Krisenpolitik der Bundesregierung; Pressemitteilung 29.11.13, Mit öffentlichen Investitionen gegen die Krise; Pressemitteilung 15.1.14, Krise kommt in Deutschland an.

<sup>1010</sup> Vgl. Die Linke, Pressemitteilung 9.2.12, Ein Daimler mit Bremse, aber ohne Gaspedal?: „Es ist nicht absehbar, wie Griechenland ohne Wachstum jemals seine Schulden zurückzahlen soll. Das Griechenland-Desaster ist die Blaupause für den Fiskalpakt. Mit Beschluss des Fiskalpakts können drakonische Maßnahmen gegen Staaten erhoben werden, die gegen die Haushaltsdisziplin bei den Ausgaben verstoßen. Doch es sind keine Maßnahmen im Fiskalpakt vorgesehen, die zur Haushaltsdisziplin bei den Einnahmen führen. Die Bundesregierung hat nichts erreicht bei der Angleichung der Unternehmenssteuern in Europa und bei der Erhebung einer Finanztransaktionssteuer. Doch ohne höhere Steuereinnahmen für ein Zukunftsprogramm wird ganz Europa mit angezogener Schuldenbremse in die Griechenland-Falle stürzen. DIE LINKE kann nur vor diesem ökonomischen Harakiri warnen.“

<sup>1011</sup> Vgl. Die Linke, Pressemitteilung 29.2.12, Steuervorschlag Francois Hollandes beispielhaft auch für Deutschland und Pressemitteilung 19.3.12, Millionärssteuer ist die beste Schuldenbremse; vgl. insbesondere Rede Gregor Gysi im Bundestag, 14.6.12: „Ich sage Ihnen nur Folgendes: Die französische Sozialdemokratie will nachverhandeln. Wenn Sie der Ratifizierung des Vertrages zustimmen, dann zerstören Sie den Plan des französischen Präsidenten, nachzuverhandeln. Sie haben anfangs von einem Wachstumspakt geredet. Dann ging es nur noch um ein Wachstumspaket, jetzt geht es nur noch um Wachstumsimpulse. Mein Gott, lassen Sie sich doch nicht so durch Europa ziehen, sondern machen Sie diesbezüglich endlich einmal eine eigenständige Politik! (...) Ich komme jetzt noch einmal zu Hollande, weil Sie mir nicht glauben. Er hat gesagt: Die französischen Truppen müssen bis Ende 2012 aus Afghanistan abgezogen werden. So einen Satz habe ich von der deutschen Sozialdemokratie noch nie gehört. (...) Er hat gesagt, er nehme den späteren Renteneintritt zurück, man solle in Frankreich wieder Rente ab 60 Jahre beziehen. Ich darf Ihnen dazu sagen: Die Durchschnittsrente bei voller Erwerbstätigkeit beträgt in Deutschland 1 100 Euro und in Frankreich 1 700 Euro. Sie haben dafür gesorgt, dass wir eine so niedrige Rente haben und dass wir die Rente erst ab 67 beziehen können. Mein Gott, wären Sie doch wenigstens so wie die französische Sozialdemokratie! Dann hätten wir in Deutschland endlich wieder eine Sozialdemokratie.“



„Hollande hat völlig recht: Griechenland darf nicht weiter kaputtgespart werden. Wir brauchen Investitionsprogramme, anstelle von Kürzungsdiktaten. Statt den Banken weitere Steuermilliarden in den Rachen zu werfen, sollte das Geld zur Schaffung sinnvoller Arbeitsplätze verwendet werden. Nur so kann der dramatische Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit in Europa gebremst und umgekehrt werden.“<sup>1012</sup>

Mit der Enttäuschung über die Kompromisse zum Wachstumspakt<sup>1013</sup> ging sowohl für Die Linke als auch den Front de Gauche eine Distanzierung von den französischen Sozialisten einher. Seitens der deutschen Linken wurde dementsprechend der Vorwurf angebracht, Präsident Hollande habe den Einsatz für eine Wachstumspolitik aufgegeben und sich einer konservativ orientierten Kürzungspolitik angeschlossen.<sup>1014</sup> In den Positionierungen der Linken nahmen in der Folge die ohnehin seltenen Bezüge zur Bedeutung von Wachstum für die Stabilisierung der Eurozone weiter ab. In der zunehmenden Priorisierung eines sozial-ökologischen Umbaus konvergierten die Zielsetzungen der beiden Parteien.<sup>1015</sup>

Der Front de Gauche forderte über den Untersuchungszeitraum hinweg keine politische Förderung von Wirtschaftswachstum. Vielmehr setzte sich die französische Linksaußenformation für ein sozial und nachhaltig gestaltetes Europa ein. Ausgehend von der Wahrnehmung einer Finanzmarkt- und Kapitalismuskrise<sup>1016</sup> wurde eine sozial und

---

<sup>1012</sup> Vgl. Die Linke, Pressemitteilung 24.5.12, Investitionsprogramme statt Kürzungsdiktate.

<sup>1013</sup> Vgl. Die Linke, Pressemitteilung 6.6.12, Fiskalvertrag: Richtungsentscheidung für Europa nicht durch faule Kompromisse abkaufen lassen; vgl. ebenso Pressemitteilung 7.6.12, Ohne Neustart in Europa keine politische Union: „Merkel hat zwar recht, wenn sie sagt, dass Haushaltskonsolidierung und Wachstumsfragen zwei Seiten von ein und derselben Medaille sind. Aber Haushaltskonsolidierung durch Kürzungspolitik führt eben zu Rezession. Haushaltskonsolidierung durch eine Vermögensabgabe und Millionärssteuer führt dagegen zu Wachstum“; vgl. Pressemitteilung Katja Kipping 21.6.12, Wir sagen Nein.

<sup>1014</sup> Die Linke, Pressemitteilung 12.2.13, Kürzungsdiktate in Europa: „Wenn man in Europa weiterhin eine endlose Sparpolitik betreibt, wird man aus dieser ökonomisch-sozialen Sackgasse nicht herauskommen. Es ist kein Fortschritt darauf hinzuweisen, dass für nachhaltiges Wachstum dringend Investitionen nötig sind und daher ein expansiver Haushalt der Europäischen Union einen Schritt in die richtige Richtung darstellen könnte, denn Hollande bleibt bei der wenig überzeugenden Formel sowohl Wachstumsimpulse als auch einer europaweiten Reduzierung der Schulden sowie einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. (...) Vor dem EU-Parlament wiederholte Hollande zwar seine Forderung nach einem Wachstumsprogramm für Europa, doch leider wird diese Forderung zunehmend abstrakter, während der französische Defizitabbau immer stärker den Alltag der Bürgerinnen und Bürger berührt. Einer Lockerung der Defizitvorgaben auf europäischer Ebene oder gar einer Politik, die realwirtschaftliches Wachstum ankurbeln könnte, widersetzt sich die Bundesregierung mit Unterstützung Frankreichs.“

<sup>1015</sup> Vgl. Die Linke, Pressemitteilung 15.1.14, Krise kommt in Deutschland an: „Auf europäischer Ebene müssen die wirtschaftlich unsinnigen und sozial katastrophalen Kürzungsprogramme sofort gestoppt werden. Ein europäischer ‚Marshallplan‘ in Höhe von 600 Milliarden Euro ist erforderlich, finanziert durch eine europaweite Vermögensabgabe für Millionäre. Als deutscher Beitrag ist ein Zukunftsinvestitionsprogramm für den sozial-ökologischen Umbau in Höhe von 100 Milliarden Euro jährlich notwendig.“; vgl. in ähnlicher Argumentation Pressemitteilungen 14.11.13 und 29.11.13.

<sup>1016</sup> Vgl. Front de Gauche, Programm zur Wahl des Europäischen Parlaments 2014, Rompre et refonder l'Europe: „Il s'agit de la crise d'un système fondé sur les prédatations du capital financier et d'un mode d'accumulation du capital dont les contradictions s'aiguisent toujours plus. La pression accrue sur les revenus salariaux, condition du maintien de profits toujours plus élevés, sapent les possibilités d'une croissance des débouchés pour les marchandises, faisant, comme aux Etats-Unis, de l'endettement des ménages le principal expédient pour maintenir la croissance.“

ökologisch orientierte europäische Investitionspolitik (*planification écologique*) zum zentralen Element der wirtschaftspolitischen Ausrichtung der Europäischen Union gemacht. In Abgrenzung des durch die moderaten Regierungsparteien durchgeführten Krisenmanagements warb der Front de Gauche für eine *règle verte*, welche die Durchführung politischer Maßnahmen von der Einhaltung ökologischer Kriterien abhängig machte. Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Konzeption war die Forderung nach einer ökologischen und sozialen Wende Europas, welche durch eine konsequente Unterstützung einkommensschwacher Gruppen (*bouclier social*) geprägt war.<sup>1017</sup> Die französischen Linken sprachen sich dezidiert dafür aus, den öffentlichen Dienst auszubauen und zu einem Eckpfeiler der europäischen Integration zu machen.<sup>1018</sup> Die von Konservativen vorgenommenen Verweise auf Deutschland als Modell für die Durchführung wettbewerbsfähigkeitssteigernder Reformen wurden abgewehrt.<sup>1019</sup> Aus Perspektive des Front de Gauche stand das mit der Agenda-Politik verknüpfte Deutschland stellvertretend für ein ideologisch abzulehnendes kapitalistisch dominiertes Wirtschafts- und Wachstumsmodell. Jean-Luc Mélenchon etwa rief zu der Entwicklung und Umsetzung eigener Konzepte auf:

„Aujourd'hui, les conservateurs allemands imposent leurs solutions car la France de Sarkozy est tétanisée. (...) La France ne doit plus courir derrière le prétendu modèle allemand vieillissant et rentier. Nous devons porter une autre cohérence basée sur la satisfaction des besoins sociaux, qui rassure les productifs plutôt que les marchés.“<sup>1020</sup>

Einen Schwerpunkt in der wirtschaftspolitischen Diskussion zur Eurozone stellte die Widerlegung vermeintlicher Vorzüge des deutschen Wirtschaftsmodells dar. Der Front de Gauche warnte eindringlich vor einer Reduzierung sozialer Sicherungen und verneinte mit dem Hinweis auf strukturelle Faktoren eine Übertragbarkeit auf Frankreich oder den gesamten Euroraum.<sup>1021</sup>

---

<sup>1017</sup> Vgl. ebd. sowie Front de Gauche, Tract, 14.11.12, Européens, ensemble contre l'austérité.

<sup>1018</sup> Vgl. Front de Gauche, Wahlprogramm 2012, L'Humain d'abord.

<sup>1019</sup> Vgl. Front de Gauche, Pressemitteilung 12.4.11, France-Allemagne: l'escroquerie de la „compétitivité“.

<sup>1020</sup> Les Echos, 26.10.11, Jean-Luc Mélenchon: „Ne plus courir derrière Berlin“; vgl. auch Le Figaro, 28.10.11, Les réactions au sommet de Bruxelles, Jean-Luc Mélenchon: „En Europe, le gouvernement conservateur allemand fait la pluie et le beau temps. Ses recettes éculées et frileuses ne correspondent qu'à l'intérêt étroit d'une Allemagne vieillissante et rentière. Nicolas Sarkozy a été incapable de faire avancer la moindre idée ou solution nouvelle plus conforme à l'intérêt de la France et de l'Europe qui veut bouger!“

<sup>1021</sup> Vgl. Namensbeitrag Jean-Luc Mélenchon in Les Echos, 4.11.11, Le mythe du modèle allemand sowie Flugblatt 14.11.11, Ni chômage, ni précarité; vgl. auch 21.1.13, gemeinsame Erklärung Bundestagsfraktion Die Linke und Fraktion „Gauche Démocrate et Républicaine“ der Assemblée nationale, u.a. „die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen der Hartz-Gesetzgebungen auszuwerten und gemeinsam die Vorschläge der französischen Regierung zur Steigerung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit (den »Gallois-Bericht«) zu evaluieren. Sie entscheiden, sich an der Initiative zu den Folgen der Berichte von Peter Hartz und Louis Gallois zu beteiligen, die im Februar 2013 in Paris stattfinden wird.“

Der rechtsextreme Front national kritisierte ähnlich wie die beiden zuvor betrachteten linken Parteien die Implementierung restriktiver Haushaltspolitik innerhalb der Eurozone als ökonomisch kontraproduktive und letztlich schädliche Austerität. Ein durchgehendes und mit Nachdruck kommuniziertes Motiv der von Marine Le Pen angeführten Partei lag im Beklagen eines Souveränitätsverlusts Frankreichs infolge der Mitgliedschaft im Euro wie auch der Europäischen Union. Ausgehend von der Wertung, dass die Gemeinschaftswährung zu keinem Zeitpunkt ökonomisch tragfähig und durchweg ideologisch motiviert war, bewegten sich die vom Front national entwickelten Reformvorschläge schwerpunktmäßig außerhalb der Rahmenbedingungen der Wirtschafts- und Währungsunion.

Die tatsächlichen Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftspolitischen Abstimmung innerhalb des Euroraums wurden vom Front national als Angriffe auf die staatliche Souveränität interpretiert und systematisch abgewehrt. Diesem Muster entsprechend wurde etwa das Europäische Semester als Bevormundung Frankreichs durch die Kommission abgelehnt<sup>1022</sup> sowie der Fiskalpakt als eine von Deutschland angeordnete Entmündigung nationaler Regierungen dargestellt. In grundsätzlicher Opposition zum Euro und dessen Funktionsweise kritisierten Vertreter des Front national das haushaltspolitische Regelwerk der Währungsunion sowie insbesondere die vorgesehenen Sanktionsmechanismen als willkürlich und absurd.<sup>1023</sup> Mit der Ratifizierung des Fiskalpakts im Herbst 2012 gewann das Deutungsmuster eines Machtverlusts französischer Politik und einer Unterdrückung der französischen Bevölkerung nochmals an Bedeutung<sup>1024</sup> und die Partei positionierte sich als schützende Kraft einer bedrohten Mittelschicht:

„Pour sauver des dogmes, la monnaie unique en particulier, on impose à la France une hyper austérité absurde, synonyme de contraction de l'activité économique et de creusement des injustices pour les Français, classes populaires, moyennes et retraités en tête.“<sup>1025</sup>

In einer ausschließlich nationalen Perspektive wurden Einschnitte in die Souveränität beklagt und negative wirtschaftliche Entwicklungen auf die unrechtmäßige Einflussnahme externer Kräfte wie der Kommission zurückgeführt.<sup>1026</sup> Beispielsweise

---

<sup>1022</sup> Vgl. Marine Le Pen, Rede in Europäischem Parlament, 30.9.11. Vgl. ähnlich zur Zurückweisung des Two-Pack, Front national, Pressemitteilung 13.6.12.

<sup>1023</sup> Vgl. Front national, Pressemitteilung 31.1.12 und Pressemitteilung 2.3.12.

<sup>1024</sup> Vgl. Front national, Pressemitteilung 17.9.12.

<sup>1025</sup> Front national, Pressemitteilung 28.9.12 sowie Pressemitteilung 18.2.13, Familles et retraités bientôt passés à la moulinette de la folle politique d'austérité. Vgl. in ähnlicher Argumentation: Pressemitteilung 3.6.13.

<sup>1026</sup> Vgl. Front national, Pressemitteilung 7.3.13, Chômage officiel supérieur à 10%: la nécessité d'un référendum sur l'Union européenne!: „Le taux de chômage officiel, très inférieur à la réalité, a franchi au quatrième trimestre 2012 la barre symbolique des 10%. Ce chiffre est en lien direct avec le modèle économique désastreux imposé par l'Union européenne à des gouvernements parfaitement consentants, UMP hier PS aujourd'hui. Ouverture totale des frontières à la concurrence déloyale qui

wurden ein Anstieg der französischen Staatsverschuldung sowie der drohende Stellenabbau beim Telekommunikationsunternehmen Alcatel auf eine europäisch angeordnete Sparpolitik zurückgeführt.<sup>1027</sup> Ebenso wurden ein Rückgang des französischen BIP<sup>1028</sup>, eine Absenkung der französischen Steuerschätzung<sup>1029</sup>, eine Abschwächung des Konsums<sup>1030</sup>, eine mögliche Reduzierung des Mindestlohns<sup>1031</sup> sowie sämtliche Haushaltskürzungen<sup>1032</sup> unter dem Begriff einer „eurostérite“ pauschal als Resultate einer durch die Kommission auferlegten Politik kritisiert. Eine Abwägung verschiedener politischer Optionen im Sinne einer Teilnahme an einem nationalen oder transnationalen Reformdiskurs fand nicht statt. Aus der Perspektive des Front national war die europäische Krisenpolitik gleichbedeutend mit einer fortschreitenden Unterordnung und Aufgabe französischer Interessen.<sup>1033</sup> Die Europäische Union wurde als dominierende Kraft wahrgenommen, welche im Zeichen des Krisenmanagements flächendeckend eine aggressive Liberalisierungs- und Sparpolitik umsetzte.<sup>1034</sup> Bezugnehmend auf Äußerungen

---

tue l'industrie, poids intenable de l'euro cher sur notre compétitivité, ultralibéralisme: l'Union européenne c'est la recette implacable du chômage de masse. Cette recette que nos gouvernements complices imposent aux peuples."; vgl. anlässlich einer möglichen Kürzung von Subventionen zum Erhalt der Kriegsverbrechen-Gedenkstätten in Oradour-sur-Glane: FN, Pressemitteilung 28.4.13, Le village d'Oradour-sur-Glane sera-t-il sacrifié sur l'autel de l'austérité budgétaire?; vgl. zur Zurückweisung der Regierungspläne zur Rentenreform: Pressemitteilung 18.9.13, Réforme des retraites: un nouveau choc d'austérité: „Le gouvernement a présenté ce jour en Conseil des ministres son projet de réforme des retraites, lequel s'inscrit dans la continuité des réformes initiées par Nicolas Sarkozy sur injonction de l'Union européenne. Rappelons en effet que cette réforme intervient en contrepartie du délai de deux ans accordé à la France par la Commission européenne pour revenir sous la barre des 3% de déficit. C'est donc un nouveau choc d'austérité qui se prépare pour les Français et en particulier pour les personnes âgées."; vgl. in ähnlicher Argumentation Pressemitteilungen 13.5.13, Réforme des retraites: Ayrault met ses pas dans ceux de Sarkozy pour suivre le chemin tracé par Bruxelles ! sowie 16.5.13, Réaction de Marine Le Pen à la conférence de presse de François Hollande.

<sup>1027</sup> Vgl. Front national, Pressemitteilungen 25.9.13 und 8.10.13.

<sup>1028</sup> Vgl. Front national, Pressemitteilung 14.11.13: „Ces chiffres catastrophiques témoignent au fond de la soumission des gouvernements UMP et PS à une politique européenne désastreuse. L'eurostérite est un poison, et l'UMPS n'a pas l'antidote.“

<sup>1029</sup> Vgl. Front national, Pressemitteilung 18.11.13.

<sup>1030</sup> Vgl. Front national, Pressemitteilung 28.2.14.

<sup>1031</sup> Vgl. Front national, Pressemitteilung 16.4.14.

<sup>1032</sup> Vgl. Front national, Pressemitteilungen 29.4.14 sowie 15.5.14, Budget militaire: non au démantèlement de notre appareil de défense au nom de l'eurostérite.“

<sup>1033</sup> Vgl. Front national, Pressemitteilung 14.8.14, Le parti socialiste reconnaît enfin que l'eurostérite pousse l'économie française vers l'abîme.

<sup>1034</sup> Vgl. Front national, Pressemitteilung 3.5.13, Déficits: Bruxelles applique à la France le même chantage qu'à la Grèce: „Les deux ans de délai supplémentaire accordés par la commission européenne à la France afin de ramener son déficit budgétaire sous la barre des 3% sont un véritable chantage. Le commissaire chargé des affaires économiques et monétaires, Olli Rehn, assortit en effet ce délai de conditions qui annoncent un saccage économique et social sans précédent de notre pays et de notre peuple: nouveaux sacrifices pour les retraités, désintégration du marché du travail, privatisations de nouveaux services publics et dérèglementations. En lui donnant ces « 2 ans », la commission européenne fournit aussi à François Hollande la feuille de route à appliquer. Elle sera impitoyable pour les petits, les travailleurs et les retraités. Elle rassemblera furieusement à ce qu'ont connu avant nous la Grèce, le Portugal ou l'Espagne. Elle démontre que nos pays sont victimes d'une Europe devenue dangereuse et folle.“; vgl. in ähnlicher Argumentation Front national, Pressemitteilungen 29.5.13, L'Union européenne exige de la France un big bang ultralibéral!; 15.11.13, Bruxelles valide le budget national : la France réduite à l'état de province sowie 5.8.14,

des finnischen Außenministers Alexander Stubb<sup>1035</sup> führte der Front national sein Verständnis der Währungsunion als schädlichem und unausgeglichenen Wettbewerb zwischen europäischen Staaten aus:

„L'euro est bel et bien un système darwinien parce qu'il empêche les Etats européens les plus en difficulté économique - dont la France - de restaurer par des dévaluations leur compétitivité face aux Etats européens les plus robustes - dont l'Allemagne. Il ne laisse ainsi aux Etats faibles aucun choix que de solliciter l'aide des Etats forts, lesquels, pourtant déjà bénéficiaires du système, en profitent pour exiger des contreparties (privatisations, politique d'austérité, mise sous tutelle...) qui renforcent encore davantage leur domination. L'ancien commissaire Mario Monti a qualifié ce phénomène de "créditocratie"<sup>1036</sup>.

Einen wirtschaftspolitischen Gegenentwurf zur Funktionsweise der Währungsunion konzipierte der Front national im *patriotisme économique*. Dieser Ansatz zielte darauf ab, mittels einer Wiederherstellung nationaler geldpolitischer Kontrollmöglichkeiten, einer protektionistischeren Zollpolitik und der gezielten Förderung französischer KMU die heimische Wirtschaft zu stärken. Eine sukzessive Auflösung des Euro-Verbunds sollte in diesem Konzept Nationalstaaten, insbesondere Frankreich, einerseits die Möglichkeit geben, die Geldpolitik passgenauer zu ihren volkswirtschaftlichen Strukturen zu gestalten und andererseits das Erfordernis einer aggressiven Sparpolitik beseitigen. Eine Loslösung vom Euro und ein sukzessiver Rückzug aus der europäischen Integration würde demnach neue finanzielle Spielräume schaffen, welche Staaten für den Ausbau sozialpolitischer Maßnahmen nutzen könnten.<sup>1037</sup> Die wirtschaftspolitischen Ansätze des Front national waren in erster Linie über eine Wiedererlangung verloren geglaubter Souveränität bestimmt. Vielmehr als die Benennung konkret bezifferter ökonomischer Projekte stand der Anspruch einer grundlegenden Neuausrichtung der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit in Europa:

„Huit ans jour pour jour après la victoire du NON à la Constitution européenne, la France doit démontrer qu'elle est un pays libre et refuser de se voir dicter sa politique par des technocrates arrogants qui ratent tout depuis des années. Elle doit opposer à cet amer big bang ultralibéral un projet ambitieux de redressement national fondé sur le réarmement de

---

Alerte rouge sur la rentrée: l'aveu d'échec de Valls sur la politique économique ultralibérale imposée par l'UE.

<sup>1035</sup> Der wirtschaftsliberale Politiker hatte erklärt: „Für mich ist der Euro ein darwinistisches System, es gilt das Überleben des Stärkeren. (...) Dafür sorgen die Märkte, und ich glaube, auf diese Weise können wir am besten den Druck des Marktes aufrechterhalten“, zitiert nach Süddeutsche Zeitung, 18.11.11, „Der Euro ist ein darwinistisches System“.

<sup>1036</sup> Front national, Pressemitteilung 7.9.13, L'euro est un système darwinien.

<sup>1037</sup> Vgl. zum Ansatz des *patriotisme économique* beispielsweise Front national, Pressemitteilungen 2.7.12, La cour des comptes le confirme: pour la France avec Sarkozy ou Hollande le seul avenir c'est la Grèce!; 28.8.12: Chômage en juillet: le gouvernement Hollande reste sourd et aveugle devant le désastre social; 19.11.13, Ayrault dans les Echos: la taxe reste le seul horizon proposé aux Français!: „Il faut faire le choix de la relance économique et sociale, qui seule permettra de baisser le niveau d'imposition en France et de rendre l'impôt plus juste. Cette relance ne viendra pas de l'austérité, mais au contraire d'une nouvelle politique économique qui sorte des dogmes de la zone euro en mettant en place un protectionnisme intelligent à nos frontières contre la concurrence déloyale, en rétablissant une monnaie nationale plus performante et moins ruineuse que l'euro et en optant pour le *patriotisme économique*.“; 11.2.14, Rapport annuel de la Cour des comptes: l'échec de "l'eurostérité".

notre pays via des frontières économiques intelligentes contre la concurrence déloyale, une politique monétaire nationale de rebond et un Etat stratège fer de lance du patriotisme économique."<sup>1038</sup>

Auch im Umfeld der sich im Laufe der Euro-Krise konstituierenden Alternative für Deutschland wurde die Funktionsweise der Wirtschafts- und Währungsunion in Frage gestellt. Die einer euro-kritischen Haltung zugrunde liegende Argumentation unterschied sich jedoch deutlich von den Positionierungen der französischen Rechtsextremen. Als für die AfD relevante Strömungen wurden Stellungnahmen von konservativen und liberalen Volkswirten betrachtet, die in der Gründungsphase der Partei als Unterstützer in der medialen Öffentlichkeit auftraten. Ein in diesem Milieu beobachtetes beherrschendes Motiv war die Sorge über eine Missachtung der im Vertrag von Maastricht definierten Regeln für die Gemeinschaftswährung. Änderungen an den bestehenden Grundsätzen der makroökonomischen Koordinierungen wurden nicht angestrebt. Vielmehr manifestierte sich in diesem stark ökonomistisch argumentierenden Milieu die Überzeugung, dass einzelne Staaten aufgrund struktureller wie kultureller Faktoren keine Möglichkeiten hatten, innerhalb der Währungsunion volkswirtschaftlich zu reüssieren. Zur Gewährleistung eines komplikationsfreien Betriebs der Gemeinschaftswährung plädierten Vertreter der Alternative für Deutschland dementsprechend öffentlichkeitswirksam für ein Ausscheiden von Krisenstaaten wie Griechenland aus dem Euro.

In Bezug auf die wirtschaftspolitische Abstimmung wurde den Prinzipien der Marktwirtschaft und der Subsidiarität eine sehr hohe Priorität eingeräumt. Vorstöße in Richtung einer Wirtschaftsregierung wurden etwa vom Tübinger Volkswirtschaftsprofessor Starbatty warnend kommentiert:

„Wir haben einen Euro-Rat und den Stabilitäts- und Wachstumspakt. Wenn jetzt eine Wirtschaftsregierung eingeführt wird, die stärkere Kompetenzen hat, kann ich Ihnen sagen, wer auf der Anklagebank sitzt: Nicht die Sünder, sondern die, die sich tugendhaft verhalten. Das ist in solchen Gremien immer so, weshalb ich strikt dagegen bin. Außerdem würde das mit einem Verlust an Souveränität einhergehen und dem Subsidiaritätsprinzip widersprechen.“<sup>1039</sup>

Von höchster Bedeutung für die ökonomische Koordinierung der Eurozone war die Einhaltung der Defizitregeln. In einer innerdeutschen Auseinandersetzung wurden den Unionsparteien eine zunehmende Aufweichung der ursprünglichen Bedingungen der Gemeinschaftswährung vorgeworfen. In Zeitschriftenanzeigen kritisierten euro-skeptische liberale und konservative Volkswirte „die sieben Lebenslügen der Union“<sup>1040</sup> und führten aus, dass die Ziele einer dauerhaften budgetären Konsolidierung oder einer größeren

---

<sup>1038</sup> Front national, Pressemitteilung 29.5.13, L'Union européenne exige de la France un big bang ultralibéral!

<sup>1039</sup> Interview Joachim Starbatty in Welt am Sonntag, 16.3.10.

<sup>1040</sup> Vgl. beispielsweise Anzeige in Handelsblatt, 19.11.10.

ökonomischen Konvergenz innerhalb des Euro nicht erreicht werden könnten. Besondere Enttäuschung rief das Abrücken der Kanzlerin vom Prinzip des Sanktionsautomatismus hervor, da der Grundsatz politischer Entscheidungen in Defizitverfahren als unbrauchbar bewertet wurde.<sup>1041</sup> Von der FDP und den Unionsparteien setzte sich die AfD in ihrer Gründungsphase im Frühjahr 2013 vornehmlich dahingehend ab, dass sie den Ansatz einer konsequenten Spar- und Reformpolitik für Defizitstaaten als unzureichend ablehnte. In dieser Argumentation wurde einigen Krisenstaaten keine Chance auf eine Verbesserung innerhalb der Währungsunion eingeräumt. Da beispielsweise Griechenland eine Wiederherstellung von Wettbewerbsfähigkeit allein außerhalb des Euro attestiert wurde<sup>1042</sup>, fokussierten sich die Debattenbeiträge auf eine ökonomische Harmonisierung der Eurozone. Anstelle einer Reform der wirtschaftspolitischen Koordinierungsinstrumente galt eine Verkleinerung des gemeinsamen Währungsraums als geeignetes Mittel.<sup>1043</sup>

In ihrer grundlegenden Infragestellung der ökonomischen Tragfähigkeit des Euro wies die AfD partielle Schnittmengen mit den extremen linken Parteien in beiden Ländern sowie dem Front national auf. Nach Einschätzung des Parteivorsitzenden Bernd Lucke leistete just das bestehende System nationalistischen Ressentiments Vorschub, da sich der volkswirtschaftlich heterogene Aufbau zu Ungunsten von Staaten mit geringer Wettbewerbsfähigkeit auswirkte.<sup>1044</sup>

Weitergehende Konvergenzen mit dem Front national waren indes trotz punktueller Überschneidungen der Milieus im Euro-Thema und dem Bemühen seitens der französischen Rechtsextremen, ihre Ablehnung der Gemeinschaftswährung ökonomisch zu untermauern<sup>1045</sup> im Untersuchungszeitraum nicht zu beobachten.

### **Zwischenbewertung: Konvergenzen und begrenzter Raum für Annäherungen**

Die Betrachtung der Lösungsansätze zur makroökonomischen Koordinierung der Eurozone hat erwartbare ideologische Schnittmengen zwischen politischen Akteuren in

---

<sup>1041</sup> Vgl. ebd.: „Der von der deutschen Regierung vorgeschlagene Sanktionsautomatismus bei exzessiven Haushaltsdefiziten - von vielen Ländern unterstützt und von der EU-Kommission ausgearbeitet - ist bei dem Strandspaziergang in Deauville in ein Verfahren umgewandelt worden, in dem wieder potentielle über aktuelle Sünder urteilen. Und wenn man noch so viel politischen Weihrauch darüber aufsteigen lässt: Auch in Zukunft werden notorische Sünder nicht bestraft.“ Vgl. ebenfalls Bernd Lucke in Stuttgarter Zeitung, 21.6.14, Gabriel will Sparpolitik aufweichen.

<sup>1042</sup> Vgl. Bernd Lucke, Interview mit Focus Online, 16.3.13.

<sup>1043</sup> Vgl. auch Programm zur Bundestagswahl 2013: „Wir bestehen auf dem uneingeschränkten Budgetrecht der nationalen Parlamente. Eine Transferunion oder gar einen zentralisierten Europastaat lehnen wir entschieden ab.“

<sup>1044</sup> Vgl. FAZ, 17.4.13, Ein Euro-Ausstieg birgt große Risiken.

<sup>1045</sup> Vgl. Les Echos, 25.9.13, Le serment des économistes anti-euro à Rome, ebenso als Pressemitteilung, Front national, 26.9.13.

Deutschland und Frankreich aufgezeigt und gleichzeitig nationale Besonderheiten in den jeweiligen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen offenbart. Ein grenzüberschreitender Austausch politischer Konzepte im Sinne einer dauerhaften Aneignung konnte nicht festgestellt werden. Die untersuchten Debattenschwerpunkte legen hingegen nahe, dass Annäherungen und Bezugnahmen allenfalls ansatzweise auf eine Europäisierungsdynamik zurückgeführt werden können und überwiegend mit der Intention einer Durchsetzung eigener europapolitischer Präferenzen oder aber der Nutzbarmachung für politische Auseinandersetzungen in separaten nationalen Arenen erfolgten. Die deutsch-französischen Ankündigungen einer Wirtschaftsregierung waren allenfalls vordergründig Zeichen von Konvergenz, in dem Sinne, dass die inhaltliche Ausgestaltung des Konzepts entlang national spezifischer Muster erfolgte und etwa von Konservativen in Deutschland als Instrument zur weiteren Straffung des haushaltspolitischen Regelwerks interpretiert wurde. Im moderat linken Spektrum war eine geteilte Wahrnehmung der wirtschaftspolitischen Schwachstellen der Währungsunion zu beobachten. Gleichzeitig wurden Kooperations- und Transferpotentiale ebenfalls durch die mangelnde Definition einer Wirtschaftsregierung und nochmals entscheidender durch das gesellschaftlich-politisch notwendige Bekenntnis der SPD und der Grünen zum Stabilitäts- und Fiskalpakt begrenzt. Einflussreiche Faktoren in der französischen Debatte waren die Erinnerung an die Referenden zum Vertrag von Maastricht und zur Europäischen Verfassung. Sowohl in der politischen Linken als auch extrem Rechten wurden die im Zuge des Krisenmanagements implementierten wirtschaftspolitischen Maßnahmen als Einschränkung der nationalen Souveränität zugunsten einer zu liberal ausgerichteten europäischen Integrationslogik gewertet. Diese Umstände bestimmten die Rahmenbedingungen der politischen Auseinandersetzung in Frankreich derart, dass auch Konservative und Liberale den Fokus europäischer Wirtschaftspolitik in der Erhöhung makroökonomischer Konvergenz im Euroraum und weniger auf eine Stärkung des Wettbewerbs legten. Ein bedeutender Unterschied im Ländervergleich lag darin, dass in Frankreich ein breiter politisch-gesellschaftlicher Konsens für den Ausbau europäischer Wirtschaftspolitik, beispielsweise zur Förderung von Großunternehmen in strategischen Sektoren, bestand, während derartige Konzepte in Deutschland auf progressive Akteure beschränkt waren und der Debattenschwerpunkt auf der Erhaltung wirtschaftspolitischer Eigenständigkeit innerhalb eines europäischen Ordnungsrahmens lag. Auch die französische *Le Monde* machte auf die nur scheinbare Konvergenz zwischen den politischen Familien in Deutschland und Frankreich aufmerksam:

„A droite comme à gauche, tout se passe comme si les partis aimaient afficher leurs convergences, mais ne cherchaient pas vraiment à surmonter leurs divergences. Si, sur la scène européenne, Berlin cherche l'accord de Paris, seul moyen de parvenir ensuite à un consensus à dix-sept (zone euro) ou à vingt-sept, il ne viendrait sans doute pas à l'esprit



d'aucun dirigeant allemand de vouloir faire converger pour créer "au cœur de l'Europe un poids lourd de l'économie", selon la formule employée par M. Sarkozy."<sup>1046</sup>

### **4.3 Zur Rolle der EZB: Orthodoxie vs. Neuausrichtung**

Der EZB kam eine bedeutende Rolle in der Bewältigung der Refinanzierungskrise zu. Dabei wurden Prinzipien wie die strikte Trennung von (nationaler) Fiskalpolitik und (europäischer) Geldpolitik oder die politische Unabhängigkeit der Zentralbank ebenso diskutiert wie die vertragliche Fokussierung auf die Wahrung der Preisstabilität. Die Kommentierung des Zentralbankhandelns durch die verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Akteure erfolgte in Abhängigkeit von den zuvor aufgezeigten Deutungsmustern der Krise. Die grundlegende Fragestellung zu den Aufgaben der Europäischen Zentralbank in der Wirtschafts- und Währungsunion wurde in besonderer Weise in national spezifischen Argumentationslinien behandelt. Die unterschiedlichen Perspektiven auf die EZB legen ein Andauern elementarer deutsch-französischer Divergenzen hinsichtlich der Funktionsweise des Euro nahe, die im Zuge der Krise Kompromisse erforderten. Grenzüberschreitende Debatten wurden überwiegend konfrontativ geführt. Ansätze einer transnationalen Krisenlösungsstrategie waren in erster Linie im linken politischen Spektrum zu beobachten. Im Folgenden werden neben der in Deutschland sehr präsenten Position einer Bewahrung des Status Quo, ein pragmatischer Blick auf die Zentralbank als Krisenmanagerin sowie offensive Forderungen einer umfassenden Transformation der EZB dargestellt.

#### **4.3.1 Verteidigung des Status Quo**

Eine Besonderheit in deutschen Debatten zur Rolle der EZB lag in der weitreichenden Unterstützung für eine Beibehaltung der im Vertrag von Maastricht definierten Rahmenbedingungen für die Zentralbank. In ordoliberal geprägten Kreisen (großen Teilen der CDU/CSU, FDP, Bundesbank, FAZ) wurden unorthodoxe Maßnahmen der EZB im Krisenverlauf skeptisch begleitet. Die geäußerte Kritik war schwerpunktmäßig ordnungspolitisch begründet und zielte auf die aus einer Relativierung der Unabhängigkeit resultierenden stabilitätspolitischen Gefahren ab. In einem spezifisch deutschen Kontext wurde Inflationsvermeidung wiederholt als eine von der nationalen auf die europäische Ebene zu transferierende politische Priorität definiert. In der konservativen und liberalen Programmatik war für die EZB keine aktive Funktion in der Krisenbewältigung vorgesehen. Vielmehr lag der Fokus darauf, mittels erhöhter nationaler Kontrollrechte eine als schädlich

---

<sup>1046</sup> Le Monde, 1.11.11, Convergence alléguée, divergences persistantes.

empfundene Ausweitung des Zentralbankhandelns zu begrenzen. Das zunehmende Engagement der EZB zur Stützung des Euro rief starke, auch innerparteiliche, Auseinandersetzungen hervor und wurde allenfalls zögerlich hingenommen. Als entscheidende Strategie zur Krisenberuhigung wurde im Einklang mit den entworfenen makroökonomischen Konzepten die Durchführung von Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung in nationaler Verantwortung betont und im öffentlichen Raum kommuniziert.

Deutsche Konservative und Liberale maßen der politischen Unabhängigkeit der Zentralbank, welche nach dem Modell der Bundesbank auf der europäischen Ebene implementiert wurde, einen sehr hohen Wert bei.<sup>1047</sup> Entsprechend kritisch wurde die Ausweitung der seitens der EZB wahrgenommenen Aufgaben im Verlauf der Krise verfolgt. Beispielsweise sorgte die Entscheidung Jean-Claude Trichets im Mai 2010, zur Linderung des Zinsdrucks auf wenig solide Teilnehmer der Währungsunion Staatsanleihen aufzukaufen, innerhalb der FDP für Unruhe: Der Währungspolitiker Frank Schäffler kritisierte das Vorgehen als „Fallbeil für den Euro“ und warnte vor einem Vertrauensverlust in die Frankfurter Institution. Gleichzeitig forderte er öffentlichkeitswirksam eine frühzeitige Ablösung Trichets durch den Bundesbankpräsidenten Axel Weber.<sup>1048</sup> Obgleich sowohl in der Koalition als auch in der liberalen Partei wiederholt die Unabhängigkeit der Zentralbank gegenüber Weisungen oder Kommentierungen betont wurde<sup>1049</sup>, zeigte sich an diesem Fall die Herausforderung, Relativierungen der politischen Autonomie der EZB zu kritisieren, ohne dabei eben jenes Gebot der Unabhängigkeit anzugreifen. Die FDP und die Unionsparteien stellten regelmäßig die freie Entscheidung der Zentralbank zur Initiierung der Stützungsmaßnahmen heraus, um gleichzeitig deren rasche Beendigung zu

---

<sup>1047</sup> Vgl. stellvertretend für die FDP: Rede Michael Link im Bundestag, 27.10.10: „Es gibt bei Fragen der Währung kein Primat der Politik in dem Sinne, dass man beliebig an der Währung herumdoktern kann. Das ist der große Unterschied zu anderen Bereichen. Wir haben damals, als die Währungsunion eingeführt wurde, klipp und klar gesagt: Währungsfragen sind wichtige Fragen, deren Beantwortung wir durch die unabhängige Europäische Zentralbank – früher war es die unabhängige Bundesbank – gewährleistet sehen wollen.“

<sup>1048</sup> Vgl. Frank Schäffler, Interview in Handelsblatt, 17.5.10: „Der Ankauf von Schrottpapieren ist das Fallbeil für den Euro. Wenn das so weitergeht, kauft die EZB bald auch alte Fahrräder auf und gibt dafür neue Geldscheine raus. Diese Entwicklung muss gestoppt werden.“ Der BDI warnte ebenfalls vor einem „ordnungspolitischen Sündenfall“, einer Relativierung der Unabhängigkeit sowie einer möglichen Inflation. Vgl. BDI, Pressemitteilung 10.5.10.

<sup>1049</sup> Vgl. FDP, Pressemitteilung 17.5.10, Unabhängigkeit der EZB von überragender Bedeutung: „Die in den Medien wiedergegebene Bewertung der Rolle Jean-Claude Trichets durch den FDP-Bundestagsabgeordneten Frank Schäffler entspricht ausschließlich seiner persönlichen Auffassung. Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank ist für die FDP-Bundestagsfraktion von überragendem Wert. Wir machen uns daher solche Forderungen nicht zu Eigen.“

empfehlen.<sup>1050</sup> Freier wurde die konservative Skepsis in journalistischer Form zum Ausdruck gebracht. Die FAZ kommentierte frühzeitig:

„Der Entschluss der EZB, griechische Anleihen jeder Qualität zu akzeptieren, ist schlicht ihr politischer Beitrag zum Rettungspaket – und damit ein Schlag gegen die eigene Unabhängigkeit. Wer so bereitwillig an politischen Entscheidungen mitwirkt, verliert Ansehen und lädt zu weiterer Einflussnahme der Regierungen ein.“<sup>1051</sup>

Auch im weiteren Krisenverlauf griff die Frankfurter Allgemeine Zeitung in ihren Analysen etwaige ordnungspolitische Fehlentwicklungen der Währungsunion auf.<sup>1052</sup> Sie attestierte der EZB einen enormen Ansehensverlust<sup>1053</sup> und zog die Möglichkeit einer Reduzierung von Stützungsmaßnahmen in Zweifel.<sup>1054</sup> Das Handeln der Zentralbank in der Krise nahmen Kommentatoren der FAZ zum Anlass, grundsätzliche Zweifel in Bezug auf die Funktionsweise der Gemeinschaftswährung zu äußern:

„Die aus der deutschen Ordnungsökonomik stammende Idee, die Politik sei an möglichst allgemeingültige Regeln zu binden, spielt im Euro-Raum keine große Rolle mehr. Das ist kein trivialer Befund, weil das Prinzip der Regelbindung in der Gründungsphase der Währungsunion noch als zentral galt. Die EZB sollte auf das Ziel der Geldwertstabilität, die

---

<sup>1050</sup> Vgl. für die CDU: Michael Stübgen, Rede im Bundestag, 27.10.10 im Kontext des erfolgreichen Starts des vorläufigen Stabilisierungsmechanismus EFSF: „Die Europäische Zentralbank konnte in der vergangenen Woche mit dem Ankauf von Staatsanleihen aufhören. Auch sie sieht mittlerweile die Euro-Stabilität als ausreichend gesichert an, sodass sie solche Maßnahmen nicht mehr durchführen muss.“; vgl. für die FDP: Pressemitteilung 13.1.11, Ausweitung des Rettungsfonds für Euro-Staaten derzeit nicht erforderlich: „Es ist verständlich, dass die Europäische Zentralbank aus ihrer selbst gewählten Rolle einer Ankäuferin von Staatsanleihen wieder herauskommen möchte. Sie sollte sich in der Tat auf die Geldpolitik beschränken. Aber die Lösung kann nicht sein, eine solche Rolle dann dem EFSF aufzubürden.“; vgl. auch Interview Rainer Brüderle in Handelsblatt, 28.1.11, Euro muss eine harte Währung bleiben: „(...) Das ist eine Maßnahme, die die EZB in ihrer Unabhängigkeit durchführt und die auch andere Notenbanken vornehmen. Aber das sollte keine Dauerlösung sein. Wir müssen andere Wege finden, wenn wir über die Ausgestaltung des permanenten Krisenmechanismus sprechen, der 2013 gelten soll.“; vgl. Christian Lindner in Handelsblatt, 9.8.11: „Die Notenbank darf nicht Partei werden. Ich halte die von der Bundesbank dem Vernehmen nach geäußerte Kritik daher für berechtigt.“; vgl. ebenfalls Interview Philipp Rösler in BILD, 9.7.12: „Zinsentscheidungen der unabhängigen EZB kommentiere ich grundsätzlich nicht. Ich stelle aber fest, dass es gut wäre, wenn die EZB schnell zur Normalität zurückkehren und sich auf ihre Hauptaufgabe konzentrieren würde: die Sicherung der Geldwertstabilität“; vgl. grundsätzlich zur orthodoxen Sicht auf die Zentralbank: Positionspapier FDP-Bundestagsfraktion, 10.9.10.

<sup>1051</sup> FAZ, 4.5.10, Biegsame Notenbank.

<sup>1052</sup> Vgl. FAZ 14.5.10, Im Dienst der Politik: „(...) stellt sich die Frage, ob man den Euro rettet, indem man in der Krise gegen die beiden wichtigsten Prinzipien der Währungsunion verstößt. Das erste, nach dem jedes Land für seine Finanzen selbst verantwortlich ist, gilt nach der Nothilfe für Griechenland nicht mehr. Gegen das zweite Prinzip, dass die EZB nicht der Finanzpolitik dient, verstößt die Zentralbank mit dem Ankauf südeuropäischer Staatsanleihen zu jedem Preis. Das freut Banken, die umgehend alle wackligen in gute Schuldner getauscht haben. Den Tabubruch beschlossen die Regierungschefs Freitagnacht, der EZB-Rat nickte ihn am Sonntagabend ab. Auf der Strecke geblieben sind Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit der EZB. Es ist egal, von wem die EZB Staatsanleihen kauft. Indem sie Staatsdefizite finanziert, ist sie eine finanzpolitische Institution im Dienst der Politik. Das war in der Geschichte der Anfang vom Ende jeder Währungsunion.“; vgl. ebenfalls FAZ, 11.9.11, Um jeden Preis: „An bislang allen Wegmarken der Krise der Währungsunion handelte Frau Merkel erst zögerlich, dann dem steigenden Hilfsdruck der Rettungseuropäer folgend. Der Taktik des Augenblicks wird sogar die Stabilitätskultur einer unabhängigen Notenbank geopfert, der Deutschland seinen Wohlstand verdankt.“

<sup>1053</sup> Vgl. FAZ, 4.6.10, Von der Griechenland-Krise zu einem anderen Europa; vgl. FAZ, 3.8.12, In der Krise.

<sup>1054</sup> Vgl. FAZ, 3.12.10, Normalfall Notfall sowie FAZ, 9.8.11, Im Dienst der Politik; vgl. FAZ, 27.7.12, EZB in der Grauzone.

Mitgliedsstaaten – sanktionsbewehrt – auf Haushaltsdisziplin – verpflichtet werden. So sollte der Erfolg der Währungsunion garantiert werden. Heute beherrscht „Flexibilität“ die Währungsunion. Die Mitgliedsstaaten haben die Regeln, an die sie gebunden sein sollten, großzügig ausgelegt, gebrochen oder geändert. Damit hat sich ein französisch inspiriertes Politikverständnis durchgesetzt, das Politiker als demokratisch legitimierte Agenten der „volonté générale“ begreift und deren Einschränkung durch abstrakte Regeln für Unfug hält. Freilich ist die „Flexibilisierung“ der Währungspolitik kein alleiniges Verdienst Frankreichs. Auch mehrere Bundesregierungen hatten kein Interesse daran, sich durch Regeln – etwa den Stabilitätspakt – einengen zu lassen.“<sup>1055</sup>

Eine geldpolitische Lösung der Schulden- und Refinanzierungskrise im Euroraum lehnten konservative und liberale Akteure in Deutschland mit dem Verweis auf drohende Fehlanreize ab. Unterstützende Maßnahmen der Zentralbank waren in dieser Sichtweise allenfalls punktuell in akuten Notfällen zulässig<sup>1056</sup> und bargen die Gefahr nachlassender haushaltspolitischer Disziplin seitens der Mitgliedsstaaten.<sup>1057</sup> Die zunehmende

---

<sup>1055</sup> FAZ, 6.12.10, Das Ende der Regelbindung; vgl. auch anlässlich einer Absage an einer umfassenden Umschuldung für Griechenland: FAZ, 23.5.11, Der Konflikt: „Zu Recht blockieren die Notenbanken den Wunsch der Rettungspolitiker, griechische Staatsschulden von Zentralbanken finanzieren zu lassen. Das ist für eine Notenbank tabu. Endlich begreift die EZB, auf welcher schiefen Bahn sie mit dem Kauf von Anleihen wackeliger Staatsschuldner geraten ist. Will sie ihre Unabhängigkeit behalten, darf sie sich nicht länger in den Dienst der Politik stellen.“

<sup>1056</sup> Insbesondere die durchweg Regierungsverantwortung tragenden Unionsparteien bewerteten die Rolle der EZB pragmatisch und erkannten trotz grundsätzlicher Bedenken die stabilisierende Wirkung des Zentralbankhandelns an. Vgl. für die CSU: Beschluss Bundesparteitag, 7.10.11: „Die EZB muss sich in Zukunft wieder ganz auf ihre geldpolitische Aufgabe der Währungsstabilität konzentrieren können. Der gegenwärtige Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB auf dem so genannten Sekundärmarkt darf nur die absolute Ausnahme sein und kein Dauerzustand werden. Die Trennlinie zwischen Geld- und Fiskalpolitik darf nicht weiter aufgeweicht, sondern muss in vollem Umfang respektiert werden.“; vgl. ähnlich für die CDU: Beschluss Bundesparteitag 15.11.11: „Die CDU setzt sich konsequent für die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Deutschen Bundesbank im Rahmen des Europäischen Systems der Zentralbanken sowie für die strikte Trennung von Geld- und Finanzpolitik ein. Die Geldpolitik muss der Entscheidungsmacht politischer Mehrheiten entzogen bleiben. Nur so kann die EZB den Weg des billigen Geldes unterbinden und Inflation wirksam verhindern. Uns ist allerdings bewusst, dass der Aufkauf von Staatsanleihen durch die EZB in den zurückliegenden Monaten für die Stabilität des Euro insgesamt notwendig war. Mit der Neuausrichtung der EFSF und dem künftigen ESM stehen alternative Instrumentarien zur Verfügung, die es der EZB erlauben, den Aufkauf von Staatsanleihen zu beenden. Sie sind nur noch als letztes Mittel akzeptabel.“

<sup>1057</sup> Vgl. FAZ, 27.3.12, Die rote Linie: „Dank der EZB-Geldschwemme glauben die Euro-Rettungspolitiker, das Schlimmste läge hinter ihnen. Sie hoffen auf Wunderheilung durch geldpolitische Spritzen, doch wie bei Drogen lässt deren Wirkung nach, wenn die Dosis nicht erhöht wird.“; vgl. FAZ, 13.11.12, Mit der Notenpresse: „Die Politik beginnt sich wohligh einzurichten in einer Welt, die von der EZB finanziert wird und in der notwendige Strukturreformen auch in Frankreich, Spanien oder Italien so lange aufgeschoben werden können, bis auch die letzte wettbewerbsfähige Volkswirtschaft der Eurozone am Boden liegt“; vgl. auch CDU, Pressemitteilung 22.10.11; vgl. zum Rollenverständnis des Bundesbankpräsidenten Weidmann: SPIEGEL, 14.11.11, Der Unbeugsame; vgl. für FDP: Pressemitteilung 12.8.11, EZB ist in eine falsche Krisenpolitik zurückgefallen: „Nur weil Herr Berlusconi mit den Zinsen für seine Staatsanleihen auf dem freien Markt nicht zufrieden war, sollte die EZB nicht aktiv werden. Wenn Italien Reformen und Sparanstrengungen scheut, muss es höhere Zinsen zahlen. Das stärkt die Disziplin. Hier hat die EZB nichts zu suchen.“; vgl. ebenfalls Interview Markus Söder in Süddeutsche Zeitung, 6.12.11: „Entscheidend ist: Die EZB darf nicht dauerhaft zum Rettungsanker für reformunwillige Staaten werden. Wenn die Euro-Länder wissen, dass am Ende die Zentralbank ihre Probleme löst, geht jeder Reformdruck verloren. Die EZB darf nicht zu Europas Bad Bank werden.“ Auch der BDI forderte eine Rückbesinnung der EZB auf die Erfüllung ihres ursprünglichen Mandats der Preisstabilität. Vgl. Interview Hans-Peter Keitel mit SPIEGEL Online, 10.9.12.

Aufgabenfülle der EZB wurde kritisch betrachtet. In Fortführung des Motivs der „Euro-Krise“ als Vertrauenskrise<sup>1058</sup> war es im Interesse der hier betrachteten Akteure, die Tätigkeiten der Zentralbank auf den im Vertrag von Maastricht definierten Umfang zu begrenzen. Instrumente zur Staatsfinanzierung<sup>1059</sup> wurden ebenso abgelehnt wie wirtschaftspolitische Aktivitäten mittels einer expansiven Zinspolitik<sup>1060</sup> oder einer aktiven Wechselkurspolitik.<sup>1061</sup> In diesem Sinne wurden auch Forderungen der französischen konservativen Regierung nach einem Ausbau der EZB zu einem *Lender of Last Resort* abgewehrt. Finanzminister Wolfgang Schäuble etwa argumentierte in Reaktion auf Vorstöße des französischen Haushaltsministers François Baroin, dass zur Bewältigung der Vertrauenskrise der Währungsunion, die EZB nicht in eine Rolle gebracht werden dürfe, die vertraglich nicht vorgesehen sei.<sup>1062</sup>

Insbesondere die FAZ sowie die Bundesbank machten auf die zunehmenden Interessenkonflikte der EZB aufmerksam. Außerhalb des parteipolitischen Wettstreits stehend kritisierten sie die wachsende Bedeutung der Zentralbank im Krisenmanagement. Angesichts der fehlenden Durchsetzungsmöglichkeit von Reformauflagen seitens der EZB drängten sie auf eine politische Lösung der Instabilitäten im Euro-Raum und forderten die Exekutive zur Handlung auf.<sup>1063</sup> Seitens der Banque de France wurde frühzeitig die

---

<sup>1058</sup> Vgl. Angela Merkel, Rede im Bundestag, 2.12.11.

<sup>1059</sup> Vgl. für die Bundesbank: FAZ 2.1.12, Bundesbank-Präsident für strengeren Sparkurs; vgl. ebenso FAZ, 6.3.13, Die Rolle der EZB.

Kennzeichnend für den hohen Stellenwert der Thematik in der deutschen Debatte war die Kritik des Bundespräsidenten Wulff an den Anleihen-Käufen der EZB sowie die folgende parteipolitische Bewertung. Vgl. unterstützend Rainer Brüderle in Focus, 29.8.11, „Wir passen schon auf“: „Ja, er hat Recht. Die EZB muss sich wieder auf ihre Kernaufgabe, die geldpolitische Wächterfunktion, konzentrieren. Das Ankaufen von Staatsanleihen geht nur in absoluten Notfällen. Es darf keine Regel werden. Denn es ist nicht Aufgabe der Europäischen Zentralbank, Ländern mit hochverschuldeten Staatshaushalten durch Ankauf von Staatsanleihen eine künstliche Zinsverbilligung zu verschaffen.“

<sup>1060</sup> Vgl. FAZ, 4.4.13, Die Fehlkonstruktion der Troika sowie grundsätzlich argumentierend FAZ, 24.6.14, Der Einheitszins passt keinem; vgl. für die CDU: Pressemitteilung 5.6.14 sowie FAZ, 11.6.14, Coeuré: EZB ist nicht mehr im Notfallmodus. Vgl. für die FDP: Pressemitteilung 24.11.13.

<sup>1061</sup> Vgl. Regierungserklärung Angela Merkel, 27.10.10: „Eine Politik, die auf Wechselkursverzerrungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit abzielt, muss vermieden werden.“; vgl. für die Bundesbank: FAZ, 6.2.13, Frankreichs Präsident Hollande will Aufwertung des Euro bekämpfen; vgl. ebenso FAZ, 6.5.14, Widerstand gegen Frankreichs Eurovorstoß

<sup>1062</sup> Vgl. Welt, 21.11.11, Merkel fordert Strafen für Schuldensünder.

<sup>1063</sup> Vgl. FAZ, 8.9.12: Rettung oder Ruin; vgl. FAZ, 21.3.13, Die politische Bad Bank; vgl. FAZ, 27.4.13, Die Abrechnung; vgl. FAZ, 8.6.13, EZB in politischem Teufelskreis; vgl. für die Bundesbank: Pressemitteilung 22.1.13, Gastvortrag Jens Weidmann bei der Jahresseröffnung der Deutschen Börse: „Im Zuge der Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise werden Notenbanken dazu gedrängt, Maßnahmen zur Stützung des Finanzsystems, zur Stimulierung der Konjunktur und zur Senkung der staatlichen Refinanzierungskosten oder gar zur staatlichen Solvenzsicherung zu ergreifen. Die Überfrachtung der Zentralbanken mit Aufgaben und Erwartungen ist aber sicherlich nicht der richtige Weg, um die Krise nachhaltig zu überwinden. Die Notenbanken schützen ihre Unabhängigkeit wiederum am besten dadurch, dass sie ihren Auftrag eng auslegen. Zusammengefasst kann man sagen: „Heute sind die meisten Zentralbanken unabhängig, werden von nicht gewählten Amtsträgern geleitet und verfügen über eine recht große Machtfülle. Dies ist nur dann zu rechtfertigen, wenn die Unabhängigkeit durch das Mandat begrenzt ist. Diesen Rahmen hat uns der Gesetzgeber vorgegeben [...]. Deshalb ist es uns auch so wichtig, dieses Mandat zu erfüllen, denn das ist die wahre Garantie für unsere Unabhängigkeit, die [...] für unsere Glaubwürdigkeit von

Notwendigkeit von Zentralbankinterventionen zur Funktionserhaltung der Finanzmärkte betont.<sup>1064</sup> In Übereinstimmung mit der Bundesbank betrachtete auch die französische Notenbank das unkonventionelle Eingreifen der EZB als zeitlich begrenzt und verwies auf die Notwendigkeit politischer Reformen.<sup>1065</sup> Über diese funktional begründeten Konvergenzen zwischen den beiden Zentralbanken hinaus war es jedoch speziell Bundesbankpräsident Weidmann, der die Legitimität der EZB-Programme öffentlich infrage stellte.<sup>1066</sup>

Einen Höhepunkt in der Debatte über die Rolle der EZB in der Krisenbewältigung stellte zweifellos die Ankündigung Draghis dar, den Euro *koste es, was es wolle*<sup>1067</sup>, zu bewahren. Die verbal vorgenommene Entgrenzung der Stabilisierungsmaßnahmen der EZB wurde in deutschen ordoliberalen Kreisen scharf kritisiert und nur zögerlich als wirksam anerkannt. Kommentatoren der FAZ etwa warfen Draghi vor, mittels der impliziten Vorgabe eines Zielwertes für die Verzinsung von Staatsanleihen disziplinierende Marktmechanismen außer Kraft gesetzt zu haben.<sup>1068</sup> Grundsätzlich wurde das erweiterte Engagement der EZB als Verdeckung politischer Verantwortlichkeiten im Krisenmanagement kritisiert:

„Dank des Taschenspielertricks mit Staatsanleihen können sich Politiker hinter der EZB verstecken. Frau Merkel muss Eurobonds nicht einführen und den Bundestag nicht mit der

---

zentraler Bedeutung ist. Und Glaubwürdigkeit ist eine entscheidende Voraussetzung für die Gewährleistung von Preisstabilität.“ Diese Sätze stammen übrigens nicht von mir, sondern von Mario Draghi, der es kürzlich in einem Interview so treffend auf den Punkt gebracht hat.“; vgl. ebenso Pressemitteilungen Bundesbank 28.2.12, 5.7.12, 2.7.13 und 29.8.13. Vgl. auch Handelsblatt, 26.4.13, Weidmanns Abrechnung.

<sup>1064</sup> Vgl. die Skepsis des Bundesbankpräsidenten Weber relativierend: Pressemitteilung Banque de France, 12.5.10.

<sup>1065</sup> Vgl. Banque de France, Pressemitteilung 29.6.12 sowie 10.10.12; vgl. ebenso zur Ablehnung einer aktiven Wechselkurspolitik: Banque de France, Pressemitteilung 21.10.10 sowie Pressemitteilung 11.11.10, *Personne ne doit ni ne peut manipuler sa monnaie*, Interview Cristian Noyer in *Le Figaro* und Pressemitteilung 14.4.14, *La baisse du change est plus facile à invoquer qu'à orchestrer*.

<sup>1066</sup> Besonders öffentlichkeitswirksam geschah dies im Juni 2013 im Zuge der Verhandlungen des Bundesverfassungsgerichts hinsichtlich der Rechtmäßigkeit des ESM sowie des Programms zum unbegrenzten Aufkauf von Staatsanleihen durch die EZB. Vgl. zur Argumentation Weidmanns: FAZ, 11.6.13, *Die EZB vor Gericht: „Die Unumkehrbarkeit des Euro wird innerhalb des Mandats gewährleistet, meint die EZB. Die derzeitige Zusammensetzung der Währungsunion kann angesichts souveräner Nationalstaaten nicht garantiert werden – jedenfalls nicht von der Notenbank, sagt die Bundesbank. In einigen Mitgliedsstaaten kann die Geldpolitik nicht ihre ganze Wirkung entfalten, meint die EZB. Unterschiedliche Marktzinssätze stehen nicht im Widerspruch zu einer einheitlichen Geldpolitik, sagt die Bundesbank. Etwaige Verluste können aus sich selbst heraus getragen werden, meint die EZB. Im Ergebnis würden die Verluste den finanziellen Handlungsspielraum des Bundes einschränken, sagt die Bundesbank.“*; vgl. auch aus französischer Perspektive: *La Tribune*, 12.6.13, *BCE versus Buba ou la résurgence des deux Allemagne*.

<sup>1067</sup> Vgl. Rede Mario Draghi, 26.7.12: „Within our mandate, the ECB is ready to do whatever it takes to preserve the euro. And believe me, it will be enough.“

<sup>1068</sup> Vgl. FAZ, 4.8.12, *Die bösen sieben Prozent*. Vgl. in moderaterer Argumentation auch für den BDI: Hans-Peter Keitel, Interview mit SPIEGEL Online, 10.9.12: „Wichtig ist eine glaubwürdige Exit-Strategie. Nur wenn klar ist, dass die EZB Anleihekäufe jederzeit stoppen kann, werden die Reformanstrengungen in den Krisenländern nicht nachlassen.“

Entscheidung über die Ausweitung des Haftungsrahmens behelligen, die sich bei einer Banklizenz für den ESM gestellt hätte, Dafür kann Deutschland sein Vetorecht im ESM nicht nutzen, es wird im EZB-Rat weiter von den Südländern überstimmt. Aber wenigstens waschen die Politiker während der Vergemeinschaftung der Euro-Staatsschulden mit Hilfe der angeblich unabhängigen EZB ihre Hände in Unschuld.“<sup>1069</sup>

Innerhalb der bis Herbst 2013 regierenden Parteien äußerten Fachpolitiker teilweise deutliche ordnungspolitisch motivierte Kritik an der Interpretation der Amtsführung Draghis.<sup>1070</sup> Derartige Mahnungen wurden sowohl in den Unionsparteien als auch bei den Liberalen durch zentrale Funktionsträger relativiert. Die Anforderungen an das Regierungshandeln ließen auch hinsichtlich der Bewertung der EZB jeweils innerparteiliche Spannungsfelder entstehen, welche die Handlungsspielräume der schwarz-gelben Koalition bestimmten. Innerhalb der CDU argumentierten etwa Finanzminister Schäuble und Kanzlerin Merkel pragmatisch und verwiesen auf die Notwendigkeit der Maßnahmen zur Erhaltung geldpolitischer Transmissionsriemen für die Zentralbank. Ebenso wurde im Regierungsdiskurs die Konditionalität der EZB-Interventionen betont. In dieser Darstellung stellten die Eingriffe aufgrund ihrer Bindung an Reformauflagen und des selbstbestimmten Agierens der europäischen Zentralbank innerhalb ihres geldpolitischen Mandats keine Regelverletzung dar.<sup>1071</sup> Gleichzeitig unterstützte Kanzlerin Merkel demonstrativ

---

<sup>1069</sup> FAZ, 24.8.12, Retten ohne Grenzen.

<sup>1070</sup> Vgl. zur Kritik durch Norbert Barthle, Wolfgang Bosbach oder Klaus-Peter Willsch (alle CDU): SPIEGEL, 30.7.12, Doppelte Feuerkraft sowie FAZ, 3.8.12, Deutsche Kritik an EZB-Vorgehen in der Euro-Krise; vgl. ebenso Kritik durch Hans Michelbach (CSU): „(...) fassungslos, dass Draghi die Vollkasko mentalität der Südländer bedient“, zitiert nach SPIEGEL, 30.7.12, Doppelte Feuerkraft. Vgl. ebenso kritisch Interview Markus Söder in Stuttgarter Zeitung, 7.8.12 sowie WELT, 27.8.12, Ungehemmter Streit über Athens Euro-Austritt - Dobrindt beleidigt Draghi nach Überlegungen zu Zinsobergrenzen als „Falschmünzer Europas“. Vgl. zu negativen Reaktionen in der FDP beispielhaft Rainer Brüderle, Interviews in Rheinzeitung, 3.8.12 und Handelsblatt, 5.9.12 sowie Patrick Döring, Interview in B.Z. am Sonntag, 9.9.12; vgl. für das Umfeld der AfD: Namensbeitrag Joachim Starbatty in FAZ, 5.9.12, Ein Falschmünzer: „Die jetzt von der EZB vorbereiteten Aktionen zum systematischen Ankauf von Staatsanleihen laufen aber eindeutig auf die Monetarisierung von Staatsschulden hinaus. Auf gut Deutsch: Die EZB lässt die Gelddruckmaschine anlaufen. Es gibt langfristig nur eine Ursache von Inflation - die Finanzierung von Staatsdefiziten durch die Notenbank. Aktuelle rezessive Tendenzen mögen das noch überspielen. Aber dass daraus Inflation erwächst, ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Und jemand, der dieses inflationäre Geschäft betreibt, oder sich dafür einspannen lässt, ist ein Falschmünzer.“

<sup>1071</sup> Vgl. kritisch: FAZ, 7.9.12, Schäuble täuscht, sowie WELT, 7.9.12, Dambruch. Die Konditionalität der EZB-Stützungsmaßnahmen wurde offensiv als Legitimierung des von der schwarz-gelben Koalition verfolgten Ansatzes „Hilfen gegen Auflagen“ präsentiert. Vgl. Angela Merkel, Rede im Bundestag, 12.9.12: „In dieser schwierigen Krise hat jede Institution ihre Verantwortung. Da ist es richtig, dass der Europäische Rat, die Parlamente der Mitgliedstaaten des Euro-Raums, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament ihre Verantwortung wahrnehmen. Aber dazu gehört auch, dass die Europäische Zentralbank im Rahmen ihrer Verantwortung - sie gründet auf Unabhängigkeit und ist auf die Erhaltung der Geldwertstabilität begrenzt - ihre Pflichten wahrnimmt. Das tut sie, und, meine Damen und Herren, sie tut es mit einer Maßgabe, die unseren Kurs unterstützt, nämlich mit der Maßgabe, dass die Ursachen ganz wesentlich in den Mitgliedstaaten selbst liegen und dass deshalb eine strenge Konditionalität die Maßnahmen der Europäischen Zentralbank begleiten muss. Das hat die Europäische Zentralbank gesagt, und nicht die, die ihre Unabhängigkeit zu respektieren haben. Deshalb sage ich: Wir empfinden das als Unterstützung unseres Kurses.“; vgl. für die FDP: Interview Michael Link in dpa Insight Europe, 7.11.12: „Die Tätigkeit der EZB hat jedoch auch eindeutige immanente Schranken.“

Bundesbankpräsident Weidmann, der mit seiner öffentlichen Ablehnung der EZB-Programme zu einem Bezugspunkt für viele Konservative und Liberale wurde.<sup>1072</sup> Dieser Mittelweg war auch in der Folge kennzeichnend für das Verhältnis der Regierungsparteien zur EZB.<sup>1073</sup>

Das realpolitische Abweichen der Regierungsparteien vom ordnungspolitischen Ideal einer unabhängigen, auf die Wahrung der Preisstabilität fokussierten europäischen Zentralbank begünstigte indes die Entwicklung einer volkswirtschaftlich-theoretisch argumentierenden Protestbewegung, welche im Jahr 2013 in der Gründung der Alternative für Deutschland mündete.<sup>1074</sup>

Ein spezifisch deutscher Debattenschwerpunkt im konservativ-liberalen Spektrum lag darüber hinaus in der Diskussion möglicher Inflationsgefahren infolge der Krisenbewältigung. Politisch wurde die Thematik in besonderer Weise durch die FDP und auch die Unionsparteien aufgegriffen. Die Berichterstattung seitens der FAZ bettete diese Skepsis in weiter gefasste gesellschaftliche Zusammenhänge ein.

Grundsätzlich wurde diesem Argumentationsmuster gemäß vor einer zunehmenden Geldentwertung im Euro-Raum gewarnt. Die Ankäufe von Staatsanleihen wurden ebenso wie die expansive Geldpolitik zum Anlass genommen, eine kontinuierliche Entfernung der EZB von ihrer vertraglich fixierten Mission der Wahrung der Geldwertstabilität zu kritisieren.<sup>1075</sup> Axel Weber, der im Februar 2011 mit seinem Rücktritt vom Amt des

---

Sie liegen dort, wo die Geldwertstabilität bedroht ist. Deshalb ist es gut, dass die EZB sehr hohe Hürden für ihr Tätigwerden formuliert hat. Sie hat es im Rahmen ihrer Unabhängigkeit getan, wir begrüßen das. Und die hohen Hürden umfassen zum Beispiel zwingend den Einsatz des ESM: Wenn der ESM nicht tätig wird, wird die EZB auch nicht tätig. Der ESM wird aber nur tätig, wenn vorher vereinbarte Auflagen eingehalten werden. Insofern haben wir es auch selbst in der Hand, wo die EZB stärker tätig wird und wo weniger.“

<sup>1072</sup> Anlässlich des Deutschland-Tags der Jungen Union sprach Angela Merkel Jens Weidmann demonstrativ ihre Unterstützung aus. Vgl. CDU-Pressemitteilung 6.10.12. Ebenso habe die Kanzlerin den Bundesbankpräsidenten von Rücktrittsgedanken abbringen können. Vgl. FAZ, 1.9.12, Weidmann hat Rücktritt erwogen. Vgl. zur Unterstützung Weidmanns durch die FDP beispielhaft Interview Rainer Brüderle in Handelsblatt, 5.9.12. Vgl. zur Perspektive der Bundesbank: SZ, 17.11.12, Der Kampf ums neue Europa.

<sup>1073</sup> Vgl. parteiinterne Kritik am Kurs der EZB relativierend Außenminister Guido Westerwelle, Interview in FAZ, 15.9.12: „Wie bei jeder wichtigen Entscheidung in einer schwierigen Lage segelt man schon mal hart am Wind“. In ähnlicher Weise traten die CSU-Parteiführung und -Landesgruppe moderater auf als etwa der Generalsekretär Dobrindt oder der langjährige Euro-Kritiker Peter Gauweiler. vgl. beispielhaft: FAZ, 11.9.12, Euro-Krisenpolitik spaltet die Union sowie Welt, 11.9.12, CSU ringt um den Euro.

<sup>1074</sup> Vgl. beispielhaft Interview Joachim Starbatty in Stuttgarter Zeitung, 21.5.10: „Was ich EZB-Präsident Trichet vorwerfe, ist schlicht Vertragsbruch. Durch den laut Lissabon-Vertrag verbotenen Ankauf von Staatsanleihen werden die Banken Risiken los und übertragen sie auf die Steuerzahler.“; vgl. Anzeige in Handelsblatt 19.10.10, Die sieben Lebenslügen der Union; vgl. Welt, 26.2.11, Wachsender Widerstand; vgl. ebenfalls AfD-Programm zur Bundestagswahl 2013: „Wir fordern ein sofortiges Verbot des Ankaufs von Schrottpapieren durch die Europäische Zentralbank. Inflation darf nicht die Ersparnisse der Bürger aufzehren.“

<sup>1075</sup> Vgl. frühzeitige Kommentierung durch Guido Westerwelle, Interview in General-Anzeiger, 13.5.10: „Die EZB hat von sich aus entschieden, Staatsanleihen zu kaufen, und sie hat gleichzeitig



Bundesbankpräsidenten ein Zeichen gegen die Krisenpolitik der EZB setzte, wurde von den hier betrachteten Akteuren durchweg positiv gesehen und als Verteidiger einer stabilen Währung gelobt.<sup>1076</sup> Für Kanzlerin Merkel war das kurzfristige Ausscheiden Webers problematisch, da dieser nicht mehr für eine mögliche Bewerbung als Nachfolger Jean-Claude Trichets an der Spitze der europäischen Zentralbank zur Verfügung stand und Kritiker des Krisenmanagements innerhalb der Regierungsfractionen Auftrieb verlieh.<sup>1077</sup>

Das unkonventionelle Vorgehen der EZB in der Krise rief in ordoliberal geprägten Gruppierungen Forderungen nach einer stärkeren Ausrichtung der europäischen Notenbank am Modell der Bundesbank sowie eines Ausbaus deutscher Kontrollmöglichkeiten in den Gremien aus.<sup>1078</sup> In dieser Sichtweise galt es, die bei Schaffung des Euro erfolgreich auf die europäische Ebene übertragenen geldpolitischen Orientierungen zu verteidigen und auch angesichts der Refinanzierungs- und Wirtschaftskrise im Euroraum aufrechtzuerhalten.<sup>1079</sup> Die FDP maß der Frage der

---

erklärt, dass sie die Geldmenge durch das Abstoßen anderer Anleihen nicht vergrößern wird. Das ist ein wichtiges Signal auch gegen inflationäre Tendenzen.“; vgl. für die CSU: FAZ, 17.2.11, CSU-Führung warnt Finanzminister Schäuble sowie Beschluss Bundesparteitag 7.10.11; vgl. für die CDU: Wolfgang Schäuble, Rede in Bundestag, 7.5.10; vgl. auch Regierungserklärung Angela Merkel, 19.5.10; vgl. zur Begrenzung des Handlungsspielraums der Regierung durch ein geplantes Positionspapier der CDU-Bundestagsfraktion: Welt, 10.2.11, Eine Währung, viele Stimmen: „Den Passus zur Europäischen Zentralbank (EZB) dürfte Merkel ebenso kritisch gelesen haben. „Die EZB darf sich nicht veranlasst sehen, Marktpflege zugunsten von Staatspapieren zu betreiben“, steht da. (...) Die EZB müsse „strikt“ einem „vorrangigen Ziel“ verpflichtet bleiben: Preisstabilität. „Nebenziele lehnen wir ab.“; vgl. ebenfalls Angela Merkel, Interview in Bild am Sonntag, 29.8.11, gleichzeitig Pressemitteilung CDU, 29.8.11: „Die EZB ist unabhängig. Dafür hat sich Deutschland bei ihrer Gründung sehr stark gemacht, denn nur unabhängig von der Politik kann sie ihre Aufgabe für unsere stabile Währung erfüllen. Und wegen eben dieser Unabhängigkeit bewerte ich die Arbeit der Zentralbank nicht öffentlich.“; vgl. für das Umfeld der AfD: Namensbeitrag Joachim Starbatty in Das Parlament, 17.5.10: „Dass die EZB bereit war, Ramschanleihen einzelner Staaten als Pfand für die Ausgabe druckfrischer Euro zu nutzen, wurde allgemein als ein Widerruf Ihrer Stabilitätsbekundungen gewertet. Wenn sie sich jetzt sogar entschlossen hat, Ramschanleihen direkt aufzukaufen, muss sie sich den Vorwurf gefallen lassen, dass bald auf den internationalen Kapitalmärkten der Euro selbst eine Ramschwährung genannt wird.“

<sup>1076</sup> Vgl. beispielhaft FDP, Pressemitteilung 12.2.11 sowie überblicksartig Welt am Sonntag, 11.9.11, Schwere Zeiten für die Euro-Retter.

<sup>1077</sup> Vgl. SPIEGEL, 14.2.11, „Unermesslich geschadet“.

<sup>1078</sup> Vgl. Markus Söder, Interview in Handelsblatt, 23.11.11 sowie SZ, 2.12.11, Wunsch und Wirklichkeit. Vgl. für die FDP: Patrick Döhring in Passauer Neue Presse, 20.8.12: „Offenbar ist die deutsche Stabilitätskultur im Direktorium der EZB nicht mehr mehrheitsfähig. Wir sollten dringend über eine Änderung des Stimmengewichts in der Zentralbank nachdenken. Es kann nicht sein, dass Malta das gleiche Stimmengewicht hat wie Deutschland.“; vgl. auch Pressemitteilung 11.6.13. Auch innerhalb der CDU wurde vereinzelt gefordert, das Stimmgewicht in Relation zum Kapitalanteil festzulegen. Vgl. Michael Fuchs in SPIEGEL, 6.8.12, Dünne Bertha.

<sup>1079</sup> Vgl. FDP, Pressemitteilung Rainer Brüderle, 17.11.11: „Zwei Geldentwertungen haben sich tief ins Bewusstsein von uns Deutschen eingepägt. Wir haben eine besondere Sensibilität für die Wertstabilität unseres Geldes, und sind deshalb auch für eine unabhängige Notenbank. Diese deutsche Stabilitätskultur gilt es in Europa einzubringen.“; vgl. in ähnlicher Argumentation Rainer Brüderle, Interview in Handelsblatt, 17.2.12: „Tief ist die Hyperinflation der 20er-Jahre und die Geldentwertung der unmittelbaren Nachkriegszeit in unser kollektives Gedächtnis eingebannt. Tief ist eingebannt, dass die Geldentwertung am Anfang und am Ende einer fatalen politischen Entwicklung in Deutschland stand, die Krieg, Not und Elend für den ganzen Kontinent hervorbrachte. Seitdem ist Geldwertstabilität deutsche Staatsräson. Die Stabilitätskultur ist unsere Mitgift für Europa. Es gilt jetzt, die Maßnahmen vorzubereiten, die eine beschleunigte Geldentwertung

Geldwertstabilität einen sehr großen Wert bei und rückte sie im Vorlauf zur Bundestagswahl 2013 zunehmend ins Zentrum ihrer Argumentation.<sup>1080</sup> Dabei nutzte die Partei unter anderem das sozialistisch regierte Frankreich als Negativfolie.<sup>1081</sup> Auch für die CSU war es von strategischer Bedeutung, öffentlich Kritik am Kurs der EZB zu üben.<sup>1082</sup> Die Christsozialen bestärkten ebenfalls die Rolle der Bundesbank als Garantin für Stabilität und forderten etwa ein Veto-Recht im EZB-Rat sowie die Begutachtung einzelner Stützungsmaßnahmen im Hinblick auf mögliche volkswirtschaftliche Belastungen für Deutschland.<sup>1083</sup> Anregungen zu einer wachstumsfördernden Wechselkurspolitik, beispielsweise durch Staatspräsident Hollande, wurden gleichermaßen zurückgewiesen.<sup>1084</sup>

In ähnlicher Weise nahmen Kommentatoren der FAZ eine Bedrohung der Geldwertstabilität im Euro-Raum durch südeuropäische Staaten und auch Frankreich

---

verhindern. Dazu gehört auf nationaler Ebene der Einstieg in die Entschuldungspolitik“; vgl. für Warnungen der FAZ vor einem Paradigmenwechsel beispielhaft 12.11.11, Inflationunion sowie 20.8.13, Euro-Umverteiler; vgl. ebenfalls Bundesbank, Pressemitteilung 14.6.12.

<sup>1080</sup> Vgl. Rainer Brüderle, 6.2.13, Papier zur Geldwertstabilität: Stabiles Geld schützt Wachstum, Beschäftigung und Eigentum, darin insbesondere Forderungen nach einer Stärkung des Gewichts der Bundesbank im EZB-Rat und Veto-Möglichkeiten für große Zentralbanken bei außergewöhnlichen Entscheidungen sowie der Verankerung von Geldwertstabilität im Grundgesetz; vgl. ebenfalls Beschluss Bundesparteitag 9.3.13; Pressemitteilung 21.4.13: Geldwertstabilität als Verfassungsziel, ausgeglichener Haushalt und mehr deutscher Einfluss in EZB als Mittel gegen einen Einflussgewinn der sich formierenden Alternative für Deutschland; vgl. Bürgerprogramm 2013, 4.5.13: „(...) Geldwertstabilität ist deutsche Staatsraison. Die Stabilitätskultur ist unsere Mitgift für Europa. Unsere bittere historische Erfahrung ist: Kommt das Geldwesen in Unordnung, besteht die Gefahr, dass die ganze Gesellschaft in Unordnung gerät – mit unabsehbaren politischen Folgen. Tief ist die Hyperinflation der 1920er Jahre und die Geldentwertung der unmittelbaren Nachkriegszeit in unser kollektives Gedächtnis eingebrennt. Manche wollen zur Bekämpfung der Schuldenkrise alle Geldschleusen öffnen und die Schulden weginflationieren. Neben der amerikanischen Notenbank haben die Europäische Zentralbank (EZB), die japanische und die britische Zentralbank ihre Geldmengen extrem ausgeweitet. Eine derart große Menge an Geld erhöht die Inflationsgefahr. Eine dauerhafte Staatsfinanzierung durch die Notenpresse ist aber grundfalsch. Das wäre der Weg in die Inflationunion. Wir wollen hingegen den Weg der Sozialen Marktwirtschaft weiter gehen: Für stabiles Geld und für sichere Ersparnisse.“; vgl. ebenfalls Programm zur Europa-Wahl 2014, 19.1.14.

<sup>1081</sup> Vgl. Interview Volker Wissing in Deutschlandfunk, 15.2.13: „Wir brauchen einen Pakt gegen Inflationspolitik in Europa“: „Frankreich ist in einem Dilemma. Der französische Präsident hat den Bürgerinnen und Bürgern die Lösung der französischen Probleme durch Hochsteuerpolitik versprochen. Diese Rechnung geht nicht auf. Das Gegenteil wäre richtig für Frankreich, die Marktwirtschaft zu stärken, moderater zu besteuern, und weil Frankreich aus eigener Kraft seine Probleme nicht lösen kann, ruft der französische Präsident nach der Europäischen Zentralbank. Das ist ein schwerer Angriff auf die Unabhängigkeit der EZB. Es ist nicht Sache von Herrn Hollande, Herrn Draghi als EZB-Präsidenten Ratschläge zu geben, wie er Währungspolitik zu machen hat.“ Auch in der CDU wurden Vorstöße zu einer aktiven Wechselkurspolitik mit dem Verweis auf die Notwendigkeit von Strukturreformen und Wettbewerbsfähigkeit zurückgewiesen. Vgl. FAZ, 6.2.13, Frankreichs Präsident François Hollande will Aufwertung des Euro bekämpfen; Handelsblatt, 7.2.13, Der lange Arm der Politik sowie Handelsblatt, 21.2.13, Merkel sieht starken Euro gelassen.

<sup>1082</sup> Vgl. in Bezug auf die Attacken des Generalsekretärs Dobrindt auf Mario Draghi: FAZ, 30.8.12, Hirn und Hand: „Der bayerische Wähler - insbesondere jener, der versucht sein könnte, seine Stimme den sich eurokritisch gerierenden Freien Wählern zu geben - wusste für einen Moment wieder ganz genau, wofür die CSU in der Euro-Krise steht: für unbeugsame Härte“.

<sup>1083</sup> Vgl. beispielhaft Parteitagsbeschluss CSU, 19.10.12; vgl. auch Bayernplan, 8.4.14: „Die Europäische Zentralbank soll mehr auf Deutschland hören.“

<sup>1084</sup> Vgl. BILD, 12.5.14, Seehofer-Plan - Deutschland soll mehr Macht beim Euro kriegen.

wahr.<sup>1085</sup> So wurde die Wahl Hollandes zum Anlass genommen, vor einer weiteren Relativierung des ursprünglichen EZB-Mandats zu warnen.<sup>1086</sup> Der Inflationsvermeidung wurde ein sehr hoher Wert beigemessen und im deutschen Kontext erläutert. Journalisten der Frankfurter Zeitung verwiesen auf historische Motive und führten darüber hinaus besondere Vermögensstrukturen als rational nachvollziehbaren Grund für eine im europäischen Vergleich große Sensibilität an:

„Für den Durchschnittseuropäer bedeutet Inflation, dass sein Eigenheim an Wert gewinnt und seine Hypothekendarlehen an Wert verlieren. In Deutschland sitzen lauter Leute in Appartements, die sich vor Mieterhöhungen fürchten und davor, dass ihre Rente nicht mehr wert ist in Folge der Geldentwertung.“<sup>1087</sup>

Die im Spätsommer 2012 einsetzende Beruhigung der Refinanzierungskrise im Euroraum wurde auch in konservativ-liberalen Milieus auf das öffentliche Sicherungsversprechen Draghis zurückgeführt. Für eine langfristige Stabilisierung der Währungsunion wurden indes nach wie vor Strukturreformen in den einzelnen Mitgliedstaaten gefordert.<sup>1088</sup> Speziell in der FAZ wurde kontinuierlich vor einer Verzögerung notwendiger Modernisierungsmaßnahmen durch politisch Verantwortliche gewarnt.<sup>1089</sup> Beispielsweise brachte Philip Plickert die Sorge zum Ausdruck, dass grundlegende volkswirtschaftliche Probleme durch den „EZB-Zauber“ überdeckt würden und bei einem nachlassenden Engagement der Zentralbank oder aber einer abnehmenden Wirksamkeit der Maßnahmen eine neuerliche Krise drohe.<sup>1090</sup>

#### **4.3.2 Anerkennung der EZB als provisorischer Krisenmanagerin**

Eine Mehrheit der hier zu untersuchenden Gruppierungen zeichnete sich durch eine pragmatische Bewertung des Krisenmanagements seitens der EZB aus. Die Zentralbank

---

<sup>1085</sup> Vgl. FAZ, 24.10.11, Endspiel um den Euro: „Noch sträubt sich Berlin gegen Wünsche aus Paris und Brüssel, mit Hilfe der Geldpolitik das Versagen der Fiskalpolitiker auszubügeln. Die Europäische Zentralbank darf das Leben auf Pump nicht finanzieren; das wäre für die Gemeinschaft verheerend.“; vgl. auch FAZ, 11.2.12, Einknicken der Euro-Retter sowie 12.11.13, Wo Eurovermögen sind.

<sup>1086</sup> Vgl. FAZ, 8.5.12, Merkel kämpft allein.

<sup>1087</sup> FAZ, 11.12.11, German Angst; vgl. in ähnlicher Argumentation: FAZ, 20.8.13, Euro-Umverteiler.

<sup>1088</sup> Eine unmittelbare Verbindung zwischen den Zentralbank-Interventionen und der Stabilisierung des Euroraums stand im Widerspruch zur konservativen und liberalen Programmatik. Gleichwohl nahm die Kritik am Handeln Draghis im Krisenverlauf innerhalb der Unionsparteien und auch der Bundesbank ab. Der BDI-Vorsitzende Grillo sprach Draghi einen entscheidenden Anteil an der Entschärfung der Krise zu. Vgl. überblicksartig Handelsblatt, 23.5.14, Der Mann, der Zeit kauft. Vgl. für den BDI ebenfalls Executive Letter Ulrich Grillo, 22.6.14: „Ich bin davon überzeugt, dass die Geldpolitik die Versäumnisse der Regierungen nicht auf Dauer ausgleichen kann. Es sind die Regierungen, die Strukturreformen schneller umsetzen müssen, damit die Länder wettbewerbsfähiger werden.“

<sup>1089</sup> Vgl. FAZ, 27.7.12, Euro-Retter; 30.7.12, Vor der Entscheidung; 26.7.13, Trügerische Entspannung; vgl. 14.7.14, Merkel besorgt über Lage im Euroraum.

<sup>1090</sup> Vgl. FAZ, 3.1.13, Neues Jahr, alte Lasten. Zitat ebd.

wurde vielfach als provisorische Akteurin zur Stabilisierung der Wirtschafts- und Währungsunion anerkannt. Moderate Oppositionsparteien (insbesondere in Deutschland die SPD und die Grünen) führten dabei ebenso wie überregionale Tageszeitungen (Süddeutsche Zeitung, Le Monde und auch Le Figaro), die zunehmenden Interventionen der EZB auf fehlende politische Entscheidungen seitens der jeweiligen Exekutiven zurück. Unabhängig von ideologisch geprägten Argumentationsmustern war im moderat linken Spektrum in Deutschland eine hohe Wertschätzung für das Ziel der Geldwertstabilität sowie die politische Unabhängigkeit der Notenbank zu beobachten. Ein spezifisch französisches Motiv lag hingegen in Forderungen nach einer Absenkung des Euro-Außenwerts. Grenzüberschreitende deutsch-französische Bezüge konnten in einem begrenzten Umfang festgestellt werden. Diese fanden häufig unabhängig von parteipolitischen Orientierungen statt und dienten vielmehr als Argumentationshilfen in innerstaatlichen politischen Debatten.

In einer pragmatischen Sichtweise wurde die Durchführung unkonventioneller Maßnahmen der EZB in der Krise als notwendig und legitim betrachtet. Sowohl in Le Monde als auch in Le Figaro zeigten Kommentaren frühzeitig Unterstützung für eine umfassendere Rolle der Zentralbank im Krisenmanagement.<sup>1091</sup> In der Süddeutschen Zeitung kam diese Position, wenngleich zu einem späteren Zeitpunkt und mit einigen Vorbehalten, ebenfalls zum Ausdruck. Dort wurde eine Ausweitung der EZB-Programme in Abwägung mit anderen Instrumenten wie etwa der Einführung von Euro-Bonds als geringeres Übel bewertet.<sup>1092</sup>

---

<sup>1091</sup> Vgl. Le Monde, 11.5.10: Zone euro: changer ou mourir: „In fine, la zone euro n'a donc pas évité de recourir à des mesures non conventionnelles de monétisation des dettes souveraines, comme l'ont fait la Banque d'Angleterre et la Réserve fédérale américaine (Fed) et dégage enfin ce que M. Simmonds qualifie d'option "nucléaire" face au risque de contagion généralisée de la crise à l'ensemble des pays de la zone euro, pouvant déboucher sur un éclatement de la zone et un krach obligataire. Cependant, l'Institut d'émission devra également assumer ce virage dans la durée, contraire à toute la doctrine sur laquelle il avait basé son action depuis l'origine. A l'avenir, le risque demeure que la BCE abandonne dès que possible les mesures de soutien, revenant trop tôt à une politique orthodoxe." ; vgl. Le Monde, 11.5.10, En s'adaptant aux circonstances, la BCE fait preuve de vertu: „M. Trichet a finalement prouvé qu'il pouvait s'adapter aux circonstances. La BCE, censée agir en dehors de toute préoccupation politique, a fait une exception pour soutenir la Grèce. Elle a assoupli ses règles de cautionnement et s'est exprimée avec sévérité sur le plan d'austérité grec. Aux yeux de ceux qui pensent que l'euro est condamné, la BCE montrerait ainsi sa faiblesse et mènerait un combat désespéré. Mais en temps de crise, se montrer capable de flexibilité - au point de renoncer à des principes sacrés s'il le faut - c'est faire preuve d'une vertu admirable."; vgl. ebenfalls Le Monde, 10.11.10, L'euro souffre de l'attentisme de la BCE und Le Monde, 4.12.10, Face à la crise, la BCE garde son dispositif d'urgence; vgl. für Le Figaro: 4.5.10, La BCE se contredit pour aider la Grèce: „La Banque centrale européenne (BCE) a pris une décision historique, hier, en contradiction avec ses principes, pour aider la Grèce et les banques détentrices de dettes grecques. L'institution monétaire a levé « jusqu'à nouvel ordre » toute condition relative à la notation de crédit pour les titres qu'elle accepte en contrepartie des prêts aux banques, lors des opérations de refinancement." sowie 19.11.11, Unique certitude, la BCE, et elle seule, détient la solution à la crise

<sup>1092</sup> Vgl. SZ, 7.12.10, Harte Wahrheiten; SZ 17.9.11, Lehman, nur größer: „Auch die EZB muss ihre Feuerkraft weiter einsetzen, um eine Ansteckung Italiens, Spaniens und Belgiens zu verhindern.“; vgl. in ähnlicher Abwägung auch SZ, 2.8.12, Auf sie mit Gebrüll.

Die zögerliche Akzeptanz der sich wandelnden Rollenverteilung im Laufe der Krisenbewältigung ging jedoch einher mit Warnungen vor Relativierungen der politischen Unabhängigkeit sowie des Ziels der Geldwertstabilität.<sup>1093</sup>

Für die SPD und die Grünen konnten ähnliche Argumentationsmuster festgestellt werden: Die zunehmende Anerkennung der Zentralbank als notwendiger Stütze in der Refinanzierungs- und Schuldenkrise wurde von regelmäßigen Bekenntnissen zu einer orthodoxen Auslegung des EZB-Mandats begleitet.<sup>1094</sup> Den Mechanismen des parteipolitischen Wettbewerbs folgend wurde die Dehnung der vertraglichen Rahmenbedingungen zu keinem Zeitpunkt der Frankfurter Institution zur Last gelegt. Vielmehr sahen Vertreter der oppositionellen Sozialdemokraten und Grünen die Zentralbank aufgrund eines unzureichenden Krisenmanagements der deutschen Regierungskoalition zum Handeln gezwungen.<sup>1095</sup> So formulierte etwa Sigmar Gabriel im Bundestag:

„Die Neutralität der EZB war einmal der sicherste Stabilitätsanker des Euro. Und was machen Sie? Sie haben aus diesem Stabilitätsanker – aus der EZB – eine europäische „Bad Bank“ gemacht, die sich inzwischen gegen Gläubigerbeteiligungen in der Finanzkrise wehren muss, weil sie sonst selbst in Gefahr gerät.“<sup>1096</sup>

---

<sup>1093</sup> Im Vergleich zur konservativen FAZ fielen die Mahnungen in der SZ weniger drastisch aus. Gleichwohl stellte die Inflationsvermeidung auch in der Süddeutschen Zeitung ein konstantes Motiv dar. Vgl. 10.5.10, Ramsch gegen Staatsgeld sowie 18.11.11, Klare Antworten: „Auch der Einsatz der Zentralbank ist problematisch. Letztlich drucken die Notenbanker Geld, wenn sie im großen Stil Anleihen maroder Euro-Staaten aufkaufen. Das war niemals die Aufgabe der Bank, die sich der Inflationsbekämpfung widmen soll.“

<sup>1094</sup> Vgl. Carsten Schneider, Rede im Bundestag, 19.5.10. Als Finanzpolitiker und Teil der konservativeren Seeheimer Kreises der SPD mahnte Schneider wiederholt vor einer politischen Einflussnahme auf die EZB und aus den Rettungsmaßnahmen resultierender Inflation; vgl. ebenfalls Frank-Walter Steinmeier, Rede in Bundestag, 15.12.10: „Das, was die EZB macht, taugt nicht dauerhaft als Rettungsschirm, nicht für bankrotte Staaten, nicht für Banken, die unverantwortliche Kreditpolitik gemacht haben, nicht für einfallsslose Politik. Deshalb ist das Signal an Europa: Die Zeit des Sichdurchmogelns ist vorbei.“; vgl. ähnlich Interview Peer Steinbrück in SPEIGEL, 14.9.11; vgl. ebenso Rede Frank-Walter, Steinmeier auf Bundesparteitag, 4.12.11 sowie Interview Frank-Walter Steinmeier in Tagesspiegel, 1.7.12.

<sup>1095</sup> Vgl. SPD, 9.6.11, Entschließungsantrag sowie Pressemitteilung 6.5.13. Vgl. für die Grünen: Entschließungsanträge 23.3.11 sowie 28.9.11: „Weil aufgrund mangelnden Krisenmanagements die notwendigen Instrumente fehlen, wurde die Europäische Zentralbank (EZB) von den Euro-Staaten in die Rolle des Retters gedrängt. Dies ist die intransparenteste und schlechteste Lösung eines Rettungsmechanismus.“; vgl. Positionspapier der Bundestagsfraktion, November 2011, Eurokrise - Fragen und Antworten: „Die Europäische Zentralbank ist als Institution zur Bewahrung der Preisstabilität geschaffen worden. Da aber aufgrund des schlechten Krisenmanagements die notwendigen Instrumente fehlten, wurde die EZB von den Euro-Staaten in die Rolle des Retters gedrängt.“ Vgl. Programm zur Europa-Wahl 2014: „Durch ihre Verweigerungshaltung erzwang die Bundesregierung die unbegrenzte Aufkaufgarantie für Staatsschulden durch die Europäische Zentralbank. Die EZB hat damit eine umfassende und wirksame Maßnahme zur Stabilisierung der Eurozone ergriffen. Diese Garantie kann nicht mehr sein als ein Feuerlöscher in akuten Notsituationen.“

<sup>1096</sup> Sigmar Gabriel, Rede im Bundestag, 8.9.11; vgl. zudem mit indirektem Verweis auf unter anderem in Frankreich diskutierte Konzepte der EZB als Kreditgeberin der letzten Instanz und direkter Kritik an der Kanzlerin: Frank-Walter Steinmeier, Rede in Bundestag, 2.12.11: „In den hellen Tagesstunden kritisieren Sie die anderen Europäer, die als letzte Rettung stärkere Aktivitäten der Europäischen Zentralbank fordern, und wenn es dunkel wird, dann beten Sie, dass die EZB weiter Anleihen kauft. (...) Wenn die EZB Anleihen kauft, haftet am Ende nicht irgendwer, sondern es gibt eine gemeinsame europäische Haftung. Daran kommen wir doch nicht vorbei. Wissen Sie, Frau

Der Wechsel zwischen ordnungspolitischen Bedenken und europapolitischem Pragmatismus war im moderat linken Spektrum in Deutschland in besonderer Weise bei der Süddeutschen Zeitung zu beobachten. Einerseits verwiesen Kommentatoren regelmäßig auf die mit einer politischen Beeinflussung der Zentralbank verbundenen Gefahren und erläuterten die Bedeutung von Geldwertstabilität für die mittelständisch geprägte deutsche Wirtschaft.<sup>1097</sup> Die Draghi-Ankündigung im Sommer 2012 wurde durch den Wirtschaftsredakteur Marc Beise kritisch bewertet und als Überschreitung des Aufgabenbereichs der EZB gesehen:

„Also, und das deuten die Äußerungen dieser Tage an, bringt sich die EZB in Stellung. Sie soll wieder unverkäufliche Staatsanleihen kaufen, sie soll alles finanzieren, was finanziert werden muss. Sie kann dies, weil sie die Herrin des Geldes ist, sie kann drucken, was sie braucht. Solide Finanzpolitik ist das nicht, und die Folgen werden die Bürger in Form von fortgesetzten Krisen und Geldentwertung zu spüren bekommen. In den Euro-Institutionen interessiert das wenig, dort glauben viele, Regierungen und die EZB müssten den Euro notfalls im Alleingang und mit maximalen Mitteln retten. Aber die EZB ist eben nicht der wohlmeinende Diktator. Sie darf nicht handstreichartig umsetzen, was Demokratien nicht gelingt. Noch ist es Zeit, den Euro zu retten, durch eine grandiose gemeinsame Anstrengung, bei der die Europäer jene einheitlichen Strukturen schaffen, die eine gemeinsame Währung verlangt. Wenn das aber nicht gelingen sollte, dann hat es eben nicht sein sollen - so traurig, so beklemmend, so riskant das wäre. Es ist nicht die Aufgabe der EZB, die Welt gegen Wettläufe zu retten. Superman gibt es nur im Kino.“<sup>1098</sup>

Andererseits betonte eine Mehrheit der Redakteure die Bedeutung der EZB zur Stabilisierung der Währungsunion während der Überarbeitung ihres Regelwerks sowie der Durchführung von Strukturreformen in einzelnen Mitgliedstaaten.<sup>1099</sup> Mario Draghi wurde im Sommer 2012 für sein taktisches Geschick überwiegend gelobt. In der Darstellung des SZ-Redakteurs Alexander Hagelüken war eine Neuinterpretation des EZB-Mandats gerechtfertigt und notwendig um übergangsweise volkswirtschaftliche Reformprozesse in Italien oder Griechenland zu unterstützen:

„Angesichts des Euro-Dramas muss man nun aber sagen: Das enge Bundesbank-Modell reicht für Europas heutige Realität nicht mehr aus. (...) Draghi agiert wie der Euro-Präsident, den die Währungsunion noch nicht hat, aber dringend bräuchte. Er ist kein Inflationswächter wie die früheren Bundesbankchefs Tietmeyer oder Pöhl, sondern ein Drahtseilartist wie Greenspan: mit Absturzgefahr. Die große Herausforderung für ihn ist, den Menschen in

---

Merkel, deshalb verstehe ich einfach nicht, warum Sie sich hier hinstellen und sagen: Mit uns kommt Gemeinschaftshaftung nicht infrage. Sie findet statt durch Anleiheaufkäufe der EZB, jeden Tag mehr.“

<sup>1097</sup> Vgl. SZ, 14.11.11, Weg mit den Trümmern; vgl. SZ, 16.6.12, Die rote Linie.

<sup>1098</sup> SZ, 30.7.12, Machtanmaßung; vgl. SZ, 31.7.12, Lauter quälende Debatten; vgl. SZ, 7.9.12, Über die rote Linie: „(...) Die Notenbank kann assistieren, aber sie tut längst mehr.“; vgl. SZ, 2.6.14, Heikles Experiment.

<sup>1099</sup> Vgl. SZ, 27.6.12, Schonfrist für den Euro: „Das Hilfs-Mittel der Wahl ist ein anderes: Die Europäische Zentralbank EZB kann den Finanzdruck von Spanien und Co. so weit mildern wie nötig, bis die Länder stabil sind. (...) Träte die EZB als Krisenretter auf, wäre dies die Botschaft: Europa steht hinter dem Euro, bis die Probleme gelöst sind. Natürlich ist die EUB nicht für diese Hilfe geschaffen, doch in Wahrheit kauft sie ja schon seit 2010 marode Anleihen auf. Die EZB für den schnellen Einsatz, bis sich Europa in eine Stabilitätsunion verwandelt hat - das ist der Königsweg, um endlich diese Krise zu überwinden.“

Südeuropa klarzumachen, dass er nur hilft, wenn sie ihre Volkswirtschaften weiter radikal umbauen. (...) Ein EZB-Gremium ist wesentlich indirekter demokratisch legitimiert als ein EU-Gipfel, weswegen die Zentralbank wirklich nur übergangsweise helfen darf. Aber helfen muss sie, solange der Euro so unfertig ist.“<sup>1100</sup>

In der überwiegend positiven Bewertung der mittelfristigen Effekte der Draghi-Ankündigung wiesen die hier betrachteten Akteure große Schnittmengen auf. Eine Beruhigung der Krise wurde in erster Linie auf die symbolkräftige Äußerung des Zentralbankpräsidenten zurückgeführt.<sup>1101</sup> In *Le Monde* sowie *Le Figaro* wurde das Eingreifen der EZB anerkendend als notwendige Reaktion auf ein politisches Vakuum gewertet. In der Berichterstattung über die Rolle der Zentralbank in der Euro-Krise verwiesen beide Zeitungen systematisch auf kritische Reaktionen in der deutschen Regierung und Öffentlichkeit.<sup>1102</sup> Im Speziellen diente die Bundesbank als Symbol einer restriktiven, der Einflussnahme der Exekutiven entzogenen Geldpolitik und damit als Negativfolie. Vor dem Hintergrund des unorthodoxen Handelns der europäischen Zentralbank und der sich abzeichnenden stabilisierenden Effekte auf die Währungsunion

---

<sup>1100</sup> SZ, 3.8.12, Euro-Präsident Draghi.

<sup>1101</sup> Vgl. SZ, 22.9.12, Auf dem Weg der Besserung: „Wenn die Zentralbank nur Länder stützt, die reformieren, dann begrenzt sie die Risiken für die Steuerzahler. Dann begleitet sie den Modernisierungsprozess, ohne zum Dauerklempner der Währungsunion zu werden. Dann könnte die umstrittene Strategie von EZB-Präsident Mario Draghi zum Erfolg werden.“; vgl. ebenfalls SZ, 31.1.13, Ende des Abgesangs sowie SZ, 17.8.13, Der fragile Aufschwung. Vgl. beispielhaft für SPD: Interview Peer Steinbrück mit SPIEGEL Online, 4.2.13: „Ja. Draghi hat etwas gemacht, was sehr mutig war. Man kann geteilter Meinung darüber sein, ob er das Mandat der EZB damit nicht überstrapaziert hat. Aber wo kein Kläger, da kein Richter. Er hat jedenfalls die Märkte beruhigt, wie es die Staats- und Regierungschefs vorher nicht geschafft haben. Schon gar nicht Frau Merkel.“; vgl. für die Grünen: Bundesdelegiertenkonferenz, 16.11.12: „Im Ergebnis hat die EZB nun die richtige Entscheidung getroffen“; vgl. ebenfalls Interview Jürgen Trittin in Deutschlandradio, 14.12.12: „Dass sie nicht so schlimm ausfällt, hat nichts mit Frau Merkel zu tun; das hat ausschließlich damit zu tun, dass die Europäische Zentralbank die Notbremse gezogen hat, übrigens gegen den Widerstand des deutschen Vertreters dort, und dafür gesorgt hat, dass genügend Geld da ist und deswegen die Zinsen niedrig sind. Herr Draghi kann sich an den Hut heften, dass er tatsächlich dafür gesorgt hat, dass Europa nicht so schlimm in der Krise ist, wie es mit Frau Merkels Politik gekommen wäre“; vgl. für *Le Monde*, 9.9.12, L'effet euphorisant de la potion Draghi; 1.11.12, En un an, Mario Draghi a su apaiser les marchés; 13.6.13, OMT, trois lettres pour une arme de dissuasion massive sowie 7.7.13, Quand parler c'est agir und 8.6.14, Les bons remèdes du "Dottore Draghi"; vgl. für *Le Figaro*: 27.7.12, Draghi promet de « tout faire pour préserver l'euro »; Le patron de la BCE a rassuré les marchés en assurant avoir les moyens de combattre la fièvre sur les taux des dettes de l'Espagne et de l'Italie; 30.10.12, Révolution à l'italienne à la BCE; 22.8.14, Draghi, la planche de salut d'une zone euro en panne.

<sup>1102</sup> Vgl. *Le Figaro*, 24.11.11, La chancelière allemande continue de refuser euro-obligations et rôle accru de la BCE sowie 2.8.12, L'offensive de la BCE se heurte à de vives réticences en Allemagne; 7.9.12, "Super Mario" applaudi par les marchés; 8.9.12, La révolution à la BCE déchire les Allemands - Le plan Draghi pour sauver la zone euro est vécu outre-Rhin comme la fin du règne de la Bundesbank; 10.1.14: La BCE est handicapée par les disparités franco-allemandes; 14.5.14, Les Allemands et la peur de l'inflation; vgl. für *Le Monde*: 31.12.11, La zone euro cherche à lever les ambiguïtés ayant présidé sa création: „La BCE - son action est cruciale dans la gestion de la crise et la stabilisation du secteur bancaire - a fait preuve d'un certain pragmatisme pour pallier l'inertie des politiques, au risque, selon les plus orthodoxes, d'outrepasser son mandat.“; 27.4.13, Berlin craint une politique monétaire trop laxiste.

wurde in Le Monde eine ordoliberal dominierte Krisenpolitik zunehmend als verfehlt und potentiell gefährlich kritisiert:

„M. Draghi a le soutien de la chancelière Angela Merkel et du président François Hollande, que l'été a un peu rapprochés. Les puristes de la Bundesbank sont les seuls à rechigner et à pointer les risques d'inflation. Mais s'ils n'ont rien à proposer pour empêcher l'Espagne et l'Italie de sombrer, qu'ils se taisent ! M. Draghi impose une stricte conditionnalité aux interventions de la BCE. Les Etats doivent poursuivre les réformes. Parce qu'il les sauve, les gouvernants des 17 doivent à l'Italien de mener à bien la réfection de l'architecture de l'euro. Il s'agit, pêle-mêle, de boucler le Pacte budgétaire et d'aller vers une union bancaire. Il ne faudrait pas qu'on dise un jour que le seul homme d'Etat de la zone aura été le patron de la BCE!“<sup>1103</sup>

Le Figaro bezog sich ebenfalls stark auf den Bundesbankpräsidenten Weidmann als Vertreter eines Gegenmodells zum Krisenmanagement der EZB. Die Rolle Weidmanns war im konservativen Medium umfassend eingebettet in Schilderungen einer in Deutschland verbreiteten Skepsis gegenüber einer Neuorientierung der Zentralbank, so dass die Wertungen über den orthodoxen deutschen Zentralbanker weniger hart ausfielen. Le Figaro sah Weidmann europapolitisch in einer Außenseiterrolle und konzentrierte sich auf die Dokumentation seiner innerdeutschen Kommunikationsarbeit.<sup>1104</sup>

---

<sup>1103</sup> Le Monde, 4.9.12, Semaines décisives pour la monnaie unique; vgl. ebenso Le Monde, 23.12.11, Et Dieu, dans la crise de l'euro?: „Alors, pas question de forcer la Banque centrale européenne (BCE) à faire ce que ses statuts lui interdisent, monétariser la dette ; mais, là encore, l'interdit ne repose pas que sur des considérations économiques. Il est d'ordre politique et moral. La rénovation du patriotisme allemand est passée par l'exaltation de l'Etat de droit, le "patriotisme de la Constitution", le respect de la loi - en l'espèce, les textes fondateurs de la BCE. Sur le ton de la gravité, Jens Weidmann dit encore : "On ne réussira certainement pas à surmonter la crise de confiance actuelle en violant la loi. L'Europe, ce n'est pas seulement une monnaie unique, c'est aussi un respect commun de l'Etat de droit. (...) Il faut prendre garde, en cherchant une solution à la crise de la dette, à ne pas donner l'impression que l'on piétine ces valeurs." Et voilà pourquoi Berlin se refuse à faire jouer un rôle plus actif à la BCE et à augmenter la solidarité financière entre pays de la zone euro. Et se propose de résoudre la crise en faisant graver dans le marbre d'un traité les règles d'une stricte discipline budgétaire. Et n'envisage d'apurer les dettes des membres de l'Union que d'une seule manière : l'austérité. Précision finale : nombre de voisins de l'Allemagne, les Etats-Unis et une masse critique d'économistes jugent que la recette berlinoise conduira à une terrible récession - dont l'euro risque de ne pas se remettre. Joyeux Noël !"; vgl. auch Le Monde, 16.9.12, Un petit coin de ciel bleu sur l'Europe: „Certes, il n'est pas très orthodoxe de se servir ainsi de l'arme monétaire pour traiter des déséquilibres budgétaires. En Allemagne, les "ordo-libéraux" de la Bundesbank, en l'espèce lâchés par Angela Merkel, dénoncent une horreur économique qui finira, disent-ils, par avoir un coût : inflation, dévaluation de l'euro, dégradation du bilan de la BCE... Mais que proposaient-ils? Rien, sinon une longue descente aux enfers pour Madrid et Rome qui aurait fini par avoir raison de l'euro."; vgl. auch Le Monde, 11.6.13, Jens Weidmann, le gendre idéal qui irrite la famille euro, sowie positiver schließend: 7.6.14, La Bundesbank soutient désormais Mario Draghi.

<sup>1104</sup> Vgl. anlässlich des Rücktritts von Jürgen Stark als EZB-Chefvolkswirt: 11.9.11, Les malheurs de la Banque centrale européenne: „Autant de décisions individuelles qui témoignent des réticences de nombreux Allemands à accepter l'évolution qui a été celle de la BCE. Sous la pression de la réalité, face aux carences des gouvernants, M. Trichet a transformé l'institution en grand ordonnateur du sauvetage de l'euro - face aux chefs d'Etat et de gouvernement, aux parlements nationaux et aux marchés. Bref, un profil beaucoup trop politique, alors que l'universitaire Jürgen Stark considérait que la BCE devait uniquement veiller doctement à la stabilité de la monnaie. M. Stark pourrait être rapidement remplacé par le secrétaire d'Etat allemand aux finances, Jörg Asmussen. Mais, sur le fond, l'Allemagne accepte mal que la BCE puisse acheter des milliards de dettes grecque, portugaise, italienne et espagnole, sans limite et sans contrepartie. La BCE n'avait sans doute pas le choix. Elle vole au secours de ces Etats pour éviter un éclatement de la zone euro. Elle n'aura plus à le faire dès lors que les parlements des Dix-Sept auront voté l'extension des missions du



Beiden französischen Zeitungen gemein war die regelmäßige Thematisierung des Euro-Außenwerts und dessen Auswirkungen auf Volkswirtschaften einzelner Mitgliedstaaten. In einer spezifisch französischen Perspektive sahen Le Figaro und Le Monde im hohen Außenwert des Euro eine Beeinträchtigung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten und bedauerten die geringen politischen Einflussmöglichkeiten auf den Wechselkurs.<sup>1105</sup> Die Bundesrepublik stellte dabei einen wichtigen Bezugspunkt dar und diente als Veranschaulichung für strukturellere geldpolitische Herausforderungen der Gemeinschaftswährung:

„Autre enseignement de cette étude, de vieux clivages demeurent, qui peuvent même être exacerbés par la crise. Ainsi, le rôle de Banque centrale européenne (BCE) n'est pas appréhendé de la même manière des deux côtés du Rhin, au moment où cette question est sur la table des négociations. Paris promeut l'idée, à laquelle s'oppose Berlin, que la BCE puisse, de façon permanente, acheter la dette des membres de la zone euro les plus en difficulté, pour faire baisser leurs taux d'emprunt. Au risque, cependant, de nourrir l'inflation. Si, pour 77 % des Allemands, la BCE " continue d'avoir pour principale mission de lutter contre l'inflation et la hausse des prix ", seuls 52 % des Français souscrivent à cette idée, 48 % considérant qu'elle devrait avoir pour principale mission de favoriser la croissance économique. L'écart est important. En la matière, l'opinion allemande s'est radicalisée. Entre décembre 2010 et novembre 2011, la part des Allemands défendant la mission originelle de lutte contre l'inflation de la BCE a augmenté de 8 points."<sup>1106</sup>

In der Kommentierung des EZB-Handelns in der Krise zeichnete sich für die französischen Zeitungen die Entwicklung ab, Impulsen zur Absenkung des Euro-Werts sowie zur Unterstützung von Wirtschaftswachstum im Allgemeinen zunehmende Beachtung zu schenken.<sup>1107</sup> Dabei war ein Übergang von der Anerkennung der

---

Fonds européen de stabilité financière (FESF). Mais le mal est fait. A tort ou à raison, les Allemands ont peur d'une BCE qui dépense des milliards sans compter. La faute en revient principalement non pas à l'institution de Francfort, mais aux Etats membres - à ceux qui ont laissé se creuser leurs dettes et aux autres, qui n'ont jamais pris la mesure de la gravité de la crise affectant l'euro."; vgl. ebenfalls Le Figaro, 27.8.12, Le patron de la Bundesbank entend freiner les ardeurs de la BCE sowie Le Figaro 1.9.12, Les tensions restent vives à la tête de la BCE - Le président de la Bundesbank aurait menacé de démissionner.

<sup>1105</sup> Vgl. Le Figaro, 7.1.10, La surévaluation de l'euro est « un problème absolument considérable »; 16.2.10, Le problème, ce n'est pas la Grèce, c'est l'euro; 19.7.11, Comment en finir avec l'euro fort?; 12.12.11, L'euro français est surévalué de 12 % par rapport à l'euro allemand; Plus que les déficits publics, le principal défi pour la monnaie unique, ce sont les larges écarts de compétitivité au sein de la zone euro; vgl. Le Monde, 9.2.10, Faut-il sauver le soldat grec?: „Poussant l'euro à la hausse, la BCE a continué à augmenter ses taux d'intérêt directeurs jusqu'en juillet 2008 et a attendu le 8 octobre de la même année, trois semaines après la faillite de Lehman Brothers, pour entamer un mouvement de baisse, qu'elle n'a pas poursuivi aussi loin que ses homologues britannique, japonaise, américaine ou suisse. Les Etats européens ont, de leur côté, abandonné de facto la politique de change à la BCE depuis 2000, même si le traité de Maastricht prévoit qu'ils en fixent les objectifs. Mais, trop divisés sur ceux-ci, ils ont délégué à la BCE les décisions d'intervention sur le marché..."; vgl. Le Monde, 4.9.11, Et si la BCE se remettait à baisser ses taux...

<sup>1106</sup> Vgl. Le Monde, 25.11.11, Allemands et Français s'inquiètent de la crise mais sont divisés sur les solutions.

<sup>1107</sup> Vgl. Le Figaro, 16.4.12, Rouvrir le débat sur le rôle économique de la BCE; 5.2.13, L'euro fort et c'est la France qui s'affaiblit; 5.2.13, Le niveau de l'euro commence à inquiéter le gouvernement et les entreprises; 27.2.13, Que peut faire la BCE?; 5.4.13, La BCE en quête d'idées pour stimuler l'activité; 29.4.13, Relancer la croissance dans la zone euro; 27.3.14, Comment la BCE fait discrètement baisser l'euro; 29.8.14, Les mauvais chiffres de l'inflation devraient pousser la BCE à agir; vgl. für Le Monde: 25.1.13, Guéri, l'euro serait-il devenu trop fort?; 25.1.13, La hausse de l'euro

unterstützenden Rolle der EZB in der Senkung der Refinanzierungskosten für einzelne Mitgliedstaaten hin zu weitergehenden Forderungen nach einer stärkeren Konjunkturförderung seitens der europäischen Zentralbank zu beobachten:

„Il y a un pilote dans l'avion, capable de faire se parler Hollande et Merkel. Les marchés financiers croient avoir trouvé leur homme providentiel. On ne saurait certes oublier que la zone euro compte aujourd'hui 1,8 million de chômeurs de plus qu'il y a un an, soit 18,7 millions au compteur d'Eurostat. Mais à chaque année sa peine.“<sup>1108</sup>

„M. Draghi a sauvé l'euro en 2012, par sa promesse de faire " tout ce qu'il faudrait " pour sauver la monnaie unique. Sa promesse d'intervenir un jour, peut-être, pour acheter les obligations d'un Etat en difficulté, a été l'arme de dissuasion par excellence - celle qu'on n'a pas à utiliser. La menace a suffi à calmer les marchés. Mais les entreprises d'Espagne ou d'Italie doivent toujours payer 3, 4 points de pourcentage de plus en taux d'intérêt que leurs concurrentes allemandes. Dans ce domaine, l'union n'existe pas, pas plus que le marché unique. Les grandes entreprises se débrouillent. Les petites et moyennes, qui assurent 40 % de l'emploi dans les pays du sud de la zone euro, sont à la peine. Leurs difficultés prolongent la récession.“<sup>1109</sup>

Seitens des französischen Arbeitgeberverbands MEDEF wurde ebenfalls punktuell auf die negativen Auswirkungen eines starken Euros aufmerksam gemacht.<sup>1110</sup> Die hauptsächliche Verantwortung für Steigerungen in der Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftskraft wurde jedoch sowohl vom MEDEF als auch seitens des Figaro auf der nationalen politischen Ebene gesehen.<sup>1111</sup>

In der Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung vollzog sich innerhalb des Untersuchungszeitraums eine Schwerpunktverschiebung: Zu Krisenbeginn formulierte Vorbehalte gegenüber einer unkonventionellen Zentralbankpolitik wichen unter dem Eindruck einer Stabilisierung des Zinsniveaus für staatliche Refinanzierungskosten anerkennenden Darstellungen Draghis. Kommentatoren der linksliberalen Zeitung würdigten das Vorgehen der EZB als Alternativmodell zu einem in Deutschland dominanten Ansatz der Haushaltskonsolidierung bei gleichzeitiger Durchführung von Strukturreformen und konstatierten eine zunehmende europapolitische Isolation der Bundesrepublik.<sup>1112</sup> Ähnlich wie in Le Monde wurde auch in der Süddeutschen Zeitung das Agieren der

---

menace une reprise laborieuse; 13.2.13, L'Eurogroupe ignore le souhait français d'évoquer le niveau de l'euro; 2.5.13, La baisse des taux de la BCE est jugée nécessaire mais pas suffisante; 6.11.13, La BCE sauvera-t-elle la zone euro de la déflation?; 6.2.14, La Banque centrale européenne pressée d'agir face au risque déflationniste; 2.4.14, La Banque centrale européenne face au spectre de la déflation; 15.4.14, La juste croisade de " Super Mario" contre l'euro fort.

<sup>1108</sup> Le Figaro, 6.12.12, L'année du Draghi.

<sup>1109</sup> Le Monde, 26.5.13, BCE, mon amour.

<sup>1110</sup> Vgl. Laurence Parisot in Le Figaro, 5.2.13, Le niveau de l'euro commence à inquiéter le gouvernement et les entreprises: „Je préférerais, pour certains secteurs en particulier, que l'euro soit un peu plus bas.“

<sup>1111</sup> Vgl. Interviews Denis Kessler in Les Echos, 15.10.12 und 30.9.13 sowie Le Figaro, 4.7.14, La France exige trop de la BCE et pas assez d'elle-même.

<sup>1112</sup> Vgl. SZ, 29.9.12, Gefährliche Vielfalt.

Bundesbank in Person des Präsidenten Weidmann zunehmend als anachronistisch kritisiert. Draghi wurde dahingegen attestiert, „kein Vorsichtsapostel alter Bundesbank-Schule, sondern ein Rennfahrer“ zu sein: „Alles oder nichts. Unangenehm wahr: Um den Euro zu retten, gab es keinen anderen Weg.“<sup>1113</sup> In einem Kontext wachsender innereuropäischer Spannungen und Zweifeln an der Wirksamkeit eines konservativ geprägten Krisenmanagements warf der SZ-Redakteur Hagelüken dem Bundesbankpräsidenten vor, in seiner grundsätzlichen Kritik an der Reichweite der EZB-Programme die gewachsene politische Rolle der Europäischen Zentralbank zu ignorieren:

„Ohne die Zentralbank hätte der Euro weder die italienische Wahl noch die Zypern-Aufregung so gut überstanden. Draghi stabilisiert den Euro, dessen Kollaps sowohl Norden als auch Süden schwer schaden würde – das ist das, was Jens Weidmann verkennt. (...) Der Süden muss also auf Kurs bleiben, so anstrengend das ist. Wenn dies aber gelingt, wird sich zeigen, dass EZB-Präsident Draghi richtig lag und Weidmann falsch.“<sup>1114</sup>

Derartige Kritik an der Bundesbank war seitens der SPD und der Grünen in Deutschland nicht zu beobachten. Dies kann zum einen auf innerparteilich uneinheitliche Meinungsbilder zurückgeführt werden. Zum anderen stellte eine öffentliche Positionierung gegen die Bundesbank aufgrund der historisch hohen Wertschätzung für die Frankfurter Institution keine strategische Option im parlamentarischen Wettstreit dar.<sup>1115</sup> Dementsprechend moderat fielen die Kommentierungen hinsichtlich der zunehmend aktiven Rolle der EZB in der Krise aus. Die Ankündigung von Anleihenkäufen in notfalls unbegrenztem Umfang durch Draghi wurde auf Seiten der SPD und der Grünen nicht als Durchbruch in der Krisenbewältigung dargestellt. Vielmehr hielten beide Parteien ihr Argumentationsmuster aufrecht und werteten die Zentralbank-Maßnahmen als provisorischen Ersatz für politische Konzepte zur Stabilisierung der Währungsunion.<sup>1116</sup>

---

<sup>1113</sup> Zitate SZ, 31.12.12, Prophet oder Scharlatan.

<sup>1114</sup> SZ, 27.4.13, Der Irrtum des Herrn Weidmann; vgl. ebenfalls SZ, 31.12.13, Angst vor dem Italiener: „Deshalb lässt es aufhorchen, wenn Mario Draghi den Deutschen vorhält, sie hätten eine „perverse Angst“ vor den Rettungsmaßnahmen der EZB. Das sind deutliche Worte - und man darf davon ausgehen, dass Draghi sie bewusst gewählt hat, weil er damit durchdringen will. Aber diese Worte haben einen wahren Kern. Denn in Deutschland gibt es in der Tat ein völlig überzogenes Misstrauen vor dem, was Draghi - um Gottes willen, ein Italiener! - und die EZB so treiben. Natürlich hat die EZB in der Finanzkrise Dinge getan, die die Bundesbank niemals getan hätte, als es noch die D-Mark gab (und keine Krise). Natürlich hat die Euro-Bank sich mit dem Ankauf von Staatsanleihen den Grenzen ihres Mandats genähert. Aber was wäre die Alternative gewesen? Mit einer Geldpolitik nach Lehrbuch wäre dieser hartnäckigen Krise nicht beizukommen. Deshalb ist es richtig, dass die EZB innerhalb ihres Mandats, so Draghi, „alles Erforderliche“ tun will, um den Euro zu retten.“

<sup>1115</sup> Vgl. ZEIT, 7.2.13, Es war einmal ein Plan.

<sup>1116</sup> Vgl. SPD, Pressemitteilung 7.9.12, Merkels Scheitern sowie Pressemitteilung 14.9.12, Die Lösung der Krise bleibt Aufgabe der Politik und Pressemitteilung 6.5.13. Vgl. für die Grünen: Jürgen Trittin, Interview in Welt am Sonntag, 14.10.12: „Ich glaube, dass Herr Weidmann den Interessen Deutschlands durch seine Verweigerungshaltung im EZB-Rat keinen Gefallen getan hat. Solche Konflikte führt man nicht öffentlich. Ich habe den Eindruck, dass das Kanzleramt mit ihm folgendes Spiel spielt: Weidmann darf im EZB-Rat dagegen stimmen, weil die Annahme der Beschlüsse dort auch ohne ihn gesichert ist. Damit dient er der Beruhigung des D-Mark-chauvinistischen und Euro-kritischen Flügels in der Union. Aber insgeheim ist man froh, dass Draghi sich am Ende durchsetzt.“

Eine Übertragung zusätzlicher Funktionen wie der Überwachung von Reformprozessen im Rahmen der sogenannten Troika oder aber einer weitergehenden Förderung von Wirtschaftswachstum wurde von beiden Parteien kritisch gesehen.<sup>1117</sup> Insbesondere in der SPD wurden auch über den Sommer 2012 hinaus regelmäßig Warnungen hinsichtlich steigender Risiken aufgrund der Zentralbankinterventionen in der Krise formuliert.<sup>1118</sup>

Die SPD und die Grünen nutzten das EZB-Handeln während der Krise kaum als Thema zur Profilierung in innerdeutschen politischen Debatten und entwickelten über den

---

Man muss fast Mitleid mit Herrn Weidmann haben, dass er in dieser Form von den politisch Verantwortlichen instrumentalisiert wurde.“; vgl. ebenfalls Interview Jürgen Trittin in Deutschlandfunk, 14.12.12: „Dass sie [die Krise] nicht so schlimm ausfällt, hat nichts mit Frau Merkel zu tun; das hat ausschließlich damit zu tun, dass die Europäische Zentralbank die Notbremse gezogen hat, übrigens gegen den Widerstand des deutschen Vertreters dort, und dafür gesorgt hat, dass genügend Geld da ist und deswegen die Zinsen niedrig sind. Herr Draghi kann sich an den Hut heften, dass er tatsächlich dafür gesorgt hat, dass Europa nicht so schlimm in der Krise ist, wie es mit Frau Merkels Politik gekommen wäre.“

<sup>1117</sup> Vgl. SPD, Pressemitteilung 16.5.13, CDU hat Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank auf dem Gewissen: „Es wäre besser, die EZB würde sich aus der Fiskal- und Wirtschaftspolitik der Staaten der Eurozone raushalten können. (...) Die Art und Weise, in der Michael Meister die EZB auffordert, die Reformen in Italien zu überwachen, ist eine Kriegserklärung an das Demokratieprinzip und offenbart ein staatspolitisches Verständnis, mit dem ein Achtklässler in der Schule durch seine Sozialkunde-Klausur fallen würde.“; vgl. für die Grünen beispielhaft Interview Gerhard Schick in Deutschlandfunk, 14.5.13: „Aber entscheidend ist ja die Frage: Sollte eigentlich die Hauptaufgabe der Rezessionsbekämpfung jetzt bei der Europäischen Zentralbank liegen, oder sind da nicht eigentlich andere am Zug, nachdem die Europäische Zentralbank mit ihrer Zinssenkung auf 0,5 Prozent ja eigentlich das Ihre in der Geldpolitik auch schon gemacht hat. (...) Ja, das ist ein Armutszeugnis, aber weniger für die Europäische Zentralbank als vielmehr für die Staats- und Regierungschefs, die ihren Teil nicht tun, denn in so einer Krise müsste jetzt die Geldpolitik und die Fiskalpolitik, das heißt das, was die Zentralbank macht, und das, was die Regierungen machen, sinnvoll zusammen wirken. Die Europäische Zentralbank tut ihren Teil. Was fehlt, ist auf Seiten der europäischen Staats- und Regierungschefs etwas gegen die Rezession zu tun. Wir haben eine Rekordarbeitslosigkeit im Euroraum von 12,1 Prozent.“; vgl. Die Grünen, Pressemitteilung 2.4.14, Deflationsgefahr - Berlin muss handeln, nicht Frankfurt!: „Diese Entwicklung ist das Resultat verfehlter europäischer Wirtschaftspolitik unter Angela Merkel. Anstatt sich in Frankfurt über Niedrigzinsen zu beschweren, sollte die große Koalition ihre Aufgaben wahrnehmen. Deutschland braucht mehr Investitionen für die Zukunft, die Eurozone braucht mehr Investitionen in Deutschland. Wir müssen investieren, um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und durch kräftige Lohnerhöhungen die siechende Binnennachfrage ankurbeln. Nur so kann Deutschland zur Lokomotive der Eurozone werden. Ein europäisches Investitionsprogramm muss die sich selbstverstärkende Spirale aus fehlenden Investitionen und fallenden Preisen in den Krisenländern durchbrechen.“

<sup>1118</sup> Vgl. Kölner Stadt-Anzeiger, 15.8.12, Deutschland bürgt für eine Billion. Die Mahnungen des SPD-Haushaltspolitikers Carsten Schneider wiesen hohe Schnittmengen mit ordoliberalen Strömungen auf: „Im EZB-Rat hat Deutschland nur eine einzige Stimme, genauso wie zum Beispiel Malta, und kann jederzeit überstimmt werden.“; vgl. zur Kritik des SPD-Kandidaten Steinbrück an der Niedrigzinspolitik der EZB während des Bundestagswahlkampfes 2013: Handelsblatt, 8.8.13, Populismus pur: „Unsäglich sei die Niedrigzinspolitik von Mario Draghi, dem Chef der Europäischen Zentralbank, so der Sozialdemokrat, der immer noch hofft, im September zum Bundeskanzler gewählt zu werden. Damit versucht er, beim kleinen Sparer und Wähler, der für seine Rücklagen immer weniger Zinsen bekommt, zu punkten. Der negative Effekt der Draghi'schen Geldpolitik auf die Sparer ist völlig unstrittig. Doch die Attacke von Peer Steinbrück ist vor dem Hintergrund des Wahlkampfes purer Populismus und zu einem guten Teil verlogen.“ vgl. für die Grünen: FAQ Euro-Krise, 16.7.13: „Zwar ist es richtig, dass die EZB eingegriffen hat, als sich die Eurokrise dramatisch zuspitzte. Die Risiken, die dadurch auf die Bilanz der EZB verschoben wurden, werden jedoch zu einem großen Teil von Deutschland getragen. Ohne das Handeln der EZB zu kritisieren, sollte dies kein Dauerzustand bleiben.“

Verweis eines unzureichenden Krisenmanagements seitens der Bundesregierung hinaus keine konsistenten Argumentationsmuster in Bezug auf die Rolle der Zentralbank in der Währungsunion. Beide Parteien legten hingegen einen Schwerpunkt auf die Forderung nach einer Einführung einer Finanztransaktionssteuer.<sup>1119</sup> Im Mai 2010 knüpfte etwa die SPD ihre Zustimmung für Stützungskredite an die Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer<sup>1120</sup> In diesem Anliegen arbeiteten deutsche Sozialdemokraten und französische Sozialisten eng zusammen und reichten im Juni 2011 in den jeweiligen nationalen Parlamenten einen gemeinsamen Antrag ein.<sup>1121</sup> Zudem verwiesen sowohl die SPD als auch die deutschen Grünen und Linken punktuell auf Vorstöße der französischen konservativen Regierung in Richtung einer Transaktionssteuer, da die Positionierung Sarkozys ihre politische Argumentation stütze.<sup>1122</sup>

Während die SPD und der PS eine europäische Finanztransaktionssteuer ins Zentrum ihres geteilten wirtschaftspolitischen Konzepts für die Eurozone rückten<sup>1123</sup>, war die Rolle der EZB kein Bestandteil gemeinsamer Positionierungen. Dies kann neben der Zurückhaltung der SPD in Bezug auf die Kommentierung des Zentralbankhandelns auf grundlegende konzeptionelle Unterschiede zwischen den Sozialdemokraten und den Sozialisten zurückgeführt werden.<sup>1124</sup> Hinsichtlich der Aufgaben der Zentralbank verzichtete die SPD darauf, sich in Frankreich verbreiteten Modellen einer aktiveren EZB anzuschließen. Gleichzeitig warf sie in der innerdeutschen Debatte den regierenden Konservativen eine schrittweise Entfernung von den vertraglichen Bestimmungen vor:

„Unklarheit herrscht nach diesem Gipfel (...) weiterhin über die Rolle der Europäischen Zentralbank. Dazu muss man die unterschiedliche Presse aus unterschiedlichen Ländern lesen. Wir haben hier eine Presse zur Kenntnis genommen, in der Frau Merkel als diejenige bezeichnet wird, die die europäische Willensbildung geprägt hat. Schauen Sie einmal in die französische Presse derselben Tage, dann haben Sie ein völlig anderes Bild. Am Montag gab – vielleicht haben Sie das gesehen – Präsident Sarkozy in Le Monde seine Version des Gipfels zum Besten, und die ist eben eine ganze andere als die, wie wir sie eben hier gehört

---

<sup>1119</sup> Vgl. für die SPD: Pressemitteilungen 21.05.10; 2.9.10; 24.9.10; 2.12.10; 1.2.11; 9.3.11; 25.3.11 sowie beispielhaft Rede Frank-Walter Steinmeier im Bundestag, 27.10.10: „Wir werden uns nicht davon abbringen lassen, dass diejenigen, die in und an der Finanzkrise Milliarden verdient haben, auch zahlen.“; vgl. für die Grünen: Rede Renate Künast in Bundestag, 5.5.10; Rede Gerhard Schick in Bundestag, 21.5.10; Bundestagsfraktion, 12.1.12, Grüne Erklärung zur Zukunft der Europäischen Union;

<sup>1120</sup> Siehe Kapitel 4.4

<sup>1121</sup> Vgl. Antrag der SPD-Bundestagsfraktion, 7.6.11, Finanztransaktionssteuer in Europa einführen - Gesetzesinitiative jetzt vorlegen, Drucksache 17/6086; vgl. dazu Pressemitteilung SPD-Bundestagsfraktion, 21.6.11, Finanztransaktionssteuer - Brüssel beendet Blockade und kündigt Gesetzesvorschlag an.

<sup>1122</sup> Vgl. für die SPD: Pressemitteilung 9.1.12, SPD fordert Kurswechsel von Merkel; vgl. für die Grünen: Pressemitteilung 17.8.11; vgl. für die Linkspartei: Pressemitteilung 10.1.12: „Es ist richtig, dass der französische Präsident jetzt die Blockade bricht und Frankreich zum Vorreiter bei der Einführung der Finanztransaktionssteuer macht.“

<sup>1123</sup> Vgl. Gemeinsame Erklärung der SPD und des PS, 21.6.11, Mehr Mut und Solidarität in der Krise - gemeinsam für eine starke europäische Wirtschaftsregierung: „Wir wollen eine Finanztransaktionssteuer in Europa, die die Verursacher der Krise an ihren Kosten beteiligt. Diese muss im Zentrum einer weiterentwickelten europäischen Steuer- und Finanzpolitik stehen.“

<sup>1124</sup> Siehe Unterkapitel 4.3.3

haben. Da feiert sich Sarkozy als der große Sieger dieses europäischen Gipfels. Und wie begründet er das? Er sagt: Wir haben uns durchgesetzt. Warum? Weil in Zukunft die Europäische Zentralbank vorübergehend die operative Führung der EFSF und vor allen Dingen dann des ESM übernehmen wird. Das wird in Frankreich als der große Durchbruch gefeiert, weil die Deutschen, Frau Merkel, endlich hätten eingestehen müssen, dass die Beschränkung der EZB auf Fragen der Geldpolitik historisch überholt sei. Das ist die Begründung, die wir in Frankreich dazu hören. Deshalb frage ich: Was gilt denn nun? Gilt die Version, die wir hier hören, oder die französische Variante? (...) Dass die französische Version der Gipfelergebnisse, die ich eben vorgetragen habe, stimmt, würde – jedenfalls für mich – ins Bild passen; denn mit der Unabhängigkeit der Zentralbank bzw. der Notenbanken wird immer gerade so gespielt, wie es passt. Bei Tage werden – auch hier in diesem Hohen Hause – Lippenbekenntnisse zur Unabhängigkeit der Zentralbank abgegeben, während bei Nacht heimlich Kerzen angezündet werden, dass die EZB für die Politik weiterhin die Kastanien aus dem Feuer holt. Das ist die Einigkeit, die hier beschworen wird. Es mag gute Gründe dafür geben, dass die Europäische Zentralbank bei den Rettungsbemühungen, die weiter anhalten werden, in Zukunft sogar noch eine wichtigere Rolle als in der Vergangenheit spielen wird. Wenn das aber so ist, Frau Bundeskanzlerin, wenn die Europäische Zentralbank in Zukunft entgegen vieler Kritik, die gerade aus den Reihen der Regierungsfractionen kommt, eine sehr viel aktivere Rolle spielen soll, dann sagen Sie das bitte Ihrem Koalitionspartner, der FDP, und sagen Sie es in diesem Hohen Hause. So viel Transparenz, so viel Offenheit muss sein.<sup>1125</sup>

#### **4.3.3 Forderungen nach einer Transformation der Zentralbank**

Während in der Debatte um die Rolle der Europäischen Zentralbank der Schwerpunkt in Deutschland auf der Frage nach der Legitimität einer zunehmenden Dehnung des ursprünglichen Mandats lag, waren die Diskussionsstränge in Frankreich tendenziell stärker auf eine Weiterentwicklung der Aufgaben der Frankfurter Institution fokussiert. Im Folgenden werden Gruppierungen betrachtet, welche angesichts der Krise - in unterschiedlichen Ausprägungen - eine Transformation der EZB anregten. Dass neben der deutschen Linkspartei und dem DGB hier eine ideologisch sehr viel weiter gefasste Reihe französischer Akteure (Front de Gauche, CFDT, PS, MoDem, UMP, FN) vorgestellt wird, ist auf national spezifische Rahmenbedingungen und entsprechende Debattenschwerpunkte zurückzuführen. Aufgrund der Nähe des EZB-Aufbaus zum Modell der in Deutschland angesehenen Bundesbank waren in der deutschen Debatte Vorbehalte gegenüber einer Modifizierung der Zentralbankmissionen besonders weit verbreitet.

Die hier untersuchten schwerpunktmäßig französischen Gruppierungen befürworteten grundsätzlich eine Ausweitung der Zentralbankinterventionen zur Stabilisierung des Euroraums und präsentierten Modelle für eine Verstetigung der in der Krise temporär erfolgten Maßnahmen. In der Bewältigung der Euro-Krise traten alte Konflikte über die Einbettung der Zentralbank in das institutionelle Gefüge der Währungsunion wieder hervor. Während moderate politische Kräfte eine Ausdehnung der Zentralbankkompetenzen auf die Förderung von Wirtschaftswachstum als

---

<sup>1125</sup> Frank-Walter Steinmeier, Rede im Bundestag, 14.12.11.

gleichberechtigtem Ziel neben der vertraglich verankerten Inflationsabwehr verlangten, stellten Vertreter der extremen Rechten die Legitimität der EZB in Frage.

Bereits mit Beginn der Krise wurde seitens der UMP wie auch innerhalb des PS die Option diskutiert, den Zinsdruck auf Krisenstaaten mittels Anleihenkäufen durch die Zentralbank zu mindern.<sup>1126</sup> Vertreter der damals regierenden UMP trafen dabei mit Blick auf die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland vorsichtige Formulierungen. So bezog sich die Finanzministerin Lagarde in einem FAZ-Interview auf kritische Äußerungen des Bundesbankpräsidenten Weber hinsichtlich des Ankaufs von Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt durch die EZB:

„Je trouve cela déplacées les critiques émises alors par quelques présidents de banques centrales. Car si l'indépendance est importante, la solidarité et le silence ensuite le sont tout autant. Lorsqu'une décision collective est prise, elle doit être respectée.“<sup>1127</sup>

Der Fokus in der französischen EZB-Debatte lag darauf, Wege für ein stärkeres Engagement der Zentralbank in der Bewältigung der Krise zu identifizieren und europapolitisch zu ermöglichen. Inhaltlich bestand eine hohe Übereinstimmung zwischen UMP, PS, EELV und MoDem.<sup>1128</sup> Derartige Vorstöße, die EZB nach dem Muster der amerikanischen oder japanischen Notenbank zu einem Kreditgeber der letzten Instanz weiterzuentwickeln<sup>1129</sup>, wurden in der deutschen Presse regelmäßig kritisch

---

<sup>1126</sup> Vgl. zu Forderungen eines stärkeren EZB-Einsatzes durch Nicolas Sarkozy: SZ, 10.5.10, Lehrstunde für die Kanzlerin; vgl. für den PS: Nouvelles Internationales, 9.12.10.

<sup>1127</sup> Christine Lagarde, Interview in FAZ, 17.5.10.

<sup>1128</sup> Vgl. gemeinsames Positionspapier von PS und EELV, 5.12.11: „Nous voulons repenser le rôle et les missions de la Banque Centrale européenne (BCE) afin de l'autoriser à racheter des emprunts d'Etats et donc de monétiser les dettes.“ ; vgl. für MoDem: Pressemittelungen 25.7.11 sowie 2.11.11: „Aujourd'hui, il n'y a qu'une seule porte de sortie de tout ça, c'est la Banque Centrale Européenne. C'est elle qui est le seul pilier que l'on a construit au cours des années précédentes et c'est à elle de dire qu'elle interviendra pour soutenir la dette de tous les européens. Il faut absolument le faire d'urgence.“ Vertreter des MoDem warfen in diesem Zusammenhang der UMP vor, die Weiterentwicklung der EZB nicht entschlossen genug gegenüber der Bundesrepublik zu vertreten. Vgl. Pressemitteilung François Bayrou 22.11.11: „Je leur aurais rappelé que, pour financer la réunification de l'Allemagne, nous avons accepté que nos taux d'intérêts montent à 12% ou 14%. Nicolas Sarkozy aurait pu rappeler cette solidarité, y compris à la télévision allemande, au lieu d'exprimer, après coup, son désaccord, d'une voix chuchotée. De Gaulle aurait-il agi ainsi? Personne n'ignorait alors sa vision de l'intérêt supérieur de la France »; vgl. für UMP: Rede François Baroin in Assemblée nationale, 8.11.11: „La BCE, dans le contexte actuel de très forte instabilité de la zone euro, devrait faire ce que fait la FED aux Etats-Unis ou la Banque d'Angleterre au Royaume-Uni. C'est la position française. Mais la BCE est indépendante, cette indépendance étant liée à l'approche historique qui est celle de l'Allemagne vis- à-vis ce type d'institution. On essaie donc de trouver d'autres réponses.“

<sup>1129</sup> Vgl. Pressekonferenz Nicolas Sarkozy im Anschluss an den Europäischen Rat, 27.10.11: „(...) nous nous sommes convaincus que la BCE est déterminée à éviter les dysfonctionnements des marchés financiers et monétaires, comme l'a d'ailleurs dit, aujourd'hui, lui-même, Mario Draghi, le futur gouverneur, avec beaucoup de clarté“ (...) Nous ne lui avons rien demandé, mais il est permis de se réjouir de ce qu'il a dit et qui est assez clair au fond et que vous avez certainement en tête, puisqu'il a dit qu'il y a des circonstances où des mesures dites non-conventionnelles, comme l'achat de dettes publiques. Eh bien, ces mesures sont nécessaires de matière transitoire, a-t-il dit, pour pacifier les marchés. On ne peut pas être plus clair.“; vgl. zu Forderungen einer Weiterreichung günstiger Refinanzierungsbedingungen von Banken an Staaten ebenfalls Pressekonferenz Nicolas

kommentiert.<sup>1130</sup> Die auch in der europapolitischen Grundsatzrede Sarkozys verdeutlichten unterschiedlich gelagerten Interessen zwischen Deutschland und Frankreich schränkten einen grenzüberschreitenden Austausch zur Rolle der EZB erheblich ein:

„Face à cette Europe du droit et des règles, M. Sarkozy défend une Europe politique, où les décisions seraient prises par les chefs d'Etat et de gouvernement de la zone euro - qui conserveraient leur droit de veto - puis validées par les Parlements nationaux. (...) M. Sarkozy n'a pas renoncé pas à faire de la BCE le prêteur en dernier ressort des Etats en difficulté. Contre l'avis de Berlin, qui y voit une violation des traités. Afin de permettre à la BCE de voler au secours des Etats en difficultés, sans se faire accuser d'arbitrer le contentieux politique entre l'Allemagne et ses partenaires, il a été convenu entre M. Sarkozy et Mme Merkel, de ne plus parler en public de la BCE.“<sup>1131</sup>

Auch die französischen Sozialisten befanden sich in ihrer Konzeption des EZB-Handelns im Widerspruch sowohl zur konservativ-liberalen Bundesregierung als auch zur Ende 2011 oppositionellen SPD. Beispielsweise gingen die an ein deutsches Publikum gerichteten Formulierungen François Hollandes auf dem SPD-Parteitag im Dezember 2011 in den Forderungen nach einer umfassenderen Rolle für die europäische Zentralbank über den Konsens innerhalb der SPD hinaus:

„La Banque Centrale Européenne doit pleinement jouer son rôle. Je respecte son indépendance, je la voudrais plus attentive à la situation de notre économie réelle, je souhaite qu'elle puisse élargir son rôle de prêteur et intervenir de façon mesurée contre la spéculation dans le cadre de ses actuels statuts.“<sup>1132</sup>

In der deutschen Debatte waren Positionierungen für eine umfassende Transformation der EZB ausschließlich im linken Spektrum verortet. In dieser Perspektive wurde der zunehmende Ankauf von Staatsanleihen durch die Notenbank zwar als pragmatische und notwendige Reaktion auf die Krise begrüßt.<sup>1133</sup> Gleichzeitig wurde die

---

Sarkozy im Anschluss an den Europäischen Rat, 9.12.11: „Il n'y a pas besoin d'être un grand spécialiste pour comprendre que demain, grâce à la décision de la banque centrale, l'Etat italien pourra demander aux banques italiennes de financer une partie de sa dette à des taux qui sont incontestablement moins élevés que sont les taux du marché d'aujourd'hui, puisque les taux du marché d'aujourd'hui oscillent entre 6 et 7%. Je prends l'Italie, mais je pourrais prendre l'Espagne. Je me demande si tout le monde a bien compris la portée de la décision qui a été prise par la banque centrale, qui n'est pas une petite décision, c'est une décision extrêmement importante.“; vgl. für EELV: Positionspapier 17.9.11, Politique budgétaire et dette en France sowie Pressemitteilung 13.12.11, Crise: comment reprendre la main face aux marchés financiers?; vgl. für CFDT, Pressemitteilung 20.12.11.

<sup>1130</sup> Vgl. die Parlamentsrede Baroins aufgreifend: SZ, 17.11.11, „Le Bazooka“; vgl. ebenso Handelsblatt, 17.11.11, Das isolierte Land; SZ, 23.11.11, Widerstand gegen Euro-Bonds isoliert Deutschland; vgl. FAZ, 25.11.11, Merkel und Sarkozy betonen Unabhängigkeit der EZB: „Am Vormittag hatte noch der französische Außenminister Juppé, eine der politischen Stützen Sarkozys, „eine wesentliche Rolle für die Europäischen Zentralbank“ in der Krisenbewältigung verlangt.“

<sup>1131</sup> Le Monde, 1.12.11, Paris et Berlin, l'impossible entente; vgl. beispielhaft für kritische Berichterstattung zur Sarkozys Grundsatzrede in Toulon: Welt am Sonntag, 4.12.11, Verbündete? Oder Gegner?

<sup>1132</sup> Rede François Hollande auf SPD-Parteitag, 5.12.11, Leipzig.

<sup>1133</sup> Vgl. Gesine Löttsch, Rede im Bundestag, 15.12.10; vgl. Die Linke, Pressemitteilung 10.2.11, Webers Demission ist schlecht für die politische Kultur, aber gut für den Euro: „Etwas zynisch könnte man anmerken: Webers Weggang ist gut für den Euro. Als Chef der EZB wäre er eine schwere Belastung für die Euro-Zone gewesen, weil er die zarten Ansätze von geldpolitischem



Umwandlung der Zentralbank zur Kreditgeberin der letzten Instanz als Übergangslösung angesehen. Die von Seiten der Linkspartei und auch des DGB wiederholt kommunizierte Zielvorstellung lag vielmehr in einer Entkoppelung der Staatsfinanzierung von den Kapitalmärkten. Mittels einer direkten Finanzierung staatlicher Haushalte durch eine neu ausgerichtete Europäische Zentralbank zielte dieser Ansatz darauf ab, das bisherige implizite Risiko erhöhter Zinssätze für spezifische Staatsanleihen nicht nur zu minimieren, sondern systematisch zu beseitigen.<sup>1134</sup>

Zwischen den linken politischen Parteien war wie bereits zuvor auf dem Feld der wirtschaftspolitischen Konzepte eine hohe grenzüberschreitende Konvergenz festzustellen. Der Front de Gauche positionierte sich ebenfalls deutlich für eine direkte Staatsfinanzierung durch die EZB und erklärte dies zu einem Gegenmodell zu einer durch deutsche Konservative dominierten Krisenlösungsstrategie:

„Aujourd'hui, les conservateurs allemands imposent leurs solutions car la France de Sarkozy est tétanisée. En reprenant l'initiative, je changerais la donne. Pas de complexe : nous sommes la deuxième économie du continent et nous serons bientôt la première population. L'euro est notre monnaie et on ne peut rien sans nous. Je trouverais une majorité d'Etats pour imposer à la Banque centrale européenne de prêter directement aux Etats à taux réduit. C'est la solution raisonnable pour stopper immédiatement la crise actuelle. Le rachat par la BCE de la totalité des dettes des pays en difficulté ne conduirait au pire qu'à 5 % à 6 % d'inflation ! C'est tout à fait soutenable!“<sup>1135</sup>

---

Pragmatismus, den sich die EZB in der Krise mühsam erarbeitet hat, wieder zunichte gemacht hätte. Weber ist ein Zentralbanker von gestern. Es ist zu hoffen, dass nach Weber ein zeitgemäßerer, weniger verbohrter Chef an die Spitze der Bundesbank rückt.“; vgl. ebenfalls Pressemitteilung 9.8.11: „Die Anleihenkäufe der EZB sind in der aktuellen Situation zwar notwendig. Ohne einen Schuldenschnitt sind sie aber nur ein weiteres Rettungsprogramm für die privaten Gläubiger“; vgl. auch Pressemitteilung 27.9.11: „Vorrangiges Ziel der EZB ist Preisstabilität. Ansonsten soll sie unabhängig sein. Diesen Ansatz haben wir Linken von Anfang an nicht geteilt. Eine Währungsunion mit wirtschaftlich so unterschiedlich entwickelten Ländern, wie wir sie in der Eurozone haben, kann auf Dauer nur mit einer gemeinsam abgestimmten Geld-, Fiskal- und Wirtschaftspolitik funktionieren. Die EZB ist mit ihren Schrottkäufen möglicherweise über die Grenzen hinausgegangen, die ihr die Staaten bisher zugestehen wollten. Aber die bessere Lösung sind uns die Staats- und Regierungschefs noch schuldig.“; vgl. zur Forderung die EZB zu „entdogmatisieren“: Pressemitteilung 21.4.12; vgl. in ähnlicher Argumentation für den DGB: Pressemitteilung 3.5.10; Vier-Punkte-Plan für einen Kurswechsel in Europa, 14.12.11; vgl. FAZ 15.12.11, DGB will EZB als Rettungsanker.

<sup>1134</sup> Vgl. für Die Linke: Pressemitteilung 27.5.10: „(...) muss die EZB den Euro-Staaten direkte Kredite gewähren und so die Wucherzinsen der Banken drücken; vgl. Pressemitteilung 19.11.10: „Die EZB muss endlich Direktkredite vergeben, damit die Subventionierung von Bankenprofiten durch EZB-Gelder aufhört.“; vgl. Pressemitteilung 12.12.11: „Ohne eine Einbeziehung der Europäischen Zentralbank ist die Krise war nicht zu lösen. Es ist aber entscheidend, wie sie eingebunden wird. Es ist ein Unterschied, ob das Geld in die Banken gepumpt wird, und damit neue Finanzblasen produziert werden oder – wie von der LINKEN gefordert – zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte verwendet wird.“ vgl. für den DGB: Rede Claus Matecki, 1.5.10: „Es ist nicht einzusehen, dass die EZB Finanzjongleuren unter die Arme greift, aber nicht demokratisch gewählten Regierungen in der Eurozone.“

<sup>1135</sup> Jean-Luc Mélenchon in Les Echos, 26.11.11, Ne plus courir derrière Berlin. Vgl. auch Pressemitteilung Front de Gauche, 12.4.11, vgl. ebenso anlässlich des Verlusts des französischen AAA-Ratings in aggressiverer Rhetorik: Pressemitteilung Front de Gauche, 13.1.12: „La Banque Centrale doit annoncer immédiatement qu'elle prêtera à la France à un taux très bas. Faute de quoi il faut suspendre les versements français au budget de l'Union européenne et couvrir les prochaines tranches avec un emprunt forcé sur les banques françaises qui viennent d'être gavées par la BCE. La guerre entre la finance et le peuple est déclarée. Chacun doit choisir son camp, sans tergiverser“;

In dieser linken Logik wurde das symbolträchtige Stützungsversprechen Draghis im Sommer 2012 allenfalls als Zwischenschritt zur Erarbeitung dauerhafter Lösungen wahrgenommen.<sup>1136</sup> Die große Mehrheit der moderaten politischen Kräfte in Frankreich begrüßte hingegen die Ankündigung des EZB-Präsidenten ausdrücklich und erkannte darin einen wesentlichen Baustein für die Stabilisierung des Euroraums.<sup>1137</sup> Der PS interpretierte beispielsweise die Stützungsusage Draghis als Resultat einer erfolgreichen Neuausrichtung der europäischen Union durch den Staatspräsidenten Hollande und argumentierte in der innerfranzösischen Debatte entsprechend.<sup>1138</sup>

Hinsichtlich einer möglichen Ausweitung der Zentralbankaufgaben auf die geldpolitische Unterstützung von Wirtschaftswachstum zeigte sich innerhalb Frankreichs eine weitreichende Unterstützung bis hin zur konservativen UMP. Diesem Motiv lag die Argumentation zugrunde, dass die EZB gemäß den Bedingungen des Vertrags von Maastricht in ihrem Handlungsspielraum im Vergleich zur amerikanischen oder englischen Notenbank eingeschränkt war. Die strikte politische Unabhängigkeit, das Verbot der Staatsfinanzierung sowie die Unterordnung wirtschaftspolitischer Ziele unter die Wahrung der Preisstabilität wurden in dieser Perspektive als Hindernisse für eine als notwendig und

---

vgl. ebenfalls Positionspapier Front de Gauche, 24.10.13: „L'accroissement de la dette publique vient également du fait que les Etats sont obligés d'emprunter sur les marchés financés car les traités européens (Maastricht et Lisbonne) interdisent à la Banque centrale européenne (BCE) de financer les Etats membres. Nous sommes donc dans une situation hallucinante dans laquelle les banques privées se réfinancent à un taux dérisoire auprès de la BCE et prêtent aux Etats à des taux nettement supérieurs, voire carrément usuraires.“

<sup>1136</sup> Vgl. beispielhaft Die Linke, Pressemitteilungen 2.8.12 sowie 12.12.13. Vgl. zur Forderung einer umfangreichen, unbefristeten EZB-Garantie von Staatsschulden auch Pressemitteilungen DGB, 29.6.12 und 6.7.12.

<sup>1137</sup> Innerhalb von EELV etwa stärkte das Agieren der EZB die Argumentation, dass eine Bewältigung der Krise auch ohne den intern umstrittenen Fiskalpakt möglich sei. Vgl. Rede François de Rugy in Assemblée nationale, 8.10.12. Vgl. für MoDem in positiver Wertung: Pressemitteilung 7.9.12, En finir avec les incertitudes.

<sup>1138</sup> Vgl. Harlem Désir in Hebdo des Socialistes, Nr. 666, 6.10.12, S. 4: Pour une Europe de l'emploi, de la croissance et de la solidarité: „Depuis, la décision de la BCE d'intervenir de "façon illimitée" pour racheter les obligations d'état des pays de la zone euro en difficulté. Là où Sarkozy exécutait l'austérité que madame Merkel exigeait, François Hollande fait bouger les lignes en Europe.“ vgl. ebenso Rede Laurent Fabius in seiner Funktion als Außenminister in Assemblée nationale, 3.10.12: „Il en va de même pour le fameux «mécanisme Draghi», dont M. Sarkozy - je ne reviendrai pas sur son bilan - n'avait jamais réussi obtenir la mise en place. Mes positions sur les questions européennes sont connues: je n'ai cessé de réclamer que la Banque centrale européenne sorte de son rôle initial et prenne à sa charge, de façon illimitée, les obligations à court terme émises par les États, afin de les soulager. C'est désormais chose faite. Voilà une mesure que nous demandons depuis de nombreuses années et qui n'est rendue possible qu'en raison du sérieux budgétaire et de la dimension de croissance.“; vgl. zur Kritik an deutschen Konservativen auch Pressekonferenz François Hollande, 30.8.12: „Je n'en dirai pas davantage. L'application des décisions du Conseil européen et faire en sorte que Monsieur Draghi, compte tenu de ce qu'il a déjà annoncé, puisse donner davantage de précisions le 6 septembre. Ceux qui sont le plus attachés à l'indépendance de la Banque centrale européenne devraient respecter les mêmes principes que ceux que nous appliquons aujourd'hui“.

demokratisch legitimierbare konjunkturelle Förderung einer ökonomisch instabilen Eurozone betrachtet. Vorstöße in Richtung einer aktiveren Rolle der EZB zur Unterstützung von Wirtschaftswachstum waren sowohl bei den Sozialisten<sup>1139</sup> als auch bei den Konservativen<sup>1140</sup> zu beobachten. Während innerhalb der UMP zu Zeiten der Regierungsverantwortung Initiativen für eine Weiterentwicklung der Zentralbank systematisch mit Verweisen auf die zu respektierenden historisch-politischen Rahmenbedingungen des deutschen Partners verbunden waren<sup>1141</sup>, wurden vergleichbare Forderungen seitens des oppositionellen und ideologisch antagonistischen PS deutlicher formuliert. Moderate Äußerungen François Hollandes als Gastredner auf dem SPD-Parteitag in Leipzig im Dezember<sup>1142</sup> bildeten nur einen Teil der sehr kritischen Stimmung innerhalb des PS ab. So griff etwa Jean-Christophe Cambadélis in einer Parteizeitschrift die deutschen Konservativen an:

---

<sup>1139</sup> Vgl. gemeinsames Positionspapier PS-EELV, 5.12.11: „Nous voulons repenser le rôle et les missions de la Banque Centrale européenne (BCE) afin de l'autoriser à racheter des emprunts d'Etats et donc de monétiser les dettes, mais aussi à émettre des euro-obligations pour financer les investissements du futur (réseaux et infrastructures de transports, d'énergie, de santé)“; vgl. Radio-Interview François Hollande, RTL, 12.12.11: „Si je suis élu président de la République, je renégocierai cet accord. Je ferai en sorte qu'on y ajoute ce qui manque: l'intervention de la Banque centrale européenne, les eurobonds et un fonds de secours financier.“

<sup>1140</sup> Vgl. Axel Poniatowski, Rede in Assemblée nationale, 16.6.10: „Même aux États-Unis, la banque centrale dialogue avec les autorités budgétaires pour définir la meilleure stratégie économique. Il faut donc équilibrer le poids de la BCE grâce à un mécanisme nouveau qui permettrait de prendre les décisions au niveau pertinent.“ ; vgl. Nicolas Sarkozy, Rede in Toulon, 1.12.11: „Naturellement, la Banque Centrale Européenne a un rôle déterminant à jouer. Il y a des débats sur ce que lui autorisent ses statuts. Je ne veux pas entrer dans ces débats. La BCE est indépendante. Elle le restera. Je suis convaincu que face au risque déflationniste qui menace l'Europe la Banque Centrale agira. A elle de décider quand et avec quels moyens. C'est sa responsabilité. Nul ne doit douter qu'elle l'assumera, et, d'ailleurs je me félicite de ce qu'elle ait commencé à le faire.“; vgl. ebenfalls Interview Nicolas Sarkozy in Le Monde, 13.12.11: „Je ne commente pas l'action de la BCE. Elle est indépendante, et doit agir dans le cadre des traités. Mais le problème aujourd'hui, dans de nombreux pays de la zone euro, c'est le resserrement du crédit par crainte du risque. Cela pourrait conduire à une dépression économique. Cette perspective serait catastrophique. Je me réjouis que la BCE fournisse des liquidités pour éviter ce „credit crunch.“ » Pensez à ces milliers d'entreprises dont l'activité serait dramatiquement entravée si elles n'avaient pas accès à un crédit suffisant. Je souhaite que l'action de la BCE, en soutenant la croissance économique, contribue aussi à apaiser les craintes infondées sur les dettes des Etats. Je fais confiance à la BCE, pour, à l'avenir, décider de la force de son intervention.“

<sup>1141</sup> Vgl. Rede François Baroin in Assemblée nationale, 9.12.11: „Ayant connu dans son histoire, vous le savez aussi bien que moi, une inflation galopante qui a entraîné un désastre politique, l'Allemagne a mis en place, au lendemain de la guerre, des éléments institutionnels indépendants. Il n'y a pas un seul pouvoir politique, mais plusieurs, juxtaposés : la Bundesbank, le parlement, l'exécutif et la présidence fédérale. Aussi la comparaison entre nos systèmes trouve-t-elle ses limites dans le respect que nous devons avoir pour l'Allemagne telle qu'elle s'est construite dans l'après-guerre. La Bundesbank a un poids, et impose sa vision sur le fonctionnement de la Banque centrale européenne, qui est par ailleurs indépendante.“

<sup>1142</sup> „La Banque Centrale Européenne doit pleinement jouer son rôle. Je respecte son indépendance, je la voudrais plus attentive à la situation de notre économie réelle, je souhaite qu'elle puisse élargir son rôle de prêteur et intervenir de façon mesurée contre la spéculation dans le cadre de ses actuels statuts.“; vgl. dazu auch den im Parteiprotokoll der SPD dokumentierten, vom Manuskript abweichenden Zusatz: „Ich weiß, dass Sie diese Unabhängigkeitsregeln sehr schätzen, aber ich kenne auch Ihre Sorge, dass die Europäische Zentralbank nach den derzeitigen Statuten mehr Einfluss ausüben kann, um eben die Spekulation einzudämmen und Wachstum anzustoßen.“

„L'Europe n'est pas au bout de ses peines. L'entêtement de la droite allemande à ne pas vouloir transformer la BCE en banque centrale, l'hystérie austéritaire de cette dernière conduit l'Europe à la ruine et l'axe franco-allemand, à la réorientation ou à la confrontation."<sup>1143</sup>

„Lorsqu'on voit Angela Merkel recevoir à Berlin tout ce qui bouge en Europe, lorsqu'on constate que Madame Merkel ouvre le sommet de Davos, lorsqu'on regarde Madame Merkel obtenir dans le nouveau traité tous [sic!] ce qu'elle veut : discipline budgétaire sans euro bond, sans indépendance de la banque centrale, sans interdiction des produits toxiques, sans taxation efficace des transactions financières (...) on se dit que ce n'est plus "Merkozy" mais "Merkel tout court".<sup>1144</sup>

Die Einschätzung, wonach die EZB in der ursprünglichen Konstruktion der Wirtschafts- und Währungsunion eingeschränkt war und erst mit der Übernahme weiterer Aufgaben zu einer vollumfänglichen Zentralbank würde, stand in dieser Form in deutlichem Widerspruch zur mehrheitlichen Argumentationslinie der SPD.

Zunehmend offenere Forderungen im französischen Wahlkampf nach einer Wachstumsförderung durch die EZB, sowohl seitens der Sozialisten<sup>1145</sup> als auch der Konservativen<sup>1146</sup> wurden in der Presse als mögliche Belastung für die deutsch-französischen Beziehungen gewertet.<sup>1147</sup> Derartige Spannungen intensivierten sich mit dem Wahlsieg der Sozialisten deutlich.<sup>1148</sup> Außerhalb der Regierungsverantwortung wurde das Ziel einer aktiveren Rolle für die EZB ebenfalls von Seiten der UMP offensiver verfolgt.<sup>1149</sup>

---

<sup>1143</sup> Jean-Christophe Cambadélis, 2012: l'année de tous les dangers, in: Nouvelles Internationales, Nr. 54, 4.1.2012.

<sup>1144</sup> Jean-Christophe Cambadélis, Afghanistan et Europe: deux défis deux échecs de Nicolas Sarkozy, in: Nouvelles Internationales, Nr. 56, 26.1.12.

<sup>1145</sup> Vgl. Rede François Hollande in Le Bourget, 22.3.12: „Je sais que cette position n'est pas partagée par tous en Europe. Mais nous ne nous interdisons rien pour faire évoluer le mandat de la Banque centrale européenne. Stabiliser les prix: c'est fait. Lutter contre la spéculation: il y a encore à faire. Et surtout: agir pour la croissance. Telle doit être, également, la mission de la Banque centrale européenne.“

<sup>1146</sup> Vgl. Rede Nicolas Sarkozy, Place de la Concorde, 15.4.12: „On nous avait dit que la Banque centrale ne pourrait pas intervenir pour sauver l'euro (...) – et la Banque centrale s'est donnée la liberté nécessaire pour sauver l'Euro, en fournissant les liquidités aux banques. Ce qui était un tabou, devant la crise, est tombé, comme une frontière de papier. [...] Alors sur le rôle de la Banque centrale européenne dans le soutien à la croissance, nous allons, nous les Français, ouvrir le débat, et nous allons faire avancer l'Europe!"; vgl. UMP Argu Flash, 16.4.12, Renforcer le rôle de la BCE en matière de croissance.

<sup>1147</sup> Vgl. beispielhaft Le Monde, 17.4.12, M. Sarkozy conteste la vision allemande de la BCE; vgl. ebenfalls Le Figaro, 17.4.12, Pour une BCE au service de l'Europe sowie Welt am Sonntag 29.4.12, Der Kampf um den Sparpakt.

<sup>1148</sup> Vgl. Le Monde, 17.6.12, Paris, Berlin et les conditions du compromis: „On ne saurait être en reste côté français. Pendant que François Hollande recevait à l'Elysée ses amis du SPD, adversaires politiques de Mme Merkel, Arnaud Montebourg, notre ministre du redressement productif, faisait, lui, carrément la leçon à la chancelière en dénonçant son " aveuglement idéologique". (...) La solution, ce ne sont pas les plans de coupes budgétaires, c'est d'avoir une BCE (Banque centrale européenne) qui fasse son travail, décrète M. Montebourg dans un entretien à Usine nouvelle. Nous voulons une Banque centrale qui atténue l'endettement public, qui finance la croissance tout en préservant le pouvoir d'achat.“

<sup>1149</sup> Vgl. Magazine de l'Union Nr 64/2014, S. 8, Les cinq grands axes du projet de l'UMP: „Agir pour que la Banque centrale européenne (BCE) soutienne la croissance et l'emploi"; vgl. Projet 2014, Pour la France, agir en Europe: „Outre ces politiques spécifiques, il est indispensable que

Innerhalb des linken politischen Spektrums konnten abermals hohe Übereinstimmungen festgestellt werden: Sowohl deutsche als auch französische Vertreter der (extremen) Linken sprachen sich für eine unmittelbare oder mittelbare Finanzierung öffentlicher Investitionen durch die EZB aus.<sup>1150</sup> Auch der DGB entwarf das Konzept einer „Europäischen Bank für öffentliche Anleihen“, die ihrerseits günstige Kredite bei der EZB aufnehmen und Zinsvorteile an Euro-Staaten weiterreichen könnte.<sup>1151</sup> Kritik an der Krisenpolitik der EZB zielte in erster Linie auf die strengen Reformauflagen für Staaten sowie die im Vergleich als weniger hart wahrgenommenen Bedingungen für private Banken ab.<sup>1152</sup> In der Ablehnung einer politisch wie wirtschaftlich asymmetrisch konstruierten Währungsunion stimmten die französischen und die deutschen Linken überein.<sup>1153</sup>

Während in der deutschen Debatte die Bewahrung der Preisstabilität ein weithin geteiltes Motiv darstellte, war in Frankreich Kritik an einem zu hohen Außenwert der Gemeinschaftswährung im Zentrum der politischen Öffentlichkeit angesiedelt. Sowohl Konservative als auch Sozialisten zählten eine Wechselkurspolitik zum außenwirtschaftlichen Instrumentarium und bemängelten wiederholt fehlende geldpolitische Einflussmöglichkeiten. Diese Forderungen waren eingebettet in die parteiübergreifend geteilten Ziele einer Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und stärker reziprok ausgestalteten internationalen Handelsbeziehungen.<sup>1154</sup> Innerhalb der UMP wurde zumindest im souveränistischen Flügel

---

l'action de la Banque centrale européenne, en plus de son rôle dans la lutte contre l'inflation et en faveur de la stabilité monétaire, soit davantage tournée vers le soutien à la croissance et à l'emploi. Une telle politique monétaire est souhaitable alors qu'il est nécessaire de maîtriser les dépenses publiques et la fiscalité à tous les niveaux."

<sup>1150</sup> Vgl. Front de Gauche, Pressemitteilung zum Wahlkampfauftakt, 2.6.13: „La BCE doit pouvoir financer avec la Banque de France et les autres banques nationales de l'Eurosystème, par création monétaire, un „Fonds de développement social, écologique et solidaire européen“, pour l'expansion des services publics et de leur emploi“ / „La France doit agir pour que la BCE puisse prêter directement aux Etats pour promouvoir l'emploi, la formation et les services publics afin de satisfaire les besoins sociaux et écologiques.“; vgl. Pressemitteilung Die Linke, 6.12.13: „Sinnvoller wäre es, wenn die Zentralbank in begrenztem Umfang direkt öffentliche Investitionen finanzieren würde, anstatt neue Blasen zu finanzieren“; vgl. auch Pressemitteilung 16.5.14: "Die öffentliche Kreditaufnahme muss von der Diktatur der Finanzmärkte befreit werden, indem eine öffentliche Bank eingerichtet wird, die zu den Konditionen der EZB günstig Kredite an die Staaten der Eurozone vergibt."

<sup>1151</sup> Vgl. DGB, Pressemitteilungen 1.12.11 und 15.12.12.

<sup>1152</sup> Vgl. Front de Gauche, Wahlprogramm 2012, L'humain d'abord. In der Argumentation der deutschen Linken ermöglichte die EZB durch ihre Sicherungsmaßnahmen Banken eine „risikolose Spekulation“. Vgl. Die Linke, Pressemitteilung 9.5.14.

<sup>1153</sup> Vgl. für den Front de Gauche: Programm zur Wahl des europäischen Parlaments, 28.4.14: „L'euro est une construction politique et historique qui est aujourd'hui au service des marchés financiers. Il est le produit d'une conception monétariste qui emprunte son modèle à la Bundesbank et dont le gouvernement Merkel est aujourd'hui le plus fervent défenseur. Il n'est plus viable tel qu'aujourd'hui."

<sup>1154</sup> Vgl. PS, Secrétariat national à l'industrie, aux entreprises et aux nouvelles technologies, Refaire de la France une grande nation industrielle, proposer aux Européens un modèle de production social-écologique, Februar 2010, S. 15: „L'industrie européenne a besoin d'une gestion politique de

offene Kritik an der lange Zeit restriktiven Geldpolitik der EZB nach Muster der Bundesbank geübt.<sup>1155</sup> Im PS wiederum wurden Vorstöße hinsichtlich einer Absenkung des Euro-Außenwerts teilweise unter Einbeziehung der SPD gemacht. Dies blieb jedoch auf punktuelle Initiativen der jeweils linken Parteiflügel begrenzt.<sup>1156</sup> Während der im Krisenverlauf zunehmende Einsatz des Präsidenten Hollande für eine aktive Wechselkurspolitik ohne Erfolg blieb<sup>1157</sup> und in der deutschen konservativen Presse harsch kritisiert wurde<sup>1158</sup>, erkannten Teile des PS in der Regierungsbeteiligung der SPD eine Gelegenheit für eine Neuausrichtung der europäischen Geldpolitik:

„Il va falloir convaincre les Allemands, lesquels ont intérêt à un euro fort, car il réduit le coût de leurs importations, sans entraver leurs exportations, peu sensibles à la concurrence par les prix. L'ampleur de leurs excédents commerciaux - 6 % de leur PIB, depuis plusieurs années - contribue à la surévaluation de l'euro et à la tendance à la déflation, qui est l'un des vrais risques pour l'économie européenne. Le gouvernement de la Grande coalition peut accepter une politique monétaire tenant compte, au-delà des intérêts allemands, de l'intérêt

---

l'euro. Le taux de change de l'euro n'est toujours pas une préoccupation de la Banque centrale européenne ni des chefs d'État et de gouvernement, alors que l'appréciation de la monnaie unique par rapport au dollar handicape lourdement l'industrie européenne. Quand l'euro s'apprécie de 10 centimes, EADS perd un milliard d'euros! L'absence de politique monétaire coordonnée de la BCE et des États membres fait peser des risques graves pour les neurons de l'industrie européenne tel Airbus, alors que la Chine ou les États-Unis n'hésitent pas à sous-évaluer leur monnaie pour favoriser leurs industries nationales. La zone euro est la seule des grandes zones économiques à ne pas faire usage du taux de change comme outil de politique économique. Pour contrer cette tendance, la BCE et les États membres doivent adopter une politique de taux d'intérêt plus offensive."; vgl. ebenfalls François Hollande, Rede in Bourget, 22.1.12 sowie 16.6.13, Convention nationale Notre Europe; vgl. für UMP: Rede Nicolas Sarkozy, États généraux de l'industrie, 4.3.10: „Il y a là un sujet considérable pour mettre de la parité, de l'équité dans les échanges internationaux, et encore une fois, je ne vois pas au nom de quoi les responsables politiques ne pourraient pas parler de monnaies."; vgl. ebenfalls UMP, Pressemitteilung 16.4.12: „Concrètement, il s'agirait surtout pour la BCE de faire en sorte que le taux de change de l'euro soit plus compétitif pour encourager les exportations européennes. (...) L'idée est que la BCE agisse pour faire baisser le taux de change de l'euro afin que nos exportations regagnent en compétitivité. Une Europe forte, qui défend ses intérêts dans la mondialisation, voilà la stratégie de Nicolas Sarkozy."; vgl. zur Forderung eines geringeren Außenwerts des Euros auch François de Rugy (EELV), Rede in Assemblée nationale, 16.6.10. Für den MoDem wiederum war die schwache wirtschaftliche Entwicklung Frankreichs nicht auf einen zu starken Euro zurückzuführen. Vgl. Pressemitteilung 25.8.14.

<sup>1155</sup> Vgl. Rede Jacques Myard (UMP) in Assemblée nationale, 2.5.11: „On sait très bien que, face à des économies divergentes, la BCE est incapable de mener une politique monétaire pouvant répondre aux besoins de chacune des économies. Pour ne rien vous cacher, je crains fort que cela ne soit impossible structurellement. Quoi qu'il en soit, il est clair aujourd'hui que la surévaluation de l'euro, qui va se poursuivre, profite essentiellement à l'Allemagne tandis que, dans le même temps, elle étouffe les autres économies, notamment celle de la France. Vous ne pouvez le nier, puisque vous dites vous-mêmes très clairement, dans le pacte de stabilité, qu'une appréciation de 10 % de l'euro contre toutes les monnaies conduirait mécaniquement à une dégradation de la compétitivité française : moins 0,6 % de PIB en 2012, moins 1 % en 2013, et moins 1,2 % en 2014. Si l'euro remonte, nous allons nous trouver étranglés dans une nasse ! L'autisme de la Banque centrale et de l'Allemagne sur ce point aboutira inéluctablement, je le dis avec solennité, à remettre en cause la monnaie unique. C'est une certitude et une évidence reconnue par tous : la Grèce, le Portugal et l'Irlande ne sortiront pas de la crise sans passer par une restructuration de leur dette et par une dévaluation monétaire. Il est urgent d'y réfléchir dès maintenant si l'on ne veut pas se contenter de subir les événements qui se rapprochent."

<sup>1156</sup> Vgl. gemeinsamer Antrag Benoît Hamon und Forum Demokratische Linke 21 / SPD anlässlich des PS-Parteitag in Toulouse, 26.10.12, Réaliser le changement.

<sup>1157</sup> Vgl. Le Monde, 7.2.13, François Hollande en croisade contre l'euro fort.

<sup>1158</sup> Vgl. FAZ, 6.2.13, Frankreichs Präsident François Hollande will Aufwertung des Euro bekämpfen; vgl. ebenfalls FAZ, 6.5.14, Widerstand gegen Frankreichs Eurovorstoß.

général européen, si la France et les pays d'Europe du Sud savent se montrer convaincants."<sup>1159</sup>

Ein vergleichbares Argumentationsmuster war in der deutschen Debatte lediglich beim DGB zu beobachten, welcher regelmäßig die EZB zur Implementierung einer expansiven Zinspolitik aufforderte<sup>1160</sup> und darüber hinaus Kritik am konservativ dominierten ökonomischen Krisendiskurs in Deutschland formulierte.<sup>1161</sup>

Der Front National wiederum nutzte ebenfalls das Motiv eines zu stark bewerteten Euro<sup>1162</sup> und griff in den Forderungen nach einer Wiedereinführung von Abwertungsmöglichkeiten teilweise auf dezidiert linke Ökonomen zurück.<sup>1163</sup> Die rechtsextreme Partei forderte zudem die Möglichkeit zur direkten und günstigen Refinanzierung des französischen Staates bei der Banque de France.<sup>1164</sup> Kennzeichnend für die Lesart des Front national war die Einbettung der geldpolitischen Herausforderungen in die Feststellung eines Souveränitätsverlusts infolge der europäischen Integration. Die EZB und auch Deutschland wurden als für Frankreich schädliche externe Kräfte wahrgenommen:

„Le refus obstiné de l'Allemagne et de la BCE de faire baisser le niveau de la monnaie unique nous condamne à l'asphyxie économique. Il est vital de retrouver les marges de manœuvre d'une politique monétaire conforme aux intérêts de la France. L'euro est un fiasco auquel nous devons mettre fin. L'euro tue notre économie et assèche nos finances publiques avec des plans de renflouement à répétition. Retrouver progressivement une monnaie nationale

---

<sup>1159</sup> Vgl. PS, Recueil des argumentaires GARE (Groupe « Argumentaires et Riposte pour l'Europe »), 74 Questions et réponses pour réorienter l'Europe, 24.4.14, hier: S. 56, Sans juste prix de l'euro, il ne saurait y avoir de juste échange.

<sup>1160</sup> Vgl. DGB, Pressemitteilungen 7.4.11; 7.7.11; 8.3.12; 2.5.13; 5.6.14.

<sup>1161</sup> Vgl. Michael Weisbrodt, Wirtschaftsprognosen: Erstens kommt es anders..., in: einblick 03/2012, gleichzeitig Pressemitteilung DGB 17.2.12: „Sicherlich kann in globalen Krisenzeiten niemand verlässliche Szenarien prognostizieren. Doch zurzeit sind mittelfristige Voraussagen obendrein von einem neuen wissenschaftlichen Glaubenskrieg belastet. In dessen Zentrum steht staatliche Sparpolitik („Austerität“) und die Geldpolitik der Zentralbanken. Die eine Denkrichtung hält weiter für gültig, dass die Konjunktur abflaut, wenn der Staat in der Krise spart. Eine neue Denkrichtung behauptet, dass staatliches Sparen in der Krise das Wachstum nachhaltig stärkt („expansive Austerität“). Teile der heutigen Regierungskoalition und möglicherweise eine Mehrheit der deutschen WirtschaftswissenschaftlerInnen scheinen dieser Theorie anzuhängen. Ihr Problem: Die Theorie ist überwiegend weltanschaulich unterfüttert. Wirtschaftsprognosen sind kaum geeignet, sie empirisch zu be- oder zu widerlegen.“

<sup>1162</sup> Vgl. Front National, Pressemitteilung 7.2.12: „La cause première de ce résultat catastrophique est l'euro fort, qui pénalise lourdement nos exportations et déprime l'économie. La monnaie unique n'est pas adaptée à tous les pays européens, en particulier à la France.“; vgl. auch Pressemitteilungen, 20.4.11; 5.2.13; 22.10.13; 15.4.14.

<sup>1163</sup> Vgl. Argumentationspapier Front national, 2014, Tout ce qu'il faut savoir sur la fin de l'euro. In einer Ansammlung kritischer Zitate und argumentativer Versatzstücke wird hier unter anderem auf Joseph Stiglitz und den linken deutschen Ökonomen Heiner Flassbeck verwiesen.

<sup>1164</sup> Vgl. Front national, Pressemitteilung 8.8.11: „Après 30 ans d'abdication, l'Etat doit reprendre le contrôle de la politique économique et remettre les marchés à leur place. La France doit s'affranchir de la tutelle des marchés : elle doit notamment retrouver sa capacité d'emprunter directement auprès d'une Banque de France restaurée dans ses prérogatives“; vgl. ebenfalls Pressekonferenz Marine Le Pen, 11.8.11: „En particulier, l'Etat doit retrouver la possibilité d'emprunter directement à taux très bas ou à taux nul auprès d'une Banque de France restaurée dans ses prérogatives, alors que depuis une loi de 1973, confirmée par les Traités européens, les marchés et les banques ont le monopole du financement de l'Etat“. Vgl. auch Pressemitteilung 25.11.11.

adaptée, une politique monétaire souveraine, c'est au contraire retrouver l'une des armes qui avec un protectionnisme intelligent permettra à la France de rebâtir son économie et de restaurer son modèle social. Faute de changement radical dans notre politique économique, nous continuerons à nous enfoncer dans le cercle vicieux de l'austérité, de l'hyper-fiscalité et de la dette, tout en supportant les effets désastreux d'un chômage de masse chaque jour plus important."<sup>1165</sup>

## **Zwischenbewertung: Der Status der EZB als ungelöster Konflikt**

Die Diskussion der Rolle der EZB während der Krise und ihrer Aufgaben in der zukünftigen Ausgestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion verlief weitestgehend in abgeschlossenen nationalen Kommunikationsräumen. Landesspezifische Orientierungsmuster zeigten sich deutlich in den unterschiedlichen Bewertungen des Stellenwerts politischer Unabhängigkeit und eventueller inflationärer Effekte der Stabilisierungsmaßnahmen.

Die in Deutschland dominante konservativ-liberale Perspektive, in welcher die zunehmende Entfernung der Europäischen Zentralbank von den Statuten des Vertrags von Maastricht als destabilisierend und potentiell gefährlich für den Fortbestand der Währungsunion wahrgenommen wurde, fand in der französischen Debatte allenfalls indirekt Beachtung. Die konservative UMP verwies regelmäßig auf den historisch besonderen Stellenwert der Zentralbank im deutschen politischen System, um Zwischenstände aus bilateralen Abstimmungen auf Regierungsebene zu erläutern. Eine Verteidigung der Zentralbankorthodoxie wurde indes von keinem der politischen Akteure in Frankreich unternommen. Über ideologische Grenzen hinweg lag ein Schwerpunkt der französischen Debatten darauf, die Kompetenzbereiche der EZB zu erweitern und sie nach dem Muster etwa der amerikanischen, britischen oder japanischen Notenbank zu einem Kreditgeber der letzten Instanz zu transformieren. Derartige Forderungen waren in Deutschland allenfalls im politisch linken Spektrum verortet. Kennzeichnend für die deutsch-französischen Diskrepanzen ist die Tatsache, dass über einen möglichen Umbau der Europäischen Zentralbank zwischen den großen moderat linken Parteien kein Konsens

---

<sup>1165</sup> Front national, Pressemitteilung 28.10.13; vgl. ebenfalls Pressemitteilung 8.4.11, L'Italie sous la botte de la Banque Centrale Européenne sowie 20.4.11: „Le maintien de la Grèce, du Portugal, de l'Irlande dans la zone euro n'est dû qu'à l'acharnement des technocrates de l'Union Européenne et de la BCE enfermés dans leur dogme ultralibéral pour sauver l'euro « à tout prix”. Vgl. ebenfalls Pressemitteilungen 13.2.12, 22.3.13 und insbesondere 18.4.13, Du mépris des institutions européennes: „Marine Le Pen a été le seul député français au Parlement européen à interpeller, sans détour, le président de la Banque centrale européenne Mario Draghi. Le fait que celui-ci n'ait daigné répondre à aucun des points techniques qu'elle soulevait, ni à son ultime question quant à l'austérité et la répression financière en Europe, démontre à quel point l'arrogance fait écho à l'obstination folle des gourous de la zone euro. Sourds aux cris des peuples qu'ils sont censés protéger, aveugles quant aux solutions immédiates à prendre sur le plan monétaire, social et politique, les européistes et leurs institutions mortifères, loin de vouloir faire amende honorable, prouvent chaque jour que le coup de force est devenu la méthode unique permettant d'assouvir leur rêve fédéraliste, ultra libéral et mondialiste."



bestand. So wurden wiederholte Initiativen der französischen Sozialisten hinsichtlich einer Neuausrichtung der EZB allenfalls von einem wenig repräsentativen linken Parteiflügel der SPD aufgegriffen.

Die Forderung nach einer aktiven Wechselkurspolitik war vor dem Hintergrund unterschiedlicher wirtschaftspolitischer Anforderungsprofile ebenfalls stark von nationalen Orientierungsmustern geprägt. In Frankreich war der Einsatz für eine Erhöhung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit jenseits der Regierungsdiskurse auch unter Konservativen weit verbreitet. In der deutschen Debatte hingegen fand diese Option vor dem Hintergrund eines tendenziell weniger politischen Verständnisses von Währungen keine Beachtung.

Im linksextremen Spektrum war abermals eine hohe Konvergenz zu beobachten, in dem Sinne, dass die Bindung staatlicher Refinanzierung an Kapitalmärkte durch die Schaffung einer Bank für öffentliche Anleihen im Umkreis der EZB aufgehoben werden sollte. Vereinzelt wurde in Stellungnahmen französischer Rechts- wie Linksextremer Deutschland auch als Sinnbild eines angesichts der Krise obsoleten und gefährlichen geldpolitischen Dogmatismus attackiert.

#### **4.4 Auslegung von Solidarität: Disziplinierung durch Märkte vs. Haftungsübernahme**

Das mit dem Anstieg der Refinanzierungskosten einzelner Teilnehmerstaaten einhergehende Risiko einer Zahlungsunfähigkeit zeigte potentielle Bedrohungen für die Funktionsweise der Wirtschafts- und Währungsunion auf. Da bei der Implementierung der Gemeinschaftswährung keine Vorkehrungen für das Szenario einer Staatsinsolvenz innerhalb der Eurozone geschaffen wurden und die Übernahme von Verbindlichkeiten eines Mitgliedstaates durch die Europäische Union oder weitere Mitgliedstaaten im Vertrag von Maastricht explizit ausgeschlossen wurde, stellte die Sicherung der finanziellen Stabilität einzelner Staaten, allen voran Griechenlands, Grundprinzipien der Währungsunion infrage.

Die Ausgestaltung und Einrichtung von Stützungsmaßnahmen rief insbesondere in Deutschland umfangreiche Debatten hervor und belastete die konservativ-liberale Regierungskoalition. Jenseits der ordoliberalen Strömungen war mit jeweils spezifischen Schwerpunkten in Detailfragen sowohl in Deutschland als auch in Frankreich eine pragmatische Unterstützung für den Ausbau finanzieller Hilfen und gemeinschaftlicher Haftung zu beobachten. Demgegenüber ging eine fundamentale Ablehnung von Finanzierungsinstrumenten durch radikalere Formierungen häufig mit dem Wunsch

monetärer Desintegration und einem grundsätzlich abweichenden Verständnis europäischer Solidarität einher.

#### **4.4.1 Sorge um ordnungspolitische Grundsätze der WWU**

Eine beinahe ausschließlich in der deutschen Debatte zu beobachtende Positionierung bestand in der ökonomisch und juristisch begründeten Verteidigung des vertraglich fixierten Regelwerks der Wirtschafts- und Währungsunion. Konservative und wirtschaftsliberale Milieus befanden sich angesichts der im Zuge der Krisenbewältigung sukzessive ausgebauten Stützungsmechanismen in einer defensiven Rolle und warnten vor drohenden Fehlanreizen sowie einem Kontrollverlust über die Haftungsrisiken im Euroraum. Die schwarz-gelbe Bundesregierung wurde für Zugeständnisse im Rahmen der Krisenbewältigung speziell durch die konservative FAZ angegriffen. Ebenso wurde sie teilweise aus den Reihen der Unionsparteien und der FDP kritisiert, wobei die Krisenpolitik insbesondere die Liberalen vor eine innerparteiliche Zerreißprobe stellte. Weiterhin spielte die Bundesbank als ordnungspolitisch argumentierende Institution mit hohen Vertrauenswerten innerhalb der Bevölkerung eine maßgebliche Rolle für den politisch-gesellschaftlichen Rahmen der Debatte. Da in der französischen Debatte in konservativen und liberalen Kreisen kaum vergleichbare Argumentationsmuster und Themenschwerpunkte behandelt wurden, blieben ideologisch begründete grenzüberschreitende Konvergenzen weitestgehend aus.

Kennzeichnend für die hier in erster Linie betrachteten Akteure CDU/CSU, FDP und FAZ war zu Jahresbeginn 2010 eine abwartende bis ablehnende Haltung hinsichtlich eventueller Hilfsleistungen für den finanziell instabil gewordenen griechischen Staat. Dieser Position lag das Bestreben zugrunde, europäische und insbesondere deutsche Steuergelder zu schützen, die Nichtbeistandsklausel zu wahren und die Verantwortung zur Besserung der Situation ausschließlich der griechischen Regierung zu überlassen.<sup>1166</sup>

---

<sup>1166</sup> Dies wurde unter der Formel, Griechenland müsse „seine Hausaufgaben“ machen zusammengefasst. Vgl. SZ, 1.3.10. Über eine Sprecherin ließ Kanzlerin Merkel im März 2010 verbreiten: „Es gibt keine Haushaltsmittel für die Griechen.“. Vgl. WELT, 2.3.10. Vgl. in ähnlicher Argumentation für die CSU: Pressemitteilung 23.2.10, Steuerzahler zahlen nicht für Fehler Griechenlands sowie Alexander Dobrindt in BILD am Sonntag, 7.3.10: „Kein deutscher Steuer-Euro für Griechenland“. Vgl. für die FDP: Pressemitteilung 10.2.10, FDP steht für stabilen Euro - strenge Sparvorgaben statt neuer EU-Gelder für Griechenland sowie 11.2.10, Keine Alternative zur Selbsthilfe. Vgl. für den BDI: Pressemitteilungen 24.3.10, Euro-Zone muss Stabilitätsgemeinschaft bleiben sowie 26.3.10, Griechenland-Einigung klarer Erfolg für Merkel - Reform- und Konsolidierungsdruck des Marktes bleibt bestehen.

Innerhalb der CDU unternahm Finanzminister Schäuble mit Überlegungen eines analog zum IWF aufzubauenden europäischen Währungsfonds (EWF) einen Vorstoß, welcher auch von französischen Konservativen unterstützt wurde<sup>1167</sup>, jedoch innerparteilich nicht konsensfähig war<sup>1168</sup> und darüber hinaus seitens des Koalitionspartners energisch abgelehnt wurde.<sup>1169</sup> Für Vertreter der FDP widersprach die Einrichtung von Hilfsinstrumenten ökonomischen Grundsätzen. Zudem sahen die Liberalen ihre im vorherigen Bundestagswahlkampf prominent platzierten Steuersenkungspläne durch eine Beteiligung an etwaigen europäischen oder bilateralen Stützungsmaßnahmen für Griechenland gefährdet:

„Die FDP sieht staatliche Hilfen für Griechenland sehr kritisch. Artikel 115 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) schließt eine wechselseitige Haftung der Mitgliedsländer der Europäischen Union aus. Direkte zwischenstaatliche Hilfen sind demnach nicht vorgesehen. Es ist kaum vermittelbar, dass der Bundesfinanzminister sich mit Steuersenkungen für die eigenen Bürgerinnen und Bürger schwer tut, Hilfen für Griechenland aber offen gegenüber steht. Griechenlandhilfen dürfen nur dann erfolgen, wenn sie nachweisbar alternativlos und rechtlich einwandfrei möglich sind.“<sup>1170</sup>

Diese Festlegung setzte sowohl für die FDP als auch für die mit ihr koalierenden CDU und CSU strategische und operative Rahmenbedingungen für das Krisenmanagement. In diesem Sinne waren Hilfen lediglich als ultima ratio einzusetzen, um

---

<sup>1167</sup> Vgl. WELT, 8.3.10, Schäuble will europäischen Währungsfonds sowie FAZ, 8.3.10, Sarkozy verspricht Hilfen für Griechenland.

<sup>1168</sup> Beispielhaft seien die Meinungsverschiedenheiten zwischen Minister Schäuble und der skeptischen Kanzlerin Merkel genannt. Vgl. Handelsblatt, 12.3.10, Zwei fallen aus der Rolle; vgl. darüber hinaus zur Ablehnung durch die Bundesbank: WELT, 10.3.10, Europäischer Währungsfonds entfacht Streit in Europa, sowie Handelsblatt, 17.3.10, Berlin sträubt sich gegen Notfallplan für Griechenland. Hier sprach sich der Bundesbank-Vizepräsident Frank-Christoph Zeitler gegen die Einrichtung eines EWF und für die Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspakts aus.

<sup>1169</sup> Vgl. zur ordnungspolitisch und haushalterisch begründeten Kritik: Pressemitteilungen FDP, 10.3.10, Bundesfinanzminister Schäuble steht im Wort: Keine deutschen Steuergelder für Griechenland. Vgl. ebenso SZ, 11.3.10, Skepsis gegenüber Währungsfonds: „Der Vorsitzende des Bundetags-Finanzausschusses, Volker Wissing (FDP), warnt vor „Fehlanreizen“ für hoch verschuldete Euro-Länder. „Es ist Aufgabe von Finanzminister Wolfgang Schäuble darzulegen, inwieweit die Einführung eines Europäischen Währungsfonds eine tatsächliche Verbesserung gegenüber der jetzigen Situation ist.“ Im Krisenverlauf entwickelten die Liberalen ein Konzept eines EWF zur Begleitung und Umsetzung von Umschuldungs- und Reformprogrammen, bis hin zu möglichen Staatsinsolvenzen. Vgl. FDP, Pressemitteilung 18.7.13, Reproduktion von FAZ, 18.7.13, Gastbeitrag Guido Westerwelle, Der Teil und das Ganze. Diese Forderung entsprach weitestgehend Skizzen eines Europäischen Fiskalfonds durch den BDI und den MEDEF. Vgl. BDI, 7.9.11, Ein neuer Vertrag für den Euro - 12 Thesen aus einer industriellen Perspektive. Vgl. ebenso gemeinsamer Aufruf BDI, MEDEF und CONFINDUSTRIA, 8.8.11, Pour une Europe plus intégrée. Vgl. zum Europäischen Fiskalfonds weiterhin WELT, 22.9.12, „Aufgeregt am Krankenbett“, BDI, Broschüre, 1.4.14, Europa hat die Wahl, hier: S. 17: „Deshalb fordern wir, den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) mit wirklichen Kompetenzen für Wettbewerbsfähigkeit, Haushalts- und Fiskalpolitik auszustatten. Der ESM hat bereits wesentlich zu den Reformen in den Krisenstaaten beigetragen, weil er jede Art von Hilfe an Reformauflagen knüpft. Dieser Konvergenz-Prozess im Euroraum muss in den nächsten Jahren konsequent fortgeführt werden.“

<sup>1170</sup> Pressemitteilung FDP-Bundestagsfraktion, 22.2.10, Schäuble muss Rechtssicherheit bei Griechenlandhilfen garantieren. Vgl. ebenso BDI, Pressemitteilung 26.5.14, „EU-Staaten müssen auf Reformkurs bleiben“ sowie BDI, Executive Letter, 22.6.14, Unser Kontinent braucht Reformen - jetzt

ein Auseinanderbrechen des Euro zu verhindern.<sup>1171</sup> Voreilige und insbesondere mangelhaft konstruierte Solidaritätsinstrumente bargen in dieser Perspektive die Gefahr ökonomischer Fehlanreize für Schuldnerstaaten und eines Vertrauensverlusts von Investoren gegenüber dem Euroraum. Das Risiko einer langfristigen Destabilisierung des Euroraums aufgrund von juristisch und ökonomisch fehlerhaften Solidaritätsmaßnahmen wurde in ordoliberal geprägten Strömungen unter dem Schlagwort einer „Transferunion“ zusammengefasst.<sup>1172</sup> In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wurde in besonders intensiver Form vor den Konsequenzen eines von politischen Erwägungen bestimmten Stabilisierungsversuchs gewarnt. In dieser Argumentationslinie, die auch bei weiteren konservativen Akteuren Anwendung fand, wurde der ansteigende Zinsaufschlag für griechische Staatsanleihen mit dem Niveau vor dem Beitritt zur Währungsunion in Relation gesetzt und als unkritisch bewertet. Eine etwaige Gewährung von Krediten an Griechenland sollte in dieser Perspektive bevorzugt über den IWF erfolgen, da dieser im Gegensatz zu den Mitgliedstaaten oder der Kommission als außereuropäische Institution besser geeignet sei, Auflagen und gegebenenfalls Sanktionen gegenüber dem griechischen Staat durchzusetzen. Ebenso wurde eine Lösung über den IWF angestrebt, um die

---

<sup>1171</sup> Vgl. Pressemitteilung FDP-Bundestagsfraktion 21.4.10, Griechenland-Hilfen dürfen nur ultima ratio sein - Opposition will Griechenlandhilfen ohne harte Auflagen.

<sup>1172</sup> Vgl. Pressemitteilungen FDP-Bundestagsfraktion, 21.4.10 und 23.4.10 sowie 26.4.10, Homburger-Statement zu Griechenland: „Wir brauchen hier Instrumente, um mit einer solchen Situation umzugehen. Das bedeutet allerdings nicht, dass es unbedingt institutionalisierter Rettungsmechanismen bedarf, weil wir der Auffassung sind, dass man nicht Hilfen ins Schaufenster stellen sollte. Das führt nur dazu - und das zeigt ja auch der Ablauf im Falle Griechenland -, dass die Angebote dann auch in Anspruch genommen werden. Wir wollen, dass alles dafür getan wird, dass der Euro stabil bleibt. Die FDP ist die Partei eines stabilen Euro, dafür haben wir bereits bei der Einführung gekämpft, das ist jetzt auch der zentrale Beweggrund für weitere Entscheidungen unserer Fraktion und wir wollen vor allen Dingen verhindern, dass wir von der Währungsunion zu einer Transferunion kommen. Das darf es auf keinen Fall geben und deshalb erwarten wir, dass über den Tag hinaus gedacht wird und dass der Krisenbewältigung unmittelbar eine Krisenprävention folgt.“; vgl. ebenfalls FAZ, 29.1.10, Sprengstoff in der Währungsunion sowie CSU-Pressemitteilung 22.4.10, Kein Freibrief für Griechenland. Die Bundesbank betonte in frühen Stellungnahmen die Bedeutung der Einhaltung des Regelwerks für den Bestand der Währungsunion. Vgl. WELT, 10.3.10, Europäischer Währungsfonds entfacht Streit in Europa sowie Handelsblatt, 17.3.10, Berlin sträubt sich gegen Notfallplan für Griechenland. Zu Vorbehalten der Bundesbank gegenüber fehlerhaft konstruierter Hilfsinstrumente vgl. Axel Weber, Rede beim 23. Deutschen Sparkassentag in Stuttgart, 5.5.2010: „Erstens sollten Marktmechanismen und ihre disziplinierende Wirkung nach Möglichkeit genutzt, auf keinen Fall aber durch die Rettungsmaßnahmen dauerhaft behindert oder gar ausgeschaltet werden. (...) Zweitens kann, ähnlich wie im Zenit der Finanzkrise, auch eine außergewöhnliche Situation wie die Griechenlands neue, vorher undenkbare Maßnahmen erforderlich machen, um noch größeren Schaden zu verhindern. Aber nicht jeder zweckmäßig erscheinende Schritt ist deshalb schon richtig und gerechtfertigt. Nach wie vor heiligt der – in meinen Augen einzige – legitime Zweck, die Verhinderung von Ansteckungseffekten im europäischen Finanzsystem, nicht jedes Mittel. Verfehlt und längerfristig volkswirtschaftlich noch teurer wären insbesondere Maßnahmen, die die Grundprinzipien der Währungsunion und das Vertrauen der Bevölkerung in deren Achtung beschädigen. Zu diesen Prinzipien zählen die finanzpolitische Eigenverantwortung der Mitgliedsländer, einschließlich des Haftungsausschlusses, ebenso wie die klare Trennung von gemeinsamer Geldpolitik und nationaler Finanzpolitik.“

Nichtbeistandsklausel des Vertrags von Maastricht zu wahren. Beispielsweise warnte der FAZ-Redakteur Holger Steltzner frühzeitig:

„Es sind immer politische Gründe, die – wie bei der Aufnahme Griechenlands in die Währungsunion – für das Brechen von Regeln sprechen. Auf dem Spiel steht jetzt aber nicht weniger als der Fortbestand der Europäischen Währungsunion und die Stabilität der gemeinsamen Währung.“<sup>1173</sup>

An die Bundesregierung richtete die Zeitung in der Folge wiederholte Appelle, Regelverletzungen im Zuge der Rettungspolitik und eine etwaige Institutionalisierung von Transfermechanismen zu unterbinden.<sup>1174</sup> Dementsprechend harsch wurde in Kommentaren der FAZ vor ordnungspolitischen Risiken und finanziellen Belastungen durch die EFSF und den ESM gewarnt.<sup>1175</sup> In dieser Perspektive wurde ein überwiegend politisch motiviertes, ökonomische Grundsätze missachtendes Krisenmanagement als aussichtslos und letztlich als Gefährdung der Europäischen Union als Rechtsgemeinschaft bewertet.<sup>1176</sup>

---

<sup>1173</sup> Zitat FAZ, 11.2.10, Der letzte Anker. Vgl. zuvor ebd. sowie FAZ, 16.4.10, Am Nasenring.

<sup>1174</sup> Vgl. beispielhaft FAZ, 10.3.10, Ein Euro-Schuldenfonds: „Die EU-Kommission will den fiskalpolitischen Schuldenfall in der Währungsunion institutionalisieren. Dazu soll ein Europäischer Währungsfonds eingerichtet werden, den Europa nicht braucht, den Paris und Brüssel aber fordern und für den in Berlin Finanzminister Schäuble wirbt.“; vgl. FAZ, 13.3.10, Gefahr für den Euro: „Wenn der Maastricht-Vertrag gebrochen wird und Deutschland andere Schuldenstaaten raushaut, gibt es für Schuldner kein Halten mehr“; vgl. FAZ, 23.4.10, Im Sumpf: „Mit einem flüchtigen Blick auf die Kosten haben die Staatschefs der EU beschlossen, den Griechen müsse geholfen werden, angeblich lauere in deren Schuld ein systemisches Risiko für den Euro-Raum. (...) Nur wer die griechische Staatsschuld zur Systemfrage erhebt, muss jetzt helfen. Wer hingegen fragt, ob auch für Griechenland ein Austritt aus der Währungsunion besser wäre, muss kein schlechter Europäer sein. Denn der Euro scheitert sicher, wenn aus der Währungsunion eine Haftungsgemeinschaft und eine Transferunion würde, die selbst Deutschland nicht bezahlen könnte.“; vgl. FAZ, 29.4.10, Unverantwortlich: „Die Bundesregierung versucht verzweifelt den Schein zu wahren, sie handele im Falle Griechenlands noch immer vertragsgerecht, überlegt und im wohlverstandenen ökonomischen Interesse ihrer Bürger.“; vgl. FAZ, 6.5.10, Leichte Gegner: „Eine echte Auseinandersetzung mit der von vielen Ökonomen vorgebrachten Warnung, falsch verstandene Solidarität mit den Griechen gefährde den Euro und damit den Zusammenhalt in der EU, gibt es nicht. Stattdessen konzentriert sich die Opposition auf Nebenschauplätze wie die Forderung nach einer Steuer auf Finanzgeschäfte.“

<sup>1175</sup> Vgl. FAZ, 13.12.10, Die rote Linie: „Im März lehnte sie Hilfen für Griechenland noch ab. Im Mai wollte sie den Stabilitätspakt schärfen, spannte dann aber einen Rettungsschirm über 750 Milliarden Euro auf. Im Oktober wollte sie private Gläubiger an der Haftung für Schulden von zahlungsunfähigen Staaten beteiligen, zurück aus Brüssel kam sie mit der unbegrenzten Fortführung des eigentlich auf drei Jahre befristeten Euro-Rettungsschirms. Man mag das alles als Ergebnis der Realpolitik zuverlässig mahrender Brüsseler Verhandlungsmühlen betrachten. Man kann darin aber auch einen sich beschleunigenden Wandel der Währungsunion hin zu einer Schuldengemeinschaft und Transferunion erkennen.“; vgl. FAZ, 25.3.11, Transferunion; vgl. FAZ, 23.7.11, Europäische Haftungsgemeinschaft.

<sup>1176</sup> So wurde die Sinnhaftigkeit der Stützungsinstrumente durch die vermehrte Nutzung von Anführungszeichen bei verschiedenen Komposita mit dem Begriff „Rettung“ angezweifelt. Vgl. FAZ, 23.11.10, Rettungslogik; FAZ, 9.12.10, Hungersnot in Euro-Land; vgl. anlässlich des Hilfesuchts Portugals FAZ, 8.4.11, Im Praxistest: „Denn mit diesem Antrag rückt schnell die Frage näher, wann der - für die jetzigen portugiesischen Bedürfnisse ausreichende - Euro-Krisenfonds EFSF ausgeweitet werden muss. Schäuble und die Kanzlerin sind einer Antwort bislang ausgewichen mit dem Argument, derzeit gebe es ja keinen Bedarf für eine Ausweitung, es reiche, wenn darüber im Juni entschieden werde. Man wird sehr schnell an der Entwicklung der Risikoaufschläge für spanische Staatsanleihen ablesen können, ob die Finanzmärkte diese Einschätzung teilen - oder ob demnächst weitere Sondertreffen der Euro-Staatschefs anstehen, um die EFSF-Erweiterung vorzuziehen und Spanien zu „retten“.“; vgl. beispielhaft zur Kritik an „Rettungseuropäern“,

Diesem Argumentationsmuster folgend wurden Zugeständnisse der liberal-konservativen Bundesregierung auf europäischer Ebene mit Misstrauen begleitet<sup>1177</sup> und im linken Spektrum verortete Konzepte wie Gemeinschaftsanleihen<sup>1178</sup> oder der ursprünglich durch

---

„Rettungspolitikern“ bzw. der „Einheitsrettungsfront“: FAZ, 5.5.11, Rettungsroutine; FAZ, 23.5.11, Der Konflikt; 24.6.11, Tausend Milliarden Euro; 16.7.11, Ums Prinzip; 11.9.11, Um jeden Preis; 16.9.11, Uneuropäisch; 4.10.11, Entweder-Oder; 24.10.11, Mit der Panzerfaust; 28.2.12, Euro-Umverteilung: „Die Euro-Retter sind Geisel ihrer verfehlten Politik.“; 30.6.12, In der Euro-Haftung; 3.7.12, Europa ohne Regeln; 20.7.12, Zustimmung und hoffen; 3.1.13, Neues Jahr, alte Lasten: „Das Kartell der Rettungspolitikerverbreitet beruhigende Worte, viele Ökonomen und Steuerzahler bleiben aber besorgt über die Kosten der Rettung.“; 18.3.13, Jetzt auch Zypern. Vgl. ebenfalls FAZ, 30.9.11, Kanzlermehrheit: „Doch es wäre ein Fehler, die Befürchtungen und Sorgen, die sich im Aufstand der Dissidenten in FDP und Union manifestieren, als marginal abzutun. Die Entfremdung der Europäer vom organisierten Europa, das sich so gerne als Rechtsgemeinschaft versteht, wird nicht dadurch geringer, dass es fortgesetzt das Gerechtigkeitsempfinden seiner Völker verletzt.“

<sup>1177</sup> Vgl. im Kontext der Einrichtung des dauerhaften ESM: FAZ, 30.11.10, Die Schuldenminister: „Selten zuvor hat ein Bundesfinanzminister die Interessen deutscher Steuerzahler leichtfertiger einem unbestimmten, angeblich überwölbenden europäischen Gemeinwohl geopfert.“; vgl. FAZ, 14.1.11, Die Euro-Rettungsmaschine läuft wieder an; vgl. FAZ, 16.2.11, Auf deutschen Wunsch: „Endlich räumt die Bundesregierung das Offensichtliche ein: Der neue, von 2013 an operierende Euro-Krisenfonds bedeutet für Deutschland im Ernstfall eine erhebliche Zusatzbelastung. (...) Zu erinnern ist daran, dass der permanente Krisenfonds ursprünglich auf einen Wunsch der Bundeskanzlerin zurückgeht. Angela Merkel hatte ihn freilich nicht mit höheren deutschen Beträgen verknüpft, sondern mit einer Beteiligung privater Investoren. Von dieser ist kaum noch die Rede. Und was bekommt die Bundesregierung in den Verhandlungen über die Reform der Währungsunion als Gegenleistung? Die Antwort steht in den Sternen.“; vgl. FAZ, 24.3.11, Die Konstruktionsfehler bleiben, „Der Haupteinwand gegen das neue Regelwerk wiegt indes schwer: Die Währungsunion wird zur Transferunion mit dem deutschen Staat als Hauptfinanzier. Und so unattraktiv, wie es die Befürworter der neuen Regeln glauben machen wollen, ist die Inanspruchnahme von Hilfskrediten für kriselnde Euro-Staaten nicht. Deren Konditionen sind nicht in Stein gemeißelt, sondern im Einzelfall Gegenstand von politischen Tauschgeschäften, wie der aktuelle Streit über die Zinskonditionen für Irland zeigt.“; vgl. FAZ, 11.2.12 Einknicken der Euro-Retter; vgl. FAZ, 22.2.12, Noch ein Kreditpaket: „Das ist eine Zäsur. Ein Land in der Währungsunion wird umgeschuldet, darf aber den Euro behalten, sich über die Halbierung der Schuld freuen, die Verdopplung seines Darlehens in Empfang und eine weitere Absenkung der Kreditzinsen mit Wohlgefallen zur Kenntnis nehmen. So lässt sich gut Schulden machen.“; vgl. FAZ, 22.2.12, Der erste Schuldenschnitt: „Die deutsche Politik arrangiert sich still mit dem Gedanken, die Währungsunion zu einer Transfergemeinschaft auszubauen, in der Länder, die im Wettbewerb nicht mithalten können oder wollen, dauerhaft gestützt werden.“ vgl. FAZ, 12.3.12, Dummer Steuerzahler; vgl. FAZ, 27.3.12 Die rote Linie; vgl. zu Befürchtungen, Angela Merkel werde letztlich einer Transferunion zustimmen: FAZ, 13.6.12 Europa-Rätsel; vgl. anlässlich europäischer Diskussionen zur Abschaffung des bevorzugten Gläubigerstatus des ESM: FAZ, 26.6.12, Richtung Regellosigkeit; vgl. FAZ, 27.6.12, Eine Frage der Zeit; vgl. FAZ, 29.6.12, Versprochen. Was Politiker in der Krise erzählen.

<sup>1178</sup> Vgl. in Reaktion auf die mit Kritik an der deutschen Kanzlerin verbundenen Vorstöße in Richtung Eurobonds seitens des Kommissionspräsidenten Juncker: FAZ, 7.12.10, Ruhe bitte!; vgl. FAZ, 13.12.10, 17 Milliarden Mehrkosten durch Euro-Bonds. Vgl. spekulativ hinsichtlich einer möglichen Neigung des Finanzministers Schäuble zu Euro-Bonds: FAZ, 13.7.11, Schwarzer Montag; vgl. ebenfalls FAZ, 16.8.11, Die Eurobonds-Illusion: „Ist es Ratlosigkeit oder Dummheit? SPD, Grüne, der Präsident des Außenhandelsverbands, diverse Bankvolkswirte und gebührenfinanzierte Fernsehkommentatoren - ihnen allen geht die Vergemeinschaftung der Schulden im Euroraum offenbar nicht schnell genug. Sie fordern und preisen Eurobonds, als wären diese der einzige Kitt, der die bröselnde Währungsunion noch zusammenhalten könnte. Mit Begründungen halten sie sich daher kaum auf.“. Vgl. ablehnend gegenüber einer durch die Kommission angeregten Variante in Form von Stabilitätsanleihen: FAZ, 22.11.11, Instabil: „Jene Staaten, die sich an den Anleihemärkten problemlos finanzieren können, sollen für die anderen einstehen. Etwas simpler formuliert: Deutschland soll den Rest des Euroraums retten.“; vgl. FAZ, 7.8.12, Euro-Sozialismus: „Nun will Gabriel durch gemeinsame Haftung für die Schulden aller Eurostaaten den Euro „retten“. Damit hilft er weder der SPD noch dem Euro. Anstatt weiter für eine Stabilitätsunion einzutreten, wirbt die SPD jetzt für die Schulden-Inflations-Transferunion.“. Vgl. aus Perspektive des BDI ebenfalls:

den Sachverständigenrat vorgestellte Altschuldentilgungsfonds<sup>1179</sup> als Angriffe auf die Prinzipien der Währungsunion grundsätzlich strikt zurückgewiesen.<sup>1180</sup>

Innerhalb der bis Herbst 2013 gemeinsam die Regierung tragenden Parteien CDU/CSU und FDP wurde der Ausbau der Hilfsinstrumente jeweils abgewogen und teilweise kritisch hinterfragt. Während in der CDU Unzufriedenheit an der Parteibasis und in Kreisen von Finanzfachpolitikern artikuliert wurde und ein möglicher Vertrauensentzug eine latente Bedrohung für die Regierungsvertreter der Partei darstellte, war die Skepsis in Reihen der Christsozialen und Liberalen weitreichender, so dass die Auslegung europäischer Solidarität nochmals stärker zum Gegenstand parteiinterner strategischer Debatten wurde.

Im Kontext der Einrichtung bilateraler Hilfskredite für Griechenland sowie der Schaffung der zeitlich begrenzten EFSF wurde in öffentlichen Reden und der Pressenarbeit der Regierungsparteien die Notwendigkeit der Maßnahmen zur Gefahrenabwehr für die Gesamtheit der Eurozone sowie das wirtschaftliche Interesse Deutschlands an einer Stabilisierung der Währungsunion betont.<sup>1181</sup> Bundeskanzlerin Merkel verknüpfte das Krisenmanagement mit einem integrations- und europapolitischen Auftrag:

„Legen wir deshalb einen Moment die technischen Eckdaten des vorliegenden Gesetzentwurfs beiseite: die Kredite in Höhe von 750 Milliarden Euro, die notfalls zur

---

Pressemitteilung 28.10.10: „Auch Eurobonds lehnt die deutsche Industrie in jeder Form strikt ab. Dafür gibt es keine EU-Kompetenz. Außerdem läuft die Schaffung neuer Schulden diametral dem erklärten Ziel der Haushaltskonsolidierung zuwider.“

<sup>1179</sup> Vgl. FAZ, 20.6.12, Schuldentopf ohne Sachverstand: „Der ehrwürdige Rat ist zum Kronzeugen verantwortungsloser Eurobonds-Befürworter geworden. Die sitzen nicht nur in Rom, Paris, Athen oder London, sondern auch in Berlin. SPD und Grüne treiben die Bundesregierung mit dem Modell vor sich her. Je schneller die Ökonomen daher ihren Tilgungspakt zurückziehen, desto besser für die Währungsunion.“

<sup>1180</sup> Vgl. FAZ, 25.5.12, Hebelversuche der Opposition.

<sup>1181</sup> Vgl. beispielhaft für die CDU: Rede Wolfgang Schäuble im Bundestag, 7.5.10; vgl. für die CSU: Pressemitteilung 4.5.10, sowie Rede Bartholomäus Kalb im Bundestag, 7.5.10: „Soweit ich den Bürgern schon in den letzten Wochen und Monaten aufmerksam zugehört habe, so erwarten sie von uns zuallererst, dass wir für die Stabilität unserer Währung sorgen. Das ist das wichtigste Anliegen und das vorrangigste Ziel; genau darum geht es. Mit dem heute zu verabschiedenden Gesetz tun wir nach derzeitigem Erkenntnisstand alles Notwendige, um die Stabilität der Währung und des Finanzsektors in der Eurozone zu gewährleisten. (...) Jetzt nicht zu handeln und Griechenland nicht zu helfen, könnte der Beginn eines Erosionsprozesses des Euros sein, mit unabsehbaren Folgen auch für uns.“; vgl. für FDP: Pressemitteilung Bundestagsfraktion, 11.4.10: „Die FDP begrüßt die Bemühungen der Bundesregierung, Griechenland in dieser schwierigen Situation beizustehen. Die Konferenz ist notwendig, um die Märkte zu beruhigen und die Stabilität des Euro zu sichern.(...) Die FDP steht zu ihrer Verantwortung als Regierungspartei. Wir sind überzeugt, dass sowohl die Bundeskanzlerin als auch der Bundesminister der Finanzen alles in ihrer Kraft stehende tun werden, den Euro zu stabilisieren. Wir werden die Bemühungen der Bundesregierung deshalb konstruktiv begleiten und unterstützen.“; vgl. zur Bedeutung der zeitlichen Begrenzung sowie der Konditionalität von Stützungsmaßnahmen ebenfalls Stellungnahme des Bundesbankpräsidenten Axel Weber in öffentlicher Anhörung des Haushaltsausschusses des Bundestags, 5.5.10: „Vor dem Hintergrund der Vorgaben des EU-Vertrages sind deshalb etwaige Bestrebungen, einen Unterstützungsmechanismus zu institutionalisieren, strikt abzulehnen. Deutschland und der Bundesregierung kommen eine besondere Verantwortung für eine stabile gemeinsame Währung zu.“

Verfügung stehen, von denen 60 Milliarden Euro von der Europäischen Union gedeckt werden, für die die Euro-Staaten anteilig für bis zu 440 Milliarden Euro bürgen und Deutschland wiederum für 123 Milliarden Euro, gegebenenfalls 20 Prozent mehr. Der Internationale Währungsfonds will zusätzlich einen Betrag von mindestens der Hälfte des europäischen Anteils tragen. Das wären bis zu 250 Milliarden Euro. Das sind die Zahlen und Eckdaten. Aber legen wir sie kurz beiseite; denn wir wissen: Es geht um viel mehr als um diese Zahlen; es geht um viel mehr als um eine Währung. Die Währungsunion ist eine Schicksalsgemeinschaft. Es geht deshalb um nicht mehr und nicht weniger als um die Bewahrung und Bewährung der europäischen Idee. Das ist unsere historische Aufgabe; denn scheitert der Euro, dann scheitert Europa.“<sup>1182</sup>

Da die Einrichtung von Stützungsinstrumenten auf europäischer Ebene Grundsätze der finanziellen Eigenverantwortung der Staaten innerhalb der Währungsunion relativierte, waren zur Legitimation des Regierungshandelns gegenüber liberal-konservativen Milieus Verweise auf die historische Bedeutung des Euro und die außergewöhnliche Krisensituation der Gemeinschaftswährung notwendig. Frühzeitig wurde in den Unionsparteien und in besonderem Maße in der FDP vor einer Verstärkung der Kreditfazilitäten und einer Institutionalisierung von Finanzhilfen gewarnt.<sup>1183</sup> Analog hierzu verteidigte die Parteispitze der CDU die europapolitischen Zusagen der Bundesregierung vor ökonomisch motivierter Kritik und betonte den temporären Charakter der Maßnahmen.<sup>1184</sup> Der weitere Ausbau der EFSF sowie die Etablierung des dauerhaften ESM wurden in diesem Sinne als notwendige Schritte zur Stabilisierung und zum Erhalt des Euro kommuniziert. In der nationalen politischen Debatte betonten die Unionsparteien wie auch die FDP dabei ihre Forderungen nach einer Schließung von Regelungslücken durch die Erarbeitung eines Insolvenzverfahrens für Staaten im Euroraum und die rechtliche Ermöglichung eines Ausscheidens einzelner Teilnehmer.<sup>1185</sup> Die Perspektive einer

---

<sup>1182</sup> Regierungserklärung Angela Merkel, 19. Mai 2010.

Auch Bundesbankpräsident Weber rief angesichts einer akuten Gefährdungssituation zu finanziellen Stabilisierungsmaßnahmen innerhalb der Währungsunion auf. Vgl. Stellungnahme Axel Weber in Haushaltsausschuss des Bundestages, 19.5.10.

<sup>1183</sup> Vgl. beispielhaft FDP-Pressemitteilungen 11.6.10, 16.6.10 sowie zur Schaffung einer *Transferunion* Positionspapier, 10.9.10: „Eine solche ist weder finanzierbar noch mit dem Gedanken der europäischen Solidarität vereinbar, sie gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit Europas und damit unser aller Wohlstand und steht in diametralem Gegensatz zu den Prinzipien der Wirtschafts- und Währungsunion.“ Vgl. für CSU: Pressemitteilung 18.5.10 sowie Rede Bartholomäus Kalb in Bundestag, 21.5.10. Vgl. für CDU: Leo Dautzenberg in WAS, 28.11.10, Deutschland kommt bei der Euro-Rettung an die Schmerzgrenze: „Es kann nicht sein, dass die Steuerzahler für Strukturprobleme in verschiedenen europäischen Staaten ständig aufkommen und ins Risiko gehen“, [es sei] „wagemutig, bereits heute von einem Aufstocken des Schutzschirms zu reden, ohne den Bundestag einzubinden.“

<sup>1184</sup> Vgl. Wolfgang Schäuble in FAZ, 24.7.10 sowie 23.9.10. Vgl. ebenfalls Angela Merkel in Handelsblatt, 20.10.10: „Ich habe immer wieder gesagt, dass die Fonds, die wir jetzt für die Rettung des Euros aufgelegt haben, auf gar keinen Fall verlängert werden können.“ sowie CDU-Pressemitteilung 22.10.10, Mehr Sicherheit für die Euro-Stabilität: „Der Euro-Rettungsschirm bleibt bis 2013 befristet. Die neuen Stabilitätsregeln sollen verhindern, dass gut wirtschaftende Staaten die Zeche für andere bezahlen.“

<sup>1185</sup> Vgl. Pressemitteilung CDU 22.10.10, Mehr Sicherheit für die Euro-Stabilität; vgl. ähnliche Auslegung durch Angela Merkel in der Bundestagsdebatte am 27.10.10. Vgl. ebenso Pressemitteilung CDU 29.10.10, Erfolg für die Stabilität des Euro erreicht.



präziseren vertraglichen Fixierung des Verhältnisses von Haftungsrisiken und Kontrollmöglichkeiten stellte ein dominantes Motiv bei den hier betrachteten Akteuren dar. Gleichwohl bestand eine Asymmetrie zwischen den Spielräumen zur Umsetzung dieser Ziele auf europäischer Ebene und der markanten thematischen Schwerpunktsetzung in der politischen Debatte in Deutschland durch konservative und liberale Kräfte. Die Süddeutsche Zeitung beobachtete treffend die Doppelrolle der Kanzlerin als Vermittlerin zwischen der europäischen Erwartungshaltung an Deutschland und den sich zunehmend entsolidarisierenden Parteimitgliedern als vorrangig nationalen Interessenvertretern, welche einen vermeintlich nachgiebigen Kurs als Gefahr werteten.<sup>1186</sup> Im innerparteilichen Diskurs hatte die Verteidigung marktwirtschaftlicher Prinzipien einen großen Stellenwert: Als Konstanten des Krisenmanagements wurden auf fachpolitischer Ebene Forderungen nach der Schaffung eines Insolvenzverfahrens, nach der Regelung von Austrittsszenarien und der Abwehr gemeinschaftlicher Haftung gestellt.<sup>1187</sup> Das Ziel einer Beteiligung privater Gläubiger an etwaigen Schuldenschnitten wurde seitens der Kanzlerin und Parteivorsitzenden zu Krisenbeginn nachdrücklich beworben.<sup>1188</sup> Angesichts mangelnder Umsetzungsperspektiven auf europäischer Ebene sowie der destabilisierenden Auswirkungen einer unter diesen Rahmenbedingungen nachlassenden Investitionsbereitschaft rückte Angela Merkel im Herbst 2011 von dieser Position ab:

---

<sup>1186</sup> Vgl. Süddeutsche Zeitung, 16.12.10, Merkels Gratwanderung; vgl. ebenfalls ZEIT, 21.7.11, Alle mir nach: „Zugleich fällt auf, dass die scharfe Rezeptur zur finanziellen Gesundung des europäischen Südens mit der euroskeptischen Stimmungslage in der Koalition bestens korrespondiert. Jeder Staat ist für seine Schulden selbst verantwortlich, kein Staat kann auf Dauer über seine Verhältnisse leben, Europa ist keine Transferunion: Diese Parolen, die seit einem Jahr die Debatte bestimmen, beschreiben nicht einfach nur eine nüchterne Krisenstrategie. In ihnen klingt eben auch der ganze Unwille an, den die europäischen Verhältnisse inzwischen auf sich ziehen. Die Bundesregierung nährt die Vorbehalte und schmälert die Chance auf europäische Solidarität.“

<sup>1187</sup> Vgl. für die CDU: Michael Stübgen in Pressemitteilung 15.9.10: „Es muss geprüft werden, wie notfalls eine Staatsinsolvenz für Mitgliedstaaten unter Einbeziehung der Gläubiger geregelt werden kann.“. Vgl. zu Forderungen nach einem Insolvenzrecht und zur zeitlichen Befristung des Kreditmechanismus: Wolfgang Schäuble in FAZ, 23.9.10, Schäuble baut Druck zur Reform im Euro-Raum auf, sowie Angela Merkel in Handelsblatt, 20.10.10, Wie Merkel den EU-Vertrag aufschnürt: „Ich habe immer wieder gesagt, dass die Fonds, die wir jetzt für die Rettung des Euros aufgelegt haben, auf gar keinen Fall verlängert werden können.“. Vgl. CDU-Pressemitteilung 22.10.10, Mehr Sicherheit für die Euro-Stabilität: „Der Euro-Rettungsschirm bleibt bis 2013 befristet. Die neuen Stabilitätsregeln sollen verhindern, dass gut wirtschaftende Staaten die Zeche für andere bezahlen.“ Im Nachgang zu den zwischen Merkel und Sarkozy in Deauville getroffenen Kompromissen wurde der Kommunikationsschwerpunkt hier explizit auf die Verhandlungserfolge zur Anbahnung staatlicher Insolvenzverfahren gelegt.

<sup>1188</sup> Vgl. Pressemitteilung CDU, 29.10.10, Darstellung des „dauerhaften verfassungsfesten Schuldenkrisenmechanismus mit Beteiligung privater Gläubiger im Insolvenzfall“ als entscheidender Beitrag zur Stabilität der Eurozone. Vgl. kritisch hinsichtlich etwaiger negativer Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft von Anlegern: Welt, 16.11.10, Der Merkel-Faktor: Kritik an Vorstoß Merkel. Vgl. ebenfalls Pressemitteilung CDU 3.12.10, Deutschland kämpft für den stabilen Euro: „(...) Dazu gehört, dass auch private Gläubiger an den Kosten beteiligt werden, wenn ein Staat trotz eigener Anstrengungen von akuter Insolvenz bedroht ist. Wer Chancen auf hohe Rendite wittert, der muss auch die Verantwortung für das höhere Risiko tragen.“; vgl. zur fehlenden Umsetzungsperspektive einer Gläubigerbeteiligung: Welt am Sonntag, 5.12.10, „Ganz großes Theater“.

„Wer auch immer möchte, dass sich private Gläubiger an der Schuldentragfähigkeit Griechenlands beteiligen, der muss Sorge dafür tragen, dass eine Abschirmung, ein Schutz gegenüber Ansteckungsgefahren mit beschlossen wird.“<sup>1189</sup>

Ein zentrales Motiv des wirtschaftsliberal-konservativen Krisenmanagements und der ihm zugrunde liegenden Diskurse bestand in der Verhinderung einer im Begriff *Transferunion* zusammengefassten Institutionalisierung finanzieller Stützungs- und Ausgleichsmechanismen innerhalb der Währungsunion ohne ausreichende Kontrollmöglichkeiten.<sup>1190</sup> Die seitens der Bundesregierung jeweils als zur Stabilisierung notwendig kommunizierten Maßnahmen der Implementierung der zeitlich begrenzten EFSF, der Ermöglichung und frühzeitigen Inbetriebnahme des permanenten ESM, der Ausweitung von Kreditvolumina oder einer Erleichterung der Modalitäten der Mittelbeantragung und -rückzahlung führten sowohl innerhalb der die Regierung tragenden Parteien als auch zwischen den Koalitionspartnern zu Spannungen. Während in den Unionsparteien durch Finanz- und Europapolitiker Warnungen vor einer Verstärkung und Ausweitung der Hilfen ausgesprochen wurden<sup>1191</sup> und auch seitens der Bundesbank wiederholt auf die Grundsätze der Eigenverantwortung für Defizite hingewiesen wurde<sup>1192</sup>,

---

<sup>1189</sup> Angela Merkel, Rede im Bundestag, 26.10.11; vgl. zur Relativierung der Forderung nach einer Gläubigerbeteiligung ebenfalls Welt, 8.12.11, Merkel reist grimmig zum Gipfel, sowie Pressemitteilung CDU, 12.12.11, Angela Merkel setzt Stabilitätsunion durch - Ergebnisse des EU-Gipfels in Brüssel am 8. und 9. Dezember 2011: „Die Europäische Union will private Gläubiger nur noch nach den Regeln des Internationalen Währungsfonds (IWF) an den Kosten beteiligen, falls ein Eurostaat seine Schuldentragfähigkeit verlieren sollte. Collective Action Clauses (CACs) werden also Bestandteil zukünftiger Staatsanleihen in der Eurozone, die aber nicht zwangsläufig eine Gläubigerbeteiligung vorsehen.(...) Damit wird gewährleistet, dass in der Eurozone keine strengeren Regelungen existieren als an anderen Orten in der Welt. Dadurch wird vermieden, dass strengere Sonderregeln innerhalb der Eurozone Investition in Anleihen von Eurostaaten abschrecken.“

<sup>1190</sup> Vgl. beispielhaft für die FDP: Pressemitteilungen 11.6.10 und 13.3.11, sowie Positionspapier FDP-Bundestagsfraktion zur Ablehnung einer Transferunion, 10.9.10: „Eine solche ist weder finanzierbar noch mit dem Gedanken der europäischen Solidarität vereinbar, sie gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit Europas und damit unser aller Wohlstand und steht in diametralem Gegensatz zu den Prinzipien der Wirtschafts- und Währungsunion.“ Auch die Bundesbank warnte vor einer Transferunion, sofern ein Ausbau sowie eine Flexibilisierung der Stützungsinstrumente nicht mit einer Stärkung haushaltspolitischer Kontrollmöglichkeiten verbunden werde. Vgl. Jens Weidmann in SPIEGEL, 1.8.11, Haftung auf Gegenseitigkeit: „Indem umfangreiche zusätzliche Risiken auf die hilfeleistenden Länder und deren Steuerzahler verlagert werden, hat der Euro-Raum einen großen Schritt hin zur Vergemeinschaftung von Risiken gemacht“ sowie Stellungnahme Jens Weidmann in Haushaltsausschuss des Bundestages, 7.5.12.

<sup>1191</sup> Vgl. Bundestagsreden 27.10.10, Michael Stübgen und Bernhard Schulte-Drüggelte (beide CDU) sowie Thomas Silberhorn (CSU). Wolfgang Schäuble mahnte vor einer Verunsicherung der Investoren durch Diskussionen über eine Aufstockung der EFSF: Vgl. FAZ 27.11.10, Schäuble gegen größeren Rettungsfonds; vgl. LeoDautzenberg in Welt am Sonntag, 28.11.10, Deutschland kommt bei der Euro-Rettung an Schmerzgrenze: „Es kann nicht sein, dass die Steuerzahler für Strukturprobleme in verschiedenen europäischen Staaten ständig aufkommen und ins Risiko gehen.“; vgl. Welt, 7.3.11, Merkels Parteifreunde verlangen härteren Euro-Kurs - strikte Vorgaben des Wirtschaftsflügels für Verhandlungen beim EU-Gipfel.

<sup>1192</sup> Vgl. Andreas Dombret, Vortrag beim Center for Financial Studies, Frankfurt am Main, 19.1.11, Finanzstabilität im Zeichen der Staatsschuldenkrise: „Kurzfristig geht es darum, die Dynamik der Krise zu brechen und den betroffenen Ländern die notwendige Zeit einzuräumen, um die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren, Strukturreformen durchzuführen und vorangegangene Übertreibungen zu beseitigen. Längerfristig ist aber entscheidend, dass die Eigenverantwortung der Länder für ihre fiskalische Lage unzweifelhaft klar bleibt und die Anreize, eigenverantwortlich und frühzeitig zu

lag der Fokus in der Kommunikation der Parteispitzen auf der Notwendigkeit der Mechanismen zum Schutz der Währungsunion.<sup>1193</sup> Die in der Bevölkerung im Krisenverlauf zunehmenden Vorbehalte gegenüber einer Erweiterung europäischer Stützungsinstrumente und potenziell ansteigender Haftungssummen für den deutschen Staat wurden durch die CSU teilweise aufgegriffen. Mit größerem Nachdruck und über einen längeren Zeitraum hinweg als Führungsfiguren der CDU beteiligten sich Vertreter der Christsozialen bis hin zum Vorsitzenden Horst Seehofer an Diskussionen über einen möglichen Ausschluss Griechenlands.<sup>1194</sup> Auch in der Abwehr gemeinschaftlicher Haftung

---

handeln, gestärkt und nicht etwa geschwächt werden.“ Die Bundesbank unterstützte die Absicherung der Währungsunion durch die EFSF und den ESM, warnte jedoch gleichzeitig vor Fehlanreizen sowie schwindender Kontrolle über die Haftungsrisiken. Vgl. Andreas Dombret, Rede beim CDU-Wirtschaftsrat, 20.10.11, Quo vadis EWU? Herausforderungen für die Währungsunion. Vgl. ebenso mahnende Stellungnahmen von Jens Weidmann, beispielsweise in FAZ, 18.7.11, Bundesbankpräsident warnt vor Vergemeinschaftung der Schulden; SZ, 23.8.11, Mehr Disziplin - Die Bundesbank kritisiert die jüngsten Griechenlandhilfen. Vgl. ebenso Jens Weidmann, Rede bei der Jahrestagung des Markenverbandes, Berlin, 27.9.12, Vertrauen - Voraussetzung und Erfolg einer stabilen Währung: „Wenn wir auf die Rettungsbemühungen der vergangenen zweieinhalb Jahre zurückblicken, sehen wir ein ständiges Tauziehen. Ein Tauziehen zwischen dem Versuch, die Haftung für Risiken stärker zu vergemeinschaften, und dem Versuch, stärkere Kontrollen zu schaffen, damit neue Risiken gar nicht erst entstehen können. Dieses Tauziehen fand statt bei der Diskussion um die Konstruktion der Rettungsschirme, es fand statt bei der Debatte um Eurobonds und bei der Debatte um die Schaffung einer Fiskalunion. Und es findet statt bei der aktuellen Diskussion um eine Bankenunion.“

<sup>1193</sup> Vgl. CDU-Pressemitteilung 29.10.10, Erfolg für die Stabilität des Euro erreicht: „Ein dauerhafter und verfassungsfester Schuldenkrisen-Mechanismus wird geschaffen. Im Falle einer Zahlungsunfähigkeit eines Euro-Staates werden auch private Gläubiger, wie Banken oder Hedge-Fonds, an den Kosten beteiligt.“; vgl. Pressemitteilung 3.11.10, „Finanzielle Stabilität Europas sichern“; vgl. Pressemitteilung 25.11.10, Stabilität des Euro sichern: „Die Krise in Irland zeigt: Wir brauchen nach dem Auslaufen des Rettungsschirms 2013 einen Schulden-Krisenmechanismus. Wenn ein Euro-Staat in ernste Zahlungsschwierigkeiten kommt, müssen auch Gläubiger wie Banken oder Hedge-Fonds an den Kosten beteiligt werden. Wer Chancen auf hohe Renditen wahrnimmt, muss auch die Verantwortung für ein höheres Risiko tragen.“

<sup>1194</sup> Vgl. zur nuancierten Positionierung FAZ, 30.8.11, CSU-Präsidium unterstützt Merkels Europapolitik sowie Interview Horst Seehofer in BILD, 7.9.11, Griechenlands Austritt aus dem Euro ist möglich; Vom Diktum Merkels „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa“ distanzierte sich der CSU-Vorsitzende: vgl. Interview Horst Seehofer in SPIEGEL, 19.9.11, „Ich lasse mich nicht einschüchtern“; vgl. Welt am Sonntag, 2.10.11: Seehofer verteidigt die Euro-Abweichler: In einer Bevölkerungsumfrage vertraten 78% die Auffassung, dass es weitere Hilfen geben werde, 58% hielten eine Aufstockung der Rettungsschirme für falsch; vgl. ebenso Parteitagsbeschluss, 7.10.11: „Ist ein Mitgliedsstaat nicht gewillt, oder in der Lage, die Konvergenzkriterien dauerhaft zu erfüllen, muss die Möglichkeit bestehen, die Euro-Zone unter Aufrechterhaltung seiner Mitgliedschaft in der EU wieder zu verlassen.“; vgl. Interview Markus Söder in Handelsblatt, 23.11.11: „Man müsste mit Fristen arbeiten. Aber so weit sind wir noch nicht.“; vgl. SPIEGEL, 27.2.12, Friedrich plädiert für Euro-Zone ohne Griechenland: „„Außerhalb der Währungsunion sind die Chancen Griechenlands, sich zu regenerieren und wettbewerbsfähig zu werden, mit Sicherheit größer, als wenn es im Euro-Raum verbleibt.“ (...) „Ich rede nicht davon, Griechenland rauszuschmeißen, sondern Anreize für einen Austritt zu schaffen, die sie nicht ausschlagen können.“; vgl. FAZ, 4.7.12, Söder zieht Grenze für Krisen-Politik; vgl. Stern, 5.7.12, Horst Seehofer: „Wenn ein Land ausscheidet, dann scheitert der Euro nicht.“; vgl. FAZ, 29.7.12, Das Ende der Geduld; vgl. Parteitagsbeschluss 20.10.12: „Nationale Eigenverantwortung bedeutet, dass verschuldete Euro-Staaten vor einer Inanspruchnahme der Rettungsschirme verfügbare nationale Ressourcen und Finanzierungsmöglichkeiten - etwa durch das konsequente Eintreiben von Steuern, durch Privatisierungen, Unterlegung von Anleihen mit Staatseigentum oder den Verkauf von Gold- und Devisenreserven - nutzen müssen, um Liquiditätsengpässe zu überbrücken. (...) Das Gerüst der Wirtschafts- und Währungsunion muss um

etwa in Form von *Eurobonds*<sup>1195</sup> sowie weit reichender Kreditinstrumente<sup>1196</sup> agierte die bayerische Partei rhetorisch schärfer als die CDU. Strategisch befand sich die CSU vor der Herausforderung, mit dem Krisenmanagement unzufriedene Wählergruppen anzusprechen, ohne dabei die auch durch sie in der Bundesregierung mitgetragene Rettungspolitik in Zweifel zu ziehen und durch eine Infragestellung des bundespolitischen Konsens zum Euro-Erhalt an Einfluss zu verlieren. Dies führte zu einer Abfolge von restriktiven Positionierungen zu Haftungs- und Regelungsfragen, welche sukzessive relativiert wurden<sup>1197</sup>. Robin Alexander fasste das strategische Dilemma in der Welt zusammen:

„Seehofer und Dobrindt fahren einen anderen, riskanteren Kurs als die Schwesterpartei: Sie meinen, der aufkommenden Europa-Skepsis in der Bevölkerung politisch Ausdruck verleihen zu können, ohne die Euro-Rettung in der Substanz wirklich gefährden zu wollen. Denn auch die CSU ist bis in ihre Spitzengremien hinein zerrissen, was die Pläne zur Rettung der Gemeinschaftswährung angeht.“<sup>1198</sup>

Insbesondere für die FDP war die Spreizung zwischen der parteipolitischen Programmatik und dem in der gemeinsamen Regierungskoalition durchgeführten Krisenmanagement sehr groß. Für die Liberalen stand der Erhalt marktwirtschaftlicher Prinzipien im Mittelpunkt einer Krisenbewältigungsstrategie. Stärker als die Unionsparteien wurden dementsprechend die Beteiligung privater Gläubiger an Schuldenschnitten und die Schaffung eines Insolvenzrechts für Staaten innerhalb der Eurozone gefordert.<sup>1199</sup>

---

Verfahren zur Restrukturierung von Staatsschulden (Staatsinsolvenz) sowie einem möglichen Ausscheiden aus der Eurozone ergänzt werden.“

<sup>1195</sup> So forderte CSU-Generalsekretär Dobrindt eine öffentliche Entschuldigung Jean-Claude Junckers ein, welcher das Verhalten der Bundesregierung in der Diskussion um die Einführung von Eurobonds als uneuropäisch kritisiert hatte: „Wir lassen uns nicht schräg anquatschen, dafür, dass wir deutsche Steuergelder vor Begehrlichkeiten aus dem Ausland schützen.“, vgl. Welt, 11.12.10, Nachsitzen für Europas Stabilität. Gerda Hasselfeldt stellte in Abgrenzung zur CDU klar, dass Eurobonds auch nicht als Endpunkt eines ökonomischen Harmonisierungsprozesses vorstellbar seien. Vgl. dies., Interview in FAZ, 30.11.11: „Keine Eurobonds, gleich welcher Art“.

<sup>1196</sup> Vgl. FAZ, 17.2.11, CSU-Führung warnt Finanzminister Schäuble - „Scheinbar wollen alle Staaten in Europa deutsches Geld“; vgl. beispielhaft SZ, 29.9.11, Bis hierhin und nicht weiter, sowie Rheinische Post, 28.1.12, Nicht noch mehr Geld nach Athen. Vgl. zu den Klagen des CSU-Abgeordneten Peter Gauweiler gegen den ESM: FAZ, 13.6.12, Gauweiler: ESM gegen Bundestagswillen.

<sup>1197</sup> Vgl. SZ, 2.12.11, Wunsch und Wirklichkeit, sowie 6.12.11, Ein klares Jein zu Euro-Rettung. Vgl. darüber hinaus beispielhaft Welt am Sonntag, 12.2.12, Seehofer fordert Euro-Volksabstimmung; SZ, 16.2.12, CSU streitet über Euro-Rettung; FAZ, 27.2.12, Alles nur vorläufig?; SZ 5.3.12, Zwei rote Linien von Seehofer; SZ 4.8.12, CSU kriegt die Euro-Krise; NZZ, 28.8.12: Lustvolles Gerede über Athens Euro-Exit; SZ, 28.8.12, CSU ohne Standort; SZ, 12.9.12, Zerrissene Christsoziale.

<sup>1198</sup> Die Welt, 30.8.11, In der Union wird's grundsätzlich.

<sup>1199</sup> Vgl. beispielhaft Positionspapier Bundestagsfraktion, 10.9.10 sowie Erklärung Bundestagsfraktion, 30.11.10. Vgl. zu Nachforderungen einer Gläubigerbeteiligung und eines Sanktionsautomatismus im ESM: SZ, 2.12.10: FDP torpediert Merkel-Kompromiss; vgl. Pressemitteilung 19.1.11: „Zur nachhaltigen Stabilisierung der Eurozone sind jetzt keine finanz- und fiskalpolitischen Reparaturen auf Unionsebene gefragt, sondern mutige realwirtschaftliche Reformen auf Ebene der betroffenen Mitgliedsstaaten. Dauerhaftes Vertrauen wird nur entstehen können, wenn jeder Einzelstaat seiner stabilitätspolitischen Verantwortung gerecht wird.“; vgl. ebenfalls Christian Lindner in FAZ, 9.5.11, Wozu Liberalismus?: „Der Markt kann Staaten und Investoren nicht disziplinieren, wenn private Gläubiger stärker geschützt werden als die Steuerzahler. Europa braucht

Innerhalb der Regierungskoalition entstanden unter anderem dadurch Spannungen, dass seitens der FDP zunehmend Misstrauen gegenüber der CDU hinsichtlich der Einhaltung ordnungspolitischer Grundsätze zum Ausdruck gebracht wurde.<sup>1200</sup> Strategisch stellte sich für die Liberalen ähnlich wie für die Christsozialen die Schwierigkeit, Kritik am Ausbau der Stützungsinstrumente zum Ausdruck zu bringen, ohne dabei die eigene Regierungsbeteiligung zu diskreditieren.<sup>1201</sup> Der innerparteiliche Richtungsstreit über die Ausgestaltung der Rettungsschirme wurde bei den Liberalen in besonders intensiver Form geführt.<sup>1202</sup> In einem Mitgliederentscheid fand die Forderung nach einer Ablehnung des dauerhaften ESM letztlich nicht die notwendige Unterstützung.<sup>1203</sup> Gleichwohl stand das

---

deshalb nach der unausweichlichen Krisenintervention der nächsten zwei Jahre die Subsidiarität der Finanzverantwortung: Reformen in den Mitgliedstaaten haben Priorität vor der Umschuldung, diese wieder vor europäischer Nothilfe.“

<sup>1200</sup> So wurden verstärkt Versprechen von Unionspolitikern über die Ablehnung von Eurobonds oder einer Transferunion als zu wenig verbindlich kritisiert und eine grundsätzliche Bereitschaft zur schrittweisen Vorbereitung entsprechender Instrumente unterstellt. Vgl. FAZ, 26.10.10, Berlin prüft Änderung des „Bailout“-Verbots sowie Welt am Sonntag, 28.11.10, Deutschland kommt bei der Euro-Rettung an die Schmerzgrenze; vgl. Frankfurter Rundschau, 26.1.11, Hauptsache dagegen; vgl. 19.8.11, Interview Philipp Rösler in Stuttgarter Zeitung: „Die Bundesregierung hat sich eindeutig gegen Eurobonds ausgesprochen. Allerdings sehe ich mit Sorge, dass in Teilen der Union anders gedacht wird.“; vgl. Bensberger Erklärung, FDP-Bundestagsfraktion, 30.8.11: „Der ESM darf kein dauerhaftes Instrument der gemeinschaftlichen europäischen Staatsfinanzierung werden. Er ist auf seine Rolle als politisch unabhängiger Kriseninterventionsmechanismus zu beschränken.“; vgl. zu Selbstzuschreibungen der Partei als ordnungspolitischem Korrektiv innerhalb der Bundesregierung beispielhaft: Pressemitteilungen 8.11.11 und 28.2.12. Vgl. in kritischer Perspektive zur FDP ebenfalls FAZ, 6.9.11, Lange mitgetrieben: „Viel zu spät hat sie erkannt, dass die Krise der Europäischen Währungsunion eine Plattform bieten könnte, um den Wählern in einer Existenzfrage Anschauungsunterricht in Liberalismus zu erteilen und damit der Verengung auf Steuerfragen zu entkommen. Die werden zwangsläufig in dem Moment nachrangig, indem sich der Bürger über die Stabilität der Währung Sorgen macht, in der er seine private Vorsorge betreibt.“ (...) „Sie sucht nach einem Weg, die Haftungsgemeinschaft der Euroländer noch zu verhindern, die von der CDU immer offener als alternativlos propagiert wird, um die politische Einheit der EU voranzutreiben. SPD und Grüne wollen die Schuldenkrise ohnehin nutzen, um dauerhafte Umverteilungsströme einzurichten. Die Liberalen sind lange mitgetrieben, jetzt schwimmen sie (auch intellektuell) mit halber Kraft gegen diesen Strom. Das wird nicht reichen, wollen sie den Euro stabilisieren und darüber das politische Überleben sichern.“;

<sup>1201</sup> Vgl. Handelsblatt, 21.1.11, Die Europapartei wackelt; vgl. ebenso Handelsblatt, 16.2.11, Genschers Erbe sollte die FDP sorgsam hüten: „Die Liberalen verfolgen ein taktisches Interesse. Angesprochen werden sollen Menschen, die angesichts der gewaltigen Summen zur Rettung des Euros das ungute Gefühl beschleicht, den Entwicklungen auf den Finanzmärkten hilflos ausgeliefert zu sein. Denen bietet die FDP mit ihrer Aussage, Deutschland wolle nicht die Schuldenpolitik anderer EU-Staaten alimentieren, eine einfache und verständliche Lösung. Im Kern allerdings handelt es sich um Populismus light, denn die FDP bedient damit bewusst antieuropäische Affekte.“; vgl. Handelsblatt, 13.9.11, Wie die FDP als Partei der Euro-Skeptiker überleben könnte; vgl. Frankfurter Rundschau, 14.9.11, Populistische Verlockungen.

<sup>1202</sup> So erhielt auf dem Bundesparteitag im Mai 2011 ein durch Frank Schäffler in Konkurrenz zur Parteiführung eingebrachter Gegenantrag („Euro retten - Verantwortung stärken“) 173 von 529 Delegiertenstimmen: vgl. FAZ, 16.5.11, Rettungsschirm als Brandbeschleuniger.

<sup>1203</sup> So erreichte der Antrag der Parteispitze für eine Zustimmung zum ESM („Europa auf dem Weg zur Stabilitätsunion“) 54,5% der abgegebenen Stimmen gegenüber 44,2% für den ESM-kritischen Antrag Schäfflers („Für ein Europa mit solidem Fundament: Recht, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft“). Gleichzeitig wurde das erforderliche Quorum von 33% der Parteimitglieder leicht verfehlt. Vgl. FAZ, 17.12.11, Knapper Sieg über Euro-Skeptiker. Vgl. ebenfalls FAZ, 10.10.11, Kritiker in der FDP sehen sich im Aufwind.

Krisenmanagement der Parteiführung durchweg unter kritischer Beobachtung der Basis.<sup>1204</sup> Ein restriktiverer Kurs wurde während der Regierungsbeteiligung aus taktischen Gründen wiederholt mit Anregungen zur Schaffung eines Insolvenzverfahrens<sup>1205</sup> und punktuellen Überlegungen eines Ausscheidens Griechenlands<sup>1206</sup> oder Italiens<sup>1207</sup> angedeutet und kam mit der Forderung nach einer Beendigung des ESM im Bundestagswahlprogramm 2013<sup>1208</sup> sowie dem unter dem Schlagwort einer Stabilitätsunion formulierten Ziels einer Aufwertung der Nichtbeistandsklausel im Programm zur EP-Wahl 2014<sup>1209</sup> zum Ausdruck.

In den hier betrachteten liberal-konservativ ordnungspolitisch geprägten politischen Milieus wurden lediglich in begrenztem Umfang Verweise auf in Frankreich diskutierte Krisenlösungsansätze gemacht. Während über Pressemitteilungen der CDU die Erfolge bilateraler Abstimmungen auf Regierungsebene und insbesondere einzelne die Parteilinie stützende Aspekte als Konvergenzen betont wurden<sup>1210</sup>, wehrte die schwarz-gelbe Bundesregierung wiederholt Vorstöße französischer Konservativer für eine umfangreichere Nutzung der Rettungsschirme ab.<sup>1211</sup> Die Stabilisierungskonzepte des ab Sommer 2012 regierenden sozialistischen Präsidenten Hollande wurden durch einzelne Vertreter der Unionsparteien sowie der Liberalen offen kritisiert und ideologisch zurückgewiesen.<sup>1212</sup>

---

<sup>1204</sup> So kritisierte Frank Schäffler als Vertreter eines stärker ordnungspolitisch ausgerichteten Krisenmanagements seine Partei für ihre Zustimmung zu einer Ausweitung der Einsatzmöglichkeiten der EFSF und des parallelen Betriebs mit dem ESM. Vgl. Frank Schäffler in WELT, 29.3.12, Merkels Werk ohne Rösslers Beitrag: „Ein eigener Beitrag der FDP zur Lösung dieser medial alles beherrschenden Krise ist nicht zu erkennen, im Grunde gar nicht vorhanden“.

<sup>1205</sup> Vgl. beispielhaft Interview Frank Schäffler in WELT, 5.1.12.

<sup>1206</sup> Vgl. Handelsblatt 18.5.12, „Es geht um die Zukunft Europas“; vgl. Handelsblatt, 25.7.12, FDP wendet sich von Athen ab; vgl. Interview Philipp Rösler in Stuttgarter Zeitung, 5.9.12.

<sup>1207</sup> Vgl. FAZ, 9.3.13, Brüderle ermahnt Italien.

<sup>1208</sup> Vgl. FDP, Bürgerprogramm 2013, S. 83: „Ziel muss es sein, die endlose „Rettungsroutine“ durch verbindliche Regeln zu ersetzen, die allen Beteiligten Sicherheit bieten, wann das Verfahren beginnt und dass es zügig beendet werden kann sowie einen fairen Interessenausgleich mit den Gläubigern und die Wiederherstellung der Kapitalmarktfähigkeit bewirkt. (...) Der ESM ist keine Dauerlösung. Sobald eine funktionierende Stabilitätsunion mit effektiven Sanktionen bei übermäßiger Staatsverschuldung besteht, muss der ESM auslaufen.“; vgl. SZ, 18.9.13 SZ Heimlicher Schwenk sowie FAZ, 19.9.13, ESM für FDP keine Dauerlösung.

<sup>1209</sup> Programm zur Europa-Wahl 2014: „Die Währungsunion kann nur dann dauerhaft bestehen, wenn die marktwirtschaftlichen Grundprinzipien der Stabilitätsgemeinschaft - insbesondere der Ausschluss einer Verpflichtung zur gegenseitigen Budgethilfe der Euro-Staaten (No-Bail-Out-Klausel) - wieder vollständig etabliert werden.“; vgl. ebenso Beschluss Bundesparteitag 9.12.13 gegen einen „Europäischen Länderfinanzausgleich“.

<sup>1210</sup> Vgl. zur Betonung der Ablehnung von Eurobonds durch Angela Merkel und Nicolas Sarkozy CDU-Pressemitteilung, 17.8.11.

<sup>1211</sup> Vgl. zur Frage einer möglichen Banklizenz für die EFSF beispielhaft SZ, 8.10.11, Franzosen wollen Rettungsfonds anzapfen; FAZ, 11.10.11, Nicht im Windhundverfahren: „Es ist richtig, dass die Bundeskanzlerin Frankreichs Präsidenten Sarkozy daran hindert, im Windhundverfahren den Rettungsfonds EFSF zu plündern, um die französischen Banken zu stützen und den eigenen Etat zu schonen.“; Welt am Sonntag, 16.10.11, Beziehungstherapie für ein ungleiches Paar; vgl. zur unterschiedlichen Bewertung einer möglichen Beteiligung privater Gläubiger an Umschuldungen WELT, 22.10.11, Paris vs. Berlin: Einer wird verlieren; vgl. zur Ablehnung einer Aufstockung des ESM: FAZ, 30.3.12, Wer mit der Bombe spielt. Diese Position wurde auch seitens der Bundesbank geteilt. Vgl. Welt, 21.4.11, Deutschland ist das Euro-Jammern leid.

<sup>1212</sup> Vgl. Interview Markus Ferber in Tagespost, 2.6.12: „Der neue französische Präsident betreibt mit seinen Forderungen nach Schuldentilgungsfonds, Euro-Bonds und seinem antideutschen Kurs

Ohne diplomatische Filter erfolgte auch die Kommentierung deutsch-französischer Beziehungen ebenfalls in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in intensiver Form. Sowohl unter dem UMP-Präsidenten Sarkozy als auch nochmals verstärkt unter dem Sozialisten Hollande wurde das Handeln französischer Regierungen als potentielle Gefährdung eines regelbasierten, marktwirtschaftlichen Prinzipien folgenden Ansatzes zur Stabilisierung wahrgenommen.<sup>1213</sup> Nach der Einigung auf die Einrichtung der EFSF stellte der Frankreich-Korrespondent Christian Schubert befremdet fest:

„In Frankreich fällt in diesen Tagen die fast vollständige Abwesenheit einer Debatte über die Milliardenhilfen für andere Nationen auf. Die Aufgabe des Widerstands durch Angela Merkel und der Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB werden als Pragmatismus gutgeheißen. Sind die Franzosen die besseren Europäer?“<sup>1214</sup>

#### 4.4.2 Pragmatischer Ausbau der Sicherungsmechanismen

Abweichend vom in der deutschen Debatte dominierenden konservativen und wirtschaftsliberalen Ansatz einer Aufrechterhaltung ordnungspolitischer Grundsätze der Wirtschafts- und Währungsunion angesichts zunehmender Stützungsbedarfe einzelner Teilnehmerstaaten zeigte sich in moderat progressiven Strömungen sowohl in Deutschland

---

französischen Wahlkampf auf Kosten des deutschen Steuerzahlers. Nach den Parlamentswahlen in Frankreich wird auch Herr Hollande auf den Boden der Tatsachen zurückkehren müssen, denn mit seinen abenteuerlichen Forderungen wird das Vertrauen in den Euro weiter geschwächt und nicht gestärkt werden.“; vgl. zur Nutzung Frankreichs als Negativbeispiel auch Interview Frank Schäffler bei Deutschlandfunk, 20.11.12: „(...) denn es müssen die zur Verantwortung gezogen werden, die über ihre Verhältnisse gelebt haben, und die, die falsche Risiken eingegangen sind. Es kann doch nicht sein, dass wir jetzt mittelbar, wenn das in Frankreich so weitergeht (...) die falsche Entscheidung der französischen Wähler als deutsche Steuerzahler und Sparer bezahlen müssen, nur unter dem Diktum, dass scheitert der Euro, dann Europa scheitert. Darunter kann man doch nicht alle subsumieren, sondern am Ende muss es doch klar sein, dass derjenige, der Entscheidungen trifft, am Ende für diese Entscheidungen auch geradestehen muss, und das kann man nicht sozialisieren in Europa.“

<sup>1213</sup> Vgl. FAZ, 10.3.10, Ein Euro-Schuldenfonds: „Die EU-Kommission will den fiskalpolitischen Schuldenfall in der Währungsunion institutionalisieren. Dazu soll ein Europäischer Währungsfonds eingerichtet werden, den Europa nicht braucht, den Paris und Brüssel aber fordern und für den in Berlin Finanzminister Schäuble wirbt.“; vgl. kritisch zu Sarkozys Aufruf gegen Finanzspekulation FAZ, 10.5.10, Der Euro als Weichwährung; vgl. zur Frage einer Ausweitung des ESM: FAZ, 30.3.12, Wer mit der Bombe spielt: „Man kann eine Verschärfung der Euro-Krise auch herbeireden. Der französische Finanzminister François Baroin verlangt plötzliche die Aufstockung der Euro-Krisenfonds auf eine Billion Euro. (...) Der Schutzschirm sei so ähnlich wie Atomwaffen im militärischen Bereich; er sei gemacht, um nicht eingesetzt zu werden. Das ist mehr als zynisch und doppelt falsch. (...) Der erste ist schon in Gebrauch und angeblich zu klein für Spanien und was noch kommen mag. Mit den Fonds wird der Kapitalmarkt umgangen und der Zins für Schuldensünder gedrückt. Wem will Baroin da weismachen, die Billion nicht einsetzen zu wollen? Die Zustimmung zur Aufstockung auf etwa 700 Milliarden Euro war der Preis für den Fiskalpakt, den die Bundesregierung im Januar zahlen musste. Nun gibt die Nachforderung aus dem Pariser Wahlkampf einen Vorgeschmack auf das, was mit einem Wahlsieger François Hollande auf Berlin zukäme.“; zur Kritik an Forderungen Hollandes nach einer Neuausrichtung des Krisenmanagements FAZ, 23.5.12, Schuldenunion sowie FAZ, 2.7.12, Unter Alpha-Tieren.

<sup>1214</sup> FAZ, 12.5.10, Frankreich gratuliert Sarkozy zur Euro-Rettung - Die Bevölkerung nimmt die neuen Milliardenhilfen ohne Debatte hin.

als auch in Frankreich eine umfassendere Bereitschaft zum Ausbau europäischer Stabilisierungsinstrumente. Ein solches undogmatisches Verhältnis hinsichtlich möglicher Änderungen an der Architektur der Währungsunion war in der französischen Debatte nicht allein auf linke Gruppierungen beschränkt, sondern ebenfalls in der konservativen UMP sowie in Teilen in Le Figaro zu beobachten. Ein Ausscheiden Griechenlands oder anderer Staaten aus dem Euro stellte für die hier betrachteten Akteure keine Option dar. Hingegen wurden, partiell grenzüberschreitend, alternative Konzepte zur Bewältigung der Refinanzierungsproblematik in einem europäischen Rahmen erarbeitet. Das Krisenmanagement der konservativen Bundesregierung und dessen Einbettung in einen stabilitätsorientierten politisch-gesellschaftlichen Kontext stellte unabhängig von ideologischen Prägungen den wichtigsten Referenzpunkt dar. Länderübergreifende Bezugnahmen und Interaktionen, etwa innerhalb des linken Spektrums, fanden in weitaus geringerem Maße und zeitlich begrenzt statt.

Kennzeichnend für die in Deutschland und Frankreich weit verbreitete pragmatische Auslegung europäischer Solidarität war das grundsätzliche Ziel, Griechenland durch die Einrichtung von Hilfen in der Währungsunion zu halten.<sup>1215</sup> Die Gewährung bilateraler Kredite wurde ebenso wie die breiter angelegte EFSF überwiegend positiv und als überfälliges Zeichen einer europäischen Reaktion auf die zunehmende Herausforderung der Schuldentragfähigkeit in der Eurozone bewertet. Dementsprechend kritisch wurde das Handeln der deutschen Regierung betrachtet und als zu zögerlich eingestuft.<sup>1216</sup> In der

---

<sup>1215</sup> Vgl. beispielhaft SZ, 22.1.10, Ein Lob dem Euro: „Solange Europa verhindert, dass Griechenland unkontrolliert in die Staatspleite abgleitet und die Vertrauenskrise andere EU-Staaten erfasst, wird der Euro das griechische Drama überstehen.“; vgl. ebenfalls CFDT, Pressemitteilung 3.5.10. Vgl. DGB-Pressemitteilungen 25.3.10 und 10.5.10 sowie Resolution des Bundesvorstands, 4.5.10. Seitens der SPD wurde die als gesichert geltende Zustimmung zum ersten sogenannten Griechenland-Paket aus taktischen Gründen mit der Forderung nach der Einführung einer Finanztransaktionssteuer verknüpft. Dies führte zu einer Enthaltung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion bei der Abstimmung im Bundestag. Vgl. zur Argumentation: Beschluss des SPD-Präsidiums, 3.5.10: „Klar ist: Die Bundesregierung verfügt über eine eigene Mehrheit im Deutschen Bundestag und benötigt die Stimmen der SPD nicht zu Durchsetzung ihres Gesetzesvorhabens. Die Zustimmung der SPD zu der von der Bundesregierung vorgeschlagenen Finanzmarkthilfe für Griechenland ist deshalb einerseits von der Transparenz und Nachhaltigkeit des Gesetzesvorschlags abhängig“.

<sup>1216</sup> Seitens der UMP und in besonders ausgeprägter Form im Figaro wurde die verhaltene Reaktion von Kanzlerin Merkel auf den innenpolitischen Kontext einer in der Solidaritätsfrage gespaltenen Regierungskoalition, drohende Stimmverluste der Konservativen bei der nordrheinwestfälischen Landtagswahl und eine gegenüber europäischen Transferleistungen skeptisch eingestellten deutschen Öffentlichkeit zurückgeführt. Vgl. exemplarisch: Le Figaro, 11.2.10, Berlin doit convaincre un Parlement encore réticent; Le Figaro, 26.3.10, Pourquoi tant de réticences en Allemagne?; Le Monde, 20.3.10, L'Élysée s'abstient de critiquer Angela Merkel pour ne pas apparaître laxiste auprès des marchés; WELT, 15.5.10, Sarkozy drohte angeblich mit Euro-Austritt. In der Süddeutschen Zeitung wurden die Forderungen nach Hilfsmaßnahmen indes verknüpft mit der Mahnung, den Druck zu eigenverantwortlicher solider Haushaltspolitik aufrechtzuerhalten um der Verstetigung finanzieller Transfers vorzubeugen. Ebenso wurde die juristisch erforderliche Begründung der Griechenlandkredite, die Reaktion auf einen Katastrophenfall, als unplausibel zurückgewiesen. Vgl. Süddeutsche Zeitung, 29.4.10, Die Zocker in Berlin sowie 4.5.10, Der Euro-Nationalismus und



innerdeutschen politischen Auseinandersetzung griffen die Oppositionsparteien die Kanzlerin an und warfen ihr vor, der Infragestellung von Stützungsmaßnahmen für Griechenland durch einzelne Vertreter der Liberalen sowie der Unionsparteien nicht widersprochen zu haben.<sup>1217</sup> Innerhalb der französischen Linken wurden nochmals deutlichere und insbesondere frühere Bekenntnisse zu einer europäischen Solidarität mit Griechenland abgegeben. Derartige Forderungen nach einer raschen Einrichtung von Stützungsinstrumenten und einem stärkeren politischen Willen zur Schaffung eines Europäischen Währungsfonds<sup>1218</sup> wurden in der journalistischen Begleitung des Krisenbeginns ebenfalls nachdrücklich unterstützt.<sup>1219</sup> In Le Monde wurde analog zur Zurückführung der Krise auf strukturelle Merkmale der Eurozone<sup>1220</sup> die finanzielle Instabilität Griechenlands als europäische Herausforderung gesehen, welche nicht ausschließlich ökonomisch, sondern in erster Linie politisch zu beantworten sei und eine höhere Bereitschaft zu Transfers notwendig mache.<sup>1221</sup> Der Wirtschaftsjournalist Pierre-Antoine Delhommis etwa gestand ordoliberalen Kritik an der Zusammensetzung der WWU angesichts der Krise eine gesteigerte Relevanz zu, forderte jedoch in Abwägung der Handlungsoptionen eine Stärkung europäischer Solidarität:

„(...) Mais, aujourd'hui, la réponse à la crise grecque n'est pas monétaire ou économique. Elle est essentiellement politique, tant une sortie de la Grèce de la zone euro serait un coup terrible (fatal ?) porté au projet historique de créer une monnaie commune à tous les pays du Vieux Continent.“<sup>1222</sup>

---

10.5.10, Lehrstunde für die Kanzlerin; vgl. ebenso Le Monde, 7.5.10, L'Allemagne paiera tout compte fait. Vgl. zur sozialdemokratischen Kritik an der Bundesregierung: Pressemitteilungen SPD, 11.5.10 und 19.5.10. Vgl. ebenso Rede Jürgen Trittin im Bundestag, 19.5.10 sowie für EELV: Rede François de Rugy in Assemblée nationale, 16.6.10.

<sup>1217</sup> Vgl. Rede Renate Künast in Bundestag, 7.5.10: „Wo, Frau Merkel, war die Bundeskanzlerin, als die Pinkwärts und Brüderles dieser Welt, als die Bild-Zeitung ihre Einsätze im Luftraum über den Stammtischen geflogen sind? Warum haben Sie an dieser Stelle nicht gesagt: „So nicht!““. Vgl. für die SPD: Pressemitteilungen 24.3.10, 26.4.10 und 28.4.10: „Hilfen für Griechenland sind alternativlos, der Euro darf unter keinen Umständen zur Disposition gestellt werden“ sowie Sigmar Gabriel, Rede in Bundestag, 21.5.10.

<sup>1218</sup> Vgl. für den PS: Nouvelles Internationales, 1.3.10 sowie 12.5.10: „La zone euro a besoin d'un dispositif de sauvetage des Etats en difficulté qui puisse être activé rapidement et désarme par anticipation la spéculation.“

<sup>1219</sup> Vgl. Le Monde, 9.2.10, Faut-il sauver le soldat grec?; vgl. ebenfalls: SZ, 22.3.10, Hilfe? Bloß nicht! - Berlin gegen die EU: An der Finanztragödie Griechenlands wird sich zeigen, ob Europa zusammenwächst - oder ob die altbekannten nationalen Vorbehalte siegen.

<sup>1220</sup> Siehe Kapitel 4.1.2.

<sup>1221</sup> Vgl. Le Monde, 26.1.10, Une tragédie grecque. Vgl. ebenso Le Monde, 6.2.10, L'euro attaqué: „Que la Grèce gère ses problèmes“ - n'est crédible ni politiquement (pourquoi aider les banques en difficulté et pas un Etat dans le besoin ?) ni économiquement (l'absence de solidarité coûtera cher à l'Europe). L'euro est une formidable réalisation que le monde entier nous envie, mais qui présente un vice de taille : elle est la seule monnaie au monde à ne pas être au service d'un gouvernement et d'un ministre des finances.“. Vgl. Le Monde, 9.2.10, Faut-il sauver le soldat grec?: „La crise grecque est ainsi déjà celle de la zone euro, soulignant ses limites institutionnelles et politiques et les failles de ses règles ou de sa politique monétaire.“ Vgl. Le Monde, 10.2.10, L'addition de dix années d'union monétaire sans gouvernement économique: „Pour sauver l'euro, les chefs d'Etat et de gouvernement doivent faire un pas ; se dire prêts à financer Athènes en cas de nécessité, même si le traité de Maastricht de 1991 l'interdit.“ Vgl. ebenso Le Monde, 15.1.11, Un plan global pour stabiliser la zone euro.

<sup>1222</sup> Le Monde, 30.1.10, La revanche des eurosceptiques.

Auch im konservativen Le Figaro wurde abgesehen von einzelnen kritischen Kommentierungen der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands<sup>1223</sup> die dringlichste Aufgabe darin gesehen, auf europäischer Ebene die notwendigen Instrumente - etwa in Form eines eigenen Währungsfonds - einzurichten um die Zahlungsfähigkeit des griechischen Staates sicherzustellen und in einem folgenden Schritt die Implementierung einer stärker stabilitätsorientierten Wirtschaftspolitik in den Staaten der Eurozone anzustoßen.<sup>1224</sup> Für den Arbeitgeberverband MEDEF hatte der Erhalt der Gemeinschaftswährung ebenfalls die höchste Priorität. Warnungen vor etwaigen Gefahren einer Institutionalisierung finanzieller Transfers zwischen den Teilnehmerstaaten der Eurozone, wie sie seitens des BDI artikuliert wurden<sup>1225</sup>, nahmen in den Kommentierungen des MEDEF eine nachgeordnete Rolle ein.<sup>1226</sup> Das Ziel einer Absicherung der Währungsunion durch die Vermeidung einer Insolvenz Griechenlands oder gegebenenfalls anderer Teilnehmer bestand über den Untersuchungszeitraum hinweg. Schuldzuweisungen an die griechische Regierung blieben weitestgehend aus.<sup>1227</sup> Das grundsätzliche Ziel, die Währungsunion in ihrer bestehenden Form zu bewahren, wurde unter dem Schlagwort der Irreversibilität länderübergreifend sowohl im moderat linken

---

<sup>1223</sup> Vgl. Le Figaro, 12.2.10, Grèce: la leçon de Lehman Brothers; vgl. Le Figaro, 19.6.10, La zone euro joue les bons Samaritains sowie stellvertretend für das rechte Spektrum des Konservatismus und mit großen Schnittmengen zum konservativen wirtschaftspolitischen Diskurs in Deutschland: Ivan Rioufol in Le Figaro, 19.2.10, Quand la Grèce abandonne l'Etat-providence: „La crise est d'abord le produit d'une gestion irréflechie, qui affaiblit aussi l'Espagne, le Portugal, l'Italie. Le pays paye d'avoir vécu au-dessus de ses moyens, en recourant aux bidouillages sur la réalité de ses comptes. Cette tricherie mise à part, la France partage cet irréalisme flambeur, épinglé par la Cour des comptes quand elle prévient que « la dette s'emballe » et que la confiance des prêteurs arrive à son terme. Faudrait-il que l'Europe paye pour sauver Athènes, coupable de n'avoir pas respecté l'élémentaire prudence? Ce serait un encouragement à la déresponsabilisation des États. Au contraire, il appartient à la Grèce d'appliquer, de sa propre initiative, le seul remède de cheval qui vaille: la rigueur. Celle-ci passe par la réduction de la bureaucratie, le report de l'âge légal de la retraite, la libération de la croissance.“

<sup>1224</sup> Vgl. Le Figaro, 26.1.10, L'euro ne mérite pas un « Munich monétaire »; vgl. Le Figaro, 9.2.10, Les cinq pistes pour sauver la Grèce et lui permettre de rester dans la zone euro; vgl. mit positiver Wertung eines möglichen EWF: Le Figaro, 9.3.10, Vers une gouvernance économique ; vgl. zudem Le Figaro, 6.5.10, Grèce: la crédibilité d'Europe; vgl. Le Figaro, 10.5.10, Europe: le grand test sowie Le Figaro, 11.5.10, D'un mal financier à un bien politique.

<sup>1225</sup> Siehe vorangegangenes Unterkapitel 4.4.1 Sorge um ordnungspolitische Grundsätze der WWU

<sup>1226</sup> Vgl. MEDEF, Pressemitteilung 18.5.10: „Ce qui se passe aujourd'hui est tout à fait décisif. Il faut que tout le monde comprenne que nous, le Medef, avec évidemment unanimité, mais plus que ça intensité, nous affirmons que l'Europe, c'est notre patrimoine et que dans ce patrimoine, l'euro est un de ses joyaux. Nous voulons, au nom de toutes les entreprises de France, dire notre confiance dans l'euro, notre attachement indéfectible à la monnaie unique, notre conviction que la zone euro est une zone de potentiel économique incontestable et de grand avenir.“

<sup>1227</sup> Die Ankündigung eines Referendums in Griechenland über die Zustimmung zu mit den Hilfskrediten verbundenen Spar- und Reformauflagen löste Irritationen aus. Vgl. beispielhaft für den MEDEF: Laurence Parisot in Les Echos, 3.11.11, Au Martinez, le cas grec agace les chefs d'entreprise: „Le comportement de la Grèce est un comportement anormal, qui n'est pas loyal [...] S'il faut un jour envisager la sortie de la Grèce, définissons les conditions juridiques pour que cette sortie, finalement, ne concerne que la Grèce.“

Spektrum<sup>1228</sup> als auch auf Arbeitgeberseite<sup>1229</sup> aufrechterhalten. Abweichend zu den in der deutschen Debatte in konservativen und wirtschaftsliberalen Milieus präsenten Konzepten einer Insolvenzordnung und eines Ausschlusses Griechenlands betonten sowohl die UMP als auch der MoDem die Integrität der Währungsunion. Beide Gruppierungen warnten in der innerfranzösischen politischen Auseinandersetzung mit dem Front National vor den Gefahren eines Ausscheidens Griechenlands und im Krisenverlauf nochmals intensiver vor den Konsequenzen eines selbstgewählten Ausstiegs Frankreichs aus der WWU.<sup>1230</sup>

---

<sup>1228</sup> Vgl. beispielhaft für die deutschen Grünen: Pressemitteilung 28.9.11 sowie Entschließungsantrag der Bundestagsfraktion, 27.2.12 für „(...) ein unmissverständliches und klares Bekenntnis, dass Griechenland Mitglied der Währungsunion bleibt. Das ist zudem die Grundvoraussetzung für die Belebung der Wirtschaftsentwicklung. Mit einer Desintegration Griechenlands würde riskiert, dass das Projekt des Euro, die europäische Einigung sowie Stabilität und Frieden in der Region Schaden nehmen“. Vgl. ebenfalls Entschließungsantrag 29.11.12: „(...) überzeugt, dass die europäischen Partner weit über die Zeit der Kreditprogramme hinaus, Griechenland politisch und finanziell unterstützen (...) begleiten werden müssen“. Vgl. für EELV: Conseil fédéral, 9.7.11, Motion 13, Crise grecque sowie Pressemitteilung 13.2.12 und warnend vor einer Debatte über einen möglichen Euro-Austritt Frankreichs Pressemitteilung 14.5.14. Vgl. für den PS: Interview Bernard Cazeneuve in Nouvelles Internationales Nr. 49, 1.1.2013. Vgl. für SPD: Pressemitteilung 8.5.11 sowie Interview Sigmar Gabriel in ZEIT, 10.5.12. Obgleich die Zustimmung zu neuen Griechenland-Hilfen im Krisenverlauf und die mit ihr verbundene Unterstützung der schwarz-gelben Bundesregierung zunehmend kritisch gesehen wurde, stellte eine Verweigerung neuer Kredite vor dem Hintergrund des integrationsfreundlichen proeuropäischen Narratives der Partei keine Handlungsoption dar. Vgl. zum strategischen Dilemma: SZ, 30.11.12, Die Genossen werden nervös sowie Welt, 30.11.12, SPD-Führung drängt ihre Fraktion zum Ja. Vgl. zu Spannungen an der Parteibasis ebenfalls FAS, 26.5.13, Mit links raus aus dem Euro. Vgl. zur unterstützenden Haltung der Gewerkschaften DGB, 4.5.10, Resolution Bundesvorstand und CFDT, 26.9.11, Flugblatt, Grèce, euro, déficits...une crise qui nous dépasse?; vgl. ebenso kritisch in Bezug auf wiederaufkommende Austrittsdebatten in der deutschen Öffentlichkeit: SZ, 16.9.11: Solvente Schwätzer und SZ, 26.5.12, Gute Nacht, Freunde: „Die [Europäische] Union würde ihre Seele verraten. Sie opferte ein Mitglied, als ob die Antilopenherde auf der Flucht Junge und Kranke zurücklässt. Eine ökonomische Gemeinschaft kann das tun, einer Wertegemeinschaft ist das unwürdig.“

<sup>1229</sup> Vgl. mit Bezug auf das schwache Resultat des Front national im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl für den MEDEF: Patrick Martin in La Tribune, 23.4.12, „Faire des bras d'honneur ne sert à rien“: „Les Français ont donné leurs voix à des projets européens, pour le maintien de notre monnaie et pour une évolution raisonnable. Ils n'ont pas souhaité une révolution, pas de sortie de l'euro, pas de protectionnisme. Ces points sont importants pour le Medef.“ Auch seitens des BDI wurden Diskussionen um eine Verkleinerung der Eurozone prinzipiell zurückgewiesen. Vgl. hierzu Pressemitteilung 15.6.12: „Der deutsche industrielle Mittelstand und seine Familienunternehmen stehen ohne Einschränkungen hinter dem Ziel, den Euro und die Eurozone in ihrer Gänze zu festigen.“; vgl. ebenfalls Interview Hans-Peter Keitel, Spiegel Online, 10.09.12. Gleichwohl wurde durch den BDI die Drohkulisse eines Ausschlusses Griechenlands im Falle einer Nichteinhaltung der Reformauflagen aufrechterhalten. Vgl. Wirtschaftswoche, 18.8.12, Kein Platz für Griechenland in Euro-Zone.

<sup>1230</sup> Vgl. Pressemitteilung MoDem, 14.1.11: „(...) Tous ceux qui nous disent: il faut sortir de l'euro, ils nous conduisent à la misère. Payer une dette libellée en monnaie forte, alors qu'on aurait une monnaie faible, c'est l'inflation, et c'est la misère assurée.“ Vgl. ebenso Pressemitteilungen MoDem, 11.9.11 und 21.9.11: „La faillite d'un seul Etat membre de l'Union européenne serait la faillite de toute l'Europe.“. vgl. für UMP: Rede François Fillon in Assemblée nationale, 22.7.11: „(...) il n'y aura pas de faillite d'Etat dans la zone euro, parce que la solidarité de la zone euro sera totale.“ Vgl. Le Monde, 24.12.11, Union européenne: „Si l'euro explose, l'Europe n'y résistera pas“, martèle Nicolas Sarkozy en cette fin d'année 2011. Une façon de dramatiser les enjeux afin d'inciter la chancelière allemande, Angela Merkel, à faire mouvement.“. Vgl. zu Warnungen vor einem französischen Austrittsszenario und der Bedeutung europäischer Solidarität als Schutz vor Finanzmarktinstabilitäten: Positionspapier UMP, 1.5.13, Europe-Opération vérité.

Die hohe Priorisierung der Aufrechterhaltung der Währungsunion in ihrer bestehenden Form und der im Vergleich zu ordoliberalen Strömungen undogmatischere Blick auf das vertragliche Regelwerk ließen sowohl in Deutschland als auch in Frankreich über das linksliberale Spektrum hinaus verschiedene Konzepte einer gemeinschaftlichen Haftung entstehen. Bereits im März 2010 wurden seitens der französischen Sozialisten die mutmaßlichen Vorzüge eines europäischen Schuldenmarkts diskutiert, welcher aufgrund seines Umfangs ein attraktives Ziel für Investoren darstellen könnte. In dieser Argumentation wurden die USA als Referenz herangezogen, welche mit einem gegenüber der Eurozone weitaus höheren Schuldenstand eine günstigere Refinanzierung realisieren konnten.<sup>1231</sup> Ein größeres Ausmaß erreichte die Debatte über eine Vergemeinschaftung von Schulden im Euroraum im Winter 2010 infolge einer Kritik des Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker an der Weigerung der konservativ-liberalen Bundesregierung, das Instrument europäischer Gemeinschaftsanleihen, sogenannter Eurobonds, für einen Teil der Staatsschulden in Erwägung zu ziehen. Während die SPD zunächst die Kritik an Kanzlerin Merkel durch den konservativen Juncker aufgriff, ohne sich inhaltlich zu Gemeinschaftsanleihen zu positionieren<sup>1232</sup>, zeigten sich insbesondere die deutschen Grünen offen für den Eurobonds-Ansatz.<sup>1233</sup> In der innerdeutschen politischen Auseinandersetzung war es sowohl für die Grünen als auch für die Sozialdemokraten wichtig, das von Konservativen und Liberalen entworfene Szenario einer unregelmäßig gemeinschaftlichen Haftung zu entkräften und systematisch den begrenzten Umfang sowie die parallel vorzusehenden Kontrollmechanismen zu betonen.<sup>1234</sup> Bis in den Herbst 2011 bestand zwischen den moderat progressiven Akteuren in Deutschland und Frankreich ein grundsätzlicher Konsens über den Nutzen von Eurobonds.<sup>1235</sup> Auch Vertreter des

---

<sup>1231</sup> Vgl. PS, *Nouvelles Internationales*, 19.3.10 sowie Interview Jérôme Cahuzac in *Le Monde*, 8.5.10.

<sup>1232</sup> Vgl. Hintergrundinformation zu Eurobonds auf *Spd.de*, 8.12.10 sowie Pressemitteilung SPD-Bundestagsfraktion, 8.12.10, Merkel hat europapolitisch versagt.

<sup>1233</sup> Vgl. Die Grünen, Entschließungsantrag, 14.12.10 und Jürgen Trittin, Rede in Bundestag, 15.12.10.

<sup>1234</sup> Vgl. für SPD: Pressemitteilung 24.1.11 sowie Andrea Nahles in *Handelsblatt*, 22.8.11, Euro-Krise könnte zu Neuwahlen führen: [streng konditionierte Eurobonds sind der] „beste, nachhaltigste und günstigste Weg aus der Schuldenkrise“. Vgl. für die Grünen beispielhaft: Pressemitteilung 30.11.11.

<sup>1235</sup> Vgl. für SPD: Pressemitteilungen 14.12.10, 1.2.11 sowie Präsidiumsbeschluss 14.3.11: „(...) In diesem Rahmen muss auch die Refinanzierung von Problemstaaten sichergestellt werden. Dies kann entweder durch intelligente, konditionierte Gemeinschaftsanleihen für einen Teil der Verschuldung erfolgen, oder durch ein System der Verbundhaftung, in dessen Rahmen der Verbund bei Erfüllung von Bedingungen Bürgschaften für die Ausgabe nationaler Anleihen übernimmt.“ Vgl. zur Forderung nach Eurobonds weiterhin Pressemitteilungen 1.7.11; 20.7.11 sowie im Nachgang einer gemeinsamen Erklärung von Staatspräsident Sarkozy und Kanzlerin Merkel: Pressemitteilung 17.8.11: „Der entscheidende Fehler sei, „dass zwei selbst ernannte politische Führungsmächte in Europa sich hinstellen, und vor einem Gipfel vereinbaren, was man nicht bespricht, nämlich die wichtigste Frage, die in ganz Europa gegenwärtig diskutiert wird“, sagte Steinmeier mit Blick auf die vielfach geforderte Einführung gemeinsamer Anleihen, so genannter Euro-Bonds. Eine Frage, der nach Überzeugung des SPD-Fraktionschefs auch Frankreich aufgeschlossen wäre - gegen den

französischen MoDem sprachen sich dezidiert für eine umfassende europäische Strategie zur Krisenbewältigung mit einem gemeinschaftlichen Schuldenmanagement aus<sup>1236</sup>, während seitens der UMP entgegen der zwischen Kanzlerin Merkel und Staatspräsident Sarkozy abgestimmten Ablehnung<sup>1237</sup> eine grundsätzliche Bereitschaft zur Einführung von Gemeinschaftsanleihen bestand.<sup>1238</sup>

Der Handlungsspielraum für Unterstützer von Eurobonds in Deutschland wurde im September durch ein Bundesverfassungsgerichtsurteil über die bilateralen Griechenlandhilfen und die EFSF entscheidend eingeschränkt. So führte das Gericht in den Leitsätzen zum Urteil aus:

„Es dürfen keine dauerhaften völkervertragsrechtlichen Mechanismen begründet werden, die auf eine Haftungsübernahme für Willensentscheidungen anderer Staaten hinauslaufen, vor allem wenn sie mit schwer kalkulierbaren Folgewirkungen verbunden sind. Jede ausgabenwirksame solidarische Hilfsmaßnahme des Bundes größeren Umfangs im internationalen oder unionalen Bereich muss vom Bundestag im Einzelnen bewilligt werden.“<sup>1239</sup>

In der Folge verlagerten die SPD wie auch die Grünen ihre Kommunikation auf das vom Sachverständigenrat vorgestellte Konzept eines Altschuldentilgungsfonds. Gegenüber den Regierungsparteien betonten beide die Notwendigkeit von Elementen gemeinschaftlicher Haftung unabhängig von der Bezeichnung *Eurobonds*. Gleichzeitig unternahmen sie den

---

Widerstand der Bundesregierung aber nicht offensiv vertritt.“ Vgl. für die Grünen in ähnlicher Gewichtung: Beschluss Länderrat, 19.3.11 und Pressemitteilung 19.7.11. In Abgrenzung zur CDU und auch offensiver als die Sozialdemokraten sahen die Grünen Eurobonds als schnell einsetzbares Stabilisierungsinstrument und nicht erst als perspektivische Lösung. Vgl. hierzu Pressemitteilung 17.8.11. Vgl. für EELV: Beschluss Conseil fédéral, 9.7.11: „Les pays de la zone euro doivent être solidaires et garants de la dette de chacun des Etats, comme c'est le cas dans tout [sic!] fédération politique.“ Vgl. zur Forderung eines europäischen Schatzamtes: Parteitage Eva Joly, 11.11.11. Für den PS vgl. Wahlprogramm 2012-2017: socialistes et écologistes, ensemble, pour combattre la crise et bâtir un autre modèle de vivre ensemble, hier: S. 5 sowie gemeinsame Erklärung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Sozialistischen Partei Frankreichs, 21.6.11, Mehr Mut und Solidarität in der Krise - gemeinsam für eine starke europäische Wirtschaftsregierung Vgl. zur Forderung des DGB nach der Ausgabe von Eurobonds durch eine Bank für öffentliche Anleihen: Pressemitteilung 15.12.10. Vgl. ebenso Positionspapier DGB-Bundesvorstand, 1.2.11, Europa neu justieren. Vgl. für die CFDT: Syndicalisme Hebdo Nr. 3331, 27.10.11, S. 3 : „Pourtant la solution est là, tout le monde la connaît. Si l'on veut stopper la spéculation contre les pays, il faut mutualiser les dettes à l'échelle européenne. Pour mutualiser les dettes, les solutions techniques (élargissement des pouvoirs de la BCE, eurobonds) existent.“ sowie Pressemitteilungen 20.12.11 und 28.6.12.

<sup>1236</sup> Vgl. MoDem, Pressemitteilung 22.7.11 sowie 12.10.11: „(...) Je repète la vision qui aurait dû orienter l'action de la France, c'est que la zone euro doit être organisée comme une zone de sécurité pour les pays qui en sont membres.“ Vgl. darüber hinaus Pressemitteilungen 24.10.11 und 15.2.12.

<sup>1237</sup> Vgl. Pressemitteilung CDU 17.8.11.

<sup>1238</sup> Vgl. SZ, 22.11.11, Allein in Europa: „Frankreichs Premierminister François Fillon sagte nach Angaben von Teilnehmern bei einem Treffen mit Abgeordneten der Regierungspartei UMP, Deutschland verstehe nicht, "dass wir die Euro-Zone mit einem Instrument zur Verteidigung unserer Währung ausstatten müssen". ; vgl. ebenso Rede François Baroin in Assemblée nationale, 9.12.11: „Nous ne sommes pas en désaccord avec le principe des eurobonds, mais il y a des politiques de consolidation budgétaire, un calendrier à respecter et une zone à stabiliser ; nous n'en faisons donc pas un préalable de discussion. Une fois que tout cela sera mis en œuvre, les eurobonds seront certainement un élément de réponse. N nous l'avons toujours dit et nous nous rejoignons sur ce point.“

<sup>1239</sup> BVerfG, Urteil des Zweiten Senats vom 7.9.11, - 2 BvR 987/10 -, Rn. 1-142, hier: Leitsatz 3b.

Versuch, für die im Rahmen der EZB-Programme übernommenen Haftungsrisiken die Bezeichnung *Merkel-Bonds* zu prägen<sup>1240</sup>. Insbesondere die Sozialdemokraten agierten hinsichtlich der Schaffung von Haftungsinstrumenten mit Bedacht und näherten sich mit Verweisen auf die zunächst herzustellenden haushaltspolitischen und rechtlichen Voraussetzungen stärker der CDU als dem PS an.<sup>1241</sup> Zwar gab es speziell durch den linken Flügel Forderungen einer gemeinschaftlichen Haftung und punktuelle Vorstöße zu Eurobonds<sup>1242</sup>, die strategische Linie der Partei bestand jedoch vor dem Hintergrund der geringen Unterstützung des Themas in der Bevölkerung<sup>1243</sup> in einem moderaten Werben

---

<sup>1240</sup> Vgl. beispielhaft SPD-Parteivorstand, Leitantrag 26.9.11: „Die Koalition von CDU/CSU und FDP versucht mit ihrer Verteufelung von sogenannten „Euro-Bonds“ den Anschein zu erwecken, als gäbe es noch gar keine Gemeinschaftshaftung. Das ist verlogen. Wir sagen: Gemeinschaftliche Haftung – sei es im Rahmen des derzeitigen Rettungsschirms oder durch gemeinsam gesicherte Anleihen – ist ohne eine gemeinschaftliche Kontrolle nicht möglich. Die SPD ist bereit, die dafür notwendigen Änderungen der Europäischen Verträge in Angriff zu nehmen.“ Vgl. ebenfalls Thomas Oppermann (SPD) in WELT, 4.10.11: „Die EZB hat bereits rund 160 Mrd. Euro Staatsanleihen aufgekauft. Das sind Merkel-Bonds. Diese unkontrollierte Vergemeinschaftung von Schulden lehnen wir ab. Euro-Bonds sind nur nach umfangreichen EU-Vertragsänderungen in einem vereinten Europa möglich. Das wird noch dauern.“. Vgl. Beschluss des SPD-Parteivorstands, 30.1.12, Vorsorge treffen - Weichen stellen - Industrie erneuern: „Der Schuldentilgungsfonds verbindet ein klares politisches Bekenntnis zur gemeinsamen Eurozone und einer gemeinschaftlichen Haftung mit den notwendigen Solidaritätsanstrengungen der Länder für tragfähige Haushalte.“ Vgl. auch Sigmar Gabriel, Rede in Bundestag, 29.6.12 und Pressemitteilung SPD, 9.8.12. Vgl. für die Grünen: Pressemitteilungen 7.3.12 und 19.4.12 sowie Entschließungsantrag 25.7.12. Vgl. grundsätzlich zur Forderung eines Altschuldentilgungsfonds gemeinsames Positionspapier mit SPD, 31.5.12: Europa stärken: Zinsdruck senken sowie kritisch gegenüber politischen und wirtschaftlichen Eliten in der deutschen Debatte: Namensbeitrag Franziska Brantner in ZEIT, 2.8.12, Weil wir nicht ehrlich sind: „Die Wissenschaft könnte Wege aufzeigen, wie ein Haftungsverbund demokratisch legitimiert werden konnte und durch Kontrollrechte eine neue Schuldenspirale in Südeuropa vermieden werden kann.“; vgl. 7.9.12, Hannoversche Erklärung: „(...) Die Bundesregierung blockiert alle sinnvollen Instrumente für den Abbau der Schulden und die Reduktion des Zinsdrucks, wie einen europäischen Schuldentilgungsfonds. Anstatt eine demokratisch legitimierte Entscheidung etwa über den Schuldentilgungsfonds zu treffen, zwingt sie die EZB zur Vergemeinschaftung der Schulden durch die Hintertür. So werden auch die Parlamente entmachtet. Gleichzeitig erzählt die Bundesregierung das Märchen, es gebe eine solche Vergemeinschaftung nicht. Dauerhafte Stabilität wird dieser Weg nicht bringen.“. Vgl. Die Grünen, FAQ Eurokrise, 16.7.13: „(...) Wenn Frau Merkel behauptet, sie würde eine Vergemeinschaftung von Schulden verhindern, ist sie nicht ehrlich. Denn diese findet durch das Handeln der EZB ohnehin längst statt.“

<sup>1241</sup> So wertete die SPD unter anderem im Kontext des Amtsantritts Hollandes erneute europaweite Diskussionen über die Einführung von Eurobonds als „sehr nachvollziehbar“, stellte jedoch gleichzeitig klar: „Eurobonds setzen unabdingbar eine strikte Haushaltsdisziplin der beteiligten Staaten voraus, die notfalls über die Europäische Gemeinschaft sicherzustellen ist. Eurobonds sind kein Instrument zu wieder ungezügelter öffentlicher Verschuldung.“ Vgl. Pressemitteilung 23.5.12. Vgl. ebenso Deutschlandfunk, 25.5.12, Interview Sigmar Gabriel: „Die Eurobonds sind etwas, was schon aus verfassungsrechtlichen Gründen in Deutschland nicht von heute auf morgen eingeführt werden kann“. Vgl. WELT, 16.6.12, Endspiel um den Euro: „Trotzdem würde Steinmeier nicht das Hollande-Trikot anziehen. Von Euro-Bonds haben sich die Sozialdemokraten mittlerweile verabschiedet. Und auch ihre Forderung nach einem Schuldentilgungspakt tragen sie nicht mehr so vehement vor. Zudem ist auch klar: Sie werden dem Fiskalpakt, der bei den Deutschen äußerst populär ist, zustimmen. Somit bleibt Steinmeier und der deutschen Opposition nur die Zuschauerrolle am Spielfeldrand.“

<sup>1242</sup> Vgl. beispielhaft Tagesspiegel, 13.8.12, Doppelter Kurswechsel; vgl. Focus, 4.3.13, SPD in Erklärungsnot bei Eurobonds.

<sup>1243</sup> Laut einer Umfrage im Auftrag des Focus sprachen sich 52% der Bevölkerung gegen und 31% für eine „Schuldenunion“ aus. Unter SPD-Anhängern zeigte sich nur eine leicht veränderte Präferenz von 49% gegen und 38% für eine derartige Modifikation. Die Fragestellung („Die SPD fordert unter

für die Einrichtung eines Altschuldentilgungsfonds und ließ somit Raum für Kompromisse mit den Unionsparteien.<sup>1244</sup>

Eine ähnlich vermittelnde Position wurde in der Süddeutschen Zeitung vertreten, in dem Sinne, dass Plädoyers für die Einführung von Eurobonds oder eines Altschuldentilgungsfonds<sup>1245</sup> mit Unterstützungsbekundungen für die defensive auf Rechtskonformität abzielende Linie der konservativ-liberalen Bundesregierung<sup>1246</sup> changierten. Während die gemeinsame Erklärung Merkels und Sarkozys im August 2011 zur Ablehnung von Euro-Bonds als inhaltlich verfehlt bewertet und ein Bekenntnis der Bundeskanzlerin zur gemeinschaftlichen Haftung eingefordert wurde<sup>1247</sup>, wurden die Ambitionen François Hollandes als unrealistisch zurückgewiesen.<sup>1248</sup>

Der PS seinerseits hielt über den Beobachtungszeitraum hinweg am Ziel von Gemeinschaftsanleihen fest.<sup>1249</sup> Auch im direkten Austausch mit der SPD warb der damalige Präsidentschaftswahl-Kandidat Hollande für eine offenere Diskussion über Eurobonds.<sup>1250</sup> Zwischenzeitliche Annäherungen nach der Regierungsübernahme an die

---

Voraussetzung einer strikten gemeinschaftlichen Kontrolle aller Staatshaushalte der Euro-Staaten eine Schuldenunion. Was würden Sie sagen?“) reproduzierte indes die konservative Begrifflichkeit für Gemeinschaftshaftung. Vgl. Focus, 13.8.12, Das Geld der anderen. Vgl. zum strategischen Dilemma der SPD ebenfalls taz, 15.8.12, Große Worte, zahnlose Thesen: „Krise ist in Deutschland etwas, das fast nur im Fernsehen existiert. In Spanien werden Supermärkte geplündert, hierzulande hat die IG Metall eine Lohnerhöhung von 4,3 Prozent ausgehandelt“ (...) Die Deutschen sind Krisengewinnler, die sich gleichzeitig als Opfer von gierigen Südländern fühlen, die uns unser sauer Erspartes abknöpfen wollen. Ergo: Eigentlich müsste die SPD einen scharfen Gegenkurs zu Merkels Finanznationalismus einschlagen, der den Euro zu zerstören droht. Das ist nicht nur zu wünschen, sondern notwendig. Allerdings ist zweifelhaft, ob dies angesichts des Gemütszustands der Deutschen Erfolgsaussichten hätte. Die SPD wird daher weiter Merkels loyale Opposition bleiben, hin und wieder unterbrochen von Gabriels Angriff-und-Dementi-Inszenierungen. Sie wird nicht riskieren, mit der (Europa-)Fahne in der Hand nach vorn zu stürmen, während das Fußvolk zu Hause vor dem Fernseher sitzt. Als Organisation verhält sich die SPD damit rational. Keine schöne Aussicht.“

<sup>1244</sup> Vgl. beispielhaft Entschließungsantrag 11.12.12. Im Bundestagswahlprogramm der SPD wurden auf Betreiben der Parteispitze hin keine Verweise auf Eurobonds gemacht. Ohne Benennung eines konkreten Instruments wurde gefordert: „Nachdem durch den Fiskalpakt und andere europäische Kontrollmechanismen strenge und wirkungsvolle Auflagen für die nationale Haushaltsdisziplin aufgestellt worden sind, darf nun das Thema der gemeinsamen Haftung kein Tabu mehr bleiben.“ Vgl. SPD, Das Wir entscheidet, Das Regierungsprogramm 2013-2017, S. 105.

<sup>1245</sup> Vgl. SZ, 20.6.11, Viel mehr Europa, bitte!; SZ, 10.12.11, Europa lebt noch; vgl. SZ, 14.6.12, Europas Lehman.

<sup>1246</sup> Vgl. SZ, 18.12.10, Europas Gewicht; vgl. SZ 30.9.11, Wege zur Rettung, vgl. SZ, 24.11.11, Barrosos Provokation.

<sup>1247</sup> Vgl. SZ, 16.8.11, Deutschland muss zahlen.

<sup>1248</sup> Vgl. SZ, 25.5.12, Warten auf Hollande: „Nein, die Bond-Debatte ist ein Popanz, ein Konstrukt für den Augenblick. Sie wird mit dem Treffen des Europäischen Rates Ende Juni beendet werden, wenn eine Arbeitsgruppe den politischen Rahmen studieren soll, der für gemeinschaftliche Bonds Voraussetzung ist.“

<sup>1249</sup> Vgl. beispielhaft: Le Figaro, 1.12.11, Hollande promet de tenir tête à l'Allemagne sowie Nouvelles Internationales, Nr. 57, 2.2.12 und SZ, 22.5.12, Streitpunkt Euro-Anleihen bzw. FAZ, 22.5.12, Streit um Eurobonds auf dem EU-Gipfel: „(...) Der neue französische Präsident François Hollande hat das Thema wieder auf die Agenda gesetzt. „Das ist eine ganz wichtige Idee für uns“, betonte der neue französische Finanzminister Pierre Moscovici bei seinem Antrittsbesuch in Berlin.“

<sup>1250</sup> Vgl. Gastrede François Hollande auf dem Bundesparteitag der SPD, 4-6. Dezember 2011.

abwartende Position der schwarz-gelben Bundesregierung und Sympathiebekundungen für das vom Sachverständigenrat entwickelte Konzept eines Altschuldentilgungsfonds<sup>1251</sup> änderten nichts an der Präferenz für Eurobonds, die im innerfranzösischen Kontext weiterhin offensiv formuliert wurde.<sup>1252</sup>

Neben Vorstößen zu Formen kollektiver Haftung fand das übergeordnete Ziel, sämtliche Teilnehmerstaaten in der Währungsunion zu halten, auch in einem Pragmatismus hinsichtlich der Ausgestaltung der sogenannten „Rettungsschirme“ EFSF und ESM Ausdruck. In dieser Perspektive wurden die Stabilisierungsinstrumente als notwendige Zwischenschritte auf dem Weg zu einer umfassenden und idealerweise europäischen Krisenlösung betrachtet. Hierzu bestand ein weitreichender transnationaler Konsens von progressiven Kräften, wobei im innerdeutschen Vergleich die Grünen deutlich offensiver als die Sozialdemokraten Konzepte eines EWF bewarben.<sup>1253</sup> Anders als in Deutschland vertraten konservative und liberale Akteure ebenfalls eine Interpretation eines Europäischen Währungsfonds, welche in erster Linie auf einen Ausbau europäischer Solidarität im Sinne eines gemeinschaftlichen Schutzes vor Finanzmarkturbulenzen abstellte. So wurde im Umfeld der UMP die Einrichtung des dauerhaften ESM als Schaffung

---

<sup>1251</sup> Vgl. an deutsche Öffentlichkeit gerichtet: Interview Jean-Marc Ayrault in ZEIT, 21.6.12, „Wir werden und schon einig“: „Ich möchte, dass in Brüssel über Eurobonds gesprochen wird. Aber es stimmt, eine Vergemeinschaftung von Schulden verlangt notwendigerweise eine stärkere politische Integration, und die wird mit Sicherheit mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Man darf nur nicht bis dahin warten, um zu handeln. Noch einmal: Die Zeit drängt.“. Dieses Zugeständnis einer längeren Vorlaufzeit zur Einführung von Gemeinschaftsanleihen wurde in der französischen konservativen Presse indes als Aufgabe des Ziels kritisiert. Vgl. Le Figaro, 21.6.12, Euro-obligations: La France fait marche arrière.

<sup>1252</sup> Vgl. Rede Jean-Marc Ayrault in Assemblée nationale, 2.10.12 sowie Rede Elisabeth Guigou in Assemblée nationale, 17.10.12: „L'intégration solidaire dans la zone euro exigera une mutualisation des capacités d'emprunt. C'est, à nos yeux, une première priorité. Nous souhaitons vivement que soient créés des eurobonds.“ Vgl. zum Ziel der sozialistischen Regierung eines europäischen Schuldenmanagements FAZ, 31.10.12, Schäuble will Europapolitikreform. Vgl. ebenso Rede Bernard Cazeneuve in Assemblée nationale, 12.12.12: „L'Europe a aussi besoin d'une capacité d'emprunt pour renforcer la solidarité et la mutualisation des dettes à terme.“

<sup>1253</sup> Vgl. für den PS beispielhaft Rede Elisabeth Guigou in Assemblée nationale, 16.6.10 sowie Pressemitteilung 27.8.10. Vgl. Le Monde, 15.1.11, Un plan global pour stabiliser la zone euro : „Il faut une approche globale, une attaque frontale de la dette souveraine européenne. Il faut en finir avec cette ambiance de "roue tournante" où une minicrise succède à une autre, puis à une autre encore, les marchés forçant la main des gouvernements, d'Athènes à Dublin, en passant par Lisbonne et en attendant Madrid. Et puis après, à qui le tour? Il y a tout de même une façon plus intelligente de faire du tourisme dans les plus belles villes d'Europe...“. Vgl. zur angedachten Transformation des intergouvernementalen ESM zu einem supranationalen EWF: Bundestagsfraktion Die Grünen, Entschließungsantrag 8.6.11 sowie Beschlüsse Bundesdelegiertenkonferenz 25.6.11 und 16.11.12. Vgl. ebenso Programme zur Bundestagswahl 2013 und Europawahl 2014. Vgl. auch Positionspapier, 25.11.11: „Der ESM wird - auch wenn die Bundesregierung das nicht wahrhaben will - viele Ähnlichkeiten mit dem Europäischen Währungsfonds aufweisen.“ Vgl. SZ 20.7.11, Viel mehr Europa, bitte: „Von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble stammt die Idee, den Europäischen Währungsfonds zu gründen. Es ist kaum zu glauben, dass die weltweit zweitgrößte Währung keine solche unabhängige Institution hat. Der Fonds stellt den Euro-Ländern finanzielle Mittel bereit, finanziert über gemeinsam garantierte Anleihen. Er würde den Zusammenhalt stärken, das Ausspielen der Mitgliedsländer untereinander verhindern – und den Euro sicherer machen.“



eines europäischen Währungsfonds kommuniziert und Staatspräsident Sarkozy als erfolgreicher Initiator verschiedener Stützungsinstrumente auf europäischer Ebene präsentiert.<sup>1254</sup> Insbesondere die im Juli 2011 auf dem europäischen Rat beschlossene Flexibilisierung der EFSF, beispielweise durch Laufzeitverlängerungen, und die Möglichkeit, Staatsanleihen von Krisenstaaten auf dem Sekundärmarkt aufzukaufen, stieß auf breite Zustimmung. Neben linken Parteien<sup>1255</sup> und Gewerkschaften<sup>1256</sup> unterstützten auch Arbeitgeberverbände die Erhöhung der Interventionsmöglichkeiten.<sup>1257</sup> In der Presseberichterstattung wurden die Erweiterungen speziell seitens der Süddeutschen Zeitung sehr positiv kommentiert. So urteilte Cerstin Gammelin:

„[In Brüssel] beschlossen die 17 Staats- und Regierungschefs des elitären Euro-Klubs überraschend den Einstieg in einen Europäischen Währungsfonds. Man mag diesen Beschluss hin- und herwenden und Details als unausgegoren kritisieren. Aber niemand kommt darum herum einzugestehen: Das ist eine Sensation. (...) Einen Europäischen Währungsfonds zu etablieren, bedeutet nichts weniger, als dass 17 Länder endlich als das auftreten, was sie vorgeben zu sein: eine Gemeinschaft.“<sup>1258</sup>

In der Frage, die EFSF für eine vereinfachte Refinanzierung mit einer eigenen Banklizenz auszustatten, befanden sich sowohl Staatspräsident Sarkozy als auch Staatspräsident Hollande in einem Konflikt mit der zurückhaltenden konservativ-liberalen Bundesregierung.<sup>1259</sup> In der innerdeutschen Debatte wiederum wurden Forderungen nach Banklizenzen für die Rettungsschirme in besonderer Weise vom DGB unterstützt, der große Schnittmengen zum eigenen Konzept einer Bank für öffentliche Anleihen erkannte und sich dem französischen Vorstoß anschloss.<sup>1260</sup> Auch die Grünen setzten sich stark für diese Argumentationslinie ein und plädierten für größere Einsatzmöglichkeiten der

---

<sup>1254</sup> Vgl. UMP Magazine Nr. 53, März 2011 : „Face à la crise de l'euro et grâce à l'impulsion majeure de Nicolas Sarkozy, l'Europe s'est dotée de nouveaux mécanismes de solidarité. Elle est venue en aide à la Grèce et à l'Irlande, attaquées par les marchés. Un mécanisme permanent de gestion de crise, véritable « Fonds monétaire européen » doté de 500 Mds € a été mis en place. Nous avons ainsi évité l'effondrement de la monnaie européenne.“ Vgl. ebenso Wahlkampfreden Nicolas Sarkozy in Toulon, 1.12.11.

<sup>1255</sup> Vgl. für PS und EELV: Projet 2012; vgl. für SPD: Pressemitteilung 22.7.11, Euro-Gipfel: Auflösung der Blockade, aber unzureichende Gläubigerbeteiligung. Auch die Grünen werteten die Beschlüsse als Bestätigung ihrer Forderungen. Vgl. Pressemitteilung 22.7.11 sowie Beschluss Fraktionsklausur 31.8.11.

<sup>1256</sup> Vgl. in positiver Wertung: DGB, Pressemitteilung 22.7.11.

<sup>1257</sup> Vgl. MEDEF, Pressemitteilung 7.8.11 sowie BDI, Pressemitteilung 27.9.11.

<sup>1258</sup> Süddeutsche Zeitung, 23.7.11, Triumph über die Egoisten.

<sup>1259</sup> Vgl. Pressemitteilung UMP, 27.10.11. Vgl. Welt am Sonntag, 16.10.11, Beziehungstherapie für ein ungleiches Paar sowie Europa-Rede François Hollande, 22.1.12 in Le Bourget sowie Le Figaro, 15.6.12, Le plan de la France pour sauver l'euro: un casus belli pour l'Allemagne.

<sup>1260</sup> Vgl. DGB, Pressemitteilung 21.10.11, ESFS muss Banklizenz erhalten: „Frankreichs Präsident Sarkozy hat Recht! Die EFSF muss mit einer Banklizenz ausgestattet werden. Das ist die einzige Möglichkeit, jetzt Ruhe in die Eurozone zu bringen. Auch die Bundesregierung muss das endlich einsehen. (...) Die Ablehnung des französischen Vorschlags ist in erster Linie ideologisch motiviert.“ Vgl. ebenso DGB Klartext Nr. 38/2011, Euro-Krise: Alles wird gut?!; vgl. ebenfalls Pressemitteilungen 27.10.11 und 12.9.12; zu ähnlichen Forderungen der CFDT, die EFSF in einen Lender of last resort zu transformieren vgl. CFDT, Pressemitteilung 24.11.11.

Hilfskreditfonds mittels eigener Banklizenzen<sup>1261</sup>, während die SPD ihre Kommunikationsarbeit auf das Herausstellen politischer Eingeständnisse der schwarz-gelben Regierung im Zuge des Krisenmanagements konzentrierte.<sup>1262</sup> Der deutsch-französische Kompromiss, von einer Banklizenz für die EFSF abzusehen, deren Volumen jedoch im Gegenzug zu hebeln<sup>1263</sup>, wurde von den jeweiligen moderaten Oppositionsparteien im Grundsatz akzeptiert, jedoch als unzureichend kritisiert.<sup>1264</sup> Dieser Positionierung entsprechend begrüßten die hier betrachteten Akteure die auf dem europäischen Rat Ende Juni 2012 beschlossene Lockerung der Konditionalität der EFSF- und ESM-Mittel.<sup>1265</sup>

Auffällig im deutsch-französischen Vergleich des linken und links-liberalen Milieus waren insbesondere die in der deutschen Debatte präsenten Vorbehalte hinsichtlich der ökonomischen und politischen Grenzen europäischer Solidarität. Die Frage nach einer eventuellen direkten Refinanzierung spanischer Banken durch den ESM sowie die

---

<sup>1261</sup> Vgl. Die Grünen, Beschluss Bundestagsfraktion, 12.1.12 sowie Sonder-Länderrat, 24.6.12: „Europa ist eine Transferunion – und sie wird nur als Transferunion überleben. Wir werden deshalb in den kommenden Monaten ein Konzept zur Ausgestaltung einer zukunftsfähigen, nachhaltigen und solidarischen Wirtschafts- und Währungsunion vorlegen“. Vgl. ebenso Interview Jürgen Trittin in SPIEGEL, 13.8.12.

<sup>1262</sup> Vgl. SPD, Pressemitteilung 23.1.12, Merkel ohne klare Positionierung; vgl. ebenso Pressemitteilung SPD-Bundestagsfraktion, 30.3.12, Deutliche Ausweitung des Euro-Rettungsschirms - Merkel und Schäuble stimmen zu: „Das heute erzielte Ergebnis kann zur Stabilisierung des Euroraums beitragen. Es hätte bereits früher erzielt werden können. Obwohl Frau Merkel und Herr Schäuble von Anfang an wussten, dass die heute beschlossene Ausweitung des Rettungsschirms kommen wird und auch sinnvoll ist, haben sich beide monatelang hingestellt und jegliche Ausweitung für falsch gehalten und abgelehnt. Die eigenen Leute in CDU, CSU und FDP und vor allem die deutsche Bevölkerung wurden gezielt für dumm verkauft.“ Ein frühzeitiger Start des ESM sowie dessen Ausstattung mit einer Banklizenz wurden auch auf Seiten der SPD unterstützt. Vgl. Pressemitteilung SPD 5.6.12, Krise in der Eurozone - Was wir wollen.

<sup>1263</sup> Vgl. mit explizit positiver Wertung der Hebelung: UMP, Pressemitteilung 27.10.11, Accord de Bruxelles: Un pas décisif vers le sauvetage de la zone euro.

<sup>1264</sup> SPD und Grüne verfolgten weiterhin die Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds in Verbindung mit einer teilweisen Vergemeinschaftung der Altschulden. Einer Ausweitung der Haftungsvolumina der Rettungsschirme wurden allenfalls kurzzeitige stabilisierende Effekte zugestanden. Vgl. für die Grünen, Positionspapier 25.11.11 sowie für die SPD, Interview Frank-Walter Steinmeier in Focus, 31.10.11. Vgl. für PS und EELV: Projet 2012, 5.12.11.; zur Kritik an der geringen Reichweite europäischer Stabilisierungsinstrumente seitens des MoDem vgl. Pressemitteilung 9.12.11 sowie Wahlkampfrede François Bayrou, Strasbourg, 6.3.12.

<sup>1265</sup> Vgl. beispielhaft Pressemitteilung DGB, 29.6.12 sowie rückblickend in positiver Bewertung Pressemitteilung CFDT, 6.3.13. Vgl. Pressemitteilung Die Grünen, 29.6.12 sowie in vergleichbarer Positionierung EELV, 22.9.12, Antrag Conseil Fédéral. Vgl. ebenso Pressemitteilung MEDEF, 29.6.12: „La flexibilité donnée aux mécanismes européens de soutien financier (FESF et MES) représente une avancée nécessaire vers une plus forte intégration financière dans la zone euro.“ Vgl. für die SPD: Interview Peer Steinbrück, Deutschlandradio, 30.6.12, „Zu spät, zu wenig, zu ungefährlich“. „Es ist in der Tendenz richtig gewesen, dass Frau Merkel behilflich gewesen ist, dass die Südländer aus dem wahnsinnigen Zinsdruck herauskommen.“ Für den PS vgl.: WELT, 27.6.12, So soll das neue Europa aussehen, sowie Rede Jean-Marc Ayrault in Senat, 5.7.12 und Bernard Cazeneuve in Revue socialiste, Nr. 49, 1/2013, S. 33-36, Le 6 mai a été vécu par les socialistes d'Europe comme une raison d'espérer: „Par ailleurs, depuis juin, des décisions importantes ont permis de renforcer la stabilité de la zone euro, d'affirmer son intégrité et l'irréversibilité de la monnaie unique. Les instruments d'assistance financière (MES et FESF) sont désormais mobilisables pour racheter de la dette souveraine sur le marché secondaire, afin de limiter les taux d'intérêts de pays comme l'Italie et l'Espagne, qui font des efforts colossaux.“

Ausgestaltung einer europäischen Bankenunion rief in konservativen Teilen der SPD Skepsis hervor.<sup>1266</sup> Ebenso war die Kommentierung in der SZ zunehmend gespalten zwischen der Unterstützung von Transferelementen als Konsequenz der Integrationslogik<sup>1267</sup> und Warnungen vor rechtlichen und wirtschaftlichen Gefahren des Krisenmanagements.<sup>1268</sup> In Le Monde wurde hingegen eher die Notwendigkeit einer pragmatischen Umsetzung der Gipfelbeschlüsse zur Bankenrettung gefordert.<sup>1269</sup>

In der französischen Presseberichterstattung über die Ausgestaltung europäischer Stützungsinstrumente nahm die Politik der Bundesregierung, verkörpert durch Kanzlerin Angela Merkel, eine zentrale Rolle ein. In leicht unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen und Bewertungen wurden sowohl in Le Monde als auch in Le Figaro das Handeln der Kanzlerin vor dem Hintergrund der politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland erörtert und der europapolitische Einfluss der Bundesregierung über den Krisenverlauf hinweg kommentiert. In beiden Zeitungen wurde die Zurückhaltung hinsichtlich der Einrichtung von Krediten für den griechischen Staat auf besonders hohe Anforderungen in Bezug auf die Rechtssicherheit von etwaigen Hilfen innerhalb der Währungsunion und das populäre Motiv von erfolgreichen, mit Einschnitten verbundenen Strukturreformen im vergangenen Jahrzehnt zurückgeführt. Die Argumentationslinien konservativer Milieus, insbesondere die Kommentierung seitens der FAZ, wurden dabei als

---

<sup>1266</sup> Vgl. zu SPD-internen Auseinandersetzungen zwischen dem rechten Seeheimer Kreis und der Parteilinken: Interview Peer Steinbrück in Focus, 11.6.12 sowie SPIEGEL, 18.6.12, Flucht ins Gedöns und Frankfurter Rundschau, 20.7.12, An der Schmerzgrenze - SPD-Haushaltsexperte Schneider hadert mit dem Spanien-Votum.

<sup>1267</sup> Vgl. SZ, 27.6., Schonfrist für den Euro sowie 4.7.12, Moderne Dolchstoßlegenden: „Richtig daran ist, dass Merkel beim EU-Gipfel Rücksicht nehmen musste auf die Wünsche der Opposition. Richtig ist auch, dass sie freier hätte verhandeln können ohne diesen Zwang. Wer von der Opposition deshalb verlangt, der Kanzlerin blind zu folgen, sieht Deutschland im Juli 2012 offenbar im Kampf der Nationalstaaten. Und er übersieht, dass in der Europäischen Union eine staatenübergreifende Innenpolitik entsteht.“ Vgl. SZ, 25.7.12, Nun gilt es: „Ohne eine zumindest begrenzte europäische Haftungsgemeinschaft kann der Euro nicht mehr glaubwürdig verteidigt werden.“. Vgl. ebenso SZ, 2.8.12, Auf sie mit Gebrüll.

<sup>1268</sup> Vgl. SZ, 6.6.12, Europas Rettung: „Wieso sollen die Deutschen für Schulden anderer Staaten haften, wenn sie nicht über deren Budget-, Wirtschafts- und Strukturpolitik mitbestimmen können? Zugespißt formuliert: Wenn die Franzosen ihre Arbeitswoche nach 35 Stunden beenden, mit 60 Jahren in Rente gehen und Zehntausende neue Beamte einstellen, müssen dann die Deutschen für daraus folgende Defizite einstehen? Weder das Bundesverfassungsgericht noch die deutschen Wähler würden dem zustimmen.“; Vgl. SZ, 13.6.12, Risiko, Risiko; 16.6.12, Die Krise des Euro; 16.6.12, Die rote Linie; 30.7.12: Machtanmaßung; 31.7.12: Lauter quälende Debatten. Vgl. kritisch gegenüber der Übernahme von Haftungsrisiken durch europäische Steuerzahler: SZ, 5.12.12: Zu viel Athen, zu wenig Madrid. Vgl. SZ, 31.12.12, Prophet oder Scharlatan: „Besonders schwierig ist, dass Südeuropäer[n] und Franzosen bei Gemeinsamkeit vor allem neue Geldquellen einfallen, ob eine EU-weite Arbeitslosenversicherung oder EU-weit ausbeutbare Sparkonten.“

<sup>1269</sup> Vgl. Le Monde, 27.7.12, Urgence économique, désinvolture politique: „On avait cru pouvoir exprimer un peu d'optimisme. C'était compter sans les gouvernants de la zone euro, leur désinvolture, leur irresponsabilité. A peine sortis du sommet, ils se disputaient déjà sur son interprétation. On ne sait toujours pas si l'aide à Madrid transitera ou non par l'Etat". Vgl. zuvor Le Monde, 15.9.11, Marchés affolés, politique impuissante.

Belege herangezogen.<sup>1270</sup> Zudem wurde der restriktive Kurs der Kanzlerin als Relativierung bisheriger europapolitischer Prioritäten gedeutet.<sup>1271</sup> In der Bewertung des Handelns der

---

<sup>1270</sup> In Le Monde und Le Figaro wurden entsprechend ähnliche Bilder genutzt. Vgl. Le Monde, 7.2.10, La « mauvaise » Grèce met l'euro sous tension: „La crise des "pays du Club Med", comme les avait aimablement qualifiés l'Allemagne autrefois, souligne l'hétérogénéité de l'Euroland." Vgl. Le Monde, 13.2.10, L'Europe se contente d'un soutien politique à la Grèce. Vgl. mit Verweisen auf vorherige FAZ-Artikel: Le Monde, 13.2.10, En Allemagne, l'éventuel renflouement de la Grèce suscite une forte opposition sowie Le Figaro, 22.2.10, L'opinion publique allemande impose ses normes aux autres Européens. Vgl. ausführlicher: Le Monde, 4.3.10, Solidarité: „C'est pourquoi les mensonges des dirigeants grecs provoquent une telle hargne, pour ne pas dire plus, en Allemagne. Les discours n'y ont rien à envier à ceux de Margaret Thatcher. Comme la Dame de fer en son temps, les Allemands calculent aujourd'hui ce qu'ils ont donné aux pays déficitaires, notamment ceux du "Club Med ", et ne sont pas loin de vouloir qu'on leur rende leur argent. Ils ne veulent pas entendre parler de solidarité, même s'ils ont tendance à oublier que la hausse du pouvoir d'achat dans ces fameux pays du "Club Med " leur a aussi beaucoup profité." Vgl. Le Figaro, 26.3.10, Pourquoi tant de réticences en Allemagne?: „L'intransigeance d'Angela Merkel s'explique par les lourds efforts économiques consentis par les Allemands depuis la réunification. La pression de l'opinion, qui refuse de payer pour les pays de « Club Med », a pesé lourd dans le sauvetage grec. La chancelière doit aussi composer avec un paysage politique difficile, son partenaire libéral étant vent debout contre l'idée d'un renflouement. Son ministre des Finances, Wolfgang Schäuble, est également un tenant de la ligne dure face à la Grèce. Le calendrier électoral incite à ne rien lâcher, puisque des élections régionales à haut risque se profilent le 9 mai en Rhénanie du Nord-Westphalie, qui pourraient faire passer à gauche le Bundesrat, la Chambre haute. Enfin Angela Merkel sait que les défenseurs de l'orthodoxie n'attendent qu'un faux pas pour introduire une plainte devant la Cour constitutionnelle. Lors du lancement de l'euro, celle-ci avait donné son feu vert à l'abandon du Deutschemark en échange d'une lecture très stricte du traité de Maastricht, notamment de la clause interdisant le sauvetage des pays endettés de la zone euro. Certes, on peut invoquer une « catastrophe » pour contourner les textes ; mais pour Berlin, les conditions ne sont pas actuellement remplies." Vgl. Le Monde, 19.3.10, Eurodivision: „Mercredi, la chancelière y revenait devant le Bundestag: elle veut une modification des traités pour prévoir l'exclusion d'un mauvais élève de l'Union monétaire. Faut-il comprendre qu'il n'y aura d'aide pour la Grèce qu'à ce prix ? Angela Merkel a ses raisons. Elle a une opinion réticente, elle dirige une coalition divisée. Enfin, elle venait d'être "chauffée" par Christine Lagarde, qui avait inauguré cette belle semaine " européenne " en critiquant le modèle allemand: une économie tirée par les exportations, plus que par la demande intérieure, et qui, de ce fait, déséquilibre l'ensemble de la zone euro. La ministre française de l'économie n'a pas tort, loin de là. Etait-ce le moment pour lancer ce débat?"; vgl. kritisch in Bezug auf die fehlende europolitische Weitsicht der Kanzlerin: Le Monde, 25.3.10, L'incompréhensible stratégie d'Angela Merkel. Vgl. Le Monde, 26.3.10, L'intransigeance d'Angela Merkel reflète l'exaspération des Allemands. Vgl. Le Monde, 19.5.10, „Solidité, stabilité ", les règles de l'euro selon Angela Merkel: „(...) Avec un leitmotiv: "Cela figure dans les traités". L'argument est capital pour une Allemagne obsédée par le respect du droit. Il est décisif pour Angela Merkel, qui craint toujours la censure de la Cour constitutionnelle de Karlsruhe. La plainte déposée contre le plan d'aide à la Grèce n'a pas empêché le gouvernement d'aller de l'avant, mais la Cour ne s'est pas prononcée sur le fond. Et d'autres recours sont attendus contre le plan de sauvetage de l'euro."

<sup>1271</sup> Vgl. mit ähnlichen Urteilen: Le Monde, 1.4.10, Angela Merkel, la chancelière comptable de l'Europe: „La crise grecque joue comme un détonateur : la révélation d'une rupture déjà amorcée mais jusque-là plus discrète entre l'Allemagne et l'Europe, entre une nouvelle génération de chanceliers nés après la guerre, Gerhard Schröder puis Angela Merkel, et les pionniers de la reconstruction allemande, de Konrad Adenauer à Helmut Kohl. Contrairement au mythe, le très européen M. Kohl avait commencé à mettre en question la contribution financière de l'Allemagne. Mme Merkel, qui doit d'autant moins à l'Europe de Robert Schuman qu'elle a été élevée à l'Est, s'est peu à peu débarrassée des derniers complexes" sowie Le Figaro, 3.4.10, La lente dérive de l'Allemagne vers l'Oural: „Acclamée par une opinion publique allemande extatique, la chancelière vient en fait de briser, sans doute définitivement, les mécanismes de solidarité et de convergences mis en place pendant les vingt dernières années de politique européenne. (...) Troisièmement, et ce n'est pas le moindre des paradoxes, la nouvelle réorientation de l'Allemagne assure le triomphe posthume d'une certaine forme de RDA, qu'incarne la chancelière : prussienne, autarcique et slavophile. Le modèle rhénan, tant célébré autrefois, est effectivement résorbé."

konservativen Bundesregierung im Krisenverlauf signalisierten insbesondere Kommentatoren von Le Figaro Zustimmung und nutzten dies gleichzeitig zur Kritik an der französischen Linken<sup>1272</sup>, während die deutsche Führungsrolle in Le Monde reserviert betrachtet wurde.<sup>1273</sup>

Trotz der geteilten Ziele und ideologischer Schnittmengen blieben hinsichtlich der Ausgestaltung europäischer Solidarität gemeinsame grenzüberschreitende Vorstöße von politischen Parteien in Deutschland und Frankreich stark begrenzt. Zwar gaben PS und SPD im Juni 2011 in einer gemeinsamen Erklärung das Ziel, „Euro-Bonds oder anderer Mechanismen, die es den Ländern der Eurozone ermöglichen, sich für einen Teil der Verschuldung kostengünstig an den Märkten zu refinanzieren“<sup>1274</sup>, an. Vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlich und politisch geringen Umsetzungsmöglichkeiten gemeinschaftlicher Haftung in Deutschland konzentrierte sich die Parteispitze der SPD in der gemeinsamen Kommunikation mit dem französischen Partner auf die Forderung einer

---

<sup>1272</sup> Vgl. Le Figaro, 11.12.10, Pas de parapluie obligatoire pour l'Europe. Vgl. Le Figaro, 30.9.11, La stratégie du « pas à pas » de Merkel a été payante. Vgl. Le Figaro, 29.10.11, Les Allemands louent les nerfs d'acier de la chancelière. Les Allemands louent les nerfs d'acier de la chancelière. Vgl. Le Figaro, 23.5.12, Pourquoi les Allemands ont horreur des « eurobonds ». Vgl. kurz nach dem Amtsantritt Hollandes: Le Figaro, 27.6.12, Merkel rejette sans appel les idées françaises: „S'il [François Hollande; J.R.] ne veut pas être condamné à régner sur les pays du « Club Med », Hollande devra se montrer plus entreprenant pour reconquérir sa place dans le tandem franco-allemand. Vgl. anlässlich des positiven Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Rechtmäßigkeit des ESM: Le Figaro, 13.9.12, Une victoire politique pour Angela Merkel, confortée dans son rôle de chef en Europe. Vgl. in Anlehnung an optimistische Neujahrsansprache François Hollandes: Le Figaro, 2.1.13, Pour Merkel, la crise n'est pas « surmontée ». Vgl. ebenso Le Figaro, 14.2.13, Les trois échecs de Hollande en Europe.

<sup>1273</sup> Vgl. Le Monde, 26.11.10, Pour rassurer le contribuable allemand, Mme Merkel n'hésite pas à inquiéter les marchés. Vgl. ebenso Le Monde 12.12.10, « Der Euro spricht Deutsch » sowie Le Monde, 16.3.11, L'Allemagne aux commandes de la zone euro und 1.6.11, L'Allemagne face à la tentation risquée du cavalier seul. Vgl. ebenso Le Monde, 15.7.11, L'euro ou la triste histoire d'une libido qui flanche: „Il fut un temps où un chancelier allemand dans de telles circonstances - qu'il s'appelle Helmut Schmidt ou Helmut Kohl - avait assez d'envergure politique pour dire à ses élus: l'intérêt supérieur de l'Allemagne est de ne rien entreprendre qui puisse fragiliser l'euro. Il fut un temps où le même chancelier pouvait, à l'appui de sa démonstration auprès des contribuables allemands, évoquer aussi l'intérêt supérieur de l'Europe...A l'évidence, ce temps n'est plus. L'Allemagne est comme les autres membres de l'Union: repliée sur elle-même, d'abord attachée à la défense de ses intérêts nationaux - bref, ayant de l'Europe une vision strictement comptable, "à la Thatcher". Vgl. Le Monde, 22.10.11, L'Allemagne bloque le sauvetage de la zone euro. Vgl. Le Monde, 8.7.12, L'union bancaire déchaîne les économistes allemands. Vgl. insbesondere Le Monde, 9.3.13, Incompréhensions allemandes: „Fiers de leurs succès, les Allemands, gauche et droite confondues, n'ont qu'une seule recette à apporter à leurs voisins : faites comme nous il y a dix ans. Restructurez-vous, et vous redeviendrez compétitifs. Pour eux, les difficultés des pays latins sont essentiellement dues à un manque de courage politique. Les conservateurs font remarquer que dans cinq pays en crise (l'Irlande, l'Espagne, Chypre, le Portugal et la Grèce), la droite a d'ailleurs remplacé des gouvernements de gauche. Les Allemands considèrent donc que les autres Etats sont dans un processus d'ajustement douloureux mais nécessaire et, au final, bénéfique.“

<sup>1274</sup> Gemeinsame Erklärung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Sozialistischen Partei Frankreichs, 21.6.11, Mehr Mut und Solidarität in der Krise - gemeinsam für eine starke europäische Wirtschaftsregierung.

stärkeren Unterstützung von Wirtschaftswachstum in der Eurozone.<sup>1275</sup> Instrumente europäischer Solidarität wie etwa Gemeinschaftsanleihen waren ab Herbst 2011 nicht mehr Gegenstand gemeinsamer Initiativen. Angesichts des Debattenverlaufs in Deutschland vermied die SPD einen Konfrontationskurs zur Europapolitik der konservativ-liberalen Koalition und relativierte ihre Unterstützung.<sup>1276</sup> Die Kritik seitens des Parti Socialiste konzentrierte sich auf als unsolidarisch empfundene Konservative und Liberale in Deutschland.<sup>1277</sup> Das als Alternative zu Euro-Bonds diskutierte Konzept eines Altschuldentilgungsfonds der Wirtschaftsweisen wurde auch durch Vertreter des PS wahrgenommen,<sup>1278</sup> jedoch nicht weiter konkretisiert.

#### **4.4.3 Zurückweisung der Rettungspolitik und Entwicklung alternativer Konzepte**

In den Randbereichen des politischen Spektrums wurde sowohl von links als auch von rechts das europäische Krisenmanagement in der durchgeführten Form abgelehnt. Basierend auf einer grundlegenden Zurückweisung der Organisationsform der Währungsunion sowie teilweise auch der Europäischen Union als solcher, wurden durch Vertreter der extremen Linken (Die Linke, Front de Gauche) als auch der Rechten (AfD, Front National) Alternativen zu den Rettungsschirmen EFSF und ESM beworben. Bei den französischen Parteien war dabei die Bereitschaft zu einem Bruch mit der bestehenden Konstruktion der Gemeinschaftswährung wie auch der europäischen Einigung insgesamt tendenziell stärker ausgeprägt, in dem Sinne, dass Erinnerungen an das Referendum über die europäische Verfassung von 2005 reaktiviert wurden und die Anforderungen der

---

<sup>1275</sup> Vgl. SPD, Pressemitteilung 17.3.12, Gemeinsam Europa verändern. Vgl. ebenso Interview Sigmar Gabriel und François Hollande in FAZ, 26.3.12, Ziemlich beste Freunde sowie Interview Sigmar Gabriel in WELT, 2.5.12, „Merkel verleumdet Hollande.“

<sup>1276</sup> Vgl. hierzu auch Le Figaro, 15.6.12, Entre Berlin et: „L'opposition sociale-démocrate, cousine idéologique du PS français, va dans le même sens: pas de garantie européenne sans responsabilité nationale. Les eurobonds, chers à François Hollande, « ne sont probablement pas compatibles avec la Constitution allemande », confirme Petra Merkel, présidente de la commission du budget au Bundestag (SPD). Comprendre : les socialistes français seraient bien inspirés de mesurer l'enjeu. Le rendez-vous que l'Élysée a accordé au trio de tête du SPD semble n'avoir rien arrangé sur la ligne Berlin-Paris.“ Vgl. zu Vorbehalten seitens der SPD: SPIEGEL, 18.6.12, Flucht in Gedöns: „Schon vor einigen Wochen meldete sich Ex-Parteichef Franz Müntefering in der Bundestagsfraktion zu Wort und warnte vor zu viel Nähe zum französischen Präsidenten François Hollande, der sich für Euro-Bonds stark gemacht hatte.“

<sup>1277</sup> Vgl. beispielhaft Nouvelles Internationales, 31.3.10, L'UE a les moyens juridiques d'aider la Grèce; Nouvelles Internationales, 29.4.10, La solidarité européenne en panne; Nouvelles Internationales, 12.5.10, Europe, réveille-toi!; vgl. Maximes des Gayets in Libération, 10.2.12, Passion allemande, impensé de la Méditerranée. Vgl. weiterhin Jean-Christophe Cambadélis in Nouvelles Internationales, 21.2.12, La crise grecque et le traité européen sowie Programm zur Europawahl 2014: „A quel niveau de la crise de la dette faudra-t-il arriver pour que la chancelière conservatrice accepte de réfléchir à la possibilité de mutualiser une partie des dettes des Etats membres et mettre en place un „fonds de rédemption“ préventif et dissuasif face aux attaques spéculatives.“

<sup>1278</sup> Vgl. PS, programmatischer Beitrag Henri Weber, Europe: quel fédéralisme, et pour quoi faire?, 17.7.12.

europäischen Stabilisierungspolitik als Beleg einer fehlgeleiteten europäischen Integration herangezogen wurden.

Die offizielle Linie der Linkspartei bestand darin, ein Auseinanderbrechen der Gemeinschaftswährung oder eine Insolvenz Griechenlands zu verhindern.<sup>1279</sup> Kernanliegen der Partei war, wie beispielsweise im Wahlprogramm 2013 festgehalten, eine sozialere Ausgestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion, ohne jedoch den Euro an sich infrage zu stellen:

„Auch wenn die Europäische Währungsunion große Konstruktionsfehler enthält, tritt DIE LINKE nicht für ein Ende des Euro ein. Voraussetzung für dessen Fortbestand ist, dass der Kurs der Austerität, der Kürzungspolitik, beendet wird.“<sup>1280</sup>

Die Positionierung des französischen Front de Gauche ließ hingegen größeren Interpretationsspielraum zu und wurde in der Presseberichterstattung teilweise als offen eurokritisch dargestellt.<sup>1281</sup> Auch wenn ein Ende des Euro nicht Bestandteil der Programmatik war und vor einem innereuropäischen Abwertungswettbewerb sowie nationalistischen Spannungen gewarnt wurde,<sup>1282</sup> so sprach sich der Parteivorsitzende Jean-Luc Mélenchon im Nachgang zur Europawahl 2014 offen für eine Auflösung der Gemeinschaftswährung aus: „La question n'est plus de savoir si on doit sortir de l'euro, mais quand et comment on le fera“<sup>1283</sup>. Überlegungen zum Rückbau des Euro wurden seitens der deutschen Linkspartei durch den ehemaligen Vorsitzenden und früheren Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine zum Ausdruck gebracht. Da es seit Beginn der Währungsunion nicht ausreichend gelungen sei, makroökonomische Unterschiede zwischen den Teilnehmerstaaten zu nivellieren, plädierte Lafontaine in einer persönlichen Erklärung für eine Rückkehr zu nationalen Währungen.<sup>1284</sup> Parteiinterne Debatten zum

---

<sup>1279</sup> Vgl. beispielhaft Interview Lothar Bisky in Frankfurter Rundschau, 6.3.10 sowie Pressemitteilungen Die Linke, 23.3.10 und 3.5.10.

<sup>1280</sup> Die Linke, Bundestagswahlprogramm 2013, S. 49.

<sup>1281</sup> Vgl. Le Monde, 23.6.11, Les leaders politiques français restent divisés face à la crise grecque.

<sup>1282</sup> Vgl. Front de Gauche, Programm zur Europawahl 2014, Rompre et refonder l'Europe; vgl. ebenso Positionspapier Front de Gauche, 21.2.11, Quelle Europe: „Nous ne proposons pas de sortir de l'euro, car nous ne voulons pas renforcer l'hégémonie du dollar et parce que pour nous la priorité est de remettre en cause la main mise des marchés financiers sur les richesses créées par les Européens. Ce n'est pas le principe d'une monnaie européenne qui est en cause, mais sa gestion par une Banque centrale indépendante vouée par ses statuts à la défense des détenteurs de ces capitaux rendus totalement libres de circuler par le traité de Lisbonne.“

<sup>1283</sup> Jean-Luc Mélenchon, zitiert nach Le Monde, 13.5.14, En France aussi, les eurosceptiques se sentent pousser des ailes.

<sup>1284</sup> Vgl. Persönliche Erklärung Oskar Lafontaine, 30.4.13, Wir brauchen wieder ein Europäisches Währungssystem, (abrufbar unter <https://www.oskar-lafontaine.de/links-wirkt/wir-brauchen-wieder-ein-europaeisches-waehrungssystem/>; zuletzt aufgerufen am 19.8.21): „Die einheitliche Währung hätte von Bestand sein können, wenn die beteiligten Staaten eine aufeinander abgestimmte produktivitätsorientierte Lohnpolitik verfolgt hätten. Weil ich diese Lohnkoordination für möglich hielt, habe ich den 90er Jahren die Einführung des Euro befürwortet. Aber die Institutionen zur Koordinierung, wie vor allem der makroökonomische Dialog, sind von den Regierenden unterlaufen worden. Die Hoffnung, dass durch die Einführung des Euro auf allen Seiten ökonomische Vernunft

Euro-Kurs<sup>1285</sup> wurden durch die Führung dahingehend moderiert, dass als strategisches Ziel nicht die Beendigung der Währungsunion, sondern vielmehr deren Erweiterung um eine Sozial- und Wirtschaftsunion formuliert wurde.<sup>1286</sup>

Die Unruhe in der Linkspartei war auch im Aufkommen der Alternative für Deutschland begründet, die aus einer liberal-konservativen volkswirtschaftlichen Analyse heraus mit Verweis auf eben jene ökonomische Heterogenität der Eurozone für eine Verkleinerung der Währungsunion warb.<sup>1287</sup> Grundsätzlich protektionistisch und stärker unilateralistisch argumentierend wehrte der Front National den Euro an sich sowie die mit der Gemeinschaftswährung verknüpfte Stabilisierungspolitik à priori ab. In dieser Perspektive wurde der Euro als gescheitertes politisches Experiment und Vehikel für eine Vertiefung der europäischen Union gesehen. Auf der Grundlage unterschiedlicher Herleitungen forderte der Front national wie auch die sich konstituierende AfD eine Rückkehr zu nationalen Währungen. Die französischen Rechtsextremen waren in ihrer

---

erzungen würde, hat getragen. Heute ist das System aus den Fugen. Um eine annähernd ausgeglichene Wettbewerbsfähigkeit wieder zu erreichen, müssten, so Hans-Werner Sinn kürzlich im Handelsblatt, Länder wie Griechenland, Portugal oder Spanien gegenüber dem Durchschnitt der EU-Länder um 20 bis 30 Prozent billiger und Deutschland um 20 Prozent teurer werden. Die letzten Jahre haben aber gezeigt, dass eine solche Politik keine Realisierungschance hat. Eine reale Aufwertung über steigende Löhne, wie sie im Falle Deutschlands notwendig wäre, ist mit den deutschen Unternehmerverbänden und dem diesen folgenden neoliberalen Parteienblock, bestehend CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen, nicht zu machen. Die reale Abwertung über sinkende Löhne, die 20- bis 30-prozentige Einkommensverluste in Südeuropa und sogar in Frankreich verlangt, führt – wie wir in Spanien, Griechenland und Portugal schon sehen können – zur Katastrophe. Wenn reale Auf- und Abwertungen auf diesem Wege nicht möglich sind, dann muss man die einheitliche Währung aufgeben und zu einem System zurückkehren, das, wie beim Vorläufer der Währungsunion, dem Europäischen Währungssystem, Auf- und Abwertungen erlaubt.“

<sup>1285</sup> Vgl. Rede Sevim Dagdelen, Kundgebung 1.5.13 in Siegen: „Mehr Mut in Deutschland in den politischen Debatten, das wünsche ich mir auch beim Thema Euro: Oskar Lafontaine hat jetzt eine Debatte aufgegriffen, die in Frankreich gerade bei linken Ökonomen schon seit längerem geführt wird. Oskar Lafontaine, der sich selbst als überzeugter Europäer bezeichnet und den Euro lange Jahre befürwortet hat, spricht nun von einem Scheitern des Euro. Denn er ging wie viele andere davon aus, dass es gelingen würde, die Wirtschaftspolitik der Mitgliedsländer zu koordinieren, vor allem die Lohnpolitik. Das ist aber leider nicht eingetreten. In Südeuropa sind die Löhne und Ausgaben zu stark gewachsen, während in Deutschland ein massives Lohndumping betrieben wurde. Deshalb schlägt er vor, dass wir zum früheren europäischen Währungssystem zurückkehren, das Auf- und Abwertungen nach gegenseitigen Absprachen ermöglicht. Neben dem Euro, so Oskar Lafontaine, müssen dazu wieder nationale Währungen eingeführt werden. Und ich finde, das ist eine Debatte die wir hier führen müssen! Es darf hier keine Denkverbote geben.“

<sup>1286</sup> Vgl. Taz, 1.5.13, Lafontaine will den Euro nicht.

<sup>1287</sup> Vgl. Interviews Bernd Lucke in WAZ, 25.3.13, Wir wollen den Euro auflösen sowie Tagesspiegel, 27.4.13, Europa kann am Euro scheitern und in Der Spiegel, 8.7.13, „Ach, Herr Lucke“: „Es darf aber keine gemeinsame Haftung geben – weder über Rettungsschirme noch über Euro-Bonds. Sonst sollten wir lieber alle zu nationalen Währungen zurückkehren.“ Vgl. zur Forderung nach Verfahren für Staatsinsolvenzen im Euroraum: Interview Bernd Lucke in Der Spiegel, 14.4.14. Vgl. ebenso Taz, 15.4.13, Politik für eine Mark sowie Der Spiegel, 17.6.13, Die Taschenrechner.



Ablehnung radikaler und betrachteten nicht nur sämtliche Zahlungen zur Unterstützung Griechenlands als nutzlos<sup>1288</sup>, sondern riefen zum Rückbau der Europäischen Union auf.<sup>1289</sup>

Die Herausforderungen staatlicher Verschuldung und der Refinanzierung an Finanzmärkten wurden länderübergreifend im linken politischen Spektrum thematisiert. Die deutsche Linkspartei bewegte sich dabei stärker als der Front de Gauche innerhalb der Rahmenbedingungen der Wirtschafts- und Währungsunion und unterstützte bereits frühzeitig und bis in den Herbst 2011 die Forderungen nach Eurobonds zur Absenkung der Refinanzierungskosten für Krisenstaaten.<sup>1290</sup> Gleichzeitig stellten Gemeinschaftsanleihen aus Sicht der Linken allenfalls eine Übergangslösung dar, ehe mittels einer Revision des Lissabonner Vertrags weitreichendere Lösungen zur Beendigung der Abhängigkeit staatlicher Refinanzierung von Finanzmärkten getroffen werden könnten.<sup>1291</sup> Parallel zu Vorstößen in Richtung Euro-Bonds forcierte die Linkspartei die Idee einer direkten Kreditvergabe durch die EZB und die Durchführung von Schuldenschnitten.<sup>1292</sup> In diesen Positionen bestanden große Übereinstimmungen mit dem Front de Gauche, der einer möglichen Emission von gemeinschaftlichen Anleihen wenig Beachtung schenkte und auf

---

<sup>1288</sup> Vgl. Front national, Pressemitteilungen 28.10.11, Accord de Bruxelles: les Français condamnés à payer toujours plus! sowie 24.11.11, Il est temps d'admettre la fin de l'euro et de protéger les Français und 21.11.12, Grèce et Euro: Les Français n'en peuvent plus de payer! Vgl. ebenso Pressemitteilung Front national, 23.7.12, Aggravation de la crise en Espagne: Hollande doit refuser de payer: „Après les expériences catastrophiques des précédents plans de renflouement, notamment en Grèce, le gouvernement français doit dès maintenant faire savoir qu'il refusera d'engager notre pays dans cette voie. (...) L'euro est arrivé au bout de sa calamiteuse existence. Le drame qui se joue en Espagne, à nos portes, doit être l'occasion d'en prendre conscience et de préparer avec nos partenaires la fin inéluctable de cette désastreuse monnaie. La zone euro sortira la tête de l'eau quand elle aura chassé la caste euro-fanatisée qui la conduit droit dans le mur. La seule façon d'aider les peuples d'Europe, c'est de mettre fin à une monnaie unique devenue poison. (...) Nous devons refuser de mettre un centime supplémentaire dans ce puits sans fond, comme nous devons refuser le cadeau que l'Europe s'apprête à faire aux banques. D'autant que la Grèce n'est pas la seule victime de l'euro à sans cesse être renflouée : nous avons déjà largement payé pour la monnaie unique au Portugal et en Irlande. Très vite, l'Espagne et l'Italie viendront frapper à la porte. Maus qui paiera quand ce sera notre tour?"

<sup>1289</sup> Vgl. Front national, Pressemitteilung 21.11.12, Nouvelle hausse du budget européen: payer toujours plus pour une Europe en échec! Vgl. ebenso Pressemitteilung Front national, 12.6.13, Télévision grecque: un écran noir comme symbole de la dictature de l'euro et des banques: „Marine Le Pen témoigne sa solidarité au peuple grec et appelle au rassemblement de tous les Français pour imposer au plus vite un référendum sur la fin de l'Union européenne et le rétablissement de nos libertés de peuple."

<sup>1290</sup> Vgl. Die Linke, Pressemitteilungen 2.2.10, 4.3.10 und 22.3.10. Die Initiative Junckers für Eurobonds wurde ebenfalls positiv aufgegriffen. Vgl. Die Linke, Pressemitteilungen 4.12.10 und 7.12.10.

<sup>1291</sup> Vgl. Rede Gesine Löttsch in Bundestag, 15.12.10 sowie Bundestagsfraktion Die Linke, 3.1.12, Interview der Woche mit Barbara Höll.

<sup>1292</sup> Vgl. Die Linke, Pressemitteilung Sahra Wagenknecht 19.10.11: „Notwendig wären jetzt ganz andere Maßnahmen der EU. Die EZB muss endlich Direktkredite vergeben, damit die Subventionierung von Bankenprofiten durch EZB-Gelder aufhört. Darüber hinaus zeigt sich, dass das Herumdoktern an Einzelsymptomen das Grundproblem der Finanzkrise nicht löst. Es ist deshalb höchste Zeit, endlich über eine Gesamtentschuldung im Euroraum nachzudenken. Die EU darf nicht Bankenrettungsverein sein, sondern muss Politik im Interesse der in Europa lebenden Menschen machen.“. Vgl. ebenso Die Linke, Pressemitteilung 7.12.10.

eine grundsätzlichere Bewältigung der Schuldenproblematik abzielte. Der Parteivorsitzende Jean-Luc Mélenchon fasste etwa zusammen: „Je ne réfléchis pas en termes comptables. La dette n’est qu’un prétexte pour réaliser un coup d’Etat financier.“<sup>1293</sup> In der Wahrnehmung der französischen (extremen) Linken waren Euro-Bonds nicht zur Bewältigung einer in erster Linie *Spekulationskrise* im Euroraum geeignet, da das Instrument innerhalb des bestehenden Systems funktioniere und weitere Abhängigkeiten der Euro-Staaten gegenüber den Finanzmärkten geschaffen würde. Dementsprechend stellten Euro-Bonds für den Front de Gauche allenfalls ein Mittel zur Finanzierung gemeinsamer (Infrastruktur-)Projekte jedoch keinen Ansatz zur Bewältigung der akuten Schuldenkrise im Euroraum dar.<sup>1294</sup> Gleichzeitig nutzte der Front de Gauche das Versäumnis des PS und insbesondere der SPD, Eurobonds einzuführen, als Argumentation im Europa-Wahlkampf 2014.<sup>1295</sup>

Schnittmengen zwischen französischen und deutschen Linken bestanden im Konzept einer unmittelbar durch die EZB finanzierten europäischen Bank für öffentliche Anleihen, bzw. eines Fonds für soziale, solidarische und ökologische Entwicklung, welcher instabilen Teilnehmerstaaten günstige Konditionen zur Absicherung ihrer Verbindlichkeiten anbieten könnte.<sup>1296</sup> Diese Forderung brachten Die Linke und der Front de Gauche im Dezember 2011 in einem inhaltsgleichen Antrag jeweils in den Bundestag und die Assemblée nationale ein.<sup>1297</sup> Ebenso plädierten beide Parteien ideologisch konvergent für

---

<sup>1293</sup> Zitiert nach *Aujourd’hui en France*, 7.9.11, Kurzvorstellung Jean-Luc Mélenchon.

<sup>1294</sup> Vgl. Interview Jean-Luc Mélenchon in *Le Monde*, 24.8.11.

<sup>1295</sup> In der Darstellung des Front de Gauche zeigten die deutschen Sozialdemokraten durch ihr Abstimmungsverhalten sowie die Ausgestaltung des Koalitionsvertrags mit den Unionsparteien im Herbst 2013 eine unkritische Unterstützung eines neoliberalen Krisenmanagements. Vgl. Front de Gauche, 1.4.14, offener Brief der "Commission Europe" des Front de Gauche, *Tristes perspectives européennes*: „Le SPD a notamment renoncé à toute idée de mutualiser les dettes publiques. Les alliés européens de Hollande n’ont pas plus de parole que ce dernier. Non seulement ils y renoncent, mais inscrivent noir sur blanc l’opposition du nouveau gouvernement à cette hypothèse (« Le principe voulant que chaque État membre reste lui-même responsable de ses propres engagements doit demeurer. Toute forme de socialisation des dettes souveraines mettrait en danger la nécessaire orientation des politiques nationales », p.159). La négociation a été menée par Martin Schulz, qui s’est refusé à affronter Angela Merkel. Cela augure très mal du candidat commun de la social-démocratie européenne aux élections européennes.“

<sup>1296</sup> Vgl. Front de gauche, Tract 20.4.11, *Pacte pour l’euro: Une offensive contre les peuples: En opposition au « fonds de stabilisation financière » et aux plans d’hyperaustérités, nous exigeons la création d’un fonds de développement social et de solidarité* sowie Front de Gauche, *Strategiepapier 28.1.13, Imposer une alternative à l’austérité: "Face à la haine de l’autre, au repli sur soi, à la vision ethnique des sociétés, l’affrontement entre les peuples, la tentation totalitaire, nous faisons le pari d’une société de répartition et contrôle des richesses, de la justice sociale, de l’égalité des droits, de la démocratie active, de la panification écologique, de la solidarité internationale."*; vgl. zur europäischen Bank für öffentliche Anleihen Die Linke, *Beschluss Bundestagsfraktion 7.6.11* sowie Pressemitteilung 12.4.12: „DIE LINKE fordert die Finanzierung der öffentlichen Haushalte in der Eurozone über eine öffentliche europäische Bank, die zinsgünstige Kredite bei der EZB erhält. Die Staatsschulden sind durch einen harten Schuldenschnitt und eine europaweite Vermögensabgabe für Millionäre drastisch zu senken.“

<sup>1297</sup> Neben einem europäischen Fonds für eine soziale, solidarische und ökologische Entwicklung forderten beide Parteien unter anderem auch die europaweite Einführung einer Sondervermögensabgabe für Personen mit einem Privatvermögen oberhalb einer Million Euro. Vgl.

die Organisation eines europaweiten Schulden-Auditverfahrens zur Streichung eines Teils ausstehender Forderungen.<sup>1298</sup> Die Hilfskredite an Griechenland wurden auf Seiten der Linken ebenso abgelehnt wie die sukzessive ausgebauten sogenannten Rettungsschirme. Grundsätzlich wurden die Hilfen als wirkungslos und allein den Interessen von Banken und Spekulanten dienlich zurückgewiesen.<sup>1299</sup> Sowohl Die Linke als auch der Front de Gauche argumentierten, dass die verschiedenen Stabilisierungsinstrumente aufgrund ihrer Konditionalität jeweils auf die Durchsetzung einer unsozialen Kürzungspolitik zulasten der Bevölkerung abzielten, während notwendige Regulierungsmaßnahmen unterblieben.<sup>1300</sup> Planungen zu einer Bankenunion wurden ebenso negativ bewertet. Hier forderten beide Parteien bessere Regulierungen als prioritäre politische Aufgabe.<sup>1301</sup>

---

dazu Rede Axel Troost in Bundestag, 1.12.11, Gemeinsam mit Frankreich die Euro-Krise angehen. Vgl. ebenso Die Linke, Pressemitteilung 16.7.11: „Die Linke fordert, direkte Kredite einer öffentlichen Bank an Euro-Staaten zu vergeben, um das Geschäft mit der Staatsverschuldung zu beenden.“ sowie Pressemitteilung 8.9.11.

<sup>1298</sup> Vgl. Die Linke, Pressemitteilungen 7.12.10; 11.5.11 und 6.6.11. Vgl. Front de Gauche, Positionspapier Quelle Europe?, 21.2.11, sowie Front de Gauche, 22.7.11, Ce que nous voulons: L'humain d'abord, hier S. 31: „Nous agissons pour le réaménagement négocié des dettes publiques, l'échelonnement des remboursements, la baisse des taux d'intérêts les concernant et leur annulation partielle. Nous exigerons des moratoires et des audits sous contrôle citoyen.“ Vgl. zur Forderung einer europäischen Schuldenkonferenz: Front de Gauche, Programm zur Europawahl 2014: Rompre et refonder l'Europe: „La résorption de la dette publique sert aujourd'hui de prétexte à mener des politiques d'austérité drastiques. L'objectif clairement affiché est de casser toujours plus l'Etat social. La France n'est pas en état de cessation paiement : le pays est suffisamment riche pour assumer la dette actuelle. Mais surtout, les traités actuels ont contraint les Etats à contracter cette dette auprès des banques privées et des marchés financiers. (...) L'euro est une construction politique et historique qui est aujourd'hui au service des marchés financiers. Il est le produit d'une conception monétariste qui emprunte son modèle à la Bundesbank et dont le gouvernement Merkel est le plus fervent défenseur. Il n'est plus vivable tel qu'aujourd'hui. L'Euro tel qu'il est aujourd'hui n'est plus supportable pour les peuples. Au niveau européen, nous proposons la tenue d'une conférence sur les dettes publiques qui aboutirait à l'annulation d'une grande part des dettes insoutenables des Etats membres et une révision des échéances et conditions de remboursement voire l'annulation pure et simple.“

<sup>1299</sup> Vgl. beispielhaft Die Linke, Pressemitteilung 23.4.10; Rede Gregor Gysi im Bundestag, 5.5.10; Rede Gesine Löttsch im Bundestag, 7.5.10. Gesine Löttsch bezeichnete die EFSF als „Bankenrettungsschirm“. Vgl. dies., Rede im Bundestag, 19.5.10.

<sup>1300</sup> Vgl. für Die Linke, Rede Klaus Ernst im Bundestag, 19.5.10; Rede Gregor Gysi im Bundestag, 21.5.10. Vgl. ebenso Rede Alexander Ulrich im Bundestag, 24.11.10. Vgl. in ähnlicher Argumentation ebenfalls im Kontext des ESM und der Finanzhilfen für Portugal: Pressemitteilungen Die Linke, 12.2.11; 8.4.11 und 12.4.11. Zur Ablehnung der EFSF-Ausweitung vgl. Pressemitteilungen 27.9.11 und 28.9.11. Vgl. Pressemitteilung 14.3.12, ESM steht für Europäischer Spekulanten-Mechanismus. Vgl. auch im Kontext der Stützung spanischer Banken: Pressemitteilung Sahra Wagenknecht, 8.6.12: „Angela Merkel lässt nun endgültig die Maske fallen. Der Vorschlag, den spanischen Großbanken 100 Milliarden Euro aus dem sogenannten europäischen Rettungsschirm direkt in den Rachen zu werfen, zeigt, wie die Krisenpolitik à la Merkel funktioniert. Die öffentlichen Haushalte in ganz Europa werden mit gigantischen Summen in Haftung genommen. Die Zeche zahlen die Bürgerinnen und Bürger, weil die Bundeskanzlerin ganz Europa durch ihre Rezessionspolitik immer tiefer in die Krise treibt.“. Für den Front de Gauche vgl. Flugblatt, 12.4.11, Pacte pour l'euro: Une offensive contre les peuples: „En opposition au „fonds de stabilisation financière“ et aux plans d'hyperaustérité, nous exigeons la création d'un fonds de développement social et de sécurité.“. Vgl. auch Rede Pierre Laurent in Senat, 10.10.12: „Vingt sommets européens ont promis depuis 2008, le « sauvetage de l'Europe ». Ils n'ont fait que précipiter sa fuite en avant ; s'acharnant à faire payer l'addition de la crise des marchés financiers aux peuples européens.“

<sup>1301</sup> Vgl. Die Linke, Pressemitteilung 18.12.13 sowie Front de Gauche, Pressemitteilung 20.4.14.

Auf der rechten Seite des politischen Spektrums war die Bereitschaft zur Einrichtung von Stützungsfonds oder der Entwicklung von Konzepten zur Schuldentragfähigkeit in der Eurozone nochmals geringer. Der Front national strebte eine Rückkehr zu nationalen Währungen und den Ausbau politischer Kontrolle über die Nationalbank an<sup>1302</sup> und beteiligte sich entsprechend kaum an Debatten über die Ausgestaltung der Rettungspolitik. Auch lehnte der Front national die Rettungsschirme und insbesondere die Bereitstellung von Kreditlinien aus dem französischen Haushalt ab. In der Argumentation des FN dienten die Hilfen lediglich dem Zweck, das unausweichliche Scheitern der Gemeinschaftswährung künstlich zu verzögern.<sup>1303</sup> In Übereinstimmung mit den linksextremen Parteien in Deutschland und Frankreich bewertete der Front national die Rettungsfonds als Maßnahmen zur Implementierung einer Austeritätspolitik. Stärker noch als der Bankensenktor stand jedoch eine vermeintliche europäische technokratische Elite im Mittelpunkt der Kritik seitens des FN.<sup>1304</sup>

Im Krisenverlauf nahmen die Rechtsextremen auch die Skizzierung von Eurobonds durch den sozialistischen Präsidenten Hollande wahr, und wehrten das Instrument ab. Aus Sicht des FN waren europäische Gemeinschaftsanleihen einerseits mit der ökonomischen

---

<sup>1302</sup> Vgl. FN, Pressekonferenz 14.8.11: „En particulier, l'Etat doit retrouver la possibilité d'emprunter directement à taux très bas ou à taux nul auprès d'une Banque de France restaurée dans ses prérogatives" sowie Pressemitteilung 25.11.11.

<sup>1303</sup> Vgl. Front national, Pressemitteilung 8.8.11: „Dans l'immédiat, il faut cesser de renflouer les pays européens victimes de l'euro. Chaque milliard d'euros français versé est un milliard d'euros brûlé dans l'incendie de la dette." Vgl. ebenso Pressemitteilung 22.12.11: „Il manque d'ores et déjà 32 milliards pour ce plan de renflouement qui ne sera jamais que le quatrième. Arrêtons les frais!" sowie Pressemitteilung 1.12.12: FESF et MES: un débat national s'impose sur cette usine à gaz coûteuse. Vgl. grundsätzlich: Front national, 2013, Grand dossier „Tout ce qu'il faut savoir sur la fin de l'euro", S. 12: „Continuer dans l'euro c'est aussi accepter des plan de renflouement, (près de 70 milliards d'euros qui viennent grossir la dette publique en 2013) dont 11 milliards pour la Grèce (dette qu'elle ne remboursera sans doute jamais...), 13 et 38 milliards pour le FESF et le MES...". Marine Le Pen legitimierte ihre Forderungen nach einer Beendigung von Hilfszahlungen mit einem Verweis auf eine vermeintliche Blockadehaltung Deutschlands. Dabei verkürzte und überspitzte sie CDU-interne Debatten über eine mögliche Ausweitung der EFSF. Vgl. Front national, Pressekonferenz Marine Le Pen, 11.8.11: „Nous avons suffisamment de pauvreté, de misère, de chômage chez nous pour refuser de voir des dizaines de milliards d'euros français, gagnés grâce au travail des Français, versés à d'autres pays. Nous avons suffisamment de dette pour refuser de payer celle des autres. Les Allemands l'ont bien compris, eux qui refusent désormais tout effort supplémentaire pour renflouer les caisses des autres pays."

<sup>1304</sup> Vgl. FN, Pressemitteilung 7.11.11, Le gouvernement Sarkozy accentue sa guerre contre le pouvoir d'achat des Français. Vgl. ebenso Pressemitteilung 22.2.12, MES: La gauche démasquée: „En optant majoritairement pour l'abstention au sujet du Mécanisme Européen de Stabilité (MES) hier à l'Assemblée Nationale, la gauche française a montré une nouvelle fois qu'elle jouait contre le peuple et les travailleurs français. S'abstenir c'est laisser faire. C'est accepter le MES, la mise sous tutelle de nos économies et la condamnation à vie à l'austérité au nom d'un dogme supérieur : l'euro. S'abstenir, c'est accepter le diktat des banques et de la finance." Vgl. im Kontext der Zypern-Hilfen auch Flugzettel 11.4.13, L'Euro détruit votre épargne!: „Oui, les technocrates européens ont décidé d'aller puiser dans nos comptes en banque pour renflouer avec notre argent, leur créature : l'euro!". Vgl. auch FN, Pressemitteilung 29.4.14, Programme de stabilité du gouvernement: Non à l'austérité imposée par l'UE.

Gefahr eines Zinsanstiegs für Frankreich verbunden<sup>1305</sup>, stärker noch war die Zurückweisung politisch begründet, da Eurobonds als Vehikel für eine Entmachtung Frankreichs mittels einer Supranationalisierung (finanz-)politischer Kompetenzen empfunden wurden.<sup>1306</sup> Derartige Warnungen waren in das Narrativ einer Auflösung Frankreichs zugunsten einer stetig anwachsenden und sich vertiefenden Europäischen Union eingebunden und wurden auch nach der ergebnislosen Beendigung der Debatten um Gemeinschaftsanleihen auf europäischer Ebene durch den Front national zur Profilierung aufrechterhalten.

Die Alternative für Deutschland lehnte Eurobonds ebenso ab, argumentierte dabei jedoch strikt ökonomisch und verwies auf die drohende Verletzung der Nichtbeistandsklausel.<sup>1307</sup> Das wesentliche Motiv der AfD lag in der Erhaltung des ursprünglichen vertraglichen Regelwerks der Wirtschafts- und Währungsunion. Die im Frühjahr 2013 gegründete Partei bildete ein Forum für Konservative und Liberale, die im Krisenmanagement der Bundesregierung eine Verletzung der Nichtbeistandsklausel des Vertrags von Maastricht erkannten und für die strikte Einhaltung ökonomischer und rechtlicher Grundsätze eintraten. Die Einrichtung der Stabilisierungsfonds etwa rief massive Kritik auf Seiten von konservativen Volkswirtschafts-Professoren hervor, die vor Rechtsbrüchen im Zuge der Krisenbewältigung warnten. Dabei knüpften sie an überwiegend akademische Debatten aus der Zeit der Euro-Gründung an, als Ökonomen die Voraussetzungen für den Übergang zur Gemeinschaftswährung als nicht erfüllt ansahen und vor Konflikten in der Eurozone warnten.<sup>1308</sup> Jenseits von Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht nahmen die Volkswirtschaftsprofessoren durch kritische

---

<sup>1305</sup> Vgl. Front national, Pressemitteilung 24.5.12: „La mise en place d'eurobonds entraînerait mécaniquement une augmentation très forte des taux d'intérêt payés par la France pour rembourser sa dette parce qu'elle devrait assumer le risque des pays les plus fragiles, comme la Grèce. En conséquence, nos déficits et notre dette publique exploseraient. Les eurobonds, c'est la condamnation de la France au surendettement perpétuel“.

<sup>1306</sup> Vgl. Front national, Pressemitteilung 16.5.13: „Tout au plus a-t-on appris la volonté de fuite en avant fédéraliste de la zone euro que François Hollande entend imposer à la France, avec la création d'un impôt européen et la mutualisation de nos dettes. Pire, sans jamais évoquer le peuple, c'est la destruction totale de la démocratie qui pointe derrière ce projet.“

<sup>1307</sup> Vgl. Interview Bernd Lucke in Tagesspiegel, 20.4.13: „Ob man die Hilfe für südeuropäische Staaten nun in Form von Eurobonds gibt oder ob man sie in Form eines europäischen Stabilitätsmechanismus, also über diese gigantischen Rettungsschirme gibt, das ist eine nur noch graduelle Unterscheidung. Das ist die Unterscheidung, ob man teilschuldnerisch oder gesamtschuldnerisch haftet.“

<sup>1308</sup> Vgl. SZ, 24.2.10, Angriff auf den Euro - die „streitbaren Vier“ planen eine Verfassungsklage, falls EU-Milliarden nach Griechenland fließen; vgl. FR, 9.3.10, Hankel warnt vor Rechtsbruch; vgl. NZZ, 30.3.10, Namensbeitrag Wilhelm Hankel, Europäischer Währungsfonds: Rettung oder Ende des Euro?; vgl. Interview Joachim Starbatty in Tagesspiegel, 12.4.10, „Wenn Geld für Griechenland fließt, klage ich“; vgl. Der Spiegel, 28.6.10, Die Rückkehr der Antichristen.

Anzeigen<sup>1309</sup> und Kommentare<sup>1310</sup> in überregionalen Anzeigen und mittels offener Briefe<sup>1311</sup> an Bundestagsabgeordnete Einfluss auf die politische Debatte in Deutschland und warnten vor politisch wie ökonomisch negativen Auswirkungen einer Institutionalisierung von Transferleistungen zwischen den Euro-Staaten. Ähnlich argumentierte öffentlichkeitswirksam der ehemalige BDI-Vorsitzende Hans-Olaf Henkel.<sup>1312</sup> Der Spiegel erkannte im Anwachsen euro-kritischer Netzwerke außerhalb von Parteistrukturen eine strategische Herausforderung für die Bundeskanzlerin:

„Die Euro-Sorge der Deutschen ist auch ein Problem für Kanzlerin Angela Merkel (CDU). Nimmt sie die Ängste ernst, muss sie unnachgiebig gegen überschuldete Länder wie Griechenland und Portugal auftreten. Präsentiert sie sich als eiserne Kanzlerin, bliebe ihr nichts übrig, als mit der europafreundlichen Tradition der CDU-Altkanzler Konrad Adenauer und Helmut Kohl zu brechen.“<sup>1313</sup>

Die Argumentationslinien im Umfeld der AfD wiesen in erster Linie Überschneidungen mit Teilen der Basis der Unionsparteien und der FDP auf. Bundes- und auch europapolitische Aufmerksamkeit erlangte die Partei durch ihre ab Frühjahr 2013 formulierte Schlussfolgerung, Spannungen zwischen den Euro-Staaten durch die Rückkehr einzelner Mitglieder zu ihren jeweiligen nationalen Währungen aufzulösen.<sup>1314</sup> In Teilen der

---

<sup>1309</sup> Vgl. Anzeige Wilhelm Hankel, Wilhelm Nölling, Karl Albrecht Schachtschneider, Dieter Spethmann, Joachim Starbatty in FAZ, 6.7.10, Der Schutzschirm aus Brüssel rettet die Währungsunion nicht!; vgl. ebenso Anzeige in SZ, 16.11.10, Der Euro sprengt Europa.

<sup>1310</sup> Vgl. Namensbeitrag Bernd Lucke in FAZ, 10.6.11, Euro-Retter auf der falschen Spur. Lucke verwies auf potentielle Gefahren durch die unbefristeten ESM, sofern keine Insolvenzordnung für Staaten im Euroraum geschaffen würde. Weiterführend skizzierte er strategische Schwierigkeiten für die CDU: „Betrachten wir exemplarisch die Union: Sie hat in den letzten Jahrzehnten die meisten ihrer profilbildenden Charakteristika verflachen lassen oder verloren: Den demokratischen Nationalismus, die kirchliche Prägung, den Antikommunismus, die atlantische Orientierung, das Bekenntnis zu Familie und Bildungsbürgertum, das Eintreten für das gegliederte Schulwesen, die umwelt- und energiepolitische Kompetenz. Was bleibt, ist das Erbe Ludwig Erhards, der Mythos des Wirtschaftswunders und das tief verwurzelte Ressentiment vieler Wähler, Sozialisten könnten nicht mit Geld umgehen. Ein Scheitern des ESM würde CDU und CSU in ihrer letzten Kernkompetenz, dem wirtschaftlichen Sachverstand, desavouieren. Kaum besser wäre die Lage der FDP. Welche politischen Folgen hätte die zu erwartende starke Beschädigung der bürgerlichen Parteien, wenn die deutschen Bürgschaften in einer großen ESM-Krise eingefordert würden? Könnten SPD und Grüne profitieren, obwohl auch sie den ESM unterstützt haben? Oder würden sich die deutschen Wähler neuen, europaskeptischen Parteien zuwenden?“

<sup>1311</sup> Vgl. Joachim Starbatty et. al., Die sieben Lebenslügen der Union - Offener Brief an die Mitglieder der Christlich-Demokratischen Union. Vgl. auch FAZ, 25.2.11, VWL-Professoren gegen Euro-Politik sowie SZ, 17.3.11, Die Angst vor der Transferunion, darin im Kontext der EFSF-Ausweitung ein Auszug eines offenen Briefs an die Bundestagsabgeordneten: „Das Votum des deutschen Bundestags ist historisch: Er entscheidet darüber, ob Deutschland seine finanzwirtschaftliche Souveränität behält oder ob es für die Misswirtschaft anderer in Mithaftung genommen werden kann. Er wählt aber auch zwischen Vergemeinschaftung der Schulden und der Selbstverantwortung jeden Landes.“

<sup>1312</sup> Vgl. Der Spiegel, 1.10.11, Der Wut-Großbürger. Vgl. Kommentar Henkels in Welt, 11.11.11, Schluss mit der Euro-Romantik. Vgl. zur ansteigenden Euro-Skepsis in der deutschen Bevölkerung beispielsweise: Handelsblatt, 29.5.12, Europa, aber anders.

<sup>1313</sup> Der Spiegel, 27.12.10, Deutsche Urangst; vgl. ebenso ZEIT, 3.11.11, Die Geisterpartei: „Laut einer Umfrage für den Stern wünschen sich 54 Prozent der Deutschen die D-Mark zurück, im Osten sind es sogar 67 Prozent. Und 18 respektive 23 Prozent würden eine „D-Mark-Partei“ wählen.“

<sup>1314</sup> Vgl. FAZ, 4.3.13, Neue Partei vereint Kritiker der Euro-Rettung; vgl. Interview Bernd Lucke in Focus, 16.3.13: „Der Euro richtet großen Schaden an in den südeuropäischen Ländern und bringt

konservativen Berichterstattung wurde die Kritik der Alternative für Deutschland an der Eurokrisen-Politik als legitime Erweiterung des politischen Angebots bewertet.<sup>1315</sup> Wenn auch die Perspektive eines Rückbaus der Gemeinschaftswährung zwischen dem AfD-Umfeld und dem Front national geteilt wurde, so blieben die Interaktionen zumindest im untersuchten Zeitraum bis Mitte 2014 aufgrund der unterschiedlichen ideologischen Herleitungen stark begrenzt.<sup>1316</sup>

### **Zwischenbewertung: Keine Haftung ohne Kontrolle - eine regalbasierte europäische Solidarität**

Die Debatten zur Interpretation und Umsetzung europäischer Solidarität angesichts der Instabilität im gemeinsamen Währungsraum zeigten neben einem weitestgehend geteilten Ziel der Aufrechterhaltung des Euro in seiner bestehenden Form grundlegende länderspezifische Ausprägungen in Frankreich und Deutschland.

Auffällig war die Prägekraft eines orthodoxen konservativ-liberalen Ansatzes zur Krisenbewältigung. Die rechtlich verankerte Rückbindung der deutschen Beteiligung am Euro an Stabilitätsauflagen stellte die Krisenpolitik der Bundesregierung unter den Vorbehalt der Akzeptanz durch das Bundesverfassungsgericht. Zudem wirkten Vertreter einer konservativ geprägten akademischen Volkswirtschaftslehre und nicht zuletzt die

---

die anderen Länder in unüberschaubare Handlungsverpflichtungen. Mich stört die Tatsache, dass es in Deutschland keine Partei gibt, die eine Alternative zur Einheitswährung Euro aufzeigt. Es ist, als ob es ein Denkverbot gäbe: Kritik am Euro ist ungebührlich. Für die Steuerzahler in den Ländern bedeutet das alles große Belastungen. Länder wie Griechenland sind eindeutig bankrott.“;

<sup>1315</sup> Vgl. Portrait Luckes durch den Redakteur Winand von Petersdorff in FAZ, 24.3.13, Der Euro gefährdet den Frieden. Vgl. FAZ, 24.4.13, Euro ohne Illusionen: „Nun hat sich auch in Deutschland eine eurokritische Partei, die „Alternative für Deutschland, gebildet. Sie verzeichnet starken Zulauf. Nach einer aktuellen Umfrage scheint der Einzug in den Bundestag möglich, wenn die junge Partei um den Hamburger Ökonomen Bernd Lucke keine groben Fehler macht.“ Vgl. Welt, 29.7.13, Die Macht des Zweifels: „Mehr noch: Die AfD versucht, dem Unbehagen gegenüber der Euro-Rettungspolitik eine politische Gestalt zu geben. Sie bewirbt sich damit um ein populäres Mandat.“. Vgl. FAZ, 16.9.13, Professoren im Protestmodus: „Aus der Erfahrung überhöörter Einwände ist es verständlich, dass so viele deutsche Ökonomen die Währungsunion nun erbittert kritisch sehen und grundsätzliche Alternativen zur Rettungspolitik fordern. Es ist kein Wunder, dass die Protestpartei „Alternative für Deutschland“ von einer stattlichen Zahl von Ökonomen mitgegründet wurde. Sie hat Chancen auf einen Einzug in den Bundestag. Gelänge ihr dies, würde im Parlament künftig über die „Euro-Rettung“ auf einem anderen Niveau gestritten.“; Vgl. FAZ, 24.9.13, Der Erfolg der Euroskeptiker - Die Krisenpolitik passt nicht zum Erbe Erhards; Platz für eine Partei der ökonomischen Vernunft.

<sup>1316</sup> Vgl. FAZ, 28.4.12, Euro-Gegner schließen sich zusammen: Deutsche Liberale kooperieren mit französischen Protektionisten: „(...) In Frankreich gibt es kaum bekannte Ökonomen, die sich gegen den Euro aussprechen. Die Wirtschaftsberater des rechtsextremen Front national, die für einen Austritt Frankreichs aus der Währungsunion sind, werden in ökonomischen Kreisen wenig ernst genommen. Einige der französischen Unterzeichner stehen dem Präsidentschaftskandidaten Nicolas Dupont-Aignan nahe, der beim ersten Wahlgang am vergangenen Sonntag 1,79 Prozent der Stimmen erhielt. Die Mitglieder der „Gruppe deutscher und französischer Wirtschaftsexperten“ räumen ein, dass sie in Welthandelsfragen nicht einer Meinung seien.“

Bundesbank auf stabilitätsorientierte Lösungen hin. Die in Deutschland entsprechend präsenten Warnungen vor mangelnder Kontrolle einzugehender Haftungsrisiken (*Transferunion*) und nachlassender Reformbereitschaft von Programmländern (*Moral Hazard*) waren in der französischen Debatte nicht zu beobachten. Abgesehen von Kritik an haushaltspolitischen Fehlentscheidungen Griechenlands konzentrierten sich konservative und liberale Milieus in Frankreich stärker auf die Absicherung der Währungsgemeinschaft mittels umfangreicher und flexibel einsetzbarer Kreditfonds. Gleichzeitig wurden die begrenzten politischen Spielräume der Bundeskanzlerin sowie die zunehmende Skepsis der deutschen Bevölkerung anerkannt.

Die Krisenlesarten in den jeweiligen moderat progressiven Milieus in Deutschland und Frankreich stimmten dahingehend überein, dass ein schnellerer und umfangreicherer Ausbau der Rettungsschirme und die Schaffung weiterer Instrumente wie Gemeinschaftsanleihen gefordert wurden. Diese programmatische Konvergenz etwa zur Ausstattung der Rettungsschirme mit Banklizenzen, die in Frankreich ebenfalls die UMP und den MoDem umfasste, blieb letztlich jedoch folgenlos. Die UMP vermied während der Zusammenarbeit im Tandem Merkel-Sarkozy eine offene Konfrontation mit der schwarz-gelben Bundesregierung über die Ausweitung einer europäischen Absicherung der Schuldentragfähigkeit. Ebenso war die Unterstützung der SPD für die seitens des PS ausgerufene Neuausrichtung des Krisenmanagements weder inhaltlich umfassend noch zeitlich anhaltend. Parteiintern war die Forderung nach Eurobonds umstritten und, wie auch für die deutschen Grünen, nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht mehr vermittelbar. Grenzüberschreitende Vorstöße im progressiven Milieu waren in der Folge auf Forderungen nach einer europäischen Wachstumspolitik begrenzt.

In der Zurückweisung des mit den Rettungsschirmen EFSF und ESM verfolgten Ansatzes der Konditionalisierung von Hilfen stimmten die Parteien der politischen Extreme in Deutschland und Frankreich überein. Die Linkspartei und der Front de Gauche nahmen die unter Auflagen vergebenen Kredite als Vehikel zur Durchsetzung einer neoliberalen Austeritätspolitik wahr und stellten diesen das transnational abgestimmte Konzept einer direkt bei der EZB refinanzierten europäischen Bank für öffentliche Anleihen entgegen, um die Abhängigkeit staatlicher Haushalte von Finanzmärkten zu beenden, wobei die französische Partei auch einen grundlegenden Rückbau der Währungsunion in Betracht zog. Eine Verkleinerung der Eurozone war ebenso das geteilte Ziel des Front national und der sich 2013 konstituierenden AfD. In der Herleitung unterschieden sich beide Formierungen jedoch erheblich. Während der FN den Euro als Instrument einer als Hegemonialmacht empfundenen Europäischen Union bewertete, dessen sich Frankreich und weitere Staaten entledigen sollten, argumentierten Vertreter aus dem AfD-Umfeld strikt volkswirtschaftlich und begründeten ihre Rückbauforderung in vermeintlichen



Regelbrüchen durch die Krisenpolitik sowie einer unerfüllt gebliebenen Erwartung einer makroökonomischen Angleichung unter den Teilnehmerstaaten. Die unterschiedlichen Herleitungen der eurokritischen Positionierung erschwerte die grenzüberschreitende Koordination zwischen beiden Parteien.

#### **4.5 Europa-Vision(en): Wettbewerbsgemeinschaft vs. Schutzgemeinschaft**

Die jeweiligen Schwerpunkte im Krisenmanagement, etwa die unterschiedlichen Grade an Bereitschaft zu einer stärker europäisch-gemeinschaftlichen Wirtschaftspolitik, einer politischeren Rolle der EZB oder der Einrichtung von Hilfsfonds waren und sind rückgebunden an spezifische Zielvorstellungen der Europäischen Integration. Dies umfasst einerseits Bilder und Intentionen, die mit dem „Europa“-Begriff im weiteren sowie der Europäischen Union im engeren Sinne verbunden werden und andererseits den jeweiligen Beweggründen und politischen Kontexten entsprechende Präferenzen zur zukünftigen Organisationsform der Wirtschafts- und Währungsunion beziehungsweise der Europäischen Union. In Anlehnung an die in den vorherigen Analysepunkten vorgenommenen Kategorisierungen wurden drei unterschiedliche Leit motive oder „Europa-Visionen“ identifiziert. Im konservativ-liberalen Spektrum und beinahe ausschließlich in Deutschland war die Vorstellung eines Wettbewerbseuropas dominant, dessen Funktionsweise auf den Prinzipien ökonomischer Eigenverantwortung und einer finanzpolitischen Regelbindung basierte. Dem gegenüber stand das besonders in Frankreich verbreitete Bild eines beschützenden Europas, in dem die Mitgliedsstaaten mittels enger koordinierter oder gemeinschaftlicher wirtschaftspolitischer Maßnahmen sowie einer aggressiveren europäischen Handelspolitik ihre Stellung in einer sich intensivierenden globalen Konkurrenz absichern könnten. In den Außenbereichen des politischen Spektrums wurde sowohl in Frankreich als auch in Deutschland die Integrationslogik der Europäischen Einigung in Frage gestellt.

##### **4.5.1 Wettbewerbseuropa**

In den konservativ und ordoliberal geprägten Milieus in Deutschland (hier schwerpunktmäßig CDU/CSU, FDP, FAZ, Bundesbank, BDI) wurden die Europäische Einigung wie auch die Einführung der Gemeinschaftswährung sehr positiv bewertet. Gleichzeitig erschöpfte sich die Symbolik in den traditionellen Motiven der Sicherung von Frieden, Wohlstand und Freiheit durch die Europäische Integration, so dass angesichts der

Turbulenzen in der Eurozone eine Überprüfung und Aktualisierung der Narrative notwendig wurde.

Die Unionsparteien und die Liberalen verknüpften bisherige wirtschaftliche Erfolge der Bundesrepublik explizit mit den förderlichen Rahmenbedingungen der europäischen Einigung im Allgemeinen sowie des Binnenmarkts und des Euros im Speziellen.<sup>1317</sup> Ebenso wurde auch eine zukünftige positive ökonomische Entwicklung Deutschlands von einer gelingenden europäischen Integration und prosperierenden Euro-Staaten abhängig gemacht.<sup>1318</sup> Die Europäische Union wurde als geeignete Kooperationsform und als sinnvoller Hebel in globalen wirtschaftlichen oder politischen Fragestellungen betrachtet.<sup>1319</sup> Gleichzeitig wurde die Einschätzung geteilt, dass wirtschaftliche Stärke, als Resultat und Akkumulation einzelstaatlicher Wettbewerbsfähigkeit, eine grundlegende Voraussetzung für Einflussmöglichkeiten in der Globalisierung darstellte. Guido Westerwelle etwa formulierte: „(...) ohne ein starkes wirtschaftliches Fundament, ohne wettbewerbsfähige, innovative Volkswirtschaften kann Europa nicht glaubwürdig international auftreten“<sup>1320</sup>, während die Union im Programm zur Bundestagswahl 2013 ausführte:

„Angesichts dieser Verschiebungen der wirtschaftlichen Gewichte können wir unseren Wohlstand nur sichern, wenn Europa ein wettbewerbsfähiger Kontinent bleibt, der sich an den weltweit Besten orientiert. Deshalb kämpfen wir für eine starke und wettbewerbsfähige Europäische Union, die gestärkt aus der Schuldenkrise herauskommt. Ein Zurück zu alten Fehlern darf es nicht geben. (...) Dafür wollen wir in den kommenden vier Jahren weiter die Weichen richtig stellen, indem wir gemeinsam mit unseren Partnern auf europäischer Ebene dafür sorgen, dass die Stärkung und Förderung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Grundlage für Beschäftigung, soziale Sicherheit und Zukunftsfähigkeit Kern unseres

---

<sup>1317</sup> Vgl. Regierungserklärung Angela Merkel, 5.5.10 und Rede Wolfgang Schäuble im Bundestag, 7.5.10 sowie Bundestagsreden Norbert Barthle und Volker Kauder, 19.5.10. Für die FDP vgl. Rede Birgit Homburger im Bundestag, 5.5.10 und Interview Guido Westerwelle mit Bild.de, 7.5.10: Europäische Union als „unsere Friedens- und Wohlstandsversicherung“.

<sup>1318</sup> Vgl. Wolfgang Schäuble, Rede im Bundestag anlässlich der EFSF-Gründung, 21.5.10: „Wir tun dies eben nicht aus Großzügigkeit gegenüber anderen, sondern wir tun es in unserem besten, wohlverstandenen nationalen Interesse. Dieses nationale Interesse heißt: eingebunden bleiben in das weiter zusammenwachsende Europa.“ Vgl. ebenso Pressemitteilung CDU, 30.12.10. Der FDP-Parteivorsitzende Guido Westerwelle bezeichnete die Europäische Union als „Wohlstandsversicherung“ in der Globalisierung. Vgl. in übereinstimmender Formulierung: Interviews Guido Westerwelle in: WELT, 23.10.10; Welt am Sonntag, 31.10.10; Financial Times Deutschland, 17.11.10; Frankfurter Rundschau, 4.12.10; Bild am Sonntag, 19.12.10; Welt am Sonntag, 28.8.11; Welt am Sonntag, 4.3.12.

<sup>1319</sup> Vgl. für die FDP: Interview Guido Westerwelle in WELT, 23.10.10 sowie Rede Birgit Homburger im Bundestag, 27.10.10. Vgl. für die CDU: Regierungserklärung Angela Merkel, 27.10.10 Positionspapier, 18.3.11, Für einen stabilen Euro und Wohlstand in Europa und Beschluss auf Bundesparteitag, 14.11.11, Starkes Europa - Gute Zukunft für Deutschland; Vgl. ebenso Interview Horst Seehofer in Handelsblatt, 30.3.13: „Mehr Europa heißt für mich, noch mehr klarzumachen: Das war die genialste Idee der Nachkriegsgeschichte. Ein Friedenswerk und ein Wertebündnis ohnegleichen.“ Vgl. in ähnlicher Positionierung auch BDI, Pressemitteilung 15.6.12.

<sup>1320</sup> Interview Guido Westerwelle in Welt am Sonntag, 28.8.11. Vgl. ebenso Interview Christian Linder, Deutschlandradio Kultur, 19.2.11: „Aber weil wir europäische Patrioten sind, werden wir auch europäische Reformer sein.“ Vgl. Pressemitteilung FDP, 16.5.11: „Wir sagen Ja zu Europa, aber zu einem Europa, das sich selbst Strukturreformen verordnet und umsetzt.“

Handelns auf allen Ebenen ist. Gemeinsam können wir Europäer dann auch weiterhin unseren Beitrag zur Lösung der großen globalen Herausforderungen leisten.“<sup>1321</sup>

Auch in der konservativen Presse wurde die Vision des Wettbewerbs-Europas geteilt.<sup>1322</sup> Gleichzeitig wurden die häufig verwendeten Motive der Binnenmarktfreiheiten des friedentiftenden Europas als ausgedient verworfen.<sup>1323</sup> Ebenso wurde der Bundeskanzlerin fehlende Empathie in europäischen Fragen attestiert.<sup>1324</sup> Zwar verwiesen Vertreter der schwarz-gelben Regierungsparteien verschiedentlich auf übergeordnete europäische gesellschaftliche Werte sowie soziale Errungenschaften und deren Absicherung durch die Europäische Union.<sup>1325</sup> Im Mittelpunkt der Argumentationslinien der hier betrachteten Gruppen befand sich indes die Verankerung einer ökonomisch leistungsfähigen und unter marktwirtschaftlichen Bedingungen finanziell sicher aufgestellten europäischen Staatengemeinschaft.

---

<sup>1321</sup> Vgl. CDU, Regierungsprogramm 2013-2017, Gemeinsam erfolgreich für Deutschland. Hier: S. 8. Die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit war ein zentrales Motiv des wirtschaftspolitischen Ansatzes der Unionsparteien auf europäischer Ebene. Siehe auch Kapitel 2. Makroökonomische Koordinierung. Vgl. zum Leitbild des Reformeuropas auch Interview Guido Westerwelle in Welt am Sonntag, 31.8.11: „Gegen jede Regierung, die eine unbequeme, aber notwendige Entscheidung trifft, wird protestiert. Gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters in Paris, gegen die Haushaltskürzungen in London. Und natürlich auch gegen das notwendige Sparpaket in Berlin. Dennoch ist es unsere Aufgabe, dass wir diesen Weg der inneren Reformfähigkeit Europas nicht verlassen. Denn wir dürfen nicht ein älterer Kontinent werden, der das Neue und den Aufbruch anderen Regionen der Welt überlässt.“ Vgl. auch BDI, 1.4.14, Europa hat die Wahl: „Europas Wohlstandversprechen braucht eine international wettbewerbsfähige Wirtschaft.“, Vgl. ebenso MEDEF, Pressemitteilung 29.1.13: „A l’occasion du 50ème anniversaire du Traité de l’Elysée, Laurence Parisot, Ulrich Grillo (BDI), et Dieter Hundt (BDA), insistent pour que l’Union économique et monétaire devienne une véritable union politique. Ils demandent « que la gouvernance économique, les règles de la concurrence et le commerce international assurent la création de richesses et l’emploi, dans tous nos territoires ». Ils souhaitent que « l’UE investisse davantage dans les infrastructures transfrontalières, la recherche et l’innovation. C’est là une condition impérative pour le renforcement de notre socle industriel ».“

<sup>1322</sup> In der FAZ wurde etwa argumentiert, dass anstelle eines institutionellen Ausbaus einer Politischen Union die Wettbewerbsfähigkeit der Teilnehmerstaaten erhöht werden müsse, um internationalen Einfluss zu erhalten. Vgl. FAZ, 25.10.12, Trennungslinien.

<sup>1323</sup> Vgl. FAZ, 7.5.10, Im Namen Europas: „Wenn die Griechenland-Krise etwas Gutes haben soll, dann ist es der von ihr ausgehende Zwang, sich den Realitäten Europas zu stellen. Sowohl die Entstehungsgeschichte des Desasters als auch die Lösungsvorschläge zu seiner Überwindung offenbaren, wie groß die Unterschiede in der kulturellen Prägung der Völker Europas sind, wie unterschiedlich die Völker und ihre Eliten denken und handeln. Der Euro hat, wie man sieht, die Griechen nicht zu Deutschen umerzogen und die Deutschen noch nicht ganz zu Griechen. Schuldenbremsen hier und Staatsbetrug da kann man nicht wirklich als Zeichen der Konvergenz ausgeben. Die übliche Methode, Risse und sich auftuende Abgründe in der EU mit Geld zuzuschütten, ist nunmehr, da es um den Bankrott ganzer Staaten und das Aufeinanderprallen von Kulturen geht, jedoch an ihre Grenzen gelangt.“

<sup>1324</sup> Vgl. WELT, 28.10.10, Kanzlerin verlangt neuen Kraftakt: „Europa, das Generationen deutscher Kanzler als Utopie und Familie gleichermaßen aufgeladen haben, ist für Merkel eine nüchternere Angelegenheit. [...] Ihr Vortrag fällt am Ende fast vollständig in den Jargon von leitenden Beamten.“

<sup>1325</sup> Zur Darstellung der Europäischen Union als Schicksals- und Kulturgemeinschaft vgl. Interview Guido Westerwelle, Badisches Tagblatt, 31.10.12. Vgl. ebenso Guido Westerwelle in FAZ, 6.9.12, Europas Werte verteidigen!; Vgl. ebenfalls Interview Guido Westerwelle in ZEIT, 26.4.12. Für die CDU vgl. Beschluss auf Bundesparteitag, 14.11.11, Starkes Europa - Gute Zukunft für Deutschland.

Eine Vertiefung der Integration wurde grundsätzlich unterstützt, jedoch unter den Vorbehalt einer Steigerung budgetpolitischer Stabilität und Eigenverantwortung gestellt.<sup>1326</sup> Die Transferunion stellte für konservative und liberale Milieus wie gesehen ein Tabu dar. Diesem wurden Zielvorstellungen einer *Verantwortungsgemeinschaft*, einer *Stabilitätsunion* sowie einer *Wirtschaftsverfassung* entgegengestellt.

Ein wesentliches Ziel konservativer Europapolitik lag darin, eine im innerdeutschen Kontext als politischen Erfolg kommunizierte wirtschaftliche und budgetäre Stabilität auf die europäische Ebene zu übertragen. Deutschland wurde nicht zuletzt aufgrund der bereits vorgenommenen Verankerung einer Schuldenbremse im Grundgesetz eine Vorbildfunktion für die Mitglieder der Wirtschafts- und Währungsunion zugeschrieben.<sup>1327</sup> Als aussichtsreichste Handlungsoption während der Euro-Krise wurde demnach ein rascher Ausbau der Kontrollinstrumente für die jeweils in nationalstaatlicher Verantwortlichkeit betriebene Haushaltspolitik angestrebt, während wirtschaftspolitische Entscheidungen enger koordiniert, jedoch nicht in einem supranationalen Rahmen getroffen werden sollten.<sup>1328</sup> Aus Sicht der Bundesbank bestanden im Wesentlichen zwei Alternativen zur Korrektur von Konstruktionsmängeln der WWU:

„Entweder wir schaffen eine echte Fiskalunion. Dann würde einer gemeinsamen Verantwortung für Staatsschulden auch eine gemeinsame Kontrolle der Staatshaushalte gegenüberstehen. Oder wir stärken den bisherigen Rahmen der Währungsunion. Dann wäre weiterhin die nationale Ebene verantwortlich für die Haushaltspolitik, würde aber strengeren Regeln unterliegen als bisher und eine gemeinsame Haftung wäre ausgeschlossen. Im

---

<sup>1326</sup> Vgl. Regierungserklärung Angela Merkel, 27.10.11: „Ich bin mir sehr sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, die sich mit Recht viele Sorgen machen, genau dies verstehen. Sie wollen nicht einfach mehr Europa, aber sie wollen mehr Sicherheit für die Stabilitätskultur in Europa.“. Vgl. kritisch: Frankfurter Rundschau, 15.6.12, Der Euro ist noch zu retten: „Wenn Merkel über die politische Union redet, meint sie noch mehr Kontrolle über die Staatshaushalte und die Wirtschaftspolitik der Südeuropäer. Sie denkt an eine gemeinsame Finanzaufsicht und nennt das Bankenunion.“ Vgl. für die CSU: Rede Hans-Peter Friedrich im Bundestag, 15.12.10; vgl. ebenso WELT, 11.9.12, CSU ringt um den Euro. Vgl. für die FDP: Pressemitteilung 27.11.10 sowie Pressemitteilung 24.1.11: „Ein stabiles Europa und eine stabile Währung sind nur in einem subsidiär organisierten Europa möglich. Dazu gehört, die jeweils nationale Verantwortung zum Beispiel für die eigene Wettbewerbsfähigkeit und für die eigenen Staatsfinanzen“. Vgl. ebenso Essay Philipp Rösler / Guido Westerwelle in WELT, 31.10.11, Eine Union für die Stabilität: „Wir sind überzeugt: Europa hat jetzt die Chance, zu einer Stabilitätsgemeinschaft zu reifen. Mit diesem klaren Ziel und entschiedenem Handeln werden wir das gemeinsame Europa mit Leidenschaft und wirtschaftlicher Vernunft weiter mitgestalten.“ Vgl. ebenso FAZ, 10.6.11, Auf der Suche nach dem Gründergeist.

<sup>1327</sup> Vgl. Regierungserklärungen Angela Merkel, 19.5.10 und 15.12.10. Vgl. ebenso Programm der CDU zur Bundestagswahl 2013: „Für viele in Europa und in der Welt ist Deutschland heute ein Vorbild, wenn es um gute Politik für eine stabile und nachhaltige Entwicklung geht. Die Soziale Marktwirtschaft und die klugen politischen Entscheidungen zu ihrer Weiterentwicklung dienen anderen als Vorbild für eigene Anstrengungen. Unsere ausgewogene Wirtschaftsstruktur mit einem starken Mittelstand, einer leistungsfähigen Industrie und unserer gelebten Sozialpartnerschaft von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden gilt weltweit als Vorbild. (...) Mit der erfolgreichen Politik von CDU und CSU ist Deutschland zum Stabilitätsanker und Wachstumsmotor Europas geworden. Deshalb kommt uns eine besondere Verantwortung bei der Lösung der Schuldenkrise in Europa zu.“

<sup>1328</sup> Vgl. CDU, Pressemitteilung 30.11.11.

Grunde geht es darum, Eigenverantwortung, Haftung und Kontrolle im Bereich der Haushaltspolitik wieder in Einklang zu bringen.“<sup>1329</sup>

Da Initiativen für ein stärker gemeinschaftliches Vorgehen, etwa in wirtschaftspolitischen Fragen oder hinsichtlich einer kollektiven Haftung sowohl innerhalb der Regierungsparteien als auch in der konservativen Presse als mögliche Katalysatoren zur Einrichtung und Verstetigung von Transferleistungen betrachtet wurden<sup>1330</sup>, lag der Fokus im akuten Krisenmanagement auf der Verschärfung des bestehenden haushaltspolitischen Regelwerks, welche symbolhaft zur Etablierung einer *europäischen Stabilitätskultur* nach deutschem Vorbild erklärt wurde.<sup>1331</sup> Die FDP prägte für diese Konzeption einer intensiveren finanzpolitischen Überwachung und der Verpflichtung auf eigenverantwortliche Schuldentragfähigkeit im Rahmen einer Insolvenzordnung mit Beteiligung privater Gläubiger den Begriff der *Wirtschaftsverfassung*. Im Vergleich zur breiter wahrgenommenen politischen Forderung einer Stabilitätsunion stellten die Liberalen mit dieser Variation darauf ab, sich mittels einer betont ordnungspolitischen Argumentation als Verteidigerin ökonomischer und juristischer Grundsätze innerhalb der deutschen Debatte zu profilieren. Dies kam in verschiedenen Skizzierungen einer europäischen Währungs-, Wirtschafts- und Finanzpolitik mit „klaren, politikfesten Regeln“<sup>1332</sup>, wie beispielsweise einem Klagerecht beim EuGH gegen Verletzungen des Stabilitätspakts oder der Schaffung eines Kommissars zur Überprüfung nationaler Budgetplanungen, zum Ausdruck.<sup>1333</sup> Christian Lindner fasste die Positionierung der FDP wie folgt zusammen:

---

<sup>1329</sup> Rede Sabine Lautenschläger anlässlich des Neujahrsempfangs der Bundesbank-Hauptverwaltung in Hamburg, 28.2.12, Wege aus der Krise: Wie stelle ich verlorengegangenes Vertrauen wieder her?

<sup>1330</sup> Vgl. beispielhaft FAZ, 30.10.10, Von der Währungs- in die Transferunion: „Der Versuch, zur Politischen Union durch die Hintertür einer Transferunion zu gelangen, gefährdet den Bestand der Währungsunion. Denn hierbei riskiert man die Verweigerung der Bürger. Wer diesen Weg in die Transferunion geht, der zerstört das Vertrauen in den Euro, zumindest dort, wo gespart und für die EU gezahlt wird.“ Vgl. zudem FAZ, 23.9.11, Mehr Europa also? sowie WELT, 3.3.12, Merkel setzt Spatzwang in Europa durch und FAZ, 11.6.12, Spaniens Reform-Rabatt.

<sup>1331</sup> Vgl. CSU, Beschluss Bundesparteitag 7.10.11: „Die CSU sieht in der in allen Mitgliedsstaaten notwendigen Debatte über die Stabilitätskultur die Chance, dass ein europäisches Bewusstsein für die gemeinsame politische Verantwortung für den Euro wächst, das auch Voraussetzung für die Vertiefung der Integration ist.“. Vgl. für die FDP: Pressemitteilung 12.6.12: „Wir haben den Euro immer als ein politisches Projekt gesehen, nicht nur als ökonomische Determinante. Aber der Euro muss eben auch weiterhin einen soliden Weg nehmen.“. Vgl. für die Bundesbank: Jens Weidmann, Rede beim ZEW-Wirtschaftsforum 2012, Mannheim, 14.6.12, Alles fließt? Zur zukünftigen Rolle der Geldpolitik: „Vor allem aber hieße der Übergang zu einer Fiskalunion keinesfalls, dass damit auch eine Stabilitätsunion abgesichert wäre. Entscheidend wäre hierfür neben einer adäquaten Ausgestaltung, dass eine gemeinsame europäische Stabilitätskultur entwickelt und tatsächlich gelebt wird.“. Vgl. zum Ansatz der CDU einer Europäisierung der Sozialen Marktwirtschaft: Pressemitteilung Hermann Gröhe, 12.10.11. Vgl. ebenso Rede Wolfgang Schäuble im Bundestag, 10.6.11.

<sup>1332</sup> Interview Guido Westerwelle in Welt am Sonntag, 28.8.11.

<sup>1333</sup> Vgl. FDP, Pressemitteilung, 11.6.10: „Die EU ist wie eine Fußballmannschaft in der Bundesliga. Die Spieler können Italiener sein, Franzosen oder Deutsche, alle halten sich an die Regeln – meistens jedenfalls-, jeder kann irgendwas besonders gut, alle wollen gemeinsam gewinnen.“ Vgl. auch Interview Philipp Rössler in BILD, 1.9.11: „Meine Idee von Europa ist: mehr Integration durch

„Der pragmatische Mittelweg, Ziel Stabilitätsunion statt Schuldenunion, Wirtschaftsverfassung statt Wirtschaftsregierung, mit konkreten Maßnahmen des Krisenmanagements jetzt, unter Beteiligung des Bundestages und privater Gläubiger, also ein Weg der europa- und wirtschaftspolitischen Vernunft, bei dem die FDP Meinungsführerschaft beanspruchen kann, auf der anderen Seite sich aber auch nicht politisch isoliert – ein solcher Weg hat bei den Veranstaltungen, die ich besucht habe, und wo ich diskutiert habe, die Mitglieder überzeugt.“<sup>1334</sup>

Die institutionelle Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie eventuelle Kompetenztransfers auf eine supranationale, europäische Ebene wurde innerhalb konservativer und liberaler Strömungen in Deutschland unterschiedlich betrachtet. Besonders skeptisch zeigten sich dabei Kommentatoren der FAZ, die regelmäßig vor Einbußen an ökonomischer Stabilität und demokratischer Kontrolle infolge von weiteren Integrationsschüben warnten.<sup>1335</sup> In der Berichterstattung wurde dementsprechend mit Verweisen auf die Krisensituation im Euroraum eine funktionalistische Logik abgelehnt. Kritik wurde gleichermaßen an etwaigen Planungen einer „Zwangstiefung“ der EU infolge der gemeinsamen Währung als auch an „Berufseuropäern“ geübt, welche nach Einschätzung der Journalisten ohne die gebotene rationale Abwägung eine Rettung der Währung mit allen Mitteln forcierten.<sup>1336</sup> In der Darstellung der FAZ wurden durch die Krise im Euroraum die Gefahren zu schneller und zu weitreichender Integrationsschritte ohne ausreichende Konvergenzen zwischen den

---

gleiche Regeln, Maßnahmen und Mechanismen, an die sich alle zu halten haben, aber weniger durch zusätzliche Institutionen.“ Vgl. ebenso Gastbeitrag Guido Westerwelle in Tagesspiegel, 13.10.11, Binnen eines Jahres die europäischen Verträge ändern.

<sup>1334</sup> FDP, Pressemitteilung 10.10.11. Vgl. im weiteren Verlauf Gastbeitrag Philipp Rössler in FAZ, 16.8.12, Europa als Wertegemeinschaft - nach innen und nach außen: „An die Stelle einer divergenten Währungsgemeinschaft muss jetzt eine echte Wertegemeinschaft mit einer gemeinsamen Wirtschaftsverfassung treten. (...) Im Zentrum dieser gemeinsamen Wirtschaftsverfassung muss ein klares Bekenntnis zu finanzpolitischer Solidität und Wachstum aus eigener Kraft stehen. (...) Wir stehen für ein starkes Deutschland in einem starken Europa der Stabilität und der Werte. Wir stehen für ein klares Bekenntnis zu den grundlegenden Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft - Verantwortung, Vertragstreue und Haftung.“ Vgl. ebenso Philipp Rössler in FDP-Mitgliedermagazin *elde*, 30.9.12, Wir bauen auf Vertrauen - die liberale Europapolitik: „Wir Liberalen wollen den europäischen Bundesstaat [...]. Wir wollen, dass Europa den Weg der Vertiefung weitergeht, hin zu einer echten Gemeinschaft. Aber Schritt für Schritt! Zuerst gilt es, das gemeinsame Wertefundament weiter zu stärken und zu festigen. Indem wir zum Beispiel aus dem Nukleus des Fiskalvertrages und des Euro-Plus-Paktes eine echte Fiskal- und Wirtschaftsverfassung entwickeln. Und so wollen wir, Schritt für Schritt, auch in anderen Bereichen voran gehen: Für ein föderales und freies Europa der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit.“ Vgl. ebenso FDP, Karlsruher Freiheitsthesen, 22.10.12 und Interview Rainer Brüderle im FDP-Magazin *Liberal*, 11.12.12: „Eine Partei der Vernunft muss Verführungen des Einfachen widerstehen. Das gilt auch für die Herausforderungen an die traditionelle deutsche Stabilitäts- und liberale Ordnungspolitik angesichts schmerzhafter europäischer Anpassungsprozesse. Europa ist auf dem Weg, es ist noch nicht da, wo es sein will und sein sollte.“

<sup>1335</sup> Vgl. FAZ, 10.3.10, Ein Euro-Schuldenfonds: „Eine neue EU-Institution, die auch die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank berühren würde, könnte sogar einem europäischen Finanzausgleich den Weg ebnet, von dem Brüssel schon lange träumt. Das wäre der Anfang vom Ende nationaler Steuerhoheit. (...) Solange in der EU die Stimme eines Luxemburgers so viel zählt wie die von zehn Deutschen, darf Brüssel nicht über die Verwendung deutscher Steuergelder entscheiden.“

<sup>1336</sup> Vgl. FAZ, 14.5.10, Zwangstiefung sowie FAZ, 18.5.10, Europa in Karlsruhe.

Mitgliedsstaaten aufgedeckt.<sup>1337</sup> Mit Blick auf Bevölkerungsumfragen in Deutschland attestierten Redakteure der FAZ eine zunehmende Entfremdung von der europäischen Einigung.<sup>1338</sup> In diesem Sinne sollte die Integration pausiert und überdacht werden:

„Die Griechenland-Krise zeigt unbarmherzig, dass sich die EU in den vergangenen Jahrzehnten übernommen hat. Vertiefung lässt sich mit Erweiterung eben nicht kombinieren, wenn die Unterschiede zwischen den Mitgliedern immer größer werden, bis hin zu kultureller Fremdheit, mit der Folge, dass die Verpflichtung auf eine „immer engere Union“, also auf mehr Gemeinsamkeit, von vielen als äußerer Zwang empfunden wird. Europa braucht, wenn die gegenwärtigen Schwierigkeiten – auf die eine oder andere Art – gelöst sind, eine wirkliche Reflexionspause. Es darf nicht nur darüber nachdenken, was aus ihm werden soll, es muss sich auch die Frage stellen, was aus ihm werden kann.“<sup>1339</sup>

Im deutschen Konservatismus waren diese Positionen in Teilen anschlussfähig an eurokritische Strömungen innerhalb der CSU. Die bayerische Regionalpartei knüpfte in besonderer Weise etwaige Integrationsschritte an das Ziel einer „Stabilitätsunion“ unter ideeller Führung der Bundesrepublik.<sup>1340</sup> Gleichzeitig bestand eine Forderung darin, einen möglichen Endpunkt der europäischen Integration zu fixieren und Grenzen für die Übertragung von Kompetenzen an die europäische Ebene zu definieren.<sup>1341</sup> Im Programm

---

<sup>1337</sup> Vgl. FAZ, 20.5.10, Bis alle Schwaben sind. Vgl. ebenso FAS, 24.4.11, Überforderte Europäer: „Die Leute sind nicht dumm, sie spüren, dass sich die Europäische Union gehörig übernommen hat. Die Solidaritätsleistungen, die nun gerade von den Brüsseler Würdenträgern mit großer Selbstverständlichkeit verlangt werden, würden schon in einem Nationalstaat den guten Willen der Wähler auf eine harte Probe stellen. In der EU, die den Bürgern bis heute nur Richtlinien, aber keine Identität bietet, wird das auf Dauer nicht gutgehen. Als Reparaturbetrieb für eine idealistische, aber fehlgeleitete Europa-Politik hat die EU keine Zukunft. Vielleicht hat die Integration ihren Höhepunkt schon überschritten.“

<sup>1338</sup> Vgl. FAZ, 24.3.10, Neue Spielregeln: „Aber Frau Merkel ist in dieser Sache weniger flexibel als es manchen Südeuropäern erscheinen mag. Sie regiert ein Land, das sich in den vergangenen Jahren von der europäischen Einigung entfremdet hat. Dass in Deutschland von links bis nach rechts, vom Boulevard bis zur Qualitätspresse Konsens darüber herrscht, dass die Griechen keinen Cent erhalten sollen, spiegelt nicht nur die historisch bedingten Ängste der Deutschen vor einer Geldentwertung wider. Die Selbstwahrnehmung als Zahlmeister Europas, das Zerrbild von der regelungswütigen Brüsseler Bürokratie und das wachsende Missfallen über den Souveränitätsverlust haben in Deutschland eine euroskeptische Grundstimmung geschaffen, in die das griechische Debakel eingeschlagen hat wie eine Bombe.“ Vgl. auch FAZ, 15.5.11, Kräftig treten!

<sup>1339</sup> FAZ, 29.4.10, Vor einer Existenzkrise.

<sup>1340</sup> Vgl. Rede Hans-Peter Friedrich in Bundestag, 15.12.10: „Europa geht den Weg in eine Stabilitätsunion, und Deutschland geht voraus, zusammen mit Frankreich, den Niederlanden, mit Österreich und all den Ländern in Europa, die größtes Interesse an der Stabilität unserer gemeinsamen Währung haben.“ Vgl. in ähnlicher Positionierung FAZ, 15.11.10, Nur voran kann es gehen: „Es gibt, man kann es mögen oder nicht, nur die Option, weiter voranzugehen. Auf diesem Weg sind erste Marken gesetzt worden: Von den Märkten gepresst und politisch unter Druck gesetzt, haben sich alle europäischen Staaten zu einer Politik der Haushaltssanierung verpflichtet, verbunden mit Maßnahmen, die ihre Wirtschaft wettbewerbsfähiger machen sollen. Die politischen Kosten dafür sind hoch, aber sie sind der Preis für die Sünden der Vergangenheit. (...) Berlin hat damit in die Hand genommen, was die EU vor zehn Jahren schon einmal beschlossen hatte: zu einer der dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Regionen in einer Welt zu werden, in der sich die wirtschaftlichen Gewichte gerade dramatisch verschieben.“

<sup>1341</sup> Vgl. Alexander Dobrindt, 3.6.11, 5-Punkte-Memorandum sowie ders. in: Bayern-Kurier, 11.6.11, Der Standpunkt. Vgl. ebenso Forderungen Horst Seehofers nach Volksabstimmungen über europäische Fragen wie Kompetenztransfers, Erweiterungen und Finanzhilfen, bspw. in: Interview, Welt am Sonntag, 12.8.12: „Mit der CSU wird es keine Vereinigte Staaten von Europa geben.“; Vgl. auch Gerda Hasselfeldt gegenüber dpa, 19.10.12: „Jede Kompetenzübertragung - an welche

zur Bundestagswahl 2013 etwa warben die Christsozialen in Abgrenzung zu ihrer Schwesterpartei damit, eine Rückübertragung von Kompetenzen der Europäischen Union an die Mitgliedsstaaten zu prüfen.<sup>1342</sup> Derartige Forderungen wurden mit der Sorge vor einer demokratisch unzureichend zu legitimierenden Zentralisierung begründet.<sup>1343</sup>

In der FAZ wurde ebenso Ablehnung gegenüber einer weiteren Supranationalisierung zum Ausdruck gebracht. Neben kritischen Kommentierungen einer mutmaßlich zu weitreichenden europäischen Integration<sup>1344</sup> bestand jedoch auch die Sorge eines internationalen Einflussverlustes im Falle eines Rückbaus.<sup>1345</sup> In der Abwägung der weiteren Perspektive tendierte die Mehrzahl der Kommentatoren für eine behutsame Fortentwicklung der Europäischen Union unter Achtung des Subsidiaritätsprinzips und der Erhöhung der demokratischen Teilhabe.<sup>1346</sup> Eine Zentralisierung von Kompetenzen in Reaktion auf die Krise wurde vehement abgelehnt.<sup>1347</sup> Gleichermaßen wurde vor

---

europäische Institution auch immer – muss sich daran messen lassen, ob sie der Durchsetzung der gemeinsamen vereinbarten Stabilitätskriterien dient.“

<sup>1342</sup> Vgl. CSU, 19.7.13, Bayern-Plan, hier: S. 23. Vgl. hierzu FAZ, 15.11.13, CSU sorgt mit Euro-Sonderweg für Irritationen.

<sup>1343</sup> Vgl. Interview Horst Seehofer in Focus, 5.9.11: „Das wäre das Überschreiten der roten Linie“. Vgl. ebenso mit Warnungen vor einem „bürokratischen Superstaat Europa“: Interview Horst Seehofer in SPIEGEL, 19.9.11, „Ich lasse mich nicht einschüchtern“. Vgl. auch Beschluss, CSU-Bundesparteitag, 7.10.11: „Die CSU hält den Staatenverbund der Europäischen Union für die absehbar geeignetste Organisationsform der europäischen Integration und lehnt die Idee von Vereinigten Staaten von Europa ab.“. Vgl. Gastbeitrag Horst Seehofer in Handelsblatt, 29.6.12, Die Irrtümer der Christine Lagarde: „Das Ziel einer Politischen Union in Europa ohne breiten demokratischen Konsens ist von vornherein zum Scheitern verurteilt.“ Vgl. Programm zur Bundestagswahl 2013: „Wir bejahen ein Europa souveräner Staaten mit einem gemeinsamen Binnenmarkt. Wir wollen in Freundschaft und guter Nachbarschaft zusammenleben. Wir bestehen auf dem uneingeschränkten Budgetrecht der nationalen Parlamente. Eine Transferunion oder gar einen zentralisierten Europastaat lehnen wir entschieden ab.“ Vgl. Beschluss zum Programm der Europa-Wahl 2014: „Für mehr Demokratie und gegen EU-Zentralismus.“

<sup>1344</sup> Vgl. im Zuge von Debatten über ein Ausscheiden Griechenlands: FAZ, 4.11.11, Ein Tabu ist gefallen: „Die Gefahr, die darin liegt, ist offenkundig. Gerät etwas ins Rutschen, kann es schnell keinen Halt mehr geben. Ohnehin macht das große Projekt Europa, dieses einzigartige Unternehmen, Frieden und Wohlstand unter gemeinsamer Souveränitätsausübung kooperativ zu organisieren, eine große Vertrauenskrise durch. Vielleicht ist jetzt die Zeit, um radikale Zeichen zu setzen mit dem Ziel, das große Ganze vor noch größerem Schaden zu bewahren.“ Vgl. ebenso FAZ, 27.6.13, Die Ungunst der Stunde. Vgl. in Reaktion auf die Wahlen des Europaparlaments FAZ, 23.6.14, Europa an der Grenze: „(...) die EU an eine Grenze gestoßen ist, an der eine Besinnung auf ihren Kern erforderlich ist.“

<sup>1345</sup> Vgl. FAZ, 16.12.10, Wider den Zerfall.

<sup>1346</sup> Vgl. FAZ, 25.9.12, Welches Europa wollen wir?; vgl. FAZ, 5.10.12, Europa - in guter Verfassung

<sup>1347</sup> Vgl. FAZ, 3.1.11, Hier Phönix, dort Asche: „Die Krise wird dafür genutzt, noch mehr Kompetenzen auf die supranationale Ebene zu verlagern, obwohl dies eine Verwässerung nationaler Verantwortung und demokratischer Kontrolle bedeutet. Die Bürger verfolgen mit mulmigem Gefühl diesen „Turmbau zu Brüssel“.“ Vgl. FAZ, 11.6.12, Spaniens Reform-Rabatt: „Und nun? Sirengleich ertönt der Ruf nach „mehr Europa“. Er verkennt, wie weit Europa gekommen ist, weil es seine Unterschiede im Wettbewerb nutzt. Zentralisierung muss dagegen nicht nur gut begründet, sondern vor allem auch demokratisch ausreichend legitimiert werden. Schon mit dem begrenzten Souveränitätsverzicht, der für die jüngste Idee einer Bankenunion notwendig wäre, ist eine erhebliche Ausweitung der Solidarhaftung verbunden. Noch größere Kompetenzabgabe erforderte eine echte Fiskalunion. All diese Konzepte zielen vorrangig auf den Ausbau gemeinsamer Haftung, unter Vernachlässigung der Kontrollrechte des Wählers. Sie schüren die Sorge, dass über den Euro erst die Ökonomie und dann die Demokratie auf der Strecke bleiben könnte.“



Spaltungen zwischen der Eurozone und der restlichen Europäischen Union gewarnt. Für Redakteure der FAZ stellte dabei Großbritannien eine Referenz für ein dezentral organisiertes, wettbewerbsorientiertes Europa dar.<sup>1348</sup>

In den Unionsparteien, speziell in der CDU, kam im Laufe der Krise eine kurzzeitige Debatte über Fernziele der europäischen Einigung in Form einer politischen Union beziehungsweise der „Vereinigten Staaten von Europa“ auf. Basierend auf der Annahme, dass perspektivisch, unter der Voraussetzung weitreichenderer europäischer Kontrollinstrumente für Haushalts- und Wirtschaftspolitik, gemeinschaftliche Haftung in der Eurozone denkbar sei, positionierte Wolfgang Schäuble sich als Vertreter eines integrationsfreundlichen Kurses.<sup>1349</sup> Einzelne Vertreter der CDU stießen die Frage der Finalität der europäischen Einigung an.<sup>1350</sup> Die bis dahin defensiv geführte Debatte über Kosten und Risiken einer Euro-Rettung<sup>1351</sup> gewann jedoch nicht an Dynamik.<sup>1352</sup> Die innerparteilichen Konfliktlinien fasste die ZEIT zusammen:

„Nun breche eine alte Lebenslüge der CDU/CSU auf, sagt ein führender Christdemokrat: die Legende von der Europapartei CDU. In Wahrheit sei das ein Projekt Helmut Kohls und einiger an der Spitze gewesen. Nur widerwillig seien viele dem gefolgt und hätten immer

---

<sup>1348</sup> Vgl. FAZ, 19.10.12, Umbaufuror. Vgl. anerkennend über Margaret Thatcher: FAZ, 10.4.13, Politiker mit Prinzipien. Vgl. ebenso FAZ, 20.6.14, Der Alleingang des Vizekanzlers: „Ohne London hätte Berlin keinen starken Partner mehr, der nicht dem Mantra der Zentralisierung in Brüssel huldigt (...) italienische Schuldenmacherei und französische Abschottung sind untaugliche Rezepte von gestern. Statt noch mehr Sozialausgaben sind Haushaltsdisziplin und Eigenverantwortung gefragt.“

<sup>1349</sup> Vgl. WELT, 8.12.10, 750 Milliarden müssen reichen; vgl. Handelsblatt, 8.12.10, Schäuble öffnet Tür zur politischen Union. Vgl. Handelsblatt, 7.9.11, Schäuble wirbt für die Euro-Rettung

<sup>1350</sup> Vgl. SZ, 29.8.11, CDU-Politiker fordern mehr Europa - Schäuble, von der Leyen und Röttgen werben für stärkere Zusammenarbeit der EU-Staaten - Widerstand in der CSU. Vgl. auch Gastbeitrag Armin Laschet in Handelsblatt, 22.8.11, Wir müssen jetzt die Politische Union in Europa vollenden. Vgl. ebenso Interview Ursula von der Leyen in Welt am Sonntag, 18.12.11, „Europa war für uns zu selbstverständlich“.

<sup>1351</sup> Vgl. SZ, 30.8.11, Die Chance Europa.

<sup>1352</sup> Vgl. ZEIT, 21.7.11, Alle mir nach: „In der Europapartei CDU findet sich heute keiner, der die europapolitische Mutlosigkeit kritisieren würde. Nur die, denen Merkels nüchterner Kurs schon zu weit geht, melden sich regelmäßig zu Wort. Und Wolfgang Schäuble, von dem man weiß, dass er einen konzilianteren, europafreundlicheren Kurs bevorzugen würde. Doch der bisherige Fortschrittsmodus, nach dem jede Krise nur den nächsten Schritt auf dem Weg der weiteren europäischen Integration ankündigt, scheint außer Kraft gesetzt. Mehr Europa liegt einfach nicht im Trend.“ Vgl. insbesondere Interview Karl Lamers zur Integrationsdebatte in SZ, 29.8.11: „(...) Mit Ärger, doch auch mit Zuversicht. Mit Ärger, weil bislang die politische Führung in ganz Europa, leider auch in Deutschland, zu viel Taktik ohne erkennbare Strategie zeigte. So überließ sie zweit- und drittrangigen Figuren, den Dogmatikern der reinen wirtschaftspolitischen Lehre und dem Boulevard, zu viel Raum. Mit Zuversicht, weil sich jetzt auch die Kritiker dieses Zustands nicht nur aus der dazu berufenen Opposition melden. So entsteht die Chance einer in diesem Augenblick notwendigen Grundsatzdebatte über die Zukunft Europas. In ihr wird sich zeigen, dass Europa im strengen Wortsinne eine Not-Wendigkeit ist und nicht etwas, das man tun oder auch lassen kann.“; vgl. auch WELT, 30.8.11, In der Union wird's grundsätzlich - Während die CDU für vertiefte Integration wirbt, verteidigt die CSU nationale Souveränität. Zur Positionierung des CSU-Vorsitzenden Seehofer zwischen Euroskeptikern wie Alexander Dobrindt und der proeuropäischen Tradition im Sinne Theo Waigels vgl. SZ, 30.8.11, Maximal flexibel: „Denn das Thema Schuldenkrise liegt Seehofer überhaupt nicht. Er verschanzt sich bei öffentlichen Auftritten gerne hinter Floskeln: Die CSU wolle keine Transferunion in Europa. Oder er gibt den Staunenden, der sich selbst wundert, wie das alles nur hatte passieren können. Wirkliche Antworten hat Seehofer nicht. Aber er hat erkannt, dass die Antworten von früher nicht mehr zu den Problemen von heute zu passen scheinen.“ Vgl. auch SZ, 6.12.11, Ein klares Jein zur Euro-Rettung.

gehofft, dass die vertiefte politische Zusammenarbeit, von der der Alte träumte, doch nie kommen werde. Man war froh, dass die Deutschen vom Euro profitierten und dass ansonsten schon die Schwesterpartei CSU mit ihrem Regionalismus und Euroskeptizismus dafür sorgen werde, dass es nicht zu arg komme mit dem ganzen Europa. In der Debatte verbindet sich die tief sitzende Skepsis gegen ein immer umfassenderes Europa mit den generellen Bedenken gegen Merkels Modernisierungskurs der vergangenen Jahre. Das macht sie so explosiv und zugleich so unberechenbar. Während die einen darauf pochen, es sei von jeher bürgerlich und konservativ gewesen, keine Schulden zu machen und seriös zu wirtschaften, berufen sich die anderen auf Helmut Kohl, Westbindung und die Europatradition der Partei.“<sup>1353</sup>

Spannungen zwischen integrationsfreundlichen und -skeptischen Strömungen innerhalb von CDU und CSU wurden durch die Parteispitzen indes nicht aktiv aufgelöst. Angela Merkel begleitete die Vertiefungsdebatte pragmatisch und verwies trotz gelegentlicher Ausblicke auf eine mögliche Transformation der Europäischen Kommission in eine europäische Regierung und die Ausstattung des Europäischen Parlaments mit einem Initiativrecht<sup>1354</sup> auf den Vorrang der Sachfragen zur akuten Stabilisierung der Eurozone.<sup>1355</sup> In dieser Interpretation einer politischen Union stand die Verankerung finanzpolitischer Stabilität im Mittelpunkt.<sup>1356</sup> Merkel zeigte geringes Interesse an einer zunehmenden Supranationalisierung oder einer Direktwahl des Kommissionspräsidenten

---

<sup>1353</sup> Vgl. ZEIT, 1.9.11, Merkels Wille.

<sup>1354</sup> Vgl. Interview Angela Merkel, Süddeutsche Zeitung, 26.1.12, „Deutschlands Kraft ist nicht unendlich“.

<sup>1355</sup> Vgl. Angela Merkel, Rede im Bundestag, 7.9.11: „Alle diejenigen, die mit EFSF und ESM nicht einverstanden sind, müssen eines wissen: Wir haben keine Diskussion am theoretischen Reißbrett, wie wir uns eine politische Union vorstellen.“. Vgl. ebenso Interview Angela Merkel in Tagesspiegel, 12.9.11, gleichzeitig Pressemitteilung CDU, 12.9.11: „Ich fühle mich vor allem dafür verantwortlich, jetzt konkrete Schritte für eine vertiefte Integration zu gehen. Wie man am Ende eines langen europäischen Prozesses das Entstandene einmal nennen könnte, darüber mache ich mir keine Gedanken.“

Auch Gerda Hasselfeldt (CSU) kritisierte die Debatte über Vereinigte Staaten als zu wenig konkret und plädierte für eine Fokussierung auf eine verbindliche Stabilitätspolitik sowie die Steigerung von Wettbewerbsfähigkeit. Vgl. Interview Gerda Hasselfeldt in Stuttgarter Zeitung, 9.9.11. Vgl. in ähnlicher Positionierung: Pressemitteilung CSU, 4.8.12.

<sup>1356</sup> Vgl. zur Priorisierung einer Härtung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes: Interview Wolfgang Schäuble, in Bild am Sonntag, 13.12.10. Vgl. auch Pressemitteilung CDU, 13.9.11; Angela Merkel, Rede im Bundestag, 14.12.11 sowie Pressemitteilung CDU, 27.8.12: „Die politische Union müsse weiter vorangetrieben werden. Dazu gehöre beispielsweise mehr Verbindlichkeit bei der Gültigkeit der Haushalte. „Aber vor allem auch im Sinne dessen, was Wettbewerbsfähigkeit ausmacht, soziale Standards, bei der Frage auch des Steuersystems. Mehr Kohärenz, das heißt mehr zusammen wachsen, das wird nicht in einem Schritt gehen, aber es wird auf Dauer nicht möglich sein, dass der eine kein Geld für Forschung ausgibt, der andere gibt Geld für Forschung aus, so Merkel“. Zur Verknüpfung von Integration mit einer Durchsetzung von Haushaltsdisziplin vgl. für die FDP: Interview Alexander Graf Lambsdorff in WELT, 25.7.11. Vgl. auch Interview Philipp Rösler in FAZ, 11.11.11 sowie Gastbeitrag Guido Westerwelle in NZZ, 30.11.11, Europa braucht mehr Integration: „Wir haben keine Zeit zu verlieren, sondern brauchen schon beim kommenden europäischen Rat eine politische Vereinbarung. Auf dieser Grundlage könnte dann im Frühjahr 2012 ein Konvent zusammentreten, der zügig mit einem zeitlich und inhaltlich eng begrenztem Mandat klare Stabilitätsregeln ausarbeitet.“. Nach dem Ausscheiden aus der Bunderegierung nahm der europapolitische Pragmatismus der FDP nochmals zu. Vgl. Christian Lindner, Interview FAS, 24.11.13 auf die Frage „Wo wird Europa enden?“: „Wir haben seit 2010 eine stabilitätsorientierte Krisenpolitik formuliert, weil die damaligen Alternativen für unser Land nur Nachteile gebracht hätten. Das Ziel muss aber bleiben, die finanzpolitische Eigenständigkeit der Euro-Staaten im Sinne des Maastricht-Vertrags wiederherzustellen.“

und sprach sich für einen weiterhin intergouvernementalen Ansatz aus, wobei sie explizit auf einen Konsens mit François Hollande hinwies.<sup>1357</sup> Enttäuscht von der schwachen Kontrollfunktion der Kommission bei der haushaltspolitischen Überwachung und in der Überzeugung, dass eine politische Union nicht umsetzbar sei, tendierte Angela Merkel zu einem stärker zwischenstaatlich organisierten Europa.<sup>1358</sup> In der Abkehr von weitreichenden Integrations-Visionen erhielt die Kanzlerin Zustimmung seitens der CSU<sup>1359</sup>, der FAZ<sup>1360</sup> und der Bundesbank.<sup>1361</sup>

Das Fernziel „Vereinigter Staaten von Europa“ wurde in konservativen und wirtschaftsliberalen Strömungen punktuell vertreten und überwiegend vage umschrieben. In den Unionsparteien blieben Initiativen zu grundlegenden Integrationsfortschritten im Sinne einer Föderalisierung der Europäischen Union auf vereinzelt Debattenbeiträge beschränkt.<sup>1362</sup> Die FDP skizzierte eine durch Volksabstimmungen legitimierte und subsidiär organisierte politische Union „mit föderalen Grundsätzen“ in Form eines

---

<sup>1357</sup> Vgl. Interview Angela Merkel in SPIEGEL, 3.6.13, „Wir sitzen in einem Boot“: „Ich sehe zunächst keine Notwendigkeit, in den nächsten Jahren noch mehr Rechte an die Kommission nach Brüssel abzugeben. Frankreichs Präsident François Hollande und ich wollen vielmehr eine bessere Koordinierung auf den Politikfeldern, die für die Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit ausschlaggebend sind. (...) Irgendwann kann es sinnvoll werden, dem [Europäischen] Parlament die Befugnis zu geben, Gesetzesinitiativen auf den Weg zu bringen, aber jetzt halte ich nichts davon, unsere Zeit mit theoretischen Diskussionen darüber zu verbringen, wie die europäischen Strukturen in 10 oder 15 Jahren aussehen.“ Vgl. ebenso Handelsblatt, 18.9.13, Kehrtwende der Kanzlerin. Vgl. auch Pressemitteilung CDU, 8.2.14: „Merkel betonte, die CDU wolle „ein Europa der Regionen, ein Europa von Freiheit und Sicherheit und Europa als internationalen Partner“.

<sup>1358</sup> Vgl. Le Monde, 25.6.13, L'Allemagne s'est convertie à une Europe des Etats et à un pilotage économique de la zone euro.

<sup>1359</sup> Vgl. Interview Horst Seehofer in Handelsblatt, 30.3.12: „Wir entwickeln Europa *organisch* [Hervorhebung J.R.] weiter und vertiefen es. Das hat Vorrang vor Erweiterung.“

<sup>1360</sup> Vgl. FAZ, 17.9.11, Mehr Europa sowie FAZ, 10.12.11, Das Paradox der Europa-Politik. Für die FAZ stellte zudem der linke Flügel des PS ein Integrationshindernis dar. Vgl. FAZ, 1.7.13, Das euroskeptische Frankreich.

<sup>1361</sup> Vgl. Jens Weidmann, Rede beim ZEW-Wirtschaftsforum 2012, 14.6.12: „Ich plädiere mit diesen Einwänden durchaus nicht gegen eine vertiefte Integration, im Gegenteil. Aber ebenso wie der bisherige, auf Dezentralität ausgelegte Rahmen der EWU-Schwächen hatte, ist auch eine vertiefte Integration an sich noch kein Garant für eine stabile Währungsunion - vor allem dann nicht, wenn man den zweiten Schritt vor dem ersten macht. Eine stabile Währung setzt nicht die Vereinigten Staaten von Europa voraus, aber ohne stabile Währung, und damit ein entsprechend ausgestaltetes Rahmenwerk, wird es keine dauerhafte, stabile politische Union geben.“ Vgl. ebenso kritisch beobachtend: Jens Weidmann, Gastvortrag bei der Jahresseröffnung der Deutschen Börse, Eschborn, 21.1.13: „Das Ende des Weges ist auch mit Blick auf einen neuen, konsistenten Rahmen der Europäischen Währungsunion noch nicht erreicht. Mehr noch, bislang ist weiter offen, wie der Endpunkt aussehen soll. Hier gibt es, positiv formuliert, eine ausgiebig gelebte Meinungsvielfalt. Etwas weniger positiv formuliert: Nationale Interessen sind dabei meist klar erkennbar, während das Ziel einer stabilen und funktionsfähigen Währungsunion bisweilen aus dem Blick gerät. Die künftige Architektur der Währungsunion bleibt also unklar.“

<sup>1362</sup> So sprach sich etwa Ursula von der Leyen für die Schaffung eines europäischen Finanzministeriums und eine stärker gemeinschaftliche Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik aus. Vgl. Ursula von der Leyen, Interview in SPIEGEL, 9.7.12, Die Krise sagt: Bewegt euch: „Wenn ich mir die Franzosen anschau, würde ich sagen: Die Senkung des Renteneintrittsalters ist auf Dauer nicht der richtige Schritt. Genauso wie Deutschland weiß, dass es bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie von viel von Frankreich und anderen Ländern lernen kann.“

europäischen Bundesstaates sowie die Stärkung des Europäischen Parlaments.<sup>1363</sup> Die weitreichendsten Planungen unter den hier betrachteten Akteuren unternahm indes die Arbeitgeberverbände MEDEF und BDI, die sich zudem kontinuierlich bi- und multilateral grenzüberschreitend abstimmten.<sup>1364</sup> In dieser Perspektive galt es, mittels einer subsidiär aufgebauten politischen Union aus der wirtschaftlichen Stärke Europas heraus auch künftig Einfluss auf globaler Ebene zu sichern. Dazu wurde langfristig die Schaffung je eines europäischen Haushalts- und Wirtschaftsministers angeregt. In Handelsfragen sollte die Europäische Union zudem heimische Unternehmen stärker beschützen und soziales wie ökologisches Dumping durch Mitbewerber unterbinden.<sup>1365</sup>

#### 4.5.2 Weitergehende Harmonisierung und Europa mit Schutzfunktion

In Abgrenzung zu einer in Deutschland dominanten konservativ-wirtschaftsliberalen Auslegung der europäischen Einigung und eines stark wettbewerbslich geprägten Europa-Begriffs, skizzierten moderat-progressive Oppositionskräfte in Frankreich und Deutschland (hier schwerpunktmäßig betrachtet: PS, EELV, SPD und Grüne) alternative Europa-Visionen. Diese umfassten nach wie vor die Einlösung und Absicherung eines Wohlstandversprechens, betonten dabei jedoch die soziale sowie die demokratische Dimension des Integrationsprozesses stärker. Ebenso war das Verständnis der Europäischen Einigung politischer geprägt, in dem Sinne, dass Teile des

---

<sup>1363</sup> Vgl. FDP, Bürgerprogramm 2013 - Damit Deutschland stark bleibt, hier: S. 80 f.

<sup>1364</sup> Vgl. gemeinsame Erklärung BDI, CONFINDUSTRIA und MEDEF, 8.10.11, Pour une Europe plus intégrée: „Les dispositifs déjà envisagés ne constituent pas cependant le « bond en avant » nécessaire pour surmonter les déficiences actuelles de la zone euro. Afin que puissent être établies les fondations d'une Europe du XXIème siècle prospère et politiquement forte, nous demandons à l'Union européenne de lancer le chantier d'un nouveau Traité, qui constituera une étape nouvelle vers une Union politique et économique plus étroite“ vgl. ebenso BDI, 7.9.11, Ein neuer Vertrag für den Euro - 12 Thesen aus einer industriellen Perspektive sowie MEDEF, Positionspapier: Besoin d'aire: Les Etats d'unis d'Europe à portée de main, S. 26 f. : „Oser le fédéralisme : „C'est au nom de cette expérience que nous pouvons affirmer aujourd'hui que le scénario gagnant pour l'avenir est celui d'une gouvernance européenne beaucoup plus intégrée. Tout ce qui n'a pas été « fédéralisé » a stagné ou échoué. La compétitivité en est le plus dramatique exemple. Depuis les années 90 nous décrochons par rapport aux Etats-Unis. La simple coordination intergouvernementale, qui a caractérisé la conduite des affaires européennes ces dernières années, ne saurait suffire.“; vgl. ebenso Laurence Parisot in Le Monde, 1.12.11, „Créons d'urgence les Etats unis d'Europe!“: „Mais elle [la crise; J.R.] nous oblige à changer nos habitudes, à conférer une responsabilité politique plus grande aux institutions européennes, à considérer d'emblée à leur échelle européenne les questions sociales, et pas seulement budgétaires et fiscales. Il faut avancer vers un territoire reconfiguré, vers une nouvelle patrie, vers l'an I d'une véritable pratique de notre histoire fédérale.“; vgl. La Tribune, 20.6.12, Les angoisses de Laurence Parisot. Vgl. gemeinsame Erklärung BDI, MEDEF und weitere europäische Wirtschaftsverbände, 26.5.14, Klare Mehrheit für mehr europäische Integration.

<sup>1365</sup> Vgl. Pressemitteilung MEDEF, 29.1.13, zu gemeinsamer Erklärung mit dem BDI und dem BDA. Die Forderung nach einer stärkeren Beachtung von Reziprozität im Welthandel wurde insbesondere durch den MEDEF vertreten. Vgl. MEDEF, 11.4.14, L'Europe que nous voulons, hier S. 4 f.: Une politique commerciale qui garantisse la promotion des intérêts des entreprises européennes.

wirtschaftspolitischen Handelns in einem gemeinsamen supranationalen Rahmen konzipiert und eine etwaige Schutzfunktion der EU in der Globalisierung konkretisiert wurden. Die Bereitschaft zur Weiterentwicklung der Eurozone und der Europäischen Union in einem föderalen Rahmen war grundsätzlich vorhanden und wurde in verschiedenen Konzepten ausformuliert. Gleichzeitig blieben auch in diesen Gruppierungen die Ansätze einer politischen Union vage und letztlich ohne Aussicht auf Umsetzung.

Moderat linke und grüne Parteien in Deutschland und Frankreich kritisierten die Verengung der Europäischen Union auf die Ziele finanzieller Konsolidierung und ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit durch einen dominanten konservativen Politikstil in Europa. In der Wahrnehmung progressiver (Oppositions-)kräfte waren die beispielweise mittels des Euro-Plus-Pakts und des Fiskalpakts angeregten Strukturreformen und Ausgabenkürzungen mit zu weitreichenden negativen sozialen Folgen behaftet. Ebenso wurde die Verkleinerung haushaltspolitischer Entscheidungsspielräume für Staaten und die jeweiligen nationalen Parlamente kritisch betrachtet. Dementsprechend wurde den politischen Gegnern der Vorwurf gemacht, durch ein technisch-rationales Krisenmanagement eine ohnehin stattfindende Entfremdung breiter Bevölkerungsschichten von der europäischen Einigung zusätzlich zu beschleunigen.

Die traditionellen Friedens- und Wohlstandsmotive der europäischen Einigung wurden angesichts der Krise im Euroraum als nicht mehr überzeugend angesehen. Insbesondere das Prosperitätsversprechen und die Aussicht auf gegenseitige Solidarität wurden als nicht ausreichend erfüllt betrachtet.<sup>1366</sup> Um einem solchen drohenden Vertrauensverlust in die Europapolitik vorzubeugen, forderten die hier analysierten Akteure der politischen Linken einen Ausbau der sozialpolitischen Integration und eine Stärkung demokratischer Prozesse in der Europäischen Union.<sup>1367</sup> Ebenso wurde eine dezidiert

---

<sup>1366</sup> Vgl. beispielhaft SPD-Bundestagsfraktion, Pressemitteilung 6.5.10, Was ist aus dem europäischen Geist der Schuman-Erklärung geworden?; vgl. SPD, Pressemitteilung 17.4.11. Vgl. ebenso Grundsatzreferat Michael Sommer (DGB), Bundeskongress des DGB, Berlin, 17.10.10: „Bleibt Europa ein Hort des Neoliberalismus und der sozialen Stagnation oder werden wir endlich die notwendigen demokratischen Rechte erstreiten, um die Eurobürokratie zu kontrollieren und zu verhindern, dass sich die Regierungen mit ihren unsozialen Absichten hinter Europa verstecken.“ Vgl. ebenfalls DGB, 16.12.11, Erklärung des Bundesvorstands, Keine Änderung der Verträge ohne breite demokratische Beteiligung der Menschen in Europa! Keine Änderung der Verträge ohne sozialen Fortschritt. Vgl. auch Le Monde, 22.11.12, Le faux égoïsme des Européens: „L'Europe n'est plus synonyme de prospérité économique. Reste donc l'Europe politique pour séduire les citoyens. Mais celle-ci accumule les échecs.“

<sup>1367</sup> Im Fall der SPD handelte es sich zu Krisenbeginn in erster Linie um eine Zurückgewinnung politischer Gestaltungsmacht gegenüber internationaler Finanzmarktakteure. Vgl. Sigmar Gabriel, Rede im Bundestag, 7.5.10. Vgl. auch Interview Andrea Nahles in Kölner Stadt-Anzeiger, 29.8.11: „Wir wollen, dass das europäische Modell - starke Wirtschaft, soziale Ausgewogenheit, freier Bildungszugang - auch in den kommenden Jahrzehnten gegenüber China und anderen Ländern und Regionen besteht.“ Vgl. ebenso Gastbeitrag Sigmar Gabriel in ZEIT, 15.9.11, Krise in den Köpfen: „Es ist Zeit, Europa endlich wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen. Das setzt voraus, dass die Eliten ihre Verantwortung wahrnehmen und entschiedener als bisher für Europa als Hoffungsraum

europäische Betrachtung der mit den Instabilitäten im Währungsraum verbundenen Herausforderungen eingefordert.<sup>1368</sup> Dem parteipolitischen Wettstreit entsprechend warfen sowohl SPD und Die Grünen als auch der PS und EELV den jeweiligen nationalen konservativen Mitbewerbern fehlende Visionen für die Gestaltung des europäischen Integrationsprozesses<sup>1369</sup> und mangelnde Leidenschaft für Europa vor.<sup>1370</sup> François Hollande zeichnete im Präsidentschaftswahlkampf im Frühjahr 2012 ein umfassenderes Europa-Bild:

„C'est la raison pour laquelle je n'ai jamais considéré l'Europe comme un marché, comme une monnaie, comme une somme de traités, et même comme des institutions. L'Europe est une espérance. C'est ce qui nous a permis d'être un continent qui porte l'histoire, qui ne l'impose pas, mais qui la fabrique. L'Europe, c'est aussi un mode de vie, une culture, une façon d'être que nous n'avons pas à protéger derrière des barbelés, que nous avons à offrir au monde.“<sup>1371</sup>

werben. Denn Europa ist mehr als eine Interessengemeinschaft zur Rettung angeschlagener Banken, mehr auch als eine Freihandelszone. Europa ist nicht nur, aber eben auch eine Idee von Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität. So schwierig die aktuelle Krise auch zu bewältigen ist, es ist falsch und kurzfristig, die europäische Idee nun zum reinen Wunschdenken und zum hohlen Pathos zu erklären.“ Vgl. auch gemeinsame Gastbeiträge Sigmar Gabriel / Harlem Désir in Spiegel Online und Libération, 22.1.13, La France et l'Allemagne - Des partenaires pour une Europe sociale forte.

<sup>1368</sup> Vgl. Die Grünen, Beschluss Bundesdelegiertenkonferenz, 25.6.11. Vgl. in ähnlicher Positionierung: MoDem, Pressemitteilung 14.1.11.

<sup>1369</sup> Vgl. für die Grünen: Gastbeitrag Jürgen Trittin in Handelsblatt, 30.8.11, Wir brauchen: Wachstum!: „Was schwerwiegt und sich jetzt rächt: Es gibt bei Schwarz-Gelb kein gemeinsames europäisches Leitbild mehr, keine Vision, keine Idee, über die sich Zustimmung, Akzeptanz und Legitimation der deutschen Gesellschaft organisieren ließe. Dabei geht es schon lange nicht mehr um teleologische Zuschreibungen oder Finalitätsentwürfe. Aber Politik muss den Menschen eine Vorstellung von Europa und seiner Entwicklungsrichtung geben, die Sinn stiftet und Orientierung gibt, um daran Karte und Kompass auszurichten. Anstelle einer solchen europäischen Leitvorstellung, die Kohl noch hatte, lässt sich Merkel koordinatenlos treiben. (...) muss Deutschland in Europa endlich wieder vorangehen und Verantwortung übernehmen. Vor allem aber muss die Bundesregierung den Mut haben, sich auch gegen den Boulevardjournalismus offensiv zum Integrationsprozess zu bekennen und den Menschen mit einem europäischen Leitbild Orientierung zu geben.“ Vgl. für die SPD beispielhaft Sigmar Gabriel, Rede im Bundestag, 8.9.11. Vgl. auch Interview Peer Steinbrück in SPIEGEL, 12.9.11: „Man muss den Menschen erklären, dass dieses Europa die Antwort ist auf 1945 und auf das 21. Jahrhundert in einer sich dramatisch verändernden Welt mit neuen Schwergewichten. Und dass Deutschland politisch, ökonomisch und gesellschaftlich von der weiteren Integration Europas profitiert. Das bedeutet: Natürlich müssen die Deutschen zahlen. Aber das Geld ist gut investiert in unsere und die Zukunft Europas, in Frieden und Wohlstand. Dieses Erklärungsmuster fehlt. Die Politik hätte eine neue Erzählung über Europa finden müssen, die nicht zuletzt auch den deutschen Zahlungsbeitrag gegenüber der eigenen Bevölkerung rechtfertigt.“ Vgl. ebenso Rede Martin Schulz, SPD-Bundesparteitag, 14.11.13, Leipzig. Vgl. für den PS: Harlem Désir, Pressekonferenz zur Vorstellung des Europa-Wahlprogramms, 3.3.13, Paris: „Nous refusons que l'avenir de l'Europe soit livrée aux conservateurs de M. Cameron qui sait demander l'aide de Bruxelles quand il y a des inondations, mais qui ne veut pas payer quand on lui demande sa contribution, nous refusons qu'elle soit livrée à ceux qui comme M. Sarkozy à Berlin prônent une Union européenne réduite à un marché unique, à la droite xénophobe et populiste de l'autocrate hongrois M. Orban, toujours membre de cette famille politique du PPE, à la droite réactionnaire qui avec M. Rajoy s'attaque aux droits des femmes en Espagne avec le soutien de toutes les droites européennes au Parlement européen!“

<sup>1370</sup> Vgl. für die SPD: Frank-Walter Steinmeier, Rede im Bundestag, 10.6.11 sowie Pressemitteilung Bundestagsfraktion 9.5.14. Vgl. für die Grünen: Pressemitteilung 21.5.10 sowie Beschluss Bundesdelegiertenkonferenz, 25.11.11, Die Zukunft ist Europa. Auch in der Süddeutschen Zeitung wurde eine zunehmend negative Konnotation des Europa-Begriffs im Zuge der Euro-Krise mit Bedauern festgestellt. Vgl. SZ, 15.9.12, Europa, unser Leben.

<sup>1371</sup> François Hollande, Wahlkampfrede 17.3.12, Renaissance pour l'Europe.

Einem solchen weit gefassten Europa-Begriff entsprechend entwarfen moderat progressive Parteien in beiden Ländern und auch die französischen Konservativen Konzepte für einen Ausbau wirtschaftspolitischer Koordination auf europäischer Ebene und Ansätze einer gemeinschaftlichen aktiven Wirtschaftspolitik im Namen der Europäischen Union. In diesen Überlegungen fungierte beispielsweise eine institutionalisierte europäische Wirtschaftsregierung als ein transnationales Diskussionsforum.<sup>1372</sup> Eine europäische Industriestrategie zur gezielten Entwicklung von Schlüsselbereichen und eine weniger strikte Auslegung des Wettbewerbsrechts zur Ermöglichung europäischer Großkonzerne stellten weitere Eckpfeiler einer über den Leitgedanken der Haushaltskonsolidierung hinausgehenden Wirtschaftsunion dar.<sup>1373</sup> Organisatorisch wurde dies seitens der französischen Sozialisten und auch Konservativen im Vorschlag einer Zusammenlegung der Kommissionsressorts für Wettbewerb und Industrie zusammengefasst.<sup>1374</sup> Programmatisch stimmten Vertreter der politischen Linken länderübergreifend in der Zielvorstellung einer europäischen Sozialunion zur Verankerung von Mindeststandards in sozialstaatlichen Sicherungssystemen überein. Dies wurde in der Forderung der Verankerung einer sozialen Fortschrittsklausel im Vertrag von Lissabon zusammengefasst.<sup>1375</sup> Akteursübergreifend wurde die Europäische Union als geeigneter Rahmen für den Integrationsprozess sowie die Interessenvertretung auf globaler Ebene

---

<sup>1372</sup> Vgl. UMP, Projet 2012.

<sup>1373</sup> Siehe ausführlich in Kapitel 2. Makroökonomische Koordinierung

<sup>1374</sup> Vgl. für den PS: Positionspapier, Refaire de la France une grande nation industrielle, proposer aux Européens un modèle de production social-écologique; hier S. 15 ff.: L'urgence d'une politique industrielle européenne. Vgl. für die UMP: Le Figaro, 7.12.11, L'UMP présente son projet pour l'Europe: „Souhaitant « la fin du dogme de la libéralisation et de la concurrence », l'UMP plaide pour la création d'un poste de commissaire européen « commun à la concurrence et à la politique industrielle »." Vgl. ebenfalls UMP, 1.5.13, Europe: Opération vérité. Vgl. auch Pressemitteilung MoDem, 14.4.14: „Aujourd'hui, les citoyens ont trop souvent le sentiment que l'Europe n'est là que pour produire des normes. Il faut passer à autre chose, à des stratégies économiques, industrielles, budgétaires, de politique étrangère, de politiques migratoires, de co-développement, avec l'Afrique en premier lieu, qui sera le continent de toutes les croissances.“

<sup>1375</sup> Vgl. beispielhaft DGB, Pressemitteilung 29.9.10: „Das soziale Europa darf nicht der wirtschaftlichen Integration und den Binnenmarktfreiheiten geopfert werden. Deshalb fordern wir gemeinsam mit allen europäischen Gewerkschaften eine soziale Fortschrittsklausel, die im Lissabon-Vertrag den Vorrang der sozialen Rechte in Europa verbindlich sicherstellt“. Vgl. Positionspapier CFDT, 18.9.13, Nos ambitions. Vgl. ebenso Die Grünen, Beschluss Fraktionsklausur 31.8.11, Für ein starkes Europa und einen europäischen Weg aus der Krise. Vgl. SPD, Pressemitteilung Bundestagsfraktion 17.12.10, Sozialer Fortschritt ist der Garant für ein starkes Europa, sowie Antrag Parteivorstand 11.6.12. Für den PS vgl. Parteitagsrede Harlem Désir, 16.11.13, abgedruckt in L'hebdo des socialistes, Nr. 714, 23.11.13, hier: S. 2-4.

betrachtet.<sup>1376</sup> Zur Verfolgung gemeinsamer politischer Ziele bestand zudem eine grundsätzliche Bereitschaft zur Ausstattung des EU-Haushalts mit Eigenmitteln.<sup>1377</sup>

In der Form der Vertretung und Durchsetzung gemeinsamer Interessen im globalen Wettbewerb stellte sich indes eine nationalspezifische Abstufung dar. Die SPD und die Grünen betonten überwiegend symbolhaft den Mehrwert eines europäischen Verbunds zur Bewältigung grundsätzlicher Herausforderungen, wie zum Beispiel der sozialen Gestaltung der Globalisierung, einer Verbesserung des Klimaschutzes und einer wirkungsvolleren außenpolitischen Interessensvertretung.<sup>1378</sup> Insbesondere setzten sich beide Parteien für eine stärkere Finanzmarktregulierung durch ein gemeinschaftliches Vorgehen und die Entwicklung eines sozial und nachhaltig orientierten europäischen Wirtschaftsmodells ein.<sup>1379</sup>

---

<sup>1376</sup> Vgl. SPD-Vorstand, Leitantrag 26.9.11: „Aus der Währungsunion muss eine Wirtschafts- und Fiskalunion und vor allem auch eine politische Union werden (...) Die Sozialdemokratie ist die Partei der Europäischen Integration. Die Europäische Union ist für uns das politische Instrument, um unter den Bedingungen der Globalisierung politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu organisieren.“ Vgl. ebenso Die Grünen, Positionspapier 15.2.11, Manuel Sarrazin et. al, Diskussionsanstöße zum ‚state of the European Union‘ und zum Vereinigten Europa: „Unsere gemeinsamen Visionen, die wir in der Präambel unseres grünen Grundsatzprogramms aufgeschrieben haben, sind ohne Europa nicht zu machen. Die europäische Integration ist das einzige politische Instrument, das Bündnis 90 / Die Grünen in absehbarer Zeit zur Verfügung stehen wird, um seine Vorstellungen für eine Veränderung des Planeten aussichtsreich zu vertreten. Die Grünen sind also nicht nur eine Europapartei: Nur die Europäische Union gibt uns die Chance, unsere politischen Werte und Grundüberzeugungen zu einem relevanten politischen Modell im globalen Wettbewerb der Politikmodelle zu machen. Die europäische Integration ist also nicht alternativlos, sondern vernünftig und das Beste, was uns Grünen passieren kann!“

<sup>1377</sup> Vgl. zur möglichen Finanzierung des EU-Haushalts mit Eigenmitteln aus einer Finanztransaktionssteuer beispielhaft Die Grünen, MitgliederMagazin Schrägstich, Ausgabe 1/2011, hier: S. 5. Vgl. auch gemeinsame Erklärung PS / SPD, 21.6.11, Mehr Mut und Solidarität in der Krise - gemeinsam für eine starke europäische Wirtschaftsregierung. Vgl. Wahlprogramm PS, 5.4.2011, Le Changement, hier: S. 23. Vgl. aus Perspektive der CFDT: Positionspapier Nos ambitions, 18.9.13: „L’Union européenne doit se doter d’un budget qui lui permette de conduire des politiques ambitieuses de développement durable, s’appuyant sur des ressources fiscales propres.“

<sup>1378</sup> Vgl. für die SPD: Rede Frank-Walter Steinmeier in Bundestag, 5.5.10; Pressemitteilung Bundestagsfraktion 18.5.10; Beitrag Sigmar Gabriel auf Parteihomepage, 2.12.11, Europäische Herausforderungen brauchen europäische Antworten; Online-Beitrag Yvonne Holl, 26.1.14, Für ein besseres Europa (online abrufbar unter <https://www.vorwaerts.de/artikel/besseres-europa-0>; letzter Zugriff: 28.8.21). Vgl. für die Grünen: Rede Renate Künast im Bundestag, 27.10.10. Vgl. ebenso Beschluss Bundesdelegiertenkonferenz 24.6.12, Mehr Mut zu Europa sowie Bundestagswahlprogramm 2013, Zeit für den grünen Wandel, hier: S. 54 ff. Die Krise überwinden durch ein solidarisches und ökologisches Europa und S. 281 ff. Unser gemeinsames Europa. Vgl. in ähnlicher Positionierung SZ, 26.11.11, Endspiel um den Euro und SZ, 30.1.12, Markt und Macht.

<sup>1379</sup> Vgl. Gastbeitrag Frank-Walter Steinmeier in FAZ, 4.12.12, Europas Industrie erneuern. Vgl. Sigmar Gabriel / Frank-Walter Steinmeier / Peer Steinbrück, 1.4.12, Warum wir die Soziale Marktwirtschaft brauchen: „Europa kann Vorreiter einer nachhaltigen Ökonomie werden. Für realistisch halten wir die Möglichkeit, dass sich zunächst in Kontinentaleuropa die Euro-Länder auf ein neues supranationales Regelwerk mit Beschränkungen und Kontrollen auf den wichtigsten Finanzplätzen einigen. Auf dieser Basis könnten sie ein europäisches Modell errichten, das weltweit beispielgebend ist.“ Vgl. ebenfalls Gabriel / Steinmeier / Steinbrück, Positionspapier 15.5.12, Der Weg aus der Krise - Wachstum und Beschäftigung in Europa, hier: S. 4 f. Vgl. in ähnlicher Positionierung für die Grünen: Rede Renate Künast im Bundestag, 7.5.10. Vgl. auch DGB, Pressemitteilung 16.6.11, Krise in der Eurozone: Marktmacht der Banken brechen.



In der französischen Debatte waren über die symbolische Ebene hinausgehend weitreichendere Überlegungen zur schützenden Funktion der Europäischen Union im globalen Wettbewerb zu beobachten. Für die Sozialistische Partei etwa stellte die EU einen ausreichend bevölkerungsstarken und wirtschaftlich wie politisch einflussreichen Verbund dar, um Normen in internationalen Handelsbeziehungen durchzusetzen und etwaige Benachteiligungen europäischer Unternehmen durch geringere ökologische oder soziale Standards auf Seiten von Handelspartnern durch Zölle und Abgaben auszugleichen. Dies ging einher mit einem stärker politischen Verständnis der europäischen Integration und der EU als Entität.<sup>1380</sup> Vertreter von PS und EELV forderten entsprechend: „L'Europe doit renouer avec sa promesse fondatrice: investir dans l'avenir et protéger les peuples.“<sup>1381</sup> Dieser Ansatz wurde im Grundsatz ebenfalls von der CFDT<sup>1382</sup> und dem MoDem<sup>1383</sup> unterstützt.

Im Gegensatz zu den konservativen Parteien in Deutschland, rückte die UMP das Prinzip der Reziprozität im Welthandel wie die progressiven Mitbewerber ins Zentrum ihrer europapolitischen Programmatik. Ein *starkes, intelligentes* und *beschützendes* Europa erfüllte auch aus der Perspektive französischer Konservativer die Funktion, heimische Unternehmen sowie das Sozialmodell vor negativen Auswirkungen asymmetrischer Handelsbeziehungen zu bewahren.<sup>1384</sup> Ein diametraler Unterschied zum deutschen

---

<sup>1380</sup> Vgl. PS, Positionspapier 9.10.10, Convention pour une nouvelle donne internationale et européenne: „Il est grand temps que l'Europe soit à nouveau habitée par une volonté collective, incarnée par des dirigeants à la mesure de nos ambitions pour l'Europe“.

<sup>1381</sup> Vgl. PS / EELV, 5.12.11, Projet 2012. Vgl. zum Leitbild der solidarischen Integration: Jean-Marc Ayrault, Rede in Senat, 5.7.12. Vgl. ebenfalls Europawahlprogramm 2014 des PS, hier Ausführungen zum „Juste échange“. Vgl. Wahlkampfrede Jean-Christophe Cambadélis, 23.5.14.

<sup>1382</sup> Vgl. Positionspapier, 18.9.13, Europe - Nos ambitions.

<sup>1383</sup> Vgl. zur Forderung einer Stärkung von *Loyauté* und *Réciprocité*: Wahlkampfrede François Bayrou, 25.3.12, sowie im Kontext der TTIP-Verhandlungen Interview Robert Rochefort bei France Inter, 16.1.14, zugleich Pressemitteilung MoDem, 16.1.14: „Je vais peut-être vous étonner, mais je n'ai pas voté le mandat des négociations sur l'accord de libre-échange entre l'Europe et les États-Unis. Il ne me satisfaisait pas. Je crois qu'il y a un certain nombre de secteurs où l'Europe doit être plus vigilante. Je n'ai pas envie qu'il y ait du bœuf aux hormones dans les assiettes des Français. Je crois qu'il est temps que l'Europe ne soit plus naïve et qu'elle impose des clauses de réciprocité. Il est fondamental qu'il y ait des secteurs particuliers, où l'on décide que les choses doivent être paritaires, symétriques. Il n'y a aucune raison qu'un accord conduise l'Europe à se livrer et à s'ouvrir encore plus. Mais pour ne plus être naïve, l'Europe doit être forte.“; vgl. auch Marielle de Sarnez, Positionspapier, Europe - Orientations, 18.1.14, hier: S. 3.

<sup>1384</sup> Vgl. UMP Positionspapier 2.11.11, Une Europe forte et protectrice. Vgl. zur Forderung einer *préférence communautaire* auch François Fillon, Parteitage 4.9.11. Vgl. Le Figaro, 7.12.11, L'UMP présente son projet pour l'Europe: „La création d'une « taxe réciprocité » aux frontières de l'UE devrait permettre de « corriger les phénomènes de concurrence déloyale de la part de pays n'ayant pas les mêmes normes sociales, environnementales et économiques“.

Vgl. in starkem Kontrast zur Interpretation der UMP einer Europe forte: CDU, französischsprachiges Papier zur EP-Wahl, 9.4.14, Ce que veut la CDU: „Nous voulons une Europe forte. C'est dans chaque état européen que la crise doit être combattue. Nous voulons que les pays les moins riches deviennent plus forts et plus compétitifs. La politique économique européenne doit être définie en commun de manière plus rigoureuse. Tous les états sont tenus d'appliquer les réformes exigées. L'Allemagne ne se porte bien que si l'Europe va bien elle aussi.“

Konservatismus lag darin, dass in der Darstellung der UMP die Errichtung des europäischen Binnenmarkts abgeschlossen war und in der Folge mittels aktiver Wirtschafts- und Handelspolitik auf europäischer Ebene Wachstum sichergestellt werden sollte.<sup>1385</sup> Im Präsidentschaftswahlkampf 2012 formulierte Nicolas Sarkozy ähnlich wie die Sozialisten die Erwartungshaltung an ein abstraktes Europa: „Elle doit affirmer sa volonté politique. Elle ne peut être le jouet des seules forces de la concurrence du marché, et de la loi des pays les plus forts dans le monde.“<sup>1386</sup> Im innerfranzösischen parteipolitischen Wettstreit wurde diese Positionierung wiederum von den Sozialisten attackiert, die dem UMP-Kandidaten vorwarfen, durch die Unterstützung des Euro-Plus-Pakts de facto auf die wirtschaftsliberale Linie der CDU einzulenken und das Ziel eines schützenden Europas zu konterkarieren.<sup>1387</sup> Rhetorisch und programmatisch wiesen der PS und die UMP hinsichtlich der Europa-Konzeption große Schnittmengen auf, beispielsweise in der angestrebten Aufwertung des *europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung*.<sup>1388</sup> Dieses Instrument fand in der deutschen Debatte unabhängig von wirtschaftspolitischen und ideologischen Präferenzen keine Beachtung.

Die Vorstellungen weiterer Integrationsschritte und der Finalität des Einigungsprozesses waren im hier betrachteten Akteurs-Spektrum sehr vielseitig, wobei in der französischen Debatte die Erfahrungen des Maastricht-Referendums sowie die Ablehnung des Verfassungs-Vertrags 2005 Rahmenbedingungen setzten, während die politischen Auseinandersetzungen in Deutschland von einer tief verwurzelten Skepsis der Bevölkerung gegenüber der Institutionalisierung von finanziellen Transfers sowie dem möglichen Erfordernis einer Grundgesetzänderung geprägt waren.<sup>1389</sup>

Im Zuge der Krisenbewältigung befand sich Nicolas Sarkozy als Staatspräsident und Vorsitzender der UMP vor der Herausforderung, Unterstützung für eine stärker gemeinschaftlich organisierte haushaltspolitische Kontrolle einzuholen. Die Perspektive einer erneuten Änderung der europäischen Verträge wurde in der konservativen Presse

---

<sup>1385</sup> Vgl. UMP, *Projet 2012* in: Magazine Nr. 55/2011: „L’Union européenne a œuvré pendant cinquante ans à la suppression des barrières aux échanges et des distorsions de concurrence, dans une logique d’intégration économique. Aujourd’hui, les économies européennes sont intégrées. La priorité pour l’Union européenne n’est donc plus la libéralisation et la concurrence, mais dans la promotion de l’emploi et de la croissance, dans un contexte de mondialisation et de concurrence internationale qui peut se révéler déloyale.“

<sup>1386</sup> Vgl. Nicolas Sarkozy, *Wahlkampfrede* in Villepinte, 11.3.12.

<sup>1387</sup> Vgl. Positionspapier PS, 16.3.12, *En Europe aussi, Sarkozy a un bilan!*

<sup>1388</sup> Vgl. für den PS: *Wahlkampfrede François Hollande* in Paris, 17.3.12 sowie Positionspapier, 24.4.14, *74 questions et réponses pour réorienter l’Europe*. Vgl. für die UMP: Positionspapier, 1.5.13, *Europe: Opération vérité: „Rendre l’activation du Fonds européen d’ajustement à la mondialisation plus efficiente“*

<sup>1389</sup> Vgl. *Le Figaro*, 24.11.10, *Euro: implosion, faillite ou fédéralisme?*

sehr skeptisch verfolgt.<sup>1390</sup> Ebenso wurde insbesondere innerhalb des Konservatismus und Neogaullismus die Aussicht zusätzlicher föderaler Politikfelder in der Europäischen Union negativ wahrgenommen:

„C'est peu de dire que le mot « fédéralisme » n'est pas prisé à l'UMP, même si le ministre des Affaires étrangères, Alain Juppé, s'est prononcé fin octobre pour « une forme d'euro-fédération ». Le député de Paris Bernard Debré est l'un des rares à affirmer qu'il faut « plus de fédéralisme, mais à titre temporaire, pour trois ou quatre ans, jusqu'à ce que la crise se termine ». L'ex-ministre du Budget Éric Woerth ne parle pas d'Europe fédérale mais de « gouvernance partagée ». « L'Europe est une entité politique. Pour partager une monnaie commune, il faut des règles communes. On a intérêt à jouer collectif », explique le député de l'Oise. Éric Ciotti (Alpes-Maritimes) n'aime pas non plus le terme « fédéralisme » mais estime que « la crise impose une gouvernance plus intégrée » car « on n'a pas d'outil commun pour défendre l'euro ni de politique budgétaire commune. »<sup>1391</sup>

Die strategische Linie der Parteiführung bestand dementsprechend darin, eine in Abstimmung mit Deutschland implementierte europäische Konsolidierungspolitik und die mit ihr einhergehenden Übertragungen von Kontrollrechten auf die europäische Ebene als notwendige Maßnahmen zur Stabilisierung der Eurozone und zur Wiedererlangung von Vertrauen an und Souveränität gegenüber den Finanzmärkten zu kommunizieren<sup>1392</sup> und gleichzeitig die Supranationalisierung weiterer Politikbereiche abzuwehren. In dieser Argumentation spielte der Premierminister François Fillon eine zentrale Rolle, der als ehemaliger Vertreter des euroskeptischen Parteiflügels für eine Stabilisierung der Gemeinschaftswährung und eine Weiterentwicklung der europäischen Strukturen warb.<sup>1393</sup>

---

<sup>1390</sup> Vgl. Le Figaro, 17.10.11, Réinventer l'Europe : „Mis bout à bout, ces éléments conduisent tout droit à une nouvelle modification des traités européens. Encore ? Oui, encore... Car il y aura un avant et un après-crise grecque. Si elle veut surmonter cette épreuve, l'Europe doit écrire un nouveau chapitre de son histoire.“ Vgl. auch Le Figaro, 9.9.11, L'analyse (Jean Jacques Mével).

<sup>1391</sup> Le Figaro, 1.12.11, L'UMP se convertit au fédéralisme sans le dire.

<sup>1392</sup> Vgl. Le Figaro, 3.12.10, La bataille pour sauver l'euro : „Il reste aux États membres de l'Union monétaire à poursuivre, sous l'aiguillon de la crise, le mouvement vers une plus grande intégration fiscale et économique, seule à même d'apporter la confiance qui manque aux marchés“. Vgl. Le Figaro, 17.10.11, Réinventer l'Europe : „Pour redevenir crédible et regagner la confiance de ses créanciers, celle-ci [l'Europe; J.R.] n'a d'autre choix que de définir en urgence de nouvelles règles contraignantes sur la discipline budgétaire de ses États membres“. Diesen Ansatz bezeichnete der Redakteur Alexandre Adler als „fédéralisme de l'urgence“. Vgl. Le Figaro, 17.9.11, La crise de l'euro bouleverse nos schémas. Vgl. zum Argument der Wiedererlangung finanzpolitischer Souveränität: François Fillon, Rede in Assemblée nationale, 6.12.11. Vgl. auch Nicolas Sarkozy, Wahlkampfrede in Toulon, 1.12.11: „L'Europe, ce n'est pas moins de souveraineté, mais davantage de souveraineté, parce que c'est davantage de capacité d'agir. On défend mieux sa souveraineté avec des alliés, que tout seul.“

<sup>1393</sup> Vgl. Le Monde, 18.11.11, Sarkozy veut rassurer la France du « non »: „Sauver l'euro tout en réconciliant la France du oui et du non, les gaullistes et les centristes. Une nouvelle fois, comme en 2007, pour espérer remporter l'élection présidentielle.“ Vgl. ebenso Le Monde, 23.11.11, La réaction néogaulliste de Sarkozy. Vgl. Le Figaro, 24.11.11, Pour Sarkozy, la difficile pédagogie de l'intégration européenne. Vgl. Le Figaro, 5.12.11, Le combat d'un ancien « noniste »: „(...) quelques jours du vingtième anniversaire du sommet de Maastricht, le 11 décembre, Fillon appelle la majorité à « tirer les enseignements politiques de cette crise » et « prendre les décisions qui s'imposent sur l'organisation de l'UE ». En évoquant, début novembre à l'Assemblée, la perspective d'éventuels « abandons de souveraineté », liée à la renégociation des traités européens, le premier ministre a suscité peu de cris d'orfraie sur les bancs de la droite. Finalement, Fillon illustre l'aplanissement des contradictions de la droite sur l'Europe, sujet autrefois brûlant. Les Français, eux, restent plus sceptiques : selon un sondage Ifop pour Sud-Ouest, paru hier, ils sont très partagés sur la pertinence

Die Krisenbewältigung und die weitere Integration wurden seitens der UMP in einem dezidiert intergouvernementalen Rahmen mit einem deutsch-französischen Tandem im Zentrum verortet. Als Leitmotiv benannten die Konservativen unter Umgehung der traditionellen Gegensätze von Föderalismus und Souveränismus ein *maßgeschneidertes Europa*<sup>1394</sup>

Zwischen den moderat progressiven Kräften in Deutschland und Frankreich bestand eine grundsätzliche Übereinstimmung in der Zurückweisung einer intergouvernemental organisierten Europäischen Union als zu intransparent und den europäischen politischen Herausforderungen nicht angemessen.<sup>1395</sup> Perspektivisch wurden stärker europäisch verfasste Ansätze etwa in den Bereichen Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik angestrebt.<sup>1396</sup> Vereinzelt wurde dies sowohl im französischen als auch im deutschen

---

d'une intégration européenne renforcée pour résoudre la crise de la dette en zone euro : 48 % y sont favorables, 49 % y sont opposés. Une chose est sûre : l'Europe s'invite bel et bien dans la campagne présidentielle." Vgl. ebenfalls Gastbeitrag François Fillon in Le Figaro, 17.9.12, Dépasser le compromis de Maastricht.

<sup>1394</sup> Vgl. Nicolas Sarkozy, Rede in Toulon, 1.12.11: „C'est par l'intergouvernemental que passera l'intégration européenne, parce que l'Europe va devoir faire des choix stratégiques, des choix politiques". Vgl. auch UMP Pressemitteilung 2.11.11, Une Europe forte et protectrice. Zur Forderung einer Aufwertung der Rolle der Staats- und Regierungschefs vgl. auch Nicolas Sarkozy, Wahlkampfrede 11.3.12, Villepint sowie Le Monde, 13.3.12, Le candidat Sarkozy instrumentalise l'Europe: „Je veux réconcilier la France du non et - celle - du oui ", a conclu M. Sarkozy. A la fin de son discours, il a ajouté à Jeanne d'Arc, à Victor Hugo et au général de Gaulle les deux pères de l'Europe, Robert Schuman et Jean Monnet. Leur conception était celle de la supranationalité, aux antipodes de la vision du président-candidat." Vgl. auch Le Figaro, 10.12.11, Les deux Europe: „La pression des marchés y est pour beaucoup. Elle oblige les Européens à resserrer les rangs et leur dicte de réagir dans l'urgence. Il en résulte une nouvelle architecture qui renforce le « noyau dur » franco-allemand, capable d'imposer sa conception d'une Europe plus intergouvernementale, dotée de mécanismes de décision où l'unanimité n'est plus un dogme. La discipline budgétaire et ses sanctions automatiques seront donc très vite inscrites dans le marbre des textes régissant la zone euro." Vgl. UMP, 30.5.13, Europe - Opération vérité. Vgl. Le Monde, 30.5.13, Sur l'Europe, l'UMP cherche une voie médiane entre fédéralisme et souverainisme.

<sup>1395</sup> Vgl. jeweils aus einer Oppositionsrolle heraus beispielhaft für den PS: Elisabeth Guigou, Rede in Assemblée nationale, 16.6.10, sowie Gastbeitrag Henri Weber in Le Monde, 12.5.10, Désagrégation, rebond ou statu quo: trois scénarios pour l'Europe. Vgl. für EELV: Eva Joly, Parteitage, 11.11.11. Vgl. Die Grünen, Beschluss Länderrat, 19.3.11 zum Ausbau der Gemeinschaftsmethode. Vgl. ebenfalls Die Grünen, Beschluss, Bundesdelegiertenkonferenz 16.11.12, Europa entsteht durch Taten: „Die Hinterzimmerpolitik der Regierungen sorgt nicht für ausreichende Legitimität europäischer Entscheidungen. Diese Politik spielt all denen in die Hände, die die Europäische Kommission und das Europäische Parlament schwächen und ein „Europa der nationalen Regierungen“ wollen. Setzt sich diese Art der Integrationspolitik durch, heißt das weniger und nicht mehr Demokratie in Europa. Die Leidtragenden wären nicht nur die Parlamente, sondern die Menschen in den Ländern der Europäischen Union, die längst nicht mehr wissen, wer eigentlich die wichtigen Entscheidungen trifft und was sie noch zu sagen haben. Merkels Europa passiert einfach irgendwie.“. Vgl. zur Kritik am zwischenstaatlichen Ansatz seitens der SPD: Pressemitteilung 9.12.11, sowie Frank-Walter Steinmeier, Rede im Bundestag, 27.6.12 und Beschluss SPD-Bundesparteitag 14.11.13. Vgl. in ähnlicher Positionierung: François Bayrou (MoDem), Wahlkampfrede in Straßburg, 6.3.12.

<sup>1396</sup> Vgl. für EELV: Les Echos, 17.4.12, Joly pour un modèle fédéraliste. Vgl. auch Jean-Vincent Placé (EELV) in Le nouvel Observateur, 5.10.12, Il faut faire des compromis, mais ne pas oublier l'écologie. Vgl. für die Grünen: Entschließungsantrag 26.10.11 sowie Beschluss

Kontext unter dem Begriff einer Wirtschaftsregierung zusammengefasst.<sup>1397</sup> Hinsichtlich der Weiterentwicklung der europäischen Institutionen war ein weitreichender Konsens für eine Aufwertung der Rolle des Europäischen Parlaments und eine größere demokratische Legitimation der Europäischen Kommission zu beobachten. Für die Euro-Staaten wurde mehrheitlich eine Nutzung des Instruments der Verstärkten Zusammenarbeit befürwortet.<sup>1398</sup> In der deutschen Debatte präsenter als in der französischen war das Fernziel einer politischen Union sowie die Organisation eines europäischen Konvents zur Initiierung weiterer Integrationsschritte.<sup>1399</sup> Entsprechend wurde in Deutschland die Frage einer eventuellen Volksabstimmung zur Erneuerung des Grundgesetzes durch eine Verfassung mit weitreichenderen Spielräumen für etwaige Souveränitätstransfers im Zuge der europäischen Integration diskutiert. Für die Sozialdemokraten, die Grünen und auch Redakteure der Süddeutschen Zeitung stellte dies eine denkbare Option dar.<sup>1400</sup>

---

Bundesdelegiertenkonferenz 25.11.11. Vgl. auch Gastbeitrag Franziska Branter in taz, 5.7.12, Tschüss, Deutschland?

Der SZ-Redakteur Stefan Ulrich befand die Herausbildung eines europäischen Bundesstaates infolge der Krisenbewältigung für möglich und forderte dezidiert Frankreich zu Zugeständnissen auf: „Grandeur ist in der Welt von morgen ohnehin nicht mehr als Nationalstaat, sondern nur noch als Europa zu erlangen.“ Vgl. SZ, 6.6.12, Europas Rettung. In der SZ wurde zudem die Erwartung einer durch den Euro erzwungenen langfristigen Angleichung nationalstaatlicher Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik formuliert, sobald die „Nationalstaats-Generation des 20. Jahrhunderts in den Ruhestand geht“. Vgl. SZ, 21.3.13, Alte Ängste, unbegründet. Vgl. ebenfalls Le Monde, 7.2.12, Zone euro - Un peu d'ambition politique, SVP...

<sup>1397</sup> Vgl. PS, Positionspapier, 24.4.14, 74 questions et réponses pour réorienter l'Europe, hier: S. 167: „La question se pose en des termes différents si l'objectif est de mettre en place, à terme, un véritable gouvernement économique de la zone euro, doté d'une présidence stable, responsable d'un budget propre pour la zone euro et chargé de conduire l'harmonisation des politiques fiscales et sociales pour les économies de la zone euro.“ Vgl. Handelsblatt, 22.8.11, DGB-Chef drängt Kanzlerin.

<sup>1398</sup> Vgl. für den PS: Pierre Larroutou, Entschuldigung, in: Revue socialiste, Nr. 49, Januar 2013, sowie Harlem Désir, L'Europe de demain, in: Révue socialiste, Nr. 49.

<sup>1399</sup> In der deutschen Debatte setzten die Grünen Schwerpunkte in der Ausgestaltung einer supranationalen europäischen Struktur. Vgl. Beschluss Bundesdelegiertenkonferenz, 25.11.11, Europa gewinnt zusammen - oder verliert. Vgl. auch Die Grünen, Bundestagsfraktion, Entschließungsantrag 29.6.12, Drucksache 17/10212: „Europa steht vor der Alternative, entweder den Zerfall der Währungsunion zu riskieren oder mutige Schritte hin zu einer fiskalischen und politischen Union zu gehen.“ Vgl. für die SPD: Pressemitteilung Bundestagsfraktion, 16.12.10, EU-Gipfel berät über Zukunft des Euro: „Eine Währungsunion ist auf Dauer ohne Politische Union nicht denkbar.“ Vgl. ebenso Beschluss Bundesparteitag 14.11.13, Neues Vertrauen für ein besseres Europa: „Ein neuer europäischer Konvent bleibt für uns darüber hinaus eine Perspektive, um die Politische Union Europas fortzuentwickeln auf der Basis einer europäischen Verfassung. Wenn in der Zukunft ein europäischer Konvent eingesetzt wird, muss dieser vorrangig parlamentarisch besetzt sein und Akteure der Zivilgesellschaft einschließen.“ Vgl. für den DGB: Interview Michael Simmer in Handelsblatt, 22.8.11: „Ich glaube, dass wir in der großen Perspektive zu den Vereinigten Staaten von Europa kommen müssen. Aber dieser Weg ist sehr lang. Wir brauchen dazu eine echte Wirtschaftsregierung, etwa legitimiert durch das EU-Parlament.“ Vgl. ebenso Pressemitteilung DGB, 28.9.11 sowie DGB-Strategiepapier 10.7.14, Ein neuer Weg für Europa. Vgl. zum Ziel einer Politischen Union in der französischen Debatte: Elisabeth Guigou - Europe: quel saut institutionnel?, in: Revue socialiste, Nr. 49, sowie MoDem, Pressemitteilung 24.10.11.

<sup>1400</sup> Vgl. Die Grünen, Beschluss Bundesdelegiertenkonferenz, 25.11.11: „Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN plädieren wir dafür, den Auftrag des Artikels 146 GG ernst zu nehmen und anlässlich der EU-Vertragsreform eine verfassungsgebende Versammlung in Deutschland einzuberufen. Im Rahmen einer neuen Verfassung wollen wir dann eine stärkere Integration Deutschlands in der

Die Debatte über Fernziele der europäischen Konstruktion war indes in beiden Ländern auch bei den hier betrachteten grundsätzlichen integrationsbefürwortenden Akteuren teilweise mit Vorbehalten verbunden. Insbesondere die französischen Sozialisten blieben in den Konzepten einer Finalität der Einigung vage, was sowohl auf die Sorge vor einer einseitig auf Konsolidierungspolitik ausgerichteter Europäischen Union im Sinne (deutscher) konservativer Präferenzen als auch auf die Vermeidung einer Integrationsdebatte im Kontext innerfranzösischer Auseinandersetzungen zum Fiskalpakt zurückgeführt werden kann.<sup>1401</sup> Während seiner Präsidentschaft vertrat François Hollande ähnlich wie Bundeskanzlerin Merkel die Linie, dass die akute Krisenbewältigung keinen Raum für institutionelle Fragestellungen lasse.<sup>1402</sup> In der französischen Presse wurde der Präsident dafür kritisiert, über keine Antworten auf Integrationsinitiativen der Bundesregierung zu verfügen und die europapolitische Debatte in Frankreich aus taktischen Gründen zu verzögern.<sup>1403</sup> Parteiintern beklagte hingegen Bernard Cazeneuve

---

Europäischen Union verankern.“ Vgl. in ähnlicher Positionierung: Sigmar Gabriel, Interview Deutschlandradio, 12.8.12, sowie SZ, 8.9.11, Die Verfassung quietscht; SZ, 19.3.14, Ende des Lateins.

Abgesehen von Wolfgang Schäuble lehnte eine Mehrheit der Vertreter der Unionsparteien die Option einer Grundgesetzänderung ab. Vgl. Interview Horst Seehofer in Stern, 5.7.12, „Hände weg vom Grundgesetz“. Vgl. ebenfalls FAZ, 13.8.12, CDU-Minister warnen vor Volksabstimmungen.

<sup>1401</sup> Vgl. Le Monde, 25.11.11, La crainte de l'„Europe allemande“ resurgit chez les dirigeants français: „Le fantôme de l'Europe allemande ressurgit. L'ancien ministre des affaires étrangères, le socialiste Hubert Védrine, s'inquiète d'une Allemagne qui pousse ses pions sur deux fronts, économique et institutionnel: pour mieux contrôler les politiques budgétaires, elle exige un renforcement du Parlement qu'elle domine par sa démographie, et de la Commission, émanant de ce même Parlement.“ Vgl. Le Monde, 17.2.12, Dire toute la vérité sur une Europe en crise: „Ce n'est pas une question technique mais, fondamentalement, une affaire politique. La coordination budgétaire est nécessaire au bon fonctionnement de l'euro. Elle suppose une forme de délégation de souveraineté au profit des instances communautaires. Il ne sert à rien de le cacher aux Français. L'Allemagne propose même d'aller plus loin dans l'intégration des politiques économiques. On le sait: l'Europe est impopulaire. Elle est pourtant, plus que jamais, la clé de notre avenir. Ceux qui prétendent diriger demain la France doivent dire jusqu'où ils sont prêts à aller sur le chemin de l'intégration européenne. C'est essentiel.“ Vgl. auch Hollandes Konzept eines enger gefassten *Föderalismus der Projekte*: Rede François Hollande auf SPD-Parteitag, 5.12.11.

<sup>1402</sup> Vgl. François Hollande, Interview in Le Monde, 17.10.12. Vgl. ebenso François Hollande, Interview in Le Nouvel Observateur, 10.10.13: (...) „L'heure n'est pas aux modifications institutionnelles mais aux choix politiques.“

<sup>1403</sup> Vgl. Le Figaro, 28.6.12, Europe: le champ de bataille de l'union politique. Vgl. Le Monde, 9.6.12, M. Hollande doit répondre à Mme Merkel. Vgl. Le Monde, 12.9.12, Angela Merkel de plus en plus isolée sur l'Europe: „Alors que François Hollande ne veut surtout pas débattre de l'union politique avant que le Parlement français ne se soit prononcé en octobre sur le pacte budgétaire, Angela Merkel est au contraire pressée. Alors que se profilent les élections législatives de septembre 2013, elle aimerait lancer le débat européen le plus tôt possible.“ Vgl. auch Le Monde, 2.10.12, Traité budgétaire européen, trop tard pour dire "non": „Instruit par le référendum de 2005, François Hollande reste pour l'instant discret sur son véritable projet européen. C'est tactiquement habile, mais pédagogiquement dommageable. A trop vouloir ruser avec l'opinion, les gouvernements finissent par se heurter au " non " des peuples lorsque ceux-ci sont consultés.“ Vgl. Le Monde, 2.10.12, Hollande et l'Europe, la stratégie du silence: „Faute de ligne présidentielle affirmée, chaque secrétaire national y va de sa vision sans que cela prête à conséquence : là où Alain Bergounioux estime qu'il faut prendre au sérieux la proposition d'Angela Merkel, Jean-Christophe Cambadélis juge mort-née l'idée d'une fédération européenne et prône le travail en commun sur des projets précis. Quant à Emmanuel Maurel, il réclame une assemblée constituante pour tout remettre à plat.

die mediale Wahrnehmung, dass deutsche Vorstöße in Richtung einer politischen Union durch Frankreich verhindert würden.<sup>1404</sup>

Auch in Deutschland nahm in erster Linie die SPD Abstand vom Begriff der Vereinigten Staaten von Europa und der Konkretisierung einer supranational verfassten Demokratie.<sup>1405</sup> Den Politikwissenschaftlern Felix Butzlaff und Matthias Micus zufolge befindet sich sozialdemokratische Europapolitik grundsätzlich in einem Zielkonflikt zwischen internationaler Orientierung und Schutzbedürfnissen der angezielten Wählergruppen.<sup>1406</sup> In der journalistischen Kommentierung der Süddeutschen Zeitung wurde zudem speziell inmitten der Krise im Sommer 2012 wiederholt zu einem vorsichtigen inkrementellen Integrationsverfahren aufgerufen.<sup>1407</sup>

### 4.5.3 Rückbau

In der Bewertung deutscher und französischer Parteien in den Randbereichen des politischen Spektrums (FN, FdG, AfD, Die Linke) wurden durch die Euro-Krise und die Maßnahmen zu deren Bewältigung Fehlentwicklungen der europäischen Integration, und im Speziellen der Wirtschafts- und Währungsunion, offengelegt. Harmonisierungs- und Wohlstandsmotive wurden als verfehlt angesehen. Hingegen wurden über ideologische und geografische Grenzen hinweg Beschneidungen nationaler Souveränität im Zuge des

---

Comme si tout effectivement était à reconstruire." Vgl. ebenfalls Le Figaro, 6.2.13, Europe: le cavalier seul de Hollande.

<sup>1404</sup> Vgl. Bernard Cazeneuve, Le 6 mai a été vécu par les socialistes d'Europe comme une raison d'espérer, in Revue socialiste Nr. 49, 1/2013. Hier mit indirekter Kritik der Integrationspolitik der Bundesregierung als unverbindlich: „L'Union ne se décrète pas. Les déclarations d'intention ne sont pas suffisantes: elles doivent être accompagnées de preuves tangibles.“

<sup>1405</sup> Vgl. Interview Peer Steinbrück in Stuttgarter Zeitung, 25.6.12. Vgl. Interview Sigmar Gabriel in Welt am Sonntag, 1.7.12. Vgl. taz, 13.8.12, Halbherzige Föderalisten.

In der programmatischen Diskussion der Grünen wurde ein Antrag der Grünen Jugend zur Festschreibung der Perspektive eines föderalen, europäischen Bundesstaates abgelehnt. Vgl. Die Grünen, Pressemitteilung 8.2.14, Mit Herz und Programm für Europa.

<sup>1406</sup> Vgl. Felix Butzlaff / Matthias Micus, Der europapolitische Januskopf der Sozialdemokratie, in: vorgänge 50/2011, S. 78-85: (...) „Und so sehr auch die sozialdemokratischen Politikrhetoriken bezüglich einer Erweiterung und Ergänzung der europäischen Einigung um eine soziale und politische Union diese Ängste zu adressieren versuchen: Die Europäische Union steht gerade in Arbeiter- und Arbeitslosenkreisen, bei den niedrig Gebildeten und sozial schlechter Abgesicherten immer noch im Verdacht, ein neoliberales Projekt zu sein, welches auf Flexibilisierung und Liberalisierung der Arbeits-, Finanz- und Steuerpolitik abzielt und das mit schöner Regelmäßigkeit das eigene Auskommen der Konkurrenz durch immer mehr andere Europäer aussetzt.“

<sup>1407</sup> Vgl. SZ, 16.6.12, Die Krise des Euro: „Träumt weiter, muss man den Europa-Enthusiasten zurufen. Das stärkste Argument gegen die Neuerfindung Europas heißt: Die Mehrheit will es nicht. In Deutschland mögen noch viele Freunde dieser Vereinigten Staaten von Europa leben (vermutlich aber auch keine Mehrheit), anderswo gibt es sie nicht.“ Vgl. SZ, 20.8.12, Vertrauensfragen: „Wer Europa helfen will, sollte aufhören, über Großlösungen zu phantasieren. Die Krise und die grundlegende Verfasstheit der EU lassen sich nur nacheinander lösen. Zunächst muss die Euro-Krise beigelegt werden, notfalls durch den Rauswurf Griechenlands und eine massive Marktintervention der Europäischen Zentralbank. Nur wenn die Panik vorbei ist, finden die Mitgliedsstaaten und die Völker die Ruhe, sich über Europas Finalität zu verständigen.“ Vgl. ebenso in einer pragmatischen Sichtweise SZ, 15.9.12, Europa, unser Leben.

Krisenmanagements als unverhältnismäßig kritisiert. Mögliche Szenarien eines Rückbaus der Union beziehungsweise einer Änderung der Funktionslogik der Gemeinschaftswährung beruhten auf teils divergierenden ökonomischen und politischen Argumentationssträngen, teilten jedoch das Motiv einer Wiedererlangung von Kontrolle über den Integrationsprozess.

Die hier betrachteten Akteure stimmten in der Diagnose zunehmender Spannungen zwischen den Euro-Staaten aufgrund der Rahmenbedingungen der Wirtschafts- und Währungsunion überein. In der Perspektive der linksgerichteten Parteien wurden mittels einer europäisch koordinierten Durchsetzung von wirtschafts- und finanzpolitischen Reformmaßnahmen staatliche Souveränität eingeschränkt sowie flächendeckend sozialpolitische Errungenschaften angegriffen.<sup>1408</sup> Der rechtsextreme Front national wehrte ebenfalls eine sogenannte europäische Austeritätspolitik ab und interpretierte die Sparanforderungen als Zeichen einer systematisch und ideologisch betriebenen Föderalisierung einer zunehmenden Anzahl an Politikfeldern.<sup>1409</sup> In der Europäischen Integration bündelten sich aus Sicht des Front national verschiedene bedrohliche Entwicklungen und Weltanschauungen:

„Le fédéralisme, le mondialisme et l'idéologie ultralibérale ont dénaturé les intentions initiales au point de faire du continent une zone de libre-échange ouverte à tous les vents de la récession et donc du chômage.“<sup>1410</sup>

Die europäische Integrationslogik einer immer engeren Gemeinschaft wurde seitens des FN als illegitim zurückgewiesen<sup>1411</sup>, zumal die inhaltliche Ausgestaltung als einseitige Auferlegung und Verbreitung deutscher, supranational ausgerichteter Interessen,

---

<sup>1408</sup> Vgl. für Die Linke: Redebeiträge im Bundestag von Gesine Löttsch, 19.5.10; Gregor Gysi, 21.5.10, sowie Alexander Ulrich, 10.6.10. Vgl. ebenfalls Pressemitteilung Die Linke, 19.10.10: „Die EU erweist sich wieder einmal als das, was sie ist: als ein Instrument der Durchsetzung größtmöglichen Sozial- und Lohndumpings zugunsten des Kapitals“. Vgl. auch Andrej Hunko, Rede im Bundestag, 15.12.11: „Das Problem dieser deutschen Transformation der EU [*in eine Fiskalunion; J.R.*] ist nicht die Gefahr einer Transferunion, wie sie manche im Bundestag befürchten. Das Problem ist die Transition der parlamentarischen Demokratien in eine autoritäre Eurokratie, die nicht nur die parlamentarische Haushaltssouveränität aufhebt, sondern auch unsere Verfassungsidentität als Demokratie und Sozialstaat bedroht!“ Vgl. für den Front de Gauche: Flugzettel 28.1.13, L'alternative à l'austérité, c'est possible.

<sup>1409</sup> Vgl. FN, Pressemitteilung 11.8.11, Conférence de presse exceptionnelle de Marine Le Pen sur la crise. Vgl. Pressemitteilung 24.5.12, Eurobonds: attention danger: „La création d'eurobonds, voulue par François Hollande et un grand nombre de responsables du PS et de l'UMP, serait une fuite en avant fédéraliste extrêmement dangereuse. La France, la Grèce, l'Espagne, l'Allemagne, l'Italie et tous les pays de la zone euro mettraient dans un pot commun leurs dettes et chaque pays se trouverait lié à la dette des autres.“

<sup>1410</sup> Front national, Pressemitteilung 24.1.13. Vgl. in ähnlicher Darstellung: Marine Le Pen, 2.4.13, Appel aux peuples d'Europe: „Oui, chers amis d'Europe, on nous a souvent menti. On nous a souvent trompés. L'Union européenne est entraînée dans une dérive sans fin pour tenter de se sauver elle-même, à tout prix. Dérive fédérale, financière et ultralibérale, vers un projet sans frontières, sans nations et sans peuples. Un projet au bénéfice exclusif d'une petite minorité toujours plus restreinte.“

<sup>1411</sup> Vgl. FN, Pressemitteilung 12.9.12, Sur "l'état de l'Union".



wahrgenommen wurde.<sup>1412</sup> Im Umfeld der Alternative für Deutschland wurden ebenfalls Kriseninstrumente, wie ein möglicher Europäischer Währungsfonds als Vehikel einer weiterführenden Supranationalisierung und Zentralisierung, eingeschätzt.<sup>1413</sup> Die AfD konstatierte mit Blick auf die Stabilisierungsmaßnahmen ebenfalls weitreichende Eingriffe in staatliche wirtschafts- und haushaltspolitische Souveränität, insbesondere der stützungsbedürftigen Krisenländer, und bemängelte die Legimitation der EU als unzureichend.<sup>1414</sup>

Je nach politischer Ausrichtung wurden spezifische Arten eines Verlusts an Wohlstand und Sicherheit infolge der Währungsintegration festgestellt. Während die linken Parteien beider Länder die Krisenpolitik als Angriff auf ein europäisches Sozialmodell deuteten<sup>1415</sup>, stellte der Front national eine wirtschaftliche und soziale Deklassierung Frankreichs aufgrund geringerer politischer Steuerungsmöglichkeiten infolge des Euro und des Wegfalls von Grenzkontrollen mit dem Schengener Abkommen fest.<sup>1416</sup> Für die AfD wiederum stellte sich auf der Grundlage einer konservativen volkswirtschaftlichen Analyse die Gefahr eines Verlusts an internationaler Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Staaten, sofern mit der Rettungspolitik eine ökonomische Harmonisierung im Sinne einer Nivellierung forciert würde. Die Wettbewerbspolitik stellte aus Sicht der AfD ein erfolgreiches

---

<sup>1412</sup> Vgl. FN, Pressemitteilung 27.1.13, Couple franco-allemand: de la coopération à l'Europe fédérale allemande.

<sup>1413</sup> Vgl. Gastbeitrag Wilhelm Hankel in NZZ, 30.3.10, Europäischer Währungsfonds: Rettung oder Ende des Euro?: „(...) „Dagegen wittern die EU-Kommission und all jene Europa-Politiker nun neue Chancen, die schon immer in der Euro-Währung hauptsächlich oder sogar ausschließlich das Vehikel gesehen haben, um ihrem Ziel, dem europäischen Bundesstaat, auf Schleichwegen näher zu kommen. Sie sehen im EWF eine Chance für den seit langem ersehnten Ausbruch aus dem Gefängnis der föderalen Autonomie der Einzelstaaten. Mit einem EWF erhalte die EU, was den Zentralisten bisher so schmerzlich gefehlt hat: eigene Mittel zur Finanzierung eines zwischenstaatlichen Finanz- und Lastenausgleichs - weit über ihre mickrigen Strukturfonds hinaus. Sie würde zum Ober-Staat, zu Europas Staat der Staaten, avancieren.“

<sup>1414</sup> Vgl. AfD, Bundestagswahlprogramm 2013: „Wir bestehen auf dem uneingeschränkten Budgetrecht der nationalen Parlamente. Eine Transferunion oder gar einen zentralisierten Europastaat lehnen wir entschieden ab.“; vgl. auch AfD, Europawahlprogramm 2014: „Die EU steht im Spannungsfeld zwischen Souveränitätsanspruch der Mitgliedsstaaten und dem Drang der EU nach Harmonisierung, Reglementierung und Zentralisierung. So sind einerseits die meisten Mitgliedsstaaten nicht bereit, immer mehr Rechte an die EU abzugeben, andererseits fehlt es an demokratischer Legitimation, Transparenz und Kontrolle der europäischen Institutionen. Der europäischen Politik und ihren Institutionen fehlt es an echter Oppositionspolitik, echten Wahl- und Abwahlmöglichkeiten und der Bereitschaft, echte Alternativen zu entwickeln. Stattdessen verfängt sich Brüssel immer stärker im Sumpf einer selbstgeschaffenen, hochkomplexen Bürokratie.“

<sup>1415</sup> Vgl. Front de gauche, Pressemitteilungen 29.5.14 und 31.5.14. Vgl. für Die Linke, Alexander Ulrich, Rede im Bundestag, 8.5.14.

<sup>1416</sup> Vgl. FN, Pressemitteilung 21.12.12. Vgl. auch FN, Pressemitteilung 24.1.13: „Le fédéralisme, le mondialisme et l'idéologie ultralibérale ont dénaturé les intentions initiales au point de faire du continent une zone de libre-échange ouverte à tous les vents de la récession et donc du chômage.“ Vgl. in ähnlicher Darstellung FN, Pressemitteilung 26.6.14, Schulz/Juncker: le grand cirque des eurocrates: „Ils démontrent, s'il en était encore besoin, qu'il n'y a pas l'épaisseur d'une feuille de papier à cigarette entre l'UMP et le PS, fondamentalement d'accord pour la poursuite de la construction européenne vers un Etat fédéral, technocratique antidémocratique et totalitaire. Une Union européenne dont les politiques désastreuses n'ont eu de cesse d'affaiblir la France, de l'appauvrir et de la déclasser au niveau mondial.“

Tätigkeitsfeld der EU dar. Die Partei forderte, zur Fortführung und Intensivierung einer Liberalisierungspolitik eine unabhängige europäische Wettbewerbsbehörde einzurichten, um somit möglichen diskretionären Entscheidungen der EU-Kommission vorzubeugen. In diesem Teilaspekt positionierte sich die AfD klar als orthodoxe Verfechterin der liberal-konservativen Europa-Vision einer Wettbewerbsunion.<sup>1417</sup> Die Vorbereitungen eines Referendums über die Zugehörigkeit Großbritanniens zur Europäischen Union begrüßte die Partei als willkommenes Signal für eine Stärkung marktwirtschaftlicher Prinzipien.<sup>1418</sup> Als Zielvorstellung der europäischen Kooperation formulierte die AfD:

„(...) dann kann Europa das werden, was es schon längst sein müsste: Ein demokratischer, rechtsstaatlicher Bund freier, souveräner Staaten mit einem großen, leistungsfähigen Binnenmarkt, der allen Völkern Wohlstand, Beschäftigung und soziale Sicherheit bietet.“<sup>1419</sup>

Die Weiterentwicklung der Europäischen Union sah die Alternative für Deutschland in einer Rückübertragung von Kompetenzen auf die nationalstaatliche Ebene zur Korrektur von Zentralisierungstendenzen. Im Programm zur Europawahl 2014 forderte die Partei etwa die Schaffung eines vom EuGH unabhängigen Subsidiaritäts-Gerichtshofs mit einer Klagemöglichkeit für Bürger zur Klärung von Zuständigkeiten zwischen dem staatlichen und dem europäischen Niveau. Zur Erhöhung der Kontrollmöglichkeiten über den Integrationsprozess sah die AfD zudem Vetorechte nationaler Parlamente gegen Entwürfe von Gesetzgebungsakten der EU-Organe und das Instrument von Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild, beispielsweise zur Zukunft des Euro. Grundsätzlich sollte in dieser Perspektive die mögliche Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten von einer vorherigen Reform der EU-Strukturen abhängig gemacht werden.<sup>1420</sup> Ebenso sollten rechtliche Möglichkeiten eines Austritts aus der Währungsunion ohne gleichzeitiges Ausscheiden aus der Europäischen Union geschaffen werden.<sup>1421</sup>

---

<sup>1417</sup> Vgl. AfD, Europawahlprogramm 2014: „Die der Eurorettungspolitik geschuldete Angleichung der Produktivität der Länder innerhalb der Eurozone mag den Euro auf längere Zeit unter hohen sozialen und finanziellen Kosten retten, führt aber gleichzeitig zu einer Beschädigung aller Länder in der Eurozone im Vergleich zu ihren globalen Wettbewerbern. (...) Nach Auffassung der AfD ist Wirtschaftspolitik eine Aufgabe der einzelnen Mitgliedsstaaten. Sie muss jedoch mit den Grundsätzen des europäischen Binnenmarktes kompatibel sein und den Wettbewerb stärken, um die Mitgliedsstaaten wirtschaftlich leistungsfähiger zu machen. (...) Die AfD fordert die Rückkehr zu einer Stabilitätsunion, in der jedes Land für seine Finanzpolitik selbst verantwortlich ist.“

<sup>1418</sup> Vgl. AfD, Bundestagswahlprogramm 2013: „Das europäische Parlament hat bei der Kontrolle Brüssels versagt. Wir unterstützen nachdrücklich die Positionen David Camerons, die EU durch mehr Wettbewerb und Eigenverantwortung zu verschlanken.“

<sup>1419</sup> AfD, Europawahlprogramm 2014, hier: S. 25.

<sup>1420</sup> Vgl. AfD, Europawahlprogramm 2014, „Erst Konsolidierung, dann Erweiterung: Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass die Aufnahme weiterer Länder Europas in die EU erst nach Erfüllung aller Aufnahmekriterien sowie nach einer Konsolidierung der EU in ihrer heutigen Gestalt in Erwägung gezogen werden kann. Voraussetzung ist jeweils eine Volksabstimmung in Deutschland.“

<sup>1421</sup> Vgl. AfD, Bundestagswahlprogramm 2013: „Wir werden dafür sorgen, dass Gesetzgebungskompetenzen zurück zu den nationalen Parlamenten verlagert werden. (...) Wir bejahen ein Europa souveräner Staaten mit einem gemeinsamen Binnenmarkt. Wir wollen in Freundschaft und guter Nachbarschaft zusammenleben.“ Vgl. zum Konzept eines Subsidiarität-Gerichtshofs: AfD, Europawahlprogramm 2014, hier: S. 9.

Der Front national vertrat extreme Positionen im Hinblick auf einen Rückbau der europäischen Einigung. Für die französischen Rechtsextremen waren Änderungen an der Funktionsweise europäischer Wirtschafts- und Währungspolitik nicht ausreichend. Vielmehr riefen sie zu einem Ende der Europäischen Union und rein zwischenstaatlichen Beziehungen auf. In diesem Verständnis fungierte Europa als Ansammlung verschiedener, eigenständiger nationaler Kulturen und Wirtschaftsräume.<sup>1422</sup> Die Planungen eines Referendums durch die britische Regierung wurden seitens des FN entsprechend sehr positiv als Akt nationaler Selbstbestimmung kommentiert.<sup>1423</sup> Erweiterungen, zum Beispiel durch die Aufnahme Kroatiens, wurden mit Verweisen auf notwendig werdende finanzielle Transfers und eine unzureichende demokratische Legitimierung des Prozesses abgelehnt.<sup>1424</sup>

In der französischen Debatte über Europa-Visionen und Integrationspfade war parteiübergreifend die Erinnerung an die Ablehnung des europäischen Verfassungsvertrags im Jahr 2005 präsent. Während diese Referenz beim FN in die Entwicklung von Austrittsszenarien eingeflochten wurde, zielten Vertreter des Front de Gauche stärker auf europaskeptische Bevölkerungsschichten und die Initiierung einer breiten gesellschaftlichen Auseinandersetzung über die Auswirkungen der europäischen Einigung ab.<sup>1425</sup> Ebenso schwerpunktmäßig bei den hier betrachteten französischen Akteuren der politischen Extreme war das Konzept einer stärker protektionistischen Europäischen Union.<sup>1426</sup>

---

<sup>1422</sup> Vgl. FN, Pressekonferenz Marie Le Pen, 2.4.13: „Nos nations sont riches de leurs talents, de leurs histoires et de leurs cultures. Nous n'avons pas le droit de baisser les bras, Chypre n'est pas une fatalité. Nous avons au contraire le devoir d'être fidèles à ce que nous sommes : le berceau de brillantes civilisations qui ont changé la face du monde. Les peuples d'Europe, plus que tous les autres, ont façonné le visage du monde, ont produit dans leur aventure millénaire, des trésors qui peuvent servir toute l'humanité. Ces génies nationaux doivent continuer de vivre. (...) J'ai solennellement demandé au président de la République française un référendum en janvier 2014 sur la fin de l'Union européenne par la sortie de la France. Portez le même message dans vos pays. Bousculez vos gouvernements. Bousculez l'oligarchie bruxelloise. Ne laissez pas les ennemis des peuples seuls maîtres du jeu. (...) Chacun trouvera dans son propre génie national les ressources de son redressement.“. Vgl. auch Marie Le Pen, Interview RTL Radio, 29.6.12, Il faut sortir du fantasme européiste.

<sup>1423</sup> Vgl. FN, Pressemitteilung 21.1.13, Référendum sur l'UE au Royaume-Uni: à quand le même respect de la démocratie en France?

<sup>1424</sup> Vgl. FN, Pressemitteilung 1.7.13, Croatie dans l'UE: la mauvaise nouvelle au mauvais moment: „L'Union européenne doit cesser tout élargissement. Les peuples doivent au contraire reprendre la main en imposant des référendums sur la fin de l'UE. Seule la coopération des nations libres et souveraines permettra l'édification de grands projets utiles.“

<sup>1425</sup> Vgl. Aujourd'hui en France, 6.11.11, La tentation souverainiste: „Le Front de gauche ne veut surtout pas être mis dans le même sac que les souverainistes de droite, Marine Le Pen en tête. Contrairement à cette dernière, Mélenchon ne milite d'ailleurs pas pour une sortie de l'euro. Son espoir, faire revivre « l'esprit de 2005 », où les défenseurs du non de gauche au référendum sur le traité constitutionnel européen avaient rempli les salles et créé l'événement.“. Vgl. auch Aujourd'hui en France, 3.11.11, Les fantômes du référendum de 2005.

<sup>1426</sup> Vgl. für den FN: Europawahlprogramm 2014, Non à Bruxelles, oui à la France: (...) „Opposer au libre-échange et à la mondialisation sauvage une mondialisation régulée“. Vgl. für den FdG: Interview Jean-Luc Mélenchon in Le Monde, 24.8.11. Vgl. auch Front de Gauche, Pressemitteilung 3.5.14,

Speziell die beiden linken Parteien in Deutschland und Frankreich brachen mit einer europäisch kontrollierten Konsolidierungspolitik und sahen eine Aufwertung sozialstaatlicher Prinzipien und Sicherungsmechanismen innerhalb eines modifizierten vertraglichen Rahmens der europäischen Integration vor. Zu diesem Zweck forderte Die Linke eine Revision der europäischen Verträge und die Ratifizierung einer neuen Verfassung für die Europäische Union nach europaweiten Volksabstimmungen.<sup>1427</sup> Der französische Front de Gauche war integrationskritischer orientiert und forderte in erster Linie einen Bruch mit den bestehenden Vertragsgrundlagen. Hinsichtlich europolitischer Richtungsentscheidungen sprach sich auf der Front de Gauche für eine Legitimierung durch Volksentscheide aus.<sup>1428</sup>

### **Zwischenbewertung: Politische Union als undefiniertes Fernziel**

Die Betrachtung von spezifischen Europa-Bildern der einzelnen Akteure hat abgesehen von den politischen Extremen einen weitreichenden proeuropäischen Konsens für Kooperation und Integration gezeigt. Die Europäische Union wurde bei sämtlichen moderaten politischen Kräften und Akteuren als geeignetes Format zur Zusammenarbeit und gemeinsamen Interessenvertretung in einer sich globalisierenden Welt betrachtet. Diese breite Übereinstimmung war in den geteilten Motiven einer Absicherung von Frieden, Wohlstand und einer liberalen Gesellschaftsordnung begründet. Darüber hinaus gehende Legitimationen und Sinnstiftungen für den europäischen Einigungsprozess konnten im Zuge des Krisenmanagements indes kaum festgestellt werden. Zudem zeigte sich eine nachlassende Wirkkraft des ursprünglichen Leitgedankens der innereuropäischen Konfliktvermeidung.

Analog zu den vorherigen Themenfeldern konnte auch hinsichtlich des Europaverständnisses die Besonderheit eines in Deutschland dominierenden wirtschaftsliberalen Ansatzes festgestellt werden. Dieser wurde im Begriff einer Stabilitätsunion zusammengefasst und stellte weitere Integrationsschritte unter den

---

L'Europe libérale ne protège pas des rapaces de la finance. Vgl. auch Europawahlprogramm 2014, S. 21: Lutter contre le libre-échange destructeur.

<sup>1427</sup> Vgl. Die Linke, Pressemitteilung 21.4.12, „Die EU in den Verträgen von Maastricht und Lissabon verdient keine Unterstützung.“. Vgl. auch Pressemitteilung 8.11.12 sowie Pressemitteilung Katja Kipping, 23.12.13. Vgl. in ausführlicher Form: Die Linke, Europawahlprogramm 2014, Europa geht anders. Sozial, friedlich, demokratisch.

<sup>1428</sup> Vgl. 1.4.11, Texte d'accord du Front de Gauche pour les Présidentielle et Législatives: „Pour gouverner à gauche et changer d'Europe, cela commence par se libérer du carcan du traité de Lisbonne. Le Front de gauche veut rompre avec les politiques néolibérales imposées par l'UE et les gouvernements nationaux pour construire de nouvelles logiques solidaires de progrès, de partage et de coopération librement consenties par les peuples, avec eux et pour eux.“ Vgl. auch Front de Gauche, Positionspapier 24.10.13, Budget 2014, l'austérité amplifiée: „C'est donc au nom d'une autre conception de l'Europe qu'un gouvernement de gauche devrait mettre en oeuvre des mesures qui rompent avec la construction actuelle de l'Europe.“

Vorbehalt einer Erhöhung haushaltspolitischer Kontrollinstrumente. In dieser Ausrichtung waren konservative Milieus in Deutschland überwiegend zwar nicht integrationsfeindlich eingestellt, de facto war die Verknüpfung mit einem *Wettbewerbseuropa* jedoch insbesondere in der deutsch-französischen Perspektive ein Hemmnis für gemeinsame prointegrative Initiativen.

In der französischen Debatte war hingegen die Zielvorstellung eines schützenden Europas präsenter und wurde sowohl in moderat progressiven als auch in liberalen und konservativen Strömungen vertreten. In dieser Perspektive lag ein stärkerer Schwerpunkt auf der gemeinschaftlichen Aufrechterhaltung ökonomischer Interessen durch eine aktive europäische Wirtschaftspolitik und eine restriktivere Handelspolitik.

Das Konzept einer Politischen Union blieb in beiden Ländern ein vage umrissenes Fernziel, welches je nach ideologischer Ausrichtung als Verankerung stabilitätsorientierter Budgetpolitik in nationalstaatlicher Eigenverantwortung oder als weiter gefasste Supranationalisierung wirtschafts- und sozialpolitischer Kompetenzen ausgestaltet war. Grundsätzlich teilten Regierungen in Deutschland und Frankreich unabhängig ihrer parteipolitischen Ausrichtungen eine mit Pragmatismus begründete Präferenz für einen intergouvernementalen Integrationsmodus. Skizzierungen etwaiger Vereinigter Staaten von Europa blieben auf Einzelbeiträge und oppositionelle Rhetorik beschränkt. In Frankreich begrenzten zudem die Erfahrungen der Referenden über den Vertrag von Maastricht und den Verfassungsvertrag sowie das Erstarken des Front national Spielräume für Integrationsdebatten empfindlich, während in Deutschland die Perspektive einer möglichen Änderung des Grundgesetzes nach Artikel 146 umstritten war. Transnationale Debatten über eine Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion und darüber hinaus eine Finalität der Europäischen Integration fanden lediglich ansatzweise, etwa in Form von wechselseitigen journalistischen Kommentierungen, statt. Auf parteipolitischer Ebene verblieben die Auseinandersetzungen, nicht zuletzt aufgrund verschiedener innerparteilicher Konfliktlinien, im nationalen Raum.

## **Schlussbetrachtung: Europapolitik unter nationalem Vorbehalt**

In der Analyse der Debatten über die sogenannte Euro-Krise und zu unternehmende Reformschritte für die Wirtschafts- und Währungsunion in Deutschland und Frankreich wurde zum einen der Frage nachgegangen, inwieweit Wahrnehmungs- und Argumentationsmuster zwischen beiden Ländern innerhalb von politischen Strömungen konvergierten, beziehungsweise welche Faktoren jeweils nationalspezifische politisch-gesellschaftliche Rahmenbedingungen schufen. Darauf aufbauend konnten punktuelle grenzüberschreitende Bezugnahmen und Interaktionen, sowohl innerhalb als auch jenseits ideologischer Milieus, aufgezeigt werden. Europäisierungsprozesse im Sinne einer zunehmenden Harmonisierung nationaler Politikgestaltung und deren kommunikativer Vermittlung gegenüber einer politischen Öffentlichkeit konnten lediglich mit Einschränkungen identifiziert werden. Zwar stellte die Gemeinschaftswährung einen übergeordneten Bezugsrahmen dar, welcher in den weitgehend geteilten Zielen des Erhalts des Euro und einer engeren ökonomischen Koordinierung zwischen den Mitgliedsstaaten Ausdruck fand. Gleichwohl zeigten sich in einer Vielzahl von Detailfragen zur weiteren Ausgestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion grundlegende Unterschiede, welche teilweise auf nationalspezifische europa-, finanz- und wirtschaftspolitische Muster und Orientierungen zurückgeführt werden können.

In der Beurteilung der Krisenursachen wiesen die untersuchten Akteure in Deutschland und Frankreich mehrheitlich Schnittmengen in der Wahrnehmung unzureichend regulierter Finanzmärkte und der Kritik am Einfluss amerikanischer Ratingagenturen auf. Darüber hinaus fanden indes die in Deutschland dominanten konservativ-liberal geprägten Debattenschwerpunkte der Hintergründe einer Staatsschuldenkrise und der Diskussion der finanziellen wie moralischen Schuldhaftigkeit des griechischen Staates keine Entsprechung in Frankreich. In der französischen Debatte wurde hingegen stärker auf die durch den Vertrag von Maastricht und den Vertrag von Lissabon vorgegebenen Rahmenbedingungen für die Funktionsweise der Wirtschafts- und Währungsunion abgestellt, welche als unausgewogen kritisiert wurden.

In Bezug auf die ökonomische Koordinierung und wirtschaftspolitische Schwerpunktsetzung für den Euroraum konnten taktische Annäherungen französischer Konservativer an die Reform- und Konsolidierungspolitik der Unionsparteien sowie der Liberalen in Deutschland festgestellt werden. Ebenso teilten progressive Akteure in beiden Ländern das Ziel einer auf europäischer Ebene unterstützten Wachstumsförderung. Über die Organisationsform einer engeren wirtschaftspolitischen Abstimmung innerhalb der Eurozone dauerten hingegen traditionelle deutsch-französische Divergenzen an. Zum Konzept der Wirtschaftsregierung war zwischen den konservativen Parteien allenfalls eine

rhetorische Übertragung des Begriffs in Richtung Deutschland zu beobachten, die jedoch ohne inhaltliche Substanz blieb und als reiner Akt diplomatischer bilateraler Kommunikation gewertet werden muss. Für die Mehrzahl der Akteure des deutschen Konservatismus und Liberalismus stellte die Perspektive einer nicht weiter bestimmten europäischen Wirtschaftsregierung eine Zentralisierung und somit einen Angriff auf die wirtschaftspolitische Souveränität der Bundesrepublik und die als überaus erfolgreich wahrgenommene exportorientierte Ausrichtung des eigenen Wirtschaftsmodells dar. Spielräume für deutsch-französische Interaktionen innerhalb des linken und linksliberalen Spektrums wurden zudem durch die Tatsache eingeschränkt, dass sowohl die SPD als auch die Grünen die in Deutschland weit verbreitete Unterstützung des Stabilitäts- und Wachstumspakts wie auch des Fiskalpakts nicht infrage stellten und somit die Inhalte gemeinsamer Forderungen mit dem PS oder EELV auf die Frage von Wachstumsförderung begrenzt blieben.

In den Ansichten zur Rolle der Europäischen Zentralbank im Krisenmanagement sowie der künftigen Architektur der WWU zeigten sich deutlich divergierende Vorstellungen in Deutschland und Frankreich, die sich jeweils an nationalen Traditionen und Ordnungsmustern orientierten. In der französischen Debatte bestand weitgehende Einigkeit über die Zielvorstellung eines Ausbaus der Funktionen der Zentralbank sowohl zur Verbesserung der Refinanzierungsbedingungen für die Euro-Staaten als auch zur Unterstützung von Wirtschaftswachstum. In Deutschland hingegen reichten Warnungen vor einer Beeinträchtigung der politischen Unabhängigkeit der Zentralbank bis in die Sozialdemokratie und weitere progressive Strömungen hinein, so dass in Frankreich diskutierte Transformationen der EZB in Deutschland lediglich von Kleingruppen aufgegriffen wurden. Stark dominant in der deutschen Debatte war die Sorge vor einer Änderung des Status der EZB, wie er im Vertrag von Maastricht in Anlehnung an das Modell der Bundesbank entworfen wurde. Entsprechend harsch wurden etwaige Relativierungen des Status quo in der konservativen Presse verfolgt und Warnungen vor drohenden inflationären Effekten der unkonventionellen Maßnahmen zur Krisenbewältigung ausgesprochen.

Die Interpretation von Solidarität innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion stimmte in Deutschland und Frankreich in großen Teilen dahingehend überein, dass die Instabilität Griechenlands als potentielle Bedrohung für den Euroraum wahrgenommen wurde und Korrekturinstrumente zur Aufrechterhaltung der Währungsunion in ihrer bestehenden Form gesucht wurden. Gleichzeitig waren die politischen Auseinandersetzungen in Deutschland von juristischen und volkswirtschaftlichen Diskussionen etwaiger Fehlanreize durch fehlerhaft konstruierte Hilfsinstrumente und die Institutionalisierung von Transfer geprägt. Das Bundesverfassungsgericht setzte diesen

Debatten über die Synchronisation von Haftungsrisiken und politischen Kontrollmöglichkeiten zudem rechtliche Rahmenbedingungen, die auch in der französischen Debatte als wichtiger Faktor wahrgenommen wurde. Jenseits der konservativ bestimmten Lesart bestanden weitreichende grenzüberschreitende Schnittmengen für einen pragmatischen Ausbau der Stützungsrichtungen zur Vermeidung von Insolvenzen einzelner Staaten oder Austritten aus der Währungsunion. Auch hinsichtlich der Schaffung von Instrumenten gemeinschaftlicher Haftung fand lediglich eine kurzzeitige transnationale Interessensvertretung der moderat progressiven Kräfte statt, da die SPD wie auch die Grünen in Reaktion auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts Abstand vom Konzept der *Eurobonds* nahmen und in der Folge einen weniger umfassenden Altschuldentilgungsfonds bewarben, welcher auf Seiten der französischen Sozialisten nur schemenhaft wahrgenommen wurde. Vertreter der politischen Extreme konvergierten unabhängig der Krisenbewältigungsdebatten in der Zurückweisung der sogenannten Rettungsschirme als Vehikel zur Durchsetzung einer Kürzungspolitik.

Hinsichtlich des Ausblicks einer umfangreichen Transformation der Europäischen Union in eine Politische Union zur Korrektur von durch die krisenhafte Entwicklung im Euroraum aufgedeckten Schwachstellen bestand eine hohe deutsch-französische Konvergenz in der geringen Aufmerksamkeit, die dem Thema zuteilwurde. Eine in der deutschen Debatte mehrheitsfähige Vorstellung vertiefter Integration zur Verankerung verbindlicherer haushaltspolitischer Kontrollinstrumente entsprach nicht den Erwartungen der Mehrzahl politischer Akteure in Frankreich und wurde nicht aufgegriffen. In der französischen Debatte war unabhängig von parteipolitischen Orientierungen das Modell einer Europäischen Union als Absicherung in einem sich global intensivierenden wirtschaftlichen und politischen Wettbewerb verbreitet. Die französische Zielvorstellung einer *Europe forte* beantworteten deutsche Konservative und Liberale indes lediglich mit Plänen zur Erhöhung der Schuldentragfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit durch Strukturreformen in nationalstaatlicher Eigenverantwortung. Im linken politischen Spektrum waren übereinstimmende Forderungen einer stärkeren sozialpolitischen Komponente der europäischen Einigung zu beobachten, die jedoch nicht in eine gemeinsame übergeordnete Leitthematik für die Integration oder ein geteiltes Fernziel für die Europäische Union eingebettet waren. In den politischen Auseinandersetzungen in Frankreich begrenzte zudem auch auf diesem Feld die Sorge vor einem Wiederaufleben von Grundsatzdebatten über die Auswirkungen der europäischen Einigung auf die französische Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die Bereitschaft und die Möglichkeiten zu prägnanten Positionierungen.



Jenseits der diplomatisch geprägten bilateralen Kommunikationsformate zwischen jeweiligen Angehörigen von Regierungsparteien konnten grenzüberschreitende Interaktionen zwischen politischen Parteien in Deutschland und Frankreich in einem konfrontativen Stil festgestellt werden. Jenseits der spezifischen und formalisierten Kommunikation im Rahmen des sogenannten Tandems oder *couple* auf Ebene der Exekutive, formulierten etwa französische Konservative Konzepte zur Weiterentwicklung der Rolle der Europäischen Zentralbank oder zur Ausweitung der sogenannten Rettungsschirme, die wiederum in Deutschland zurückgewiesen wurden. Grundsätzlich erfolgten die Bezugnahmen zum Partnerland in stark unterschiedlicher Intensität und Form. In der französischen Debatte, insbesondere seitens der UMP und in der journalistischen Berichterstattung, erfolgte ein systematischer Abgleich wirtschaftlicher und finanzieller Parameter mit Deutschland sowie eine Kommentierung des fortschreitenden Krisenmanagements in der Eurozone anhand der Positionen und Handlungsspielräume der Bundesregierung vor dem Hintergrund der deutschen gesellschaftlich-politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für Europapolitik. In der deutschen Debatte wiederum war die Wahrnehmung französischer europapolitischer Positionen weitestgehend auf die Frage der deutsch-französischen Kompatibilität hinsichtlich der Ausübung einer gemeinsamen Führungsrolle in der Europäischen Union begrenzt. Die Mehrzahl inhaltlicher Auseinandersetzungen zum Krisenmanagement fand in einem innerdeutschen Zuschnitt statt, wobei vorzugweise von linken Parteien und Gewerkschaften vereinzelt Verweise auf in Frankreich diskutierte Optionen als Ausblick auf umfangreichere und stärker politisch betriebene Lösungsstrategien vorgenommen wurden. Die Perspektive einer Neuausrichtung der Krisenpolitik unter einem sozialistischen Staatspräsidenten Hollande wurde indes mit Ausnahme der Linkspartei und des DGB von linken und linksliberalen Kräften in Deutschland nur kurzzeitig geteilt und aufgrund fundamentaler Divergenzen in Bezug auf haushaltspolitische Grundlagen der Währungsunion und fehlender politischer Umsetzungsmöglichkeiten in Deutschland schrittweise aufgegeben.

Eine größere Sensibilität für die europäische Dimension der Krisenbewältigung wiesen sowohl in Deutschland auch in Frankreich die untersuchten Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände auf, die ihre Positionierungen hinsichtlich der europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik in weiten Teilen grenzüberschreitend abstimmten und transnational kommunizierten.

Für parteipolitische Akteure, welche auf nationaler Ebene um Zustimmung in der jeweiligen Wahlbevölkerung konkurrierten, diente die transnationale Dimension in erster Linie zur punktuellen Bekräftigung eigener Positionen im jeweiligen innerstaatlichen politischen Wettstreit. Die Kurzfristigkeit deutsch-französischer Interessenskoalitionen, auch innerhalb ähnlicher politischer Strömungen, und wiederholte Abbrüche

grenzüberschreitender Annäherungen deuten auf eine Dominanz nationaler politisch-gesellschaftlicher Rahmenbedingungen für europapolitische Debatten hin.

Für die im Untersuchungszeitraum festgestellten, teils national geprägten, Handlungsmuster und Präferenzen lassen sich Kontinuitäten beobachten: So setzte sich die Ambiguität zur Frage der Finalität der Integration in den zögerlichen Reaktionen der Bundesregierung auf die europapolitische Grundsatzrede Emmanuel Macrons im September 2017 an der Sorbonne fort. Ebenso zeigten sich in den Debatten zur Ausgestaltung eines Investitionshaushalts für die Eurozone oder der Einrichtung einer europäischen Arbeitslosenversicherung bekannte deutsch-französische Konfliktlinien zur Reichweite und Eigenständigkeit dezidiert europäischer Wirtschaftspolitik. Reaktionen auf die mit der Schaffung eines gemeinschaftlichen Corona-Aufbaufonds einhergehende Schuldenaufnahme durch die EU brachten die Haftungsmotive der Auseinandersetzung um die Euro-Rettungsschirme und Gemeinschaftsanleihen wieder auf. Nicht zuletzt die Beanstandung der EZB-Anleihenkäufe und der EuGH-Rechtsprechung durch das Bundesverfassungsgericht im Sommer 2020 und die Prüfung eines Vertragsverletzungsverfahrens setzten eine in Deutschland besonders intensive Kontroverse zur Rolle der Zentralbank fort.

Diese Skizzierung zeigt die Aktualität von Fragestellungen zur Prägekraft deutscher und französischer Politik für die Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Europäische Union insgesamt auf. Ausgehend von den im Rahmen dieser Arbeit unternommenen Untersuchungen könnte zudem eine vergleichende Analyse der Positionierungen und Diskurse von Abgeordneten des Europäischen Parlaments und jeweiliger nationaler Parlamente weitere Erkenntnisse über Europapolitik im Spannungsfeld zwischen transnationaler Interessensfindung und -umsetzung sowie weiterhin national verfasster politischer Räume und Öffentlichkeiten ermöglichen.

## Quellen- und Literaturverzeichnis

### Quellenverzeichnis

Balladur, Edouard, Der währungspolitische Aufbau Europas, 29.12.87

Bérégovoy, Pierre, Interview in Les Echos, Paris, 19.11.90

Bericht an Rat und Kommission über die stufenweise Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion in der Gemeinschaft, abgedruckt in: Bulletin der Europäischen Gemeinschaften. Sonderbeilage 11/1970, Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg

Delors, Jacques et. al., Report on economic and monetary Union in the European Community, 17.4. 89

Draghi, Mario, Rede bei der Global Investment Conference, London, 26.7.12, wörtliche Niederschrift einsehbar unter:  
<https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2012/html/sp120726.en.html>

Genscher, Hans-Dietrich, Memorandum für die Schaffung eines Europäischen Währungsraumes und einer Europäischen Zentralbank, 26.2.88

Kommuniqué des französischen Kabinetts, Fortschritte auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion, 05.12.90

de Larosière, Jacques, National Monetary Policy and the Construction of the European Monetary Union, Rede auf dem Zweiten Internationalen Bankenabend, Frankfurt, 8.11.89

Padoa-Schioppa, Tomasso, et. al., Effizienz, Stabilität und Verteilungsgerechtigkeit. Eine Entwicklungsstrategie für das Wirtschaftssystem der EG, Wiesbaden 1988

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Bremen, Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, Juni 1978, Nr. 6, Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg

Schmidt, Helmut, Die Deutschen und ihre Nachbarn, Menschen und Mächte II, Berlin 1990

Stoltenberg, Gerhard, Zur weiteren Entwicklung der währungspolitischen Zusammenarbeit in Europa, 15.3.88

Tindemans-Bericht 1975

Vertrag über die Europäische Union (92/C 191/01)

Vollendung des Binnenmarktes: Weißbuch der Kommission an den Europäischen Rat (Mailand, 28-29. Juni 1985), KOM(85) 310, Juni 1985. Brüssel, online verfügbar unter:  
[http://europa.eu/documents/comm/white\\_papers/pdf/com1985\\_0310\\_f\\_de.pdf](http://europa.eu/documents/comm/white_papers/pdf/com1985_0310_f_de.pdf).

### Untersuchte Akteure

#### CDU/CSU

Stenografische Berichte von Bundestagsdebatten, 25.3.10 - 14.6.14

Regierungserklärungen, 25.3.10 - 14.6.14

Beschlüsse und Entschließungsanträge der Bundestagsfraktionen

Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin, Presseauschnittsammlung

Pressemitteilungen Bundestagsfraktion

CSU-Parteizeitung „Bayernkurier“

#### FDP

Stenografische Berichte von Bundestagsdebatten, 25.3.10 - 14.6.14

Archiv des Liberalismus, Friedrich-Naumann-Stiftung, Gummersbach, Einsicht in Pressedienst: freie demokratische Korrespondenz

Beschlüsse und Entschließungsanträge der Bundestagsfraktion

Mitgliedermagazin „elde“

Ergänzend: Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin, Presseauschnittsammlung

#### SPD

Stenografische Berichte von Bundestagsdebatten, 25.3.10 - 14.6.14

Archiv der sozialen Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Beschlüsse und Entschließungsanträge der Bundestagsfraktion

Pressemitteilungen Bundestagsfraktion

Pressemitteilungen Parteivorstand

Parteizeitschrift „vorwärts“

#### B90/Die Grünen

Stenografische Berichte von Bundestagsdebatten, 25.3.10 - 14.6.14

Gremienbeschlüsse, Entschließungsanträge Bundestagsfraktion

Dokumentation zu Länderräten und Bundeslegiertenkonferenzen

Pressemitteilungen Bundespartei / Pressemitteilungen Bundestagsfraktion

Wahlprogramme Bundestag 2013 und Europäisches Parlament 2014

Mitgliedermagazin „Schrägstrich“

### Die Linke

Stenografische Berichte von Bundestagsdebatten, 25.3.10 - 14.6.14

Online-Zugriff auf Pressemitteilungen: <https://www.die-linke.de/start/presse/newsfilter/>

Pressedienst Bundestagsfraktion

Parteizeitschrift „Clara“

Wahlprogramme Bundestag 2013 und Europäisches Parlament 2014

### AfD

Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin, Pressesammlung, ergänzende Suche zum Schlagwort: Alternative für Deutschland

Wahlprogramme Bundestag 2013 und Europäisches Parlament 2014

### BDI

Pressemitteilungen, Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit

Positionspapiere & Wahlaufufe

BDI / BDA Brüssel aktuell

NEXIS-Presserecherche zu Vorsitzenden Hans-Peter Keitel und Ulrich Grillo

### DGB

Online-Zugriff auf Pressemitteilungen des Bundesvorstands: <https://www.dgb.de/presse>

Themenbezogene Broschüren „DGB akut“

DGB-Bundesvorstand, Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik, klartext

Positionspapier zur Krise in der Eurozone für die Sitzung des DGB-Bundesvorstandes, Februar 2011

Grundsatzreden Michael Sommer und Reiner Hoffmann

Ergänzend: Studien und Pressemitteilungen des WSI (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut)

### Bundesbank

Online-Zugriff: <https://www.bundesbank.de/de/presse>

Pressenotizen

Reden & Interviews der Vorstandsmitglieder

Ergänzend: Presseauschnittsammlung via NEXIS und Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin

### FAZ

Leitartikel und Kommentare, Januar 2010 - August 2014 via NEXIS

Ergänzende Recherche: Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin, Presseauschnittsammlung

### SZ

Leitartikel und Kommentare, Januar 2010 - August 2014 via NEXIS

Ergänzende Recherche: Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin,  
Presseauschnittsammlung

#### UMP

Stenografische Berichte von Debatten in der Assemblée nationale  
Mitgliederzeitschrift „UMP magazine“  
Pressemitteilungen „UMP Argu Flash“  
Wahlkampfreden Nicolas Sarkozy  
Ergänzende Nexis-Recherche in Quellenzuschnitt „Quotidiens nationaux - France“

#### MoDem

Stenografische Berichte von Debatten in der Assemblée nationale  
Pressemitteilungen: <https://groupemodem.fr/category/travaux/communique-de-presse/>  
Wahlkampfreden François Bayrou  
Ergänzende Nexis-Recherche in Quellenzuschnitt „Quotidiens nationaux - France“

#### PS

Stenografische Berichte von Debatten in der Assemblée nationale  
Fondation Jean Jaurès, archives socialistes  
Dokumentation Redebeiträge Generalsekretär\*innen:  
<https://archives-socialistes.fr/app/photopro.sk/archives/publi?docid=354443#sessionhistory-ready>  
Nouvelles Internationales - Bulletin du Secrétariat Europe - International du Parti socialiste  
L'hebdo des socialistes  
La Revue socialiste  
Wahlkampfreden François Hollande  
Ergänzende Nexis-Recherche in Quellenzuschnitt „Quotidiens nationaux - France“

#### EELV

Stenografische Berichte von Debatten in der Assemblée nationale  
Pressemitteilungen online via <https://www.eelv.fr/categories/communiqués-de-presse/>  
Wahlkampfreden Eva Joly  
Ergänzende Nexis-Recherche in Quellenzuschnitt „Quotidiens nationaux - France“

#### Front de Gauche

Pressemitteilungen  
Wahlkampfreden Jean-Luc Mélenchon  
Wahl- und Grundsatzprogramme  
Ergänzende Nexis-Recherche in Quellenzuschnitt „Quotidiens nationaux - France“

#### Front national

Pressemitteilungen

Ergänzende Nexis-Recherche in Quellenzuschnitt „Quotidiens nationaux - France“

#### MEDEF

Sammlung Pressemitteilungen „Nouvelles de Bruxelles“

Ergänzende Nexis-Recherche in Quellenzuschnitt „Quotidiens nationaux - France“

#### CFDT

Centre de documentation / Archives, Paris: ausgewählte Pressemitteilungen

La Revue de la CFDT

Syndicalisme Hebdo

#### Banque de France

Pressemitteilungen Januar 2010 - August 2014

<https://www.banque-france.fr/news/communique-de-presse>

Ergänzende Nexis-Recherche in Quellenzuschnitt „Quotidiens nationaux - France“

#### Le Figaro

Leitartikel und Kommentare, Januar 2010 - August 2014 via NEXIS

#### Le Monde

Leitartikel und Kommentare, Januar 2010 - August 2014 via NEXIS

### **Literaturverzeichnis**

Abelshausen, Werner, Die Erblast des Euro - eine kurze Geschichte der Europäischen Währungsunion, in: APuZ 43/2010, S. 39-45

Aglietta, Michel, Zone euro - Eclatement ou fédération, Paris 2012

Allemand, Frédéric et. al., Gouverner la zone euro après la crise: l'exigence d'intégration, Paris 2016

Aloy, Marcel, et. al., Austérité budgétaire: remède ou poison? La zone euro à l'épreuve de la crise, Neuilly 2017

Apel, Emanuel, European Monetary Integration: 1958 - 2002, London 1998

Aquatias, Christine, Hg., Turbulenzen in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts: Was bleibt von der deutschen wirtschaftlichen Identität?, Bern 2009

Arndt, Agnes et. al., Europäische Geschichtsschreibung zwischen Theorie und Praxis, in: Dies., et. al., Hg., Vergleichen, verflechten, verwirren? Europäische Geschichtsschreibung zwischen Theorie und Praxis, Göttingen 2011, S. 11-32

Arndt, Agnes, Der Bedeutungsverlust des Marxismus in transnationaler Perspektive - „Histoire Croisée“ als Ansatz und Anspruch an eine Beziehungsgeschichte West- und Ostmitteleuropas, in: Dies., Hg., Vergleichen, verflechten, verwirren?, Göttingen 2011, S. 89-114

Arndt, Agnes, et. al., Hg., Vergleichen, verflechten, verwirren? Europäische Geschichtsschreibung zwischen Theorie und Praxis, Göttingen 2011

Artus, Patrick / Gravet, Isabelle, La crise de l'euro: comprendre les causes, en sortir par de nouvelles institutions, Paris 2012

Bach, Maurizio, Negative Europäisierung. Die Eurokrise und die Paradoxien der institutionellen Überintegration, in: Jenny Preunkert, Georg Vobruba, Hg., Krise und Integration. Gesellschaftsbildung in der Eurokrise, Wiesbaden 2015, S. 205-218

Badel, Laurence, Die französische Historiographie zu den internationalen Beziehungen: Transnational oder realistisch?, in: Haider-Wilson, Internationale Geschichte in Theorie und Praxis, Wien 2017, S. 349-369

Baimbridge Mark / Whyman, Philip, Hg., Economic and Monetary Union in Europe - Theory, evidence and practice, Cheltenham 2003

Baldwin, Richard / Wyplosz, Charles, The Economics of European Integration, 4. Auflage, London 2012

Bauerkämper, Arnd, Wege zur europäischen Geschichte. Erträge und Perspektiven der vergleichs- und transfergeschichtlichen Forschung, in: Arndt, Vergleichen, verflechten, verwirren?, Göttingen 2011, S. 33-61

Becker, Johannes / Fuest, Clemens, Der Odysseus-Komplex - ein pragmatischer Vorschlag zur Lösung der Eurokrise, Bonn 2017

Becker, Peter, Wirtschaftspolitische Koordinierung in der Europäischen Union - Europäisierung ohne Souveränitätsverlust, SWP-Studie 19, November 2014

Beichelt, Timm, Deutschland und Europa - Die Europäisierung des politischen Systems, Wiesbaden, 2. Auflage 2015

Bernauer, Thomas, Einführung in die Politikwissenschaft, Baden-Baden 2009



Berthold, Norbert, et al., Das Scheitern historischer Währungsräume: Kann sich die Geschichte auch für die Eurozone wiederholen?, Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insbes. Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik, Nr. 127, 2014

Bieling, Hans-Jürgen / Lerch, Marika, Theorien der europäischen Integration, Wiesbaden 2005

Bitsch, Marie-Thérèse, Histoire de la construction européenne de 1945 à nos jours, Paris 2008

Blyth, Mark / Matthijs, Matthias, Hg., The Future of the Euro, Oxford 2015

Blyth, Mark, Wie Europa sich kaputtspart - die gescheiterte Idee der Austeritätspolitik, Bonn 2014

Bofinger, Peter, Zurück zur D-Mark? Deutschland braucht den Euro, München 2012

Böing, Tobias / Stadtmann, Georg, Competitiveness and Current Account Adjustments in the Euro Area, Department of Business Administration and Economics Discussion Paper No. 382, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Börzel, Tanja A. / Panke, Diana, Europäisierung - ein politikwissenschaftliches Laboratorium, in: Marcowitz, Hg., Nationale Identität und transnationale Einflüsse. Amerikanisierung, Europäisierung und Globalisierung in Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg, München 2007, S. 53-71

Bouilhet, Alexandrine, Paris et Berlin veulent durcir les règles, Le Figaro 4.5.10, S. 22.

Brana, Sophia, Les défauts de construction de l'Union monétaire: ce que la crise a révélé, in: Cahiers français 07/2015, Crise de la zone euro: où en sommes-nous?, S. 2-10

Brunn, Gerhard, Die europäische Geschichte von 1945 bis heute, Bonn 2006

Brunnermeier, Markus / James, Harold / Landau, Jean-Pierre, The euro and the battle of ideas, Princeton / Oxford 2016

Budde, Gunilla, et al., Hg., Transnationale Geschichte - Themen, Tendenzen und Theorien, Göttingen 2010

Busch, Berthold, et. al., Ungleichgewichte in der Eurozone - Ursachenanalyse und wirtschaftspolitische Empfehlungen, Analysen, Nr. 74, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln 2011

Cahuzac, Jérôme, et.al., Crise de l'euro, crise de l'Europe ? regards franco-allemands, Fondation Jean Jaurès, 2011

- Calvin, Patricia, Defining Transnationalism, *Contemporary European History*, 14,4/2005, S. 421-439
- Caporaso, James A. / Rhodes, Martin, Hg., *The political and economic dynamics of the eurozone crisis*, Oxford 2016
- Clavin, Patricia, Time, Matter, Place - Writing Modern European History in Global, Transnational and International Contexts, in: *European History Quarterly*, Vol. 40, 2010, S. 624-640
- Clemens, Gabriele, et. al., *Geschichte der europäischen Integration*, Paderborn 2008
- Cohen, Deborah / O'Connor, Maura, *Comparison and History - Europe in cross-national perspective*, New York / London 2004
- Cohen, Deborah, *Comparative History: Buyer Beware*, in: Deborah Cohen / Maura O'Connor, *Comparison and History - Europe in cross-national perspective*, New York / London 2004
- Cohen, Elie, L'Etat régulateur, in: *Alternatives économiques*, März 2004, S. 58
- Cole, Alistair, *Franco-German Relations*, Harlow 2001
- Conrad, Sebastian, *Double Marginalization - A Plea for a Transnational Perspective on German History*, in: Haupt / Kocka, *Comparison and Beyond*, New York / Oxford 2012, S. 52-76
- Daxhammer, Rolf J., et. al., *Der Europäische Integrationsprozess: wirtschaftliche, politische und institutionelle Einigung Europas*, Schriftenreihe des ESB Research Institute, Stuttgart 2006
- de Grauwe, Paul, *Economics of European Union*, 4. Auflage, Oxford 2000
- de Wilde, Pieter / Zürn, Michael, *Can the Politicization of European Integration be Reversed?*, *Journal of Common Market Studies*, Vol. 50, 2012, No. S1, S. 137-153
- de Wilde, Pieter, *No Polity for Old Politics? A Framework for Analyzing the Politicization of European Integration*, in: *Journal of European Integration*, Vol. 33, No. 5, September 2011, S. 559-575
- Demesmay, Claire / Marchetti, Andreas, *Frankreich ist Frankreich ist Europa: Französische Europa-Politik zwischen Pragmatismus und Tradition*, DGAPanalyse Frankreich, März 2010
- Demesmay, Claire / Marchetti, Andreas, Hg., *La France et l'Allemagne face aux crises européennes*, Bordeaux 2010
- Demesmay, Claire, *Le couple franco-allemand à l'épreuve de la crise*, in: *Cahiers Français* 07/2015, S. 23-28

Deubner, Christian, Der deutsche und der französische Weg aus der Finanzkrise, DGAPanalyse, Nr. 2, 04/2011

Dreger, Christian, et. al., Die Schuldenkrise im Euroraum - Entstehung, Entwicklung und wirtschaftspolitische Handlungsoptionen, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, N.2, Berlin 2013

Drewes, Detlef, Merkel zahlt einen hohen Preis, Aachener Zeitung, 30.10.10, S. 4

Duchhardt, Heinz, et. al., Hg., Europa-Historiker - Ein biographisches Handbuch, Band 1, Göttingen 2006

Dülffer, Jost / Loth, Wilfried, Hg., Dimensionen internationaler Geschichte - Studien zur internationalen Geschichte, Band 30, München 2012

Dülffer, Jost, The History of European Integration. From Integration History to the History of an Integrated Europe, in: Loth, Hg., Experiencing Europe - 50 Years of European Construction 1957-2007, Baden-Baden 2009, S. 17-32

Dullien, Sebastian / Guérot, Ulrike, The long shadow of ordoliberalism: Germany's approach to the euro crisis, ECFR Policy Brief Nr. 49, Februar 2012

Dullien, Sebastian / Schwarzer, Daniela, Die Eurozone braucht einen außenwirtschaftlichen Stabilitätspakt, SWP-Aktuell 06/2009

Duval, Guillaume, et. al., Manifeste pour une union politique de l'euro, in: Le Monde, 16.02.2014

Duval, Guillaume, Modell Deutschland? Nein Danke! - Französische Anregungen für die Zukunft Europas und seiner Industrie, Hamburg 2014

Dyson, Kenneth / Featherstone, Kevin, The Road to Maastricht: Negotiating Economic and Monetary Union, Oxford, 2003

Dyson, Kenneth, Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion als Prozess der Europäisierung: Konvergenz, Unterschiede und Unvorhersehbarkeit, in: Jachtenfuchs / Kohler-Koch, Europäische Integration, 2. Auflage, Opladen 2003

Dyson, Kenneth, European States and the Euro. Europeanization, Variation, and Convergence, Oxford 2002

Eck, Jean-Francois / Hüser, Dietmar, Medien – Debatten – Öffentlichkeiten in Deutschland und Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2011

Edler, Thomas, Basiswissen Eurokrise. Wie sie entstand und was sie für uns bedeutet, Marburg 2013

Elvert, Jürgen / Nielsen-Sikora, Jürgen, Hg., Leitbild Europa? Europabilder und ihre Wirkungen in der Neuzeit, Stuttgart 2009

Elvert, Jürgen, Die europäische Integration, 2. Auflage, Darmstadt 2013

Enderlein, Henrik, Die Krise im Euro-Raum: Auslöser, Antworten, Ausblick, in: APuZ 43/2010, Bonn

Espagne, Michel, Sur les limites du comparatisme en histoire culturelle, in: Genèses 17/1994, Les objets et les choses, S. 112-121

Fabre, Alain, Banque centrale européenne : d'une légitimité de crise à une crise de légitimité?, in: Regards sur l'économie allemande, Bulletin économique du CIRAC 116-117/2015, S. 43-54

Fabre, Alain, L'excédent extérieur allemand et la stabilité de la zone Euro, Regards sur l'économie allemande, Bulletin économique du CIRAC 114/2014

Fabre, Alain, Le modèle économique allemand, une stratégie pour l'Europe?, Questions d'Europe Nr. 237, 23.04.2012

Frank, Robert et. al., Hg., Building a European Public Sphere - From the 1950s to the Present, Brüssel 2010

Frank, Robert, Français et Allemands face aux enjeux institutionnels de l'union monétaire : Du plan Werner à l'euro (1970-2000), in: Marie-Thérèse Bitsch, Hg., Le couple France-Allemagne et les institutions européennes : une posterité pour le plan Schuman?

Frank, Robert, Histoire et théories des relations internationales, in: Ders., Hg., Pour l'histoire des relations internationales, Paris 2012, S. 41-82

Frank, Robert, Hg., Pour l'histoire des relations internationales, Paris 2012

Frankfurter Rundschau, 19.3.14, Verfassungsklage gegen ESM gescheitert

Franzen, Wolfgang, Andere Länder - andere Sichten. Die Finanz- und Eurokrise im Urteil der Bürger aus acht europäischen Ländern, Hamburg 2016

Franzen, Wolfgang, Andere Länder – andere Sichten. Die Finanz- und Eurokrise im Urteil der Bürger aus acht europäischen Ländern, Hamburg 2016

Gassert, Phillip, Transnationale Geschichte, Version 2.0 in: Docupedia-Zeitgeschichte, 29.10.2012, online abrufbar unter [http://docupedia.de/zg/Transnationale\\_Geschichte\\_Version\\_2.0\\_Philipp\\_Gassert](http://docupedia.de/zg/Transnationale_Geschichte_Version_2.0_Philipp_Gassert)

Gaxie, Daniel, et. al., Das Europa der Europäer - Über die Wahrnehmung eines politischen Raums, Bielefeld 2011

Gehler, Michael / Vietta, Silvio, Hg., Europa – Europäisierung - Europäistik: Neue wissenschaftliche Ansätze, Methoden und Inhalte, Wien 2010

Gehler, Michael, At the Heart of Integration: Understanding National European Policy, in: Kaiser / Varsori, European Union History, Basingstoke 2010, S. 85-108

Gehler, Michael, Hg., Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten und Konservativen - Dokumente 1965-1979, München 2017

Gehler, Michael, Internationale Geschichte und ihre europäischen Zugänge, in: Haider-Wilson, Internationale Geschichte in Theorie und Praxis, Wien 2017, S. 165-206

Gehler, Michael, Was heißt „Europäistik“ für eine Geschichtsschreibung der europäischen Integration?, in: Gehler / Vietta, Hg., Europa – Europäisierung - Europäistik: Neue wissenschaftliche Ansätze, Methoden und Inhalte, Wien 2010, S. 121-180

Geigant, Friedrich, Die Euro-Flagge über der Festung Europa: Deutschlands Weg zur einheitlichen Währung im gemeinsamen Markt, Berlin 2002

Geppert, Dominik, Ein Europa, das es nicht gibt - Die fatale Sprengkraft des Euro, Berlin 2013

Geppert, Dominik, Ein Europa, das es nicht gibt: Die fatale Sprengkraft des Euro, Wien 2013

Gerbet, Pierre, La construction de l'Europe, 4. aktualisierte Auflage, Paris 2007

Germain, Jérôme, Les propositions du président Macron relatives à l'Union économique et monétaire, in: Dietmar Hüser / Hans-Christian von Herrmann, Hg., Macrons neues Frankreich: Hintergründe, Reformansätze und deutschfranzösische Perspektiven, Bielefeld 2020, S. 231-246

Gilbert, Mark, Narrating the Process: Questioning the Progressive Story of European Integration, in: Journal of Common Market Studies Vol. 46, 3/2008, S. 641-662

Green, Nancy, Forms of Comparison, in: Cohen / O'Connor, Comparison and History, New York / London 2004, S. 41-56

Größ, Alexandra, Aufbruch in ein neues Währungszeitalter - Deutsch-französische Währungsbeziehungen zwischen internationalen, europäischen und nationalen Anforderungen, Opladen 1999

Große, Ernst Ulrich / Lüger, Heinz-Helmut, Frankreich verstehen - Eine Einführung mit Vergleichen zu Deutschland, 6., vollständig überarbeitete Auflage, Darmstadt 2008

Grossekettler, Heinz, Principes fondateurs et constantes de la politique budgétaire de la République fédérale d'Allemagne, in: Hazouard, France-Allemagne: Cultures monétaires et budgétaires, Cergy-Pontoise 2015, S. 109-142

Guérot, Ulrike / Klau, Thomas, After Merkozy: How France and Germany can make Europe work, ECFR Policy Brief 56, Mai 2012

Guérot, Ulrike, Was denkt Deutschland?, Wiesbaden 2011

Gundel, Jörg, Die europäischen Instrumente zur Überwindung der Staatsschuldenkrise, in: Hilpold, Neue europäische Finanzarchitektur, Berlin 2014, S. 89-111

Hacker, Björn / Koch, Cédric M., Reformdiskurse zur Eurozone. Kontinuität, Ausbau oder Rückbau in der deutschen Debatte, FES-Paper, Politik für Europa , #2017 plus, online abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/12792.pdf>

Haider-Wilson, Barbara, et. al., Hg., Internationale Geschichte in Theorie und Praxis, Wien 2017

Hankel, Wilhelm, et. al., Das Euro-Abenteuer geht zu Ende - Wie die Währungsunion unsere Lebensgrundlagen zerstört, Rottenburg 2011

Hankel, Wilhelm, Europa nach dem Scheitern des Euro, in: Hankel et. al., Das Euro-Abenteuer geht zu Ende, Rottenburg 2011, S. 12-55

Hau, Michel, France-Allemagne: La difficile convergence, Bern 2015

Haupt, Heinz-Gerhard, Historische Komparatistik, in: Budde et al., Hg., Transnationale Geschichte - Themen, Tendenzen und Theorien, Göttingen 2010, S. 137-149

Haupt, Heinz-Gerhard, Une nouvelle sensibilité: La perspective « transnationale » - une note critique, Cahiers Jaurès 02/2011, Nr. 200, S. 173-180

Hazouard, Solène, et. al., Hg., France-Allemagne: Cultures monétaires et budgétaires - Vers une nouvelle gouvernance européenne?, Cergy-Pontoise 2015

Heinen, Nicolaus et. al., Alles auf Anfang. Warum der Euro scheitert - und Neustart gelingt, Frankfurt a.M. 2017

Hendriks, Gisela / Morgan, Annette, The Franco-German axis in European integration, Cheltenham 2001

Henkel, Hans-Olaf, Rettet unser Geld! Wie der Euro-Betrug unseren Wohlstand gefährdet, München 2010

Hiepel, Claudia, Willy Brandt und Georges Pompidou - Deutsch-französische Europapolitik zwischen Aufbruch und Krise, München 2012

Hilpold, Peter / Steinmair, Walter, Hg., Neue europäische Finanzarchitektur, Berlin 2014

Hilpold, Peter, Eine neue europäische Finanzarchitektur - Der Umbau der Wirtschafts- und Währungsunion als Reaktion auf die Finanzkrise, in: ders., Neue europäische Finanzarchitektur, Berlin 2014, S. 3-82

Hinarejos, Alicia, The Euro Area Crisis in Constitutional Perspective, Oxford 2015

Hooghe, Liesbet / Marks, Gary, A Postfunctionalist Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraining Dissensus, British Journal of Political Science 39, No. 1, S. 1-23

Howarth, David J., The French Road to European Monetary Union, Basingstoke 2001

Hüser, Dietmar / von Herrmann, Hans-Christian, Hg., Macrons neues Frankreich: Hintergründe, Reformansätze und deutschfranzösische Perspektiven, Bielefeld 2020

Illing, Falk, Die Euro-Krise: Analyse der europäischen Strukturkrise, Wiesbaden 2013

Iriye, Akira / Saunier, Pierre-Yves, Hg., The Palgrave Dictionary of Transnational History, New York 2009

Iriye, Akira / Saunier, Pierre-Yves, The Professor and the Madman, in: dies., Hg., The Palgrave Dictionary of Transnational History, New York 2009, S. XVII-XX

Jachtenfuchs, Markus / Kohler-Koch, Beate, Hg., Europäische Integration, 2. Auflage, Opladen 2003

James, Harold, Making the European Monetary Union - The Role of the Committee of Central Bank Governors and the Origins of the European Central Bank, London 2012

Jamet, Jean-François, et. al., EU Economic Governance: The French and German Views, Centre for European Studies, Brüssel 2011

Jespersen, Jesper, The Euro - Why it failed, London 2016

Jetschke, Anja, Internationale Beziehungen. Eine Einführung, Tübingen 2017

Jochimsen, Reimut, Perspektiven der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, 2. aktualisierte Auflage, Baden-Baden 1998

Judt, Tony, Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg, München/Wien 2006

Juneja, Monica / Pernau, Margrit, Lost in Translation? Transcending Boundaries in Comparative History, in: Kocka / Haupt, Comparison and Beyond, New York / Oxford 2012

Kaelble, Hartmut / Schriewer, Jürgen, Hg., Vergleich und Transfer - Komparatistik in den Sozial-, Geschichts- und Kulturwissenschaften, Frankfurt / New York 2003

Kaelble, Hartmut, Die Debatte über Vergleich und Transfer und was jetzt?, online abrufbar unter: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/index.asp?id=574&view=pdf&pn=forum&type=artikel>

Kaelble, Hartmut, Die interdisziplinären Debatten über Vergleich und Transfer, in: Kaelble / Schriewer, Hg., Vergleich und Transfer - Komparatistik in den Sozial-, Geschichts- und Kulturwissenschaften, Frankfurt / New York 2003, S. 469-493

Kaelble, Hartmut, Historischer Vergleich, Version 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 14.08.12, online abrufbar unter: [http://docupedia.de/Historischer\\_Vergleich](http://docupedia.de/Historischer_Vergleich)

Kaelble, Hartmut, The European Public Sphere, in: Frank et. al., Hg., Building a European Public Sphere - From the 1950s to the Present, Brüssel 2010, S. 21-40

Kaiser, Wolfram / Varsori, Antonio, Hg., European Union History - Themes and Debates, Basingstoke 2010

Kaiser, Wolfram, From Isolation to Centrality: Contemporary History meets European Studies, in: Kaiser / Varsori, European Union History, Basingstoke 2010, S. 45-65

Kauffmann, Pascal / Uterwedde, Henrik, Deutschland, Frankreich und die Eurokrise: Auf der Suche nach der verlorenen Konvergenz, APuZ 43/2010, S. 13-19



Kauffmann, Pascal / Uterwedde, Henrik, Welcher Policy-Mix für die Eurozone? Neue deutsch-französische Konvergenzen, DGAPanalyse, Nr. 3, Februar 2015

Kauffmann, Pascal, L'UEM, Maastricht et la BCE: controverses franco-allemandes, in: Solène Hazouard, Hg., et al., France-Allemagne : Cultures monétaires et budgétaires - Vers une nouvelle gouvernance européenne ?, Cergy-Pontoise 2015, S. 61-72

Kauffmann, Pascal, L'union monétaire européenne, Bordeaux 2008

Kauffmann, Pascal, Le couple franco-allemand et l'Europe monétaire, in: Hans Stark, Hg., et. al., Les relations franco-allemandes dans une Europe unifiée - réalisations et défis, Bordeaux 2012, S. 103-118

Kees, Andreas, Maastricht - Vorentscheidung für eine europäische Währung, in: Franz Zehetner, Hg., Auf dem Wege zur Europäischen Währungsunion. Symposium zum 65. Geburtstag von Professor Dr. iur. Dr. h.c. Hugo J. Hahn, Baden-Baden 1993, S. 19-36

Kennen, Peter B., The Theory of optimum currency areas, in: Robert Mundell / Alexander Swoboda, Hg., Monetary Problems of the International Economy, Chicago 1969

Kershaw, Ian, Achterbahn: Europa, 1950 bis 2017, München 2019.

Kershaw, Ian, Höllensturz: Europa 1914 bis 1949, München 2016

Kiess, Johannes, Konfligierende Krisenframings deutscher Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, in: Jenny Preunkert, Georg Vobruba, Hg., Krise und Integration. Gesellschaftsbildung in der Eurokrise, Wiesbaden 2015, S. 21-47.

Kietz, Daniela, Politisierung trotz Parteienkonsens: Bundestag, Bundesrat und die Euro-Krise, Bertelsmannstiftung 2013, online abrufbar unter [http://www.fundacionbertelsmann.org/cps/rde/xbcr/SID-A961DDBC-102AA31A/bst/xcms\\_bst\\_dms\\_37545\\_\\_2.PDF](http://www.fundacionbertelsmann.org/cps/rde/xbcr/SID-A961DDBC-102AA31A/bst/xcms_bst_dms_37545__2.PDF)

Kimmel, Adolf / Uterwedde, Henrik, Hg., Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Bonn 2005

Kirsch, Guy, Die Euro-Krise ist (nicht nur) eine Währungskrise, in: APuZ 43/2010, S. 3-12

Kirt, Romain, Hg., Die Europäische Union und ihre Krisen, Baden-Baden 2001

Kocka, Jürgen / Haupt, Heinz-Gerhard, Comparison and Beyond: Traditions, Scope and Perspectives of Comparative History, in: Kocka / Haupt, Hg., Comparative and Transnational History - Central European approaches and new perspectives, New York / Oxford 2012, S. 1-32

Kocka, Jürgen / Haupt, Heinz-Gerhard, Hg., Comparative and Transnational History - Central European approaches and new perspectives, New York / Oxford 2012

Kocka, Jürgen / Haupt, Heinz-Gerhard, Hg., Comparative and Transnational History - Central European approaches and new perspectives, New York / Oxford 2012

Körner, Axel, Transnational History: Identities, Structures, States, in: Haider-Wilson et. al., Hg., Internationale Geschichte in Theorie und Praxis, Wien 2017, S. 265-291

Kösters, Wim et. al., Elemente der ökonomischen Integrationstheorie, in: Loth / Wessels, Hg., Theorien europäischer Integration, Opladen 2001, S. 35-76

Krägenau, Henry / Wetter, Wolfgang, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion: Vom Werner-Plan zum Vertrag von Maastricht; Analysen und Dokumentation, Baden-Baden 1993

Krotz, Ulrich / Schild, Joachim, Shaping Europe. France, Germany, and Embedded Bilateralism from the Elysee Treaty to Twenty-First Century Politics, Oxford 2013

Kühnhardt, Ludger, Hg., Crises in European Integration. Challenges and Responses, 1945-2005, New York / Oxford 2009

Le Monde, 30.5.10, M. Sarkozy relance l'idée d'un pilotage économique de l'Europe par la zone euro

Lelart, Michel, La construction monétaire européenne, Paris 1994

Lequesne, Christian, Frankreich im neuen Europa, Baden-Baden 2010

Leucht, Brigitte, Beyond Morgenthau: The Transnational Turn, in: Haider-Wilson, Internationale Geschichte in Theorie und Praxis, Wien 2017, S. 291-311

Levitt, Malcolm / Lord, Christopher, The Political Economy of Monetary Union, London 2000

Libman, Alexander, Dialog zwischen EU und Eurasischer Wirtschaftsunion – einen Versuch wert, SWP-aktuell Nr. 62, Juli 2015

Lirzin, Franck, La réforme de la surveillance et de la gestion des déséquilibres, in: Cahiers français 07/2015

Löffler, Bernhard, „Eine Art Religionskrieg“. Argumentationsmuster, Diskursstrategien und politische Symbolik in den deutsch-französischen Debatten um die Einführung des Euro, in: Ders., Hg., Die kulturelle Seite der Währung, Historische Zeitschrift, Bd. 50, München 2010, S. 123-168

Löffler, Bernhard, Hg., Die kulturelle Seite der Währung, Historische Zeitschrift, Bd. 50, München 2010

Loth, Wilfried / Wessels, Wolfgang, Hg., Theorien europäischer Integration, Opladen 2001

Loth, Wilfried, Europas Einigung: Eine unvollendete Geschichte, Frankfurt a. M. 2014, erweiterte Fassung 2020

Loth, Wilfried, Hg., Experiencing Europe - 50 Years of European Construction 1957-2007, Baden-Baden 2009

Loth, Wilfried, Internationale Geschichte als pluralistisches Forschungsprogramm, in: Haider-Wilson, Internationale Geschichte in Theorie und Praxis, Wien 2017, S. 253-264

Loth, Wilfried, Walter Lipgens (1925-1984), in: Heinz Duchhardt et. al., Hg., Europa-Historiker - Ein biographisches Handbuch, Band 1, Göttingen 2006, S. 317-336

Louis, Olivier / Schwarzer, Daniela, La politique économique de l'Union européenne in: Demesmay / Marchetti, Hg., La France et l'Allemagne face aux crises européennes, Bordeaux, S. 79-104

Ludlow, Peter, The Making of the EMS, London 1982

Ludlow, Piers, The European Community and the Crises of the 1960s: Negotiating the Gaullist Challenge, London 2006

Mabbett, Deborah / Schelke, Waltraud, Searching under the lamppost: The evolution of fiscal surveillance, in: Caporaso / Rhodes, Hg., The political and economic dynamics of the eurozone crisis, Oxford 2016, S. 122-144

Macdonald, Simon, Transnational history: a review of past and present scholarship, UCL Centre for Transnational, 2013, online verfügbar unter [https://www.ucl.ac.uk/centre-transnational-history/objectives/simon\\_macdonald\\_tns\\_review](https://www.ucl.ac.uk/centre-transnational-history/objectives/simon_macdonald_tns_review)

Maes, Ivo, On the origins of the Franco-German EMU controversies, Belgische Nationalbank, Nbb Working Paper Nr. 34 - Juli 2002

Mak, Geert, Was, wenn Europa scheitert, Bonn 2012

Marcowitz, Reiner, Hg., Nationale Identität und transnationale Einflüsse. Amerikanisierung, Europäisierung und Globalisierung in Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg, München 2007

Margairaz, Michel, Les voies et moyens d'une longue mutation de la culture et des pratiques monétaires en France depuis 1945, in: Hazoard et. al., France-Allemagne: Cultures monétaires et budgétaires, Cergy-Pontoise 2015, S. 35-46

Marsh, David, Beim Geld hört der Spaß auf - Warum die Eurokrise nicht mehr lösbar ist, Berlin 2013

Martin, Edouard, et. al., France: Lessons from Past Fiscal Consolidation Plans, IMF Working Paper 11/89

McKinnon, Ronald, Optimum currency areas, in: American Economic Review, Nr. 53/4, S. 717-725

Meyer, Dirk, Hg., Die Zukunft der Währungsunion. Chancen und Risiken des Euros, Berlin 2012

Miard-Delacroix, Hélène, Deutsch-Französische Geschichte. Im Zeichen der europäischen Einigung - 1963 bis in die Gegenwart, Darmstadt 2011

Middell Matthias, Kulturtransfer, Transferts culturels, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, online abrufbar unter [http://docupedia.de/zg/middell\\_kulturtransfer\\_v1\\_de\\_2016](http://docupedia.de/zg/middell_kulturtransfer_v1_de_2016)

Milward, Alan, The European Rescue of the Nation-state, London 1992, 3. Auflage 2000

Mittag, Jürgen, Hg., Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa, Essen 2006;

Mittag, Jürgen, Kleine Geschichte der Europäischen Union - Von der Europaidee bis zur Gegenwart, Münster 2008

Moravcsik, Andrew, Europe after the Crisis, in: Foreign Affairs Vol. 91 Nr.3, 05/2012, S. 54-68

Moravcsik, Andrew, The choice for Europe: social purpose and state power from Messina to Maastricht, London 2005

Mourlon-Druol, Emmanuel, A Europe Made of Money - The Emergence of the European Monetary System, Ithaca 2012

Mundell, Robert, A theory of optimum currency areas, in: American Economic Review, Nr. 51/4, S. 657-665

Muth, Clemens, Währungsdesintegration - das Ende von Währungsunionen: eine theoretische und empirische Analyse vor dem Hintergrund des Zerfalls des gemeinsamen Währungsgebietes auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion, Heidelberg 1997

Neal, Larry, The Economics of Europe and the European Union, Cambridge 2007

Neumann, Manfred J.M., Principes fondateurs et constantes en matière de politique monétaire en République fédérale d'Allemagne depuis 1945, in: Solène Hazouard, Hg., et al., France-Allemagne: Cultures monétaires et budgétaires - Vers une nouvelle gouvernance européenne ?, Cergy-Pontoise 2015, S. 17-34

o.V., FAZ.net, 29.2.12, Banken leihen sich Rekordsumme von EZB, online einsehbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mario-draghis-dicke-bertha-banken-leihen-sich-rekordsumme-von-ezb-11666512.html>

Opitz, Louisa, Déjà-vu? Die Governance der europäischen Wirtschaftsunion nach der Eurokrise: eine Analyse und Erklärung ihres Governance-Wandels als Fortschreibung der deutsch-französischen Präferenzkonstellation von Maastricht, Berlin 2019.

Osterhammel, Jürgen, Transferanalyse und Vergleich im Fernverhältnis, in: Kaelble / Schriewer, Vergleich und Transfer, Frankfurt / New York 2003, S. 439-468

Padoa-Schioppa, Tomasso, The road to monetary union in Europe: the emperor, the kings, and the genies. Oxford 2000

Papadia, Francesco / Saccomanni. Fabrizio, From the Werner Plan to the Maastricht Treaty: Europe's stubborn quest for monetary union, in: Alfred Steinherr, Hg., 30 Years of European monetary integration from the Werner Plan to EMU, London 1994, S. 57-68

Patat, Jean-Pierre, La politique de la banque centrale européenne depuis 2007, in: Cahiers français 07/2015, S. 60-65

Patel, Kiran Klaus, Europäische Integration, in: Dülffer / Loth, Dimensionen internationaler Geschichte, München 2012, S. 353-372

Patel, Kiran Klaus, Europäische Integrationsgeschichte auf dem Weg zur doppelten Neuorientierung - Ein Forschungsbericht, in Archiv für Sozialgeschichte 50, 2010, S. 595-642

Patel, Kiran Klaus, Nach der Nationalfixiertheit – Perspektiven einer transnationalen Geschichte, Antrittsvorlesung 12. Januar 2004, Humboldt-Universität zu Berlin, online abrufbar unter: <https://edoc.hu-berlin.de/handle/18452/2330>

Patel, Kiran Klaus, Transnationale Geschichte, in: Europäische Geschichte online, abrufbar unter: <http://ieg-ego.eu/de/threads/theorien-und-methoden/transnationale-geschichte>

Pernau, Margrit, Transnationale Geschichte, Stuttgart 2011

Pisani-Ferry, Jean, Le réveil des démons: la crise de l'euro et comment nous en sortir, Paris 2011

Pöhl, Karl Otto, Ein Mythos mit Verfassungsrang. Die Bundesbank wird fünfzig, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 29.7.07.

Praus, Angelika, Das Ende einer Ausnahme - Frankreich und die Zeitenwende 1989/90, Marburg 2014

Preunkert, Jenny / Vobruba, Georg, Hg., Krise und Integration. Gesellschaftsbildung in der Eurokrise, Wiesbaden 2015

Quatremer, Jean, Il faut achever l'euro: tout ce que vous avez toujours voulu savoir sur l'euro (sans jamais oser le demander), Paris 2019

Radaelli, Claudio M., Europeanisation: Solution or problem?, European Integration online Papers (EIoP) 8/16, 2004, online abrufbar unter: <http://eiop.or.at/eiop/texte/2004-016a.htm> (3.10.18)

Radaelli, Claudio, The Europeanization of Public Policy, in: Kevin Featherstone / Claudio Radaelli, Hg., The Politics of Europeanization, Oxford 2003

Rasmussen, Morten, European Rescue of the Nation-State? Tracing the Role of Economics and Business, in: Kaiser / Varsori, European Union History, Basingstoke 2010, S. 128-149

Riché, Pascal / Wyplosz, Charles, L'Union monétaire de l'Europe, Paris 1993

Riehle, Gerhard, Eurokrise. Verzicht auf den Euro als Chance für Europa, Baden-Baden 2016

Risse-Kappen, Thomas, Hg., Bringing Transnational Relations Back In - Non-State Actors, Domestic Structures and International Institutions, Cambridge 1995

Rödder, Andreas, 21.0 – eine kurze Geschichte der Gegenwart, München 2015

Sarrazin, Thilo, Der Euro - Chance oder Abenteuer?, Bonn 1998

Sarrazin, Thilo, Europa braucht den Euro nicht: Wie uns politisches Wunschdenken in die Krise geführt hat, München 2012

Saunier, Pierre-Yves, Transnational History, Basingstoke 2013

Saunier, Pierre-Yves, Learning by Doing: Notes about the Making of the Palgrave Dictionary of Transnational History, in: Journal of Modern European History, 6,2/2008, S. 159-179

Sautter, Hermann, Das Bretton-Woods-System, Bundeszentrale für politische Bildung, 12.1.2012; online abrufbar unter <http://www.bpb.de/politik/wirtschaft/finanzmaerkte/54851/bretton-woods-system?p=all>

Schirmann, Sylvain, Hg., L'Allemagne et l'Europe, Straßburg 2015

Schirmann, Sylvain, De la coopération à l'Union monétaire, in: Marie-Thérèse Bitsch, Cinquante ans de traité de Rome: 1957-2007; regards sur la construction européenne, Stuttgart 2009, S. 146-167

Schmale, Wolfgang, Kulturtransfer, in: Europäische Geschichte Online (EGO), hg. vom Leibniz-Institut für Europäische Geschichte (IEG) Mainz, online abrufbar unter <http://ieg-ego.eu/de/threads/theorien-und-methoden/kulturtransfer#citation>

Schmidt, Vivien A., Discourse and (Dis)Integration in Europe: The Cases of France, Germany, and Great Britain, in: Daedalus, Vol. 126, Nr. 3, A New Europe for the Old?, S. 167-197

Schmieding, Holger, Unser gutes Geld - Warum wir den Euro brauchen, Hamburg 2012

Schnells, Sinah, Deutschland und Frankreich im Krisenmanagement der Eurozone - Kompromisse trotz unterschiedlicher Präferenzen?, Dissertation 19.10.16, S. 53-63, online abrufbar unter: [http://www.diss.fu-berlin.de/diss/receive/FUDISS\\_thesis\\_000000103484](http://www.diss.fu-berlin.de/diss/receive/FUDISS_thesis_000000103484)

Schönfelder, Wilhelm / Thiel, Elke, Ein Markt - Eine Währung. Die Verhandlungen zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, 2. aktualisierte Auflage, Baden-Baden 1996

Schünemann, Wolf J., Subversive Souveräne, Vergleichende Diskursanalyse der gescheiterten Referenden im europäischen Verfassungsprozess, Wiesbaden 2014

Schwarzer, Daniela / Wolff, Guntram B., Neuer Anlauf für die Eurozone, SWP-Aktuell 55, September 2013

Schwarzer, Daniela, Der traditionelle Zankapfel: Deutschland und Frankreich streiten über Wirtschafts- und Haushaltspolitik, Bundeszentrale für politische Bildung, Januar 2013, online

verfügbar unter: <http://www.bpb.de/internationales/europa/frankreich/152434/wirtschafts-und-haushaltspolitik>

Schwarzer, Daniela, Deutschland und Frankreich und die Krise im Euro-Raum, in: APuZ 1/2013, S. 30-36

Schwarzer, Daniela, Die Europäische Währungsunion - Geschichte, Krise und Reform, Stuttgart 2015

Schwarzer, Daniela, Economic Governance in der Eurozone, APuZ 04/2012

Seidel, Katja, From Pioneer Work to Refinement: Publication Trends, in: Kaiser / Varsori, Hg., European Union History - Themes and Debates, Basingstoke 2010, S. 26-44

Seiter, Corina, Vergleich historischer Währungsunionen und Zentralbankensysteme als Lehrstück für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, Berlin 2002

Sinn, Hans-Werner, Der Euro: Von der Friedensidee zum Zankapfel, München 2015

Sinn, Hans-Werner, Die Target-Falle: Gefahren für unser Geld und unsere Kinder, München 2012

Solte-Gresser, Christiane / Lüsebrink, Hans-Jürgen / Schmeling, Manfred, Hg., Zwischen Transfer und Vergleich - Theorien und Methoden der Literatur- und Kulturbeziehungen aus deutsch-französischer Perspektive, VICE VERSA Deutsch-französische Kulturstudien Band 5, Stuttgart 2013

Solte-Gresser, Christiane, Potenziale und Grenzen des Vergleichs - Versuch einer literatur- und kulturwissenschaftlichen Systematik, in: Solte-Gresser / Lüsebrink / Schmeling, Hg., Zwischen Transfer und Vergleich - Theorien und Methoden der Literatur- und Kulturbeziehungen aus deutsch-französischer Perspektive, VICE VERSA Deutsch-französische Kulturstudien Band 5, Stuttgart 2013, S. 23-35

Starbatty, Joachim, Der Riss durch die Eurozone - Fakten zur Krise der Währungsunion und des Euro, in: Hankel et. al., Das Euro-Abenteuer geht zu Ende - Wie die Währungsunion unsere Lebensgrundlagen zerstört, Rottenburg 2011, S. 214-245

Starbatty, Joachim, Tatort Euro: Bürger, schützt das Recht, die Demokratie und euer Vermögen, Wien 2013

Stark, Hans, Hg., et. al., Les relations franco-allemandes dans une Europe unifiée - réalisations et défis, Bordeaux 2012



Steinhilber, Jochen, Liberaler Intergouvernementalismus, in: Hans-Jürgen Bieling / Marika Lerch, Hg., Theorien der europäischen Integration, 3. Auflage, Wiesbaden 2012, S. 141-163

Stiglitz, Joseph, The Euro - How a common currency threatens the future of Europe, New York 2016

Theurl, Theresia, Eine gemeinsame Währung für Europa. 12 Lehren aus der Geschichte, Innsbruck 1992, unveränderter Nachdruck 2011

Thiemeyer, Guido, „Maastricht“ in der öffentlichen Debatte - eine deutsche und eine französische oder eine deutsch-französische Diskussion?, in: Eck / Hüser, Medien – Debatten – Öffentlichkeiten in Deutschland und Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2011, S. 307-320

Thiemeyer, Guido, „Planification“ und „Colbertisme“ als Leitbilder französischer Europapolitik von 1950 bis heute, in: Elvert / Nielsen-Sikora, Hg., Leitbild Europa? Europabilder und ihre Wirkungen in der Neuzeit, Stuttgart 2009, S. 232-243

Thiemeyer, Guido, Die Bedeutung der Gemeinsamen Agrarpolitik für die Europapolitik Willy Brandts 1967-1969, in: Andreas Wilkens, Hg., Wir sind auf dem richtigen Weg: Willy Brandt und die europäische Einigung, Bonn 2010, S. 226-241

Thiemeyer, Guido, Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Westbindung und europäischer Hegemonie, Stuttgart 2016

Thiemeyer, Guido, Europeanization in the Monetary Sector, 1968–92, in: Martin Conway, Klaus Kiran Patel, Hg., Europeanization in the Twentieth Century - Historical Approaches, Basingstoke 2010, S. 172-186

Thiemeyer, Guido, From convertibility to the Werner-Plan. Changing world economic structure as incentives for European monetary integration 1958-1969, in: Régine Perron, Hg., The Stability of Europe - The Common Market : Towards European Integration of Industrial and Financial Markets? (1958-1969), Paris 2004, S. 161-178

Thiemeyer, Guido, Helmut Schmidt und die Gründung des Europäischen Währungssystems 1973-1979, in: Franz Knipping, Hg., Aufbruch zum Europa der zweiten Generation - Die europäische Einigung 1969-1984, Trier 2004, S. 245-268

Thiemeyer, Guido, Internationalismus und Diplomatie, München 2009

Thiemeyer, Guido, The Failure of the Green Pool and the success of the CAP: long term structures in European agricultural integration, in: Kiran Klaus Patel, Hg., Fertile Ground for Europe? The History of European Integration and the Common Agricultural Policy since 1945, Baden-Baden 2009, S. 47-60

Thomasberger, Claus, Europäische Währungsintegration und globale Währungskonferenz, Tübingen 1993

Tichy, Gunther, Banken- und Staatsschuldenkrise: Ursachen, Folgen, Lösungsansätze, in: Peter Hilpold, Walter Steinmair, Hg., Neue europäische Finanzarchitektur, Berlin 2014, S. 223-249

Tietmeyer, Hans, Herausforderung Euro - Wie es zum Euro kam und was er für Deutschlands Zukunft bedeutet, München 2005

Tietmeyer, Hans, Währungsstabilität für Europa - Beiträge, Reden und Dokumente zur europäischen Währungsintegration aus vier Jahrzehnten, Baden-Baden 1996

Tolksdorf, Michael, Ein Geld für Europa? Entwicklung und Funktionsweise der Europäischen Währungsunion, Opladen 1995

Trenz, Hans-Jörg, Europäische Öffentlichkeit und die verspätete Politisierung der EU, in: Internationale Politik und Gesellschaft 1/2006, S 117–133

Uterwedde, Henrik, Kapitalismus à la française: Die mühsame Erneuerung eines Modells, in: Kimmel/ Uterwedde, Hg., Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Bonn 2005, S. 173-189

Uterwedde, Henrik, L'ordolibéralisme, un compromis allemand, in: Alternatives internationales Nr. 54, März 2012, online verfügbar unter: <https://www.alternatives-economiques.fr/ordoliberalisme-un-compromis-allemand/00071861>

Vissol, Thierry, The Euro: Outcome and Element of the European Identity, MacMillan Center for International and Area Studies, verfügbar unter: <http://www.isn.ethz.ch/Digital-Library/Publications/Detail/?lang=en&id=46700> (30.01.16)

Volkery, Carsten, Spiegel Online, EU-Wachstumsrhetorik: Der Mogelpakt, 27.06.2012, online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/eu-wachstumspakt-von-merkel-und-hollande-ist-eine-mogelpackung-a-841040.html>

von Braun, Dominik, Die monetäre Integration in Europa in ihren Auswirkungen auf Deutschland und Frankreich, Europäische Hochschulschriften, Reihe V: Volks- und Betriebswirtschaft, Bd. 1867, Frankfurt a. M. 1996

von Hirschhausen, Ulrike / Patel, Kiran Klaus, Europäisierung, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, online abrufbar unter: [http://docupedia.de/zg/hirschhausen\\_patel\\_europaeisierung\\_v1\\_de\\_2010](http://docupedia.de/zg/hirschhausen_patel_europaeisierung_v1_de_2010)

von Weizsäcker, Jakob et. al., Mobil, gerecht, einig, in: Die ZEIT, 17.10.2013, S. 30 f.

Waechter, Matthias, Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing - Auf der Suche nach Stabilität in der Krise der 70er Jahre, Bremen 2011

Walby, Sylvia, Crisis, Cambridge 2015

Webber, Douglas, The Franco-German Relationship in the European Union, London 1999

Wehler, Hans-Ulrich, Transnationale Geschichte, in: Budde, Transnationale Geschichte, Göttingen 2010, S. 161-174

Werner, Michael / Zimmermann, Bénédicte, Beyond Comparison: Histoire Croisée and the challenge of reflexivity, in: History and Theory 45, Februar 2006, S. 30-50.

Werner, Michael / Zimmermann, Bénédicte, Penser l'Histoire Croisée: Entre empirie et réflexivité, in: Annales. Histoire, Sciences Sociales 2003/1, S. 7-36;

Weske, Simone, Europapolitik im Widerspruch: Die Kluft zwischen Regierenden und Regierten, Wiesbaden 2011

Wilkens, Andreas, Der Werner-Plan. Währung, Politik und Europa 1968-1971, in: Franz Knipping / Matthias Schönwald, Hg., Aufbruch zum Europa der zweiten Generation - Die europäische Einigung 1969-1984, Trier 2004,

Winkler, Heinrich August, Zerbricht der Westen? Über die gegenwärtige Krise in Europa und Amerika, München 2017

Wirsching, Andreas, Der Preis der Freiheit - Geschichte Europas in unserer Zeit, München 2012

Wirth, Michael, Die Deutsch-Französischen Beziehungen während der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt (1974-1982). „Bonne Entente“ oder öffentlichkeitswirksame Zweckbeziehung?, Berlin 2007

Woimant, Michel, Hg., et. al., Georges Pompidou et l'Europe, Brüssel 1995

Woyke, Wichard, Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung - Das Tandem fasst wieder Tritt, Wiesbaden 2004

Wyplosz, Charles, Eurozone Crisis: It's About Demand, not Competitiveness, 2013, online verfügbar unter [https://www.tcd.ie/Economics/assets/pdf/Not\\_competitiveness.pdf](https://www.tcd.ie/Economics/assets/pdf/Not_competitiveness.pdf)

Zimmermann, Hubert, Der ungeschlüssige Hegemon: Deutschland und die Anfänge der europäischen Währungsintegration, in: Franz Knipping, Hg., Aufbruch zum Europa der zweiten Generation - Die europäische Einigung 1969-1984, Trier 2004, S. 203-216

## Abkürzungsverzeichnis

AfD	Alternative für Deutschland
BDI	Bundesverband der deutschen Industrie
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
ECU	European Currency Unit
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EELV	Europe Écologie-Les Verts
EFSF	Europäische Finanzstabilisierungsfazilität
EFSM	Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus
EFWZ	Europäischer Fonds für Währungspolitische Zusammenarbeit
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EIB	Europäische Investitionsbank
ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWI	Europäisches Währungsinstitut
EZB	Europäische Zentralbank
FdG	Front de Gauche
FDP	Freie Demokratische Partei
FN	Front national
IWF	Internationaler Währungsfonds
LTRO	Longer-term refinancing operation
MEDEF	Mouvement des Entreprises de France
MoDem	Mouvement démocrate
OMT	Outright Monetary Transactions
PS	Parti socialiste
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SMP	Securities Markets Programme
SWP	Stabilitäts- und Wachstumspakt
UMP	Union pour un Mouvement Populaire

**Résumé: Le débat politique autour de la crise de l'euro en France et en Allemagne - stratégies de sortie de crise nationales et dynamiques d'europanisation**

**Die politische Auseinandersetzung mit der Euro-Krise in Deutschland und Frankreich - Nationale Lösungsstrategien und Europäisierungstendenzen - Jost RICHTER**

Le 9 mai 2002, pour la première fois depuis sa création, le prix international Charlemagne d'Aix-la-Chapelle n'a pas été attribué à une personne. En effet, ce prix décerné pour contributions exceptionnelles à l'unification européenne a été remis à ... l'euro. Le jury qui a décerné le Prix a mis en exergue les grands espoirs politiques et culturels liés à la mise en circulation de la monnaie commune sous sa forme fiduciaire quatre mois auparavant. Symbole quotidien de la communauté européenne en expansion, l'euro est un vecteur majeur de l'identité européenne et apporte « une contribution décisive au rapprochement de la famille des nations européennes ». Au-delà des aspects purement techniques des opérations de paiement, la monnaie commune crée un nouvel espace de pratiques culturelles et de cadres de référence communs. En même temps, l'euro est un instrument adéquat de la « stabilité politique, économique et sociale » en raison de ses effets unificateurs. Le jury du Prix Charlemagne a associé l'euro notamment à l'espoir de pouvoir faire progresser de manière décisive la réalisation de l'union politique.<sup>1</sup> Willem Duisenberg, à qui le prix a été remis en tant que président de la BCE, a évoqué dans son discours de remerciement la dimension à la fois politique et culturelle de la monnaie, qui exige un degré de confiance particulier de la part de la population, confiance largement indépendante des États-nations. Se référant à Robert Schuman, le représentant de la Banque centrale a attribué à l'euro le mérite de créer une « solidarité de fait » et de promouvoir l'unification des peuples d'Europe.<sup>2</sup> Bernhard Löffler a interprété la cérémonie comme la conclusion provisoire d'une campagne de promotion soutenue par les forces pro-européennes en vue de la nouvelle monnaie unique et de l'harmonisation nécessaire des différentes cultures monétaires nationales.<sup>3</sup> Il a présenté la cérémonie de remise du prix comme une illustration de l'importance des facteurs culturels et des pratiques discursives dans le domaine de la politique monétaire, apparemment dominé par l'économie. Löffler a plaidé pour que l'étude

---

1 Justification du Conseil exécutif de la Société pour l'attribution du Prix international Charlemagne d'Aix-la-Chapelle à l'EURO - supporté par la Banque centrale européenne, disponible en ligne à l'adresse suivante : <http://www.karlspreis.de/de/preistraeger/der-euro-2002/begrueundung-des-direktoriums>

2 Cf. le discours d'acceptation du Dr Willem F. Duisenberg, Aix-la-Chapelle, 9 mai 2002, disponible en ligne à l'adresse : <https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2002/html/sp020509.de.html> (01.03.17).

3 Cf. Bernhard Löffler, „Eine Art Religionskrieg“. Argumentationsmuster, Diskursstrategien und politische Symbolik in den deutsch-französischen Debatten um die Einführung des Euro, in : Löffler, ed., Die kulturelle Seite der Währung, Historische Zeitschrift, vol. 50, Munich 2010, pp. 123-168, ici : p. 168.

des monnaies ne tiennent pas seulement compte de leur substrat juridique et de leurs caractéristiques économiques, mais qu'elle intègre des niveaux sociologiques supplémentaires dans l'analyse :

« La compréhension et le traitement de la monnaie s'inscrivent toujours dans le cadre des conditions d'action (changeantes) et des facteurs déterminants des « cultures monétaires » traditionnelles tout comme, à l'arrière-plan et de manière encore plus globale, de la « culture politique » d'un pays. Or dans ce cadre, la perception publique et la souveraineté du discours communicatif constituent un facteur dynamique à part entière. »<sup>4</sup>

Treize ans après la remise solennelle du prix Charlemagne à l'euro, de violentes manifestations provoquant des dommages se chiffrant en millions d'euros ont eu lieu lors de l'inauguration du nouveau bâtiment de la BCE à Francfort. Le mouvement Blockupy avait appelé à des manifestations contre la gestion de la crise dans la zone euro et attaqué la BCE comme symbole d'une politique d'austérité perçue comme inhumaine et anti-démocratique. Une partie du mouvement n'a pas pris ses distances vis-à-vis des actes de violence et a considéré la BCE comme le véritable agresseur, infligeant par ses mesures des souffrances inutiles aux citoyens des États en crise.<sup>5</sup>

Il est certainement peu judicieux de juxtaposer les discours tenus lors d'événements festifs par de hauts représentants des institutions européennes aux formes de protestation d'un mouvement hétérogène dénonçant la mondialisation et le capitalisme. Néanmoins, on peut y voir une illustration des tensions qui existent entre l'importance de l'euro pour la construction européenne et les conflits économiques, politiques et sociaux qu'elle suscite ainsi que les processus d'ajustement soudainement mis en évidence dans un contexte d'instabilité des marchés financiers.

L'objectif de cette étude est de comparer le débat politique suscité par la crise de l'euro en Allemagne et en France. Compte tenu des caractéristiques nationales des débats dans les deux pays, la question de la convergence, voire de la compatibilité des choix respectifs se pose. En outre, la question d'une approche européenne dans la formulation des intérêts de chaque pays est soulevée. Dans quelle mesure des transferts ont-ils lieu entre les groupes sociaux dans les deux pays ? Dans quelle mesure les acteurs sociaux suivent-ils un fil conducteur central et partagé ?

Les acteurs à étudier sont les partis politiques les plus importants en Allemagne (CDU-CSU / SPD / FDP / Die Linke / AfD / Die Grünen) et en France (PS / UMP / FN / MoDem / Front de gauche / EELV). Les organisations patronales (BDI - Medef), les syndicats (DGB - CFDT), les banques centrales (Deutsche Bundesbank - Banque de France) et les quotidiens

---

4 Cf. Ibid. P. 167 suivant.

5 Cf. Stuttgarter Zeitung, 20.03.15, Blockupy will Gewalt nicht verurteilen.

nationaux (SZ / FAZ - Le Monde / Le Figaro) des deux pays seront également analysés. Ensuite, les points de vue sur les plus importantes réformes déjà mises en œuvre et les controverses sur l'orientation future de l'Union économique et monétaire seront examinées. La période étudiée couvre les années 2010 à 2014.

## État de la recherche

L'unification européenne est un sujet important de l'histoire contemporaine. Marie-Thérèse Bitsch se concentre sur l'émergence des institutions européennes et retrace l'histoire de l'intégration en tant que processus de négociation entre les gouvernements nationaux et les organismes supranationaux.<sup>6</sup> Tony Judt, quant à lui, intègre l'histoire de l'unification européenne dans une histoire sociale et intellectuelle complète de la période d'après-guerre.<sup>7</sup> Dans des analyses plus récentes, la crise de l'euro a été considérée comme un défi pour la politique d'intégration. Andreas Wirsching affirme que le rapprochement politique, économique et culturel entre les pays européens génère inévitablement des crises.<sup>8</sup> Dans son « histoire inachevée » de l'unification européenne, Wilfried Loth se penche également sur les effets causés par la crise de la dette souveraine et arrive à la conclusion que l'Union monétaire a été dotée d'instruments de base pour la gestion des crises à la fin de 2012. Il souligne l'importance des acteurs étatiques et caractérise la politique européenne comme un conflit entre différentes conceptions nationales.<sup>9</sup> En outre, de nombreux auteurs analysent l'importance des relations franco-allemandes pour l'unification européenne et examinent dans quelle mesure les pays partenaires ont pu donner des impulsions communes à la politique européenne.<sup>10</sup>

Le domaine plus spécifique de l'intégration économique et monétaire est couvert par un grand nombre d'ouvrages économiques<sup>11</sup>, de sciences politiques<sup>12</sup> et historiques<sup>13</sup>. Dans

---

6 Cf. Marie-Thérèse Bitsch, *Histoire de la construction européenne de 1945 à nos jours*, Paris 2008.

7 Cf. Tony Judt, *The History of Europe since the Second World War*, Munich/Vienne 2006.

8 Cf. Andreas Wirsching, *Der Preis der Freiheit - Geschichte Europas in unserer Zeit*, Munich 2012.

9 Cf. Wilfried Loth, *Europas Einigung : Eine unvollendete Geschichte*, Frankfurt a. M. 2014.

10 Cf. Gisela Hendriks/Annette Morgan, *The Franco-German axis in European integration*, Cheltenham 2001 ; Wichard Woyke, *Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung - Das Tandem fasst wieder Tritt*, Wiesbaden 2004 ; Claire Demesmay/Andreas Marchetti, eds, *La France et l'Allemagne face aux crises européennes*, Bordeaux 2010 ; Ulrich Krotz/Joachim Schild, *Shaping Europe. France, Allemagne, and Embedded Bilateralism from the Elysee Treaty to Twenty-First Century Politics*, Oxford 2013.

11 Cf. Henry Krägenau/Wolfgang Wetter, *European Economic and Monetary Union : From the Werner Plan to the Maastricht Treaty ; Analyses and Documentation*, Baden-Baden 1993 ; Rolf J. Daxhammer, et. al, *The European Integration Process : Economic, Political and Institutional Unification of Europe*, ESB Research Institute Series, Stuttgart 2006 ; Emanuel Apel, *European Monetary Integration : 1958 - 2002*, Londres 1998.

12 Cf. Kenneth Dyson, *Les États européens et l'euro. Europeanization, Variation, and Convergence*, Oxford 2002 ; Kenneth Dyson/Kevin Featherstone, *The Road to Maastricht : Negotiating Economic and Monetary Union*, Oxford, 2003 ; Wilhelm Schönfelder/Elke Thiel, *Ein Markt - Eine Währung. Die*



une perspective franco-allemande, le politologue Alistair Cole montre que la politique économique et monétaire est un domaine dans lequel le « couple franco-allemand » peut prétendre à un rôle de premier plan au sein de l'UE.<sup>14</sup>

Kenneth Dyson examine les adaptations des modèles économiques nationaux aux défis de l'UEM. Il considère l'Union monétaire comme un phénomène macro-culturel, dans le sens où l'objectif primordial d'une monnaie commune stable fournit aux hommes politiques nationaux des orientations stratégiques et des cadres discursifs pour façonner et légitimer leurs décisions. Outre l'eupéanisation « par le haut », entre autres par le biais de directives supranationales en matière de politique monétaire et de politique budgétaire sous la forme du Pacte de stabilité, il existe une eupéanisation « par le bas », non moins importante, par le biais de réformes structurelles nationales visant la stabilité de la politique économique. Le discours de politique économique respectif, façonné par les systèmes réglementaires nationaux et les acteurs importants au niveau national, est un facteur d'influence qui ne doit pas être sous-estimé.<sup>15</sup> Dans ce contexte, il semble utile de s'interroger sur la portée et le pouvoir formateur de toute tendance à l'eupéanisation face à la crise de l'euro.

Depuis le déclenchement de la crise financière en 2007 et l'intensification ultérieure de la crise de la dette souveraine dans la zone euro, les questions relatives aux faiblesses structurelles de l'UEM, aux réformes nécessaires et aux effets sur le processus d'intégration dans son ensemble ont fait l'objet d'une attention considérable dans les travaux d'économie<sup>16</sup> et de science politique.<sup>17</sup> Daniela Kietz a examiné le débat politique qui s'est déroulé au Bundestag et au Bundesrat sur les prêts et les autres instruments de soutien attribués à la Grèce. Elle arrive à la conclusion qu'il y a eu une forte politisation au cours de la crise de l'euro, malgré un large consensus parlementaire en faveur de la mise en place de

---

Verhandlungen zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, 2e édition mise à jour, Baden-Baden 1996 ; Hans Tietmeyer, Währungsstabilität für Europa - Beiträge, Reden und Dokumente zur europäischen Währungsintegration aus vier Jahrzehnten, Baden-Baden 1996.

13 Cf. Druol, A Europe Made of Money - The Emergence of the European Monetary System, Ithaca 2012;

14 Cf. Alistair Cole, Les relations franco-allemandes, Harlow 2001.

15 Cf. Kenneth Dyson, Economic and Monetary Union as a Process of Europeanisation : Convergence, Differences and Unpredictability, in : Markus Jachtenfuchs / Beate Kohler-Koch, eds, European Integration, 2nd edition, Opladen 2003, pp. 449-478.

16 Cf. Berthold Busch et. al, Déséquilibres dans la zone euro - Analyse des causes et recommandations de politique économique, Analysen, n° 74, Institut der deutschen Wirtschaft, Cologne 2011 ; Falk Illing, La crise de l'euro : analyse de la crise structurelle européenne, Wiesbaden 2013 ; Christian Dreger, et. al, La crise de la dette dans la zone euro - Origines, développement et options de politique économique pour l'action, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, N.2, Berlin 2013.

17 Cf. Christian Deubner, Der deutsche und der französische Weg aus der Finanzkrise, DGAPanalyse, N. 2, avril 2011 ; Alain Fabre, Le modèle économique allemand, une stratégie pour l'Europe ?, Questions d'Europe n° 237, 23.04.2012, Fondation Robert Schuman Policy Paper ; Jean-François Jamet et. al, Gouvernance économique de l'UE : les points de vue français et allemand, Centre d'études européennes, Bruxelles 2011 ; Jérôme Cahuzac et.al., Crise de l'euro, crise de l'Europe ? regards franco-allemands, Fondation Jean Jaurès, 2011 ; Daniela Schwarzer / Guntram B. Wolff, Neuer Anlauf für die Eurozone, SWP-Aktuell 55, septembre 2013.

mécanismes de stabilisation. D'après elle, la politique européenne prend une place de plus en plus importante dans les débats nationaux.<sup>18</sup> Cela se reflète notamment dans les nombreuses contributions au débat émanant du monde universitaire, des entreprises et de la société civile.<sup>19</sup>

Indépendamment de la question de la crise, il existe diverses études sur l'image et les perceptions de l'Europe parmi les élites politiques et les couches plus larges de la population.<sup>20</sup> À partir d'études de cas sur la mise en place de l'Union économique et monétaire au début des années 1990, par exemple, Simone Weske conclut qu'en Allemagne, les acteurs gouvernementaux sont enclins à influencer l'opinion de la partie de la population qui s'écarte du consensus des élites politiques par un « leadership efficace », tandis que le système politique français tend à favoriser une plus forte adaptation de l'action gouvernementale aux opinions publiques.<sup>21</sup> Dans ce contexte, Guido Thiemeyer qualifie le débat allemand sur Maastricht de phénomène essentiellement élitiste, alors que la discussion en France, notamment en raison du référendum, a été plus précoce et plus politisée. La formation d'un espace discursif transnational ne serait qu'un phénomène marginal.<sup>22</sup> Dans son analyse du discours des référendums constitutionnels ratés en France, en Irlande et aux Pays-Bas, Wolf Schünemann critique l'accent excessif mis sur les élites politiques dans les principales théories de l'intégration.<sup>23</sup>

---

18 Cf. Daniela Kietz, Politisierung trotz Parteienkonsens : Bundestag, Bundesrat und die Euro-Krise, Fondation Bertelsmann 2013, disponible en ligne sur [http://www.fundacionbertelsmann.org/cps/rde/xbcr/SID-A961DDBC-102AA31A/bst/xcms\\_bst\\_dms\\_37545\\_2.PDF](http://www.fundacionbertelsmann.org/cps/rde/xbcr/SID-A961DDBC-102AA31A/bst/xcms_bst_dms_37545_2.PDF) (13.05.15).

19 Par exemple, Hans-Olaf Henkel, Rettet unser Geld ! Wie der Euro-Betrug unser Wohlstand gefährdet, Munich 2010 ; Hans-Werner Sinn, Die Target-Falle : Gefahren für unser Geld und unsere Kinder, Munich 2012 ; Thilo Sarrazin, Europa braucht den Euro nicht : Wie uns politisches Wunschdenken in die Krise geführt hat, Munich 2012 ; Joachim Starbatty, Tatort Euro : Citoyens, protégez la loi, la démocratie et vos biens, Vienne 2013 ; Peter Bofinger, Back to the D-Mark ? Deutschland braucht den Euro, Munich 2012 ; Holger Schmieding, Unser gutes Geld - Warum wir den Euro brauchen, Hambourg 2012.

20 Par exemple, Daniel Gaxie et. al, Das Europa der Europäer - Über die Wahrnehmung eines politischen Raums, Bielefeld 2011.

21 Cf. Simone Weske, Europapolitik im Widerspruch : Die Kluft zwischen Regierenden und Regierten, Wiesbaden 2011.

22 Cf. Guido Thiemeyer, « Maastricht » dans le débat public - une discussion allemande et française ou franco-allemande ?, in : Jean-Francois Eck / Dietmar Hüser, Medien - Debatten - Öffentlichkeiten in Deutschland und Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2011, pp. 307-320.

23 Cf. Wolf J. Schünemann, Subversive Sovereigns, Comparative Discourse Analysis of the Failed Referenda in the European Constitutional Process, Wiesbaden 2014.

## Méthodes et sources

Tout d'abord, il convient de noter que le choix de la période d'investigation limitée aux années de crise 2010 à 2014 implique une relative rareté des sources disponibles. Le droit d'accès aux documents de travail des ministères, par exemple, est encore trop lointain. On ne peut pas attendre aussi longtemps. Pour les acteurs politiques et économiques, la gestion de la crise de l'euro est une tâche permanente, de sorte qu'aucun traitement et archivage systématique des documents n'a encore eu lieu. Pour mettre en évidence les orientations stratégiques et les processus décisionnels internes des partis politiques ou des groupes de pression, il serait envisageable de mener des entretiens avec des experts. Cependant, étant donné que l'intérêt de cette étude réside dans le positionnement des acteurs respectifs dans la sphère publique et les possibles interactions franco-allemandes, les entretiens d'experts ne seront pas utilisés. Au lieu de cela, une compilation complète de contributions au débat, accessibles et perceptibles par le public, sera réalisée pour chaque groupe. En évaluant les discours parlementaires, les prises de position, les communiqués de presse et les interviews dans les journaux, les modèles argumentaires dominants pour chaque acteur ainsi que les courants dissidents perçus comme représentatifs seront identifiés et discutés.

Les acteurs des deux pays ont été sélectionnés de manière à être représentatifs des principaux courants politiques. En ce qui concerne les journaux nationaux, il faut souligner que le Bild-Zeitung, influent en Allemagne, n'a pas été retenu en raison de l'absence d'un équivalent comparable dans le paysage médiatique français. De même, pour des raisons d'économie de la recherche, l'analyse des positions syndicales en France a été limitée à la CFDT, sachant qu'elle représente un courant beaucoup plus petit et plus modéré que le DGB allemand. Compte tenu du grand nombre d'acteurs étudiés, aucune analyse supplémentaire de la CGT n'a été effectuée.

Il faut signaler que le matériel des partis allemands ayant tendance à être disponible est plus abondant, et est accessible dans une large mesure auprès des fondations politiques respectives de ces partis. Pour les petits partis en France tels que l'EELV, le MoDem et le FdG, la documentation repose sur une sélection de communiqués de presse. Dans certains cas, la couverture de presse a été utilisée comme support.

Compte tenu de la perspective explicitement franco-allemande de l'étude, la question s'est posée du choix d'une méthode historiographique appropriée qui s'articule sur les mots-clés suivants : « comparaison », « transfert » et « histoire croisée ».

## Approche choisie & plan du travail

La discussion des comparaisons historiques, des transferts, de l'*histoire croisée*, des perspectives transnationales, des développements historiographiques dans le domaine de l'intégration européenne et du concept d'eupéanisation a révélé de nombreuses possibilités, mais aussi des écueils méthodologiques.<sup>24</sup> Dans ce contexte, quelles approches peuvent être choisies pour l'étude du débat politique sur la crise de l'euro en Allemagne et en France ? Le sujet se situe entre les dimensions nationales et transnationales telles que décrites ci-dessus.<sup>25</sup> Sur la base d'une comparaison entre les pays, les spécificités sociales des questions de politique économique et européenne doivent être élaborées. En même temps, le niveau de comparaison doit être élargi à la recherche d'interactions, de références mutuelles et de transferts afin de ne pas perpétuer des présupposés sur des unités supposées fermées. La tentative d'écrire une histoire explicitement transnationale de l'intégration monétaire européenne serait elle-même artificielle, car elle accorderait systématiquement trop d'importance aux réseaux transfrontaliers au détriment des acteurs des États-nations.<sup>26</sup> Le concept d'une histoire des transferts<sup>27</sup> pourrait également être trop étroit pour la dimension franco-allemande des débats sur la réforme de la zone euro, étant donné que les processus de circulation et d'appropriation des idées et des concepts peuvent difficilement être tracés, surtout dans une période d'étude très limitée. Des expressions telles que « comparaison », « transfert », « médiation », « réception » ou « hybridation » pourraient être rassemblées sous le terme générique plus neutre d'« histoire des relations ».<sup>28</sup> Cependant, d'une part, cela serait trop peu spécifique, d'autre part<sup>29</sup>, cela suggérerait une constance et une exclusivité qui ne rendraient pas justice à la complexité des interactions. Une approche historique comparative, sensible aux perceptions mutuelles et aux processus d'échange ainsi qu'aux processus d'eupéanisation semble être plus judicieuse.

Les défis d'une histoire européenne étendue dans le temps et dans l'espace ainsi que la définition au sens large des processus d'eupéanisation au-delà de l'intégration européenne ne se posent pas dans le cadre clairement défini de l'Union économique et

---

24 Cf. version allemande, p. 12-41.

25 Voir également Laurence Badel, *The French Historiography of International Relations : Transnational or Realist ?* dans : Haider-Wilson, *International History in Theory and Practice*, pp. 349-369, en particulier pp. 359 et suivantes.

26 Cf. MacDonald, *Transnational history*, p. 7 : « [...] une analyse transnationale qui ignorerait les différences entre comparanda reproduirait à l'envers les défauts de l'histoire comparée que les interventions transnationales ont d'abord cherché à corriger. »

27 Cf. pour une discussion des termes alternatifs possibles, Kaelble, *Die Debatte über Vergleich und Transfer*, p. 7 et suivantes.

28 Cf. Manfred Schmeling, *Komparatistik als Beziehungswissenschaft*, in : Solte-Gresser et al, *Zwischen Transfer und Vergleich*, pp. 51-61, ici : P. 52 f.

29 Cf. Jürgen Osterhammel, *Transferanalyse und Vergleich im Fernverhältnis*, in : Kaelble / Schriewer, *Vergleich und Transfer*, pp. 439-468, ici : 442 et suivants.

monétaire au sein de l'UE. La vision choisie ici du positionnement des élites politiques dans les débats sur les politiques européennes est, selon Patel, « un cas particulièrement évident d'eupéanisation ». Une attention particulière est accordée aux modèles d'argumentation, aux stratégies discursives et à l'image de l'Europe que renvoient les partis politiques, les groupes d'intérêt et les journaux nationaux. Cette approche repose sur l'hypothèse<sup>30</sup> selon laquelle les préférences politiques, en particulier en ce qui concerne les questions monétaires, sont diffusées et renforcées de manière discursive par des acteurs sociaux concurrents.<sup>31</sup>

La persistance d'une perspective d'État-nation légèrement étendue au-delà du niveau gouvernemental se justifie par l'importance continue des processus de coordination intergouvernementaux et des espaces politiques et de communication organisés par l'État-nation. La gestion de la crise de la dette souveraine dans la zone euro a notamment mis en évidence l'influence des intérêts financiers nationaux et des intérêts politiques européens, de sorte que pour l'unification européenne, on peut affirmer la persistance d'un dualisme entre le droit supranational et la politique intergouvernementale. La nation et l'État restent des points de référence pertinents dans le processus d'intégration européenne.<sup>32</sup> L'histoire européenne, en particulier l'histoire de l'intégration, peut difficilement être séparée des développements de l'histoire nationale. Les États membres restent des acteurs importants de l'UE et connaissent une « révolution longue et silencieuse » des identités, des cultures, des mentalités et des structures dans une interaction entre les poussées d'intégration et les dynamiques de renationalisation. Un retour à une perspective d'État-nation fermé serait anachronique au vu des formes de coopération européennes et mondiales.<sup>33</sup>

---

30 Von Hirschhausen / Patel, *Europeanisation*, p. 9.

31 Cf. plus en détail Löffler, *Währungsgeschichte als Kulturgeschichte ?*, p. 24 : « Mais tout cela signifie aussi que la crédibilité, la conscience de la stabilité ou une « culture monétaire » sensible à l'inflation ne sont pas simplement existantes ou déterminées institutionnellement. Au contraire, les contextes de signification doivent être amenés de manière active et énergique dans la conscience publique ; ils sont d'abord façonnés dans le discours, émergent dans le processus de communication. Ou pour le dire autrement : La confiance dans une institution ou la crédibilité d'un argument, les symboles ou les images qui lui sont associés ne sont pas seulement quelque chose de historiquement donné ou de quasi-automatiquement cultivé, mais toujours aussi quelque chose d'activement fait, consciemment produit, délibérément transporté. »

32 Cf. Gehler, *Was heißt « Europäistik » ?*, p. 161 s. ainsi que Ders, *Internationale Geschichte*, pp. 188-197 ainsi que Dyson, *Die Wirtschafts- und Währungsunion als Prozess der Europäisierung*, p. 469. Hans-Ulrich Wehler a mis en garde, dans un contexte plus large et plus général, contre la sous-estimation du pouvoir formateur des sociétés nationales dans le cadre de la recherche sur le transnationalisme, cf. Wehler, *Transnationale Geschichte*, p. 173 s. Cf. également Johannes Becker / Clemens Fuest, *Der Odysseus-Komplex - ein pragmatischer Vorschlag zur Lösung der Eurokrise*, Bonn 2017, ici notamment pp. 113-116 ainsi que p. 145.

33 Cf. Gehler, *Internationale Geschichte*, p. 175 ; sur le choix du niveau d'observation, cf. également Loth, *Internationale Geschichte als pluralistisches Forschungsprogramm*, p. 263 s. : « Quiconque écrit l'histoire internationale essaiera de découvrir ces modèles. Il percevra les interdépendances de l'histoire nationale et de l'histoire internationale et devra alors décider à laquelle des deux matières il veut se consacrer en priorité, sans perdre l'autre de vue. Il peut aussi opter courageusement pour une approche historique universelle ou globale ; dans ce cas, il doit toutefois être conscient que le risque

Après des considérations méthodologiques préliminaires, la première partie de la thèse présentera les fondements des cadres économiques et politiques nécessaires à l'intégration monétaire. Dans une deuxième section, les différentes étapes de l'intégration économique et monétaire européenne seront retracées dans une perspective franco-allemande. Un troisième chapitre mettra en évidence les faiblesses structurelles de l'Union économique et monétaire, qui ont favorisé le développement d'une crise de la dette souveraine dans la zone euro et ont ensuite fait l'objet de débats sur la réforme du fonctionnement de la monnaie commune. Dans un quatrième chapitre central, les modèles argumentaires dominants seront ensuite élaborés. Il sera question de rechercher les motifs des perceptions et interactions transfrontalières. En particulier, sera posée la question de savoir dans quelle mesure les interprétations et les solutions à la crise de la zone euro débattues dans les deux pays présentaient des convergences et dans quelle mesure des processus d'échange transnationaux ont eu lieu.

## **I - Comment fonctionnent les unions monétaires ?**

Pour mieux comprendre les différentes dimensions de la crise de l'euro, il est d'abord nécessaire d'examiner les conditions présidant à la formation des unions monétaires. L'objectif de ce chapitre introductif n'est explicitement pas de retracer et d'évaluer les débats sur la théorie économique. Il vise plutôt à mettre en évidence les caractéristiques idéales-typiques des unions monétaires et les conséquences politiques qui en découlent.

En ce qui concerne la question des conditions favorables à la fusion de différents États dans une union monétaire, on peut<sup>34</sup> s'appuyer sur la théorie des zones monétaires optimales développée depuis les années 60. Cette théorie a été présentée par Robert Mundell en 1961<sup>35</sup> et a été développée de diverses manières au cours des années suivantes. La question<sup>36</sup> centrale est de savoir comment une zone monétaire doit être conçue pour éviter les « chocs asymétriques »<sup>37</sup> ou du moins pour mieux y faire face. Un État doté de la souveraineté monétaire ajusterait le taux d'intérêt nominal ou le taux de

---

de perception erronée due à l'inévitable limitation géographique est particulièrement élevé ici et que le dialogue avec des observateurs d'une provenance totalement différente est par conséquent particulièrement urgent. »

34 Également : *théorie de la zone monétaire optimale (ZMO)*.

35 Robert Mundell, A theory of optimum currency areas, in : American Economic Review, No. 51/4, pp. 657-665.

36 Par exemple, par Ronald McKinnon, Optimum currency areas, in : American Economic Review, n° 53/4, pp. 717-725 ou Peter B. Kenen, The Theory of optimum currency areas, in : Robert Mundell / Alexander Swoboda, eds, Monetary Problems of the International Economy, Chicago 1969.

37 Des changements inattendus du côté de l'offre ou de la demande qui affectent différemment les différentes parties d'une zone économique.

change en cas de choc de demande inattendu, c'est-à-dire qu'il dévaluerait sa propre monnaie en cas de récession économique, par exemple, et soutiendrait ainsi ses exportations. Dans une union monétaire, les gouvernements nationaux n'ont pas accès aux instruments de politique monétaire habituellement utilisés en cas de turbulences économiques. La politique monétaire de la banque centrale est axée sur une valeur moyenne pour la zone monétaire, ce qui signifie qu'elle ne peut pas rendre justice aux États qui s'écartent cycliquement d'une moyenne théorique. En l'absence d'un mécanisme d'ajustement de la politique monétaire applicable individuellement, une zone monétaire doit donc présenter des caractéristiques particulières pour être en mesure de compenser les chocs survenant unilatéralement.<sup>38</sup> Les critères de Mundell pour une zone monétaire optimale comprennent, en plus de la mobilité des facteurs de production, le plus haut degré possible d'ouverture économique et un haut degré de diversification des structures de production des pays participants. En outre, la mise en œuvre, si nécessaire, de transferts fiscaux automatisés, par exemple sous la forme d'une assurance chômage fédérale, pourrait permettre de mieux faire face aux chocs asymétriques. Les avantages d'une union monétaire, tels que l'élimination des coûts de transaction ou du risque de change, sont contrebalancés par la perte fondamentale de souveraineté monétaire.

L'étude des unions monétaires historiques (l'Union monétaire latine et l'Union monétaire scandinave) a permis d'identifier comme facteurs déstabilisants notamment un manque d'institutions de contrôle, un degré élevé d'hétérogénéité économique et des tensions dues à des intérêts nationaux divergents. Au cours de cette thèse, ces corrélations nous aideront à mieux comprendre les débats et les conflits qui ont accompagné l'institutionnalisation de la coopération et de l'intégration monétaire dans le cadre de la CE/UE.

## **II - L'euro et ses prédécesseurs : Trois décennies d'avancées et d'échecs en matière de politique monétaire**

L'introduction de l'euro en 1999 comme monnaie scripturale et, trois ans plus tard, comme monnaie fiduciaire dans douze États européens est une expression tangible de l'« union sans cesse plus étroite des peuples d'Europe ».<sup>39</sup> La création d'une monnaie unique avec une politique monétaire supranationale et organisée de manière politiquement indépendante représente le point culminant de l'intégration européenne à ce jour. Le chemin vers l'euro s'étend sur trois décennies de coopération et d'intégration économiques et monétaires. Cela n'a pas été simple. Bien au contraire, des initiatives ambitieuses ont été

---

38 Cf. Schwarzer, Die Europäische Währungsunion, p. 30.

39 Cf. le préambule du TUE.

suivies d'échecs parfois attendus, parfois surprenants avant la fin des années 1980, lorsque des signaux économiques et politiques favorables se sont présentés pour le début des négociations sur une véritable union monétaire européenne. L'histoire de l'intégration monétaire dans le cadre de la CE/UE est en même temps une histoire des relations franco-allemandes. La recherche de la stabilité monétaire européenne et sa fixation politique dans le projet d'Union économique et monétaire est étroitement liée aux négociations et au rapprochement franco-allemand.

Le domaine de l'intégration monétaire concerne à la fois la politique étrangère et les orientations de la politique économique et financière d'un État. En particulier dans une comparaison franco-allemande, la « préhistoire » de l'euro peut être utilisée pour montrer dans quelle mesure les modes de fonctionnement et les cultures politiques sont remis en question par les projets d'intégration. Pour l'histoire de l'intégration monétaire, une perspective franco-allemande est appropriée, puisque le D-Mark et le franc étaient les monnaies les plus importantes au sein de la communauté et que les deux pays ont toujours dû trouver des solutions de compromis en raison de leurs modèles économiques différents. Un aperçu des différentes étapes de l'intégration monétaire montre que les turbulences du système monétaire mondial, sous la forme de l'érosion de l'ordre monétaire international mis en place à Bretton Woods et des attaques spéculatives contre les monnaies européennes, se sont déroulées parallèlement aux intentions de coopération et d'intégration de la Communauté européenne.<sup>40</sup>

### ***Aperçu historique & influence des orientations en matière de politique économique et européenne***

Le bilan de quatre décennies d'intégration économique et monétaire a montré la complexité de la coopération dans ces domaines sensibles de la souveraineté des États. Les différentes tentatives et échecs d'intégration ont montré clairement, en ce qui concerne l'Allemagne et la France, à quel point les modèles nationaux spécifiques dans les domaines de la monnaie, de l'économie et de l'Europe déterminent l'action politique.

Les préférences des hommes politiques français pour une approche intergouvernementale de la politique européenne, ont déterminé leur démarche à l'égard du projet d'une Union économique et monétaire européenne. La vision des banques centrales en tant qu'organes exécutifs de la politique économique de l'État ainsi que la prééminence

---

40 Cf. Andreas Wilkens, Der Werner-Plan. Währung, Politik und Europa 1968-1971, in : Franz Knipping / Matthias Schönwald, eds, Aufbruch zum Europa der zweiten Generation - Die europäische Einigung 1969-1984, Trier 2004, pp. 217-244, et Hubert Zimmermann, Der unschlüssige Hegemon : Deutschland und die Anfänge der europäischen Währungsintegration, in : Knipping, Aufbruch zum Europa der zweiten Generation, pp. 203-216.



des décisions politiques ont rendu le concept de gouvernance économique populaire au-delà des frontières partisans et idéologiques en France depuis les années 1980. Afin de surmonter l'asymétrie du serpent monétaire et du système monétaire européen, la France était prête à renoncer à la souveraineté monétaire purement formelle (de facto : dépendance à l'égard de la Bundesbank allemande) et à initier une politique monétaire européenne supranationale. La gouvernance économique n'était pas une menace pour la souveraineté des États-nations, mais une tentative de récupérer au moins une partie des compétences nécessairement cédées à la BCE. En particulier dans le domaine de la politique monétaire, le ressentiment s'est cristallisé sur la position hégémonique de l'Allemagne basée sur l'économie et a favorisé le choix d'une approche d'intégration monétariste de coopération rapide et étendue en matière de politique monétaire.

En Allemagne, le contraste entre les adhérents de la construction européenne et les défenseurs d'une politique économique orthodoxe était plus prononcé qu'en France. Le modèle économique traditionnel de l'économie sociale de marché, sous la forme de l'ordolibéralisme, se caractérisait par une faible intervention de l'État dans l'économie. Un thème constant de la politique économique et européenne allemande peut être résumé sous le mot d'ordre de stabilité. L'ascension du deutschemark en tant que symbole du miracle économique de l'après-guerre et en tant que monnaie de réserve mondialement reconnue a renforcé le rôle du gouvernement allemand dans les négociations politiques européennes sur l'intégration monétaire. En même temps, l'orthodoxie de la politique financière allemande et la puissance de la Bundesbank se sont révélées être des défis pour les partenaires européens. Cette position de stabilité allemande a été relativisée par le pragmatisme de la politique étrangère des différents chanceliers. Brandt et Schmidt ont tous les deux privilégié une approche pragmatique malgré les réticences du ministère des finances ou de la Bundesbank, favorisant l'intégration et les progrès de la politique européenne dans le cadre de l'assouplissement des principes réglementaires. Ce schéma a été particulièrement évident lors des négociations du traité de Maastricht et du passage progressif à l'Union économique et monétaire. Le chancelier Kohl a dû faire un arbitrage entre les préoccupations de la Bundesbank quant à une convergence suffisante des économies participantes et les nécessités politiques d'une mise en œuvre rapide de l'Union monétaire. Dans ce contexte, la chute du mur de Berlin et la réunification allemande n'ont pas été déterminantes dans le choix définitif de l'Union économique et monétaire par le gouvernement allemand. Néanmoins, les bouleversements internationaux ont accéléré le processus d'ancrage contractuel de l'UEM. Au cours du processus de négociation, la Bundesbank a constamment rappelé les risques économiques. Parallèlement, elle a poussé à l'intégration de l'Union monétaire dans une union politique. Cette puissante opposition intérieure a dû être prise en compte par Kohl dans le processus de négociation. D'un point

de vue critique, selon Rödder, les principes de l'intégration monétaire consistaient à diluer le pouvoir de la Bundesbank, à placer les motivations politiques au-dessus des préoccupations économiques et à utiliser les décisions des institutions pour déterminer la suite des événements.<sup>41</sup> D'un point de vue positif, le modèle de la Bundesbank a pu être transféré au niveau européen.

Dans le traité de Maastricht, l'UEM était structurée de manière asymétrique : les politiques budgétaires et réglementaires restaient sous la tutelle des États-nations, tandis que la politique monétaire était normalisée et transférée à la BCE. À l'instigation du gouvernement allemand, des règles budgétaires strictes ont été fixées sous la forme du Pacte de stabilité et de croissance. L'Union économique et monétaire repose sur des compromis entre une approche allemande fondée sur des règles, aussi apolitiques que possible, et des conceptions françaises d'un contrôle politique dans le cadre d'une gouvernance économique et des décisions politiques discrétionnaires. Ces compromis ont en partie masqué des différences fondamentales. Les partisans du traité de Maastricht s'attendaient à ce que des ajustements et des ajouts soient apportés au modèle de la zone euro après l'introduction de la monnaie unique. Cependant, au cours des dix premières années d'existence de l'euro, l'Union économique et monétaire n'a pas connu de développement substantiel. Jusqu'à ce que la crise économique et financière s'étende à la zone euro, les faiblesses institutionnelles de l'Union monétaire sont restées cachées. Ce n'est qu'avec l'éclatement et l'aggravation de la crise de la dette souveraine à partir de 2009 que les déficiences structurelles de la zone euro ont été révélées.

### **III - Faiblesses structurelles de l'UEM et efforts de réforme face à la crise de l'euro**

En raison des distorsions provoquées par la crise financière et économique mondiale, une menace croissante pour la stabilité et l'unité de l'Union économique et monétaire est apparue au début de 2010. La pénalisation de pays tels que la Grèce ou le Portugal par des majorations massives des taux d'intérêt pour les obligations d'État a détruit l'impression de convergence et de solidité budgétaires dans la zone euro. Le fait que, dans le contexte de la crise financière, les acteurs du marché aient très fortement différencié leur évaluation de la solvabilité des différents membres de l'Union monétaire a mis en évidence l'existence de certains États surendettés avec des problèmes de refinancement massifs. Cette crise a d'autre part relancé les débats sur une construction durable de l'Union monétaire issue des compromis (franco-allemands) du traité de Maastricht.

---

41 Cf. Rödder, 21.0, p. 285 et suivantes.

Une introduction à la crise de l'euro clarifie les défis auxquels sont confrontés les décideurs politiques au sein de l'Union économique et monétaire. Dans quels domaines la crise a-t-elle mis en évidence les points problématiques de l'architecture de l'Union monétaire et quelles améliorations ont déjà été apportées ? Dans quelle mesure la gestion immédiate de la crise coïncide-t-elle avec les préférences allemandes et françaises au niveau gouvernemental ?

### ***Les défauts de construction de la zone euro***

La propagation de la crise financière, bancaire et économique aux différents membres de la zone euro et les divergences massives dans l'évaluation des obligations d'État sont dues à une perte de confiance de la part des investisseurs. Ces développements ont montré la nécessité de réformer la zone euro et ont relancé les discussions sur sa conception institutionnelle. Une attention particulière a été accordée aux règlements visant à assurer la discipline budgétaire, la préservation de la convergence macroéconomique et la solidarité entre les pays de l'euro.

La crise a montré que la zone euro n'est toujours pas une zone monétaire optimale<sup>42</sup> et que des mécanismes doivent être trouvés pour minimiser les effets de ce défaut de conception. Jusqu'à l'éclatement de la crise, il avait été possible de masquer des orientations fondamentales différentes dans les cultures monétaires et les modèles économiques, car les aberrations déstabilisantes n'étaient pas prises en compte et l'euro garantissait un niveau relativement uniforme des taux d'intérêt. Toutefois, l'effondrement économique de grande ampleur et l'aggravation des problèmes de refinancement dans les pays périphériques de la zone euro ont montré clairement que la celle-ci - selon les détracteurs de l'UEM - ne représente pas une zone monétaire optimale au sens du modèle de Robert Mundell. Par exemple, la mobilité des facteurs de production au sein de la zone euro est très faible en raison des barrières linguistiques, culturelles et surtout administratives. En outre, l'Union européenne n'est pas un État fédéral, de sorte que des mécanismes d'égalisation et de redistribution de grande envergure, tels qu'un système de sécurité sociale, n'entrent pas en jeu. Ces limitations peuvent être attribuées à l'intégration trop partielle dans le cadre de l'Union européenne. Elles augmentent la vulnérabilité de la zone monétaire aux chocs

---

42 Une première référence au fait que la zone euro n'était pas une zone monétaire optimale lors de sa création et qu'il n'y a pas eu d'évolution dans ce sens se trouve dans Tietmeyer, Herausforderung EURO, p. 29 f. en 2006.

asymétriques dans le sens où la phase de crise économique d'une partie de l'Union ne peut être atténuée que dans une mesure limitée par les régions et les États environnants.<sup>43</sup>

Étant donné que l'Union économique et monétaire n'a pas été créée selon des orientations économiques strictes au sens de la « théorie du Couronnement » et de la théorie des zones monétaires optimales avec un petit groupe de participants, mais plutôt avec un groupe d'États large et hétérogène, elle a nécessité une convergence forcée des politiques économiques. Les conséquences de la crise de refinancement grecque ont révélé que l'ensemble des règles existantes de l'Union économique et monétaire n'était pas suffisant pour unir un groupe d'États économiquement hétérogènes.<sup>44</sup>

Plus précisément, les failles de l'Union monétaire ont été révélées en ce qui concerne la garantie d'approches budgétaires équilibrées, la réduction des déséquilibres économiques et la définition de politiques de la banque centrale adaptées à tous les pays participants. Au cours de la gestion de la crise à partir de 2010, des tentatives ont été faites pour remédier à ces défauts de conception à l'aide de fonds d'urgence européens, d'une coordination plus étroite des politiques économiques et d'un élargissement du rôle de la BCE.

### ***La compétition politique sur la forme de l'Union monétaire***

Les débats traditionnels franco-allemands sur les orientations de politique économique et les concepts de politique européenne ont été ravivés dans la gestion de la crise de l'euro. La gestion immédiate de la crise s'est déroulée dans le cadre d'une coopération partiellement étroite entre les deux États partenaires. Néanmoins, les deux gouvernements ont divergé dans l'évaluation des solutions possibles à la crise.

L'ampleur de la crise du refinancement a révélé des lacunes dans le cadre réglementaire de l'UEM et a soulevé la question de l'effet disciplinant des engagements volontaires. L'expansion successive des fonds de sauvetage était plus conforme aux préférences de la France, l'Allemagne étant en mesure d'imposer des conditions pour éviter les effets dissuasifs. En ce qui concerne la constitution économique de l'UEM, les risques d'un développement macroéconomique hétérogène sont devenus évidents. Les approches de solutions étaient orientées vers les idées allemandes de coordination des politiques économiques nationales axées sur la concurrence, tandis que la France faisait vainement campagne pour une approche de politique économique paneuropéenne au sens d'une *gouvernance économique*. Pendant la crise, la BCE a épuisé les limites de son mandat, ce qui a donné lieu à des jugements différents. Alors que les mesures non orthodoxes ont été considérées de manière critique en Allemagne, les responsables et les observateurs

---

43 Cf. Kauffmann, L'Union européenne monétaire, p. 83 et suivantes.

44 Cf. Tichy, Banken- und Staatsschuldenkrise, p. 231 et suivantes.

politiques français se sont montrés plus ouverts à une approche pragmatique de la politique monétaire et à un élargissement des missions de la banque centrale aux questions de politique économique.

La réforme de l'Union économique et monétaire est considérée comme une compétition entre des concepts politiques français et allemands. Dans la suite de la thèse, sera examiné le cadre socio-politique des débats respectifs sur les réformes de l'UEM.

#### **IV - Positionnement des acteurs politiques et sociaux en Allemagne et en France sur les questions centrales de la crise de l'euro**

Dans la partie du travail basée sur les sources, une comparaison entre l'Allemagne et la France a été effectuée dans le but de révéler les préférences de réforme spécifiques des acteurs politiques, économiques et sociaux dans les deux pays. Les discours respectifs ont été contextualisés et regroupés de manière à faire apparaître les différents modèles argumentaires des divers acteurs. Ont été également examinés les transferts, les modèles de perception et les discours spécifiquement nationaux ou européenisés. Les thématiques examinées étaient les suivantes : Les causes de la crise, l'orientation de la politique économique de l'UEM, le rôle de la BCE, la notion de solidarité et les visions de la construction européenne.

##### ***Les causes de la crise : Crise de compétitivité vs. crise systémique***

La première comparaison porte sur l'identification, l'interprétation et l'importance relative des causes de la crise par les différents acteurs. Tout particulièrement, ce chapitre s'intéresse aux questions relatives à la responsabilité.

Une analyse générale de la perception des causes de la crise par les différents acteurs politiques, économiques et sociaux en Allemagne et en France ainsi que de l'argumentaire qui en découle a d'abord révélé deux constats centraux : la situation de l'Union économique et monétaire européenne a été systématiquement perçue comme problématique, donnant lieu dans chaque cas à l'élaboration de stratégies de résolution de la crise. En outre, au moins une critique de base vis-à-vis des marchés financiers insuffisamment réglementés et des effets potentiellement négatifs des interdépendances entre le secteur bancaire et la politique budgétaire du gouvernement a été formulée. De même, dans ce contexte, les dangers théoriques du surendettement public dans les structures de l'UEM ont été reconnus par tous les acteurs étudiés. Toutefois, le résultat le plus pertinent est que, à partir de ces éléments de consensus, le poids relatif dans les points

de vue respectifs sur la crise dépendait fortement de facteurs idéologiques et de caractéristiques nationales.

Selon l'approche dominante dans le débat allemand, la crise était avant tout une crise de la dette souveraine dans laquelle les gouvernements agissant de manière imprudente ont été privés de la confiance des investisseurs en raison de leurs erreurs dans les domaines de la politique économique et budgétaire. Il est frappant de constater que cette interprétation de la crise de la dette a largement dépassé le cercle des partis à orientation économique néoclassique et a été partagé dans une certaine mesure par les sociaux-démocrates, les Verts et le *Süddeutsche Zeitung*. Cela illustre la domination des approches économiques libérales dans la sphère publique politique allemande. Alors que les acteurs conservateurs ont sévèrement critiqué les États en crise pour leur mépris des règles de l'UEM, les forces politiques progressistes ont considéré que la crise de l'euro était au moins en partie due à une base contractuelle de l'Union économique et monétaire mal conçue.

Blâmer la Grèce et d'autres États était un argument beaucoup moins présent dans le débat français. Par ailleurs, la critique fondamentale des acteurs agressifs du marché financier et des règles de politique économique et monétaire de l'euro s'est étendue aux cercles conservateurs. En France, le lien entre la crise et les traités de Maastricht et de Lisbonne était fortement perçu. Pour le FN et le FdG, qui étaient dans l'opposition pendant toute la période étudiée, les turbulences au sein de la zone euro ont donné lieu à une réactivation des arguments souverainistes de droite et de gauche.

Le débat sur la crise de l'euro n'a toutefois présenté que dans une faible mesure une dimension européenne. Dans de nombreux cas, la question de la crise, qui se situait dans le contexte européen, a été envisagée sous l'angle de points de vue politiques partisans propres à chaque pays : Le FN et le FdG se sont servis de la crise comme preuve de l'abandon des intérêts français par l'UMP et le PS, tandis que les partis de la coalition chrétienne-libérale en Allemagne ont considéré que les sociaux-démocrates et les Verts au pouvoir jusqu'en 2005, étaient en partie responsables de la crise. Le parti de la gauche allemande, quant à lui, a identifié les réformes du marché du travail de l'Agenda 2010, qu'il a strictement rejetées, comme une cause majeure de l'émergence de la crise au sein de l'Union monétaire.

Outre l'utilisation de la crise de l'euro dans les arènes politiques nationales respectives, on peut également observer dans une certaine mesure des interactions franco-allemandes. Le changement rhétorique de l'UMP est le plus évident dans son interprétation

de la crise. Alors que les premières positions en 2010 invoquaient encore le manque de convergence économique et, en particulier, l'absence d'une gouvernance économique pour la zone euro, l'argumentaire des conservateurs français a de plus en plus évolué vers le discours conservateur allemand de la crise de la dette. Cette évolution s'explique par l'objectif d'un leadership commun entre les deux partis conservateurs. Le rapprochement du SPD avec le PS, avorté pour des raisons tactiques, représente un cas contraire : Avec la nomination de Peer Steinbrück comme candidat à la chancellerie et son entrée dans la grande coalition à l'automne 2013, les sociaux-démocrates ont atténué leurs critiques à l'égard du secteur financier, s'éloignant ainsi d'un positionnement rhétorique commun avec le PS et se rapprochant, par l'accent mis sur la dette publique, du schéma interprétatif de leur partenaire de coalition conservateur.

### ***Coordination macroéconomique : Austérité vs. croissance***

Si un large consensus s'est dégagé sur les effets négatifs des importants déséquilibres économiques et de l'absence de perspectives de croissance au sein de la zone euro, la question des solutions possibles a reçu des réponses différentes. Le chapitre suivant présente les débats respectifs sur la politique économique en Allemagne et en France. L'accent est mis sur la hiérarchisation des différents instruments économiques et sur les questions structurelles de l'Union monétaire.

L'examen des approches de la coordination macroéconomique de la zone euro a révélé les chevauchements idéologiques attendus entre les acteurs politiques en Allemagne et en France, mais en même temps, des spécificités nationales dans les cadres sociaux respectifs. Un échange transfrontalier de concepts politiques dans le sens d'une appropriation durable n'a pu être détecté. Les points focaux des débats examinés, en revanche, suggèrent que les rapprochements et les références peuvent, au mieux, être rattachés à un degré marginal à une dynamique d'eupéanisation. Ils ont été réalisés principalement dans l'intention d'affirmer les préférences respectives en matière de politique européenne, voire de les rendre utilisables pour des disputes politiques dans les arènes nationales. Les annonces franco-allemandes d'une gouvernance économique étaient, au mieux, des signes superficiels de convergence, dans le sens où le contenu du concept suivait les schémas nationaux spécifiques. Les conservateurs en Allemagne, par exemple, s'en servaient comme instrument permettant de resserrer davantage les réglementations budgétaires. Dans le spectre de la gauche modérée, une perception partagée des faiblesses de l'Union monétaire en matière de politique économique a pu être observée. Dans le même temps, les potentiels de coopération et de transfert ont également été limités par l'absence de définition d'une

gouvernance économique et, de manière encore plus décisive, par l'engagement du SPD et des Verts en faveur du Pacte de stabilité. Les facteurs qui ont influencé le débat français font écho aux référendums sur le traité de Maastricht et la Constitution européenne. Tant à gauche qu'à l'extrême droite, les mesures de politique économique mises en œuvre dans le cadre de la gestion de la crise ont été perçues comme une restriction de la souveraineté nationale au profit d'une logique d'intégration européenne trop libérale. Ces circonstances ont déterminé le cadre du débat politique en France de telle sorte que les conservateurs et les libéraux ont également placé l'accent de la politique économique européenne sur l'augmentation de la convergence macroéconomique dans la zone euro et moins sur le renforcement de la concurrence. Une différence significative dans la comparaison des pays est qu'en France, il y avait un large consensus politique et social pour l'expansion de la politique économique européenne, par exemple pour promouvoir les grandes entreprises dans les secteurs stratégiques, tandis qu'en Allemagne, ces concepts étaient limités aux acteurs progressistes et le débat était axé sur la préservation de l'autonomie de la politique économique dans un cadre réglementaire européen.

### ***Le rôle de la BCE : Orthodoxie vs. réorientation ?***

La BCE a joué un rôle important pour surmonter la crise de refinancement. Des principes tels que la stricte séparation de la politique budgétaire (nationale) et de la politique monétaire (européenne) ou l'indépendance politique de la banque centrale ont été discutés, tout comme l'accent mis sur le maintien de la stabilité des prix. Les différents points de vue sur la BCE suggèrent la persistance de divergences franco-allemandes élémentaires concernant le fonctionnement de l'euro, qui ont nécessité des compromis au cours de la crise. Les débats transfrontaliers ont été essentiellement conflictuels. Les approches d'une stratégie transnationale de résolution des crises ont été observées principalement dans le spectre politique de gauche.

La discussion sur le rôle de la BCE pendant la crise et ses tâches dans la conception future de l'Union économique et monétaire s'est déroulée en grande partie dans des espaces communicationnels nationaux fermés. Les orientations propres à chaque pays sont clairement apparues dans les différentes évaluations de l'importance de l'indépendance politique et des éventuels effets inflationnistes des mesures de stabilisation.

La perspective conservatrice-libérale qui a dominé en Allemagne, dans laquelle la distance croissante que la Banque centrale européenne prenait par rapport aux statuts du traité de Maastricht était perçue comme déstabilisante et potentiellement dangereuse pour la poursuite de l'Union monétaire, a joué un rôle marginal dans le débat français. L'UMP a



régulièrement fait référence au statut historique spécial de la Banque centrale dans le système politique allemand afin d'expliquer les concertations menées par le couple franco-allemand au niveau gouvernemental. Cependant, aucun des acteurs politiques français n'a défendu l'orthodoxie de la banque centrale. Au-delà des frontières idéologiques, les débats français ont notamment porté sur l'élargissement des domaines de compétence de la BCE et sa transformation en prêteur en dernier ressort, à l'instar des banques centrales américaine, britannique ou japonaise. En Allemagne, les demandes de ce type venaient au mieux du spectre politique de gauche. Le fait qu'il n'y ait pas eu de consensus entre les principaux partis de la gauche modérée sur une éventuelle réorientation de la Banque centrale européenne est caractéristique des divergences franco-allemandes. Les initiatives répétées des socialistes français concernant une réorientation de la BCE ont été reprises au mieux par l'aile gauche la moins représentative du SPD.

La demande d'une politique de change active a également été fortement influencée par l'appartenance nationale qui conditionne les exigences en matière de politique économique. En France, la volonté d'accroître la compétitivité internationale faisait consensus au-delà du niveau gouvernemental, même parmi les conservateurs. Dans le débat allemand, en revanche, l'option d'accroître la compétitivité internationale en utilisant la monnaie n'est pas retenue.

Dans le spectre politique de l'extrême gauche, le lien entre le refinancement de l'État et les marchés financiers devrait passer par la création d'une banque dédiée aux obligations publiques qui serait financée par la BCE. Dans des déclarations isolées d'extrémistes français de droite et de gauche, l'Allemagne a également été attaquée comme le symbole d'un dogmatisme monétaire obsolète et dangereux face au défi de la crise.

### ***Notion de solidarité : Responsabilité individuelle vs. mutualisation de la dette***

Le risque d'insolvabilité associé à l'augmentation des coûts de refinancement des différents États participants a révélé des menaces potentielles pour le fonctionnement de l'Union économique et monétaire. Aucune disposition n'a été prise pour le scénario de l'insolvabilité d'un État souverain au sein de la zone euro lors de la mise en œuvre de la monnaie commune. La garantie de la dette d'un État membre par l'Union européenne ou par d'autres États membres était explicitement exclue dans le traité de Maastricht. En conséquence, la garantie de la stabilité financière des différents États, et en premier lieu de la Grèce, a remis en question les principes fondamentaux de l'Union monétaire.

La conception et la mise en place des mesures de soutien ont suscité un vaste débat, notamment en Allemagne, et ont soumis à rude épreuve la coalition gouvernementale conservatrice-libérale. Au-delà des courants ordolibéraux, l'idée d'un soutien pragmatique à

l'aide financière et à la mutualisation de la dette a émergé à des degrés différents en Allemagne et en France. En revanche, le rejet fondamental des instruments financiers par les groupes plus radicaux s'est souvent accompagné d'un désir de désintégration monétaire et d'une conception fondamentalement différente de la solidarité européenne.

Les débats sur la solidarité européenne face à l'instabilité de la zone monétaire commune ont montré, outre un objectif largement partagé de maintien de l'euro dans sa forme existante, des caractéristiques fondamentales propres à chaque pays en France et en Allemagne.

Ce qui est frappant, c'est l'importance d'une approche orthodoxe conservatrice-libérale de la gestion de crise en Allemagne. L'ancrage juridique du lien entre la participation de l'Allemagne à l'euro et les conditions de stabilité a soumis la politique de crise du gouvernement fédéral à l'approbation de la Cour constitutionnelle fédérale. En outre, les représentants de l'économie académique conservatrice, et notamment la Bundesbank, ont œuvré en faveur de solutions axées sur la stabilité. Les avertissements concernant le manque de contrôle sur les risques financiers à assumer (*union de transfert*) et la faible capacité à mettre en œuvre des réformes dans les pays endettés (*moral hazard*) présents dans les débats en Allemagne, n'ont pas été observés en France. Outre la critique des erreurs de politique budgétaire de la Grèce, les milieux conservateurs et libéraux en France se sont davantage concentrés sur la sécurisation de la communauté monétaire par le biais de la création d'un fonds accordant des prêts importants et utilisables de manière flexible. Dans le même temps, la marge de manœuvre politique limitée de la chancellerie et le scepticisme croissant de la population allemande ont été pris en considération en France.

Les analyses de la crise dans les milieux progressistes modérés en Allemagne et en France ont convergé pour exiger une expansion plus rapide des fonds de sauvetage et la création d'autres instruments tels que les euro-bonds. Cependant, cette convergence programmatique, par exemple sur la question de doter des fonds de sauvetage en licences bancaires est finalement restée sans conséquence. Au cours de la coopération du couple Merkel-Sarkozy, l'UMP a évité une confrontation ouverte avec le gouvernement fédéral conservateur-libéral. De même, le soutien du SPD à la réorientation de la gestion de crise réclamée par le PS n'a été que limité et temporaire. Au sein du parti, la demande d'euro-obligations était controversée et, comme pour les Verts allemands, n'était plus populaire suite à une décision de la Cour constitutionnelle fédérale. Les avancées transfrontalières du milieu progressiste se sont ensuite limitées à la demande d'une politique de croissance européenne.

Les partis situés aux marges du spectre politique en Allemagne et en France se sont accordés pour rejeter l'approche de la conditionnalité de l'aide poursuivie lors des

renflouements du FESF et du MES. Le parti de gauche allemand et le Front de Gauche (FdG) ont perçu les prêts conditionnels comme un moyen d'imposer des politiques d'austérité néolibérales et leur ont opposé le concept coordonné au niveau transnational d'une banque européenne pour les obligations publiques refinancées directement par la BCE afin de mettre fin à la dépendance des budgets des États vis-à-vis des marchés financiers. Le FdG envisageait également un démantèlement de l'Union monétaire. Un démantèlement de la zone euro était également l'objectif commun du Front national et de l'AfD, qui s'est constituée en 2013. Cependant, les deux formations diffèrent considérablement dans leur argumentation. Alors que le FN considérait l'euro comme l'instrument d'une Union européenne perçue comme une puissance hégémonique, dont la France et d'autres États devaient se débarrasser, les représentants de l'AfD ont plaidé strictement en termes d'économie nationale et ont justifié leur demande de démantèlement par de prétendues violations des règles. Les différentes argumentations du positionnement euro-critique ont rendu difficile la coordination transfrontalière entre les deux parties.

### ***Vision(s) européenne(s) : Une Europe compétitive vs. une Europe qui protège***

Les réponses respectives à la crise, notamment les différents degrés de préparation à une politique économique plus communautaire, un rôle plus politique pour la BCE ou la mise en place de fonds d'aide, étaient liées à des visions spécifiques de l'intégration européenne et le sont toujours. Suite aux catégorisations effectuées dans les analyses précédentes, trois différents leitmotifs ou « visions de l'Europe » ont été identifiés. Dans le spectre conservateur-libéral, et presque exclusivement en Allemagne, c'est l'idée d'une Europe compétitive qui domine, dont le fonctionnement est basé sur les principes de responsabilité économique et les règles de politique fiscale. En revanche, l'image d'une Europe protectrice était répandue, notamment en France, dans laquelle les États membres pourraient maintenir leur position dans la concurrence mondiale. Aux extrémités de l'échiquier politique, la logique d'intégration de l'unification européenne a été remise en question tant en France qu'en Allemagne.

En dehors des extrêmes politiques, on note un large consensus pro-européen pour la coopération et l'intégration. L'Union européenne était considérée par tous les acteurs politiques modérés comme une entité appropriée pour la coopération et la représentation conjointe des intérêts dans un monde en voie de globalisation. Ce large accord était fondé sur des objectifs communs de paix, de prospérité et sur un ordre social libéral. Cependant, au cours de la gestion de la crise, il n'a guère été possible d'identifier un progrès dans le

processus d'unification européenne. En outre, le principe directeur initial consistant à éviter les conflits intra-européens est devenu moins efficace.

De manière analogue aux thèmes précédents, la particularité d'une approche économique libérale dominante en Allemagne a également pu être identifiée en ce qui concerne la vision de l'Europe. Cette démarche était résumée dans le concept d'une union de stabilité soumettant des avancées en matière d'intégration à un renforcement des instruments de contrôle budgétaire. Dans cette orientation, les milieux conservateurs en Allemagne n'étaient majoritairement pas hostiles à l'intégration, mais de facto le lien avec une *Europe compétitive* était un obstacle à d'éventuelles initiatives franco-allemandes en termes de construction européenne.

Dans le débat français, en revanche, l'objectif d'une Europe protectrice était plus présent et était représenté dans les courants de gauche modérés ainsi que dans les courants libéraux et conservateurs. Dans cette perspective, l'accent a été mis sur le maintien commun des intérêts économiques par une politique économique européenne active et une politique commerciale plus restrictive.

Le concept d'union politique restait un objectif lointain vaguement défini dans les deux pays. Selon l'orientation idéologique, cette union a été conçue soit comme un ancrage d'une politique budgétaire orthodoxe soit comme une supranationalisation plus large des compétences en matière de politique économique et sociale. En principe, les gouvernements d'Allemagne et de France ont partagé une préférence pour un mode d'intégration basé sur le pragmatisme, indépendamment de leur orientation politique. Les ébauches d'éventuels Etats-Unis d'Europe sont restées limitées aux contributions individuelles et à la rhétorique oppositionnelle. En France, l'expérience des référendums sur le traité de Maastricht et le traité constitutionnel ainsi que le renforcement du Front national ont fortement limité la portée des débats sur l'intégration, tandis qu'en Allemagne, la perspective d'une éventuelle modification de la Loi fondamentale conformément à l'article 146 a été controversée. Les débats transnationaux sur un développement ultérieur de l'Union économique et monétaire et, au-delà, sur une finalité de l'intégration européenne n'ont eu lieu que de manière superficielle, par exemple sous la forme de commentaires journalistiques. Au niveau des partis politiques, les débats sont restés dans les arènes nationales, notamment en raison des diverses lignes de fracture politique à l'intérieur même des partis.

### **Conclusion : La politique européenne sous contrainte nationale**

Dans l'analyse des débats autour de la crise de l'euro et les mesures de réforme à prendre pour l'Union économique et monétaire en Allemagne et en France, on a cherché à savoir dans quelle mesure les modes de perception et d'argumentation convergeaient entre

les deux pays au sein des courants politiques. On s'est interrogé pour savoir quels facteurs représentaient les conditions socio-politiques spécifiques au niveau national. Sur cette base, des références et des interactions transfrontalières sélectives ont pu être identifiées. Le processus d'eupéanisation, dans le sens d'une harmonisation croissante de l'élaboration des politiques nationales, n'a pu être identifié que de manière limitée. Il est vrai que la monnaie commune représentait un cadre de référence global, qui s'est traduit par des objectifs largement partagés de stabilité de l'euro et de coordination économique plus étroite entre les États membres. Néanmoins, des différences fondamentales sont apparues dans un grand nombre de questions de détail sur la poursuite du développement de l'Union économique et monétaire, qui peuvent être en partie attribuées aux orientations de politique européenne, financière et économique spécifiques à chaque pays.

Dans leur interprétation des causes de la crise, la majorité des acteurs étudiés en Allemagne et en France ont montré des convergences dans leur perception de marchés financiers insuffisamment réglementés et dans leur critique de la trop grande influence des agences de notation américaines. En outre, le débat conservateur-libéral sur le contexte d'une crise de la dette souveraine et la discussion sur la responsabilité financière et politique de l'État grec, qui a dominé en Allemagne, n'a pas eu d'équivalent en France. Le débat français, quant à lui, s'est davantage concentré sur les déséquilibres engendrés par le fonctionnement de l'Union économique et monétaire prévu par le traité de Maastricht et le traité de Lisbonne.

En ce qui concerne la coordination économique et les priorités de politique économique pour la zone euro, des convergences entre conservateurs français et membres de l'Union et des libéraux en Allemagne ont pu être identifiées dans le domaine des politiques de réforme et de consolidation. Les acteurs de gauche des deux pays ont également partagé l'objectif de promouvoir la croissance au niveau européen. Par ailleurs, les divergences traditionnelles franco-allemandes ont persisté sur le plan organisationnel d'une coordination plus étroite des politiques économiques au sein de la zone euro. En ce qui concerne le concept d'une gouvernance économique, les partis conservateurs allemands ont repris le terme dans leur rhétorique, sans pour autant le rendre opérationnel. Pour la majorité des acteurs du conservatisme et du libéralisme allemands, la perspective d'une quelconque gouvernance économique européenne représentait une centralisation et donc une attaque directe contre la souveraineté de la République fédérale en matière de politique économique. Les possibilités d'interactions franco-allemandes au sein du spectre de la gauche et de la gauche libérale étaient également limitées par le fait que le SPD et les Verts ne remettaient pas en question le soutien généralisé de l'Allemagne au Pacte de stabilité et de croissance ainsi qu'au traité européen, et que les revendications communes avec le PS ou l'EELV restaient donc limitées à la question de la promotion de la croissance.

Les points de vue sur le rôle de la Banque centrale européenne dans la gestion de la crise ainsi que sur la future architecture de l'UEM ont clairement montré des idées divergentes en Allemagne et en France, chacune conservant ses traditions et son mode d'organisation économique. Dans le débat français, il y a eu un large consensus sur l'objectif d'élargir les fonctions de la banque centrale à la fois pour améliorer les conditions de refinancement des États de l'Union et pour soutenir la croissance économique. En Allemagne, en revanche, les mises en garde contre une atteinte à l'indépendance politique de la banque centrale se sont répandues jusqu'à atteindre les sociaux-démocrates et les autres courants de gauche, de sorte que les transformations de la BCE discutées en France n'ont été reprises que par de petits groupes en Allemagne. Le débat allemand a été fortement dominé par les préoccupations relatives à un changement de statut de la BCE, tel qu'il a été rédigé dans le traité de Maastricht sur la base du modèle de la Bundesbank. En conséquence, toute relativisation du statu quo a été sévèrement combattue par la presse conservatrice en lançant des avertissements quant aux effets inflationnistes imminents des mesures non conventionnelles de gestion de la crise.

La notion de solidarité au sein de l'Union économique et monétaire en Allemagne et en France était largement convergente, car l'instabilité de la Grèce a été perçue comme une menace potentielle pour la zone euro. Des instruments correctifs ont été recherchés pour maintenir l'Union monétaire dans sa forme actuelle. Dans le même temps, les débats politiques en Allemagne ont été dominés par des discussions juridiques et économiques sur d'éventuels dysfonctionnements suite à une pérennisation de transferts financiers. La Cour constitutionnelle fédérale a également fixé un cadre juridique pour ces débats sur la synchronisation des risques et sur le contrôle politique, perçus comme un facteur important dans le débat français. Au-delà de cette approche conservatrice, il y avait des points d'accord des deux côtés de la frontière pour une expansion pragmatique des dispositifs de soutien afin d'éviter l'insolvabilité de certains États ou leur sortie de l'Union monétaire. Même en ce qui concerne la mutualisation de la dette, il n'y a pas eu d'accord durable des forces progressistes modérées, puisque le SPD ainsi que les Verts allemands ont rejeté le concept des *euro-obligations* en réaction à un arrêt de la Cour constitutionnelle fédérale. L'alternative d'un fonds d'amortissement de la dette n'a pas soulevé l'intérêt des socialistes français. Les représentants des extrêmes politiques ont convergé, indépendamment des débats sur la gestion de la crise, pour rejeter les fonds dits de sauvetage couplés à la mise en place d'une politique d'austérité.

La perspective d'une transformation globale de l'Union européenne en une union politique n'a retenu que très peu d'attention, aussi bien du côté français que du côté allemand. L'idée d'une intégration plus poussée pour ancrer des instruments de contrôle budgétaire plus contraignants, qui était majoritaire dans le débat allemand, n'a pas répondu

aux attentes de la majorité des acteurs politiques en France et n'a pas été reprise. Dans le débat français, le modèle d'une Union européenne comme garde-fou dans une compétition économique et politique s'intensifiant au niveau mondial était largement répandu, indépendamment des orientations politiques des partis. Les conservateurs et les libéraux allemands n'ont toutefois répondu à l'idée française d'une *Europe forte* que par des plans visant à accroître la viabilité de la dette et la compétitivité par des réformes structurelles sous responsabilité nationale. Dans le spectre politique de gauche, on a pu observer des demandes unanimes en faveur d'une composante sociopolitique plus forte de la construction européenne, mais celles-ci ne s'inscrivaient pas dans un thème directeur commun et primordial pour l'intégration ou un objectif partagé à long terme pour l'Union européenne. En France, la crainte d'une relance des polémiques sur les effets de l'intégration européenne a bridé la volonté de débattre sur le sujet.

Au-delà des formats de communication bilatérale de type diplomatique, les interactions intergouvernementales et entre partis politiques de l'Allemagne et de la France sont très conflictuelles. Au-delà de la communication spécifique et formalisée au niveau de l'exécutif qui s'inscrit dans le cadre de ce que l'on appelle « *le tandem* » d'un côté de la frontière ou « *le couple* » de l'autre, les conservateurs français, par exemple, ont forgé des concepts pour le développement du rôle de la Banque centrale européenne ou pour l'expansion des fonds dits de sauvetage, qui ont été rejetés en Allemagne. Fondamentalement, les références respectives au pays partenaire varient fortement aussi bien dans leur fréquence que dans leur forme. Dans le débat français, l'UMP en particulier mais aussi la presse se sont livrés à une comparaison systématique des indicateurs économiques et financiers franco-allemands. Cela s'est accompagné d'un commentaire sur la gestion de la crise dans la zone euro exposant sur les positions du gouvernement allemand en les plaçant dans le contexte socio-politique et juridique germanique. Dans le débat allemand, en revanche, la perception des positions françaises en matière de politique européenne s'est largement limitée à la question de la capacité du couple franco-allemand d'exercer un rôle de leadership en commun au sein de l'Union européenne. La majorité des débats de fond sur la gestion de la crise se sont cantonnés en Allemagne à une perspective domestique. Les partis de gauche et les syndicats ont fait quelques références isolées aux options discutées en France, laissant préfigurer des approches plus complètes axées sur la dimension politique. La perspective d'une réorientation de la politique de crise sous la présidence socialiste de Hollande n'a été, à l'exception du Parti de gauche et du DGB, que brièvement partagée par les forces de gauche, voire de gauche libérale en Allemagne. Ce positionnement commun momentanément a été progressivement abandonné en raison de

divergences fondamentales concernant l'orientation budgétaire de l'Union monétaire et en raison de l'absence de voies politiques viables pour de telles revendications en Allemagne.

Par contre, aussi bien en France qu'en Allemagne, les syndicats et les organisations patronales étudiés ont fait preuve d'une plus grande sensibilité à la dimension européenne de la gestion de crise. Ils ont largement coordonné leurs positions sur la politique économique et monétaire européenne au-delà des frontières et les ont communiquées de manière transnationale.

Pour les partis politiques se retrouvant en compétition, la dimension transnationale a principalement servi à affirmer leurs positions respectives dans la compétition politique nationale. La nature à court terme des coalitions d'intérêts franco-allemandes, même au sein de courants politiques similaires, et les ruptures répétées des rapprochements transfrontaliers reflètent la prédominance des cadres de pensée nationaux dans les débats sur la politique européenne.

Certaines continuités peuvent être observées bien au-delà de la période étudiée : Par exemple, l'ambiguïté sur la question de la finalité de l'intégration s'est à nouveau manifestée lors des réactions hésitantes du gouvernement fédéral au discours d'Emmanuel Macron sur la politique européenne à la Sorbonne en septembre 2017. De même, les débats sur la mise en place d'un budget d'investissement pour la zone euro ou sur la création d'un système européen d'assurance chômage ont révélé les clivages franco-allemands habituels quant à la portée et à l'autonomie d'une politique économique résolument européenne. Les réactions à la prise en charge de la dette qui irait de pair avec la création d'un fonds dédié à la relance économique en réponse aux méfaits de la pandémie de coronavirus ont montré que les dissensions sur le contrôle budgétaire, les obligations communautaires sont toujours aussi vives. Enfin, l'objection de la Cour constitutionnelle fédérale aux achats d'obligations de la BCE et à la jurisprudence de la CJUE à l'été 2020 a engendré en Allemagne une controverse particulièrement intense sur le rôle de la banque centrale.

Les développements précédents montrent l'actualité des questions portant sur une éventuelle prédominance de la politique allemande ou française sur l'Union économique et monétaire et même sur l'Union européenne dans son ensemble. Sur la base des enquêtes menées dans le cadre de cette thèse, une analyse comparative du positionnement et des discours des membres du Parlement européen et des parlements nationaux respectifs pourrait également fournir des informations supplémentaires sur la politique européenne étudiée sous l'angle des tensions qui existent entre les intérêts communautaires et les intérêts des forces politiques nationales qui doivent composer avec leur opinion publique.